

Stefan Karner (Hrsg.)



Ludwig Boltzmann Institut
für Kriegsfolgen-Forschung
AN DER UNIVERSITÄT STEIERMARK
Graz · Wien · Klagenfurt

ANSICHTSEXEMPLAR

Vergriffen

Graz in der

NAZI-ZEIT

1938-1945

Copyright 1998.

Verein zur Förderung der Forschung von

Folgen nach Konflikten und Kriegen

Herausgegeben von Stefan Karner

Alle Rechte vorbehalten.

Sonderband 1 / 2. Auflage

Redaktion Mag. Hermine Prügger

Dr. Felix Schneider

Gestaltung **die Organisation © 1998**

Druck Weinitzen Druck

ISBN 3-901661-04-2

Stefan Karner (Hrsg.)

Graz in der NS-Zeit 1938 - 1945

1999

Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung,

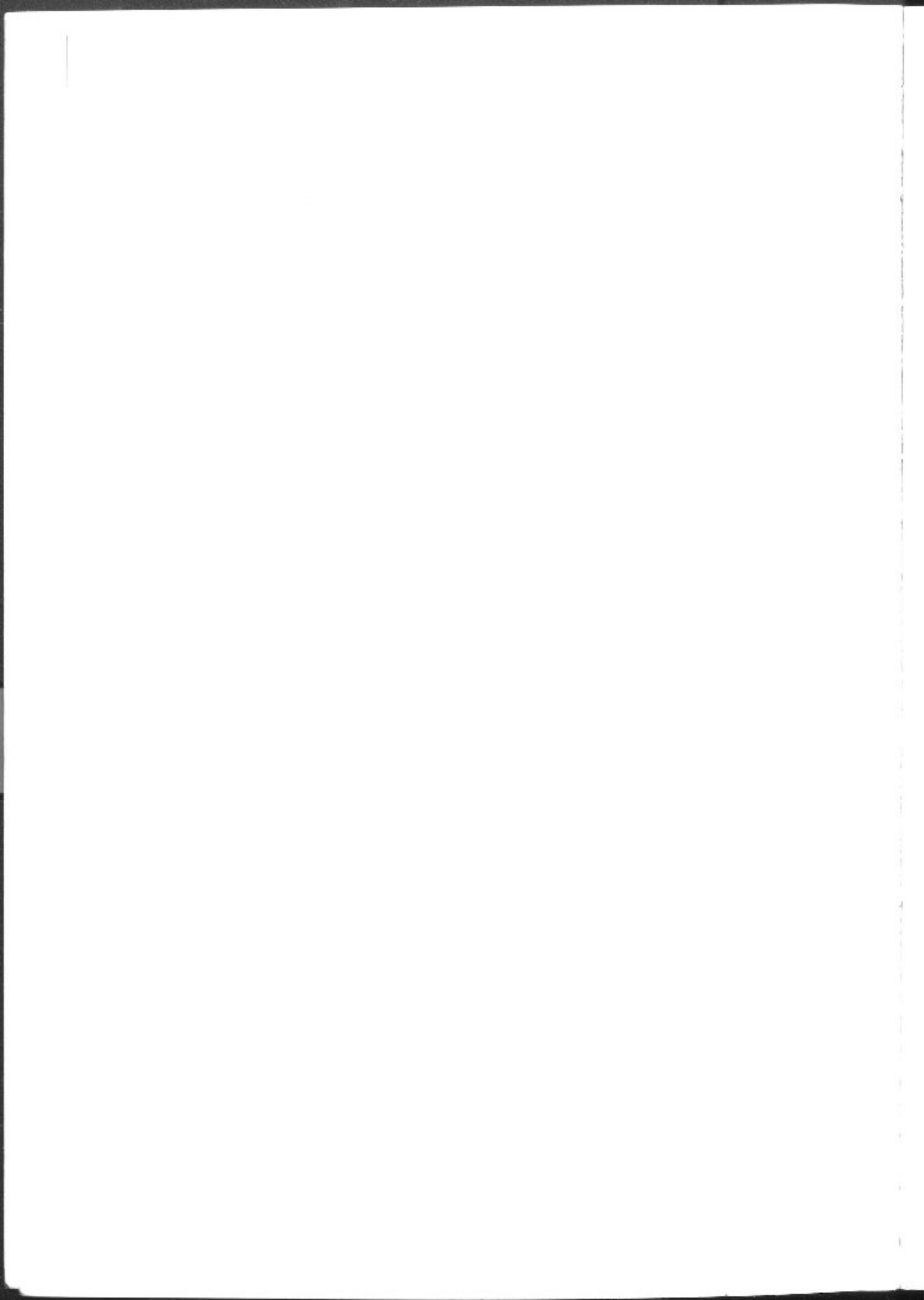
Sonderband 1

Graz-Wien-Klagenfurt

1

5

Die Entstehung dieses Bandes erfolgte mit Unterstützung der Stadt Graz.



Beer Siegfried	1
<i>Von der deutschen zur alliierten Besatzung.</i>	
<i>Graz und die Steiermark 1938-1945, aus anglo-amerikanischer Sicht</i>	
Beutl Bernd	25
<i>Antisemitismus und Judenverfolgung in Graz.</i>	
<i>Die Zerstörung der Israelitischen Kultusgemeinde 1938-1940</i>	
Blumauer Manfred	41
<i>Grazer Musiktheater unter der NS-Herrschaft.</i>	
Dienes Gerhard M.	49
<i>Wirtschaftswerbung im Zeichen des Hakenkreuzes.</i>	
Fenz Werner	55
<i>„Sieg und Neues Leben“ in der steirischen Kunst?</i>	
Gerhard Fuchs	71
<i>Profiteure, Verfolgte, Verbotene. Dichter und Dichtung von 1938-1945</i>	
Gebhardt Helmut	97
<i>Die Justiz in Graz 1938-1945.</i>	
Gorke Peter	125
<i>Anton Rintelen (1876-1946).</i>	
<i>Versuch einer politischen Biographie. Eine vorläufige Zwischenbilanz</i>	
Jaritz Arnold	135
<i>Eine Stadt in Leibesübungen.</i>	
<i>Sport und Leibeserziehung zur Zeit des Nationalsozialismus in Graz</i>	
Karner Stefan	159
<i>Schuld und Sühne? Der Prozeß gegen den Chef der</i>	
<i>Gendarmerie von Černigov von 1941-1943; Karl Ortner</i>	
Kernbauer Alois	179
<i>Der lange Marsch zur politischen Hochschule.</i>	
<i>Die Grazer Hohen Schulen in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft</i>	
Kerschbaumer Gertrud	195
<i>Sowjetische Besatzungszeit in Graz. Überprüfung von Mythen</i>	

	Knoll Harald	211
<i>Die Gruppe „Neuhold-Drews-Weiß-Fichholzer“, die „Rote Gewerkschaft“ von Lorenz Poketz und die ersten Hinrichtungen von Widerstandskämpfern am Grazer Landesgericht.</i>		
	Kronthaler Michaela	231
<i>Die evangelische Kirche in Graz 1938-1945.</i>		
	Kubinzky Karl Albrecht	245
<i>Die Stadtplanung für die Gauhauptstadt Graz.</i>		
	Liebmann Maximilian	257
<i>Die Katholische Kirche in Graz 1938-1945.</i>		
	Schillinger Christa	281
<i>„Von der Nazifizierung der Schule bis zur Kinderlandverschickung“. Die Grazer Schulen und Bildungseinrichtungen in der NS-Zeit</i>		
	Schmidl Erwin A.	293
<i>Bundesheer, Wehrmacht, Luftkrieg und Kriegsende in Graz.</i>		
	Schneider Felix	301
<i>Alltag und Gleichschaltung im Dritten Reich, Aspekte und Begriffswelten am Beispiel der Stadt Graz</i>		
	Schneider Felix	331
<i>Grazer Emigrantenschicksale. Eine Auswahl</i>		
	Schöpfer Gerald	339
<i>Die Grazer Wirtschaft 1938-1945.</i>		
	Stelzl Barbara	353
<i>Lager in Graz. Zur Unterbringung ausländischer Zivilarbeiter, Kriegsgefangener und KL-Häftlinge 1938-1945</i>		
	Verhovsek Johann	371
<i>Zum System des Sammelns und Verteilens. Winterhilfswerk und Nahrungsversorgung im Dritten Reich</i>		
	Verhovsek Johann	383
<i>Zur Person: Viktor v. Geramb (1884-1958).</i>		
	Anhang: Bildteil	391
	Die Autoren	401

Von der deutschen zur alliierten Besetzung.

Graz und die Steiermark 1938-1945, aus anglo-amerikanischer Sicht

Regionale Zentren, auch wenn sie Hauptstädte eines Teilstaates, eines Bundeslandes oder Verwaltungsmittelpunkt eines Grenzterritoriums sind, nehmen aus der Perspektive der internationalen Politik einer gegebenen Epoche im Vergleich zur Hauptstadt eines Landes nur gelegentlich eine mehr als sekundäre oder tertiäre Position ein. Nicht anders war es um Graz von 1938 bis 1945 bestellt, das zunächst als Hauptstadt des Bundeslandes Steiermark, dann des Gaues Steiermark und seit 1941 als deutsche Schaltstelle für den südosteuropäischen Raum keine wirklich kontinuierliche Aufmerksamkeit durch die beiden bedeutendsten westalliierten Feindstaaten des Dritten Reiches erfahren hat. Dennoch hat es immer wieder Phasen des anglo-amerikanischen Interesses für die Steiermark als ein politisches, wirtschaftliches und nicht zuletzt auch militärisches Teilgebiet der Ersten Republik Österreich, des Dritten Reiches und der wiedererstandenen Zweiten Republik gegeben.

Der folgende Aufsatz greift die wichtigsten Perioden, Phänomene und Motive, die dieses Interesse dokumentieren, auf, um dadurch einen wenn auch nur spezifisch westdemokratischen Blick auf Graz von außen zu charakterisieren. Der Schwerpunkt dieser Betrachtungen soll sich auf vier relativ kurze Zeitspannen bzw. neuralgische Erfahrungsbereiche beziehen: auf die Phase des „vorgezogenen“ Anschlusses von Graz an das Dritte Reich vom Feber und März

1938; auf die seit Herbst 1943 auch auf Graz bezogene Bomberstrategie der westalliierten Luftoffensive aus dem Süden; auf die mannigfachen und immer noch wenig bekannten Versuche der anglo-amerikanischen Geheimdienste, auch die von Graz aus kontrollierte, südöstliche Grenzregion Großdeutschlands zu penetrieren und schließlich auf die dem Kriegsende in Europa folgende Phase der doppelten Befreiung und Besetzung: der durch sowjetische Truppen bis hin zu der durch britische Besatzer im Juli 1945.

Als Grundlage dieser historischen Betrachtungen dienten zeitgenössische anglo-amerikanische Medien, zum Großteil jedoch politische und militärische Dokumente der beiden wichtigsten Kriegsgegnerstaaten des nazistischen Deutschland, nämlich Großbritannien und der USA, die seit nunmehr etlichen Jahren in deren großen Nationalarchiven in Kew-London und in dem nahe Washington D.C. gelegenen College Park, MD, einsehbar sind. Als besonders aufschlußreich mußten sich die Archive der jeweiligen militärischen und zivilen Kriegsgeheimdienste der Engländer und Amerikaner erweisen, die insbesondere in der Endphase des Zweiten Weltkrieges in Europa sich um jede verfügbare Information gerade über die Grenzterritorien des Dritten Reiches bemühten und nicht zuletzt deshalb auch in der darauffolgenden frühen Besatzungszeit die über Österreich vielleicht bestinformierten alliierten Einheiten stellten.

1. Die „Stadt der Volkserhebung“ oder das bleibende Image des „Stronghold of Nazism“

Die politischen Ereignisse um den sog. Anschluß Österreichs im Februar und März 1938 in der steirischen Landeshauptstadt Graz haben in der zeitgenössischen internationalen Berichterstattung und insbesondere in den großen Tageszeitungen der westlichen Demokratien einen verblüffend extensiven Niederschlag gefunden, was hier an Hand einiger prominenter anglo-amerikanischer Printmedien überzeugend zu dokumentieren ist. Eine quantitative Analyse der dafür exemplarisch herangezogenen großen Tageszeitungen Englands und der USA zeigt, daß insbesondere die New York Times die Ereignisse um den Anschluß Österreichs am umfassendsten schilderte, zwischen 11. März und 20. März 1938 auf immerhin 53 Seiten. Auch die London Times und die Washington Post widmeten dem Anschluß Österreichs im Rahmen ihrer Auslandsberichterstattung breiten Raum. Diese drei Tagesblätter von Weltformat sollen hier auf ihre konkreten Berichte und Informationen über die Vorgänge in der Steiermark, insbesondere über die damalige Sonderentwicklung in der steirischen Landeshauptstadt untersucht werden.¹

Schon über die erste in der Serie der nationalsozialistischen Demonstrationen, die vom 19. bis 24. Februar in Graz die bald so

gefeierte Volkserhebung einleiten sollte, wurde in der New York Times detailliert berichtet. G.E.R. Gedye, der britische Zentraleuropaspezialist der New York Times, aber auch des britischen Daily Telegraph, betont in seinem Artikel, daß es damals wahrscheinlich zum erstenmal seit dem Verbot der NSDAP im Jahre 1933 in Österreich wieder einen Fackelzug gegeben hätte, bei dem mehrere tausend Menschen mit Hakenkreuzfahnen unterwegs gewesen wären und in aller Öffentlichkeit nazistische Hymnen gesungen hätten, ohne daß die Polizei eingeschritten wäre.² Über den Höhepunkt der nazistischen Agitation dieser Tage, die Massendemonstration gegen die von der Vaterländischen Front auf dem Grazer Hauptplatz inszenierte Lautsprecherübertragung der Schuschnigg-Rede vor der Bundesversammlung am 24. Februar, liegen detaillierte Berichte der London und der New York Times vor. Unter dem Übertitel „Nazis More Active in Austrian Cities“ und dem Untertitel „Graz's Mayor Gets 'Leave' and Shake-up is Likely after Swastika Replaces Flag“ schilderte Gedye auf der Titelseite der New York Times vom 26. Februar die kritische Situation in Österreichs zweitgrößter Stadt, in der es einigen tausend Nazis gelungen sei, am Rathaus die eigene durch eine „fremdstaatliche“ Fahne zu ersetzen. Nun müsse die Zentralgewalt konsequent eingreifen, wollte sie nicht die Kontrolle verlieren. Die Verhinderung der

1 Vgl. dazu meinen ausführlicheren Aufsatz: „Graz/Styria - Stronghold of Nazism“. Die anglo-amerikanische Berichterstattung über die Ereignisse in der Steiermark vom Februar bis April 1938“, in: BIHK 62, 1986, S. 26-36.

2 Auch in der seriösen anglo-amerikanischen Historiographie zum Nationalsozialismus und Anschlußgeschehen in Österreich wird den Ereignissen des Jahres 1938 in der Steiermark einige Aufmerksamkeit geschenkt. Vgl. z.B. F.L. Carsten, *Fascist Movements in Austria*, London 1977, S. 319-323 oder Bruce F. Pauley, *Hitler and the Forgotten Nazis. A History of Austrian National Socialism*, Chapel Hill, NC 1981, S. 202f.

3 Im englischen Original: „... the police looking the other way on orders of their superiors.“ New York Times, 20. Februar 1938. Gedye war nur einer von vielen prominenten anglo-amerikanischen Journalisten, die in den krisenhaften 30er Jahren als Zentraleuropakorrespondenten ihrer Blätter in Wien stationiert waren. Etliche von ihnen sollten schon bald nach dem Anschluß Österreichs Buchreportagen über die Krisenjahre in Zentraleuropa publizieren. Gedyes Buch „Fallen Bastions. The Central European Tragedy“ (=Gedye, *Fallen Bastions*) erschien im Februar 1939 in erster Auflage und sollte nach dem Krieg auch in einer deutschen Übersetzung: „Als die Bastionen fielen. Die Errichtung der Dolfuß-Diktatur und Hitlers Einmarsch in Wien und den Sudeten. Eine Reportage über die Jahre 1927 bis 1938“ (=Gedye, *Bastionen*) herauskommen.

Übertragung der Rede des österreichischen Bundeskanzlers in Graz wie auch die von Bürgermeister Hans Schmid zugelassene Hissung der Hakenkreuzfahne am Grazer Rathaus waren Gegenstand einer Spalte auch in der London Times unter dem Titel: „Austrian Nazis in Forceful Mood. Schuschnigg Broadcast Stopped in Graz“, die wie auch die New York Times von einer Suspendierung des „angeblichen Nazi-Sympathisanten“ Schmid sprach.⁴

Tags darauf wußte Gedye zu berichten, Hans Schmid habe nach seiner Beurlaubung versichert, er sei „schon immer ein guter Nazi gewesen“. Noch wäre kein Nachfolger für den abgesetzten Bürgermeister gefunden. In einer eigenen Spalte mit dem Titel „Want Graz as Nazi Capital“ war davon die Rede, daß die steirischen Nationalsozialisten Graz als eine Art zweites München zur Nazihauptstadt Österreichs machen wollten. Die Proponenten dieses Planes gingen dabei einen legalen Weg, indem sie alle Hitleranhänger zum Beitritt in die Vaterländische Front animierten, um so die Nazifizierung des Landes in kürzester Zeit zu erreichen. Die Grazer Nazis hätten sich auch gerühmt, daß bereits 82% der Bundes- und Magistratsbediensteten sich in improvisierten Mitgliederlisten als Parteigänger eingetragen hätten. Jedenfalls würden in diesen Tagen in den Straßen von Graz offen Hakenkreuzfahnen feilgeboten, gäbe es in hundertten Geschäftsauslagen Nazi-Plakate zu bewundern und würden sich die Grazer unbehelligt von Sicherheitsorganen längst mit „Heil Hitler“ begrüßen.⁵

In der Ausgabe der New York Times vom 28. Februar prangte Graz ein zweites Mal innerhalb weniger Tage auf der Titelseite. Emil Vadnay, der zweite, übrigens aus Ungarn gebürtige Österreich-Korrespondent

der wohl angesehensten Zeitung der USA, berichtete darüber, daß eine aus der ganzen Steiermark gespeiste Großdemonstration von 60.000 Nazis gegen „kommunistische Manöver der Vaterländischen Front“, wie deren Führer behaupteten, nur durch massiven Einsatz von Bundesheer und Polizeieinheiten aus Wien verhindert werden konnte. Militärflugzeuge hätten die steirische Landeshauptstadt mehrmals überflogen und einen gewissen Eindruck auf die Bevölkerung nicht verfehlt. Steirische Nazi-Führer hätten Schuschnigg einen „zweitägigen Waffenstillstand“ angeboten und als Gegenleistung eine Visite des Innenministers Seyß-Inquart in Graz gefordert.⁶

Die London Times vom selben Tag meldete unter der Schlagzeile „Nazi Unrest in Austria. Troops Sent to Graz“, daß die steirische NS-Führung der Drohung konsequenten Einschreitens von seiten der Regierung gewichen sei, nachdem vor allem auch Seyß-Inquart diese Regierungshaltung unterstützt hätte. In einem „Inside Austria“ betitelten Leitartikel wurde der „mutigen“ Rede Schuschniggs vom 24. Februar, in der der österreichische Regierungschef den wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Wochen und Monate besonders hervorgehoben hatte, die prekäre Lage seines Regimes in der Steiermark entgegengestellt und die für die weitere Eskalation in Österreich entscheidende Idee einer plebiszitären Befragung der Österreicher quasi vorausgeahnt: „But, if there is to be a free contest, in the name of self-determination between the followers of Herr von Schuschnigg and the Austrian Nazis for the support of the uncommitted part of the population, a demonstration that the nation's bread is better buttered in the Third Reich or in independent Austria might be decisive.“⁷

4 The London Times, 26. Februar 1938.

5 The New York Times, 27. Februar 1938.

6 The New York Times, 28. Februar 1938.

7 The London Times, 28. Februar 1938.

In einem Leitartikel der New York Times vom 1. März 1938 wurde unter dem Titel „Austria Resists Anschluss“ das erfolgreiche Durchgreifen Schuschniggs gegen die Grazer Demonstration vom 27. Februar als Beweis für dessen Entschlossenheit ausgelegt, auf der Einhaltung der Berchtesgadner Abmachungen zu bestehen. Mit der „bemerkenswerten Ausnahme der steirischen Landeshauptstadt“ hätten die meisten Städte und Dörfer Österreichs ihren Wunsch nach Österreichs Unabhängigkeit eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Auch die London Times glaubte an das vorläufige Ende der akuten Krise in Österreich. Selbst Graz habe am gestrigen Tage eine Atmosphäre von „Sonntagsruhe“ ausgestrahlt und die nationalsozialistischen Fahnen und Armbänder, die das Straßenbild der letzten zehn Tage geprägt hätten, wären wieder verschwunden. Die Polizei befolge nun offensichtlich die Order des neuen Innenministers, durch welche das Aushängen von Hakenkreuzfahnen, das Tragen von Naziuniformen, das Singen nationalsozialistischer Lieder und die Verwendung des Hitlergrußes verboten wären. Schließlich wurde der bevorstehende Besuch Seyß-Inquarts in Graz zur weiteren Beruhigung der innenpolitischen Hektik der vergangenen Tage angekündigt.⁸

Diesem Graz-Besuch des Innenministers am 1. und 2. März wurde in der anglo-amerikanischen Presse ein auffallend breiter Raum gewidmet, was vor allem darauf zurückzuführen ist, daß damals G.E.R. Gedye in die Steiermark eilte und zufälligerweise sich in demselben Zug nach Graz befand wie Seyß-Inquart, dessen frühzeiti-

ges Aussteigen in Judendorf-Straßengel er später in einer in Buchform erschienenen Reportagensammlung beschrieb: „At Judendorf near Graz the train stops and [Seyß-Inquart] gets out. On the platform four obvious Nazi storm-troop leaders, not in uniform, freeze to attention and give a convulsive Nazi salute. Seyß-Inquart returns the illegal salute of the conspiratorial movement which is rapidly undermining the whole State.“⁹ Den von Armin Dadieu für Seyß-Inquart inszenierten Fackelzug der steirischen Nationalsozialisten schilderte Gedye am folgenden Tag auf der Titelseite der New York Times: „15.000 Nazis Defy Ban in Graz. March for Seyß-Inquart“.¹⁰ Gedye wurde Zeuge eines eineinhalbstündigen Vorbeimarsches von 5.000 SA-Leuten an der Spitze eines Zuges von „10.000 bis 12.000 Gesinnungsgenossen. Manche von ihnen waren Bauern, die trotz des Ringes der Bundesheertruppen um Graz in die Stadt eingeschleust werden konnten. Andere waren etwas ältere Männer, kleine Handwerker oder Frauen, die sogar begeisterter waren als die Männer.“¹¹ Im Laufe dieser Demonstrationen „ließ Seyß-Inquart die Maske fallen. Mit einem strammen Schritt an Dadieus Seite tretend, hob der Minister für Österreichs Sicherheit seinen Arm zum verbotenen Gruß. ... Bis zum Schluß des Aufmarsches stand er nun mit der zum Hitlergruß erhobenen Rechten stramm da und grüßte so die Armeen der Revolte gegen den Kanzler, dem er die Treue schuldete. Graz war gefallen. ... es gehörte nicht länger zu Österreich - es war bereits zu einer Kolonie Nazideutschlands geworden.“¹² Die Schlagzeile der New York

8 The London Times, 1. März 1938

9 G.E.R. Gedye, Vienna Waltz, in: We Saw It Happen. The News Behind the News That's Fit to Print. New York 1938, S. 29f.

10 The New York Times, 2. März 1938. In der London Times vom 2. März wurde unter dem Titel „Home Minister in Graz“ darüber berichtet. Vgl. auch Armin Dadieu, Aus meinen Aufzeichnungen 1938-1945. In: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 10, 1978, S. 323f.

11 The New York Times, 2. März 1938.

12 Gedye, Bastionen, S. 245-247.

Times vom 3. März sprach von schwerwiegenden Zugeständnissen an die Nazis: „Styrian Nazis Win Large Concessions. Seyß-Inquart Allows Hitler Salute and Wearing of the Swastika Emblem.“ Auch in der London Times war zu lesen, daß nach Aussage Armin Dadiou's Hakenkreuz und Hitlergruß für den privaten Bereich nun erlaubt seien.¹³

Seyß-Inquart gewährte Gedye im Hotel Wiesler ein Kurzinterview, in dem er die ausgelassenen Demonstrationen darauf zurückführte, „daß es diesen Menschen viele lange Jahre hindurch verboten war, sich politisch und emotional auszudrücken und darzustellen.“ Und auf Gedyes Frage, ob das Tragen des Hakenkreuzes und der Hitlergruß in den Straßen weiterhin erlaubt sein sollten, antwortete der Innenminister: „Oh ja, warum nicht? Sie haben selbst gesehen, daß alle, die Hakenkreuzzeichen tragen wollen, es schon tun. Ich sehe darin nichts Furchtbares. Sie haben sie ihre Hand zum 'Heil Hitler' erheben gesehen, und es hat noch keine Revolution gegeben. Lassen wir sie allein, und in ein paar Wochen werden sie sich wieder mit 'Grüß Gott' begrüßen. Ich sehe überhaupt keinen Grund zur Beunruhigung.“ Gedye wußte auch davon zu berichten, daß viele Arbeiter, vor allem in der Schwerindustrie, verpflichtet worden wären, an dieser „Nazi-Revolte“ teilzunehmen. Immerhin wären einige der konkreten Forderungen der steirischen Nazis abgelehnt worden, wie etwa die Rückkehr der österreichischen Legion aus Bayern oder eine Revision des Konkordats von 1934, sodaß von einigen radikalen NS-Führern ein Marsch nach Wien angedroht worden wäre. Ein führender Funktionär der Vater-

ländischen Front in Graz versicherte Gedye, daß 90% der steirischen Arbeiter die österreichische Unabhängigkeit verteidigen würden, wenn man ihnen berechnete Konzessionen machte und die nötige Führung sich anböte.¹⁴

Am 4. März meldete die London Times die Absetzung des steirischen Landeshauptmannes Karl Maria Stepan und dessen Amtsnachfolge durch den „all-deutschen“ Rolf Trummer als Zugeständnis an die steirischen Nazis und schon am 7. März war in derselben Zeitung von weiteren „Nazi Claims in Austria“ die Rede, denn die steirischen Nationalsozialisten verlangten vom neuen Landeshauptmann drei Sitze in der Landesregierung. Den angebotenen Landesratsposten des abgesetzten VF-Landesführers Alfons Gorbach hätten die Nazis abgelehnt und mit weiteren Demonstrationen geantwortet.¹⁵ Diesen Krawallen und ihren Schlachtrufen „Nieder mit der steirischen Landesregierung“, „Weg mit Trummer“, und „Wir wollen nur Nationalsozialisten“ widmete auch Gedye eine mit „Graz Nazis Demonstrate“ betitelte ausführliche Schilderung.¹⁶

Die von Bundeskanzler Schuschnigg insbesondere in Reaktion auf die schwierige steirische Entwicklung dramatisch angekündigte und kurzfristig angesetzte Volksbefragung wurde in der steirischen Landeshauptstadt besonders heftig bekämpft. Den Sprechhören „Nieder mit dem Schwindel-Plebiszit“ leistete die Grazer Polizei längst keinen Widerstand mehr, hieß es in der London Times vom 11. März. Die New York Times vom selben Tag wußte zu berichten, daß weitere Truppen des österreichischen Bundesheeres von Wien nach Graz beordert

13 The London Times, 3. März 1938.

14 The New York Times, 3. März 1938.

15 The London Times, 8. März 1938.

16 The New York Times, 8. März 1938.

und auch drei Bomber dorthin verlegt worden wären. Die Unruhen in der Steiermark hätten ein extrem ernstes Ausmaß angenommen, und Dadiou habe bei Präsident Miklas die Absetzung „dieses verfassungswidrigen und illegalen Plebiszits“ verlangt. In der Washington Post war von 40 Verletzten bei Auseinandersetzungen in Graz die Rede und auch davon, daß in der steirischen Landeshauptstadt das Wort vom bevorstehenden „Bürgerkrieg“ zu hören wäre.¹⁷

Mit dem 11. März setzte in den großen anglo-amerikanischen Zeitungen und wenig später auch bei den großen amerikanischen Rundfunkgesellschaften eine im Umfang, aber insbesondere in der Qualität beachtliche Berichterstattung ein, in der Graz und die Steiermark insgesamt allerdings nur mehr selten Erwähnung fanden.¹⁸ So berichtete die New York Times vom 12. März, daß nach Absage der von Schuschnigg angesetzten Volksbefragung 30.000 Grazer in Fackelzügen stundenlang und ausgelassen feierten, „shouting slogans, singing songs and waving swastika flags.“¹⁹ Die Washington Post vom selben Tag wiederum meldete, Graz gleiche einer belagerten Stadt, in der es überall von Heil Hitler-Rufen widerhalle.

Auf der Titelseite der New York Times vom 13. März wurde unter der Schlagzeile „Graz Crowds Pull Down Memorial to Dollfuss“ von der Demontage der Dollfuß-Büste unter dem Gejohle von „Heil Hitler“ berichtet

und auch schon davon, daß der Nazi-Bürgermeister von Graz an Adolf Hitler eine Einladung zu einem Besuch der steirischen Gauhauptstadt telegraphiert habe. Demolierungen von Dollfuß-Büsten sollen an mehr als 30 steirischen Gedenkstätten für den 1934 von den Nazis ermordeten Kanzler stattgefunden haben.²⁰ Wenige Tage später wurde gemeldet, daß es in Graz bereits zu Beschränkungen der jüdischen Riten gekommen sei,²¹ und die Washington Post behauptete, daß im Zuge der Besuchsvorbereitungen für hohe NS-Funktionäre aus dem Reich in der Steiermark sogar die Pferde und Pflüge mit Hakenkreuzen geschmückt würden.²² Auch die Schließung des italienischen Konsulats in Graz fand Erwähnung.²³

Unter dem Titel „A Graz ‘Find’“ meldete die London Times wenige Tage später Behauptungen in der deutschen Presse, man habe Schuschnigg auf Grund eines Fundes in der Grazer Zentrale der Vaterländischen Front die Absicht nachweisen können, mit auf Plakaten bereits vorgedruckten Erfolgsmeldungen von einer 97%igen Zustimmung für seine Volksbefragung einen Wahlerfolg zu erswindeln, um dadurch „sein Terrorregime zu verlängern.“²⁴ Wenige Tage später erfuhr die britische Öffentlichkeit, daß der Fürstbischof der Diözese Graz-Seckau, Ferdinand Pawlikowski, von Nazi-Eindringlingen in seinem Palais bedrängt worden und sogar kurzzeitig in einer Gefängniszelle

17 Schlagzeile: „Nazis Threaten ‘Civil War’ in Austrian Election“, in: The Washington Post, 11. März 1938.

18 Über die von der amerikanischen Rundfunkgesellschaft CBS zur Anschließkrise ausgestrahlte Berichterstattung liegt eine ausführliche Dokumentation in Buchform vor: The Sound of History, Vienna – March 1938. A Footnote for Historians, New York 1938. Vgl. dazu auch Siegfried Beer, Der Anschluß als internationales Medienereignis, in: Geschichte und Gegenwart 7, 1988, S. 224–256.

19 Unter der Schlagzeile: „Austrian Towns See Hitler-led Parade, 30,000 March in Graz“, in: The New York Times, 12. März 1938.

20 The Washington Post, 14. März 1938. In der Washington Post vom 8. April wurde auch das dazugehörige Foto über die Zerstörung des Dollfuß-Denkmal nachgeliefert.

21 The New York Times, 19. März 1938.

22 The Washington Post, 20. März 1938.

23 The London Times, 18. März 1938.

24 The London Times, 21. März 1938.

gelandet wäre. Schließlich wäre er von einem Berliner Polizeioffizier unter Bedauern befreit worden, mit dem erklärenden Hinweis, die Verhaftung wäre zum Schutz des Bischofs vor Kommunisten erfolgt.²⁵

Die nationalsozialistischen Propagandastellen scheinen in diesen Tagen und Wochen nach dem Anschluß die ausführliche internationale Berichterstattung genau verfolgt zu haben. Trotz strenger Zensur und vielfacher Behinderungen der journalistischen Arbeit ist es anglo-amerikanischen Zeitungen gelungen, das Geschehen in Österreich auch nach der vollzogenen Annexion durch reiches Bildmaterial zu dokumentieren.²⁶ Der London Times wurde in der deutschen Presse vorgeworfen, sie habe in ihren Meldungen und Analysen über den Anschluß die Geschichte verfälscht, als sie etwa behauptet hätte, die Regierung Schuschnigg habe sich um eine faire Abwicklung der von ihr überhastet angesetzten Volksbefragung bemüht.²⁷ Noch vor Ende März wurde denn auch G.E.R. Gedye des Landes verwiesen. Als er Wien in Richtung Prag verließ, wurde er von seinen noch in Wien zurückgebliebenen britischen und amerikanischen Kollegen am Wiener Ostbahnhof demonstrativ herzlich verabschiedet.²⁸ Er blieb jedoch auch von Prag aus weiterhin einer der für Österreich zuständigen Auslandskorrespondenten seiner Zeitungen, als der er z.B. schon Anfang April auf der Titelseite der New York Times berichtete, daß die Verhaftungswelle der Nazis allein in Wien bereits eine Größen-

ordnung von etwa 34.000 erreicht hätte.²⁹ Über die Verhaftung von Otto Loewi, des Nobelpreisträgers von 1936 und Professors an der Universität Graz, berichtete das angesehenere Wochenmagazin Time.³⁰

Der triumphale Besuch Adolf Hitlers in der „Zweiten Hauptstadt der Bewegung“, wie es die Grazer Nationalsozialisten sahen, war für längere Zeit das letzte Großereignis in der Steiermark, worüber in den meisten internationalen Zeitungen genauer berichtet wurde, besonders ausführlich wiederum in der New York Times. „Graz Nazis Go Wild Over Hitler's Visit“, lautete die diesbezügliche Schlagzeile, und weiter im Untertitel: „Demonstration in Center of Party Support Surpasses His Entry into Vienna.“ Emil Vadnay, der Augenzeuge des Führerbesuchs in Graz war, gab die Zahl der schon ab dem frühen Morgen auf den Straßen und Plätzen der steirischen Landeshauptstadt sich formierenden Massen mit über 300.000 an, was immerhin einer Verdopplung der Grazer Einwohnerzahl entsprochen hätte.³¹ Fünfzig Sonderzüge und tausende von Fahrwägen und Lastautos hätten enthusiastische Anhänger aus allen Teilen der Steiermark, ja selbst aus Wien, nach Graz gebracht. Die Stadt wäre ein Meer von Fahnen und Flaggen; von vielen Dächern wehten bis zu sechs Hakenkreuzfahnen, und die meisten Fenster wären mit kleinformati-

25 The London Times, 24. März 1938.

26 Bei der Übermittlung einer von der Associated Press gefertigten Fotoreportage über den Einmarsch der deutschen Truppen in Graz soll ein Mitarbeiter von A.P. mit Gefährnis bedroht worden sein. Vgl. Oliver Gramling, A.P. The Story of News, New York 1940, S. 462.

27 The London Times, 25. März 1938.

28 The London Times, 29. März 1938. Vgl. dazu auch das Kapitel „Abrupt Exit of the Author“ in Gedyes *Fallen Bastions*, S. 327-333.

29 Schlagzeile: „Nazi Terrorism in Austria Bared“; The New York Times, 3. April 1938.

30 Time Magazine, 28. März 1938.

31 The New York Times, 4. April 1938. In der Washington Post vom selben Tag wurde diese Zahl ebenfalls verwendet und unter der Schlagzeile „Graz Cheers Hitler“ von beispiellosen Ovationen für den Führer berichtet.

gehuldigt worden. Im Grazer Parkhotel, wo Hitler die verdienstvollsten steirischen Parteigenossen der ersten Stunde empfing, seien im Laufe des Tages hunderte von Geschenken für den Führer eingetroffen. In einer seiner ersten Reden habe Hitler den Steirern versichert, das Großdeutsche Reich würde für immer und ewig existieren, da es nicht auf Dynastien oder Einzelpersonen, sondern auf dem ganzen deutschen Volke aufbaue. „Wie ihr glücklich seid, so sind es 68 Millionen Deutsche. Überall, wo ich in diesen letzten Tagen hingekommen bin, habe ich nur glückliche Gesichter gesehen. Deutschland ist heute stärker denn je.“ Der beobachtende Journalist Vadnay vermeinte auch bei Hitler den Ausdruck unsäglichen Glücks entdeckt zu haben: „After leaving the palace (=Grazer Burg) Hitler walked a hundred yards or so alone through the cheering crowd smilingly greeting them. Those seeing him at that moment realized that he was thoroughly happy.“ Hunderttausende (sic!) Grazer sollen dann noch, trotz eines ungeheuren Abendgewitters, bis spät in die Nacht hinein die Straßen der Stadt johlend und singend belebt haben, während auf den Hügeln rundum die Freudenfeuer gelodert hätten.³²

Von den tausenden Grazern, die an diesem 3. April 1938 trauernd oder in Angst zu Hause geblieben waren, sprachen auch die anglo-amerikanischen Zeitungen nicht.³³ Nach diesem spektakulären Besuch des Führers“ fiel Graz, nicht nur was die internationale Berichterstattung über die bald als

Stadt der Volkserhebung apostrophierte Gauhauptstadt betrifft, in die Rolle einer zweitrangigen Provinzstadt zurück.³⁴ Als nach der bedingungslosen Kapitulation im Frühsommer 1945 westalliierte Besatzungssoldaten steirischen Boden betraten und sich in größerer Zahl auf mehrere Jahre vor allem auch in Graz etablierten, war jedem einzelnen dieser Soldaten der Ruf des Landes und vor allem seiner Hauptstadt als „Hochburg des Nazismus“ bewußt und bekannt. Wenigstens die groben Fakten darüber waren in der anglo-amerikanischen Presse des Jahres 1938 jederzeit nachzulesen.

Graz im westalliierten Luftkrieg: Feber 1944 bis April 1945

Mit der Eröffnung der zweiten westalliierten Luftfront aus dem Süden Italiens im Spätsommer 1943 kam auch die südliche Steiermark und mit ihr die Gauhauptstadt Graz in das Einfluggebiet der alliierten strategischen Mittelmeer-Luftkräfte (MASAF), der US Army Air Force (USAAF) und der Royal Air Force (RAF). Wenngleich der erste Angriff gegen Ziele im Grazer Raum erst am 25. Februar 1944, dem letzten Tag der sog. „Großen Woche“, die den entscheidenden Schlag gegen die deutsche Luftwaffe initiieren sollte, stattfand, haben die Grazer schon ab dem 13. August 1943, dem Tag des ersten großen amerikanischen Luftangriffs gegen Wiener Neustadt die

32 The New York Times, 4. April 1938.

33 Viele Steirer, deren Opposition zum Nationalsozialismus den örtlichen Funktionären des neuen Regimes bekannt war, wurden damals einige Tage lang, sozusagen prophylaktisch, hinter Schloß und Riegel gesetzt, damit sie die Jubelorgie für den Führer nicht stören könnten. Vgl. z.B. die diesbezügliche Schilderung des jungen Sozialdemokraten Emmerich Köhl aus Graz-Lend. Tonbandinterview mit dem Autor vom 4. März 1985 im Besitz des Autors, zugänglich auch im Oral History Archiv des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Karl-Franzens-Universität.

34 Hier später auch die Libretten einer damals noch nicht einmal geborenen Generation beschäftigen sollte, wie z.B. Reinhard P. Gruber in einem „Geschichtskorrektur“ betitelten Prosagedicht, in: Vom Dach der Welt. Schicksalsnovellen, Wien/Graz 1967, S. 118.

35 Wie auch ein Blick in die jährlichen Indices z.B. der New York Times beweist, wo für den Zeitraum zwischen April 1938 und Februar 1945 insgesamt nur zwei Verweise auf Meldungen oder Erwähnungen über die Gauhauptstadt Graz aufscheinen.

konkrete Bedrohung aus der Luft kennengelernt.³⁶

Den Originalunterlagen des U.S. Strategic Bombing Survey (USSBS) ist zu entnehmen, daß es den amerikanischen Luftstreitkräften, die den überwältigenden Anteil am alliierten Luftkrieg vom Süden her trugen, vor allem um sechs strategische Bombenziele im Raum Groß-Graz ging, die gänzlich den vereinbarten anglo-amerikanischen Prioritäten entsprachen. Obwohl dem amerikanischen Generalstab spätestens seit Mitte 1943 über die diversen geheimdienstlichen Abteilungen der US-Militärverbände, insbesondere aber über das Amt für Strategische Dienste (Office of Strategic Services, kurz OSS) umfangreiche Informationen über weitere Industrie- und Militäranlagen im Umkreis von Graz zugekommen waren,³⁷ konzentrierte sich das strategische Interesse der 15. US-Luftflotte beinahe ausschließlich auf diese auch durch zahlreiche Luftaufnahmen erschlossenen Bombenziele. Der Bombenplan der Stadt Graz, den der Luftkriegsbeauftragte für die Stadt Graz, Oberst Rudolf Weissmann kurz nach dem Krieg fertigstellte, beweist, daß die Bombentreffer sich tatsächlich massiv um diese strategischen Bombenziele ballten.³⁸ Es handelte es sich um folgende „air targets“:

1. Die Steyr-Daimler-Puch A.G. Werke in Graz/Thondorf, die fallweise auch als

Flugmotorenwerke Ostmark in Graz/Neudorf geführt wurden

2. Die Steyr-Daimler-Puch A.G. Werke in Graz/Puntigam

3. Der Flugplatz Graz/Thalerhof

4. Die Grazer Waggon- und Maschinenfabriks - A.G. (Simmering-Graz-Pauker)

5. Das vermeintliche Artilleriedepot und die Militärbaracken Graz/Wetzelsdorf (Belgier-Kaserne)

6. Die gesamten Bahnanlagen von Graz

Im USSBS-Bestand finden sich dutzende Luftaufnahmen dieser und auch anderer potentieller Bombenziele und über 80 Berichte von Aufklärungsflügen über der Stadt Graz, die in der Regel nach allen größeren Luftangriffen von anglo-amerikanischen Luftaufklärungseinheiten zur Schadenserkennung durchgeführt wurden.

Der erste westalliierte Schlag gegen Graz wurde, wie gesagt, am 25. Februar 1944 durch einen Angriff auf den Flugplatz Thalerhof geführt und hinterließ eine noch am selben Tag von amerikanischen Aufklärern mit 200 Kratern geschätzte Katastrophenlandschaft. Es gab damals zehn Luftkriegstote und fünf Verletzte.³⁹ Bereits am 19. März erfolgte der erste Einflug der Amerikaner gegen die Stadt Graz selbst, der mit 76 B-24 Bombern geführt wurde. Er forderte insgesamt 20 Tote und 40 Verletzte. Die Grazer Gaswerke und die umliegenden

36 Das Luftkriegsgeschehen in der Steiermark, und insbesondere in Graz ist von der zeitgeschichtlichen Forschung im letzten Jahrzehnt weitgehend aufgearbeitet worden. Vgl. dazu: Siegfried Beer, Der strategische Luftkrieg der westlichen Alliierten gegen Graz, 25. Februar 1944 bis 2. April 1945, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 16/17, 1986, S. 257-279; Walter Brunner (Hg.), Bomben auf Graz. Die Dokumentation Weissmann, Graz 1989 (=Brunner, Bomben auf Graz); ders., Die Bombentoten von Graz 1941-1945, Aus der Dokumentation Weissmann, in: Mitteilungen des Steiermärkischen Landesarchivs 39, 1989, S. 103-239 und Siegfried Beer - Stefan Karner, Der Krieg aus der Luft, Kärnten und Steiermark 1941-1945, Graz 1992, (=Beer/ Karner, Krieg aus der Luft)

37 Darunter eine umfangreiche Aufstellung „Air Targets in Austria“ des emigrierten österreichischen Wissenschaftlers Dr. Josef Ehrlich, die alleine für die Steiermark auf 13 maschinengeschriebenen Seiten dutzende von Unternehmen auflistet, darunter gut die Hälfte aus dem Raum Graz. National Archives (NA), Records of the Office of Strategic Services (OSS), Record Group (RG) 226, Entry 92, Box 441, Folder 37. - Interoffice Memo v. 7.10.1943.

38 Beer/ Karner, Krieg aus der Luft, S. 275.

39 NA, Records of the U.S. Strategic Bombing Survey, RG 243, Section 4, 3.a (1106). - Interpretation Report Nr. D 134 v. 26.2.1944. Vgl. auch Siegfried Beer, Vor 50 Jahren: Bomben auf Thalerhof, in: 80 Jahre Flughafen Graz, Graz 1994, S. 44-46.

Wohngebiete trugen den größten Schaden davon.

In den folgenden Frühlings- und Sommermonaten des Jahres 1944 wurde der steirische Raum zwar regelmäßig überflogen, jedoch nur vereinzelt, so am 24. Mai und am 26. Juli, angegriffen. Die alliierte Invasion in der Normandie, die Operation „Frantic Joe“ gegen Ostmitteleuropa sowie die Operation „Dragoon“ in Südfrankreich bewirkten eine monatelange Entlastung des südösterreichischen Raumes. Doch im Oktober setzte eine Serie von Angriffen ein, die eigentlich bis Ostern 1945 durchhielt. Auf die einzelnen Monate dieses praktisch kontinuierlich geführten Luftkriegs gegen die steirische Landeshauptstadt bedeutete dies: 3 Angriffe im Oktober, 5 im November und 7 im Dezember 1944, 3 im Jänner, 10 im Februar, 13 im März und 2 im April 1945.

Es kann im Rahmen dieses Beitrags nur um eine exemplarische Darstellung des alliierten Luftkriegs gegen Graz gehen, wie er sich insbesondere aus anglo-amerikanischen Quellen dokumentarisch rekonstruieren läßt. Ein derartiger Angriff erfolgte am 16. Oktober 1944 gegen die Steyr-Daimler-Puch Werke in Thondorf, dem 35 Menschen zum Opfer fielen. 63 amerikanische Bomber luden ca. 300 Sprengbomben ab, die zudem auch substantielle Gebäudeschäden verursachten. Der Bericht des Luftkriegsbeauftragten sowie US-Aufklärungsbericht und -foto vermitteln einen unmittelbaren Eindruck des schrecklichen Geschehens.

Der Allerheiligentag 1944 bescherte der Stadt den opferreichsten Angriff: es gab 382 Tote und 144 Verletzte. 145 Gebäude wurden zerstört, 279 schwer und 236 leicht beschädigt. Die 220 Bomber kamen um die Mittagszeit, als viele Grazer noch auf

Friedhofsbesuch waren und luden in einem dreistündigen Inferno 1.200 Sprengbomben ab. Unter den beschädigten Industrieanlagen und zivilen Gebäuden waren die Grazer Waggonfabrik, der Milchhof, die Tuchfabrik Rathleitner, die Burg, die Oper, die Stadtpfarrkirche und das Bahnhofsgelände.⁴⁰

Die weiteren November- und auch die Dezemberangriffe gegen Graz hatten vornehmlich Bahn- und Verschiebeanlagen zum Ziele. Der Weihnachtstag 1944 brachte eine weiträumig angelegte Operation der 15. US-Luftflotte gegen Transport- und Verkehrsziele in ganz Österreich. Auch Graz kam unter heftigen Beschuß. Am 27. Dezember kehrten die Bomber wieder. Auch diesmal wie auch in den nächsten Wochen waren die langgezogenen Zugs- und Verschiebeanlagen vom Köflacher Bahnhof bis nach Gösting ihr Ziel. Am 20. Jänner 1945 griff zudem eine Tieffliegerstaffel die Eisenbahnlinien im Raum Graz an. Die „Marshalling Yards“ (M/Y) gaben aus der Sicht der Amerikaner überhaupt ein lohnendes Ausweichziel für die amerikanischen „Flying Fortresses“ oder „Liberators“ am Rückflug nach Italien ab, wenn die Bomber meist aus Wettergründen ihr Primärziel in Rumänien, Ungarn oder im Osten Österreichs nicht bombardieren konnten.

Auch im Februar richteten sich die meisten Angriffe gegen die Bahneinrichtungen. Zudem erlebten die Grazer nach einem Tagesangriff der Amerikaner am späteren Abend des 13. Februar auch noch den ersten der besonders gefürchteten britischen Nachtangriffe des 205. RAF-Geschwaders auf Graz, das mit 100 Bombern der Typen „Liberator“ und „Wellington“ unter Verwendung von Leuchtsätzen („Christbäumen“) eine stattliche Menge von Spreng-

40 Beer/ Kärner: Krieg aus der Luft, S. 279f.

und vor allem Brandbomben absetzte, die fürchtbare Wirkung zeitigten. Es gab 73 Tote und 21 Verletzte sowie großen Sachschaden. In der Nacht vom 5. zum 6. März kamen die Engländer zum zweitenmal, diesmal mit 50 Bombern; doch am Kar Samstag, dem 31. März sollten britische Verbände die weitaus größte Zahl von Brandbomben auf Graz abladen.⁴¹ Wieder war es das Bahnhofsviertel, das den Großteil der etwa 25 Tonnen Brandbomben abbekam. Der Angriff dauerte nur 16 Minuten und verursachte dennoch eine „mächtige Feuerwand zwischen dem Bahnhofgürtel und dem Schlachthaus.“ Sein Fazit: 63 Tote und 105 total zerstörte Gebäude.⁴²

Am Ostersonntag setzte die 15. US-Luftflotte nach dem Motto des „Around-the-Clock-Bombing“ die Bombardierung der Grazer Bahnanlagen fort und verwüstete vor allem das Gebiet südlich des Zentralfriedhofs. Den damals natürlich nicht als solchen erkennbaren Schlußpunkt der westalliierten Luftoffensive gegen Graz setzte ein amerikanischer Großangriff am 2. April, der als massivste Einzelaktion gegen Südösterreich in die Annalen einging. Er wurde mit 270 Bombern in mehreren Angriffswellen zu je 20-25 Maschinen geführt und entlud ein Inferno von über 750 Tonnen Sprengmaterial über Graz. Dementsprechend hoch waren auch die Opferzahlen: 95 Tote und 52 Verletzte. Amerikanische Aufklärungsflüge vom 3. bis 15. April verifizierten es: die Grazer Bahnhöfe glichen Trümmerhaufen und waren praktisch lahmgelegt.⁴³

Zweifelsohne zählte die steirische Gauhauptstadt zu den vom Luftkrieg über

Österreich am meisten be- und getroffenen Orten. Graz wurde von allen österreichischen Städten am öftesten von alliierten Bombenangriffen heimgesucht: es waren 56 Angriffe an 51 verschiedenen Kalendertagen, darunter 37 Tages- und 5 Nachtangriffe. Lediglich in Wien wurden mehr Menschen Opfer des alliierten Bombenkrieges. In Graz zählte man 1.980 Luftkriegstote und 1.437 Verletzte. An der über der Stadt abgeladenen Bombenmenge gemessen lag Graz unter den österreichischen Städten erst an 4. Stelle. Wiener Neustadt, Wien und Klagenfurt mußten einer größeren Zahl von Bomben standhalten. Immerhin wurden im Raum Graz rund 17.000 Sprengbomben und fast 12.000 Brandbomben abgeworfen, sodaß insgesamt 7.802 Wohnungen und Gebäude zerstört bzw. beschädigt wurden; das entsprach immerhin rund 45% des gesamten Gebäudebestandes der Stadt.⁴⁴ Auch das Straßennetz, öffentliche Parkanlagen, Straßen- und Hauskanäle sowie öffentliche Kommunikations-, Wasser und Gaseinrichtungen waren durch Bombentreffer schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Bei den Grazer Verkehrsbetrieben waren über 8 km Geleise zerstört und etwa die Hälfte des Fuhrparks vernichtet worden.

Als völlig unkalkulierbar und letztlich auch in ihren Aus- und Nachwirkungen undefinierbar müssen die psychisch-emotionalen Schäden und Strapazen bei der über 13 Monate praktisch permanent bedrohten Grazer Bevölkerung eingestuft werden, durch die der Krieg aus der Luft quasi als Synonym für den totalen Krieg empfunden wurde.

41 Die jeweiligen britischen Angriffsberichte befinden sich im Public Record Office (PRO) in Kew-London: AIR 25/ 818 und 833.

42 Brunner, *Bomben auf Graz*, S. 374f. und Beer/ Karner, *Krieg aus der Luft*, S. 296f.

43 NA, RG 243, Air Intelligence Summary Nr. 75, für die am 15.4.1945 endende Woche, Beer/ Karner, *Krieg aus der Luft*, S. 303f.

44 So die Zahlen des Wiederaufbauamtes in Graz: Hermann Leonardi, *Die Kriegsschäden und der Wiederaufbau von Graz*, in: Statistisches Jahrbuch der Stadt Graz 7, 1964, S. 156-162.

Die alliierten Geheimdienste und der Widerstand im Raum Graz

Wir wissen heute, daß im Zweiten Weltkrieg neben Propaganda vor allem auch Spionage und Spionageabwehr, Subversion und Sabotage, also Geheimdienstaktionen verschiedenster Art eine für den Kriegsverlauf nicht unwesentliche Rolle gespielt haben. Sie waren und blieben Domäne der Geheimdienste, auch im Kalten Krieg danach. Schon ab 1918 war der republikanische Kleinstaat Österreich ein von den damaligen europäischen Großmächten sowie von seinen Nachbarstaaten nachrichten- und geheimdienstlich überdurchschnittlich gut beobachtetes und ausgekundschaftetes Territorium gewesen.⁴⁵

Aus mitunter recht bescheidenen militärischen und zivilen Nachrichtendiensten der führenden Mächte der Zwischenkriegszeit entwickelten sich im Laufe des Krieges mächtige, nicht selten auch neugeschaffene Organisationen, denen von geheimer Nachrichtenbeschaffung bis zu militärisch-subversiven Einsätzen eine breite Palette von Kriegsaufgaben zugeordnet waren. Auch auf Österreich bezogen handelte es sich dabei um das Sammeln und Auswerten jedweder „intelligence“, die der Niederrichtung des Nationalsozialismus dienlich sein konnte, vordringlich natürlich um militärisch verwertbare Informationen über strategische Positionen, Order of Battle, Truppen Transporte und insbesondere Art und Lage von rüstungsindustriellen Unternehmen. In großer Nachfrage standen auch geheim-

dienstlich gewonnene, authentische Stimmungsberichte, die sowohl über die militärische als auch über die zivile Bereitschaft zu Sabotage, Desertion und zum aktiven wie passiven Widerstand gegen das NS-Regime Auskunft geben konnten. Spätestens ab dem Frühjahr 1944 ging es den wichtigsten alliierten Kriegsgeheimdiensten um Unterstützung, Bewaffnung und sogar Lenkung von bekanntgewordenen Widerstandsgruppen sowie um eigene Geheimunternehmen mit jeweils spezifischer Aufgabenstellung. Da sich die Durchdringung nazistisch kontrollierter Territorien auch in den Grenzregionen des Dritten Reiches bis in die letzten Kriegswochen als äußerst schwierig und risikoreich herausstellte, wurden diese Kommandos in der Regel durch Fallschirmabwurf geplant und ausgeführt.⁴⁶

Jüngste Forschungen in langsam sich öffnenden Geheimdienstarchiven in London und vor allem in Washington beweisen, daß die diversen Geheim- und Nachrichtendienste aller später als Besatzungsmächte in Österreich agierenden Kriegsbündnisse in allerdings unterschiedlicher Intensität auch auf dem Gebiet der Alpen- und Donaureichsgaue gewirkt haben. Es waren dies für die Sowjetunion vor allem der militärische Nachrichtendienst der Roten Armee, GRU, der als vierte Abteilung des Generalstabs fungierte und die Vorgängerorganisation des späteren KGB, das „Volkskommissariat für innere Angelegenheiten“, NKWD, als teilweise ziviler Sicherheitsdienst. Mit dem Vorrücken der Front gesellte sich dazu auch die sowjetische Spionageabwehrorganisation Smersh.⁴⁷

45 Vgl. dazu überblicksmäßig: Siegfried Beer: Von Alfred Redl zum „Dritten Mann“. Österreich und ÖsterreicherInnen im internationalen Geheimdienstgeschehen 1918-1947 (=Beer, Redl zum Dritten Mann). In: Geschichte und Gegenwart 16, 1997, S. 3-25.

46 Vgl. dazu allgemein: Siegfried Beer: Alliierte Planung, Propaganda und Penetration 1943-1945. Die künftigen Besatzungsmächte und das wiederzuerichtende Österreich, von der Moskauer Deklaration bis zur Befreiung, in: Stefan Karner (Hg.), Das Burgenland im Jahr 1945, Eisenstadt 1986, S. 87-88.

47 Vgl. dazu Amy Knight, The KGB, Winchester MA 1988 und Christopher Andrew - Oleg Gordievsky, KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow, München 1990.

Von der französischen Exilregierung unter Charles de Gaulle wurde ab 1940 ein neuer militärischer Geheim- und Nachrichtendienst aufgebaut, das Deuxieme Bureau, in dem die Aufgaben der geheimen Ermittlungen und der Auslandsspionage im Rahmen der Generaldirektion für Planungen und Vermittlungen (DGER) vom Zentralbüro für Ermittlungen und Einsatz (BCRA) wahrgenommen wurde.⁴⁸

Aus dem schon 1909 begründeten britischen Geheimdienst SIS (Secret Intelligence Service) oder MI6 (Militärische Geheimdienste, Sektion 6) hatte sich bezeichnenderweise nur wenige Wochen nach dem Anschluß Österreichs die Abteilung D abgesplittert, die nur wenig später als Amt für Sonderoperationen SOE (Special Operations Executive) der Kontrolle des Foreign Office unterstellt wurde. SOE war in Zentraleuropa bis 1946 aktiv.⁴⁹

Den relativ kleinen geheimdienstlichen Abteilungen der amerikanischen Waffengattungen Armee (G-2, MIS), Flotte (ONI) und der Armee-Luftwaffe (A-2) wurde zwar schon vor dem Desaster von Pearl Harbor eine zivile Nachrichtenkoordinierungsstelle COI (Coordinator of Information) hinzugesellt, die dann ab Juni 1942 als Büro für Strategische Dienste OSS (Office of Strategic Services) mit der Durchführung sowohl von Informationsbeschaffung als von Geheimaktionen nach dem Muster des britischen SOE betraut wurde. Schon 1943 hatte diese Vorläuferorganisation der heutigen CIA ihr Operationsfeld auf fast alle Kriegsschauplätze ausgedehnt und schlag-

kräftige Einheiten für Spionage, Sabotage, Gegenspionage und schwarze Propaganda aufgebaut. OSS wurde von Präsident Harry S. Truman im Herbst 1945 aufgelöst.⁵⁰

Im folgenden sollen die anglo-amerikanischen Kriegsorganisationen auf ihre spezifische Wirkungsweise in Österreich und insbesondere in der Steiermark untersucht und charakterisiert werden.

Die britischen Geheimdienste

SIS richtete spätestens im Jahre 1920 auch in Wien eine Außenstelle ein, die jedoch schütter besetzt war und phasenweise (so zwischen 1927 und 1929) sogar wieder geschlossen wurde. Mit der zunehmenden Krise in Zentraleuropa ab 1930 bauten die Briten ihre SIS-Station in Wien wieder auf und richteten ab 1933/34 zur besseren Observation der Tätigkeit der Nationalsozialisten im Westen Österreichs sogar auch in Innsbruck eine Nebenstelle ein. Wenige Monate nach dem Anschluß wurde der Station Chief in Wien, Captain Thomas Kendrick, von der Gestapo verhaftet und einige Tage unter Arrest gestellt. Die gesamte SIS-Mannschaft in Österreich mußte ausgetauscht werden. Dem neuen, aus Riga nach Wien versetzten und als Konsul getarnten neuen Stationsleiter George Berry und seinem neuen Team, darunter der erfahrene Victor Farrell, der zuvor SIS-Budapest leitete, blieb bis zum Ausbruch des Krieges kaum noch Zeit, neue Kontakte aufzubauen,

48 Vgl. Richard Deacon, *The French Secret Service*, London 1990 und Douglas Porch, *The French Secret Services. A History of French Intelligence from the Dreyfus Affair to the Gulf War*, New York 1995.

49 Zu SIS vgl. Christopher Andrew, *Her Majesty's Secret Service. The Making of the British Intelligence Community*, London 1985 und Nigel West, *MI6. British Secret Intelligence Service Operations 1909-1945*, London 1985. Zu SOE siehe M.R.D. Foot, *An Outline History of the Special Operations Executive 1940-46*, London 1984 und Nigel West, *Secret War. The Story of SOE, Britain's Wartime Sabotage Organisation*, London 1992.

50 Zur Entwicklung und Bedeutung von COI und OSS vgl. Kermit Roosevelt (ed.), *The War Report of the OSS. 2 Vols.*, Washington, D.C. 1976; Bradley F. Smith, *The Shadow Warriors. OSS and the Origins of the CIA*, New York 1983 und George C. Chalou (ed.), *The Secrets War. The Office of Strategic Services in World War II*, Washington, D.C. 1992.

die während des sich längst abzeichnenden militärischen Konflikts mit Nazideutschland als stay-behind-agents oder als Penetrationsagenten verwendet hätten werden können.⁵¹ Es ist dennoch anzunehmen, daß SIS wenigstens bis zum Ausbruch des europäischen Krieges im September 1939 über die Vorgänge in der Steiermark bestens informiert war.⁵² Danach mußte SIS wie das 1940 begründete SOE zur Informationsbeschaffung die Ostmark von außen penetrieren, was bis 1943 jedoch nur in bescheidenem Ausmaß gelingen sollte.⁵³

Bereits 1940/41 unterstützte SOE slowenische Agenten bei der Zerstörung deutscher Bahneinrichtungen im südösterreichischen Raum und 1942/43 sind mehrere Fallschirmabsprünge sowjetischer Geheimtruppen durch für SOE-Aktionen abgestellte RAF-Verbände erfolgt, durch die u.a. Verbindungen zwischen den Tito-Partisanen und potentiellen österreichischen, in der Hauptsache kommunistischen Widerstandszellen hergestellt werden sollten. Noch im Laufe des Jahres 1943 gelang es SOE von Jugoslawien aus einen eigenen Agenten in südösterreichisches Territorium einzuschleusen; bald jedoch war ihm die Sache zu riskant und aussichtslos.⁵⁴

Im Gefolge der Moskauer Deklaration über Österreich vom 1. November 1943 verstärkte SOE seine Infiltrationsbemühungen im Raum Kärnten und Steiermark und über italienische Partisanengebiete auch nach Tirol. Das größte auf Österreich gerichtete SOE-

Unternehmen war die sog. „Clowder“-Mission, die von jugoslawischem Partisanengebiet aus operierte und um Kontakte zu den großteils aus slowenischen Widerstandskämpfern bestehenden Partisanengruppen in den Bergen Kärntens sowie im steirischen Grenzland bemüht war.⁵⁵ Das Foreign Office indes verweigerte SOE die aktive Unterstützung der als kommunistisch eingestuften österreichischen Freiheitsfront (ÖFF). Der Clowder-Agent Alfgar Hesketh-Pritchard (mit Codenamen „Cahusac“) ließ es sich im Spätherbst 1944 nicht nehmen, sozusagen auf eigene Faust und Verantwortung die Drau zu überqueren und in Richtung Saualpen Kontakt zu den dort operierenden Partisanen zu suchen. Sein genaues Schicksal ist bis heute ungeklärt; SOE-Recherchen nach dem Krieg bestärkten die These, daß Cahusac von den Partisanen selbst, wahrscheinlich auf höheren Befehl hin, beseitigt worden ist.⁵⁶

Wie sehr man in London in dieser Phase des Krieges an den Österreichern verzweifelte, belegt die folgende Stellungnahme eines Österreichreferenten im Foreign Office vom Juli 1944: „Ginge es nicht um die strategische Bedeutung, Österreich von Deutschland getrennt zu halten, könnten wir dieses rückgratlose Land im eigenen Saft schmoren lassen. Es ist jetzt klar, daß Österreich praktisch nichts für sich selbst unternimmt und wir werden die größten Schwierigkeiten haben, ihm nach dem Krieg Leben einzuflößen.“⁵⁷ Im Jänner 1945 zogen auch

51 Vgl. Bear, Red, zum Dritten Mann, S. 15f.

52 Dafür würde z.B. die Tatsache sprechen, daß G.E.R. Coode während des Krieges SIS-Mitarbeiter in der Türkei wurde.

53 Zum Beitrag der britischen Geheimdienste zur Niederung der Achsenmächte vgl. die 5-bändige Darstellung: F.H. Hinsley (ed.), *British Intelligence in the Second World War*, London 1979-1980.

54 Vgl. M.R.D. Foot, *Resistance. An Analysis of European Resistance to Nazism 1940-1945*, London 1976, p. 212.

55 Zu den Anstrengungen von SOE im letzten Kriegsjahr vor allem Kärnten, jedoch auch steirische Grenzgebiete zu penetrieren, um dort einen österreichischen Widerstand zu unterstützen, liegen mittlerweile gediegene englischsprachige Darstellungen vor: Thomas M. Barker, *Social Revolutionaries and Secret Agents: The Carinthian Slovene Partisans and Britain's Special Operations Executive*, New York 1990 (=Barker, *Social Revolutionaries*); und Peter Wilkinson, *Foreign Fields. The Story of an SOE Operative*, London 1997.

56 Barker, *Social Revolutionaries*, p. 49.

57 J.M. Troutbeck, Bericht über SOE-Tätigkeit in Österreich, Juli 1944. In: PHG, Foreign Office (FO) 3717/38839.

die Organisatoren der Clowder-Mission den Schluß, daß es höchst unwahrscheinlich wäre, daß die Österreicher vor der totalen Vernichtung des Nationalsozialismus sich zu einer signifikanten Widerstandstätigkeit aufrufen würden. Zu den Empfehlungen des Kommandanten der Clowder Mission gehörte, zum erstmöglichen Zeitpunkt eine zum Einsatz bereite sozialdemokratische Gruppe nach Graz zu schicken.⁵⁸ Bald darauf fiel bei der SOE-Führung in London die Entscheidung, die zukünftige Tätigkeit von SOE in Österreich auf die Entsendung sog. „coup-de-main-Unternehmen“, also Handstreichkommandos zu beschränken, und im Zuge des Einmarsches alliierter Truppen in Österreich Aufklärungs- und Verbindungseinheiten abzusetzen und bereitzustellen.⁵⁹ Für diese Aufgaben wurden vor allem österreichische Soldaten der britischen Armee herangezogen.⁶⁰

Schon 1942/43 hatte man in England begonnen, österreichische Freiwillige für Sabotage- und Subversionsaufgaben in Österreich auszubilden. Bald wurden auch österreichische Deserteure der Wehrmacht und bisweilen auch freiwillige Kriegsgefangene für diese Aufgaben herangezogen. Ab Herbst 1944 wurde die Ausbildung für britische Offiziere und österreichische Freiwillige nach Bari verlegt, um dort für Einsätze in Zentraleuropa ausgebildet zu werden. Von Unteritalien aus wurde in den letzten Kriegswochen eine stattliche Zahl von Gruppen und Einzelpersonen meist per Fallschirm in Österreich abgesetzt, um den

autochthonen Widerstand zu stärken, unnötige Zerstörungen zu verhindern und den Aufbau von Wehrwolfformationen hintanzustellen. Einige dieser Kommandos waren auch gegen die Steiermark gerichtet.

Am 7. Februar 1945 wurde Leutnant O'Hara (Codename für einen österreichischen Pionier in der britischen Armee) in einem blinden Fallschirmabsprung westlich von Graz abgesetzt, um Kontakt mit dem sozialdemokratischen Untergrund aufzunehmen. Er mußte bald zur Kenntnis nehmen, daß die meisten sozialistischen Untergrundführer entweder im Gefängnis oder bei der Wehrmacht bzw. im Volkssturm eingezogen waren. Trotzdem gelang es ihm etliche sozialdemokratische Funktionäre zu treffen und von seinem Versteck in Oberstainz aus mit seiner Kontrollbase in Bari in Radiofunkkontakt zu treten. Als er merkte, daß ihm die Gestapo auf den Fersen war, zog er es vor, sich den Partisanen auf der Koralpe anzuschließen. In weiterer Folge versuchte er sich nach Jugoslawien zurückzuziehen, wurde jedoch von einer deutschen Patrouille gestellt und in Maribor als Spion hingerichtet.⁶¹

Am 16. Februar 1945 wurde eine aus drei früheren österreichischen Kriegsgefangenen bestehende Gruppe nahe Judenburg abgesetzt, die sich nach Salzburg durchschlagen sollte. Der Funker des Unternehmens suchte gleich nach der Ankunft den Weg zur Gestapo, um sein Kommando und seine beiden Agentenkollegen zu verraten. Letztere wurden nach Mauthausen

58 Maj. Charles Williers, Memo by H.O. Clowder: Mission on Future of Special Operations in Austria, 16.1.1945, PRO, FO 371/48603.

59 Vgl. David Stafford, *Britain and European Resistance, 1940-1945. A Survey of the Special Operations Executive, with Documents*, London 1980, S. 190.

60 Vgl. dazu vor allem Norman Benlwich, *I Understand the Risks. The Story of the Refugees from Nazi Oppression Who Fought in the British Forces in the World War*, London 1950 und Wolfgang Muchitsch, *Mit Spaten, Waffen und Worten. Die Einbindung österreichischer Flüchtlinge in die britischen Kriegsanstrengungen 1939-1945*, Wien 1992.

61 *SOE Operations into Austria*, S. 11. Es handelt sich dabei um eine zusammenfassende Darstellung der Geheimoperationen der Briten in Österreich, die dem Verfasser vom Büro des SOE-Advisor im Foreign and Commonwealth Office zur Verfügung gestellt wurde.

gebracht, wo sie jedoch anfangs Mai von den Amerikanern befreit wurden. Der Funker wurde nach Wien gebracht, um von dort aus ein sogenanntes Funkspiel mit der SOE-Base in Italien anzubahnen. SOE Bari ließ sich in diesem Falle jedoch nicht täuschen.

Ende März landete ein weiterer freiwilliger österreichischer Deserteur per Fallschirm als Einzelagent in der Nähe von Mürzschlag. Auch er sollte mit führenden sozialdemokratischen Funktionären in der Region kooperieren. Dieses Unternehmen war insofern erfolgreich, als es diesem Agenten nicht nur gelang, mit seinem Hauptquartier bis 9. Mai in regelmäßigem Funkkontakt zu bleiben, sondern vor allem auch im gesamten Mürztal mit Widerstandszellen zusammenzuarbeiten.

Gegen Ende April wurden drei durchwegs aus Österreichern in britischer Uniform zusammengesetzte paramilitärische Geheimkommandos in der Steiermark abgesetzt. Am 20./21. April landete eine Zweiergruppe (Operation „Hamster“), bestehend aus Lieutenants „Kaiser“ und „Williams“ im Gleinalpengebiet, wo sie im Laufe der Zeit auf eine Stärke von zwanzig Mann anwuchs und in den letzten Kriegstagen mit einer etwa 200 Mann starken Widerstandsgruppe im Raum Knittelfeld kooperierte. Zusammen befreiten und besetzten sie die Stadt Knittelfeld am 8. Mai und übergaben wenig später das Flugfeld Zeltweg an die vorrückenden Sowjets.⁶²

Am 24. April gelang es SOE zwei weitere Gruppen von vier bzw. zwei Agenten in der Obersteiermark einzuschleusen. Auch hier handelte es sich durchwegs um geborene Österreicher: die im Rang von Leutnants stehenden Agenten „Bryant“ (Dr. Georg

Breuer), „Kelly“, „Warner“, „Rhodes“, „Stevens“ und um Anton Freud, einem Enkel Sigmund Freuds. Sie landeten mitten im Ort Niederwölz und mußten sich daher schnell von den per Fallschirm abgesetzten Funkgeräten, Versorgungspaketen und anderen technischen Hilfsmitteln trennen und in den Bergen verstecken. Der ausführliche Gesamtbericht dieser „Historian Party“ malt ein eindrucksvolles Bild der letzten Tage des Dritten Reiches in der Steiermark.⁶³ Auch diese Gruppe war an der Übernahme des Flugfeldes in Zeltweg beteiligt. Schon bald nach dem Krieg wurde das SOE-Unternehmen bekannt, welches unter Führung Albrecht Gaiswinklers im Höllengebirge bei Ebensee gelandet war und später wesentlich dazu beitrug, daß die Region Bad Aussee noch vor Eintreffen der alliierten Truppen von den Kräften des Widerstandes kontrolliert wurde.⁶⁴

Nicht aus den Akten, sondern auf Grund von Oral-History-Interviews kann man auf weitere Einsätze von Geheimkommandos in den allerletzten Kriegstagen auch in der Steiermark schließen. Ein derartiges Unternehmen mit dem Codenamen „Anton Sokol“, an dem drei steirische Freiwillige beteiligt waren, wurde am 19. März 1945 in der Oststeiermark (Raum Gleichenberg - Feldbach) abgesetzt; es sollte u.a. abgeschossenen und versprengten anglo-amerikanischen Fliegern bei der Flucht in Richtung jugoslawischem Partisanengebiet helfen. Nach Problemen mit der regionalen SS wurden die drei SOE-Agenten schließlich von den Sowjets aufgerollt. Insgesamt standen SOE zu Kriegsende noch neun Penetrationsteams zur Verfügung, deren Einsatz schlußendlich nicht mehr zustande kam.⁶⁵

62 Vgl. De briefing Report (Operation Hamster), 18.5.1945, PRO, FO 371/46603 und SOE Operations into Austria, p. 12.

63 Vgl. Interrogation of Lt. Bryant (Historian Party), 13.5.1945, PRO, FO 371/46603.

64 Vgl. dazu die leicht selbst-heróisierende Darstellung: Albrecht Gaiswinkler, Sprung in die Freiheit, Wien 1947.

65 Interview vom 14. April 1987 mit F. P., einem späteren hohen Beamten beim Magistrat Graz, sowie SOE Operations into Austria, p. 13.

Ein interessanter Beitrag von Exilwiderstand liegt im Falle eines steirischen Ordenspriesters mit dem Codenamen „Pater Andreas“ vor, der ab 1942 für den britischen Propagandageheimdienst PWE (Psychological Warfare Executive) den Schwarzsender „Christus der König“ gestaltete, über den tagtäglich religiöse Motive des Widerstandes gegen das heidnische NS-Regime angesprochen wurden. Ab 1944 richteten sich die Predigten dieses Radiopriesters fast ausschließlich an Österreicher. Es läßt sich allerdings schwer feststellen, wie weitverbreitet die Hörerschaft dieses Senders etwa auch in der Steiermark wirklich war.⁶⁶

Die amerikanischen Geheimdienste

Der Präsident Roosevelt und dem amerikanischen Vereinigten Generalstab (JCS) direkt unterstellte Kriegsgeheimdienst OSS hatte gegenüber seinen alliierten Bruderorganisationen den nicht unwesentlichen Vorteil, daß er außer der konventionellen, also weißen Kriegspropaganda praktisch alle Sparten von Geheimdienstaufgaben in sich vereinigte. OSS agierte schon 1943 auf allen wichtigen Kriegsschauplätzen und besaß spätestens zum Zeitpunkt seines maximalen Personalstands (etwa 13.000 Aktive zu Mitte 1944) eine bereits weitgehend ausgereifte Grundstruktur. Seine gerade auch für die Penetration der von Hitlerdeutschland kontrollierten Gebiete wichtigsten Abteilungen waren: Secret Intelligence (SI), die für Spionage und strategische Informationsbeschaffung zuständig war;

Research and Analysis (R&A), für Informationsverarbeitung und Erstellung von Analyseberichten; X-2, das für Spionageabwehr verantwortlich war; Special Operations (SO), das mit allen Formen von agentengetragener Sabotage, Subversion und Infiltration des Feindeslandes betraut war und Morale Operations (MO), einer kleinen, auf dem südeuropäischen Kriegsschauplatz (MedTO) hauptsächlich von österreichischen Emigranten und kriegsfreiwilligen Mitarbeitern getragenen Sektion, die für schwarze Propagandaarbeit verantwortlich zeichnete. Von der Abteilung Foreign Nationalities (FN) wurden die politisch aktiven Österreicher im amerikanischen Exil überwacht. Besondere Bedeutung kam auch der Labor Section zu, die sich um möglichst enge Kontakte zu exilierten Sozialisten und Gewerkschaftern, ab 1944 auch zu führenden Funktionären der Arbeiterbewegung im österreichischen Untergrund bemühten.⁶⁷

Von Washington aus zentral geführt, waren die für Zentraleuropa relevanten OSS-Außenstellen vor allem in London, schon ab Herbst 1942 in Bern und Algier, ab April 1943 auch in Istanbul und Kairo und später noch in Paris und Rom angesiedelt. Erste substantielle Kontakte zu österreichischen Widerstandszellen waren schon gegen Ende 1943 dem von Allen W. Dulles geführten OSS-Büro in der Schweiz gelungen, das mit österreichischen Emigranten in der Schweiz zusammenarbeitete (darunter insbesondere mit Kurt Grimm, Anton Linder, Ludwig Klein, Emanuel Treu und Hans Thalberg), aber auch zu österreichischen Industrie- und Finanzkreisen in Wien (z.B. mit dem

66 Vgl. Siegfried Beer, „Christus, der König“ versus Hitler, den Führer. Ein steirischer Radio-Priester im Exilwiderstand gegen das Dritte Reich, in: Forschungen zur Landes- und Kirchengeschichte. Festschrift Helmut Mezler-Andelberg zum 65. Geburtstag, Graz 1988, S. 47-112.

67 Genauere, österreichbezogene Angaben dazu, bei: Siegfried Beer, Target Central Europe: American Intelligence Efforts Regarding Nazi and Early Postwar Austria, 1941-1947 (=Working Papers in Austrian Studies 97-1, Minneapolis 1987) und Ders., Exil und Emigration als Information. Zur Tätigkeit der Foreign Nationalities Branch innerhalb des amerikanischen Kriegsgeheimdienstes OOI bzw. OSS, 1941-1945, in: DÖW-Jahrbuch 1989, Wien 1989, S. 132-143.

Semperit-Direktor Franz-Josef Messner oder CA-Direktor Josef Joham) in Verbindung stand.⁶⁸ Eine über Algier, Bern und Istanbul organisierte und für die Amerikaner vielversprechende Kooperation mit der in Wien organisierten Maier-Messner Gruppe, die OSS mit Geheiminformationen über deutsche Industrie- und Rüstungszentren versorgte, fiel im März 1944 einem mehrfachen Verrat innerhalb des von OSS-Istanbul für den Balkan und Zentraleuropa aufgebauten Informationsringes CEREUS zum Opfer. Die führenden Köpfe dieser Widerstandsgruppe, Kaplan DDr. Heinrich Maier und Direktor Dr. Franz-Josef Messner, wurden von der Gestapo in Wien respektive in Budapest verhaftet und wenige Wochen vor Kriegsende wegen Hochverrats hingerichtet.⁶⁹ Ab September 1944 wurde der von OSS als Agent K-28 geführte Wiener Fritz Molden unter Mithilfe des schweizerischen Geheimdienstes zum zweifellos wichtigsten Verbindungsmann des österreichischen Widerstandes zu den Alliierten, der es verstand mehrfach und erfolgreich (zuletzt mit Ernst Lemberger, mit nome de guerre Jean Lambert bzw. OSS-Codennamen „Hofer“) nach Österreich zu infiltrieren und in Wien wie auch in einigen Bundesländern, darunter auch in der Steiermark, mit der Gründung des Provisorischen Österreichischen

Nationalkomitees (POEN) ein überparteiliches Vertretungsorgan zu schaffen, das immerhin von allen späteren Besatzungsmächten im Frühjahr 1945 ernstgenommen wurde.⁷⁰

Im Sommer 1944 wurde beim neugeschaffenen Alliierten Hauptquartier (AFHQ) in Caserta für OSS eine unter der Tarnbezeichnung 2677th Regiment (OSS) Provisional geführte, zentrale Leitstelle für geheime Operationen in Italien, am Balkan und in Zentraleuropa eingerichtet. Deren German-Austrian Section, die vor allem von Major John B. McCulloch und Lieutenant Alfred J. Ulmer, Jr. getragen wurde und in Bari stationiert war, begann schon bald mit Planungen zur Infiltration österreichischen Territoriums durch amerikanische Agenten, die jeweils von freiwilligen österreichischen Kriegsgefangenen (deserter volunteers) unterstützt werden sollten.⁷¹ Ab Herbst 1944 begann auch OSS-London mit der Ausbildung mehrerer für Westösterreich (Raum Innsbruck/ Kufstein/ Kitzbühel/ Salzburg) geplanten Unternehmen, von denen diejenigen unter den Codennamen DOCTOR, VIRGINIA und GEORGIA zu den gelungensten Penetrationsversuchen von OSS in nationalsozialistisch kontrolliertes Territorium zählen sollten.⁷² Unter den von Bari/ Brindisi aus gestarteten

68 Zu OSS-Bern vgl. insbesondere Peter Grose, *Gentleman Spy. The Life of Allen Dulles*, Boston 1984, S. 171-256. Wesentliche Einblicke in die von der Schweiz ausgehenden Österreichaktivitäten des OSS liefert neuerdings eine Dokumentenedition: Neal H. Petersen (ed.), *From Hitler's Doorstep. The Wartime Reports of Allen Dulles, 1942-1945*, University Park, PA 1996. Vgl. z.B. auch Hans J. Thalberg, *Von der Kunst, Österreicher zu sein. Erinnerungen und Tagebuchnotizen*, Wien 1984, S. 123-146.

69 Vgl. Siegfried Beer, ARCEL/ CASSA/ REDBIRD. Die Widerstandsgruppe Maier-Messner und der amerikanische Kriegsgeheimdienst OSS in Bern, Istanbul und Algier 1943/44, in: *DÖW-Jahrbuch 1993*, Wien 1993, S. 75-100.

70 Vgl. dazu Fritz Molden, Fepolski und Waschlapski auf dem borstenden Stern. Bericht einer unruhigen Jugend, Wien 1978 und ders., Die Feuer in der Nacht. Opfer und Sinn des österreichischen Widerstandes 1938-1945, Wien 1988, S. 122-149. Weitere Einblicke in sein Verhältnis zu den alliierten Geheimdiensten gewährte Fritz Molden dem Autor am 5.11.1996 bei einem mehrstündigen Interview in Washington, D.C.

71 Insgesamt wurden über 40 Geheimunternehmen mit österreichischer Zielrichtung von OSS geplant, vorbereitet und großteils auch durchgeführt. Nähere Angaben über die personale Zusammensetzung der meisten dieser Kommandotrups, über den Zeitpunkt ihrer Einsätze und mit einer Skizze über die konkreten Zielgebiete finden sich bei Beer/Karner, *Krieg aus der Luft*, S. 76. Die spektakulärsten dieser Kommandounternehmen behandelte Joseph E. Persico, *Geheime Reichssache. Der US-Geheimdienst im Untergrundkampf gegen die deutsche Kriegsführung*, Wien 1979.

72 Vgl. dazu: A.C. Brown (ed.), *The Secret War Report of the OSS*, New York 1976, pp. 542-553.

Kommandos gehörten GREENUP und DEADWOOD (beide im Raum Innsbruck) zu den erfolgreichsten,⁷³ während DUPONT (Raum Wiener Neustadt/ Eisenstadt) und DILLON (Raum Klagenfurt) zu den eher mißlungenen zählen müssen.⁷⁴

Die in den allerletzten Kriegswochen eingeschleusten Kommandos hatten neben den klassischen Zielen der Kontaktnahme mit Widerstandsgruppen bzw. alliierten Kriegsgefangenen und Fremdarbeitern meist auch die Aufgabe, allfällige Vorbereitungen für eine Alpenfestung (Alpine Reduit/ Redoubt) zu beobachten und zukünftiges Front- und Okkupationsgebiet zu erkunden, um eine möglichst widerstandslose Übernahme befreiten Territoriums durch alliierte Truppen zu ermöglichen.⁷⁵ Insgesamt wurden zumindest 76 OSS-Agenten bei diesen Geheimunternehmen in Österreich eingesetzt, unter denen einige ihren Einsatz mit dem Leben bezahlen mußten.

Natürlich richtete sich das Augenmerk der amerikanischen Geheimdienstler im Laufe des Krieges auch auf die Steiermark und ihre Landeshauptstadt, denn es ging OSS schon ab 1942/43 um die Beschaffung jedweder Information, die der alliierten Kriegsführung bzw. der Niederringung des Hitlerregimes dienlich sein konnte. Besondere Bedeutung hatten verständlicherweise Informationen und Berichte über infrastrukturelle Zustände im Energie- und Transportwesen, über militärische Einrichtungen und Truppenbewegungen sowie vor allem für

die Zwecke des strategischen Luftkrieges gegen Hitlerdeutschland über Art der Produktion und Lage rüstungsindustrieller Unternehmen in Großdeutschland. Konkrete Informationen dazu stammten in der Regel zunächst entweder von österreichischen Emigranten oder auch von Kriegsgefangenen, so z.B. ein Bericht der Military Intelligence Division vom September 1943 über die Böhlerwerke in Kapfenberg und weitere Stahlunternehmen im Mürztal. Über einen slowenischen Ingenieur wurden im März 1944 neuere Informationen über den Erzabbau am Erzberg sowie über den steirischen Kohlebergbau und über steirische Wasserkraftwerke bezogen. Ein namentlich gezeichneter, steirischer Emigrant in die USA legte im April 1944 eine für den amerikanischen Armeegeheimdienst verfaßte Studie über „Social and Political Observations of Styria“ vor, die auch dem OSS zugeleitet wurde. Über Istanbul bezog OSS konkrete Informationen über die elektrische Versorgung in der Steiermark und im Oktober 1944 kamen den Amerikanern durch jugoslawische Partisanen genauere Angaben über die Produktionsbedingungen in den Steyr-Daimler-Puch Werken in Thondorf zu.⁷⁶ OSS unternahm auch große Anstrengungen, einerseits durch gezielte Befragungen von Emigranten und Kriegsgefangenen und andererseits durch Schaffung eines Informationsnetzes um Österreich herum zu authentischen Berichten über die Lage und

73 Vgl. dazu Luis Schönherr: Unternehmen GREENUP - Der amerikanische Geheimdienst in Innsbruck, in: Das Fenster, Tiroler Kulturzeitschrift 23, 1989, H. 46, S. 4495-4515 und Gerald Schwab, OSS Agents in Hitler's Heartland, Destination Innsbruck, Westport, CT 1998.

74 Zu DUPONT z.B. vgl. Leopold Banny, Krieg im Bürgerland I: Warten auf den Feuersturm, Eisenstadt 1983, S. 304-325.

75 Das amerikanisch-französische Unternehmen IRON CROSS - das den Absprung einer ganzen Guerilla-Kompanie (etwa vierköpfig) im Raum Innsbruck/ Kufstein vorsah, hätte die Aufgabe gehabt, alle führenden NS Funktionäre, darunter Goebbels, Göring, Himmler und vielleicht sogar Hitler, auf deren erwarteter Flucht ins Alpen-Reduit gefangenzunehmen. Vorausschleifung und Trupp standen schon in Dijon bereit, als die Anfang Mai sich schon abzeichnende, kurz bevorstehende Kapitulation Deutschlands schließlich die Stornierung auch dieses Unternehmens erzwang. Vgl. dazu vor allem Aaron Bank, From OSS to Green Berets, New York 1988, pp. 84-112.

76 Die meisten dieser Berichte befinden sich im Bestand RG 226: Records of the OSS im National Archives der USA in College Park, MD, knapp außerhalb von Washington, D.C.

Stimmung in den Alpen- und Donaureichsgauen zu gelangen. Ein beeindruckendes Beispiel dieser Art ist die vom 21. September 1944 stammende Befragung des Kriegsgefangenen Ernst Taurer, eines aus Graz gebürtigen Sekretärs der Gewerkschaftsjugend und späteren Grazer Magistratsbeamten. Er hielt es für den größten Wunsch der Österreicher, und vor allem der österreichischen Arbeiter „sich wieder einmal frei bewegen und sprechen zu können“ und sprach davon, daß „sowohl die Bürgerlichen wie auch die Sozialisten erkannt hätten, daß sie nicht nur zusammen gegen das Hitlerregime kämpfen müßten, sondern zusammen nach dem Krieg auch Österreich aufbauen müßten.“⁷⁷

Schon im Februar 1944 war dem State Department über die amerikanische Gesandtschaft in Stockholm über eine mehrteilige Serie „Conditions in Austria“ in der schwedischen Tageszeitung *Allehanda* vom 16., 23. und 30. Jänner berichtet worden, in der die Schwedin Gudrun Lindblad, die 1943 mehrere Monate in Südösterreich verbracht hatte, unter dem Titel: „Steiermark - das Land der Trauer“ auch die allgemeine Stimmung der Steirer schilderte. Sie unterschied deutlich zwischen den Funktionären des Regimes, die als Fanatiker an die im Entstehen begriffenen Wunderwaffen des Führers glaubten, während die eindeutige Mehrheit der Steirer „actually wish for nothing more than an end to the regime.“ Selbst in der früheren Hochburg des Nationalsozialismus „I could with the best of intentions not discover the slightest signs of enthusiasm. The many women dressed in mourning was striking and the hospitals were

overcrowded. The shops were empty and, in general, people were badly dressed.“⁷⁸

Über britische Kanäle erreichte OSS auch ein Bericht über die Nachkriegsvorstellungen des nationalen slowenischen Befreiungskomitees. In der inoffiziellen Propaganda im Gebiet der 4. Partisanenzone ginge man so weit, „to include the whole of the Saualpen, the Stubalpen, the Koralpen and the extension of the frontiers north of Maribor so as to include Lieboch, south of Graz. These claims, however, have never been either suggested or endorsed by responsible Partisans.“⁷⁹

Die Steiermark und Graz waren selbstverständlich auch Zielgebiete mehrerer amerikanischer Penetrationsversuche, sowohl von Süditalien aus als auch über jugoslawisches Partisanengebiet. Darüber hinaus haben sich nachweislich einige aus der Steiermark stammende Deserteure oder Kriegsgefangene für Aufgaben der amerikanischen Kriegsgeheimdienste anwerben lassen. Ein gutes Beispiel für das letztere Phänomen ist das OSS-Unternehmen GOOD HOPE, dem ein gebürtiger Grazer angehörte. Dieses Zweierkommando wurde am 25. April 1945 per Fallschirm in der Nähe des oberösterreichischen Ortes Molln abgesetzt und konnte immerhin Teilerfolge erzielen.⁸⁰ Bedeutend schwieriger sollte sich das aus drei Agenten zusammengesetzte Geheimunternehmen DANIA gestalten, mit dem OSS im Februar 1945 eine Verbindung zum sozialdemokratischen Widerstand in Graz herstellen wollte. Es bestand aus drei Agenten, davon zwei naturalisierten Amerikanern, einem aus Deutschland und einem anderen aus Ungarn. Der dritte war ein frei-

77 OSS-Bericht XL 1710: „Interview with P/W Ernst Taurer“, 21.9.1944, NA, RG 226, L 13.

78 Hersh V. Johnson (Stockholm) to Secretary of State, „Conditions in Austria“, 17.2.1944, NA, Microfilm 1209, Roll 29, Frame 0184-0188.

79 OSS-Bericht L 53490: „Slovene Frontier Claims“, 8.2.1945, NA, RG 226, L 21.

80 Vgl. dazu Siegfried Beer, Der Agent „Ernest Cole“ über die Tätigkeit der alliierten Geheimdienste in Österreich 1944/45 oder: Die denkwürdige Story des OSS-Agenten Emmerich K., alias „Ernest Cole“ aus Graz-Land, in: *Steirische Berichte* 3/1985, S.16-20.

willing rekrutierter Deutschlandsberger mit dem Codenamen „George Mitchell“, dessen Erfahrungen mit diesem Unternehmen als tragisch zu bezeichnen sind.⁸¹ Die DANIA-Agenten, deren Fallschirmlandung für die Gegend um Deutschlandsberg geplant war, sollten nie in Graz einlangen, denn zwei von ihnen wurden wegen eines Pilotenfehlers mitten in Slowenien abgesetzt, während der steirische Agent südlich des Bachergebirges gelandet war. Er wurde bald darauf von der Gestapo in Maribor/Marburg verhaftet, konnte jedoch im Chaos eines amerikanischen Luftangriffes aus dem dortigen Gefängnis entfliehen. Als er einige Tage darauf im elterlichen Bauernhaus in der Umgebung von Deutschlandsberg auftauchte, verriet ihn der leibliche Vater an die örtliche Gestapo. Irgendwie gelang es ihm der Umstellung des elterlichen Hauses zu entkommen und sich nach Tirol durchzuschlagen, wo ihm angeblich von Bischof Paulus Rusch Schutz gewährt wurde. Es dauerte mehrere Wochen, ehe er von den Amerikanern leiblich unversehrt entdeckt wurde. Er soll später Mitglied der kommunistischen Partei geworden sein. Nicht nur der britische Geheimdienst SOE, auch OSS machte ernsthafte Anstrengungen, mit Hilfe der jugoslawischen Partisanen auf südösterreichisches Territorium zu infiltrieren. Diese Bemühungen liefen über mehrere OSS-Kommandos, von denen das des OSS-Leutnant Franklin Lindsay, eines amerikanischen Verbindungsoffiziers zu den slowenischen Partisanen, der im

April 1944 im Partisanenhauptquartier der 4. Zone ankam, das am besten dokumentierte ist.⁸² Im Zusammenhang mit unserer Fragestellung interessiert vor allem, daß Lindsay im Frühjahr und Sommer 1944 beharrlich versuchte, von seinem Hauptquartier in Bari genauere Informationen über die in Graz und im Hochschwabgebiet tätigen Widerstandsgruppen zu erlangen. Dieses Interesse wurde noch verstärkt, als im Sommer 1944 ein Mitglied dieser Grazer Gruppe bei den Partisanen auftauchte und um materielle Unterstützung durch alliierte Geheimdienste bat. Lindsay mußte schließlich enttäuscht zur Kenntnis nehmen, daß die slowenischen Partisanen wenig Interesse hatten, eine Verbindung zwischen den alliierten Geheimdiensten und Widerstandsgruppen in Österreich herzustellen.⁸³ Ihm wurde bald darauf der Auftrag erteilt, mit dem österreichischen General Glaise von Horstenau in Zagreb Kontakt aufzunehmen, weil OSS erfahren hatte, daß dieser zu Separatverhandlungen mit den Westalliierten bereit wäre. Als Lindsay in Zagreb ankam mußte er zur Kenntnis nehmen, daß Glaise (dem OSS den Codenamen „Glore“ gegeben hatte) längst aus Kroatien abberufen worden war.⁸⁴

Nach dem Krieg.

Die „sowjetische“ Steiermark im Visier der Briten und Amerikaner

Bekanntlich wurde der Großteil der Steier-

81 Es würde im Rahmen dieses Aufsatzes zu weit führen, auf den unglücklichen Verlauf dieses Geheimkommandos näher einzugehen, wie er aus den Akten des OSS, vor allem aus den detaillierten Agentenbefragungen nach dem Krieg exakt erlierbar ist. Es ist dem Autor gelungen, mit einem dieser Agenten am 16. April 1997 in Philadelphia ein mehrstündiges Narrativinterview abzuhalten. Der zweite amerikanische Agent hat in den frühen 70er Jahren Selbstmord verübt. „George Mitchell“, der steirische Dania-Agent, dessen wirklicher Name dem Autor auch bekannt ist und der nach dem Krieg lange Jahre in Graz lebte, hat durchaus verständlicherweise jede Aussage zu diesem Unternehmen verweigert.

82 Vgl. dessen, aus den OSS-Akten recherchierten Memoiren: Franklin Lindsay, *Beacons in the Night. With the OSS and Tito's Partisans in Wartime Yugoslavia*, Stanford, CA 1993. (=Lindsay, *Beacons in the Night*). Der Autor ist Mr. Lindsay für dessen Bereitschaft zu mehreren Interviews in Cambridge, MA, zuletzt am 14. Jänner 1997, sehr zu Dank verpflichtet.

83 Vgl. Lindsay, *Beacons in the Night*, p. 163f.

84 Ebd., S. 219-224. Glaise erwähnt diese Episode in seinem Memoirenfragment mit keinem Wort. Vgl. Peter Broucek (Hg.), *Ein General im Zwielicht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau*, Bd. 3, Wien 1988.

mark zum Zeitpunkt der Kapitulation der deutschen Wehrmacht von Truppen der sowjetischen Roten Armee besetzt. Die Russenzeit in Graz dauerte etwa zehn Wochen, ehe am 23. Juli die Briten endlich die ganze ihnen im alliierten Zonenabkommen vom 9. Juli 1945 zugedachte Zone in der Steiermark übernehmen konnten. Britische Truppen und Militärregierungseinheiten hatten schon vorher einige Randbezirke wenigstens teilweise besetzen können: Murau, Judenburg, Voitsberg und bald auch Liezen.⁸⁵ Jedenfalls begannen sich die anglo-amerikanischen Geheim- und Sicherheitskräfte sogleich nach Kriegsende auch für die sowjetisch besetzte Steiermark und insbesondere ihre Hauptstadt zu interessieren. Während die Briten von ihrer Zone in Kärnten aus gezielte Beobachtungen machten und intensive Vorbereitungen für die eigene Zonenübernahme jenseits der Paack unternahm, wollten sich auch die Amerikaner sehr genau über die von den Sowjets geprägten Verhältnisse in der Steiermark und in Graz informieren. Immer wieder entsandte OSS, zuerst vermutlich von seinem Stützpunkt in Klagenfurt und dann vom damaligen Hauptquartier der amerikanischen Truppen und Militärregierung in Salzburg aus, geheimdienstliche Offiziere in die Steiermark, um sich selbst an Ort und Stelle ein Bild von den politischen, wirtschaftlichen und vor allem sicherheitsbezogenen Verhältnissen zu machen.

OSS bemühte sich auch um verlässliche und authentische Erfahrungsberichte direkt aus der russischen Zone selbst, wie dem eines

deutschen KZlers und Kommunisten, der Ende Mai mit falschen Papieren auch in Graz unterwegs war: „In Graz he saw looting and rape. All bicycles were requisitioned. Press and radio ordered all native men from 16 to 60 and women from 18 to 50 to report to local labor offices for work permits and assignment to cleaning squads. Many such were assigned to ... to dismantle machinery. Sub-source saw many trainloads of machinery and bicycles. ... There is a rigorous check of credentials. Sub-source ascribes the food shortage in Graz and Selzthal to pillage and indiscriminate slaughtering by Russian troops and former slave laborers.“⁸⁶

In einem längeren Bericht des Informationsoffiziers des britischen 5. Korps vom 22. Juni ist zwar noch von weitverbreiteten Plünderungen in der sowjetischen Zone in der Steiermark die Rede, zugleich aber wird das Phänomen der Vergewaltigungen qualifiziert: „Vergewaltigungen waren in den ersten Besetzungstagen gang und gäbe, die Berichte darüber waren einigermaßen übertrieben.“ Zugleich wird angemerkt, daß die Sowjets wenigstens in der Steiermark keine mit dem anglo-amerikanischen Militärregierungsmodell vergleichbare Organisation hätten. Die Befehle der sowjetischen Kommandanten würden über die österreichischen Behörden an die Menschen weitergeleitet.⁸⁷ Britische und amerikanische Beobachter konnten bis zum Ende der sowjetischen Besetzungsphase in der Steiermark jedenfalls keine Anzeichen für eine sowjetische Militärregierungsstruktur vorfinden, „wie wir sie kennen. ... Sollte es

85 Vgl. dazu Siegfried Beer, „Judenburg 1945 – Im Spiegel britischer Besatzungsakten (= Judenburger Museumsschriften X, Judenburg 1990) und Ders., „There is a Good Deal of Work to be Done.“ Die Amerikaner und Briten im Bezirk Liezen 1945/46, in: Herwig Ebner – Paul W. Holt – Ingeborg Wieschecker-Friedhuber (Hg.), Forschungen zur Geschichte des Alpen-Adria-Raumes, Festgabe Othmar Pickl zum 70. Geburtstag, Graz 1997, S. 29–57.

86 OSS-Bericht I-H-24, „Reports on the Russian Zone“, 30.5.1945, NA, RG 226, F 106, 6 186.

87 OSS-Bericht C.I.D. 139624: „Conditions in Russian Occupied Styria“, GS, IIC 5 Corps, 22.6.1945, NA, RG 226, F 18. In deutscher Übersetzung durch den Autor in Siegfried Beer, Vor der russischen zur britischen Besetzung der Steiermark. Berichte des amerikanischen Geheimdienstes OSS aus dem Jahre 1945, in: BHK 59, 1995, S. 107–109.

allgemeine sowjetischen Direktiven geben, so werden sie nicht einheitlich exekutiert. Lokale Militärkommandanten treffen Entscheidungen auf der Stelle nach Bedarf, und ihr Hauptinteresse gilt der Wohlfahrt und Sicherheit ihrer Truppen. Man zeigt wenig Interesse für die Probleme der Österreicher.“ Die Gesamteinschätzung der sowjetischen Besatzungsmacht fiel denn auch eher kritisch aus: „Das Verhalten der leitenden Besatzungsorgane und der Truppen erscheint im allgemeinen ... unberechenbar, inkohärent und sogar unverantwortlich.“⁸⁸

Den Amerikanern entging auch nicht, daß die Sowjets, jedenfalls in der Steiermark, in Wirklichkeit kein Interesse an der Entnazifizierung gezeigt haben. „Sie nahmen sowohl Nazis als auch Angehörige des Widerstandes und Mitglieder aller drei Parteien fest. ... Der NKWD hielt etwa 1000 Leute unter Arrest, von denen ca. 500 freigelassen wurden, als die Russen Graz wieder verließen. Der Rest wurde mitgenommen.“⁸⁹

OSS war auch über die wirtschaftlichen und finanziellen Zustände in der „russischen“ Steiermark ganz gut informiert, so etwa darüber, daß die Steirer nicht einmal die ganze zustehende Ration erhalten konnten, was teilweise durch russische Requirierungen bedingt war. Ein Angestellter der Steiermärkischen Bank in Graz ließ den amerikanischen Geheimdienst wissen, daß die Sowjets nach ihrem Einmarsch in der

steirischen Gauhauptstadt insgesamt 107.000 RM aus der Reichsbank in Graz entwendet hätten, was zu einer akuten Währungsknappheit in der Region geführt hätte. Auch wäre die Sparneigung der Steirer äußerst gering, was dazu geführt hätte, daß beträchtliche Beträge auf dem Schwarzmarkt ausgegeben würden. Weiters war dem OSS-Agenten aufgefallen, daß noch Ende Juli von dem schwer bombardierten Areal des Grazer Hauptbahnhofes bislang nur wenig Schutt weggeräumt worden war. Eisenbahnarbeiter führten das darauf zurück, daß die Sowjets dazu weder Waggons noch Maschinen zur Verfügung gestellt hätten.⁹⁰

Nach amtlichen Angaben wurden in der Steiermark vom 8. Mai bis 4. August 1945 insgesamt 9.493 Frauen und Mädchen im Alter zwischen 10 und 70 Jahren vergewaltigt.⁹¹ Dem OSS-Offizier Alfred Rosenthal vertraute Ende Juli ein leitender Arzt in einem Grazer Spital an, daß an der Frauenklinik der Universität Graz zwischen 1. Juni und 30. Juli 1945 an vergewaltigten Frauen insgesamt 441 Abtreibungen vorgenommen worden wären und für die kommenden Wochen noch 175 Frauen für diesen Eingriff vorgemerkt wären. Ungefähr 2.500 Frauen wären bereits zur Klinik gekommen, um wegen Verdachts auf Geschlechtskrankheiten getestet zu werden.⁹²

Briten und auch Amerikaner waren also

88 OSS-Bericht IS 310: „Conditions in Styria after British Occupation“, 27.7.1945, NA, RG 226, E 108, B 187. Als deutsche Übersetzung in Beer, *Besetzung der Steiermark*, S. 110.

89 OSS-Bericht XL 14013: „Denazification in Steiermark“, 4.8.1945, NA, RG 226, E 19. Als deutsche Übersetzung in Beer, *Besetzung der Steiermark*, S. 111.

90 OSS-Bericht XL 14011: „Economic Conditions in Styria under Russian and British Occupation“, 8.8.1945, NA, RG 226, E 19. Als deutsche Übersetzung in Beer, *Besetzung der Steiermark*, S. 116.

91 Heinz Karpf, *Die Kampfhandlungen in der Steiermark*, in: *Steiermark. Land, Leute, Leistung*, Graz 1971, S. 424. Vgl. dazu auch Karin M. Schmidlechner, *Frauenleben in Männerwelten. Kriegsende und Nachkriegszeit in der Steiermark*, Wien 1997, S. 44-64.

92 OSS-Bericht XL 14014: „Conditions in Styria during the Russian Occupation“, 4.8.1945, NA, RG 226, E 19. Als deutsche Übersetzung in Siegfried Beer, *Zur Situation der Steiermark im Jahre 1945. Zwei Berichte des amerikanischen Geheimdienstes OSS bzw. SSJ über Besetzung und Universitätsleben in den ersten Nachkriegsmonaten*, in: *Informationen für Geschichtslehrer* 6/1965, S. 20.

über die Verhältnisse in der Steiermark zu Kriegsende und in den ersten Nachkriegswochen gut informiert. Das verdankten sie zu einem Großteil ihren gut funktionierenden geheimdienstlichen Organisationen und im Falle der Briten auch den gründlichen Vorbereitungen auf die Besatzungskontrolle in der bei den Verhandlungen in der Europäischen Beratungskommission in London zugesprochenen Zone.⁹³

Als die Briten Ende Juli ihre Besatzungsaufgaben praktisch für die gesamte Steiermark aufnahmen, kam natürlich insbesondere dem Sicherheitsapparat bestehend aus Armee, der zuständigen Abteilung Public Safety der Militärregierung Steiermark und der bald im Rahmen des Britischen Elementes der Alliierten Kommission für Österreich eingerichteten Intelligence Organisation (IO) sowie den weiter tätigen Geheimdiensten SIS und SOE, der ab Sommer 1945 in Österreich unter der Bezeichnung 6.S.F.S.S. geführt wurde, besondere Bedeutung zu.⁹⁴ Zur wichtigsten britischen Einrichtung für sicherheitsbezogene Ermittlungen und Aktionen auf regionaler und sogar örtlicher Ebene sollte jedoch der militärische Geheimdienst FSS (Field Security Sections) avancieren, mit dem viele Grazer und Steirer noch am ehesten Bekanntschaft machen konnten. Sein Wirken in Graz ist längst erforscht.⁹⁵

93 Über die britische Besatzungs- und Großmachtpolitik in Österreich informiert ausführlicher Siegfried Beer (Hg.): Die „britische“ Steiermark 1945 - 1955 (= Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Bd. XXXVIII, Graz 1995) und Siegfried Beer, Die Besatzungsmacht Großbritannien in Österreich, 1945-1949, in: Alfred Ableitinger - Siegfried Beer - Eduard G. Staudinger (Hg.), Österreich unter alliierter Besatzung 1945-1955 (= Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 63, Wien 1998), S. 41-70.

94 Chiefs of Staff Committee Memorandum: „SOE Activity in the British Zone of Austria“, 18.9.1945, PRO, AIR 20/7397. Vgl. dazu auch Anthony Cavendish, *Inside Intelligence*, London 1990, pp. 64-76 und Richard Aldrich, *Unquiet in Death. The Post-war Survival of the „Special Operations Executive“*, 1945-51, in: A. Gorst - L. Jehnman - W. Scott Lucas (eds.), *Contemporary British History 1931-1961. Politics and the Limits of Policy*, London 1991, pp. 193-217.

95 Siehe Felix Schneider, Zur Tätigkeit des militärischen Geheimdienstes FSS und des Public Safety Branch in Graz 1945-1947, in: *Graz 1945* (= Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 25), S. 215-233.

Antisemitismus und Judenverfolgung in Graz. Die Zerstörung der Israelitischen Kultusgemeinde 1938 - 1940

Nicht das Judentum provozierte den Antisemitismus, sondern die Antisemiten produzieren den Antisemitismus; d. h., der Antisemitismus ist zunächst das Problem der Antisemiten und erst in seiner Auswirkung, in seiner Aggression das Problem der angegriffenen Gruppen, da diese in ihrer Freiheit behindert werden, in letzter Konsequenz dem Mord gegenüber stehen.

Dieter A. Binder

Der „Anschluß“ Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland am 12./13. März 1938 zeitigte nicht nur die „Legalisie-

rung“ des in Österreich weit in die Monarchie und die Erste Republik zurückreichenden lagerübergreifenden Antisemitismus¹, sondern war auch der Auftakt für die vom NS-Regime sukzessive initiierten terroristischen Anordnungen und Schikanen gegen die jüdische Bevölkerung. Gleichzeitig wurde damit die hierzulande latent vorhandene Judenfeindlichkeit kanalisiert, die in den Wochen und Monaten nach der Annexion Österreichs ostentativ zutage trat und sich in immer aggressiver werdenden Drangsalierungen der jüdischen Mitbürger manifestierte. „Die öffentliche Demütigung

1 Vgl. dazu exemplarisch Gerhard Botz, Österreich und die NS-Vergangenheit. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung, in: Dan Diner (Hg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt am Main 1987, S. 141-152, hier S. 146. „Der Antisemitismus war in Österreich im frühen 20. Jahrhundert besonders stark verankert, wahrscheinlich stärker als in jedem anderen Land westlich unserer Grenzen.“ Als theoretisch-psychologische Abhandlungen des Phänomens Antisemitismus siehe die Beiträge in dem Sammelband von Ernst Simmel (Hg.), Antisemitismus. Deutsche Erstausgabe Frankfurt am Main 1993. Vgl. weiters Herbert Rütgen, Antisemitismus in allen Lagern. Publizistische Dokumente zur Ersten Republik, Österreich 1918-1938, Phil. Diss. Graz 1989. Bruce F. Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung, Deutsche Ausgabe Wien 1993 (= Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus). Neu sind die Publikationen von John Weiss, Der lange Weg zum Holocaust. Die Geschichte der Judenfeindschaft in Deutschland und Österreich, Hamburg 1997 und Saul Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1938, München 1998 (= Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden; Die Manifestationen und die Kontinuitäten des Antisemitismus in der Steiermark bzw. in Graz während der Zwischenkriegszeit können durch einige Arbeiten dingfest gemacht respektive nachgewiesen werden. Siehe etwa Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung, Graz, 3. Aufl., 1994 (= Karner, Steiermark im Dritten Reich), S. 168, wo er festhält: „Antisemitismus und Antisemitismus waren im Lande historisch-geographisch bedingt, teilweise aus religiösen Motiven gespeist (...), allert vorhanden.“ Weiters Wolfgang Reith, Antisemitismus in der Steiermark zu Beginn der Ersten Republik, Dipl. Arb. Graz 1987 (= Reith, Antisemitismus); Gudrun Reitter, Die israelitische Kultusgemeinde Graz 1908-1938, Dipl.-Arb. Graz 1998. Dieter A. Binder, Gudrun Reitter, Herbert Rütgen, Judentum in seiner antisemitischen Umwelt. Am Beispiel der Stadt Graz 1918-1938, Graz 1988 (= Binder, Reitter, Rütgen, Judentum in antisemitischer Umwelt). Eine Zusammenschau der Arbeiten zur Steiermark und eine kritische Bewertung der regionalen Forschung bzw. des Umganges mit diesem Thema nach 1945 leistet Dieter A. Binder, Provinz ohne Juden oder das dumpte Schweigen der Provinz. In: Stadt Graz (Hg.), Graz 1945. Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 25. Graz 1994, S. 541-558 (= Binder, Provinz ohne Juden). Mit dem Schicksal von jüdischen Frauen in Graz setzt sich erstmals ansatzweise der Beitrag von Andrea Strutz, H. D., E. G., A. K. und E. B. Das Schicksal Grazer Jüdinnen in der NS-Zeit, in: Carmen Unterholzner-Ilse Wieser (Hg.), Über den Dächern von Graz ist Lesel wahrhaftig. Eine Stadtgeschichte der Grazer Frauen, Wien 1996, S. 188-198 auseinander. Die Problematik von jüdischen Flüchtlingen während des Ersten Weltkrieges und zu Beginn der Ersten Republik behandelt Logan Perka, Jüdische Flüchtlinge in Graz 1914-1921, Phil. Diss. Graz 1996. Tiefe Betroffenheit erzeugt die Veröffentlichung der Erinnerungen und Aufzeichnungen des letzten in der Steiermark tätigen Landesrabbiners David Herzog. Vgl. dazu Walter Höflechner (Hg.), David Herzog. Erinnerungen eines Rabbiners 1932-1940. Auf Grundlage einer Dipl. Arb. von Andreas Schweiger, Graz, 2. Aufl., 1997 (= Höflechner (Hg.), David Herzog). Zu Herzog siehe auch die „Primärquelle“: Andreas Schweiger, David Herzog 1869-1946. Eine biographische Skizze, Dipl.-Arb. Graz 1989 (= Schweiger, David Herzog).

war krasser und sadistischer, die Enteignung besser organisiert, die Zwangsemigration rascher. Die Österreicher [...] düsterten anscheinend mehr nach antijüdischen Aktionen als die Bürger des nunmehrigen Altreichs“, bemerkt dazu Saul Friedländer in seinem neuen Buch.² Vorläufiger Höhepunkt der systematischen Vertreibungs- und Verfolgungsaktionen war der von den NS-Machthabern im gesamten NS-Herrschaftsgebiet angeordnete und organisierte Pogrom am 9./10. November 1938, der von den Nationalsozialisten - zynisch und euphemistisch zugleich - als sogenannte „Reichskristallnacht“ tituiert und propagiert wurde und in Graz die nahezu völlige Zerstörung und Auflösung der Israelitischen Kultusgemeinde zur Folge hatte. Angesichts dieser Tatsachen ist es notwendig, kritisch Rückschau zu halten und dabei nicht zu relativieren, sondern die Dinge beim Namen zu nennen, denn „Antisemitismus und Judenvernichtung werfen die Frage nach dem Verhalten und der Verantwortung der Gesellschaft auf.“³ Die Historiographie hat dabei im Sinne der Aufklärung die Aufgabe, die Genese der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und -veränderungen herauszuarbeiten und damit zur Ausformung einer „diskursiven Identität“ beizutragen.⁴ Die Rezeption der fundierten historischen Erkenntnisse und Ergebnisse sollte dabei - so die idealtypische Vorstellung - weit über die scientific community der Historiker hinaus erfolgen

und so ein hohes Maß an Anteilnahme und Betroffenheit in weiten Teilen einer interessierten Bevölkerung schaffen, was letztlich unumgänglich erscheint, um die Wiederkehr antidemokratischer, faschistischer und neonazistischer Phänomene und Tendenzen zu erkennen, zu benennen und im demokratiepolitischen Sinne konsequenterweise auch zu unterbinden.⁵ Eingedenk der Verantwortung und der Bringschuld für die jüdischen Opfer und deren Hinterbliebenen versucht der folgende Beitrag - unter kniiser Voranstellung der Entwicklung der jüdischen Gemeinde und des Antisemitismus in Graz bis 1938 - zentrale Aspekte der veränderten Lebensverhältnisse der Grazer Juden während der NS-Herrschaft zu focussieren und deren planmäßige Vertreibung durch das NS-Regime erneut transparent zu machen, nicht zuletzt, um die Tabuisierung des Holocaust und die in diesem Konnex sattsam bekannten und noch immer tradierten Verdrängungs- und Verweigerungsmechanismen ad absurdum zu führen um - wie es Dieter A. Binder so trefflich formuliert hat - das „dumpfe Schweigen der Provinz“ nicht zu prolongieren.⁶

Konstituierung und Ausdifferenzierung der ersten „modernen“ Grazer jüdischen Gemeinde

Die Wurzeln der ersten in Graz ansässigen Juden reichen zurück bis ins 12. Jahrhundert.⁷

2 Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, S. 262.

3 Konrad Kwiet, Judenverfolgung und Judenvernichtung im Dritten Reich, Ein historiographischer Überblick, in: Dan Diner (Hg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt am Main 1993, S. 237-264, hier S. 248.

4 Jürgen Habermas, Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt am Main 1976, S. 121.

5 Beängstigende Tendenzen in diese Richtung sind erst unlängst in Deutschland durch das Erstarken der rechtsextremistischen DVU bei den letzten Landtagswahlen im Bundesland Sachsen-Anhalt sichtbar geworden.

6 Vgl. Binder, Provinz ohne Juden.

7 Zur Genese der jüdischen Gemeinde im Mittelalter vgl. Gernard W. Salzer-Ebenstein, Geschichte der Juden in Graz, in: Hugo Goll (Hg.), Geschichte der Juden in Österreich, Ein Gedankbuch, Tel. Aviv 1971, S. 9-20 (= Salzer-Ebenstein, Geschichte der Juden in Graz). Ders., Die räumliche Lage der Grazer Judensiedlung im Mittelalter, in: Stadt Graz (Hg.), Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 3, Graz 1970, S. 35-42. Webers Gudrun Reitter, Die Grazer Israelitische Kultusgemeinde 1908-1939, in: Dieter A. Binder, Gudrun Reitter, Herbert Rütgen, Judentum in seiner antisemitischen Umwelt, Am Beispiel der Stadt Graz 1918-1939, Graz 1968, S. 9-172 (= Reitter, Grazer Israelitische Kultusgemeinde), hier S. 14.

Nach der Ausweisung aus der Steiermark, dem damit einhergehenden Niederlassungsverbot und der sogenannten „Judensperre“ am Ende des 15. Jahrhunderts konnte erst wieder in den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts eine kleine, rund 250 Personen umfassende Gruppe, die hauptsächlich aus eingewanderten westungarischen und böhmischen Juden bestand, die erste „moderne“ jüdische Gemeinde von Graz konstituieren.⁸ Quasi als Wegbereiter fungierte in diesem Zusammenhang der Gastwirt Ludwig Kadisch, der am 11. Dezember 1861 nicht nur die Bewilligung der hiesigen Statthaltereierhielt, eine Gastwirtschaft nach den rituellen jüdischen Speise- und Essensvorschriften zu führen, sondern zudem nach langwierigen behördlichen Prozeduren Räume für die Abhaltung jüdischer Gottesdienste einrichten durfte.⁹ Die Bemühungen von Kadisch und anderer Protagonisten des Grazer Judentums¹⁰, der Ankauf eines Grundstücks in

Wetzelsdorf, wo der jüdische Friedhof und die Zeremonienhalle errichtet wurden, und die rechtliche Absicherung der 1863 ins Leben gerufenen „Grazer Israelitischen Korporation“ durch das liberale Vereinsgesetz vom 15. November 1867¹¹ begründeten das Fundament für die weitere Entwicklung und gesellschaftliche Ausdifferenzierung der jüdischen Gemeinde in Graz.¹² Signifikant für die beginnenden Aktivitäten war die Etablierung und Einrichtung mehrerer Vereine und Vereinigungen, die als identitätsstiftende, integrative und organisatorische Kristallisationspunkte bis in die 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts wirkten bzw. anzusehen sind, wobei drei grundlegende Motive bzw. Richtungen erkenn- und rekonstruierbar sind:

- Vereine mit sozial-religiös-karitativen Intentionen und Zielsetzungen.¹³
- Kultur-, Freizeit- und Geselligkeitsvereine.¹⁴
- Vereine mit politischer und/oder akademischer Ausrichtung.¹⁵

8 Nach der Verfassung vom 4. März 1849 waren – zumindest formell – alle Bewohner der Monarchie ohne Rücksicht auf ihr Glaubensbekenntnis gleichberechtigt, woraus die jüdischen Bürger das Recht ableiteten, sich in der Steiermark niederlassen zu dürfen, was aber sog. eich heftigen Widerstand der regionalen wie lokalen Behörden auslöste.

9 Die Genehmigung wurde erst in zweiter Instanz durch das Innenministerium erteilt, nachdem die Lokalbehörden dem Ansuchen einen negativen Bescheid ausgestellt hatten.

10 Zu nennen sind unter anderem die leitenden Vorstände der „Korporation“, Josef Wechsler und Anton Schwarz, sowie Max Polak, Ignatz Rechnitzer, Adolf Fritsch, Leopold Ritter und Benedikt Biler.

11 Vgl. NGB, 134 vom 15. November 1867.

12 Seit kurzem sind neue, in Moskau recherchierte Aktenbestände – die sogenannten „Beuteakten“ – zur Israelitischen Kultusgemeinde in Graz eingelangt und im Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegstolgen-Forschung in Graz archiviert. Quasi als Index dazu ist das Buch von Gerhard Jagschitz, Stefan Kammor, „Beuteakten aus Österreich“. Der Österreichbestand im russischen „Sonderarchiv“ Moskau. Graz/Wien 1996 zu sehen. Was die Akten der IKG Graz angeht, siehe Centi Chranenja, „istoriko-dokumental'nyh kolekcij“ (= Zentrum zur Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen Moskau = CChIDK, fond 709. Die Moskauer Bestände dokumentieren vor allem Angelegenheiten der jüdischen Gemeinde während der Ersten Republik bzw. während des Ständestaates.

13 Wie etwa der seit 1871 formell beständige und sich vor allem der Krankenpflege und der Sterberückfrage widmende Verein „Chewra-Kadischah“. Zu nennen sind auch der Frauen- und Arbeiterbeteiligungsverein „Malanah Anijim“ und der jüdische Studentenunterstützungsverein „Humantah“. Zu den Vereinsgründungen und deren Intentionen vgl. exemplarisch die Ausführungen von Otto Randl, Zur Geschichte der Juden in Graz und in der Steiermark, in: Zeitschrift des historischen Vereins für Steiermark 62 (1971), S. 157–177 (= Randl, Geschichte der Juden in Graz und in der Steiermark, hier S. 158–159. Zum Verein „Chewra-Kadischah“ siehe CChIDK, fond 709, opis 2, delo 6. Die Statuten sind archiviert in CChIDK, F. 709, op. 1, d. 2.

14 Vgl. den 1888 gegründeten „Tempelchorverein“, den 1900 ins Leben gerufenen „Jüdischen Gesangsverein“, den 1912 eingerichteten „Lesesirkel jüdischer Frauen und Mädchen“ und den 1904 gebildeten „Jüdischen Turnverein“.

15 Die politisch motivierten Vereinsgründungen gehen auf die Einflüsse des in Graz sich Anfangs nur langsam etablierender Zionismus zurück. 1896 wurde als Basis dafür der Verein „Zion“ gegründet. Eine ausgeprägte zionistische Organisation wurde der Nachfolgerverband des „Humanitasvereins“, der akademische und vornehmlich von Studenten frequentierte Verein „Charitas“. Als weitere Vereinsgründungen mit studentischem Kernpublikum in den Jahren zwischen 1896 bis 1913 sind zu nennen: „Iraeah“, „Emunah“, „Achduth“ und „Herzlia“. Zum jüdischen Studententum vgl. exemplarisch Harald Saewann, Zirkel und Zionism: Bilder und Dokumente aus der versunkenen Welt des jüdischen-nationalen Korporationsstudententums. Ein Beitrag zur Geschichte des Zionismus auf akademischem Boden. 5 Bde. Graz 1990. Zur „Charitas“ vgl. CChIDK, F. 711, op. 1, d. 1 bis fond 711, op. 1, delo 18 und fond 711, opis 2, delo 1 bis fond 711, opis 2, delo 10.

Insbesondere letzteren, den vornehmlich zionistischen Gruppierungen kam erst nach Ende des Ersten Weltkrieges ein gesteigertes Maß an Bedeutung in der Grazer Judenschaft zu¹⁶, was zugleich interne Konflikte verursachte, verhielt sich doch im ersten Dezennium des 20. Jahrhunderts „die große Mehrheit der Grazer Juden gegenüber der zionistischen Bewegung indifferent bis ablehnend.“¹⁷ Hauptgrund war nicht zuletzt die Diskrepanz zwischen der gemäßigten, auf Integration und Annäherung ausgerichteten Politik der Kultusgemeinde und der angesichts zunehmender Ausgrenzung - offensiven und selbstbewußten Positionierung der Zionisten, die zudem auch in der Kultusgemeinde selbst eine Hegemonie anstrebten. Ein unübersehbarer Höhepunkt in der Geschichte der Grazer Juden und ein Signum für das Prosperieren war zweifelsohne die Errichtung und Einweihung der Synagoge¹⁸ am 14. September 1892, wobei die Vorarbeiten und Planungen dafür schon 1878 begonnen hatten. Unter der engagierten Leitung des Rabbiners Samuel Mühsam, wurde ein Tempelbauausschuß gebildet, der sich um die finanzielle Absicherung des Projekts kümmern sollte. So konnten durch Kredite, Spenden und eine staatlich genehmigte Lotterie die notwendigen Geldmittel aufgetrieben und 1887 der Ankauf eines Grundstückes am Grieskai 58 getätigt werden.¹⁹

Die Synagoge, das zeitgleich und in örtlicher Nähe errichtete Amtshaus und die am 25. September 1910 eingeweihte jüdische Zeremonienhalle auf dem Friedhof in Wetzelsdorf waren fortan die Eckpfeiler des religiösen Lebens. Zentrum und Kristallisationspunkt war aber die Synagoge, die nicht zufällig am Grieskai erbaut wurde, belegt doch die demographische Entwicklung, daß vorwiegend die Bezirke Gries und Lend, die „Murvorstadt“, zu den präferierten Wohngebieten der Grazer Juden gehörten.²⁰ Während die jüdische Bevölkerung in Graz durch Zuwanderung und Geburtensteigerung bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges stetig wuchs und so an die 2000 Personen umfaßte, war seit Mitte der 20er Jahre jedoch eine rückläufige Tendenz zu konstatieren, wobei als Ursachen eine höhere Sterblichkeits- und eine niedrigere Geburtenrate sowie vermehrte Austritte zu nennen sind. Von 1910 bis 1934 verringerte sich die Anzahl der in Graz lebenden Juden somit auf 1720²¹, was sich grosso modo bis ins Jahr 1938 kaum veränderte. An dieser Stelle muß darauf hingewiesen werden, daß die Grazer jüdische Gemeinde im allgemeinen - etwa im Vergleich mit Wien - und im Verhältnis zur Gesamtanzahl der Einwohner von Graz ein kleines Segment der Grazer Population darstellte. Neben dem charakteristischen Siedlungsverhalten zeigten sich auch analoge Schwerpunktbildungen was

16 Was auch mit den aus Galizien zugewanderten jüdischen Flüchtlingen zu tun hatte, die die Grazer Zionisten unterstützten.
17 Eduard Staudinger, Die Pogromnacht vom 9./10. November 1938 in Graz, in: Kurt Schmal, Robert Strohal (Hg.), Der Pogrom 1938. Judenverfolgung in Österreich und Deutschland, Wien 1990, S. 42-50 (= Staudinger, Die Pogromnacht), hier S. 44.

18 Zur Bedeutung der Synagoge vgl. Jakob Allerhand, Die Funktion der Synagoge, in: Israelitische Kultusgemeinde für Steiermark, Kärnten und die politischen Bezirke des Burgenlandes Oberwart, Güssing und Jennersdorf (Hg.), Geschichte der Juden in Südost-Österreich, Graz 1988, S. 179-182. Die Grazer Synagoge, die in zwei Jahren - zwischen 1890 und 1892 - fertiggestellt wurde, ähnelte in ihrem Bau der Synagoge von Dresden.

19 Zur Errichtung der Synagoge siehe Salzer-Eibenstein, Geschichte der Juden in Graz, S. 18-19.

20 Im Bezirk Gries lag der Anteil von Einwohnern jüdischen Glaubens mit 2,3 % sichtlich über dem Gesamtanteil an der Bevölkerung von Graz, der ca. 1,2 - 1,3 % ausmachte. Auch die Innere Stadt wies mit 2 % einen höheren Wert auf als das Mittel. Deutlich weniger Juden lebten hingegen in den Bezirken Geisdorf und St. Leonhard.

21 Vgl. Gerhard W. Salzer-Eibenstein, Die Wohn- und Berufsstandorte der Grazer Juden 1938, in: Stadt Graz (Hg.), Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 10, Graz 1978 (= Salzer-Eibenstein, Wohn- und Berufsstandorte der Grazer Juden), S. 296-312, hier S. 295.

die Berufs- und Sozialstruktur anbelangt, „wobei die Grazer Judenschaft hier durchaus repräsentativ für das mitteleuropäische Judentum angesehen werden kann.“²² Die Quelle der Volkszählung von 1934 ergab eine Majorität der erwerbstätigen Juden im Bereich des Handels.²³ Die Geschäfte der jüdischen Händler waren in Reihen nebeneinander zu finden, vorrangig in den Straßen im Bezirk Gries, aber auch in der Inneren Stadt. Ein zweites signifikantes Charakteristikum der Berufsstruktur ist in der verstärkten Hinwendung der Grazer Juden zu den freien und akademischen Berufen zu sehen. Diametral dazu waren Juden in den Sparten Handwerk, Gewerbe und Industrie unterrepräsentiert.²⁴ Das soziale Gefüge der Grazer Juden war daher durchwegs heterogen und zeichnete sich durch deutliche Unterschiede aus. Einer kleinen Ober- und Unterschicht²⁵ stand ein verhältnismäßig großer bürgerlicher Mittelstand gegenüber. Die wohlhabenden Juden wurden etwa durch Großkaufleute repräsentiert, wie es der Tuchhausbesitzer Simon Rendí oder der Kaufmann David Stern waren. Traditionell wichtig im sozialen System waren Amtsträger der Kultusgemeinde. Obwohl soziale binnenstrukturelle

Differenzierungsschemata vorhanden waren und tradiert wurden, kam es kaum zu ernsthaften Störungen des sozialen Lebens der jüdischen Gemeinde.²⁶ Dafür sorgten andere,

Zunehmender Antisemitismus und die jüdische Reaktion²⁷

Wenngleich die Grazer Juden schon in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie mit diskriminierenden Maßnahmen auf politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene umzugehen bzw. zu leben hatten, verdichtete sich die Judenfeindlichkeit - auch unter dem Eindruck der während und am Ende des Ersten Weltkrieges nach Graz kommenden jüdischen Flüchtlinge - am Beginn und während der Ersten Republik in zunehmender Weise.²⁸ So waren es vor allem die deutschnationalen und -völkischen Organisationen und Vereine, wie der Verein „Südmark“²⁹, der Alldeutsche Verband und nicht zuletzt der lagerübergreifende und in ganz Österreich agiti(t)ierende Antisemitenbund³⁰, die sich als prononcierte Gegner des Judentums positionierten und den Antisemitismus auf ihre Fahnen hefteten. Doch auch in den öffent-

22 Dieter A. Binder, Das Schicksal der Grazer Juden 1938 (in: Stadt Graz (Hg.): Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 18/19, Graz 1998, S. 203-228, hier S. 206.

23 Nämlit: 48,5 %. Besonders die selbständigen Kaufleute stellten mit 35,2 % die größte Gruppe.

24 Zu den Berufen und zum sozialen Status der Grazer Juden vgl. Salzer-Fiberstein, Wohn- und Berufsstandorte der Grazer Juden, Reiter, Grazer israelitische Kultusgemeinde, S. 73-78.

25 Damit waren vorwiegend die nach 1914 eingewanderten ostjüdischen Juden gemeint. Vgl. Reiter, Grazer israelitische Kultusgemeinde, S. 77.

26 Was die politisch motivierten Konflikte zwischen den Zionisten und der Kultusgemeinde anbelangt siehe Seite 28.

27 Eine ausführliche theoretische Abhandlung der „Massenpsychose Antisemitismus“ kann hier aufgrund des beschränkt zur Verfügung stehenden publizistischen Raumes nicht erfolgen. Siehe dazu Ernst Simmel, Antisemitismus und Massenpsychopathologie, in: Ernst Simmel (Hg.), Antisemitismus, Deutsche Erstausgabe Frankfurt am Main 1993, S. 58-100, hier S. 64.

28 Vgl. Böttl, Antisemitismus, für die Jahre bis 1938 siehe Reiter, Grazer israelitische Kultusgemeinde, S. 78-85.

29 Zur „Südmark“ siehe Sigrid Kijem, Der deutsche Simulverein „Südmark“ 1918-1938, Diol.-Arb. Wien 1995. Die beiden im Dienste des Vereins stehenden Printprodukte waren die gleichnamige Zeitschrift „Die Südmark“, die dann übergeführt wurde in die „Aperländischen Monatshefte“.

30 Zum Deutschösterreichischen Schutzverband Antisemitenbund - so der volle Name - vgl. allgemein Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus, S. 233-238. Das publizistische Sprachrohr dieser Vereinigung bis 1932 war das zunächst in Wien, anschließend in Salzburg editierte Wochenblatt „Der Eiserner Besen“.

lichen Körperschaften, den politischen Parteien, wobei hier die frühen Nationalsozialisten eine tragende Rolle spielten, in der deutschnationalen Grazer Studentenschaft und in den Grazer Massenmedien - vornehmlich in den Zeitungen und Zeitschriften - wurde der Antisemitismus als Doktrin und Ideologie „salonfähig“. Der nach dem Tode von Samuel Mühsam seit 1907/08 in der Steiermark wirkende Landesrabbiner und Universitätsprofessor David Herzog³¹ beschreibt in seinen Aufzeichnungen prägnant die absurden Vorurteilsstrukturen der Antisemiten, „die zum größten Teil aus Gegenden kamen, wo sie nie einen Juden zu Gesicht bekamen und naturgemäß uns auch nicht kannten und nur aus antisemitischen Blättern ihre Weisheit über uns schöpften“.³² Eines dieser in Graz kolportierten antisemitischen Hetzblätter war der im Stile des Streicherschen Stürmer

herausgegebene „Hakenkreuzler“, der von einem gewissen Karl Rudolf als private NS-Zeitung geführt und von der hiesigen NSDAP als Parteiorgan anerkannt wurde.³³ Ein Naheverhältnis der Redaktion dürfte zur Wochenzeitung „Michel“ bestanden haben, der das mediale Sprachrohr des deutschvölkischen Herausgebers und Schriftstellers Hans Kipper³⁴ war. Die publizistische Schärfe dieser üblen Machwerke war darin begründet, daß beide Zeitungen mit ihren militant-hetzenden antisemitischen Artikeln und Zeichnungen³⁵, in denen sogar die Anwendung offener Gewalt gegen Juden gefordert wurde, radikale Tendenzen lancierten.

Auch die auflagenstarke und massenwirksame Grazer Tageszeitung „Tagespost“ sowie einige kleiner dimensionierte Blätter trugen ihr Scherflein zur Konstruktion einer antise-

- 31 Zu David Herzog siehe Schweiger, David Herzog und Höflechner (Hg.), David Herzog, Herzog wurde 1869 in Tirmau geboren und schlug eine akademische Laufbahn mit dem Studium der sonstigen Philosophie an den Universitäten in Berlin, Leipzig, Wien und Paris ein, wobei er sich an der Universität in Prag habilitierte. Parallel zu seinen wissenschaftlichen Studien absolvierte er auch das Rabbinerseminar in Berlin und wurde 1907/08 - nach einem Intermezzo als Rabbiner in Prag-Smichow - vom Kultusrat der Grazer Gemeinde einstimmig zum Landesrabbiner für die Steiermark, Kärnten und Krain gewählt. Seine Forschungen und wissenschaftliche Lehrtätigkeit konnte er bis zum „Anschluß“ Österreichs im Jahre 1938 in Graz an der Universität fortsetzen. Nach dem Betätigungsverbot und den furchtbaren Mißhandlungen durch die Nationalsozialisten im Zuge des Novemberpogroms 1938 emigrierte er nach London, wo er an der Universität in Oxford seine Forschungen weiterführen konnte. Herzog starb 1946. Zur Erinnerung an ihn wurde im März 1968 von der Karl-Franzens-Universität Graz der David-Herzog-Fonds eingerichtet, der jüdische Studenten in Graz und Studenten, die an einer israelischen Universität studieren, unterstützt. Siehe auch die zur Buchpublikation von Höflechner begleitend eingerichtete Homepage am Server der Universität Graz: URL: <http://www.kfugraz.ac.at/ains/ldhf.html>.
- 32 Höflechner (Hg.), David Herzog, S. 6.
- 33 Bundesarchiv Koblenz (= BA), Sammlung Schumacher 303: 1, Schreiben der NSDAP Graz an die steirische NSDAP vom 1. Juni 1928. Eine inhaltliche Analyse des Portobüchchens, das später unter dem Titel „Der grobe Michel“ erschien, wird geleistet von Wolfgang Duchkowitzsch, Nichts für Frau „Zimmerlich“ und Herrn „Schlappschwanz“, Der Grazer „Hakenkreuzler“ 1928, in: Oliver Rathkolb, Wolfgang Duchkowitzsch, Fritz Hausel (Hg.), Die veruntreute Wahrheit, Hitlers Propagandisten in Österreichs Medien, Salzburg 1988, S. 158-182. Die steirischen Nationalsozialisten erhielten als Parteizeitungen in den 20er Jahren die „Sturmflut/Dautsche Volkszeitung“ bzw. die „Grazer Nachrichten der NSDAP (Hitlerbewegung)“, Anfang der 30er Jahre wurde letzteres Blättchen zur Gauwochenzeitung „Der Kampf“ ausgebaut. Vgl. dazu Eduard Staudinger, Zur Enttarnung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1928, in: Stadt Graz (Hg.), Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 18/19, Graz 1968, S. 31-74.
- 34 Hans Kipper gründete Mitte der 20er Jahre den sogenannten „Bund der Freien“, der bei den Nationalratswahlen 1927 zusammen mit der NSDAP (Hitlerbewegung) als „völkisch-sozialer Block“ kandidierte. Vgl. dazu Karl Jung, Die Großdeutsche Volkspartei, in: Karl Wache (Hg.), Deutscher Geist in Österreich: Handbuch des völkischen Lebens der Ostmark, Dortmund 1933, S. 173-226, hier S. 203.
- 35 „Der Hakenkreuzler“ bediente sich dabei der antisemitischen Zeichnungen, die in den Hetzschriften des im Leopold Stocker Verlaages publizierenden pathologischen Jüdenhassers Karl Paungarten abgebildet wurden. Vgl. dazu Herbert Rütgen, Der Leopold Stocker Verlag von der Verlagsgründung bis 1938, in: Dieter A. Binder, Gudrun Rattler, Herbert Rütgen, Judentum in seiner antisemitischen Umwelt, Am Beispiel der Stadt Graz 1918-1938, Graz 1986, S. 173-202, hier S. 186-202.

mitischen öffentlichen Meinung bei. Den gedruckten antisemitischen Haßtiraden der Zeitungen und der vor allem in den Massenversammlungen der Nationalsozialisten und auf Hochschulboden artikulierten antisemitischen Propaganda folgten Taten. Insbesondere die Grazer Universität war ein Hort antisemitischer Ressentiments.³⁶ So wurde am 10. Juni 1923 David Herzog von deutschnationalen Studenten der Sängerschaft „Gothia“ in einem Café belästigt und angepöbelt. Am 15. November 1923 kam es anlässlich der Vorführung eines jüdischen Filmes im Schubertkino zum Eklat zwischen jüdischen Studenten und NS-Sympathisanten, in dessen Verlauf es zu Tätlichkeiten kam. Weit schwerer wog, daß die sichtlich nationalsozialistisch beeinflusste Deutsche Studentenschaft den Beschluß faßte, jüdische Kollegen von der Universität auszusperrn, was vier Tage später zu ersten Vertreibungen von jüdischen Studenten führte. Der diskriminierende Entschluß mußte aber unter dem Druck der Rektoren beider Grazer Hochschulen wieder zurückgenommen werden. Die ökonomischen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, der Zustrom vieler Wähler zur NSDAP und das daraus resultierende Wachstum der Nationalsozialisten zur Massenbewegung in Österreich ab 1932/33³⁷ trugen wesentlich zur zunehmenden Radikalisierung der Judenfeindlichkeit bei. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß der Antisemitismus als Kontinuität in Graz in vielen Dimensionen und Modifizierungen existent war, sodaß

die Apostrophierung einer „antisemitischen Umwelt“ in Graz während der Zwischenkriegszeit zutrifft.³⁸ In Anbetracht zunehmender Ausgrenzung reagierte die jüdische Gemeinde mit Zurückhaltung, Rückzug und Konzentrierung auf die binnenstrukturellen Möglichkeiten, wie die während der Ersten Republik neu gegründeten zwölf Vereine zeigen.³⁹ Unter diesem Gesichtspunkt sind etwa die Gründungen der Grazer Loge des Ordens B'nai B'rith am 6. Mai 1928 oder des sich 1932 zusammensetzenden „Bundes jüdischer Frontsoldaten“ zu sehen.⁴⁰ Gerade die Bedrohung durch den wachsenden Nationalsozialismus läßt die partielle Loyalität der Grazer jüdischen Gemeinde zum autoritären Ständestaat während der Jahre 1934 bis 1938 plausibel erscheinen.⁴¹ Wenngleich die Gefahr durch das NS-Regime wahrgenommen wurde, verabsäumte die Führung der Grazer Juden vorausschauend darauf zu reagieren, wie das Verhalten des Landesrabbiners der Steiermark exemplarisch zeigt. „David Herzog hat die Intensivierung des Antisemitismus erkannt und war sich auch der Gefahr aus dem faschistischen Deutschland bewußt - dennoch unterlag wohl auch er dem Effekt der Gewöhnung. Ernsthafte Konsequenzen verbot ihm seine Funktion.“⁴²

36 Vgl. Reiter, Grazer israelitische Kultusgemeinde, S. 82. Höflechner (Hg.), David Herzog, S. 3: „Die Hauptorte des Antisemitismus waren die beiden Hochschulen, die Universität und die technische Hochschule.“

37 Neu in diesem Zusammenhang ist das Buch von Dirk Hansch, Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils. Wien-Köln-Weimar 1998.

38 Entlehnt von Binder, Reiter, Fülgen, Judentum in antisemitischer Umwelt.

39 1919 entstand so etwa der Grazer Ableger des Sportvereins „Hakoah“. Viele der neu gegründeten Vereine waren zionistische Gruppierungen, wie die „Hashomer Hazir“ oder die 1933 ins Leben gerufene Ortsgruppe der „Hechalutz“.

40 Zum Orden B'nai B'rith siehe OCHDK, F. 1221, op. 1. Der „Bund jüdischer Frontsoldaten“ erhielt 1933 eine Grazer Dependence und trat der Vaterländischen Front bei.

41 Siehe dazu Staudinger, Die Pogromnacht, S. 47.

42 Höflechner (Hg.), David Herzog, XXII.

Zerstörung, Zwangsemigration und Deportation - Das Ende der jüdischen Gemeinde von Graz

Das Berchtesgadner Abkommen⁴³ vom 12. Februar 1938 zwischen Hitler und Schuschnigg hatte für alle österreichischen Nationalsozialisten Signalwirkung. In Graz, aber auch in anderen Städten Österreichs, kopierten die NS-Parteigänger und Sympathisanten ihre Demonstrationspropaganda mit aggressiven Akten der Barbarei gegen die jüdischen Bewohner, wobei Auslagen mehrerer jüdischer Geschäfte zertrümmert, zahlreiche Märsche mit dem Absingen antisemitischer Haßlieder abgehalten wurden und NS-Flugblätter das noch bevorstehende Unheil avisierten. Nach dem Rücktritt Schuschniggs und der beginnenden Annexion und Gleichschaltung Österreichs am 12./13. März 1938 setzten simultan dazu erste Terror- und Inhaftierungswellen ein.⁴⁴ Die nach exakten Durchführungs- und Einsatzplänen vorgehenden Verhaftungstrupps konzentrierten sich dabei auf Repräsentanten des Ständestaats, Kommunisten, Sozialdemokraten und Vertreter bzw. Amtsträger des Judentums. So wurden in den ersten

Wochen nach dem „Anschluß“ alle Vorstandsmitglieder der IKG Graz, die Vorsitzenden der Grazer jüdischen Vereine und Organisationen, Landesrabbiner David Herzog und weitere prominente Vertreter des Grazer Judentums, wie etwa der an der Karl-Franzens-Universität Graz lehrende Nobelpreisträger Otto Loewi⁴⁵, verhaftet, ins Polizeigefängnis am Paulustor gebracht, dort verhört und gedemütigt.

Dem massiven nationalsozialistischen Terror lag dabei ein durch und durch perfides System zugrunde, welches das Alltagsleben der jüdischen Bevölkerung von Graz drastisch einengte, ja praktisch unmöglich machte.

Folgende Aktionen der Repression⁴⁶ sind zu nennen:

- Geschäftsstörungen durch Markieren jüdischer Geschäfte mit antisemitischen Parolen und dem „Judenstern“;
- Plünderungen jüdischer Wohnungen;
- „Arisierung“ von jüdischem Besitz;
- Ausgehverbote für Juden zu bestimmten Zeiten;
- Aussperrung von Juden aus Geschäften und Kaffeehäusern;
- Konfiszierung von Autos.

43 Der Nationalsozialist Arthur Seyß Inquart wurde neuer Sicherheits- und Innenminister. Zudem wurde eine weitgehende Generalamnestie für alle Nationalsozialisten und die legale Betätigung der Nationalsozialisten im Rahmen der Vaterländischen Front vereinbart.

44 So wurden in der Nacht vom 12./13. März 1938 die Fenster der Synagoge eingeschlagen und die Mauern mit antisemitischen Parolen beschmiert. Am 21. März 1938 wurden Mitgliederverzeichnisse, Protokolle und Teile der Bibliothek der IKG Graz beschlagnahmt.

45 Otto Loewi, 1873 in Frankfurt am Main geboren, studierte in Straßburg und München und arbeitete zunächst als Arzt in seiner Geburtsstadt. Nachdem er in Marburg zum Professor der Pharmakologie avanciert war, wechselte er nach Graz, wurde zum Ordinarius des hiesigen pharmakologischen Instituts ernannt und nahm die österreichische Staatsbürgerschaft an. Als Koryphäe seines Faches international anerkannt, erhielt er für die Entdeckung der chemischen Übertragung der Nervenimpulse 1936 den Nobelpreis für Physiologie und Medizin. Wenig bekannt sind seine künstlerischen Ambitionen. So pflegte er Kontakte zu Grazer Künstlern. Im Zuge des „Anschlusses“ wurde er verhaftet und zwei Monate festgehalten. Im September 1938 emigrierte er nach London, von wo er zunächst nach Brüssel, anschließend nach New York ging, um seine Forschungen fortzusetzen. Loewi starb 1961 in New York. Zu seiner Person siehe Fred Lembeck, Otto Loewi. Ein Lebensbild in Dokumenten, Biographische Dokumentation und Bibliographie, Berlin 1988. Ders., Otto Loewi (1873-1961), in: Israelitische Kultusgemeinde für Steiermark, Kärnten und die politischen Bezirke des Burgenlandes Oberwart, Glüssing und Jennersdorf (Hg.), Geschichte der Juden in Südost-Österreich, Graz 1968, S. 183-187. Eilfriede Schmidt, Nobelpreisträger Otto Loewi. Leben in zwei Welten, Aufgezeichnet von Anna Weiss und Eilfriede Schmidt, Graz 1994. Vgl. auch den Beitrag von Felix Schneider, Grazer Emigrantenenschicksale. Eine Auswahl in diesem Buch.

46 Nach Peter Gorke, Die Sturmabteilung (SA) in der Steiermark. Von ihren Anfängen bis zur „Reichskristallnacht“ unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Graz im Jahre 1938, Diol.-Arb. Graz 1991, S. 90-91, war die SA massiv an diesen Aktionen beteiligt.

Diese von den Sicherheitskräften nicht unterbundenen Übergriffe⁴⁷ wurden Mitte März 1938 durch die eingeleiteten repressiven legislativen/behördlichen Maßnahmen prolongiert, was zu einer sukzessiven Verschärfung der Situation für die Grazer jüdische Gemeinde führte. Ziel der menschenverachtenden NS-Politik war in einer ersten Phase zunächst die rasche Ausschaltung von Juden aus dem öffentlichen und dem beruflichen Leben und daran anschließend die physische Vertreibung, das heißt, die von den Nationalsozialisten forcierte Zwangsemigration. „Die Judenschaft wurde mit einem Netz an Berufsverboten überzogen, das sie nicht nur aus dem Berufsleben entfernen, sondern ihr darüber hinaus die Existenzgrundlage entziehen sollte.“⁴⁸ Zugleich wurde auch die religiöse und kulturelle Identität der jüdischen Bürger bedroht. Die Chronologie des Terrors⁴⁹ spricht dabei für sich und bedarf keiner Kommentierung:

- Entlassung von allen jüdischen Beamten am 15. März 1938.
- Schächtverbot am 17. März 1938.
- Entfernung aller jüdischer Schüler aus den öffentlichen Schulen im April 1938.
- Einrichtung einer sogenannten Vermögensverkehrsstelle zur Liquidierung jüdischer Betriebe.
- Verbot für alle Juden, öffentliche Bäder zu besuchen im Mai 1938.
- Berufsverbot für jüdische Ärzte am 15.

Juli 1938.⁵⁰

- Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte am 27. September 1938.
- Auflösung der jüdischen Vereine und Transformation der IKG Graz in eine private Vereinigung.

Unter dem Eindruck der Unterdrückung und Gewalt wanderten von März bis Anfang November 1938 417 Grazer Juden - mit Zwischenaufenthalt Wien - nach Palästina aus.⁵¹ Organisiert und durchgeführt wurde die Emigration durch die beiden Kultusgemeinden von Graz und Wien. Als zentrale Koordinierungsstelle für die jüdische Emigration wurde dabei die Wiener Kultusgemeinde von Adolf Eichmann beauftragt.⁵² In Graz setzten die lokalen NS-Behörden die verbliebene Führung der IKG Graz schwer unter Druck, die Auswanderung bis Ende des Jahres 1938 abzuschließen.⁵³ Bevor dies jedoch geschehen konnte, wurde den jüdischen Bürgern, die imstande waren zu emigrieren, jedwede materielle Basis genommen, indem sie „Reichsfluchtsteuer und Judenabgabe zahlen, ihre Wohnungen aufgeben, Vollmachten über allfällige Bankkonten erteilen mußten.“⁵⁴ Saul Friedländer konstatiert in diesem Konnex ein Modell Österreich. Die „Ostmark“ war seiner Ansicht nach das Gebiet, „in dem die Nationalsozialisten ihre ‚rationale‘, wirtschaftlich motivierte Politik zur Judenfrage

47 Von Übergriffen berichtet auch Harald Salzmann, Ich bin in Graz als jüdischer Junge aufgewachsen. Als Jude in Graz und anderswo - Erinnerungen aus den Jahren 1921-1947, in: Stadt Graz (Hg.), Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 21/22, Graz 1990, S. 158-160, hier S. 151-154.

48 Staudinger, Die Pogromnacht, S. 48.

49 Vgl. dazu Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 170.

50 Das Berufsverbot für jüdische Tierärzte, Zahnärzte und Apotheker folgte am 17. Jänner 1939.

51 Andere flohen illegal nach Jugoslawien, Frankreich oder Italien. Vgl. dazu Karner, Steiermark im Dritten Reich, S. 171, wo er ein regelrechtes Schlepperwesen ausmacht: „Arische Schlepper schmuggelten steirische Juden gegen Bezahlung über die Grenze.“

52 Vgl. Jonny Moser, Die Zentralstelle der jüdischen Auswanderung in Wien 1938-1945, in: Kurt Schmid, Robert Streibel (Hg.), Der Pogrom 1938. Judenverfolgung in Österreich und Deutschland, Wien 1990, S. 96-100.

53 Was den Druck durch die lokalen NS-Behörden angeht, vgl. Gabriele Anderl, Emigration und Vertreibung, in: Erika Weinzierl, Otto D. Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Jüdische Bürger österreichischer Herkunft, Wien-Köln-Weimar 1992, S. 167-338 (= Anderl, Emigration und Vertreibung), hier S. 283.

54 Rentl, Geschichte der Juden in Graz und in der Steiermark, S. 168. Siehe auch Höflichner (Hg.), David Herzog, S. 59-60.

einführten, die von da an alle ihre Initiativen in diesem Bereich bestimmte, von dem in Wien etablierten 'Modell' bis zur 'Endlösung'.⁵⁵

Trauriger Höhepunkt der Gewalt im Jahr 1938 war der im gesamten NS-Herrschaftsgebiet simultan und nach analogen Mustern verlaufende Pogrom am 9./10. November, der von den Nationalsozialisten - als „Vergeltung“ für den Mord am deutschen Botschaftssekretär Rath in Paris durch den jungen Juden Grynspan - organisiert und auf mehreren Ebenen durchgeführt wurde. Die von der NSDAP propagierte Diktion von der „spontanen Völkserhebung“ ist in diesem Zusammenhang nicht mehr als eine von der Partei selbst konstruierte Legende, die sich keineswegs mit den Tatsachen deckt.⁵⁶

Wahr ist vielmehr, daß SA- und SS-Männer - in ziviler Kleidung - organisiert und vorbereitet in der Nacht des 9. November 1938 mit der Zerstörung der religiösen Stätten der IKG Graz begannen. Zuvor konfiszierten SD und Gestapo in der Synagoge und im Amtshaus Aktenbestände und Vermögenswerte. Danach wurde die Synagoge in Brand gesteckt, die bis zum Morgen des 10. November völlig aus- und niederbrannte. Am Morgen wurden die verbliebenen Reste des jüdischen Bethauses gesprengt und abgetragen.

Die NS-Horden zerstörten während der

Gewaltexzesse auch die Zeremonienhalle auf dem jüdischen Friedhof in Wetzelsdorf.⁵⁷ Verschont wurde nur das Amtshaus, das von der Gau-Führung der hiesigen Hitlerjugend übernommen wurde. Beschämendes Detail am Rande war das Verhalten vieler Schaulustiger, die völlig passiv und gleichgültig der Verwüstung beiwohnten, wie erhaltene Fotos im Bild- und Tonarchiv Graz dokumentieren.

Die materielle Zerstörung von jüdischen Einrichtungen im Verlaufe des Pogroms wurde begleitet von schweren physischen Gewalttätigkeiten gegen die jüdische Bevölkerung.⁵⁸ Symptomatisches Beispiel dafür ist die Mißhandlung und Demütigung von David Herzog, wobei sein Leid nicht als Einzelfall zu betrachten ist, sondern vielmehr Usus war in jener Nacht. Nachdem Herzog bereits furchtbaren Quälereien durch SA und SS ausgesetzt war, wurde er in der Nähe der Synagoge mit dem Ertränken in der Mur bedroht und schließlich in einem Feld unweit der Zeremonienhalle zurückgelassen.⁵⁹ Gleichzeitig nahm die Polizei erneut zahlreiche Verhaftungen vor, und an die 300 männliche Grazer Juden wurden festgenommen, zum Bahnhof gebracht und nach Dachau abtransportiert. 50 von ihnen hatten bereits Ausreisepapiere in Händen und wurden rasch wieder freigesetzt. Die übrigen konnten erst im Dezember 1938 wieder nach Graz zurückkehren. Nach der furchtbaren Judenhetze des November 1938 waren tatsächlich nur mehr

55 Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, S. 268. Otto Rendl bezeichnet dieses Procedere auch als „System Eichmann“. Vgl. Rendl, *Geschichte der Juden in Graz und in der Steiermark*, S. 168.

56 Speziell zur Situation in Graz vgl. Kuratorium zur Wiederrichtung der Zeremonienhalle (Hg.), *Die Zeremonienhalle der Israelitischen Kultusgemeinde in Graz*, Graz 1991, S. 24-25.

57 Nach Kriegsende wurde im Jahre 1947 den mutmaßlichen Haupttätern, was den Brand der Zeremonienhalle anbelangt, der Prozeß gemacht. Vgl. dazu N.N., *Barbaren der „glorreichen“ Nazizeit*, in: *Neue Zeit*, Donnerstag, 16. Jänner 1947, S. 2.

58 Seinen Unmut über die Krawalle im Zuge der Pogromnacht äußerte der katholische Priester und an der Grazer Universität lehrende Theologieprofessor DDDr. Johannes Ude, der vor dem „Anschluß“ Synophant für den Nationalsozialismus hegte. Siehe dazu den Beitrag von Maximilian Liebmann in diesem Begleitband.

59 Vgl. dazu die Aufzeichnungen von Herzog in Höflechner (Hg.), *David Herzog*, S. 46-49.

900 zumeist ältere Juden in Graz, denen vom NS-Regime weiter unerbittlich zugesetzt wurde. Parallel zum Raub ihres Vermögens wurden ihnen zudem die Wohnungen genommen, und die so Erniedrigten in provisorischen Wohngemeinschaften zusammengefaßt. Die allgemeine Situation der noch in Graz gebliebenen Juden war unterdessen prekär geworden, wobei einige unter dem zunehmenden Druck Selbstmord begingen.⁶⁰ Mit fortschreitender Zeit gestaltete sich die Auswanderung immer schwieriger, nicht zuletzt deswegen, weil die potentiellen Aufnahmeländer ihre Einreise- und Aufnahmebestimmungen verschärften. Obwohl mit unmöglichen Prozeduren und einer nach wie vor aggressiven NS-Bürokratie konfrontiert, gelang es der provisorischen Leitung der IKG Graz Ende April 1939 noch zwei zusätzliche Transporte nach Palästina zu organisieren.⁶¹

Knapp zwei Monate später - im Juni 1939 - wurden erneut Verhaftungen vorgenommen. Die letzten Grazer Juden wurden im Frühjahr 1940 über Wien nach Theresienstadt und in die Vernichtungslager deportiert und ermordet. Graz und die Steiermark waren somit - nach NS-Diktion - „judenfrei“, wenngleich angenommen werden kann, daß vereinzelt Juden als „U-Boote“ ihr Dasein fristeten.⁶² In den letzten Wochen des Krieges wurde Graz partiell noch ein-

mal ein Tatort des Holocaust. Angesichts der schnell vorrückenden Roten Armee wurden von den Nationalsozialisten über 10.000 ungarische Juden in Eilmärschen⁶³ über die Ost- und Obersteiermark nach Mauthausen getrieben. „Von St. Margarethen wurden Kolonnen zu je 5000 Mann durch Graz, Leoben, Präbichl, Eisenerz auf dem Fußmarsch nach den KZ's Mauthausen und Theresienstadt, Wege zur Endlösung in den Gaskammern, geführt. Wer am Wege schwach, krank, entkräftet liegenblieb, wurde von der Begleitmannschaft erschossen“ vermerkt dazu Otto Rendi.⁶⁴ Mit der Niederlage des NS-Regimes fand auch das Martyrium der jüdischen Bevölkerung ein Ende. Das Leid, das der Nationalsozialismus der jüdischen Bevölkerung zugefügt hat, bleibt.

LITERATUR

Jakob ALLERHAND, Die Funktion der Synagoge, in: Israelitische Kultusgemeinde für Steiermark, Kärnten und die politischen Bezirke des Burgenlandes Oberwart, Güssing und Jennersdorf (Hg.), Geschichte der Juden in Südost-Österreich. Graz 1988, S. 179-182.

Gabriele ANDERL, Emigration und Vertreibung, in: Erika Weinzierl, Otto D. Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger

60 Vgl. dazu exemplarisch Magistrat der Stadt Graz, „Sterbebuch“, Eintrag 3006/1939, Selbstmord des Rechtsbahnoberrividenten Ernst F., und - später - Eintrag 3537/1941, Selbstmord von Michael H. Für diese Recherche danke ich Herrn Mag. Harald Knoll.

61 Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die selbstlose Hilfe des ehemaligen Präsidenten der IKG Graz, Elias Grünschlag, des Grazer Dentisten Alfred Klein und seines Sohnes Otto Günther, der heute Vizepräsident der sich nach 1945 langsam wieder konstituierenden dritten jüdischen Gemeinde von Graz, die heute an die 80 Mitglieder umfaßt, ist. Zur Organisation der letzten aus Graz abgehenden Transporte vgl. Anderl, Emigration und Vertreibung, S. 282-284, die auf diesen Seiten auch den weiteren Weg der Grazer Juden nach Palästina rekonstruiert.

62 Vgl. dazu Rendi, Geschichte der Juden in Graz und in der Steiermark, S. 173.

63 Die zutreffendere Bezeichnung dafür ist „Todesmärsche“. Zu den Todesmärschen siehe allgemein Daniel, Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Deutsche Ausgabe 1996, S. 385-436, vor die Märsche auf österreichischem Gebiet jedoch nur streift bzw. marginal behandelt.

64 Rendi, Geschichte der Juden in Graz und in der Steiermark, S. 170. Vgl. weiters zu diesem Thema den bedrückenden Film von Michal Zuzanek, Gudrun Wallenstorfer, Alles Schweißigen. TV-Dokumentation mit Opfern, Tätern und anonymen Helden, 49 min (Farbe), Graz-Wien 1993. Archiviert in der Österreichischen Phonothek in Wien und in den Archiven des GFD.

österreichischer Herkunft. Wien-Köln-Weimar 1992, S. 167-338 (= Anderl, Emigration und Vertreibung).

Dieter A. BINDER, Provinz ohne Juden oder das dumpfe Schweigen der Provinz, in: Stadt Graz (Hg.), Graz 1945. Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 25. Graz 1994, S. 541-558 (= Binder, Provinz ohne Juden).

Dieter A. BINDER, Das Schicksal der Grazer Juden 1938, in: Stadt Graz (Hg.), Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 18/19. Graz 1988, S. 203-228.

Dieter A. BINDER, Gudrun REITTER, Herbert RÜTGEN, Judentum in seiner antisemitischen Umwelt. Am Beispiel der Stadt Graz 1918-1938, Graz 1988 (= Binder, Reitter, Rütgen, Judentum in antisemitischer Umwelt).

Gerhard BOTZ, Österreich und die NS-Vergangenheit. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung, in: Dan Diner (Hg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit. Frankfurt am Main 1987, S. 141-152.

Wolfgang DUCHKOWITSCH, Nichts für Frau „Zimperlich“ und Herrn „Schlappschwanz“. Der Grazer „Hakenkreuzler“ 1926, in: Oliver Rathkolb, Wolfgang Duchkowitsch, Fritz Hausjell (Hg.), Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreichs Medien. Salzburg 1988, S. 158-182.

Saul FRIEDLÄNDER, Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939. München 1998 (= Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden).

Hugo GOLD (Hg.), Geschichte der Juden in Österreich. Ein Gedenkbuch. Tel Aviv 1971.

Daniel Jonah GOLDHAGEN, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Deutsche Ausgabe 1996.

Peter GORKE, Die Sturmabteilung (SA) in der Steiermark. Von ihren Anfängen bis zur „Reichskristallnacht“ unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Graz im Jahre 1938. Dipl.-Arb. Graz 1991.

Jürgen HABERMAS, Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus. Frankfurt am Main 1976.

Dirk HÄNISCH, Die österreichischen NSDAP-Wähler. Eine empirische Analyse ihrer politischen Herkunft und ihres Sozialprofils. Wien 1998.

Walter HÖFLECHNER (Hg.), David Herzog. Erinnerungen eines Rabbiners 1932-1940. Auf Grundlage einer Dipl.-Arb. von Andreas Schweiger. Graz 1995 (= Höflechner (Hg.), David Herzog).

Israelitische Kultusgemeinde für Steiermark, Kärnten und die politischen Bezirke des Burgenlandes Oberwart, Güssing und Jennersdorf (Hg.), Geschichte der Juden in Südost-Österreich. Graz 1988.

Israelitische Kultusgemeinde Graz (Hg.), Zum hundertsten Geburtstag der Israelitischen Kultusgemeinde zu Graz. Graz 1967.

Gerhard JAGSCHITZ, Stefan KARNER, „Beuteakten aus Österreich“. Der Österreichbestand im russischen „Sonderarchiv“ Moskau. Graz-Wien 1996.

Karl JUNG, Die Großdeutsche Volkspartei, in: Karl Wache (Hg.), Deutscher Geist in Österreich. Handbuch des völkischen Lebens der Ostmark. Dornbirn 1933, S. 173-225.

- Stefan KARNER, Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung. Graz, 3. Aufl., 1994 (= Karner, Steiermark im Dritten Reich).
- Kuratorium zur Wiedererrichtung der Zeremonienhalle (Hg.), Die Zeremonienhalle der Israelitischen Kultusgemeinde in Graz. Graz 1991.
- Konrad KWIET, Judenverfolgung und Judenvernichtung im Dritten Reich. Ein historiographischer Überblick. in: Dan Diner (Hg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit. Frankfurt am Main 1993, S. 237-264.
- Sigrid KIYEM, Der deutsche Schulverein „Südmark“ 1918-1938. Dipl.-Arb. Wien 1995.
- Fred LEMBECK, Otto LOEWI, Ein Lebensbild in Dokumenten. Biographische Dokumentation und Bibliographie. Berlin 1968.
- Fred LEMBECK, Otto LOEWI (1973-1961), in: Israelitische Kultusgemeinde für Steiermark, Kärnten und die politischen Bezirke des Burgenlandes Oberwart, Güssing und Jennersdorf (Hg.), Geschichte der Juden in Südost-Österreich. Graz 1988, S. 183-187.
- Jonny MOSER, Die Zentralstelle der jüdischen Auswanderung in Wien 1938-1945, in: Kurt Schmid, Robert Streibel (Hg.), Der Pogrom 1938. Judenverfolgung in Österreich und Deutschland. Wien 1990, S. 96-100.
- Bruce F. PAULEY, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung. Deutsche Ausgabe Wien 1993 (= Pauley, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus).
- Edgar PERKO, Jüdische Flüchtlinge in Graz 1914-1921. Phil. Diss. Graz 1996.
- Gudrun REITTER, Die israelitische Kultusgemeinde Graz 1908-1938. Dipl.-Arb. Graz 1988.
- Gudrun REITTER, Die Grazer israelitische Kultusgemeinde 1908-1938, in: Dieter A. Binder, Gudrun Reitter, Herbert Rütgen: Judentum in seiner antisemitischen Umwelt. Am Beispiel der Stadt Graz 1918-1938. Graz 1988, S. 9-172 (= Reitter, Grazer israelitische Kultusgemeinde).
- Otto RENDI, Zur Geschichte der Juden in Graz und in der Steiermark, in: Zeitschrift des historischen Vereins für Steiermark 62 (1971), S. 157-177 (= Rendi, Geschichte der Juden in Graz und in der Steiermark).
- Wolfgang RETTL, Antisemitismus in der Steiermark zu Beginn der Ersten Republik. Dipl.-Arb. Graz 1987 (= Rettl, Antisemitismus).
- Herbert RÜTGLN, Antisemitismus in allen Lagern. Publizistische Dokumente zur Ersten Republik. Österreich 1918-1938. Phil. Diss. Graz 1989.
- Herbert RÜTGFN, Der Leopold Stocker Verlag von der Verlagsgründung bis 1938, in: Dieter A. Binder, Gudrun Reitter, Herbert Rütgen: Judentum in seiner antisemitischen Umwelt. Am Beispiel der Stadt Graz 1918-1938. Graz 1988, S. 173-202.
- Gerhard W. SALZLER-EIBENSTEIN, Die räumliche Lage der Grazer Jüdisiedlung im Mittelalter, in: Stadt Graz (Hg.), Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 3. Graz 1970, S. 35-42.

Gerhard W. SALZER-EIBENSTEIN, Die Wohn- und Berufsstandorte der Grazer Juden 1938, in: Stadt Graz (Hg.), Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 10, Graz 1978, S. 295-312 (= Salzer-Eibenstein, Wohn- und Berufsstandorte).

Gerhard W. SALZER-EIBENSTEIN: Geschichte der Juden in Graz, in: Hugo Gold (Hg.), Geschichte der Juden in Österreich. Ein Gedenkbuch. Tel Aviv 1971, S. 9-20.

Harald SALZMANN, Ich bin in Graz als jüdischer Junge aufgewachsen. Als Jude in Graz und anderswo - Erinnerungen aus den Jahren 1921-1947, in: Stadt Graz (Hg.), Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 21/22, Graz 1990, S. 158-160.

Kurt SCHMID, Robert STREIBEL (Hg.), Der Pogrom 1938. Judenverfolgung in Österreich und Deutschland. Wien 1990.

Elfriede SCHMIDT, Nobelpreisträger Otto Loewi. Leben in zwei Welten. Aufgezeichnet von Anna Weiss und Elfriede Schmidt, Graz 1994.

Andreas SCHWEIGER, David Herzog 1869-1946. Eine biographische Skizze. Dipl.-Arb. Graz 1989.

Harald SEEWANN, Zirkel und Zionstern. Bilder und Dokumente aus der versunkenen Welt des jüdischen-nationalen Korporationsstudententums. Ein Beitrag zur Geschichte des Zionismus auf akademischem Boden. 5 Bde. Graz 1990.

Ernst SIMMEL (Hg.), Antisemitismus. Deutsche Erstausgabe Frankfurt am Main 1993.

Eduard STAUDINGER, Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, in: Stadt Graz (Hg.), Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 18/19 (1988), S. 42-71.

Eduard STAUDINGER, Die Pogromnacht vom 9./10. November 1938 in Graz, in: Kurt Schmid, Robert Streibel (Hg.), Der Pogrom 1938. Judenverfolgung in Österreich und Deutschland. Wien 1990, S. 42-50.

Andrea STRUTZ, H. D., E. G., A. N. und E. B. Das Schicksal Grazer Jüdinnen in der NS-Zeit, in: Carmen Unterholzer, Ilse Wieser (Hg.), Über den Dächern von Graz ist Liesl wahrhaftig. Eine Stadgeschichte der Grazer Frauen. Wien 1996, S. 188-198.

John WEISS, Der lange Weg zum Holocaust. Die Geschichte der Judenfeindschaft in Deutschland und Österreich. Hamburg 1997.

QUELLEN

Bundesarchiv Koblenz jetzt Berlin-Potsdam (= BA) Sammlung Schumacher 305 1

Centr Chranenija Istoriko-dokumental'nych Kollekcij (=Zentrum zur Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen Moskau -CCHIDK)
Fond 709
Fond 711

Zeitungen und Periodika
Der Hakenkreuzler/Der grobe Michel, Graz 1926.
Michel, Graz-Wien 1919-1931.
Neue Zeit vom 16. Jänner 1947.

Landesmuseum Joanneum,
Abteilung Bild- und Tonarchiv
Fotos vom Brand der jüdischen Zeremonienhalle.
Ansichten von der abgebrannten Synagoge.
Porträtfoto von Otto Loewi.
Fotos vom „Transport“ jüdischer GrazerInnen nach Palästina.

Israelitische Kultusgemeinde Graz (= IKG Graz)

Foto mit Außenansicht von der Synagoge.

Foto mit der Innenansicht der Synagoge.

Foto von den Schuttarbeiten nach der Sprengung der Synagoge (Prof. Otto Günter Klein).

Foto von David Herzog während einer Veranstaltung in Wetzelsdorf.

Österreichische Phonothek, Wien

Michael Zuzanek, Gudrun Waltenstorfer, Alles Schweigen. TV-Dokumentation mit Opfern, Tätern und anonymen Helden. 45 Min (Farbe), Graz/Wien 1993.

World Wide Web

<http://www.kfmgraz.ac.at/ainst/dhf.html>,

12. Oktober 1998



Grazer Musiktheater unter der NS-Herrschaft.

Der Nationalsozialismus kam nicht von heute auf morgen nach Österreich, wenn auch erst durch den „Anschluß“ manches sich schlagartig in seinem Sinn veränderte: Das Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 zog rasche Konsequenzen in Recht und Verwaltung nach sich, eine Angleichung an die Verhältnisse im „Altreich“ wurde über zahlreiche personelle Neubesetzungen vorangetrieben; schon am 13. März 1938 betraute Hitler den saarländischen Gauleiter Josef Bürckel mit der Reorganisation der NSDAP in der „Ostmark“¹ und ernannte ihn am 25. April zum Reichskommissar für die Wiedervereinigung.² Das Ziel einer Gleichschaltung reichte auch ins Kulturleben hinein: So wurde der Intendant des Grazer Stadttheaters³, Viktor Pruscha, noch in der Saison 1937/38 abgelöst. Neuer Intendant wurde Willi Hanke, der bis dahin in gleicher Position in Münster/W. tätig war, am 8. Mai offiziell vorgestellt wurde und in Graz am 1. August antrat.⁴

Doch haben sich im steirischen Kulturleben gewachsene Strukturen gegenüber einer Bevormundung aus dem „Altreich“ stärker behauptet: Hier spielte das Selbstbewußtsein des Grenzlanddeutchtums hinein, das sich im „Deutschen Schulverein Südmark“ artikuliert hatte. Nicht zufällig wurde am Abend des 13. März 1938 im Grazer Stadttheater Hanns Hohenias „Grenzlandkantate“ gegeben, nachdem die für den Vorabend (wohl unabsichtlich) angesetzte Operetten-Novität eines anderen heimischen Komponisten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden war; sie stand unter dem Titel „Mausi wird energisch“⁵: für die Nationalsozialisten, die allenthalben schon Macht und Kontrolle ausübten, wohl ein unpassendes Signal zu ihrer historischen Stunde. Holenia, von dem vor dem „Umbruch“ bereits zwei Opern in Graz uraufgeführt worden waren, engagierte sich dann unter der NS-Herrschaft als Leiter des Musikreferats der Steiermark und als Landesleiter der Reichsmusikkammer. Die „Grenzlandkantate“ zu Worten von

1. Gerhard Jaegschitz, Von der „Bewegung“ zum Apparat. Zur Phänomenologie der NSDAP 1938-1945, in: Emericch Tálos/Ernst Hansch/Wolfgang Neugebauer (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938 bis 1945, Wien 1988 (= Tálos/Hanisch/Neugebauer), S. 491.
2. Darum nach: Walter Kleindl, Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur, Wien-Heidelberg 1978 (= Kleindl), S. 362.
3. D.h. des heutigen Opernhauses (im Schauspielhaus war der Theaterbetrieb damals noch eingestellt, es war an einen Kinunternehmer verpachtet).
4. Das Städtische Theater unter neuer Führung, in: Amtsblatt der Stadt Graz (= Amtsblatt Graz), 42. Jg. Nr. 3/4, Mai - Juni 1938, S. 14 - 15.
5. Manfred Blumauer, Musiktheater-Uraufführungen im Grazer Opernhaus, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 15 (Theater in Graz), 1984 (= Blumauer, Musiktheater-Uraufführungen), S. 155 u. 159. - Noch am 12. März waren in der „Tagesspost“, Morgensblatt, S. 9, die ersten beiden Aufführungen von „Mausi wird energisch“ für den 12. und 13. März angekündigt, die Grazer Nationalsozialisten erwarteten dann den persönlichen Besuch Hitlers für den für den Festabend am 13. März und hätten ihn auf den 14. März verschoben, anstelle der für diesen Abend angesetzten Aufführung von J. Alberts „Tiefand“, wenn Hitler einen Tag später gekommen wäre. Da diese Hoffnungen enttäuscht wurden, blieb es beim Festabend am 13. März. Das Programm umfaßte vor der „Grenzlandkantate“ (unter Leitung von Dr. Ludwig Keibel) Beethovens dritte Ouvertüre zu „Leonore“ (unter Operndirektor Rudolf Moralt) sowie Lieder und Chöre, gesungen von Hitlerjugend und BDM (unter SA Musikzugführer Walter Kolhodor). Die „Mausi“-Operette fand, nach einer neuerlichen Verschiebung, ihre Uraufführung erst am 20. März. Hitlers erster Besuch in Graz fiel bekanntlich auf den 3. April zum Auftakt seiner Kampagne für die Volksabstimmung am 10. April.

42 Hermann Pferschy war erst drei Wochen vor jenem 13. März uraufgeführt worden, als „die erste große völkische Veranstaltung nach Verkündigung des Berchtesgadener Abkommens“.⁶

Personifiziert war das grenzlanddeutsche Bewußtsein u.a. in Dr. Josef Papesch, der nach dem „Umbruch“ Leiter der Abteilung II der Landesregierung (Erziehung, Kultur etc.) und Präsident des Musikvereins für Steiermark wurde. Er hatte dem Theater bereits 1921 mit dem Liederspiel „Der steirische Hammerherr“ (die Musik stellte der im steirischen Volkstum fest verwurzelte Komponist Viktor Zack bei, ein Weggefährte Dr. Viktor Gerambs) einen Serien-erfolg zugeführt und versuchte dann in seinem Verantwortungsbereich das kulturelle Erbe Erzherzog Johanns konsequent in nationalsozialistische Kulturpolitik umzusetzen. In dieser Konstellation konnte sich der oktroyierte Intendant Willi Hanke nicht halten. Er wurde bereits nach einem Jahr durch den umgänglicheren Dr. Rudolf Meyer ersetzt, der aus Frankfurt a. M. stammte und vor seiner Berufung nach Graz Intendant in Regensburg war.⁷

Anknüpfend an den Einleitungssatz seien hier lokale Wurzeln des Nationalsozia-

lismus durch Beispiele bezeichnet. Geradezu bestürzend im Nachvollzug späterer Entwicklungen ist ein heftiger Disput im Grazer Gemeinderat kurz nach der Eröffnung des neuen Stadttheaters (des späteren Opernhauses) über die Frage, ob der neu bestellte Intendant Otto Purschian ein getaufter Jude sei oder nicht. Von Dr. Raimund Neckermann (Rechtsanwalt, Gemeinderat aus dem zweiten Wahlkörper) wurde ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, um durch Vorlage von Personaldokumenten das Gerücht von der jüdischen Abstammung Purschians zu entkräften. Von welcher Seite auch immer es in Umlauf gesetzt worden sein mag: Aus dem Protokoll jener Sitzung wird ersichtlich, daß Josef Feichtinger (Redakteur, Gemeinderat aus dem dritten Wahlkörper) kräftig schürte und nachlegte; er bezweifelte die Echtheit der vorgelegten Dokumente, nannte Bürgermeister Dr. Franz Graf einen Judenfreund und ließ es im weiteren Verlauf der Debatte an groben antisemitischen Äußerungen nicht fehlen.⁸ Es kam in diesem Vorfall ein rassistisches Denken zum Ausdruck, das jedoch in der kulturellen Praxis und auch beim bürgerlichen Publikum noch gar nicht verbreitet war: Im Grazer Theater-Alltag

6 Karl Heinz Dworzok, Hanns Hohenia, in: Musik im Ostalpenraum. Das Joanneum, Beiträge zur Naturkunde, Geschichte, Kunst und Wirtschaft des Ostalpenraumes, 3. Bd., Graz 1940, S. 143 u. 147. - Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich 1938 - 1945, 2. Aufl. Graz - Wien 1998 (= Karner), S. 91 (Abb. 23).

7 Karner, S. 106, 169, 187 u. passim.

8 Blumauer, Musiktheater Uraufführungen, S. 151 u. 158; Uraufführung am 15. Jänner 1921. In der Spielzeit 1942/43 wurde „Der steirische Hammerherr“ neuerlich aufgeführt.

9 Wilhelm Kosch, Deutsches Theater-Lexikon, Bd. 2, Kagenfurt - Wien 1960, S. 1457.

10 Amtsblatt der landesfürstlichen Hauptstadt Graz (= Amtsblatt Graz), 4. Jg. 1899/1900, Nr. 6, 30. November 1899, S. 149 - 153. - Zur Wahl J. Feichtingers und Dr. Neckermanns: Amtsblatt Graz, Nr. 35 vom 20. September 1896, S. 314, und Nr. 36 vom 30. September 1896, S. 327. Feichtinger war Redakteur, dann auch Herausgeber der Wochenzeitung „Grazer Wahrheit“, die mit der späteren kommunistischen „Wahrheit“ nichts zu tun hat, sondern nach eigenem Verständnis sich der „unlerndruckten Kleinrent“ (Gewerbetreibende, Arbeiter, Bauern) annehmen wollte und in politischer Hinsicht auf „deutsch-antisemitischem Boden“ stand; Grazer Wahrheit Nr. 1 vom 30. August 1896. In Graz galt damals ein Censur-Wahlrecht - das allgemeine und gleiche Wahlrecht wurde in Österreich erst im November 1918 Gesetz - laut Gemeinde-Wahlordnung vom 13. Juli 1895, Landes-Gesetz- und Verordnungsblatt für das Herzogthum Steiermark, Jg. 1895, 39. Stück vom 31. Juli 1895, S. 143-147. Der Gemeinderat hatte 48 Mitglieder, von denen je ein Drittel von einem der drei Wahlkörper gestellt wurde. Dem ersten gehörten die Ehrenbürger der Stadt und Personen an, die eine Steuerleistung ab einer bestimmten Höhe erbrachten, dem zweiten Personen, deren mindeste Steuerleistung wesentlich tiefer lag, dem dritten alle übrigen wählbaren Personen. Das passive Wahlrecht hatten nur Bürger männlichen Geschlechts ab dem vollendeten 30. Lebensjahr.

war von einer prinzipiellen Judenfeindlichkeit nichts zu bemerken; es gab immer wieder hervorragende Sängerinnen und Sänger sowie Dirigenten jüdischer Herkunft. Doch davon später.

Ein anderes Beispiel: Mitglieder des Grazer Städtischen Orchesters, das aus dem Opernorchester hervorgegangen war, nahmen an einer Hitler-Feier am 20. April 1933 teil, die vom Kampfbund für deutsche Kultur anlässlich des 44. Geburtstages des Führers und (seit weniger als drei Monaten) Reichskanzlers veranstaltet wurde. Die Festrede hielt Gemeinderat Walter Oberhaidacher, Gauleiter der NSDAP für Steiermark.¹¹ Die österreichische Nazi-Partei war damals noch nicht verboten,¹² sie konnte ihre Aktivitäten ungehindert entfalten. Allerdings spielte das Orchester ebenso für Arbeitergesangsvereine wie für die Akademische Sängerschaft Gothia, für den Verein Arbeiterbühne wie dann (im Herbst 1934) für die „Winterhilfe“ der freiwilligen Wehrverbände.¹³ Im Theaterausschuß des Gemeinderats herrschte eine Art friedlicher Koexistenz der Ideologien, und aus den Kulturberichten der Tagespresse sprach im allgemeinen eine liberale Gesinnung.

So wurden auch die Leistungen von Künstlern jüdischer Abstammung noch in den späteren dreißiger Jahren gebührend gewürdigt. Erinnerung sei hier vor allem an Karl Rankl, der bis Sommer 1937 in Graz

Operndirektor war, dann nach Prag ging und 1939 nach England emigrierte; er machte an der Covent Garden Opera eine Karriere, deren Krönung die musikalische Leitung des neuerbauten Opernhauses in Sidney gewesen wäre, doch ist er vor Antritt dieser Position siebzigjährig in Salzburg gestorben.¹⁴ Auch Alexander Michael Szenkar aus Budapest, der vor Rankl ein Jahr lang in Graz als Opernchef fungierte, war Jude.¹⁵ Neben Rankl war in Graz als Kapellmeister Fritz Jahoda engagiert, ein jüngerer Bruder der bekannten Sozialforscherin Marie Jahoda; er ging 1938 in die Emigration, zunächst nach England, dann in die USA, wo er an verschiedenen Colleges unterrichtete und sich als Dirigent und Pianist für Neues und im Lande Unbekanntes einsetzte.¹⁶ Ebenfalls zu dieser Zeit wirkte in Graz als Kapellmeister und Komponist fürs leichtere Genre Marcell Frank; er steuerte dem hiesigen Theater eine Balletturaufführung sowie Einlagen in Operetten bei, lebte dann mit seiner Frau, der Sängerin Edith Hagen, die auch in Graz engagiert war, bis in die achtziger Jahre als Emigrant in New York.¹⁷

Von den jüdischstämmigen Sängerinnen und Sängern, die vor dem „Umbruch“ in Graz engagiert waren, sind - als an vorderster Stelle wirkend - zu nennen: der in Pécs (Fünfkirchen) geborene Bassist Deszö Ernster, der nach seinem letzten Grazer Jahr

11 Tagblatt, 21. April 1933, Mittagsausgabe, S. 2.

12 Das Verbot wurde erst vom Ständestaat am 19. Juni 1933 erlassen; Kleindl, S. 342. - Vgl. Tólos/Hanisch/Neugebauer, S. 495.

13 Angaben im Dienstbuch des Grazer Städtischen Orchesters, das dem Verfasser in Kopie vorliegt. - Über die Gründung des Orchesters im Jahr 1926 siehe: Manfred Blumauer, „Ein kleiner, nicht sehr anscheinlicher Herr“: Oswald Kabasta als Städtischer Musikdirektor in Graz, in: „Musik soll nicht bloß tonen, sie muß leben“. Die Beiträge zum 2. Internationalen Oswald-Kabasta-Symposium 1986 in Mistelbach, Graz 1988, S. 12.

14 Donald Brook, International Gallery of Conductors, London 1951, S. 131 u. 140. - Stefan Jäger (Hg.), Das Atlantisbuch der Dirigenten, Zürich 1985 (= Jäger), S. 320.

15 Jäger, S. 362.

16 International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933-1945, directed by Herbert A. Strauss and Werner Röder, München - New York - London - Paris 1983, Vol. II (= Intern. Biogr. Dict.), Bd. 1, S. 563.

17 Blumauer, Musiktheater-Uraufführungen, S. 158 u. 162. - Persönliche Korrespondenz des Verfassers mit Frau Edith Hagen-Frank.

1936 eine Amerika-Tournee unternahm, während des Zweiten Weltkriegs in seine ungarische Heimat zurückkehrte, von dort aber ins Konzentrationslager Bergen-Belsen verschleppt wurde, nach seiner Befreiung seine Karriere fortsetzte und Erfolge an den ersten Opernbühnen feierte, nicht zuletzt an der New Yorker Metropolitan Opera;¹⁸ und die Sopranistin Ella Flesch, eine Nichte des bekannten Violinpädagogen Carl Flesch, die hier u.a. 1936 die Partie der Aminta in der „Schweigsamen Frau“ sang, in der einzigen österreichischen Inszenierung dieser Oper von Stefan Zweig und Richard Strauss vor den Ereignissen von 1938.¹⁹

Kursorisch und pars pro toto seien weitere Künstler angeführt, die in den ersten zwei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts an der Grazer Oper unter Vertrag standen: die Kapellmeister und Komponisten Paul Ottenheimer und Arnold Winternitz (von beiden wurde auch je ein Werk in Graz aufgeführt)²⁰, die Altistin Bella Paalen, die von Gustav Mahler, nachdem er sie hier gehört hatte, an die Wiener Hofoper verpflichtet wurde, die Sopranistin Melitta Heim, die ihren Lebensabend in ärmlichsten Verhältnissen in England verbrachte, der große Wagner-Bariton Friedrich Schorr, der noch in den dreißiger Jahren als Gast wiederkehrte, als er bereits gefeiertes Mitglied der New Yorker „Met“ war, und die Wiener Sopranistin Maria Hussa, die nach ihren Stationen

in Deutschland schon 1934 nach Amerika ausgewanderte.²¹

Kulturkampföne wurden jedoch auch ins Grazer Theaterleben hineingetragen: schon 1926 in periodischen Blättern einer Bürgerbewegung zur Rettung der Oper, nachdem der Opernbetrieb aus finanziellen Gründen vorübergehend eingestellt worden war,²² dann bei einem von rechtsradikalen Studenten provozierten Radau während einer Aufführung des „Sommernachtstraums“ im Stil des „Entfesselten Theaters“ Aleksandr Tairows durch einen sowjetrussischen Regisseur (Mai 1927)²³ und zwei Jahre danach auf ähnliche Weise nach der Erstaufführung der „Dreigroschenoper“ von Bertolt Brecht und Kurt Weill.²⁴

Schon im österreichischen Ständestaat gab es eine zunehmende Besinnung aufs Bodenständige, heimatlich Gewachsene, ein Mißtrauen gegenüber modernistischen Tendenzen und die Verdächtigung dessen, was von den Nazis als „Kulturbolschewismus“ gebrandmarkt wurde. Nicht weitab von solchen Positionen lagen dann die kulturpolitischen Glaubenssätze unter der NS-Herrschaft. Was aber 1938 plötzlich geschah, war die Ausschaltung der jüdischen Autoren und Komponisten aus den Spielplänen und Konzertprogrammen, aus dem öffentlichen Leben. Das Propaganda-Amt des Gaues Steiermark beeilte sich nach dem „Anschluß“, einen Auszug aus dem „Musi-

18 K. J. Kutsch/ed. Homens, *Großes Sängerlexikon*, 3. erw. Aufl., 2. Bd., Bern 1997 (= Kutsch/Homens), S. 1051.

19 Intern. Biogr. Dict., Bd. 1, S. 305.

20 Manfred Blumauer, *Festa teatrale. Musiktheater in Graz, Graz 1998* (= Blumauer, *Festa teatrale*, S. 24, Anm. 2, 118, Anm. 19, u. 121) - Hans Brückner/Christa Maria Rock, *Judentum und Musik. Mit dem ABC jüdischer und nicht-jüdischer Musikberfessener*, 3. Auflage, München 1938 (= Brückner/Rock), S. 213 u. 297. - Theo Stenge/Herbert Gergk, *Lexikon der Juden in der Musik. Mit einem Titelverzeichnis jüdischer Werke. Veröffentlichungen des Instituts der NSDAP zur Erforschung der Judenfrage*, Frankfurt a. M., Bd. 2, Berlin 1940, Sp. 208, 234, 348 u. 360. - Zu Winternitz auch: Hans Joachim Moser, *Musiklexikon*, Berlin-Schöneberg 1935, S. 96b.

21 Alle in diesem Absatz genannten Sängerinnen und Sänger unter ihren Namen in: Kutsch/Riemens. - Zu Maria Hussa auch: Intern. Biogr. Dict., Bd. 1, S. 546.

22 Blumauer, *Kabasta*, S. 14-15.

23 Blumauer, *Festa teatrale*, S. 125.

24 Harald Kaufmann, *Neue Musik in Steiermark. Ein kritisch-chronistischer Versuch*, Graz 1957 (= Kaufmann, *Neue Musik*), S. 50 - 52.

kalischen Juden-ABC“ von Christa Maria Rock und Hans Brückner drucken zu lassen, das 1935 (im Jahr der „Nürnberger Gesetze“) erstmals erschienen war.²⁵

Die Oper konnte mit diesem Index einigermaßen leben: Die jüdischen Komponisten, die hier seinerzeit noch gezählt hatten, wie Meyerbeer, Halévy, Goldmark und Korngold, kamen schon damals nicht mehr zum Zug, sie galten als aus der Mode gekommen. Einzig Jacques Offenbach war mit seiner postum herausgekommenen Oper „Hoffmanns Erzählungen“ noch im Repertoire; sie brachte es in der Saison 1937/38 auf zwei Aufführungen, bevor sie nach einer langen Erfolgsserie abgesetzt wurde. Irritiert war man hinsichtlich der „Carmen“ von Bizet, da nicht bekannt war, ob er ein astreiner „Arier“ sei: Man ließ das Werk zunächst ruhen und gab es erst wieder in der Spielzeit 1941/42!²⁶

Anders war die Situation bei der Operette. Nicht nur waren einige der besten Komponisten dieser Spezies Juden, wie Paul Abraham, Edmund Eysler, Leo Fall, Bruno Granichstaedten und vor allem Emmerich Kálmán, sondern auch der größte Teil der Librettisten²⁷, darunter fast alle Autoren, die für Lehár Texte schrieben. Die „Arier“ Lehár und Künnecke waren zudem mit jüdischen Frauen verheiratet: Ihre Musik war für die Bühnen unverzichtbar, sie mußten aber, da sie sich von ihren Frauen nicht trennten, auf der Hut sein.²⁸ Der Grazer

Robert Stolz, ebenfalls „arischer“ Abstammung, aber mit jüdischen Autoren und Verlegern befreundet, zog ein Leben in der Emigration vor. Als Joseph Goebbels im fortgeschrittenen Kriegsgeschehen Unterhaltungsmusik und leichte Theaterkost forcierte, um die Bevölkerung bei Laune zu halten²⁹, wurde dem Mangel durch Stücke abgeholfen, deren Autoren und Komponisten heute so gut wie vergessen sind. Darüber hinaus gab es manche Schwindelei mit Umtextierungen und Camouflage.

Ein Beispiel dafür ist die Operette „Polenblut“ von Oskar Nedbal, auf deren musikalische Qualitäten man nicht verzichten wollte. Unter dem Titel „Die Erntebraut“ wurde die Handlung auf usurpiertes Terrain ausgelagert, nach Prag und ins Sudetenland, das Libretto entsprechend verändert und die Nummernfolge teilweise umgestellt: Das Blut eines nach dem Polenfeldzug rechtlos gewordenen Volkes durfte nicht gepriesen werden.³⁰ In Graz kam dieser Wechselbalg in der Spielzeit 1943/44 heraus. Die Zeitungen schrieben, als würde ein originales Werk von Nedbal gespielt, jeglicher Hinweis auf das gute alte „Polenblut“ mußte wohl unterdrückt werden.³¹

Nach dem Kriegsausbruch wurde den Theatern eine weitere Restriktion auferlegt: Werke von Autoren resp. Komponisten der Feindmächte durften nicht gespielt werden. Schon die Zerschlagung der Tschechoslowakei war als kriegerischer Akt zu werten;

25 Verzeichnis jüdischer und nichtarischer Komponisten, hggt. vom Gaupropagandaamt Steiermark, Hauptstelle Kultur, Graz 1938. Vgl. Fußnote 20. - Offiziell wurden die Nürnberger Rassengesetze in der „Ostmark“ Ende Mai 1938 eingeführt. Siehe: Jenny Wosser, Österreichs Juden unter der NS-Herrschaft, in: Tálos/Hariach/Neugebauer, S. 190.

26 Brückner/Rock, 1. Aufl., München o. J. (Woro, 1935), S. 7 (Worwort). - Manfred Blumauer, Die Operette und der Nationalsozialismus, in: Erik Adam/Wilhelm Rainer (Hg.), Das Land des Glücks, Österreich und seine Operetten, Klagenfurt - Ljubljana - Wien 1997 (= Blumauer, Operette), S. 107-108. - Alle Grazer Aufführungszeiten, auch in folgenden, im Archiv des Opernhauses.

27 Blumauer, Operette, S. 108 u. 113 - 114.

28 Blumauer, Operette, S. 110 - 111.

29 Will A. Boelcke (Hg.), Welt! Ihr den Totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939 - 43, Stuttgart 1987 - Herrsching 1989, S. 173. - Vgl. dazu: Heinrich Fraenkel/Roger Marwell, Goebbels, Der Verführer, Köln 1960 - München 1989, S. 253.

30 Fred K. Prieberg, Musik im NS-Staat, Frankfurt a. M. 1982, S. 356. - Blumauer, Operette, S. 115.

31 Tagespost vom 21. Mai 1943, S. 6, und Kleine Zeitung vom 21. Mai 1943, S. 4.

mit der Errichtung des Reichsprotektorats Böhmen und Mähren Mitte März 1939 aber wurde auch die tschechische Musik gleichsam zu einem geschützten Reservat; So konnte schon im Februar 1940 im Grazer Opernhaus eine Neuinszenierung der „Jenufa“ des mährischen Komponisten Leoš Janáček erscheinen, und Smetanas Erfolgswerk „Die verkaufte Braut“ wurde in der Kriegssaison 1942/43 neu herausgebracht. (Unter Schutz stand auch der „arische“ tschechische Komponist Oskar Nedbal, von dem oben die Rede war.)

Die Kriegserklärung Frankreichs und Englands am 3. September 1939 bedeutete auch das Aus für die Wiedergabe französischer Opern (repertoire-fähige englische Opern gab es damals nicht); nach dem deutsch-französischen Waffenstillstand vom Juni 1940 war aber das Spielen französischer Musik wieder erlaubt, jedoch wurde im Grazer Opernhaus von dieser Möglichkeit wenig Gebrauch gemacht. Der Typus der älteren Opéra comique (Boieldieu, Adam, Auber) galt hierzulande freilich schon in der Zwischenkriegszeit für „passé“, die im 19. Jahrhundert stilprägende Pariser Grand Opéra stammte vielfach von nicht-französischen oder jüdischen Komponisten, und die neueren Werke waren teils in Graz noch gar nicht rezipiert (z.B. Debussys „Pelléas und Mélisande“), teils - in den fürs Neue schon weniger aufgeschlossenen mittleren dreißiger Jahren - bloß sporadisch vorgestellt (Ravel, Ibert): So bleiben für die Grazer Kriegsspielzeiten lediglich das Ballett „Coppelia“ von Léo Delibes (1941/42) und Bizets wiederaufgeführte „Carmen“ (durch drei Spielzeiten bis Juli 1944) anzuführen.

Ein Streiflicht sei noch auf das Verhalten der Grazer Oper gegenüber russischen

Komponisten während der Kriegszeit geworfen. Der zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion am 23. August 1939 (also eine Woche vor dem Einfall in Polen!) geschlossene Nichtangriffspakt hatte auf Gegenseitigkeit gestützte kulturelle Aktivitäten zur Folge. So erschien in Moskau 1940 „Die Walküre“ Richard Wagners in einer Inszenierung des bedeutenden Filmregisseurs Sergej Eisenstein.²² Die Grazer Oper kündigte für die Saison 1940/41 Mussorgskis „Boris Godunow“, eine Tschairowski-Oper („Eugen Onegin“ oder „Pique Dame“) und als Ballett Rimski-Korsakows Sinfonische Suite „Scheherazade“ an, doch wurde keines dieser Vorhaben verwirklicht. Das Geplante wurde auch hinfällig, als Hitler am 22. Juni 1941 den Pakt brach und den Rußlandfeldzug begann, womit die Sowjetunion Feindmacht wurde. (Übrigens waren die genannten russischen Werke in Graz von früheren Aufführungen schon bekannt; das Ballett „Scheherazade“ war erst im Mai 1938 herausgebracht worden.)

Der gleitende Übergang einer konservativen Kulturpolitik in die Kunstdoktrin der NS-Zeit hatte eine gewisse Nachhaltigkeit auch nach Kriegsende. Es ist auch keiner der vertriebenen Künstler (von Viktor Pruscha abgesehen, der 1950 seine zweite Grazer Intendanzperiode antrat) nach dem Krieg wieder ans Haus gebunden worden: sei es, daß sie nicht wieder ins Land ihrer Demütigung zurückkehren wollten, sei es, daß auf der Gegenseite jene Verdrängungsmechanismen wirksam wurden, die bis herauf in die jüngste Vergangenheit eine klare Sicht auf die Vorgänge in der NS-Zeit verhinderten. Die Anknüpfung an die Rezeption der Moderne (zumal jener der zwanziger Jahre) und die Wiedergewinnung

22. Solomon Volkow (Hg.), Zeugenaussage, Die Memoiren des Dmitri Schostakowitsch, Hamburg 1979, S. 149-153. - Vgl. auch: Pipers Enzyklopädie des Musiktheaters, hgg. von Carl Dahlhaus und dem Forschungsinstitut für Musiktheater der Universität Bayreuth unter der Leitung von Sieghart Dörmig, Bd. 6 München - Zürich 1977, S. 611.

einer Kenntnis internationaler Entwicklungen geschahen nur zögernd; die Avantgarde der Kulturschaffenden, die bereit waren, solche Anschlüsse herzustellen, fand zunächst wenig Widerhall. Es bedurfte intellektueller Bemühungen, um ein bloß vom Gemüt bestimmtes Verhältnis zur Kunst in ein Bewußtsein des Aktuellen und gesellschaftlich Gebotenen zu transformieren.³³

Die erste Begegnung mit der Musik Benjamin Britzens auf der Opernbühne, die österreichische Erstaufführung von „Peter Grimes“ im Sommer 1947 unter der Ägide der britischen Besatzungsmacht, die Wiederbegegnung mit der Musik Paul Hindemiths in Gestalt der erstmals gespielten Oper „Cardillac“ zwei Jahre danach und schließlich (erst Anfang 1957!) die erste Grazer Wiedergabe des „Wozzeck“ von Alban Berg als eines Hauptwerks der bis dahin nur zaghaft rezipierten Zweiten Wiener Schule (der von den Nazis als „artfremd“ verfeimten Schönberg-Schule) waren wichtige Stationen auf dem Weg zur Öffnung gegenüber dem entwöhnten Neuen.

33 Vgl. Kaufmann, *Neue Musik*, S. 57 - 60 u. passim.



Wirtschaftswerbung im Zeichen des Hakenkreuzes.

Werbung ist seit eh und je ein Stück Kultur, ist Ausdruck der Zeit.¹

Daher lehnt sie sich immer, sowohl optisch als auch inhaltlich, an aktuelle Zustände an, um auf möglichst breiter Basis Akzeptanz zu erlangen.

Das gilt auch für die Wirtschaftswerbung.²

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland ergab sich auch für die Werbung eine neue Situation. Als erstes „von Geburt nationalsozialistisches“ Ministerium wurde im März 1933 jenes für Volksaufklärung und Propaganda geschaffen, um, so Adolf Hitler, für alle „Aufgaben der geistigen Einwirkung auf die Nation“ zuständig zu sein.

Dem Ministerium wurden zugewiesen: das Nachrichtenwesen, die Aufklärung im In- und Ausland, die Gestaltung der nationalen Festtage und Feiern, die Presse, der Rundfunk, das Lichtspielwesen, die Bekämpfung schädlichen Schrifttums, die Betreuung der Kunst und das Werbewesen.³

Ein Werberat der deutschen Wirtschaft hatte nunmehr die „Aufsicht über das gesamte öffentliche und private Werbungs-, Anzeigen-, Ausstellungs-, Messe- und Reklamewesen zum Zweck einer einheitlichen und wirksamen Gestaltung der Werbung“.

Dieser Werberat achtete auch darauf, daß die

Werbung in Gesinnung und Ausdruck deutsch war und daß das „sittliche Empfinden des deutschen Volkes“, ebenso wie sein vaterländisches nicht verletzt werde.⁴

Etliche völkisch-heimatschützende NS-Aktivisten, die die Werbung als jüdisch-kapitalistisches Übel ansahen, begannen gegen die sogenannte „Pest“ der Papierplakate zu agieren, und die offizielle Diktion sprach nicht mehr von der Plakatwerbung, sondern vom „Bogenanschlagwesen“, während die verhaßte Lichtreklame nun als „Leuchtwerbung“ bezeichnet wurde.⁵

Die Werbung verlor ihre inhaltliche und gestalterische Freiheit, ebenso wie die Kunst, die nun „am Gesamtleben des Volkes“ sowie an dessen „Kampf“ und dessen „Not und Qual“ teilzuhaben hatte.⁶

Vom Reichspropagandaminister wurde die Ausgrenzung innovativer Werbeprofis, meist aus dem Bauhaus-Umkreis, forciert. Für die vom Verdikt des Ministers betroffenen Künstler folgten quälende Überlegungen zwischen Flucht und Verzicht auf Karriere oder angepaßtem Weitermachen.⁷ Der Anschluß Österreichs an Hitler-Deutschland im März 1938 hatte auch für die Werbung bzw. ihre Medien wie Presse, Rundfunk, Kino entscheidende Folgen.⁸

Rasch begannen die neuen Machthaber wer-

1 Vgl. Alfons Spießler, Werbung dient nur guten Marken, in: Westermanns Monatshefte, Jubiläumsausgabe, 1888-1981, 1981/10, 28.

2 Zum Thema vgl. Gerhard M. Dienes, Ausdruck der Zeit. Eine Geschichte der Wirtschaftswerbung, in: Gerhard M. Dienes, Hrg., Die Kunst des Banalen. Vor der Wirtschaftsreklame zur Marketingkommunikation, Ausstellungskatalog Stadtmuseum Graz, Graz 1987 [kurz: Dienes], 59; Michael Kriegeskorte, 100 Jahre Werbung im Wandel. Eine Reise durch die deutsche Vergangenheit, Köln 1995 [kurz: Kriegeskorte], 71.

3 Joseph W.J.F., Die bildende Kunst im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Frankfurt/Main - Berlin 1989, 101.

4 Kriegeskorte 106.

5 Jürgen Krause, Werbung im Schatten. Deutschland 1939-1945, in: Susanne Bäumer, Hrg., Die Kunst zu werben. Das Jahrhundert der Reklame, München 1996, [kurz: Krause] 363, 366.

6 Winfried Wendland, Kunst und Nation, Berlin 1934, 18-21.

7 Vgl. Dienes 65; Krause 362.

8 Joseph Franz Desput, Presse, Rundfunk, Theater und Kino in Graz 1938, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 19/19, Graz 1988 [kurz: Desput], 353.

bewirksam auf von ihnen erzielte Erfolge zu verweisen, zum Beispiel durch die „ALA-Anzeigengesellschaft“, die unter anderem in der „Münchener Illustrierten“ im Sommer 1938 inserierte:

„Ein gewaltiger Erfolg!

Die Ostmark hatte bei der Rückkehr ins Reich mindestens 600.000 Arbeitslose. Davon konnten bis zum 30. Juni wieder 325.373 in Arbeit und Brot kommen. Das sind 54%! Allein im Juni verringerte sich die Zahl der Stellungssuchenden um 76.101 oder um 21,7%...

Hochbetrieb im Baugewerbe!

Die überall in Angriff genommenen Bauten machen sich bereits auf dem Arbeitsmarkt sehr stark bemerkbar. Im Baugewerbe konnte die Zahl der Arbeitslosen im Juni d. J. um 30,4% zurückgehen. ...

240% mehr Gäste als im Vorjahr!

Wien wurde im Juni d. J. von 65.545 Gästen besucht. Im gleichen Monat des Vorjahres waren es nur 41.433. Aus dem Altreich kamen fast 240% mehr Gäste als im Juni 1937. Auch die Besucher aus Belgien, Luxemburg, Schweden, Norwegen und Jugoslawien haben wieder zugenommen.“⁹ Nicht nur Wien, auch die Steiermark als „ein Südländ deutscher Sehnsucht“ beworben, sollte einen Aufschwung im Fremdenverkehr erfahren.¹⁰

In der steirischen Landeshauptstadt warben seit dem Anschluß verstärkt deutsche Firmen. Mercedes Benz schaltete Bildinsetrate, um auf seine neuen Ausstellungsräume am Grazer Bismarckplatz aufmerksam zu machen, andere Firmen wiederum präsentierten

die Vorteile, die der „Anschluß“ gebracht hatte:

„In der Ostmark! Camelia jetzt wesentlich billiger! Durch den Anschluß an das Reich und die Beseitigung der Zollschranken konnte der Preis für die ideale Reform-Damenbinde 'Camelia' ganz wesentlich herabgesetzt werden! Damit ist nun einer jeden Frau die Möglichkeit geboten, die Vorzüge der neuzeitlichen Camelia-Hygiene kennenzulernen.“¹¹

In den Inseratbeilagen der Grazer Adreßbücher wurden Firmenbeifügungen wie „erste österreichische...“ durch „erste ostmärkische...“ ersetzt, das städtische Werbeunternehmen „Ankündiger“ erhielt als Firmenuntertitel die Bezeichnung „Bogenanschlag in Graz“ und unterstand dem neuen Stadtrat für Gewerbefragen Patritz Dunkler.¹²

Die Arisierung jüdischer Betriebe begann. Im Mai 1938 setzte eine gezielte Verhaftungswelle unter den vermögenden Grazer Juden ein. Die Juden wurden als Wirtschaftskriminelle und Devisenschieber kriminalisiert.¹³

Für die Inhaber des größten Grazer Kaufhauses, Albert Kastner und Franz Öhler, bedeutete das Jahr 1938 Verlust von Beruf, Position und Heimat, und die „Herbst-Winter“-Plakate 1938/1939 nennen das Geschäft schon „Alpenlandkaufhaus Weg, Böck, Wressnig. Vormalig Kastner & Öhler“.¹⁴ Die Werbelinie der Firma Kastner & Öhler war damals eng verbunden mit dem Grafiker Heinz Reichenfelder, der bald der Waffen-SS angehören sollte.

9 Zit.: aus Kriegeskarte 95.

10 Günther R. Burkert, Geschichte des steirischen Fremdenverkehrs, in: Menschen & Münzen & Märkte. Katalog Steirische Landesausstellung 1989 Judenburg, Hrsg. von Gerald Schöpfer, Fohnsdorf 1989, 187.

11 Bilder Welt, Nr. 5/X; Graz 4,3, 1939,6.

12 Adreßbuch von Graz. Stadt der Völkserhebung, Jg. 85, 1942, 734, 19; Stefan Kanner, Maßgebende Persönlichkeiten 1938 in Graz, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 18/19, Graz 1988, 391.

13 Dieter A. Binder, Das Schicksal der Grazer Juden 1938, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 18/19, Graz 1988, 220.

14 Konnte Kastner 1945 nach Graz zurückkehren, starb Öhler im Konzentrationslager Buchenwald einen Tag nach der Befreiung durch die Amerikaner, vgl. Gerhard M. Dinges, Hrsg., „transLOKAL“ 9 Städte im Netz (1848-1918). Ausstellungskatalog Stadtmuseum Graz, Graz 1996, 473.

Reichenfelser (1901 Wien - 1969 Graz) zählte gemeinsam mit Hanns Wagula zu den bedeutendsten Werbegrafikern Österreichs. Beide gehörten dann zu den vom NS-Regime besonders geförderten Künstlern.¹⁵ Wagula, ausgebildet in den Design-Zentren München und Berlin, hatte sich schon früh dem Film zugewandt.

Beim 6. Nationalen Wettbewerb des Bundes deutscher Filmamateure 1940 in Berlin erhielt Wagula den Wanderpreis der Reichspropagandaleitung der NSDAP für seinen in den Februar- und Märztagen 1938 in „atemloser Hast und unter ständiger Verhaftungsgefahr“ entstandenen Umbruchsfilm, der auch die „begeisterte Anwesenheit des Führers in der Stadt der Volkserhebung“ zeigt.¹⁶

Die Wirtschaftswerbung erfuhr auch in der Steiermark bald Reglementierungen.

Der Nationalsozialismus verstand sich als eine von den Massen getragene junge Bewegung. Das Prädikat „jung“ sollte auf allen gesellschaftlichen Ebenen wirksam werden, ob in der Erziehung oder in der Freizeitgestaltung, ob im Betrieb oder in der Mode, ja selbst bei der Damenfrisur. Doch neue Kreationen bei Damenfrisuren wurden unter anderem vom steirischen Gauleiter, Sigfried Uiberreither, abgelehnt.

Weiters galt jedes Make-up als undeutsch, denn: „Die deutsche Frau schminkt sich nicht!“ Doch ein großer Teil der Frauen verweigerte sich der Unterwerfung unter das offizielle Weiblichkeitsideal.¹⁷

Modeschauen fanden unter Zwang und

ohne steirische Beteiligung statt. Die Steierin hatte an der Südostgrenze des Dritten Reiches ganz besonders dem NS-Idealbild einer „deutschen“ Frau und Mutter zu entsprechen. Aus dem steirischen sollte ein „brauner“ Alltag, das Volk gleichgeschaltet werden. Alle sollten, so formuliert es Stefan Karner, das gleiche braune Tuch tragen, die gleiche Uniform oder den „Steirerrock“, einen „Volksempfänger“ besitzen, mit dem gleichen Gruß grüßen und am „Eintopf“ mitessen, denn „Eintopfessen“ galt als „Bekenntnis zur Gemeinschaft“.¹⁸

Mit dem Kriegsausbruch schien das „Aus“ für die Wirtschaftswerbung gekommen zu sein.

Doch der Werberat startete noch im September 1939 die Kampagne „Weiter werben“, und Hitler-Deutschland warb mit seinen Produkten im neutralen, devisenstarken Ausland.¹⁹

In Deutschland aber wurde - laut Bayer-Arzneimittelwerbung - auch „die Heimat zur Front“: „Jeder trage dazu bei, daß die Heimatfront unerschütterlich steht, indem er sich für seine Gesundheit verantwortlich fühlt und rechtzeitig den Arzt und die Arzneimittel seines Vertrauens zur Hilfe holt.“

Bei den Feindflügen waren, so die Werbung, Osram-Lampen mit dabei in den Pilotenkanzeln. Voigtländer-Fotoapparate wurden als „optische Panzer“ angepriesen, denn eine dieser Kameras „fing den Granatsplitter ab, der ihm [einem Soldaten] galt, sie hat ihm das Leben gerettet, und er lag

¹⁵ Weitere geförderte steirische Künstler waren: Leo Fellinger, Wilhelm Gösser, Wilhelm Jonser, Karl Mader, Hans Mauracher, Leo Scheu, Ferdinand Pamberger und Fritz Silberbauer, vgl. Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich, 1938-1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung, Graz 1994, 3. Aufl., [kurz: Karner, Steiermark], 196.

¹⁶ Despu. I 378; Michaela Reichart, Volker Haman, Eberhard Schrempf, Grazer Werbegrafiker - eine Auswahl, in: siehe Dienes 164ff.; über Wagula vgl. zuletzt Peter Wiesler, Hanns Wagula, Sein Leben, seine Zeit und sein Werk, (Diplomarbeit), 2 Bde., Graz 1996.

¹⁷ Karner, Steiermark 57; Ulrich Herberich, Lebten so die Deutschen? Bilder vom Alltag im Dritten Reich, in: Journa für Geschichte 1/1983, 15.

¹⁸ Karner, Steiermark 57; Kriegeskarte 106.

¹⁹ Krause 388.

noch im Lazarett, da bestellte er sich gleich die zweite Klein-Bessa von Voigtländer.“

Je länger der Krieg dauerte, desto rarer wurden die Güter, desto mehr wurde die Konsum-Verheißung auf die Zeit nach dem „Endsieg“ verschoben.

„Lieber Käufer, bleibe heiter,
wenn die Ware heute rar;
munter ruft die Werbung weiter:
einmal bin ich wieder da.“²⁰

Vermehrt kamen sättigende Ersatzstoffe auf den Markt.

Vielleicht hat - so ein Inserat aus dem Jahre 1940 - „ab und zu auch Ihr Händler VELVETA, die köstliche Allgäuer Käsezubereitung. VELVETA ist ausnützlich bis zum letzten Gramm, darum ergiebig, erspart die Butter“.

Deutsche Reinheit ging noch vor Verzicht, zumindest in folgender Werbung aus dem Jahre 1941:

„Wenn der Underberg etwas seltener geworden ist, so haben Sie bitte Geduld. Auf keinen Fall darf ein solches tadelloses Erzeugnis durch fremde Stoffe verändert werden“, die deutsche Reinheit war also 1941 noch vorrangig.²¹

Die zivile Produktion ging zusehends zurück.

Das zeigt sich auch in jener Einschaltung einer „Quarzlampen Gesellschaft“, die im amtlichen Fernsprechbuch „für den Bezirk der Reichspostdirektion Graz“ 1942 erschien: „Eine Höhensonne! Möchte jeder gerne im Hause haben. Unsere privaten Freunde müssen sich gedulden. Die segensreichen Strahlen der 'Höhensonne' müssen vorerst denen zugute kommen, die sie vordringlich nötig haben, das sind unsere Verwundeten, Soldaten, Krankenhäuser und Ärzte sowie kriegswichtige Betriebe für die Gefolgschaftsbetreuung.“

Je schlechter sich die Lage gestaltete, desto weniger Möglichkeiten boten sich der Wirtschaftswerbung.

Da konnte der Werberat noch so verkünden: „Was wäre beispielsweise eine moderne Großstadt ohne prächtige Schaufenster, aufreizende Plakate und vor allen Dingen ohne Licht und Lichtwerbung.“

Die Wirklichkeit zeigte gerade das Gegenteil, nämlich leere sowie in Dunkelheit gehüllte Auslagen, und die Werbung hatte vielmehr zu vermitteln, wie Kartoffelvorräte richtig einzuteilen und vor allem wie Schälverluste zu vermeiden seien.²²

Aufgrund der Rohstoffknappheit galt es, dem „Führer ein Opfer“ zu bringen. Gefragt war alles: Papier, Wolle, Metall, Kleidung, Decken, Gemüsereste, Leder, Schuhe für die in Rußland stationierten Soldaten, selbst Menschenhaar. In zahlreichen Läden standen Sammelbehälter für Tuben mit der entsprechenden Aufforderung:

„Um leere Tuben bitte ich.
Der Staat braucht sie für sich und Dich.
Auch an'dre Marken dürfen's sein.
Wir alle steh'n für eines ein:
Kampf dem Verderb.“

Ingesamt läßt sich mit Bertolt Brecht sagen: „Sie haben einen Stoff gekocht für Anzüge, heißt es

Der dem Papier verwandt ist; darauf
Soll eine Hymne auf die Ersparnis gedruckt
sein, verfaßt

Vom Finanzminister. Leider
Fällt dieser herrliche Text der Vernichtung
anheim

Da die Anzüge die erste Reinigung
Nicht überstehen.

Schade, daß das Wort Fleisch
Allein noch nicht sättigt, schade
Daß das Wort Anzug so wenig warm hält.
Für das Essen von Kartoffelschalen

20 Kriegeskorte 88.

21 Kriegeskorte 98 ff., 103, 105.

22 Krause 367, Kriegeskorte 106.

Für das Sammeln von Lumpen
Für das Buch des Führers.
Je weniger zu essen, desto mehr Propaganda.²³

Auch die Wirtschaftswerbung suchte nach Schuldigen für die triste Lage. Daher wurde auch mit Feindbildern gearbeitet, etwa mit dem „Kohlenklau“, als Abbild eines „hamsternden“, daher mit Hamsterzähnen ausgestatteten „Parasiten“. Gierig hielt er auf Plakaten Ausschau nach Kohle, um sie in seinen Sack zusammenzuraffen und sie so dem Zugriff der Allgemeinheit zu entziehen. Klein, buckelig, o-beinig, listig und gemein dargestellt, trat er die Nachfolge der in der Propaganda verwendeten diffamierenden Darstellung des Juden an.²⁴

Die Rüstung hatte immer mehr Vorrang. Immer mehr Betriebe, in Graz die Maschinenfabrik Andritz, der Grafikbetrieb Alfred Wall oder die Metallbaufirma Alfred Treiber wurden in die Rüstung einbezogen²⁵, und in einer Einschaltung wurde die Frage gestellt:

„Panzer oder Parfums? Unsere guten deutschen Parfums bringen wichtige Devisen ein. Mit Devisen werden rare Rohstoffe für unsere Rüstung gekauft. Und damit ist die Frage auch schon beantwortet: während des Krieges verzichten wir auf Mouson Lavendel.“

Je länger der Krieg dauerte, desto weniger konnte die Werbung eine schöne Scheinwelt vortäuschen. Doch es hieß, die Wirtschaftswerbung „wird sich wiederum wandeln und ein Spiegelbild des totalen Krieges sein, aber sie wird leben, so lange es ein Leben gibt. Der Zwang kann sterben, bis ihm die Werbung neues Leben verleiht, aber die

Werbung selbst ist ewig.“

Doch sollte auch die Werbung des 3. Reiches mit diesem untergehen.²⁶

23 vgl. Dienes 64; „Notwendigkeit der Propaganda“, in: Bertolt Brecht, Gedichte, ausgewählt von Peter Rühmkorf, Frankfurt/Main 1998, 259.

24 Michael Hutterer, Plakatkunst im Zeichen des Nationalsozialismus in der Steiermark (1938-1945); anhand von ausgewählten Beispielen, in: Jahresbericht des Akademischen Gymnasiums in Graz 1994/95, Graz 1995, 64.

25 Stefan Kerner, Die Grazer Wirtschaft der letzten 100 Jahre. Nach Ost-Mitteleuropa und zurück, 223, Kriegeskarte 197.

26 Dienes 65.

„Sieg und Neues Leben“ in der steirischen Kunst?

Erst 1923 hielt mit der Gründung der Grazer Sezession die Moderne Einzug in der Steiermark. Wilhelm Thöny, Alfred Wickenburg, Fritz Silberbauer, Axl Leskoschek, Hanns Wagula, Igo Klemencic, Paul Schmidtbauer, Erich Hönl-Hönigsberg und kurze Zeit später Hans Mauracher suchten im Rahmen der neuen Künstlervereinigung jene Ideen zu verwirklichen, die sich in der internationalen Kunstszene bereits auf vielfältige Art und Weise durchgesetzt hatten: das Abrücken von einem verbindlichen naturalistischen Kanon, die Befreiung der Farbe aus ihrem Gegenstandsbezug, die Ausbildung eines ebenso innovativen wie strengen Formenvokabulars, das einzig und allein dem Bildwerk als neuer Wirklichkeitsebene verpflichtet war. Der späte Zeitpunkt des Durchbruchs dieser künstlerischen Haltungen brachte es mit sich, daß in einem noch engeren Ausschnitt als beispielsweise in Wien ein Nachvollzug bzw. eine Interpretation avantgardistischer Ansätze aus den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts stattfand. So fehlen zu diesem Zeitpunkt auch hier in Graz das Aufgreifen der Ideen eines Marcel Duchamp, die generellen Fragestellungen der suprematistischen oder konstruktivistischen Richtungen (von Malewitsch bis El Lissitzky und Tatlin) oder die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Zu-

gängen zur Gegenstandslosigkeit (von Kandinsky bis Mondrian). Mit Thöny und Wickenburg waren es Künstler, die im Ausland ausgebildet worden waren und gearbeitet hatten, und die letztlich die durchaus „hausgemachten“ Ideen einer Neuorientierung mit der Gründung der Sezession - der spätesten aller internationalen Sezessionen - entscheidend kanalisieren konnten.

Das künstlerische Potential der Grazer Sezession - vor allem im Bereich der Malerei und Architektur - wurde in der Zwischenkriegszeit österreichweit rasch gewürdigt¹ und die Grazer bildeten neben dem Wiener Hagenbund das Zentrum der im internationalen Vergleich gemäßigten österreichischen Moderne. Trotz des kurzen Zeitraums bis zur Installierung des autoritären Ständestaats und der anschließenden Machtübernahme durch die Nationalsozialisten entstanden einige beachtenswerte Zeugnisse modernen steirischen Kunstschaffens, realisiert in erster Linie von Alfred Wickenburg und Wilhelm Thöny (von diesem allerdings weitgehend außerhalb von Graz)² sowie von Herbert Eichholzer, Karl Zisser und Eugen Szekely. Ein in seiner Konzeption grundsätzlich „modernes“ Projekt, „Das künstlerische Antlitz der Straße“, von der Sezession „als kultureller Feldzug...im Einvernehmen mit dem Landeshauptmann der

¹ Z.B. als einzige Künstlervereinigung zur Jubiläumsausstellung des Oberösterreichischen Kunstvereins 1937 in Linz eingeladen und dafür eine fixierte Ausstellung im Wiener Hagenbund abgelehnt. Sezessionsarchiv in der Neuen Galerie am Landesmuseum Joanneum. Die wichtigen „Beste“ dieses Archivs wurden von Dr. Holmut Czerny angekauft und dem Museum geschenkt. Ein Überblick über die Leistungen der Sezession ist auch im Ausstellungskatalog „Inciare“, Stadtmuseum, Graz 1988, zu finden.

² ...denn es ist auf die Dauer unmöglich und unerträglich, dass die Sezession, die unter Ihrer Führung gegründet wurde und deren Ausstellungen unter Ihrer Führung sich die Beachtung selbst der widerstrebendsten Kreise erzwingen hat, seit Jahren unter Ihrer Absenz lernen muss...³ Antwortschreiben an Wilhelm Thöny vom 9. Juli 1934 (ohne Unterschrift), Sezessionsarchiv KG.

Steiermark“³ initiiert und im Mai 1936 präsentiert, weist einige wesentliche Indizien für die veränderte wirtschaftliche, politische und kulturelle Situation im Land auf und läßt sich aus unserer heutigen Sicht mit knapp später formulierten Forderungen und Zielvorstellungen nationalsozialistischer Kulturpolitik weitgehend zur Deckung bringen. Die eben fertiggestellte Packer Straße, von Fürstenfeld über Graz bis zur Paßhöhe an der steirisch-kärntnerischen Grenze, sollte gesamt-künstlerisch ausgestaltet werden. Zahlreiche Entwürfe und Modelle wurden präsentiert und alle Sparten der Kunst waren vertreten. Neben einem von Eichholzer (gemeinsam mit Anna Lülja Simidoff)⁴ geplanten Restaurant auf der Ries standen beispielsweise die Projekte eines Werbepavillons von Karl Zisser und eines Hotels auf der Pack von Rudolf Hofer. Nicht nur innerhalb der Architektur zeigten sich die deutlichen Polarisierungen zwischen dem „Internationalismus“ der beiden erstgenannten Vorschläge und dem „Traditionalismus“ der Hotelanlage. In den skulpturalen Beiträgen und vor allem in jenen der angewandten Kunst war das Bodenständige, weniger in der einzelnen Formensprache, vielmehr in der grundsätzlichen Haltung, massiv vertreten. Im Umfeld dieses umfangreichen Projekts hatte die Sezession, nicht zuletzt auch aufgrund der schlechten Wirtschaftslage, ein Konzept zur Einbindung des Künstlers in die Ausgestaltung von urbanen Zentren, konkret in die Färbelung der Hausfassaden, ausgearbeitet. So war es zum Beispiel mit Voitsberg und Köflach tatsächlich zu einem Abschluß gekommen, lediglich die Bezahlung der bescheidenen Summe - je 10 S für jedes gefär-

belte Haus - mußte eingemahnt werden.⁵ Die Idee war neben der Lukrierung von Aufträgen von der ausformulierten Überzeugung getragen, daß die Kunst stärker als bisher in den öffentlichen Raum eingebunden und auf das ästhetische Umfeld bis hin zu Geschäftsschildern ausgedehnt werden müsse. Es überrascht nicht, daß der neben Hanns Wagula wichtigste Gebrauchsgrafiker der Zwischenkriegszeit, Heinz Reichenfelder, sowohl beim „Antlitz der Straße“ als auch bei der allgemeinen ästhetischen Umraumgestaltung federführend war. Derselbe Reichenfelder, der später - im Oktober 1940 - in der Broschüre „Die Kameradschaft“ unter anderem schreiben sollte: „Die kommenden Ausstellungen der Kameradschaft werden neben dem Tafelbild und der selbständigen Plastik diesen Aufgaben (die Mitarbeit des Künstlers an der Verschönerung unseres Stadtbildes wie an allen optischen Äußerungen des Staates und der Bewegung, Anm. d. Verf.) besonderes Augenmerk schenken und so mithelfen am kulturellen Unterbau unserer Weltanschauung...Eine der nächsten Ausstellungen wird einen Straßenzug unserer Stadt unter die Lupe nehmen und aufzeigen, was formal und farbig einer Verbesserung und Änderung bedarf. Die Hausfärbelung, das Hauszeichen, die Portale, die Steckschilder und Schriftgestaltung werden ebenso einbezogen wie das Wandbild und die Architekturplastik. Die Gestaltung eines Feierraumes der Bewegung, Bild und Wohnung, Plakat, repräsentative und persönliche Graphik, WHW-Werbung und Abzeichen, Schule und Heim sind Aufgaben und Themen kommender Veranstaltungen“⁶

3 Konzept im Sezessionsarchiv NG

4 Lebenspartnerin Eichholzers von 1930 bis 1936

5 Die Schreiben an das Bürgermeisteramt in Voitsberg bzw. Köflach als Durchschrift im Sezessionsarchiv NG

6 „Bildende Kunst“, in: Die Kameradschaft. Nachrichten der Kameradschaft steirischer Künstler und Kunstfreunde in Graz, n.V., Oktober 1940, Folge 1, S. 3

In den Jahren 1936-40 hatte sich nicht nur das konkrete Antlitz der Straße, es hatten sich mit den politischen auch die künstlerischen Bedingungen radikal verändert. Alle steirischen Kunstvereine waren aufgelöst worden mit dem Ziel „...daß die Zusammenfassung von Kunstfreunden und Kunstschaffenden aller kultureller Zweige in einer einzigen, streng nationalsozialistisch ausgerichteten Kameradschaft sich erfolgreich nicht nur zum Wohle unserer steirischen Künstler, sondern auch des gesamten Kulturlebens unseres Gaues Steiermark auswirken werde“.⁷ Die Sezession hatte ihre Auflösung auch mit der teilweisen Vernichtung ihres Archivs und der Arbeitslosigkeit ihres aktiven Sekretärs, Major Gustav von Scheiger, bezahlt, der in den internationalen Aktivitäten der Vereinigung den Grund für das harte Vorgehen sah.⁸ Dazu kam wohl in erster Linie, daß die politisch Verfolgten Herbert Eichholzer und Axl von Leskoschek prominente Mitglieder der Sezession gewesen waren, die sich als anerkannte treibende Kraft der „steirischen Moderne“ erwiesen hatte. Schon vor der Machtübernahme der Nazis konnte ein von

Zeit zu Zeit ausgebrochener schwelender Konflikt zwischen zwei politischen Lagern unter den Sezessionskünstlern beobachtet werden. Fritz Silberbauer sorgte dafür, daß die Gegensätze nicht in einen offenen Kampf mündeten.⁹

Öffentlich und im ästhetischen Bereich sichtbar wurde die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten bereits am 12. März 1938 mit dem Sturz des Dollfuß-Denkmal am Opernring (seit 1934 Dollfuß-Ring, dann Friedl-Sekaneck-Ring). Das nicht einmal ein Jahr zuvor enthüllte „Symbol des Ständestaates“, ein Werk von Gustinus Ambrosi, wurde mit Unterstützung der Feuerwehr feierlich entfernt. Rudolf Hans Bartsch hatte den Sturz Monate zuvor („Und freu dich wenn er kopfstehn wird“) prophezeit.¹⁰ Im Juli desselben Jahres fanden die Feiern zum Gedenken der gefallenen Nationalsozialisten des Jahres 1934 in Graz ihren Höhepunkt: Die NS-Macht wurde über die „Blutzeugen der Bewegung“ monumental und bis ins kleinste Detail inszeniert. Die Herrengasse schmückten vom Hauptplatz (Adolf-Hitler-Platz) bis zum Eisernen Tor (Bismarck-Platz), parallel zur Straße wie ein einziges Band angebrachte,

7 Dr. Walter Hafner, Stellvertreter des Präsidenten der Kameradschaft steirischer Künstler und Kunstfreunde, in: Die Kameradschaft, op.cit., S.1

8 Scheiger verweist dabei auf die Auslandsverbindungen mit der Gruppe „Porza“ in Lugano und Paris, mit dem Verein „Manes“ in Prag, der Mestrovic Gruppe in Agram und mit den im Ausland befindlichen eigenen Mitgliedern der Sezession. Bericht G. Scheigers an die Prov. Steierm. Landesregierung, Kunstreferat, zu Herren Herrn Gen. Wenky, Krieglach, 5.Juni 1945. Sezessionsarchiv NG

9 Die nationalsozialistisch eingestellte Minderheit bestand in der Erinnerung Gustav Scheigers aus Reichenfelder, Mauracher, Klemento Wagula und dem Großteil der Architekten mit Ausnahme Eichholzors und Zoders. Diese Gruppierung sei sich bewußt gewesen, daß sie in der Sezession niemals an Boden gewinnen werde, habe aber die Maßnahmen des Präsidiums sabotiert, zu den Sitzungen lediglich Beobachter entsendet, die sich bei der Abstimmung oft der Stimme enthielten. In dieser Zeit bemühte sich insbesondere Prof. Silberbauer, der selbst national eingestell war, aber der demokratischen Gruppe angehörte, in aufrichtiger und selbstloser Weise um die Vermittlung zwischen den beiden Gruppen. Bericht Scheigers an die Prov. Steierm. Landesregierung, op.cit. - Architekt Eichholzer (sic) mußte eine Ehrenerkklärung abgeben, da er sich durch die Äußerung „Wir sind ja nicht in Rußland“ beleidigt gefühlt und unangenehm hatte, es handle sich dabei um eine Protokollfälschung. Protokoll über eine Besprechung, die am 4. Dezember 1936 in den Räumen des Kunstgewerbevereins in der Landhausgasse stattgefunden hatte. Sezessionsarchiv NG

10 Siehe Friedrich Grassegger, „Ein Toter führt uns an“ Totengedenken und dessen Denkmäler im autoritären Ständestaat in der Steiermark (1934-1938), in: Stefan Riesentholzer / Heidemarie Uhl, Todeszeichen. Zeitgeschichtliche Denkmalkultur in Graz und in der Steiermark vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Böhrig: Wien, Köln, Weimar 1994, S.83-88

Hakenkreuzfahnen, die Mariensäule als abschließender Blickpunkt war als Obelisk verkleidet, den eine Feuerschale bekrönte.¹¹ Für die Gestaltung waren Heinz Reichenfelder und Hans Zisser verantwortlich, die „eine bildhafte, stark architektonisch ausgerichtete monumentale Gestaltung der Feier (erreichten), Dekoration, bauliche Gegebenheiten und Festteilnehmer sind eine große gewaltige Einheit“.¹² Diese Aufgaben der öffentlichen Inszenierung stellten sich - sieht man von Hitlers Rede in der Waggonfabrik oder dem Aufmarsch von verschiedenen Verbänden zum Beispiel auf dem Trabrennplatz ab - in weiterer Folge nicht mehr in diesem gigantischen und einheitlichen Ausmaß. Doch dem „Antlitz der Straße“ wurde in weiteren Projekten und auch im Detail der Beflaggung und Schmückung (im Landhaus war eine Beratungsstelle für persönliche ästhetische Gestaltungen anlässlich der Volksabstimmung unter der Leitung von Heinz Reichenfelder eingerichtet, der auch 1939 den 1. Steirischen Gautag mit den Ausstellungen „Steiermark - Land und Leute“ und „Der Freiheitskampf der Steiermark“ in der Industriehalle inszenierte) durchaus Aufmerksamkeit geschenkt, eine Aufmerksamkeit, die freilich mit den Ergebnissen des ersten überschwenglichen Schmucks der Stadt nicht Schritt halten konnte. 1941 beauftragte Gustav Fischer, Gaupropagandaleiter und Landeskulturwalter (zudem Präsident der „Kameradschaft steirischer Künstler und Kunstfreunde“), Professor Heinz Reichenfelder mit der Durchführung

der Kunstausstellung „Graz“, „um festzustellen, welche künstlerischen Kräfte in der Steiermark auf dem Gebiet von Architektur, Plastik, Malerei, Graphik und Handwerk für ein großes Thema eingesetzt werden können...“¹³ Ziel der Ausstellung war eine Auseinandersetzung mit dem historisch wertvollen Stadtbild, wobei „Ungesundes und häßlich Störendes“ entfernt werden sollten - unter den „entgeistigten Stadtveranstaltungen“ wurden „Fassadenkitsch und Steckschildschwärme“ ausdrücklich genannt - um die Probleme des künftigen Stadtbildes ebenso beherzt anzugehen wie jene des neuen Wohnens und Bauens. Für den programmatischen Teil wurden die Künstler nur aus den Mitgliedern der Reichskammer der bildenden Künste ausgewählt, die Abteilung Graphik konnte „von allen Künstlerkameraden“ - gemeint können hier wohl nur die in der „Kameradschaft steirischer Künstler und Kunstfreunde“ tätigen KünstlerInnen sein - beschickt werden. Die architektonischen Projekte konzentrierten sich innerstädtisch auf den Adolf-Hitler-Platz mit einer Reihe von Abänderungsvorschlägen für dort befindliche Hausfassaden (ausgeführt waren die Häuser Nr. 11, 12 und das „Weikhard-Haus“ Nr.13 von Karl Zisser) und dem Entwurf für eine Neugestaltung der Rathausfassade sowie auf ein Siedlungsprojekt (inklusive Muster-Innenraum) von Wilhelm Jonser. Neben einer unter anderen von Leo Fellingner, Ferdinand Pamberger, Rudolf Szyszkowitz, Fritz Silberbauer, Alfred Graf Wickenburg, Ernst Jungel,

11 Siehe dazu das Projekt des deutsch-amerikanischen Künstlers Hans Haacke im „Berlinerkan“ 1988, der diesen Obelisk rekonstruierte und das Siegesmal in ein Mahnmal verwandelte. Die Präsenz dieses Kunstwerks führte zu heftigen Diskussionen, auch und besonders nachdem es wenige Tage vor Ende des vom Verfasser konzipierten und durchgeführten Ausstellungsprojekts „BLZUGSPUNKTE 38/88“ einem Brandanschlag zum Opfer gefallen war, bei dem auch die verkleidete Mariensäule schweren Schaden erlitt. Die Idee des Projekts war, an ausgewählten 16 Orten, die Machtzentren der Nazis waren, künstlerische Interventionen durchführen zu lassen. Zum Projekt im „Steirischen Herbst 88“: Ausstellungskatalog „BLZUGSPUNKTE 38/88“, herausgegeben von Werner Fenz, und „October. Art/Theory/Criticism/Politics“, Nr.48, MIT-Press: Cambridge/Mass., Spring 1989.

12 Tagespost, 26. Juli 1938, S.2.

13 Vorwort im Ausstellungskatalog „Graz, Architektur, Plastik, Malerei, Graphik und Handwerk“, 1941.

Constantin Damianos, Richard Oberhuber und Rudolf Spohn erfolgten malerischen und grafischen „Bestandsaufnahme“ von Alt-Graz, das, hätte es nicht architektonische Einbußen durch den „hemmungslosen Bankkapitalismus der liberalistischen Epoche“ (Fischer) erlitten, „ein zweites, allerdings stärker südlich betontes Rotenburg“ sein könnte,¹⁴ standen einige wenige „programmatische“ Werke und relativ bescheidene handwerkliche Beispiele, obwohl dem Handwerk sowohl ideologisch als auch kulturpolitisch (Staatliche Meisterschule für das deutsche Handwerk) eine wesentliche Rolle bestimmt war. Vielmehr als ein „Wiedervereinigungsfresko zur Erinnerung an die Heimkehr des steir. Unterlandes“, eine Wandfüllung in Holzbeiztechnik mit dem Titel „Das steirische Handwerk“, eine Vase mit der Gravur „Graz/Steiermark“ oder ein Dokumentenschrein „zur Aufbewahrung von Schriftstücken aus den Märztagen 1938“ war von den Schülerinnen und Schülern der einzelnen Meisterklassen nicht zu sehen.¹⁵

Beispiele programmatischer Kunst

Hans Mauracher steuerte für die Ausstellung die Holzskulptur „Fackelträger“, Hans Stockbauer und Heinz Reichenfelser den Gobelin „Graz, Stadt der Volkserhebung, Bollwerk gegen den Südosten“ bei. Zentrales Motiv

dieser etwa neun Quadratmeter großen Arbeit ist die Türkenbedrohung der Stadt. Ein türkischer Krieger zu Pferd richtet von einem erhöhten Standpunkt aus seine Waffe, Pfeil und Bogen, auf die vom Schloßberg beherrschte Stadtkrone. Auf der historischen Ebene werden Mut und Not, der Wille, sich nicht unterkriegen zu lassen und die Gefahr immer wieder von neuem abzuwenden, um in der heldenhaften Befreiung kraftvoll wieder aufzuerstehen, ein Umstand, der nun in der Verleihung des „Ehrentitel durch den Führer“ seinen Höhepunkt gefunden hatte, vordergründig und mit verbrauchten historisierenden Stilmitteln verbildlicht. Weit entfernt von jenen reduzierten, präzise großflächig komponierten Plakaten, die Reichenfelters Begabung als moderner „Flächenkünstler“ der Zwischenkriegszeit bestätigten. Maurachers „Fackelträger“ entsprach ohne Umweg dem nationalsozialistischen Figurenideal, das im Altreich beispielsweise von Arno Breker oder Georg Kolbe so erfolgreich vertreten wurde. Beide Künstler waren übrigens 1937 in der Ausstellung „Deutsche Baukunst, Deutsche Plastik am Reichssportfeld in Berlin“, von der Grazer Urania und der Zentralvereinigung der Architekten Österreichs, Landesverband Steiermark veranstaltet und unter der Leitung von Bruno Fiedler, Fritz Gernot, Robert Graf, Rudolf Hofer und Heinz Reichenfelser für Graz eingerichtet, zu sehen.¹⁶

Verfolgt man das Ausstellungsgeschehen in

14 Robert Graf: Etwas über Graz und die bildende Kunst. Nordische und Südliche Einwirkung, in: Ausstellungskatalog „Graz“, op. cit., S. 14, 20.

15 Katalog „Graz“, 1941.

16 Katalog der Ausstellung, Graz 1937. Dr. Fritz Gernot rühmte am 18. März 1938 die Leistung der Grazer Urania, wozu er sicherlich auch diese Ausstellung zählte, als Wegbereiterin des Nationalsozialismus in Graz: „Wir haben einen guten Kampf gekämpft!... fast jeder Vortrag gleich einer illegalen Versammlung“, andere unvergeßliche Höhepunkte tauchen in der Erinnerung auf: Die gesamte Feier zu des Führers 45. Geburtstag, „und zum Schluß die unübertrefflich begeisterte musikalische Feier, die unmittelbar nach der historischen Reichstagsrede Adolf Hitlers abgehalten und mit einem dreifachen ‚Sieg Heil!‘ auf den Führer aller Deutschen eröffnet wurde!“, F. Gernot, Vom Zusammenbruch bis zur Machtergreifung, Sonderdruck der „Tagespost“; Derselbe Fritz Gernot wurde von Paul Anton Keller gerühmt, durch seine Kontakte zum Ausland für die steirische Literaturszene Großes geleistet zu haben, P. A. Keller, Schrifttum zwischen 1938-1945, in: Literatur in der Steiermark, Katalog der Landesausstellung, Graz 1978.

Graz zwischen 1938 und 1945 zeigt sich ein Bild ohne wirkliche Höhepunkte. Auf der einen Seite steht die ideologische Theorie, deren Ankündigungen und Aufgabenstellungen nie wirklich eingelöst wurden: „Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler, 'der Volksbefreier', wie ich ihn 1935 in fester Zuversicht im letzten in Graz illegal unter dem Namen 'der Kampf' erschienenen Flugblatt nannte, hat der ins große, deutsche Vaterland zurückgekehrten Ostmark bedeutende Bauaufgaben zugesichert. Auch Graz, 'die Stadt der Volkserhebung', wie sie seit den Februartagen genannt wird, soll an ihnen teilhaben und wir glauben versichern zu können, daß unsere Architektenschaft bereitsteht".¹⁷ Auf der anderen Seite fehlten die wirtschaftlichen Voraussetzungen für Großprojekte und es wurden auf dem Gebiet der Architektur für die wenigen propagandistisch wichtigen Bauten wie die obersteirischen Siedlungen der Hermann-Göring-Werke, die Reichssendestation Alpen in Dobl oder die städtebauliche Umgestaltung fast ausschließlich reichsdeutsche Architekten herangezogen.¹⁸ Innerhalb der vom System geschätzten und akzeptierten Künstler machte sich, für Graz bezeichnend, eine deutlich ablesbare Akzentuierung breit: die „Kunst der steirischen Heimat“, also die mehr oder weniger traditionelle Landschaftsmalerei, und die „programmatische Kunst“, Darstellungen, die auf die Ziele der nationalsozialistischen Bewegung in Inhalt und Form Bezug nahmen. Beide Richtungen waren theoretisch abgesichert und wurden auch entsprechend rezipiert. Die über das übliche Maß nationalsozialistischen Kunstgeschehens, projiziert auf die

Realisierungen im Altreich, hinausgehende überschwengliche Akzeptanz der „Heimatkunst“ hat ihre Ursachen in der von Josef Papesch dirigierte Kunstpolitik, auf die noch eingegangen werden muß.

Unter die „programmatischen Künstler“ sind, nicht nur aus lokaler Sicht, neben den schon genannten Reichenfelder und Zisser in erster Linie Karl Mader, Wilhelm Gösser, Hans Mauracher, Igo Klemencic, Fritz Silberbauer, Rudolf Hofer, Hanns Wagula, Hans Adametz, Ernst von Dombrowsky, Werner Seidl zu zählen, wobei freilich unterschiedlichste Zugänge zur Einlösung der gestellten Anforderungen ebenso zu konstatieren sind wie „Vereinnahmungen“, die oft über Umwege zustande kamen.

Ein weithin sichtbares und wirksames Beispiel für programmatische Kunst tritt uns im „Anschlußdenkmal“ in Oberschützen vor Augen, das von Rudolf Hofer unter Mitarbeit von Hans Adametz errichtet wurde.¹⁹ Das neue Denkmal ersetzte das alte, das „Burgenlanddenkmal“ aus dem Jahre 1931, das an die zehnjährige Zugehörigkeit des Burgenlandes zu Österreich erinnerte. So wurde in Oberschützen quasi ein Zeichen des doppelten Anschlusses gesetzt. Der relativ einfache Obelisk aus Steinquadern, der die aus eisernen Lettern geformte Inschrift „Deutsch allezeit“ trug, wurde 1939 (Einweihung am 21. Mai) durch eine architektonische Anlage, eine Art Ehrentempel, wie er beispielsweise in zweifacher Ausformung am Eingang zum Königsplatz in München errichtet worden war, ersetzt. Wie beim Vorgänger-Denkmal war auch beim Erweiterungsbau Bruchstein das Material,

17 Robert Graf, Neue Kunst in Steiermark, in: Die Westmark, Monatsschrift für Deutsche Kultur, Mai 1938, V. Jahrgang, S. 439-444.

18 Vgl. auch: Erich Bernard, Friedrich Grassegger, Holzraum des Reiches, Architektur und bildende Kunst in der Steiermark 1930-1945, in: Kunst und Diktatur, Ausstellungenskatalog, 2 Bde., Wien 1994, S. 464-471.

19 Das „Anschlußdenkmal“ in Oberschützen wurde von Wolfgang Krug ausführlich dargestellt, W. Krug, Ein Todeszeichen für Österreich, in: Todeszeichen, op.cit., S. 91-98 und W. Krug, Ein Mahnmahl treuen Deutschtums, in: Kunst und Diktatur, op.cit., S. 326-331.

hohe monumentale Arkaden traten an die Stelle der in München verwendeten klassizistischen Säulenreihen. Der Innenhof wurde von einem vergoldeten steinernen Adler mit dem Hakenkreuz in seinen Klauen, auf einem Sockel postiert, und der darauf angebrachten Inschrift: „Ein Volk. Ein Reich. Ein Führer“ dominiert. Die sparsam-feierliche Ausgestaltung bestand in Pylonen mit kupfernen Feuerschalen, die jeden Pfeiler flankierten. Die Einweihung am 21. Mai nahm der Gauleiter der Steiermark Dr. Siegfried Uiberreither vor, in Anwesenheit des ehemaligen burgenländischen Landeshauptmannes Tobias Portschy, der nun im Zuge der Vereinigung des südlichen Teils des Burgenlandes mit der Steiermark den Posten eines stellvertretenden steirischen Gauleiters bekleidete. Hofer, der als Architekt den Ruf hatte, ein „landschaftsgerechtes Äußeres“²⁰ in den Mittelpunkt seiner Planungen und Ausführungen zu stellen, ließ mit der Aufgabenstellung seinen Stil ins Monumentale und Heroische wachsen und wechselte hier innerhalb des Akzeptanzspektrums der neuen Machthaber von der bodenständigen auf die repräsentativ-symbolische Seite. Diese war - nach den großen Vorbildern im Umkreis der zentralen Macht - in Inhalt und Form ziemlich genau ausdifferenziert. Mit solchen Vorgaben wußten auch Wilhelm Gösser, Hans Mauracher und Karl Mader zwischen 1938 und 1945 einiges anzufangen. Speziell Gösser hatte mit Beiträgen zur „Staatskunst“ seit den Tagen des Ersten Weltkriegs große Erfahrung.²¹ Schon ein kurzer Blick auf Gössers Oeuvre zeigt, daß er dieses offensichtlich in zwei grundsätzlich verschiedene Bereiche trennen konnte: Auf

der einen Seite in die Richtung einer soliden expressiven Formensprache, in der Mimik und Gestik die Figuren trotz ihres ausnahmslos blockhaften Duktus in ihren Wesenszügen aktivierten und dafür in der oft unruhigen lebendigen Oberfläche des Materials eine weitere formale Entsprechung eingesetzt wurde, auf der anderen Seite in die Richtung einer tektonischen Kraft, die in Verbindung mit dem glatt muskulösen den repräsentativen Gestus ins Zentrum der Gestaltung rückte. Ohne diese vom Künstler exakt getroffenen stilistischen Unterscheidungen, die als Unterordnung unter die gestellte Aufgabe zu sehen sind und damit ein sehr strenges traditionelles Denken und Handeln offenbaren, das den jeweiligen Kontext als kategorischen Vollzug im Sinne der Erwartungshaltung und nicht, aus unserer heutigen Sicht, als reflektierendes Zeichen, ausweist, wäre es unvorstellbar so unterschiedliche Skulpturen vorzufinden: Zum einen „Geiz“ (1924), „Mahatma Gandhi“ (1930), „Frau Sorge“ (1930), „Daphne“ (1936), zum anderen „Furchtlos und treu“ (27er Regimentsdenkmal auf dem Grazer Schloßberg, 1932), das Peter-Rosegger-Denkmal (Graz, 1936), die zahlreichen Dollfuß-Büsten, Dollfuß-Reliefs und Dollfuß-Kreuze, die allegorischen Reliefs „Der Gewerbefleiß“, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe, öffentlichen Dienst, kulturelle Gemeinschaften und freie Berufe, Handel, Verkehr und das Geld- und Kreditwesen darstellend (Graz, 1936, bis 1991 über dem Eingang der „Steiermärkischen Sparkasse“ Am Eisernen Tor)²², die Hitler-Köpfe, die Hitler-Mussolini-Plakette, die Plakette des „Blutzeugen“ Friedl Sekanek, die Relief-

20 Kritiken in der „Tagespost“ vom 7.5.1938 (W. Schredlitz) bzw. im „Grazer Volksblatt“ vom 16.5.1936 (L. Bokk) anlässlich der 13. Sezessionsausstellung „Das künstlerische Antlitz der Straße“.

21 Friedrich Grassegger hat „die politischen Denkmäler des steirischen Bildhauers Wilhelm Gösser“ kurz zusammengefaßt. F. Grassegger: „Kriegesunder Bealismus“, in: Kunst und Diktatur, op.cit., S. 350-353.

22 Die Reliefs wurden anlässlich der Portaltrennung abgetragen, Jahre lang auf dem Area der Wirtschaftskammer zwischengelagert und im Herbst 1997 vollkommen aus dem Zusammenhang gelassen, vor dem Haus des Projekts „Wohnen lernen“, Ecke Robert-Stolz-Gasse / Körösistraße, in Graz auf einem entsprechend gerundeten Träger montiert. Kleine Zeitung, 8.11.1997.

gruppen „Deutsches Leid“ oder „Front“ und „Heimat“. Dieses Diptychon besteht aus zwei Dreiergruppen, die eine aus als „entschlossen“ stilisierten Soldatenköpfen mit Helmen, die andere aus den Köpfen eines deutschen Mädels, einer Bäuerin und eines alten Arbeiters mit angespanntem, aber trotz der Entbehrungen nicht resignierendem Gesichtsausdruck. „Front“ und „Heimat“ wurden in der I. Ausstellung der „Kameradschaft steirischer Künstler und Kunstfreunde“ im Herbst 1940 gezeigt und neben den Werken von Karl Mader („Mutter im Ährenfeld“, „Das deutsche Schwert“) und Hans Mauracher („Frauengestalt“, „Spinnerin“, „Der Krieger“) besonders hervorgehoben.²³ Auch wenn wir Gössers Propagandawerke, vor allem aufgrund ihrer Flexibilität gegenüber den Anforderungen unterschiedlicher Machthaber, noch unter einem weiteren Gesichtspunkt betrachten müssen, kann das Bekenntnis des jung gefallenen, schon zu Zeiten der Sezession vor 1938 als besonders begabt eingeschätzten, Werner Seidl einen Anhaltspunkt liefern, in welcher Weise, gedanklich und formal-stilistisch, die Anpassung an die aus der Zeit heraus gestellten Anforderungen erfolgte. Seidl, dem abwechselnd mit Mauracher und Gösser die Aufgabe übertragen worden war, im Entree des Joanneums, in dem die „Kameradschaft“ ihre Ausstellungen inszenierte, die obligate Hitler-Büste zu gestalten (Hans Adametz postierte seine anlässlich des Aufenthaltes des „Führers“ im Foyer des Parkhotels), spricht deutlich die tektonisch bedingte Formgebung an: „...indem ich alles Private, Minutiös-Zufällige wegließ und in

einer gleichsam symbolhaften Wirkung den zum eisernen Willen geballten Ausdruck anstrebte. Jenen Ausdruck von Konzentration aller Kräfte, wie er uns vor allem auch im gesprochenen Wort des Führers entgegentritt, dessen monumentale Prägung und konstruktiver Charakter nur eine Lösung in tektonisch bedingter Formgebung finden kann. Klarheit, Reinheit und Kraft sowie Entsagung und Sorge müssen aus seinem Bildnis eindeutig erfühlbar sein“.²⁴

Dasselbe Werk - ein neuer Titel

Wilhelm Gösser, der nach dem bisherigen Stand der Forschung im Gegensatz zu seinen Künstlerkollegen Mauracher, Reichenfelder, Leo Scheu, Franz Köck oder Igo Klemencic²⁵ in keinem der autoritären Regime, auch nicht in den Übergangsphasen, etwa in der Besatzungszeit nach dem Zweiten Weltkrieg, eine politische Position innehatte, obwohl er 1945 das „Sowjetische Befreiungsdenkmal“ für Bad Radkersburg, mehrere Reliefs mit Arbeiterdarstellungen und sogar ein Stalin-Porträt schuf, war dennoch ein kongenialer Partner für die jeweiligen Machthaber. Ideologisch überzeugend, aber „richtungsneutral“ konnte unter seiner Hand das repräsentative Symbol ausgeformt werden. Er verstand es trotz eines stattlichen Oeuvres in der Tradition der Ausdruckskunst, in der internationalen Stilskala als spätexpressionistisch einzustufen, die Intentionen einer Macht-Kunst zu befriedigen, ob im monumental-heroischen

23 Kurt Hildebrand Matzak hat als Korrespondent des „Völkischen Beobachters“ über die Aktivitäten der steirischen Kunstszene ausführlich berichtet und den Heimatbezug der Kunst und deren Übereinstimmung mit den Idealen und Zielen der nationalsozialistischen Bewegung immer wieder hervorgehoben. Völkischer Beobachter, 9. Oktober 1940. Siehe auch: Katalog der Kunstausstellung „Heimat in Arbeit und Kampf“, Graz 1940, in dem die „Front“ auf Seite 15 abgebildet ist.

24 Zitiert nach Robert Graf: Neue Kunst in der Steiermark, in: Die Westmark, op.cit., S.44^f.

25 Die Genannten waren entweder in der Reichskulturkammer oder in der „Kameradschaft“ als Gruppenleiter tätig. Verschiedene Kataloge und Schriften zwischen 1938-1945.

Vokabular wie beim „27er Regimentsdenkmal“ und im „Sowjetischen Befreiungsdenkmal“ oder im erhabenen-illustrativen wie bei „Front/Heimat“ und „Deutsches Leid“. Anders als Seidl, der seinen stilistischen Bruch von lebendigen, durch die Behandlung des Materials malerisch strukturierten Porträtköpfen in der Nachfolge Rodins zur Hitler-Büste aus der Überzeugung für die Idee mit der „Größe“ und künstlerischen Bedeutung der an ihn gestellten Aufgabe rechtfertigt, scheint Gössers Zugang pragmatischer - und weniger programmatisch - und daher auch jederzeit austauschbar. Hier werden die Vokabel der jeweiligen Zeit und mit den damit verbundenen immer gleichen (?) Erwartungen perfekt gesprochen, die künstlerische Lösung ist „gültig“ - auch über den eigentlichen unmittelbaren Anlaß hinaus. Nur so ist aus der Sicht des Künstlers erklärlich, wenn auch in einer objektiven Rezeption schwer verständlich, daß die Figurengruppe „Deutsches Leid“, die man Hitler 1940 als Geburtstagsgeschenk verehren wollte (mit der am Sockel angebrachten Inschrift: „Die Steiermark ihrem Befreier“), um ihm dann doch einen Joghrtisch zu schenken, lang nach dem Ende des Krieges, 1952, unter dem Titel „Deutsche Heimatvertriebene“ dazu diente, das Schicksal donauschwäbischer Flüchtlinge zu illustrieren.²⁶ Das Bild der Familie in Sorge und Not - sollte es auch für Hitlers Geburtstag nur eine Metapher allgemeinen Elends in der Welt gewesen sein? Wie weit - und das ist hier die Frage - kann ein Thema, kann die bildkünstlerische Sprachform gedehnt und dabei die gesellschaftspolitische Haltung bzw. Verantwortung des Künstlers außer acht gelassen werden. Auch „ewige Kunst“,

das Formal-Schöne, die „zeitlose“ ästhetische Übersetzung von Inhalt - sollte auf dieser abstrakten formalistischen Ebene argumentiert werden - sind im Zeitprofil verankert, noch dazu, wenn es um zynische Machtausübung, Gewalt und Menschenverachtung geht.

Die Umbenennung des „Deutschen Leids“ ist kein Einzelfall. Hans Maurachers monumentale Figurengruppe „An die Kunst“, unter diesem Titel im Inventar der Neuen Galerie am Landesmuseum Joanneum geführt, ist 1938 als „Die Symbolträger“ entstanden: Zwei kräftige jugendliche Männer tragen die nationalsozialistische Standarte mit Reichsadler und Hakenkreuz. Da der neue Titel ohne Veränderung der Skulptur aus verschiedenen Gründen nur schwer möglich war, wurde das NS-Signum durch eine Lyra ersetzt.²⁷ Dieser Etikettenschwindel operiert ebenso im Vertrauen auf die Kraft einer Kunst, die das Zeitliche überdauert. Es ist wohl bekannt, daß nicht nur in der Steiermark, sondern auch im Österreich und Deutschland der Nachkriegszeit Künstler, die in der NS-Zeit zumindest angepaßt und für einige repräsentative Aufgaben herangezogen worden waren, mit der Gestaltung von Denkmälern gegen den Faschismus und Ehrenmalen für Widerstandskämpfer betraut wurden. In den beiden aufgezeigten Beispielen kulminiert das sorglos, in Wahrheit sorgsam, ins Treffen geführte „Zeitlose“ der Kunst allerdings in einer kaum mehr überbietbaren unreflektierten Weise. Mauracher, der in den zwanziger Jahren eine große Anzahl von Kriegerdenkmälern realisierte hatte, stellte unter der Nazi-Herrschaft seine symbolkräftigen figurativen Skulpturen, die oft

26. Neuland, 19.10.1952, S.4. Der Hinweis entstammt dem Beitrag von Friedrich Grassegger, Kerngesunder Realismus, in: Kunst und Diktatur, op.cit.

27. Abgebildet in: Erich Bernard/Friedrich Grassegger, Hofzaun des Reiches, in: Kunst und Diktatur, op.cit., S. 469. Noch in der 1960 erschienenen Monografie über Hans Mauracher (Trude Aldrian, Hans Mauracher, Leykam: Graz 1960) wird die Arbeit im Werkkatalog unter dem Jahr 1939 als „Die Kunst“ geführt.

im sakralen Kontext beheimatet waren, in den Dienst der neuen künstlerischen Anforderungen. Ohne in dem Ausmaß wie Gösser zwischen öffentlicher/repräsentativer Kunst und privater Kunst zu differenzieren, war sein Stil prinzipiell gut geeignet, sich auf die neue politische Situation einzustellen, da eine über das Besondere der Formulierung ins Allgemeine des Anspruchs an Kunst enthaltene Komponente - nämlich eine ausgeprägte Symbolkraft des einzelnen Werkes - den offiziellen Vorstellungen des Dienstes der Kunst an der Allgemeinheit, der neuen „Volksgemeinschaft“, ohne Probleme und auch künstlerische Konflikte, selbst wenn Mauracher dem Nationalsozialismus neutral gegenübergestanden wäre, entsprechen konnte.

Eine der in den Besprechungen und Kritiken der Zeit meistgenannten Künstlerpersönlichkeiten ist Karl Mader. Der Hodler-Schüler, der sich später vom Schweizer Maler abrupt angewandt hatte, entwickelte in den späten zwanziger und in den dreißiger Jahren vor allem in der Malerei einen eigenständigen monumental-symbolistischen Stil, der von den modernen internationalen Zeitströmungen unbeeindruckt blieb. Als „Maler und Seher“²⁸ vereinfachte er die Natur, die ihm weniger als Erlebnis-, denn als Bedeutungsraum der in ihr sich in zwingenderweise projizierten Gefühle des Menschen, seiner „ewigen“ archetypischen Handlungen Vorbild war, auf wenige, großgeschene Formgebilde. Kulissenhafte Landschaften, in ein Licht getaucht, das ebenso jede Zufälligkeit

ausschloß wie die Bewegungen der meist wenigen handelnden Personen, bildeten den Umraum für Szenerien, in denen sich das Gleichmische ohne Umwege seinen Platz verschaffte. Es ist kaum überraschend, daß Mader, dessen Heimatverbundenheit schon in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre immer wieder hochgelobt und veröffentlicht worden war²⁹ und der selbst bekannte: „Je älter ich werde, desto mehr spüre ich meine Verbundenheit und Verwachsenheit mit dem Heimatboden. Ich konnte nicht anders, ich mußte eine Scholle dieser Heimateerde an mich pressen“³⁰ ein hochgeschätzter Künstler unter der nationalsozialistischen Kulturherrschaft war. Auch die Größe seiner Bilder, die er „nicht für Wohnräume malt, sondern...die vorwiegend in Galerien und Repräsentationsräume gehören“,³¹ mußte die neuen Machthaber in ihrem Kunstverständnis beeindrucken. Der „Bilder-Welt“ - der regelmäßigen Beilage der „Tagespost“ - war am 10. Juni 1939 (wie schon im Jahr zuvor Martha Elisabeth Fossels Porträt „Friedl Sekanek“ oder Hans Maurachers „Ballspielerin“) Maders Gemälde „Hofzaun des Reiches“, hier mit dem Titel „Steiermark - Grenzzaun des Großdeutschen Reiches“ versehen, die Titelseite wert.³² Der allegorische und gleichnishafte künstlerische Zugang sollte sich kurze Zeit später in Richtung einer bewegenden Dramatik steigern, hervorgerufen durch den dynamischen Einsatz von Licht und Schatten und die „aufwühlende“ Gestaltung des Himmels: „Das deutsche

28 Anton Balche: Karl Mader, der Maler und Seher, in: Velhagen & Klasing's Monatshefte, Juni 1935, S. 409-416

29 z.B. das Ölbild „Heimateerde“ als Umschlag von „Bergland“, 17. Jg., 1935, Heft 3. Darin auch der Textbeitrag von Willi Kadletz, Der Maler Karl Mader, S. 16-17 und von Otto Brandt, Der dunkle Schreiber, S. 18-22 mit zahlreichen Abbildungen. Auch Joseph Papesch setzte sich in der Zeitschrift „Deutsche Arbeit“ ausführlich mit der Kunst Maders auseinander. Sonderdruck, o.J. (aufgrund der angeführten Bilderliste vor der Machtübernahme der Nazis verfaßt)

30 Karl Mader, in: Velhagen & Klasing's Monatshefte, op.cit., S. 412

31 Willi Kadletz, wie Anm. 29, S. 16

32 Veröffentlicht im Zusammenhang mit der Ausstellung „Steiermark. Land und Leute“, die vom 8. Juni bis 1. Oktober stattfand und in der Maders Bild, datiert 1938, prominent ausgestellt war.

Schwert“ von 1940³³, „Das Heilige Opfer“, „Sieg und Neues Leben“, „Opfer der Heimat“, alle von 1943,³⁴ legen Zeugnis von Maders Allegorien unter programmatischen Anforderungen ab, wobei nach 1945 mit „Zukunft“ (1950) und ähnlichen Bildtiteln offensichtlich neue Aufgaben und Orientierungen auf den Künstler warteten, der dabei die Penetranz seiner Bildformulierungen wieder etwas abschwächte.

Fritz Silberbauer war in der NS-Zeit weniger wegen offensiver, die Ideen des Regimes verherrlichender Bildmotive geschätzt, sondern vielmehr als Praktiker, der sich glänzend in der Freskotechnik verstand, ein Bereich, der dazu ausersehen war, die „Kunst ins Volk“ zu tragen. Zudem war der Künstler selbst an der Verbreitung künstlerischer Ideen interessiert, da „das in den letzten fünfzig Jahren auf einen engen, kultivierten Kreis beschränkte Kunstinteresse...wieder das Volk erfassen (muß)“.³⁵ Als Leiter der „Abteilung für das Malerhandwerk“ an der „Staatlichen Meisterschule für das deutsche Handwerk“ mit den Unterabteilungen Gebrauchsgraphik (Prof. H. Reichenfölscher) und Freskotechnik (Prof. F. Silberbauer) kam ihm die Aufgabe zu, den Schüler „zum ‚gestaltenden‘ Handwerksmeister emporzuheben“,³⁶ eine Aufgabe, die er offensichtlich erfolgreich löste, da sie ihm große Wertschätzung einbrachte. Seine großen Erfahrungen in der Technik des Freskos datierten aus den zwanziger Jahren und führten immer wieder zu größeren Aufträgen,³⁷ aber auch zu Restaurierungsarbeiten, die er im Auftrag von Re-

gierungsdirektor Dr. Josef Papesch 1940/41 auch im Schloß Eggenberg durchgeführt hatte. Immer wieder konzentrierte sich Silberbauer in diesen Jahren in den verschiedensten künstlerischen Gattungen auf die steirische Heimat. So auch in seinem Gobelin „Herbst“, der eigentlich ein gemalter Wandbehang war - eine Technik, die sich der Künstler aus der Zeit des Rokoko angeeignet hatte - und stilistisch keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem aktiven Schaffen Silberbauers in der Sezessionszeit aufwies. Seine Art, abstrahierte, das Naturvorbild lediglich zitierende Landschaftsszenen zu schaffen, die von einem bewegten grafischen, auf die Bildfläche konzentrierten Formenduktus bestimmt, und daher alles andere als naturalistisch waren, pflegte er auch in einer Illustration (Weinlese) in der Grundsatz-Broschüre der „Kameradschaft steirischer Künstler und Kunstfreunde“, die 1940 erschienen sein dürfte. Wenige Seiten später übt er sich darin, in einer ähnlichen künstlerischen Auffassung einen Nazi-Aufmarsch vor der Silhouette des Schloßbergs zu verbildlichen. Der Stechschritt der Marschierenden, der Hitlergruß des Spaliers nehmen hier, wären nicht die dominierenden Hakenkreuzfahnen im Bild, fast karikaturhafte Züge an.

Das Lob der Heimat - die Vertreibung des Widerstandes

Die sogenannte programmatische Kunst

33 Dieses Werk existierte in zwei Fassungen, eine mit und eine ohne Adler. Reproduktionen im Bild und Tonarchiv des Landesmuseums Joanneum.

34 Mit großer Wahrscheinlichkeit handelt es sich bei diesen Werken um ein Triptychon, dessen Mittelbild „Sieg und neues Leben“ war (Hier wurde die Figur des Mädchens aus einem Bild des Jahres 1930 übernommen, in dem das Mädchen, allerdings mit unbekleidetem Oberkörper, formatfüllend am Wegrand sitzt).

35 Fritz Silberbauer, in: Robert Graf, Neue Kunst in Steiermark, op.cit., S.440

36 Die Staatliche Meisterschule des Deutschen Handwerks in Graz, in: Ausstellungskatalog „Graz. Architektur, Plastik, Malerei, Graphik und Handwerk“, op.cit.

37 Vgl. Wolfgang Silberbauer, Fritz Silberbauer, Leben und Werk, Phil. Diss., Graz 1968

nahm in Graz, in der Steiermark und in der „heimgeholten Untersteiermark“ einen eher kleinen Bereich im Kunstgeschehen des Alltags ein. Die Ausstellungen, auch solche mit ideologischen Anliegen, wurden vom „Lob der Heimat“ in meist unauffälligen Landschaftsbildern dominiert. Nationalsozialistische Kulturtheorie und künstlerische Praxis klafften auf den ersten Blick aus der Sicht der immer wieder formulierten Ansprüche des Regimes in den meisten Fällen auseinander. Allerdings nur dann, wenn man die Maßstäbe und die Erfüllung dieser Maßstäbe mit den Zeugnissen des Altreichs vergleicht. Unter der kulturpolitischen Hoheit von Josef Papesch, Landesrat für Kultur seit dem 13. Mai 1938, später Regierungsdirektor der Abteilung II (Kunst, Kultur, Erziehung), nahm das Bodenständig-Steirische einen hohen Stellenwert ein. Zwar war darin getreu dem NS-Programm die Mobilisierung der volkseigenen Kräfte eingeschlossen, die Interpretation dieser Kraft war hingegen breit angelegt. Nur so ist es beispielsweise verständlich, daß anlässlich der „Kollektiv-Ausstellung steirischer Künstler“ mit Werken von Constantin Damianos, Friedrich Mayer-Beck, Carl Rotky, Franz Trenk, der hier nicht seine Narvik-Bilder zeigte, und Wilhelm Gösser, der eine Reihe von älteren Arbeiten präsentierte („Frau Sorge“, „Mahatma Gandhi“) und von dem außer einer Führerplakette nichts auf seine allzeit bereite Repräsentationskunst hinwies - eine Ausstellung, die in der Presse hochgelobt wurde - der Ausstellungsleiter Franz Köck pathetisch erklären konnte, daß diese Schau „neuerdings ein beredtes Zeugnis vom immer stärker in Erscheinung tretenden Sendungsbewußtsein der Künstler (ablegt), ihren Beitrag voll und ganz zu leisten, wenn

es gilt, die Kräfte des Volkes zusammenzuschließen zum entscheidenden Einsatz, den uns dieser Krieg aufzwingt“.³⁸ Eine zweifellos breit gefächerte alpenländische Eigenart hatte schon knapp nach dem Anschluß Ernst von Dombrowsky, stellvertretender Leiter des steirischen Kulturamtes der NSDAP, auf einer Künstler-Großkundgebung, auch als Profilierung gegenüber Wien, beschworen: „Die Stellung unserer Stadt, die zu einer Stätte nationaler Erziehung werden möge, wird auch Wien gegenüber eine bessere sein, das unter dem alten Regime immer wieder bemüht gewesen ist die gesunde alpenländische Eigenart zu unterdrücken. Nunmehr werden unsere bodenständigen Kräfte, die sich im nationalen Abwehrkampf so sehr bewährt haben, sich in Freiheit zu voller Blüte entfalten. Nicht mehr auf die Gnade einzelner Mäzene angewiesen, wird der steirische Architekt, Bildhauer und Maler im Dienst unseres Volkes stehend an den gewaltigen, deutschen Kunstaufgaben teilnehmen!“³⁹

Im Aufbau kulturpolitischer und künstlerischer Organisationen, in der Umstrukturierung bestehender Bildungsstätten wurde straff und rigoros gehandelt und der „nationalen Erziehung“ ein hoher Stellenwert beigemessen: Kunst und Kultur sollten im Volk Wurzeln fassen. Dieses Vorhaben lag unter anderem der Gründung der „Kameradschaft steirischer Künstler und Kunstfreunde e.V.“ zugrunde. Die Zerschlagung aller bisherigen Kunstvereine war „notwendig“, um „den Künstlern den nötigen Widerhall zu schaffen und das ganze Volk an die Kunst heranzuführen“, denn „Die Kunstvereine alten Stils haben hier versagt, deshalb muß eine wahre Kameradschaft von Künstlern und Kunstfreunden, von Kulturschaffenden und Kulturvermittlern, von Politikern und

38. *Völkischer Beobachter*, 8.4.1943. Die Rede wurde in der Kritik dieser Ausstellung von Kurt Hildebrand Matzka wörtlich zitiert.

39. E. v. Dombrowsky, in: Robert Graf, *Neue Kunst in der Steiermark*, op.cit., S.41f. 442.

Männern der Wissenschaft und Wirtschaft diese Arbeit in ihre Hände nehmen“.⁴⁰ Zweck des Vereins, dessen Gründung am 27. November 1939 unter dem Namen „Der Hofzaun“ von einem Proponenten-Komitee, darunter Papesch, Mauracher (als Landesleiter der Reichskammer der bildenden Künste, Gau Steiermark) und Igo Klemenčič (als unverdächtiger Vertreter der ehemaligen Sezession), angezeigt worden war, der mit einer Ausstellung aber erst im Herbst 1940 an die Öffentlichkeit trat,⁴¹ war eine „kameradschaftliche Gemeinschaft...für deren Ausrichtung und Tätigkeit die nationalsozialistische Weltanschauung bestimmend ist“.⁴² Erziehungsfragen spielten darüber hinaus auch bei der Gründung der Staatlichen Hochschule für Musikerziehung, die im Mai 1940 im Schloß Eggenberg eröffnet wurde, bei der Umgestaltung der Staatsgewerbeschule zur Staatlichen Meisterschule des Deutschen Handwerks in Graz („Das Ziel der Schule ist die Heranbildung eines tüchtigen, wirtschaftsfähigen und fachlich durchgebildeten Meisters mit Verantwortungsbewußtsein gegenüber Partei und Staat“⁴³), an der unter der Leitung von Rudolf Hofer u.a. Reichenfelder, Silberbauer, Inffeld, Gösser, Adametz und Sieder unterrichteten, und bei der Neuorganisation des Landesmuseums Joanneum eine entscheidende Rolle. Hier wurde im Herbst 1939 das Sekretariat in eine Direktion umgewandelt (Dr. Wilfried von Teppner), die Landesgemäldegalerie in Abteilung für bildende Künste umbenannt, ein Beauftragter für Kunsterziehung installiert (Prof. Hans Riehl), der Vermittlungs- und Öffent-

lichkeitsarbeit zu leisten hatte und dessen Idee, eine ständige Schau zum Thema „Das nordische Erbe in der steirischen Kunst“ einzurichten, begrüßt und sofort genehmigt, im Jänner 1940 der Ankauf des Palais Herberstein beantragt und darin 1941 die Neue Galerie mit einer Ausstellung Leo Fellingners eröffnet wurde. Die „Kameradschaft“, die anfangs noch gehofft hatte, den alten Wunschtraum, den Bau des Künstlerhauses, verwirklichen zu können, eröffnete im Frühjahr 1942 ihr Künstlerheim nach den Plänen von Architekt Karl Zisser mit einer Deckenmalerei von Hans Stockbauer. Hier wurden jeweils Freitag abend verschiedenste Veranstaltungen durchgeführt, vom Vortrag über die Dichterlesung bis hin zum Konzert. Josef Papesch umriß anläßlich der Einweihung das große Kulturprogramm des Reichsgaus Steiermark.⁴⁴

Längst schon hatten mit Herbert Eichholzer und Axl von Leskoschek, um nur die wichtigsten zu nennen, Künstler von internationalem Rang Graz verlassen, hatte Aduatz ein Ausstellungsverbot und seine Versetzung als Lehrer in die Untersteiermark hinnehmen müssen, schienen Pointner und Ritter in der Grazer Kunstszenen nicht mehr auf. Sie waren nicht in der Lage gewesen, das „Lob der Heimat“ anzustimmen. Sicherlich ist Herbert Eichholzers Widerstand gegen das Nazi-Regime das spektakulärste Beispiel im Bereich von Architektur und Kunst, nicht nur deshalb, weil sein Handeln mit der Hinrichtung in Wien im Jahr 1943 geendet hat. Der Architekt, der am konsequentesten und zum Teil auf unkonventionelle Art und Weise seine Ideen auf der

40. Gustav Fischer, Gaupropagandaleiter und Kulturwarter, in: Kameradschaft steirischer Künstler und Kunstfreunde o.J. (1940)

41. „Heimat in Arbeit und Kampf“ im Landesmuseum Joanneum, dem ständigen Ausstellungsort der „Kameradschaft“, 15. Oktober - 17. November 1940

42. Sitzungen des Vereins, der seinen Sitz in der Marcellstraße 4, in der auch die Reichskulturkammer beheimatet war, hatte, am Adolf-Hitler-Platz aber auch ein Sekretariat besaß

43. siehe Anm. 36

44. Völkischer Beobachter, 28. März 1942

Höhe der internationalen Architektur-Moderne entwickelte und einen Teil davon auch realisierte hatte,⁴⁵ verließ unter anderem als Angehöriger der „Sozialen Arbeitsgemeinschaft der Vaterländischen Front“ 35-jährig am Tag des „Anschlusses“ Graz in Richtung Paris. Ein Stück des Weges legte er gemeinsam mit Axl Leskoschek zurück, der für knapp zwei Jahre in Zürich Aufenthalt nahm. Von Paris aus folgte Eichholzer einem Ruf Clemens Holzmeisters nach Ankara, wo er in seinem Beruf erfolgreich arbeiten konnte. Gleichzeitig war er Kontaktmann der KPÖ, kehrte aus diesem Grund 1940 nach Graz zurück, wo er sich freiwillig zum Heer meldete, nach einem kurzen Zwischenspiel in Lienz schließlich in Verdun landete, dort im Februar 1941 verhaftet und nach Wien überstellt wurde. Wie 20 steirische wegen Vorbereitung zum Hochverrat Mitangeklagte wurde Eichholzer zum Tode verurteilt und am 7. Jänner 1943 hingerichtet. Noch aus dem Gefängnis hielt er mit steirischen Freunden Kontakt und bedauerte, daß es ihm nicht gelungen sei, eine Synthese aus kommunistischen und nationalsozialistischen Ideen zu bilden und eine „Wiedergeburt der Sezession im Nationalsozialismus herzustellen bzw. eine kulturelle Häutung des Nationalsozialismus

zu erreichen“.⁴⁶

Axl Leskoschek, der 1934 am Februar-aufstand teilgenommen hatte und dafür vier Wochen ins Gefängnis mußte, 1936 drei Monate im Lager Wöllersdorf interniert war, emigrierte 1940 von der Schweiz aus nach Brasilien, wo er als Professor für Holzschnitt und Komposition und Illustrator erfolgreich tätig war und vorwiegend in der Technik des „Pochoir“, einer Art Schablonenkunst, arbeitete. Sein Abgang aus Graz bildete nicht nur politisch, sondern auch künstlerisch die einzig mögliche Konsequenz, da eine Vereinnahmung seiner Kunst durch das Nazi-Regime nicht nur aus persönlichen Gründen, sondern auch aus stilistischen unmöglich war. Es gab weder in die Richtung neutralen „Heimatlobes“, schon gar nicht in jene der Realisierung programmatischer Anliegen irgendwelche möglichen Anknüpfungspunkte, da sich Leskoschek immer unbeirrbar an den Ergebnissen der Moderne orientiert hatte und von diesem Weg keinen Zentimeter abwich. Fritz Aduatz hatte zur Zeit des Umbruchs eine Ausstellung im Wiener Hagenbund, in dem es eine starke Gruppe jüdischer Künstler gab. Kaum eröffnet, wurde diese Ausstellung kommissarisch geschlossen, die Bilder den Teilnehmern nicht zurückge-

45 Gustav Schejger führt dafür einige interessante Beispiele an, wie das „neue Gesicht“ für Grödening, wo er eine Reihe von größeren Aufträgen für seine Künstlerkollegen Ritter, Höng, Stokbauer und Silberbauer im Zuge seiner Beauftragung mit durchsetzte, den Auftrag an Walter Ritter, für den österreichischen Weltausstellungspavillon in Paris 1937 einen überlebensgroßen Prometheus zu gestalten, ohne die definitive Entscheidung des Ministeriums abzuwarten, sodaß bei der geplanten Aufstellung der Platz bereits durch eine Skulptur von Anna Mahler-Szohay besetzt war oder die Einladung an Clemens Holzmeister, in Graz die Gründung des Österreichischen Werkbundes zu vollziehen, nicht ohne dabei den Steiermärkischen Werkbund auszudrücken – eine Aktion, die gegen die „Nazis“ in dieser Vereinigung gerichtet gewesen sein soll. Gustav Schejger, ist der Architekt Eichholzer vergessen? in: Tagebuch, Wien, 3. November 1958

46 G. Schejger, wie Anm. 8: „Es ist das erschütterndste Dokument für die ganze Tragik des wahren Idealismus, daß Eichholzer mit aufrichtiger Inbrunst daran glaubte, in einer Verschmelzung der kommunistischen und nationalsozialistischen Ideen die Wiedergeburt einer gesünderen Welt mit mächtigen künstlerischen Impulsen bei Planwirtschaft und völkischem Eigenleben herbeiführen zu können. ... Und doch hielt Eichholzer in seinem unerschütterlichen Idealismus auch nach diesen Fehlschlägen gegenüber seinem zeitweiligen Zellengenossen Karl Drews an der Fiktion fest, dass eine Koppelung der nationalsozialistischen und der kommunistischen Idee die naturgemäße und unausweichliche Lösung sei würde.“ Zu Leben und Werk von Eichholzer siehe auch den aktuellen Katalog „Herbert Eichholzer 1903-1943. Architektur und Widerstand“, herausgegeben von Helmo Halbrainer anlässlich der Ausstellung in Graz vom 7.1.-22.2.1998. Kontakte mit den Nationalsozialisten hatte es in Diskussionsabenden mehrfach gegeben, prominentestes Mitglied dieser Runden war auf seiner Seite zweifellos Prof. Armin Dacicic, siehe: Kurt Wimmer, Demos, 1998, Verlag für Sammler, Graz 1988, S. 125-126

schickt. An eine Abholung in Wien war aus Angst nicht zu denken, denn der Lehrer Aduatz hatte Angst um seine berufliche Karriere: „Wir haben natürlich von der Ausstellung ‘Entartete Kunst’ in Deutschland gehört und wir haben alle unsere guten Bilder versteckt. Nur Landschaften und solche Sachen haben wir hergezeigt“.⁴⁷ In einem Gestapo-Akt über Aduatz war der Vermerk zu finden: „Nicht ausstellen, Anhänger einer entarteten Kunstrichtung“.⁴⁸ 1939 mußte Fritz Aduatz einrücken.

Walter Ritter flüchtete aus Angst vor den Grazer Nazis nach Berlin, kehrte nach einigen Monaten nach Graz zurück und leistete ab Mai 1940 Militärdienst in der Wehrmacht, Rudolf Pointner scheint in den Ausstellungskatalogen der Zeit zwischen 1938 und 1945 nicht auf. Dies ist wenig verwunderlich, da er am Beginn des Jahres 1938 im ersten Heft der Kulturzeitschrift „Plan“, die in der Literaturgeschichte als die wichtigste Kulturzeitschrift der linken Avantgarde gilt und natürlich nach dem Einmarsch der Nazis beschlagnahmt und wegen „Ver-spottung des Führers“ zur Anzeige gebracht worden war, das Bild „Die tanzenden Juden“ veröffentlicht hatte: „Eine der ganz seltenen Stellungnahmen für die Tradition der jüdischen Mitbürger in der [österreichischen Kunst aus der Zeit des grassierenden Antisemitismus“⁴⁹

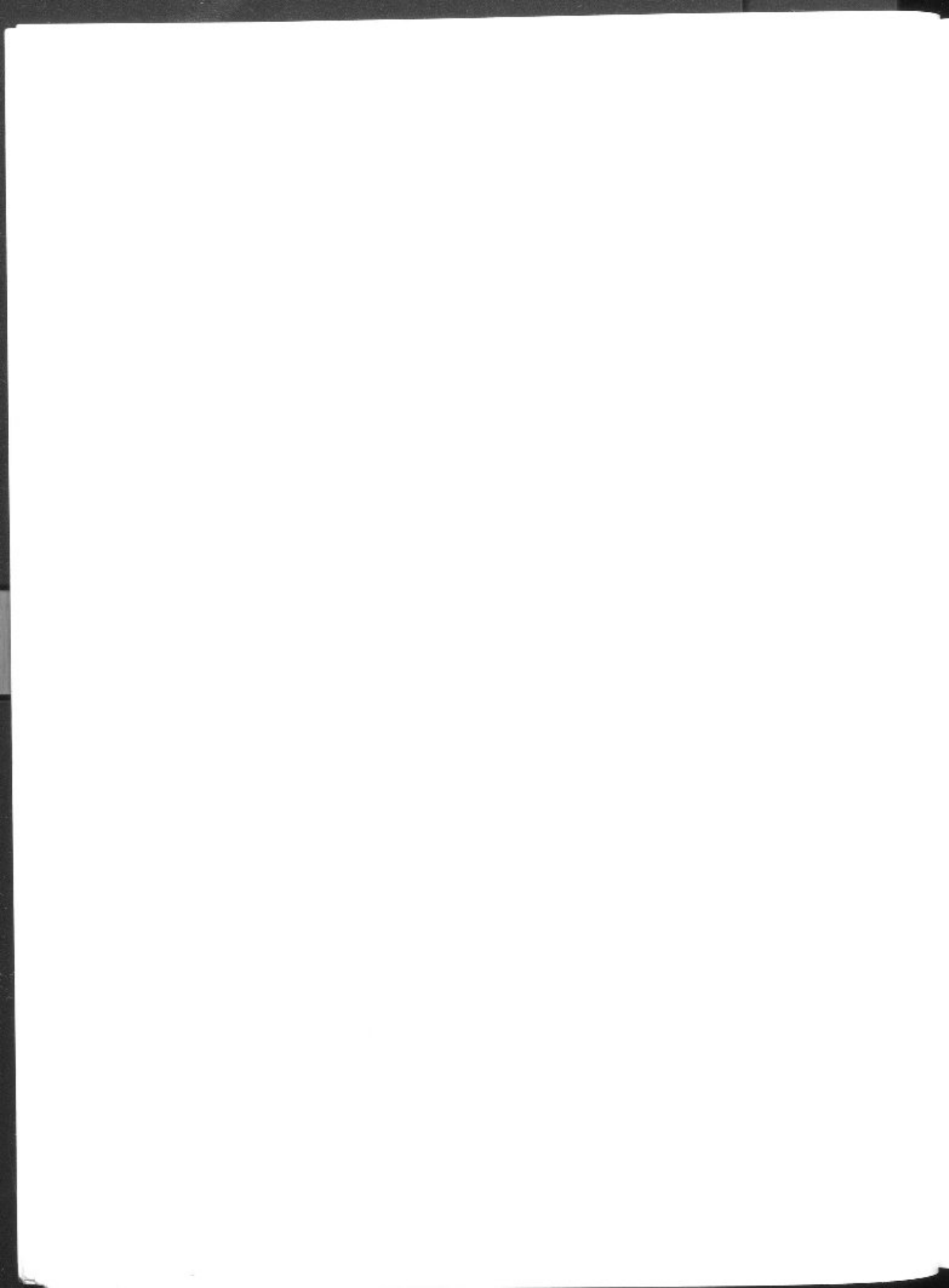
„Erde, Scholle, Leben, Mutterschaft als vollgültige Signatur des Künstlers“⁵⁰ sahen sich anderen Signaturen gegenüber, die in der neuen „Kameradschaft“ steirischer Künstler keinen Stellenwert besaßen.

47 Kurt Wimmer, *Damals*, 1938, op.cit., S.126

48 Die Vertreibung des Geistigen aus Österreich. Zur Kulturpolitik des Nationalsozialismus, Publikation zur gleichnamigen Ausstellung, Wien, Jänner/Februar 1985, S. 103

49 Günter Eserhut, Das erste Heft der legendären Kulturzeitschrift „Plan“, in: Ausstellungskatalog Herbert Eichholzer, op.cit., S. 86.

50 K. H. Matzak im *Völkischen Beobachter* anlässlich des 60. Geburtstages von Karl Mader am 27.1.1944



Profiteure, Verfolgte, Verbotene. Dichter und Dichtung von 1938 - 1945

„Anschluß“ und Gesinnungsbekundungen

Nach dem „Anschluß“ vom 12. März 1938 beeilen sich in Österreich auch die Dichter, den neuen Machthabern ihre Huldigungsadressen zu übermitteln. In der Tagespresse, in Zeitschriften und in diversen Anthologien erscheinen Bekenntnisse, Erlebnisberichte und panegyrische Ergüsse, die Preis- und Loblieder auf die endlich vollzogene Vereinigung mit Deutschland anstimmen. Dies gilt auch für die Steiermark und für Graz, dem die bereits Ende Februar gegen den Ständestaat gerichteten nationalsozialistischen Aufmärsche, Kundgebungen und Störaktionen den von Hitler verliehenen Ehrennamen „Stadt der Volkserhebung“ eingebracht hatten. Hans Kloepfer entbietet dem Führer seinen „Steirischen Bergbauerngruß“, in der Grazer Tagespost erscheinen im März '38 (und auch später) Verherrlichungsgedichte¹, im kurz darauf

herausgekommenen „Bekennnisbuch österreichischer Dichter“ betitelt der umtriebige Kulturfunktionär und („Tagespost“-) Kritiker Fred Fritsch seinen Beitrag mit: „Die ewige Grenzstadt der Bewegung grüßt ihren Führer“. „Eine Stadt lebt auf“, behauptet der Kunsthistoriker und Journalist Wolfgang Schneditz, die Grazer hätten „in großer Harmonie, in einer unvergleichlichen Eintracht der Herzen die nationale Macht ergreifung unserer geknechteten Heimat erlebt“; die „alte deutsche Kaiserstadt“, die „herrlich und hingerissen den Rausch der Befreiung erlebte wie kaum eine andere“, sei „südlichstes Bollwerk deutscher Kultur“.²

Für die Abstimmung am 10. April werden Flugblätter verteilt bzw. Plakate affiziert - mit einem Aufruf Hans Kloepfers an die Bauern, mit „Ja!“ zu stimmen:³

Mit einem lauten „Ja!“ müssen wir vor der ganzen Welt Zeugenschaft ablegen, daß wir

- 1 Ein Ausschnitt aus der zweiten Strophe: „Schreibm tuat er si: Hitler, / und uns so guat gsinnt, / wa ma weit in der Welt / net an libern wo findt. / Der schaut dir in d'Augn / und cruckt dir die Hond, / und woab, ehst no redst, / wo's d' klemmt umanond.“ Abgedruckt beispielsweise in: Das Innere Reich 5 (1938), Mai („Österreich-Heft“), S. 152f. Vgl. auch Hans Kloepfers Poem „Dem Führer“, in: Gesammelte Gedichte, 2., erw. Aufl., Graz/Wien/Leipzig: Alpen- und Buchhandlung Südm. 1941, S. 95f.
- 2 Gottfried Nick: „Dem Führer“, in: Tagespost (Graz) v. 16.3.1938, S. 1; Franz Karl Wagner: „An den Führer“, in: Tagespost (Graz) v. 13.3.1938, S. 7; Richard Pascher: „Dem Führer“, in: Tagespost (Graz) v. 19.2.1938, S. 13. Interessant ist übrigens in diesem Zusammenhang, daß die genannten „poetae minores“ zum Zeitpunkt der Veröffentlichungen nicht eben als jugendliche „Stürmer und Dränger“ gelten können: Der Generalsarzt Gottfried Nick ist im Jahr 1938 60 Jahre alt, der Journalist und Herausgeber der Zeitschrift „Der Nazi“, Franz Karl Wagner, 45 und der Regierungsrat Richard Pascher 50.
- 3 In: Bekenntnisbuch österreichischer Dichter, Hrg. v. Bund deutscher Schriftsteller Österreichs, Wien: Krystall 1938, S. 36f. Weitere „steirische“ Beiträge: Otto Aul, Bruno Brehm, Ida Maria Deschmann, Paula Crogger, Robert Hohlbaum, Hans Kloepfer, Walther Hjalmar Kotas, Erich Landgrobe, Rudolf List, Max Mell, Robert Michel, Heinz Norweller, Josef Rudolf Wowsorsky, Julius Zerzer.
- 4 Wolfgang Schneditz: „Eine Stadt lebt auf“, in: Tagespost (Graz) v. 13.3.1938, S. 7.
- 5 „Einige tausend Stück dieses Flugblattes wurden an die Landbevölkerung zwischen Köflach und der steirisch-kärntnerischen Landesgrenze verteilt. Einige Tage später prangte derselbe Aufruf auch auf der Titelseite des Voitsberg-Köflacher Wochenblattes, und etwa um die gleiche Zeit übernahm ihn auch die Tagespost.“ Herbert Biatnik/Walter Kienreich: Hans Kloepfer und seine Zeit, Eibiswald: Verlag Lerchhaus 1994, S. 306f. (Der Aufruf ist in dieser Kloepfer-Biographie wiedergegeben; zum „Tagespost“-Abdruck vgl. die folgende Fußnote). Vgl. auch die begeisterte Beschreibung der Wirkung eines Plakats mit dem teilweise im Bericht zitierten Text, wie sie Franz Tumlir nach einer Reise (zusammen mit Bruno Brehm) nach Eibiswald beschreibt: „Fahrt an die Grenze“, in: Das Innere Reich („Österreich-Heft“), S. 136f.

*Deutsche sind und unserem vielgeliebten Führer Adolf Hitler dafür danken, daß er noch in allerletzter Stunde unseren verfahrenen Regierungskarren mit fester Faust vor dem Abgrund zurückgewiesen hat, in den uns ein ungeheurer Völksbetrug hat stürzen wollen, und uns durch sein blitzschnelles Eingreifen zurückgeführt hat ins Deutsche Reich, das uns früher schon durch Jahrhunderte eine Heimstatt gewesen ist.*⁶

Kloepfers Name findet sich auch unter einem „Bekenntnis des Bundes deutscher Schriftsteller zum Führer“, das am 3. April im „Neuen Wiener Tagblatt“ erscheint. Unterzeichnet haben unter anderen folgende i.e.S. steirische Autoren:⁷ Bruno Brehm, Ida Maria Deschmann, Hans von Dettelbach, Fred Fritsch, Paula Grogger, Carl Julius Haidvogel, Ludwig Huna, Paul Anton Keller, Marie Knittelfelder („Aline Aliberti“), Walter H. Kotas, Rudolf List, Karl Adolf Mayer, Max Mell, Franz Nabl, Heinz Nonveiller, Josef Papesch, Josef Woworsky, Julius Zerzer.⁸

Vorspiel - steirische Literatur bis 1938

Der „Bund der deutschen Schriftsteller Österreichs“ (BdSÖ), der Ende 1936 in Wien gegründet worden war, sollte die - für das nationalsozialistische Deutschland „zuverlässigen“ - nationalen Autoren Öster-

reichs in einer legalen Organisation sammeln. Vorsitzender und Integrationsfigur (im Hinblick auf das katholische Lager) war Max Mell.⁹ Vor allem sollte für den deutschen Markt (Verlage, Buchhandlungen, Zeitschriften) und für die reichsdeutsche Schriftstellerorganisation („Reichsschrifttumskammer“) eine zuverlässige Ansprechstation geschaffen werden; für die Mitglieder bot sich der Vorteil, auf entsprechende Veröffentlichungs- und Absatzmöglichkeiten im Reich hoffen zu können.¹⁰ Einige der Mitglieder hatten bereits 1933 bei der „Scheidung der Geister“ (im Anschluß an den Internationalen P.E.N.-Kongreß in Ragusa und die Diskussionen über das Verhältnis zum nationalsozialistischen Deutschland) durch ihren Austritt aus dem Wiener P.E.N.-Club ihre nationale Gesinnung demonstriert, so unter den prominenteren Steirern Bruno Brehm, Wolfgang Burghauer (Präsident des Steirischen Schriftstellerbundes), Emil Ertl, Paula Grogger, Max Mell und Franz Nabl.¹¹

Die Wurzeln der national-völkischen, alldeutsch ausgerichteten Tradition sind in der Steiermark bis ins 19. Jahrhundert zurückzuverfolgen. Den liberal-nationalen Strömungen, wie sie sich politisch etwa in den Beschlüssen und Diskussionen des Grazer Gemeinderats um die Jahrhundertwende auswirkten,¹² war eine Massenwirksamkeit vor allem durch die Tätigkeit der „Schutzver-

6 Hans Kloepfer: Bauern! In: Tagespost (Graz) v. 27.3.1938, S. 3. Kloepfers Verehrung für den Führer nimmt quasi religiöse Züge an, er stilisiert ihn zum lang erwarteten Messias: „Und dieser größte Deutsche unserer Zeit mit der überragenden Einsicht, mit dem eisernen Willen, mit dem grundgütigen Herzen, der selbst ein Sohn unseres Österreich ist, er ist zu uns gekommen und wir alle haben ihn dankbar empfangen mit einem Jubel ohnegleichen.“ Ebda.

7 Vgl. die speziell auf die Rolle in der NS-Zeit ausgerichteten Biographien sowie die Textzitate von Grogger, Keller, Kloepfer, Mell, Keller, Nabl und Papesch in: Karin Gradwohl-Schiacher [u.a.]: „Durch unsern Fleiß ward deutsch dies Land und deutsch wohn'n wir's bewahren.“ Steirische Literatur im Nationalsozialismus, 1938-1945. Graz: Edition Stransalm 1988.

8 Vgl.: Bekenntnis des Bundes deutscher Schriftsteller zum Führer. In: Neues Wiener Tagblatt v. 3.4.1938, S. 12.

9 Vgl. Gerhard Renner: Österreichische Schriftsteller und der Nationalsozialismus, (1933-1940): Der „Bund der deutschen Schriftsteller Österreichs“ und der Aufbau der Reichsschrifttumskammer in der „Ostmark“. Frankfurt a. M.: Buchhändler-Vereinigung 1986, S. 252.

10 Vgl. ebda, S. 255.

11 Vgl. dazu detailliert ebda, S. 205-214 sowie 292f. („Austrittswellen“ mit Daterung).

12 Vgl. die chronologische Übersicht über die Diskussionsschwerpunkte, die Argumentationsstrategien und die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien bei Wolfgang Hogen: Die Grazer Kulturpolitik im Zeitalter des Liberalismus und Nationalismus (1867-1914). Wien, Phil. Diss. 1971, S. 21-151. In der Einleitung findet sich zusammenfassend

eine“ gegeben, die mit ihren Grenzlandaktivitäten (Schulgründungen, finanzielle Förderungen etc.) dem angeblich bedrohten Deutschtum zu Hilfe eilen wollten. Dem 1880 in Wien gegründeten „Deutschen Schulverein“, für den sich Peter Rosegger 1909 mit seiner „Millionen-Sammlung“ eingesetzt hatte,¹³ war mit der 1889 aus Georg v. Schönerers Gegengründung („Schulverein für Deutsche“) hervorgegangenen „Südmark“ eine radikalisierte, strikt antisemitische Konkurrenz erwachsen. Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und dem vielfach als „Schmach“ empfundenen Frieden von Versailles driftete der 1925 aus beiden Vorläuferorganisationen zusammengelegte „Deutsche Schulverein Südmark“ noch weiter nach rechts. Die Notwendigkeit des Anschlusses an Deutschland, die Propagierung rassistischer Reinheit, der Kampf gegen sozialdemokratische oder gar kommunistische Ideen und Personen standen im Vordergrund, und aus dem Rückblick wurde so Schritt für Schritt auf die NS-Ideologie vorbereitet.¹⁴ Das intellektuelle Klima im Graz der 20er Jahre ist zu einem Gutteil geprägt durch nationalistische Zirkel, die sich vor allem aus Schriftstellern, Lehrern und Hochschulprofessoren zusammensetzten. So konstituierte sich eine „Südmarkrunde“, der neben Viktor Geramb, der in seinen Publikationen die Schlüssel-

begriffe des aktuellen Diskurses (Volkstum, Heimat, Brauchtum, Volkskultur) vorgab, die Schriftsteller Hans Dettelbach, Emil Ertl, Bruno Ertler, Hans Kloepfer, Karl Adolf Mayer, Max Mell, Franz Nabl, Josef Papesch und Friedrich Pock angehörten.¹⁵ Papesch hatte 1924 die „Alpenländischen Monatshefte“ gegründet, die er als nationalbürgerlichen Werten verpflichtete „Familienzeitschrift des Deutschen Schulvereins Südmark“ bis zu seiner Abberufung und der Einstellung der Zeitschrift 1935 herausgab. Ebenfalls 1935 wurde der von Rosegger schon 1876 gegründete „Heimgarten“ eingestellt, der mit dem Herausgeber Hans Ludwig Rosegger in den 20er Jahren endgültig in ein anschlussorientiertes, völkisches Fahrwasser geraten war. Die maßgeblichen steirischen Autoren der 20er und 30er Jahre, die vornehmlich in diesen beiden Zeitschriften veröffentlichten, sind fast ausnahmslos dem nationalen Lager zuzurechnen, darunter viele, die auch während der NS-Zeit immer wieder auftauchen. Unter den Beitragern des vom einflussreichen und schon vor 1938 anschlusswilligen¹⁶ „Deutschen Schulverein Südmark“ herausgegebenen „Deutschen Volkskalenders 1939“ sind unter den politisch revolutionierten Verhältnissen genau jene Autoren, die das literarische und kulturelle Leben der beiden vorangegangenen Jahr-

folgende Einschätzung: „Nach dem Ende des Liberalismus in Wien wurde Graz in den Achtzigerjahren halboffizieller Sprecher der deutsch-nationalen Bewegung, und die Aktionen des Gemeinderats brachten die Stadt oft in Konflikt mit den kaiserlichen Behörden. [...] In den Jahren des Konfliktes um die slowenischen Parallelklassen in Cilli und die Badenerischen Sprachenverordnungen erwarb sich Graz den Ruf als die 'deutsche Stadt der Monarchie'“. Edda, S. 17.

- 13 Vgl. Karl Wagner: Heimat- und Provinzliteratur in den dreißiger Jahren: Am Beispiel der Rezeption Peter Roseggers. In: Österreichische Literatur der dreißiger Jahre. Ideologische Verhältnisse, institutionelle Voraussetzungen, Fallstudien. Hrsg. v. Klaus Amann u. Albert Berger. 2., unveränd. Aufl. Wien/Köln: Böhlau 1990. (= Böhlau Studien Bücher) S. 219f.
- 14 „Aber gerade durch diese nationale Kleinarbeit hat die Südmark als Rufer im Streit unendlich viel zur nationalen Selbstbesinnung beigetragen und den Boden vorbereitet, auf dem später der Samen des nationalsozialistischen Gedankengutes kräftig Wurzeln schlagen konnte.“ Hermann Krauth: Grenzschutz im Südosten. Ein halbes Jahrhundert nationaler Kampf in der Ostmark. In: Tagespost (Graz) v. 8. 12. 1940, S. 7.
- 15 Beiträge von steirischen, „Südmark“-orientierten Autoren wie Rudolf Hans Bartsch, Karl Bienenstein, Emil Ertl, Bruno Ertler, Hans Fraungruber, Franz Karl Ginzkey, Paula Grogger, Robert Honibaum, Ottokar Kernstock, Hans Kloepfer, Karl Adolf Mayer, Max Mell und Julius Franz Schütz finden sich etwa in: Österreichs Dichterbuch. Festgabe österreichischer Dichter an der Deutschen Schulverein Südmark. Ref. v. Josef Papesch. Graz: Alpenland-Buchhandlung Südmark 1927.
- 16 Zwischen 1934 und 1938 existierten zwischen 250 und 300 Ortsgruppen des „Deutschen Schulvereins Südmark“. Im Grenzgebiet wurden fünf eigene Schulen unterhalten. „Neben einem ausgedehnten Bücherewesen [...] mit über 80.000

zehnte dominierten: Bruno Brehm, Hans von Dettelbach, Viktor von Geramb, Paula Grogger, Paul Anton Keller, Hans Kloepfer, Karl Adolf Mayer, Max Mell, Franz Nabl, Julius Franz Schütz, Margarete Weinhandl u.a.

Die „Normalisierung“

Schon am 13. März 1938 war Josef Papesch mit dem Referat für Kunst und Kultur betraut worden, mit 1. September 1940 wurde er zum Leiter der Abteilung II (Erziehung, Volksbildung, Kultur- und Gemeinschaftspflege) ernannt, Papesch, selbst als Schriftsteller mit seinem „Heimatspiel“ „Der steirische Hammerherr“ (1921) relativ erfolgreich, versuchte in seinen kulturpolitischen Leitlinien eine regionale Ausformung der NS-Ideologie umzusetzen:

Das Bodenständige, zutiefst „Steirische“ soweit zu adaptieren, daß beide Gesinnungen - die im steirischen Boden verwurzelte „Blut-und-Boden“-Grenzland-Mythologie, die als betont „Steirisch-eigenständig“ [!] positiv besetzt war, und die nationalsozialistische Ideologie, die ja wesentlich auch aus eben dieser Heimatmythologie gespeist wurde - untereinander austauschbar waren,

synonym verwendet werden konnten. Der Übergang der „Anschluß“ im Geistigen, könnte so evolutionär erfolgen.¹⁷

Der 1939 überraschend zum Landesleiter der Reichsschrifttumskammer ernannte Paul Anton Keller hat so gesehen nicht völlig unrecht, wenn er über die Periode nach dem Abebben der ersten Begeisterungswelle¹⁸ samt Bekenner- und Huldigungspublikationen, die „zum Zeitgeist spärliche, meist dilettantische Proben“ beisteuerten, urteilt: „Die ‚Stadt der Volkserhebung‘ hatte keine literarische Volkserhebung zu verzeichnen.“¹⁹ Wie die Verbotslisten nach 1945 illustrieren, ist diese Einschätzung in ihrer Allgemeinheit allerdings übertrieben - NS-Ideologeme spielten, wenn auch etwas „versteckter“, durchaus eine Rolle.

Papeschs „eigenständig steirischer“ Weg in der Kulturpolitik hatte allerdings tatsächlich zur Folge, daß die Konzentration auf Volkstum und Heimat einen allzu vordergründigen Propagandafeldzug vermittels Literatur verhinderte. Außerdem hatten auch Zentralstellen der NS-Kulturpolitik außerhalb der Steiermark immer wieder darauf verwiesen, daß eine allzu platte Anbiederung seitens „hundertprozentiger“ NS-Kulturproduzenten kontraproduktive Folgen zeitige, da der Überdruß an Phrasen oder an papierernen

Bänder rundeten zahlreiche Vorträge, Kurse, Tagungen und die Herausgabe eigener Zeitschriften das Programm des Vereins ab.“ Arno Spreitzhofer: Grundzüge der steirischen Kulturpolitik von 1934 bis 1938. Graz, Dipl.arb. 1989, S. 110. Der Autor resümiert in bezug auf die Haltung der „Südmark“ in diesem Zeitraum: „Darüber hinaus fehlen im vorliegenden Quellenmaterial Dokumente, welche die damals erhobenen Vorwürfe der Verein würde von nationalsozialistischen Kreisen als Tarnorganisation benützt, entkräften könnten.“ Ebda.

- 17 Stefan Karner: Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung. 3., durchges. Aufl. Graz: Leykam 1994, S. 194.
- 18 Die Ernennung war mehr oder minder eine Verlegenheitslösung. Rudolf Hans Bartsch hatte bereits zugesagt, die Ernennung wurde aber von Josef Papesch verhindert. „Bartsch wurde also zurückgezogen, der ebenso vorgeschlagene Hans Dettelbach lehnte ab, und der kommissarische Landesleiter Friedrich Pock konnte als Bibliothekar nicht Leiter einer RSK-Landesstelle werden.“ Sabine Rupp: Die Lebensgeschichte des Autors Paul Anton Keller – ein endlos geflochtenes Band. In: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 25 (1994), S. 465.
- 19 „Die künstlich angeheizte Konjunktur literarischer Bekenntnisakte fand bald ihr Ende, propagandistisch war sie nicht mehr vonnöten.“ Stefan Riesenfelder: „Grenzfesten“ deutscher Literatur? Einleitende Bemerkungen. In: Durch unser Fleiß... S. 9.
- 20 Paul Anton Keller: Schrifttum in der Steiermark in den Jahren 1938-1945. In: Literatur in der Steiermark. Mit Beiträgen von Karl Amor [u.a.]. Landesausstellung 1976. Veranstaltet vom Kulturreferat der Steiermärkischen Landesregierung. Red. v. Walter Zitzenbacher. Graz: Selbstverlag der Steiermärkischen Landesregierung 1976. (= Arbeiten aus der Steiermärkischen Landesbibliothek, 15.) S. 417.

Verhaltensmaßregeln die pragmatische Absicht der Lenkung in ihr Gegenteil verkehre. Dementsprechend galt es eher, an bewährte Rezeptionsmuster und Präsentationsformen anzuschließen, an „zeitlose“ Gedichte, an die Beschreibungen der wunderschönen heimatlichen Landschaft, an jene Heimatliteratur in der Nachfolge Roseggers, die entweder vorwiegend unterhaltsam oder mit mahnender „Sozialkritik“ - allerdings nicht in sozialistischem Sinn - bäuerliches Leben thematisiert.

Dazu kam noch die Orientierung an den - eher apolitischen - Erwartungshaltungen und Wünschen der Leser. Die nach dem „Anschluß“ durch die nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialmaßnahmen (gestiegene Beschäftigungsmöglichkeiten, Kinderbeihilfen, Urlaubsangebote, Entschuldung für Bauern, höheres Einkommen) verbesserten Lebensbedingungen überdeckten noch erste Irritationen (Judenverfolgungen²¹, Übernahme von Schlüsselstellen durch reichsdeutsche „Zuwanderer“ etc.).

Nach dem Kriegsbeginn verstärken sich Propaganda-Erfordernisse. Anfang November 1940 veranstaltet das Reichswerk „Buch und Volk“ eine große Buchausstellung, die repräsentativ die deutsche Buchproduktion vorstellen soll. Der Gaubeauftragte für das Schrifttum, Friedrich Pock, entbietet im Rittersaal für die Grazer Abteilung des Reichswerks, die nach Peter Rosegger benannt ist, den programmatischen Will-

kommensgruß:

Gerade in der Woche des deutschen Buches aber bekennen wir uns stolz zu den Waffenschmieden unserer geistigen Wehr. Durch unsere Dichter und Schriftsteller, die unser starkes, deutsches Wesen darstellen, wird das heilige Feuer in den Herzen entfacht und erhalten.²²

Der martialische Ausstellungstitel „Buch und Schwert“ unterstreicht die auf Kriegserfordernisse ausgerichtete Konzeption, die sich allerdings vorwiegend in den Abteilungen „Politisches Buch“, „Kriegsbuch“ und „Kolonialschrifttum“ entsprechend realisiert, aber auch das ausgestellte „Schrifttum für die Jugend“ paßt sich den Zeitläuften an („Kriegsbücherei der deutschen Jugend“ etc.).²³ Die „Schöne Literatur“ offeriert einen gesonderten Teil mit Publikationen steirischer Autoren, deren Namen weniger Kämpferisches verheißen und dem aktuellen Kanon entsprechen: Dettelbach, Grogger, S. Keller, P. A. Keller, Maderno, K. A. Mayer, Matzak, Mell, Nabl, Papesch, Tuschig, Weinhandl, Zerzer, von den Verstorbenen Hamerling und Kernstock.²⁴ Unterstützt wird die Schau von den Grazer Buchhandlungen und Verlagen.

Zwei Jahre später, als RSK-Landesleiter Paul Anton Keller die Anthologie „Ruf von der Grenze“ als zweiten Band der Buchreihe „Der Kranz. Aus Steiermarks schöpferischer Kraft“ herausgibt, scheint die Ernüchterung der Autoren noch weiter fortgeschritten: „Ich wollte eine Art Haus-

21 So sah sich die Autorin Hélène Haluschka, die als seit 1913 in Graz verheiratete „Ausländerin“ dem deutschen Firmarsch mit ihrem nach 1945 verbotenen Erlebnisbericht „Eine Französin erlebt Großdeutschland“ (Graz/Letzg/Wien: Ulrich Moser 1938) die Reverenz erwiesen hatte, angesichts der „Reichskristallnacht“ vom 10. November 1938 verstärkten Zweifeln gegenüber: „Als aber Hitler weiter versicherte, kein Jude sei auch nur ein Haar gekrümmt worden, lief es mir kalt über den Rücken. Daß ein Staatsmann zu solch einer faustdicken Lüge Zuflucht nehmen konnte, erschien mir „ämmerlich.“ Hélène Haluschka: Frauen werden nicht gefragt. Roman wahrer Begebenheiten. Graz/Wien/Altötting: Styria 1952, S. 354f.

22 Die Rede Pocks ist auszugsweise abgedruckt im Bericht von Fred Fritsch: Die Buchausstellung in der Landstube. Feierliche Eröffnung durch den Stellvertretenden Gauleiter Dr. Portschy, Paul Alverdes am Lesepult. In: Tagespost (Graz) v. 1.11.1940, S. 7.

23 Vgl. ebd.,

24 Fred Fritsch: Aus der Ausstellung „Buch und Schwert“. Eine Schau steirischen Schrifttums. In: Tagespost (Graz) v. 21.11.1940, S. 5.

postille erarbeiten, ein Buch, das dem Kriegstohuwabohu ferne stand.“²⁵ In seinem Bericht zitiert Keller aus den Zensur-Anmerkungen eines Mitarbeiters des Landeskulturwalters, dem zu wenige „kraftvolle, lebensbejahende Beiträge“ vorhanden schienen und der teilweise katholizistische Tendenzen ortete.²⁶ Solch interner Differenzen ungeachtet versucht der Grazer NS-Funktionär die scheinbar neue Qualität der nunmehr allein tonangebenden Literatur gegenüber der aus Provinzsicht verachteten großstädtischen Asphaltliteratur herauszustellen:

Was aus der Nation kam, hatte Bestand, das Aufgepfropfte verdarb, fiel ab; es hatte uns keineswegs ärmer gemacht, sondern reicher; denn die Wege zum Echten, Alten, sind klarer geworden. [...] Der und jener [...] hackte Verse in besonders dreister Art, weil sie ihm in Wahrheit nicht Musik wurden, er öffnete imaginäre Seelengebiete mit dem Skalpell des Chirurgen und heischte Interesse durch regellose Interpunktion. [...] Das ist aber alles, Gott sei Dank, ehzeit in das Mistfaß zurückgesunken, aus dem es sich erhoben hatte, und der Kunst ist dabei kein Leides geschehen.²⁷

Jene Kunstauffassung, die von Keller mit der Aura der Wahrheit, Unbegründbarkeit, Letztgültigkeit, Einfachheit und Selbstverständlichkeit versehen wird, richtet sich gegen die formalen Experimente und thematischen Ausweitungen der Jahrhundertwende-Literatur, gegen psychoanalytisches Sezieren und realistische Abschilderung ohne „Erhöhung“, gegen die expressionistische Emotionalisierung oder das dadaistische Sprachlabor mit den experimentellen

Versuchsanordnungen. Dem scheiternden, arrogant-individualistischen Nichtskönnler wird der leidende, dienende „echte“ Künstler entgegengesetzt, der als Erlöser mit seiner ganzen Existenz für diese wahre - selbstredend nationale, weil aus dem Volk strömende - Kunst einsteht: „Denn dies ist seine Tragik: der auf dem Wege zu höchsten Lösungen ist, bedarf selber immer wieder von neuem der Erlösungen von außen her, und der von Harmonie zu singen hat, ihm ist Kampf zgedacht bis an sein letztes Wort.“²⁸ Die Selbstinszenierung als heldenhafter Künstler-Soldat, wie sie als ästhetisches Programm formuliert wird, läßt sich inhaltlich an der Auswahl der Texte tatsächlich nur bedingt ablesen; der Kampf mit sich selbst bleibt auf die Entstehungsphase beschränkt und ist thematisch als Heroisierung des gestaltenden Tatmenschen nur in Ansätzen nachzuweisen. (Vor allem der NSDAP-Gauschrifttumsbeauftragte Friedrich Pock reimt sich sein „Glück“ so zusammen: „Fragt nicht lang nach unsrem Glück: / Männerglück ist Kampf und Schaffen - / Lest den Spruch auf unsren Waffen: / 'Immer vorwärts, nie zurück!'“²⁹)

Von den 34 Beiträgern der Anthologie „Ruf von der Grenze“ waren immerhin 10 bereits in der 1928 erschienenen Anthologie „Heimat“ vertreten gewesen, die der Steirische Schriftstellerbund in seinem Gründungsjahr herausgebracht hatte: Aline Aliberti, Emil Ertl, Alfred Harro von Greiszing, Paula Grogger, Hans Kloepfer, Hilda Knobloch, Hilde La Harpe-Hagen, Karl Adolf Mayer, Margarete Weinhandl und Julius Zerzer. In der von Friedrich Pock ein Jahr vor der NS-Anthologie verfaßten

25 Keller, Schrifttum 1938-1945, S. 438.

26 Vgl. ebda., S. 439f.

27 Paul Anton Keller: Vom Künstler und seiner Last. In: Ruf von der Grenze. Ein Buch steirischer Kunst. Im Auftrag des Landeskulturwalters gesammelt u. gestaltet v. Paul Anton Keller. Graz/Wien/Leipzig: Leykam 1942. (= Der Kranz, 21 S. 7f.)

28 Ebda., S. 12.

29 Friedrich Pock: Glück. In: Ruf von der Grenze, S. 214.

Zusammenstellung „Spielmann im Har-nisch. Dichter und Kämpfer der Ostmark“, die mittels eines literarhistorischen, eines lexikalischen und eines autoren-spezifisch monographischen Teils eine Bestandsauf-nahme der österreichischen nationalen Dichtung von den Anfängen bis 1941 unter-nimmt, fehlen von diesen 10 Autoren nur Aliberti, Greiszing und La Harpe-Hagen, von den 34 Anthologie-Beiträgern werden bei Pock 22 verzeichnet, davon die Hälfte sogar mit umfangreicheren Einzelanalysen. Diese Zahlen illustrieren einerseits die Kontinuität in der Autorenpräsenz bis in den Nationalsozialismus, andererseits die Über-schneidungen bei den Autorennennungen aktueller steirischer Autoren mit Pocks Gesamtaufnahme der österreichischen nationalen Literatur.

Einigermaßen erstaunlich in der Sammlung „Ruf von der Grenze“ ist das Fehlen des neben Paula Grogger, Hans Kloepfer und Franz Nabl wohl prominentesten, nach dem Ersten Weltkrieg in bezug auf die Rezeption wohl bedeutendsten steirischen Autors: Rudolf Hans Bartsch. In Pocks „Spiel-mann“ ist er nur im lexikalischen Teil er-wähnt, allerdings ohne die bei anderen nationalen Autoren verwendeten rühmen-nden Attribute. In einer von Karl Müller erstellten Liste von 82 überregionalen NS-Anthologien scheint Bartsch in nur 4 auf, Grogger dagegen in 11, Kloepfer in 20,

Nabl in 14.³⁰ Die Zurückhaltung der NS-Herausgeber fußt wohl auf einer Ein-schätzung, welche die Literatur des „Graz-Barden“ Bartsch einer weichlichen Stim-mungsmalerei zuschlägt, bei der die oft träumerisch-melancholischen, passiven Figuren den Forderungen nach Verkörper-ungen gestählter Willenskraft nicht zu ent-sprechen vermögen. Dazu kommt noch, daß er in den Jahren vor dem „Umbruch“ kaum veröffentlichte und „sein literarischer Ruhm in den dreißiger Jahren zunehmend ver-blaßte“³¹. Während der NS-Zeit kann er nur eine einzige „neue“ Publikation aufweisen: „Brüder im Sturm“ - dies eine Neufassung und Erweiterung des 1905 anonym erstmals erschienenen (und mäßig erfolgreichen) 1848er-Romans „Als Österreich zerfiel“³², den er schon 1913 in einer überarbeiteten, von größeren antisemitischen Tendenzen gereinigten Version³³ aufgelegt hatte. Im Jahr der Neuausgabe, 1940, schreibt der Verleger Leopold Stocker³⁴ in einem Brief an Fred Fritsch:

Die Figur des Juden Hirsch ist in dem Buch „Brüder im Sturm“ weggelassen, da heute von Seite der obersten Schriftumsstellen der Wunsch besteht, daß Juden im schönges-tigen Schrifttum weder in diesem noch in jenem Sinne nicht mehr [!] aufscheinen sol-len. Dieses Bestreben hat viel für sich, weil im deutschen Volk die Judenfrage gelöst ist und man die Juden als nicht mehr existie-

30 Vgl. Karl Müller: Zäsuren ohne Folgen. Das lange Leben der literarischen Artimoderne Österreichs seit den 30er Jahren. Salzburg: Otto Müller 1990. S. 319-322.

31 Gerhard Pail: Rudolf Hans Bartsch und sein Roman „Brüder im Sturm“ (1940). In: Austrian Writers and the Anschluss: Understanding the Past - Overcoming the Past. Ed. and introduced by Donald G. Daviau. Riverside/CA: Ariadne Press 1991. (= Studies in Austrian Literature, Culture and Thought.) S. 177.

32 [Rudolf Hans Bartsch]: Als Österreich zerfiel... 1848. Wien: C.W. Stern 1905.

33 Rudolf Hans Bartsch: Der letzte Student. Berlin/Wien/Ülstein 1913. (= Ullstein-Bücher.) Bartsch hatte schon in dieser ersten Neubearbeitung die Figur des jüdischen Redakteurs Hirsch, der als Projektionsfigur antisemitischer Vorurteile (Charakterlosigkeit, Feigheit, Schmarotzertum, Gewinnsucht) anzusehen ist, eliminiert, was ihm in der antisemitischen Presse den Vorwurf des Philosemitismus und des Opportunismus eintrug. Vgl. auch die - hohntriefende - Darstellung des „prächtigen Falls“ mit Originalzitate aus der Rezeption der Neubearbeitung bei Karl Kraus: Hinter den Kulissen des Ruhms. In: Die Fackel 15 (1913), Nr. 378/379/380. S. 37-41. Vgl. auch Pail, „Brüder im Sturm“, S. 164, Fn. 64.

34 Zur Person des Verlagsgründers Leopold Stocker und zur Produktion des Verlags in den Jahren zwischen 1839 und 1945 vgl. Werner Schlacher: Die steirische Buchverlage zwischen 1945 und 1955 unter besonderer Berücksichtigung der belletristischen Produktion. Graz, Phil. Diss. 1985. S. 260f., 265-269.

Der aggressive Antisemitismus des Grazer Verlegers, dessen zynische Bemerkung man wohl nur als Einverständnis mit KZ-Internierung und Holocaust interpretieren kann, wirft ein Schlaglicht auf die nationalsozialistische Verbotspolitik im kulturellen Bereich. Die diversen Anweisungen bezüglich der Inhalte von „schöngestem Schrifttum“ basieren einerseits auf den bereits skizzierten literarästhetischen Konzeptionen von einem echten, der nationalen Sache dienlichen heroischen Künstlertum mit Vorbildwirkung, andererseits gewinnen sie ihre Kontur durch Ausgrenzung, Zensur und Publikationsverbot. In diesem Zusammenhang lohnt ein Blick auf die NS-Buchverbotslisten, auf denen auch steirische bzw. Grazer Autoren aufscheinen.

Nationalsozialistische Verbotslisten

Mit der Schaffung der Reichskulturkammer mit Gesetz vom 22. September 1933 wurde auch die Reichsschrifttumskammer als geeignetes Instrument zur Säuberung der deutschen Literatur von marxistischen, liberalistischen und modernistischen Traditionen eingesetzt. Obwohl die (Selbst-)Zensur von Verlagen und Buchhandlungen in Verbindung mit den berufsständischen Zwangsorganisationen und die Aktionen der Politischen Polizei bereits 1935 weitgehend die Ausscheidung von mißliebigem Schrifttum in Szene gesetzt hatten,³⁶ wurde 1936 (Stand

vom Oktober 1935) - auch aufgrund der Kompetenzstreitigkeiten zwischen Rosenberg und Goebbels - vom Reichspropagandaministerium bzw. der RSK erstmals eine zentrale „Liste 1 des verbotenen und unerwünschten Schrifttums“ herausgebracht. Vor allem der Buchhandel und die Polizeidienststellen hatten damit eine zentrale Grundlage für Verbots- und Ausscheidungsmaßnahmen. Im Dezember 1939 erschien unter Ausmerzung von zahlreichen Flüchtigkeitsfehlern eine veränderte zweite Auflage der Verbotsliste (Stand Dezember 1938), die in den folgenden 3 Jahren durch Jahreslisten ergänzt wurde. Die Liste 1938³⁷ umfaßte 4.175 Einzeltitel und 565 Gesamtverbote, entscheidend für eine Aufnahme war die Frage, „ob eine Schrift noch auf dem Büchermarkt anzutreffen war oder nicht“.³⁸ Entsprechend handelt es sich bei der Verbotsliste nicht um eine komplette Auflistung aller im Dritten Reich beschlagnahmten oder verbotenen Publikationen. Nach dem „Anschluß“ wirkten sich die Verbotslisten auf die Säuberungsaktionen der Gestapo entsprechend aus, so daß „in Österreich in wenigen Monaten das nachgeholt wurde, was der Nationalsozialismus im ‚Altreich‘ seit 1933 durchgeführt hatte“.³⁹ Im Hinblick auf die Selektionskriterien lassen sich für die Auswahl der Autoren und Titel Tendenzen festmachen. Die Gesamtverbote bezogen sich auf sämtliche Schriften und zielten meist auf die Person des Verfassers ab; als große Gruppen lassen sich Emigranten, Marxisten, „Porno-

35 Leopold Stocker an Fred Fritsch, Brief v. 26.9.1940, UB Graz, Nachlaßsammlung: Korvo ut Fritsch 1/207b. Die Figur des Juden Hirsch fehlte allerdings schon in der Neuausgabe 1913, vgl. obige Fußnote.

36 „Die so viel benannte, dem Buchhande konsequent vorerhaltene Verbotsliste des ‚schädlichen und unerwünschten Schrifttums‘ wurde just zu einem Zeitpunkt angelegt, da nach den Aussagen maßgeblicher Schrifttumsfunktionäre kein echtes Bedürfnis mehr danach bestehen konnte.“ Dieter Aigner: Die Indizierung „schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ im Dritten Reich. In: Archiv für die Geschichte des Buchwesens 11 (1971), S. 973.

37 Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums, Stand vom 31. Dezember 1938, Leipzig: Ernst Hedrich [1939]. [Nachdruck mit den 3 Ergänzungslisten: Vaduz: Typus-1879.] Vgl. die Verbotsangaben zu steirischen Autoren im Anhang 1.

38 Aigner, Die Indizierung, S. 385.

39 Dieter Stiefel: Entnazifizierung in Österreich. Wien/München/Zürich: Europaverlag 1981, S. 237.

graphen“ und eine vierte Gruppe unterscheidet, die sich aus den „deutschfeindlichen“, christlich-konfessionellen, jüdischen, demokratisch-pazifistischen oder okkultistischen Schriftstellern zusammensetzt.⁴⁰

Nach Durchsicht der Listen im Hinblick auf „steirische“ Autoren fällt zunächst auf, daß Gesamtverbote vor allem jene meist jüdischen Schriftsteller betreffen, die nur aufgrund ihres intensiven Aussee-Bezugs mit längeren Aufenthalten⁴¹ zur steirischen Literatur gerechnet werden können. Dazu zählen Theodor Herzl und die Emigranten Raoul Auernheimer, Gina Kaus, Robert Neumann und Friedrich Torberg. Vom Gesamtverbot betroffen sind zusätzlich der ab 1919 in Altaussee ansässige Jakob Wassermann und seine Frau Marta Karlweis, die nach seinem Tod und dem Verkauf des Hauses letztlich nach Kanada emigrierte. Auch der 1949 in Grundlsee verstorbene altösterreichische Offizier Rudolf Jeremias Kreutz (eig. Rudolf Krisch), 1933 maßgeblich an jenem Resolutionsentwurf des Wiener P.E.N. gegen die in Deutschland nunmehr übliche Literaturpolitik beteiligt, der den Austritt der nationalen Autoren nach sich ziehen sollte, wurde mit einem Gesamtverbot belegt. Nach einem Aufnahmeantrag für die RSK wurde der abschlägige Bescheid folgendermaßen begründet:

Nicht allein in Ihrer Resolution, sondern

auch in Ihrem Schrifttum, das bereits auf die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums gesetzt worden ist, kommt Ihre gegnerische Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus zum Ausdruck. Der Inhalt wirkt zersetzend, die Tendenz pazifistisch und projüdisch. Werte wie Vaterland, Ehre usw. werden als Phrasen und Schlagworte, Heldentum als Lüge bezeichnet.⁴²

Neben Pazifisten und - häufig jüdischen - Emigranten wurden auch Autoren verfolgt, die marxistische oder sozialistische Ideen verfochten. Verboten wurden so sämtliche Schriften des späteren Unterrichtsministers Ernst Fischer, der in den 20er Jahren (bis 1927) Kulturjournalist beim „Arbeiterwillen“ in Graz gewesen war und die sozialdemokratischen Kulturaktivitäten maßgeblich gefördert und unterstützt hatte.⁴³

Die Tendenz der nationalsozialistischen Doktrin, Texte mit erotisch anstößigem, „perversem“ Inhalt zu verfolgen oder Autoren, die sich mit psychoanalytischen Erkenntnissen beschäftigten, zu indizieren, läßt sich auch am Gesamtverbot des Dramatikers Ferdinand Bruckner ablesen, der in Graz die Mittelschule besucht hatte. Einen ungleich intensiveren Bezug zur Steiermark und speziell zu Graz⁴⁴ weist ein zu dieser Zeit längst verstorbener Autor auf: Leopold von Sacher-Masoch (1836-1895). Auch sein Gesamtwerk wurde einem generellen Verbreitungsverbot unterworfen. Zu verweisen

40 Agner, Die Indizierung, S. 988f.

41 Vgl. zu den im Detail nachgewiesenen Aussee-Aufenthalten der einzelnen Schriftsteller Alois Mayhuber: Künstler im Ausseerland, Hrsg. v. Friedrich Langer, 2. Aufl. Graz/Wien/Köln: Styria 1990; Via artis. Künstlerwege im Ausseerland, Bad Aussee: Verein zur Förderung der Heimatkunde, Heimat- und Denkmalpflege im Ausseerland 1992.

42 Schreiben der RSK an Kreutz, 31.10.1940, 7 t. nach Renner, Österreichische Schriftsteller und der Nationalsozialismus, S. 283.

43 Vgl. zusammenfassend zu den kulturpolitischen Aktivitäten und zur eigenen literarischen Produktion Fischers in den 20er Jahren Stefan Riesenholzer, Arbeiterliteratur in der Steiermark. Dritter Schritt. Beispiele steirischer Arbeiterliteratur in der Zwischenkriegszeit. In: Auf dem Weg in die Freiheit. (Anstöße zu einer steirischen Zeitgeschichte). Hrsg. v. Robert Hinteregger, Karl Möller u. Eouard Staudinger. Graz: Selbstverlag des Kuratoriums der Wanderausstellung „Für Freiheit, Arbeit und Recht“ 1984, S. 312-316.

44 Der Namensgeber für den „Masochismus“ war 1854 mit seinem Vater nach Graz gekommen, hatte sich hier habilitiert und seine Frau, Angelica Aurora Bümelin („Wanda“), kennengelernt. Nach einem Zwischenstop in Bruck a. d. Mur (1873-1877) war er noch einmal nach Graz zurückgekehrt, um dann 1880 nach Budapest zu übersiedeln.

ist noch auf Erhard Breitner, einen 1884 in Wien geborenen Journalisten und Literaten, der ab 1933 in Graz lebte und dem Widerstand zuzurechnen war. Nach seiner Verhaftung durch die Gestapo 1943 blieb er verschollen. In der Jahres-Ergänzungsliste 1941 wurden seine sämtlichen Publikationen verboten.

Bei den Einzelschriften, die auf den Index gesetzt wurden, waren es meist im Land verbliebene, nicht emigrierte Autoren, die ins Visier der Zensurbehörde gerieten. Auch die Publikationen nicht politisch organisierter Einzelgänger mit geringem Bekanntheitsgrad galten als „schädlich und unerwünscht“. Ein besonders interessantes Beispiel ist der gebürtige Dresdner Erich Herbert Schneider, der seit Dezember 1931 als Landwirt in Thal bei Graz lebte.⁴⁵ 1937 erschien im Wiener Lanyi-Verlag als satirische Abrechnung mit den Zeitläufen sein „Erbauungsbuch für deutsche Spießer“, das prompt auf dem Index landete. Die Gründe für das Verbot sind nicht schwer zu erraten, wendet sich Schneider doch satirisch gegen die NS-Rassentheorie: „Menschen, das sollten wir doch anerkennen, sind kein Zuchtvieh! Es ist nicht schwer, reinrassige Stämme zu zeigen [vermutl. recte: zeugen] und zugleich ihre Verblödung. [...] Rassenpolitik ist eines freien Volksstaates unwürdig.“⁴⁶ Im Punkt 23 von Schneiders Programm der „Antiidealistenliga“ heißt es:

*Der Antiidealist ist ein unverbesserlicher Pazifist, liberal bis zur Intoleranz, human noch gegen seine ärgsten Feinde, pessimistisch in allen Dingen des Idealismus, optimistisch gegenüber jeder Realität, Demokrat bis zur Selbstaufgabe, Menschenfreund bis zur Inkonsequenz und zugetan allen, die es ehrlich meinen in allen Fragen, die den Menschen angehen.*⁴⁷

Die antimilitaristische, liberaldemokratische, gleichzeitig individualistisch-eudämonistische Position Schneiders steht den Bestrebungen der nationalen steirischen Autoren - ein Jahr vor dem „Anschluß“ - diametral entgegen:

*Heute versucht es ein Adolf Hitler mit der Bejahung dieser Erkenntnis vom Deutschtum als Zustand, aber dieser Zustand ist so sehr das Produkt eines blutleeren Nationalismus, wie der Glaube an eine künftige deutsche Weltherrschaft das Produkt eines uneingestanden nationalen Minderwertigkeitsgefühls ist.*⁴⁸

Nach dem „Anschluß“ wird Schneider verhaftet und im Gefängnis am „Paulustor“ inhaftiert. Er ritzt Gedichte mit einem Nagel in einen Koffer, der dann nach draußen geschmuggelt wird. Nach der Einlieferung in die Nervenheilanstalt wird er im Dezember 1938 doch wieder entlassen. 1946 erscheinen seine „Gedichte aus dem Gefängnis am Paulustor“⁴⁹; in einem im März 1938, kurz vor dem deutschen Einmarsch,

45 Schneider absolvierte eine Lehre als Schmied, führte nach negativen Militär-Erlebnissen ein Vagantenleben und kam 1926 nach Wien, im Mai 1927 nach Passau, dann nach Klagenfurt. Dort war er Angestellter der „Alpenländischen Rundschau“. Seit 1931 lebte er als Landwirt in Thal bei Graz. Vgl. Sabine Rupp: Schreiben am Rande der Institutionen. In: Literatur der „Inneren Emigration“ aus Österreich. Hrsg. v. Johann Holzner u. Karl Müllner. Wien: Böcker 1998. (= Zwischenwelt. Jahrbuch der Theodor-Kramer-Gesellschaft. 6.), S. 238 - 250.

46 Herbert Schneider: Erbauungsbuch für den deutschen Spießer. Wien: Lanyi 1937, S. 80f.

47 Ebd. S. 235.

48 Ebd. S. 133f.

49 Die Gedichte waren von seinem Freund Georges Waltz nach draußen geschmuggelt worden. Schneider verdient während des Kriegs seinen Lebensunterhalt durch die Herstellung und den Verkauf von Gemüsekonserven für die Wehrmacht. Nach der Buchveröffentlichung zog er sich völlig aus dem literarischen Leben zurück. 1956 wurde das Haus in Thal verkauft. Bis 1977 lebte er in Graz, dann fand er Unterkunft bei einer Freundin im Bezirk Wildon. Vgl. Rupp: Schreiben am Rande der Institutionen. 1988 wurde er anlässlich der „38er-Ausstellung“ im Grazer Stadtmuseum auf einem Bauernhof „wiedergefunden“ - schenkte aber die Öffentlichkeit. Vgl. Bernd Chubicek: Held entdeckt: Er lebt auf Bauernhof. In: Kleine Zeitung (Graz) v. 23.3.1988, S. 12. Am 1.9.1989 starb er in Wildon bei Graz.

entstandenen Gedicht klingt die Erfahrung der Ausgrenzung eines Nicht-NS-Autors durch die bereits fanatisierte nationalsozialistische Mehrheit an:

*Am Rand des Abgrunds, wo die Adler
horsten,*

[...]

*Dort wandern zwischen Wahnsinn und
Verderben,*

Dem Pöbel preisgegeben und dem Henker,

Noch segnend ihre mißratnen Erben,

*Die Dichter als des Volkes Schicksals-
lenker.⁵⁰*

Wenigstens überlebte Schneider die Nazi-Herrschaft, ein Privileg, das einem zweiten „Kassiber-Autor“ nicht gegönnt war: Richard Zach, Sohn einer steirischen Arbeiterfamilie, der in den 30er Jahren illegale kommunistische Zirkel gegründet hatte und nach dem „Anschluß“ im Widerstand tätig gewesen war, wurde Ende 1941 verhaftet und im Jänner 1943 in Berlin hingerichtet.⁵¹ Während seiner Haftzeit entstand

eine große Zahl von Gedichten, die hinausgeschmuggelt und erst nach 1945 veröffentlicht wurden - entsprechend konnten sie auch nicht auf den NS-Verbotslisten Berücksichtigung finden.

Die religiöse Literatur war aufgrund ihrer Quantität ein „bevorzugtes Beobachtungsobjekt der Überwachungsstellen“⁵². Autoren mit konfessioneller Ausrichtung, die meist mit dem Ständestaat und seinen Repräsentanten kooperierten, mußten nach dem März 1938 mit einem gewissen Ausmaß an Verfolgung, beruflichen Nachteilen oder bei besonderer Renitenz sogar Verhaftung rechnen. So wurden von Hanns Koren „Volkskunde als gläubige Wissenschaft“⁵³, von Johannes Ude mehrere Schriften⁵⁴ und von Erik Maria Kuehnelt-Leddihn „Jesuiten, Spießer, Bolschewiken“⁵⁵ verboten. Kuehnelt-Leddihn konnte nach 1939 nicht mehr nach Deutschland zurückkehren, Ude, der dem Nationalsozialismus anfangs nicht wirklich ablehnend gegenüberstanden

50 Erich Herbert Schneider: Versproch. In: Gedichte aus dem Gefängnis am Paulusst. Graz: Leykam 1946, S. 7.

51 Richard Zach wurde 1919 in Graz geboren. 1934-38 besuchte er die Lehnerbildungsanstalt am Hasnerplatz und gründete schon während seiner Studienzeit marxistische Arbeitskreise („Jungfräheisbund“, dann „Studentenarbeitsbund“). 1936 wurde er zur Wehrmacht eingezogen. 1939 erhielt er eine Anstellung als Volksschullehrer in Graz. Er mußte beim Angriff auf Polen teilnehmen; bei einem Heimaturlaub wurde ihm durch den Bruder eine absichtliche Verletzung des Schienbeins zugefügt, worauf er nach fast einjährigem Lazarettaufenthalt aus der Wehrmacht entlassen wurde und ab 1. Februar 1941 wieder als Lehrer tätig war. Zach, aus langjährigen Angehöriger der Hitlerjugend und ab 1.11.1938 Mitglied des NS-Lehrerbundes, gab im Untergrund Zeitschriften heraus („Roter Stoßtrupp“) und leitete Schulungen in einem Bergbauernhof am Pfargenberg bei Trofrolaiten durch. Am 31. Oktober 1941 wurde er durch die Gestapo verhaftet, ins Grazer Polizeigefängnis am Paulusst. eingewiesen und wegen Hochverrats angeklagt. Mit Kipp- und Morsezeichen nahm er Kontakt zu seinem ebenfalls verhafteten Mitarbeiter Alois Geschwindner auf. Gedichte wurden durch stenographische Protokolle Geschwindners aufgezeichnet, als Kassiber aus dem Gefängnis geschmuggelt und vom Bruder Alfred Zach übertragen. Im August 1942 wurde Zach in Berlin zum Tod verurteilt. Ende November/Anfang Dezember 1942 noch einmal als Zeuge in Graz vernommen und schließlich am 17. Jänner 1943 im Zuchthaus Berlin-Brandenburg hingerichtet. Die Asche kam erst 1947 nach Graz. Vgl. zu den biographischen Details die Einleitung von Christian Hawle in: Richard Zach: „Straut die Asche in den Wind“. Österreichische Literatur im Widerstand. Ausgewählte Gedichte. Hrsg. v. C.H. Stuttgart: Hans Dieter Heinz 1988. (= Stuttgarter Arbeiten zur Germanistik, 198.) S. 16-46; Christian Hawle: Richard Zach, Gelehrte habe ich doch! Wien: Globus 1979. (= Biographische Texte zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, 3.) S. 15-175.

52 Agner, Die Indizierung, S. 994.

53 Hanns Koren: Volkskunde als gläubige Wissenschaft. Salzburg/Leipzig: Pustet 1936. (= Texte und Arbeiten zur religiösen Volkskunde, 1.)

54 Johannes Ude: Soziologie. Wienacht. Siegfried/Schaan: Alpenland 1931; Die Lösung der sozialen Frage durch Christus. Graz/Leipzig: Stocker 1932. [Januar-Ergänzungsliste 1941]

55 Der 1909 in Tobolsk geborene Erik Maria Kuehnelt-Leddihn, in der Selbstcharakterisierung „rechtsradikaler Stock-Überalter“, Anti-Nationalsozialist und Anti-Demokrat, hatte schon vor 1938 in den USA an der Jesuiten-Universität Georgetown Geopolitik gelehrt und konnte 1933 noch problemlos ausreisen. 1947 kehrte er nach Österreich zurück. Vgl. E.v.K.-L.: Aus dem Leben eines Taugeviels. In: Rheinischer Merkur/Christ und Welt v. 4.8.1989. „Jesuiten, Spießer, Bolschewiken“ (Salzburg: Pustet 1933) kam in 6 Ländern heraus.

war und bei der Volksabstimmung für ein „Ja!“ plädiert hatte, erhielt nach seiner öffentlichen Kritik an den Vorgängen rund um die „Reichskristallnacht“ mit Wirkung 1. Mai 1939 „Gauverweis“ und mußte Graz verlassen. Während seines Exils in Grundlsee wurde er zweimal verhaftet und in Linz und Wels interniert.⁵⁶ Bei den erwähnten Texten handelt es sich allerdings ebenso wenig um Belletristik im engeren Sinn wie bei Uto Melzers „Mehr Bibelkenntnis!“⁵⁷, das an der deutschvölkischen, anti-papistischen Ludendorff-Bewegung orientiert war und wie alle Publikationen des Ludendorff-Verlags „ab 1933 mit gewissenhafter Vollständigkeit indiziert“⁵⁸ worden war.

Auch eine Publikation des Grazers Heinz Nonveiller ist verboten worden, vermutlich aufgrund der humanistisch-gewaltlosen Ausrichtung und der Thematisierung von Sexualität: „Die Schule der Liebe“⁵⁹. Der Autor, Ude-Adept, Vegetarier und Herausgeber einschlägiger Tierfreund-Zeitschriften sowie Leiter des „Bundes für radikalen Tierschutz“, hatte sich allerdings 1938

sowohl im „Heimatspiel“-Nachwort⁶⁰ als auch als BdSÖ-Mitglied publizistisch zum neuen Deutschland Adolf Hitlers bekannt und im „Bekenntnisbuch österreichischer Dichter“ ein Hitler-Gedicht⁶¹ veröffentlicht. Dennoch geriet er, wie auch aus einer Attacke in der Zeitschrift „Der Buchhändler im neuen Reich“ ersichtlich wird,⁶² ins Fadenkreuz der NS-Zensoren. Nonveiller ist ein Beispiel für jene Grazer Autoren, die - aus unterschiedlichen Motiven - von Teilen der NS-Verwaltung oder -Publizistik angegriffen wurden,⁶³ obwohl sie für das System durchaus Sympathie hegten oder aus persönlichen - meist ökonomischen - Gründen eine Anbiederung für vorteilhaft hielten. Auch bei Autoren, die diversen Sanktionen ausgesetzt waren oder später gar emigrieren mußten, ist die Anpassungsbereitschaft aufgrund der finanziellen Notlage häufig sehr hoch, etwa bei Josef Otto Lämmel, dem Gründer des steirischen Dichterbunds „Blaue Blume“ und Schriftführer des „Steirischen Schriftstellerbunds.“⁶⁴

56 Vgl. Karner, Die Steiermark im Dritten Reich, S. 172 und 488f., Fr. 16.

57 Uto von Melzer: Mehr Bibelkenntnis! München: Ludendorff-Verlag 1932. Der Autor wurde im Nationalsozialismus zeitweilig verfolgt.

58 Aigner, Die Indizierung, S. 995.

59 Heinz Nonveiller: Die Schule der Liebe. Ein Wegweiser zur Erweckung und Steigerung der Liebeskräfte im Menschen. Pfullingen: Johannes Baum [1930].

60 Heinz Nonveiller: Andreas Baumkircher. Ein Heimatspiel. Graz: Selbstverlag 1938. Im Nachwort beklagt sich Nonveiller daß sein - textlich in der normierten Drucklegung nicht verändertes - Stück ein Jahr zuvor zur Aufführung auf der Freilichtbühne des Grazer Schloßbergs nicht angenommen wurde und hofft nun auf eine Realisierung „unter günstigeren Voraussetzungen“: er könne ja „noch immer die auf unser neues, glückliches Österreich nicht mehr passenden Worte streichen und andere dafür einsetzen.“ Ebd., S. 124.

61 „Er kam. Und plötzlich war es, / als wäre Wunderbares / erwacht und wahr geworden / [...] / Das Schöne, Wahre, Feine / Reine durfte wiederum sich regen / und uns zu tiefst [!] bewegen / [...] / Was uns so lange fremd geliebt: / Wir konnten wieder, endlich wieder lieben - / Ihn loben, ach, wie einen Gottesanbeter / und doch schon längst erwarteten Bekannten.“ Heinz Nonveiller: Hitler. In: Bekenntnisbuch, S. 74.

62 Öffentliche Anfrage: Wer ist Herr Nonveiller? Zitiert nach Keler, Schrifttum 1938-1945, S. 443.

63 Ein anderes, obersteirisches Beispiel wäre Paula Crogger, die trotz BdSÖ-Mitgliedschaft und „Bekenntnisbuch“-Teilnahme in bezug auf ihre NS-Begeisterung von Öbammer Mitbürgern und von der NSDAP Steiermark einer laxen Haltung bezichtigt wurde. Paul Anton Keler setzte auf die „Besserungsfähigkeit“ der allzu christlich-katholischen Autorin und empfahl dennoch die RSK-Aufnahme, die ihr nach einigem Hin und Her und einer Intervention Croggers bei der Parteizentrale in München auch dauerhaft gewährt wurde. Vgl. zu den Einzelheiten Renner, Österreichische Schriftsteller und der Nationalsozialismus, S. 260f.

64 Lämmel war seit 1934 ohne Stelle. „Wie oft ging er in den folgenden Jahren an Geschäften und Kanzleien vorbei und beneidete alle, die da ein sicheres Einkommen hatten.“ Josef Otto Lämmel: Das Unzerstörbare. Eine Art biographischer Roman. Wien: Heimatland Verlag [a.J.], S. 126. Eine Woche nach dem „Anschluß“ schreibt er an den Zeitungskritiker Fred Frisch: „Hei! und Siegl! Ich habe gehört, daß Sie im 'Volksblatt' tätig sind. Könnten Sie nicht bewirken, daß auch

Ab etwa 1943, also nach dem „Kriegswendepunkt“ Stalingrad, dem Beginn des „totalen Krieges“, den vielen Toten und Verwundeten in fast jeder Familie, den Versorgungsproblemen und erst recht den zermürbenden Bombenangriffen 1944 steigt das Bedürfnis nach Unterhaltung, nach Flucht in die Vergangenheit und das Interesse für die „ewigen Menschheitsprobleme“. Die Beiträge etwa, die im Kalender „Steirische Heimat“ (erschieden beim „NS-Gauverlag“ umbenannten Leykam-Verlag) von 1944 veröffentlicht wurden, illustrieren die Tendenz: Julius Zerzer schreibt über das „Weingebirge im März“, Franz Nabl über „Eine Kastanienknospe“, Margarete Weinhandl über „Windräder“, Viktor Theiss berichtet über eine „Altsteirische Bauernhochzeit“, Julius Schütz verfaßt Gedichte mit erquickenden Titeln wie „Herzbrunn“ und „Frau Welt“.⁶⁵ Mit Fortdauer des Krieges sinkt die Wahrscheinlichkeit einer selbständigen Publikation aufgrund des Papiermangels ohnehin, so daß Veröffentlichungen zunehmend nur in Kalendern⁶⁶, Zeitungen und Zeitschriften sowie parteioffiziellen Anthologien möglich sind.

Paul Anton Keller behauptet in seinem Überblick für die Literatur-Landesausstellung 1976, daß die Berliner Anweisungen an die steirischen Autoren, „Aufmunterndes zur heldischen Zeit“ – angesichts der verschärften militärischen Lage – zu schreiben, nicht befolgt worden seien: „Kein einziger der also Apostrophierten hat einen Beitrag geleistet.“⁶⁷ Das ist nicht ganz von der Hand zu weisen – enthalten doch die Verbotslisten von NS-Autoren, die nach 1945 herausgekommen sind, für die Jahre ab 1942 kaum noch Publikationen steirischer Autoren. Dafür dürften allerdings wohl auch der Papiermangel wie der allgemeine Kriegs- und der Propaganda-Überdruß verantwortlich gewesen sein. Darüber hinaus waren viele Autoren in der Wehrmacht engagiert und hatten dementsprechend kaum Zeit für das Verfassen von Endkampf-Parolen und Heroen-Glorifizierungen.

An kulturpolitischen Propaganda-Aussagen und entsprechenden Funktionalisierungen des literarischen Erbes fehlte es allerdings nicht, wie die Ausstellungen, Feiern, Festreden und Veröffentlichungen im Rosegger-Gedenkjahr 1943⁶⁸ beweisen. So ließ etwa Hans Kloepper „nichts unversucht, um

ich dort unterkomme, einen Verdienst finde?“ Er rühmt sich in einem in Abschrift beigelegten Brief an das Grazer Arbeitsamt (1932/34 besprechend) Mitgliedenschaft bei der NSDAP und verweist auf seine nationale Gesinnung, die ihm eine Anstellung verwehrt habe. Das Gesuch schließt mit: „Ich hoffe nun zuversichtlich, daß dies anders werden wird, daß auch ich wieder eine Stelle erhalten werde, dies umso mehr, als ich dann auch die Frau und eine Familie gründen will. Heil Hitler!“ Brief von Josef Otto Lämmel an Fred Fritsch v. 18.3.1939, beigelegt eine Abschrift eines Schreibens an das Arbeitsamt v. 18.3.1938. UB Graz, Nachlasssammlung, Konvolut Fritsch, 2075. Der Autor, dessen Wohnung mehrmals von der Gestapo durchsucht worden war (vgl. Lämmel, Das Unzerstörbare, S. 127f.), fährt im Oktober 1938 nach Zürich; im März 1939 emigriert er über Paris nach London und gründet dort eine christlich-sozialistische Volkspartei. 1937 kehrt er nach Graz zurück und spielt in der Folge beim „Steirischen Schriftstellerbund“ und der Vereinszeitschrift „Blickpunkte“ (1937–1978) eine prominente Rolle.

⁶⁵ Vgl. Steirische Heimat, Jahresser für 1944, Graz: NS-Gauverlag [o.J.], S. 45, 50, 74, 89, 84. Ein Jahr zuvor berichtet Margarete Weinhandl über den „Fuß meiner Kindheit“; während Paul Köchl „Abschied von der Kindheit“ feiert, Günther Schwab hält begeistert „von Alem an in einem heiligen Schweigen ab des Großen, das sich hier vollzog, die Zeugung des Brotes“, während Franz Nabl mitteilt: „Wo ich am liebsten bin“, vgl. Steirische Heimat, Jahresser für 1944, Graz: NS-Gauverlag [o.J.], S. 68, 76, 100, 62.

⁶⁶ „Daß 1945 der [Steirische] Kalender den größten Umfang hatte, läßt sich vielleicht dadurch erklären, daß 1944 nur mehr wenige Bücher gedruckt wurden und man deshalb stärkeres Gewicht auf den einzigen noch erscheinenden Kalender legte.“ Helga Stralhofer-Mitterbauer: Kalender um 1945 – Kontinuitäten und Brüche. In: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 29 (1994), S. 448.

⁶⁷ Keller, Schrifttum 1939–1945, S. 443.

⁶⁸ Vgl. zu den einzelnen Aktivitäten und Quellen Wolfgang Holz: „Der Großdeutsche Bekamerer“. Nationale und nationalsozialistische Rosegger-Revolution. Frankfurt a. M. [u.a.]: Lang 1991, 3– Europäische Hochschulschriften, 1, 1239, S. 188–202.

Rosegger der nationalsozialistischen Ideologie zu unterwerfen“.⁶⁹

Daß der in der rechtfertigenden Rückschau so häufig strapazierte Topos der Ernüchterung, Enttäuschung und Distanzierung von den nationalsozialistischen Idealen anfänglich Begeisterter mit einer gewissen Skepsis zu betrachten ist,⁷⁰ zeigt ein Brief von Hans Kloepfer vom 24.1.1944 an den zu dieser Zeit als Feuilletonist in der parteioffiziellen „Tagespost“ tätigen Fred Fritsch, dem er zu seinem 60. Geburtstag gratuliert – „in treuer Erinnerung ihres mannhaften Lebenskampfes, der Sie bei aller Wirrnis und Mühsal doch nie an Ihren reinen Idealen untreu werden ließ“. Er setzt hinzu: „Ich habe die sichere Zuversicht, daß dieses Schicksalsjahr [1944] uns allen den Sieg unserer gerechten Sache bringen wird!“⁷¹ Kloepfer, etwas mehr als fünf Monate später gestorben, blieb es erspart, seine Hoffnung enttäuscht zu sehen.

Angesichts der näherrückenden Front und des offensichtlich bevorstehenden Untergangs des Dritten Reichs suchten einige der Autoren noch kameradschaftliche Solidarität in Paul Anton Kellers Anwesen:

Der ausgebombte Franz Nabl, den Keller schon seit den dreißiger Jahren vom „Fetzenmarkt“ her kannte, Kurt Hildebrand Matzak

und Julius Franz Schütz waren Anfang 1945 wöchentlich Gäste in der von nahe einschlagenden Bomben erschütterten, aber nicht schwer beschädigten Fürstenvilla. Das Zusammenrücken in dieser schrecklichen Zeit half allen Beteiligten, sich seelisch zu stärken und die Kraft für das weitere Durchhalten aufzubringen.⁷²

Die Verbotslisten nach 1945

Im Jahr 1946 erschienen sowohl in Österreich als auch in Deutschland Listen verbotener NS-Literatur: die „Liste der gesperrten Autoren und Bücher“, die mit einem Nachtrag vom Bundesministerium für Unterricht herausgegeben wurde,⁷³ und die umfangliche „Liste der auszusondernden Literatur“, herausgegeben von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone (mit 2 Nachträgen 1947 und 1948)⁷⁴ Obwohl vor allem die österreichische Liste bezüglich Vollständigkeit und Richtigkeit kritisch einzuschätzen ist,⁷⁵ so lassen sich doch Schwerpunkte in bezug auf bestimmte Autoren und Tendenzen feststellen. Die Verbotslisten hatten ja den Zweck, insbesondere Buchhandlungen und Bibliotheken mit Infor-

69 Ebd., S. 180.

70 „Herr Max Koren, der gerade in jenen Jahren häufig mit ihm zu tun hatte, ist heute noch ganz sicher, daß Kloepfer im Laufe der Kriegszeit einen entscheidenden Gesinnungswandel erfuhr.“ Blätznik/Kleinreich, Hans Kloepfer, S. 311.

71 Brief von Hans Kloepfer an Fred Fritsch v. 24.1.1944, UB Graz, Nachlaßsammlung, Konvolut Fritsch, I 2075.

72 Bernhard Josef Ortner: Paul Anton Keller. Leben und Werk. Graz, Phil. Diss. 1979, S. 76. Vgl. auch die materialreiche Darstellung von Kellers Biographie in der NS-Zeit, die dem Autor und seinen Selbstdarstellungen allerdings sehr gewogen zu sein scheint: Ebd., S. 63–78.

73 Liste der gesperrten Autoren und Bücher, Maßgeblich für Buchhandel und Buchereien. Wien: Ueberreuter 1946. Nachträge zur Liste der gesperrten Autoren und Bücher. Wien: Ueberreuter 1946. Vgl. zu den verbotenen Publikationen steirischer Autoren den Anhang 2.

74 Liste der auszusondernden Literatur. Hrsg. v. d. Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone. Vorläufige Ausgabe nach dem Stand vom 1. April 1946. Berlin: Zentralverlag 1946. Liste der auszusondernden Literatur. Hrsg. v. d. Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone. Erster Nachtrag nach dem Stand vom 1. Januar 1947. Berlin: Zentralverlag 1947. Liste der auszusondernden Literatur. Hrsg. v. d. Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone. Zweiter Nachtrag nach dem Stand vom 1. September 1948. Berlin: Zentralverlag 1948. Vgl. zu den verbotenen Publikationen steirischer Autoren den Anhang 2.

75 „Die Liste 1946 dürfte sehr hastig zusammengestellt worden sein: sie war voll von fehlerhaft geschriebenen Namen und Titeln und enthielt keine anderen bibliographischen Angaben als nur Autorennamen und Buch- und Reihenitel.“ Müller, Zäsuren ohne Folgen, S. 185.

mationen über die problematischen Publikationen von nationalsozialistischen Autoren zu versorgen. Die deutsche „Liste der auszusondernden Literatur“ wollte eine Hilfe zur „Durchführung der Anordnungen der Militärregierung sein, nach denen alle Schriften der Benutzung zu entziehen sind, die faschistischen oder militaristischen Inhalt haben, politische Expansionsgedanken enthalten, die nationalsozialistische Rassenlehre vertreten oder sich gegen die Alliierten wenden“.⁷⁶ In der österreichischen Liste sollten „alle Bücher und Schriften, deren Inhalt eindeutig nationalsozialistische, [!] bzw. faschistische Ideologien verfolgt, für Druck, Verkauf und Verleih gesperrt“ werden, wobei die Zusammenstellung allerdings namentlich nur jenes Schrifttum auflistet, „das weniger bekannt ist oder über dessen Beurteilung Zweifel bestehen könnten“.⁷⁷ Diese Einschränkung ist aber eine relative - „viele bekannte Namen und Titel tauchen auf, und viele der genannten Titel wurden in der NS-Zeit in hohen Auflagen herausgebracht“.⁷⁸ Trotz der einigermaßen fragwürdigen Selektionskriterien⁷⁹ war die „Liste der gesperrten Autoren und Bücher“ des österreichischen Unterrichtsministeriums doch ein praktikables Hilfsmittel für die Identifikation und Aussortierung von faschistischer Literatur.⁸⁰

Die Entnazifizierung war kurz nach Kriegsende ein erklärter kulturpolitischer Wunsch der in den vergangenen sieben Jahren verfolgten und verfemten „anderen“ Autoren in Österreich. Im ersten Heft der Zeitschrift

„Plan“ vom Oktober 1945 fordert der Herausgeber Otto Basil unter dem Titel „Vom österreichischen NS-Parnaß“:

Die großen und kleinen Schwätzer, die dem „Aufbruch der Nation“ und dem daraus sich entwickelnden Bluttausch Hymnen, Oden, Päane, Dithyramben und andere Lyrik-Kränze gewunden haben - denn bei dem Geschäft ging es verdammt klassisch zu, wie in der Walpurgisnacht! - sind Legion. Als Vorspann der deutschen Bestialität sind sie mitverantwortlich für all das, was Hitler-Deutschland der Welt angehtan hat. (Keiner versuche daher, sich jetzt zu drücken!). Man kennt sie - oder wird sie kennen: an den Pranger mit ihnen!⁸¹

Quasi als „Enthüllungs-Serie“ angekündigt, bleibt von der angedrohten Enthüllung nicht viel übrig - nach dem einleitenden Paukenschlag folgt nur noch eine - wiederum ankündigende - Notiz im Heft 5, wobei sich der Interessenschwerpunkt auf die Ermittlung der „Dunkelmänner, die ihnen in den echt österreichischen Sattel geholfen haben“,⁸² verlagert. Eine wirkliche Auseinandersetzung - auch unter Namensnennung - findet also nur im ersten Heft statt. Basil differenziert in seiner Aufzählung zwischen „Aktiven“ und „Mitläufern“. Unter jenen Autoren, die i.e.S. zur steirischen bzw. Grazer Literatur zu rechnen sind, finden sich bei der „muntersten Mannschaft“ Bruno Brehm, Robert Hohlbaum, Hans Gustl Kernmayr, unter denen, die „willig mittaten“, Karl Heinz Dworzak, Walther Hjalmar Kotas und Rudolf List.⁸³ In den österreichischen (ö) und deutschen (d) Ver-

76 Vorbemerkung. In: Liste der auszusondernden Literatur (1946), S. 3.

77 Liste der gesperrten Autoren und Bücher, S. 3.

78 Müller, Zäsuren ohne Folgen, S. 186.

79 Vgl. ebd., S. 185.

80 „So wurden in den städtischen Buchereien Wiens nach 1945 60.000 Bücher oder etwa 40 Prozent des Gesamtbestandes als faschistisches Schriftgut entfernt. Die Säuberung wurde aufgrund der offiziellen Sperrlisten durchgeführt, unter der Aufsicht einer Sichtungskommission.“ Slietel, Entnazifizierung in Österreich, S. 239.

81 [Otto Basil:] Vom österreichischen NS-Parnaß. In: Plan 1 (1946), H. 1, S. 72.

82 Vgl. [Otto Basil:] Vom österreichischen NS-Parnaß. In: Plan 1 (1946), H. 5, S. 408.

83 Vgl. Basil, Vom österreichischen NS-Parnaß (H. 1), S. 73f.

botslisten sind von den im „Plan“ inkriminierten belletristischen Autoren Bruno Brehm (ö,d), Robert Hohlbaum (ö,d), Hans Gustl Kernmayr (ö,d) und Rudolf List (d) genannt⁸⁴. Dazu kommen noch: Richard Achleitner (d), Karl Adam-Kappert (d), Rudolf Hans Bartsch (d)⁸⁵, Burghard Breitner (d), Wilhelm Czermak (d), Sepp Dobiasch (ö,d), Paul Ernst (ö,d), Georg Gaß (d), Robert Graf (d), Hélène Haluschka (d)⁸⁶, Karl Julius Haidvogel (ö), Ludwig Huna (ö), Paul Anton Keller (ö), Sepp Keller (ö), Erich Kernmayr (ö,d), Franz Kirnbauer (d), Fritz Krenn (d), Rudolf Jeremias Kreuz [!](d), Marie Moser (ö), Gottfried Nickl (ö,d), Hermann Pirich (ö,d), Heinz Reichenfelder (d), E. Salburg (ö,d), Günther Schwab (ö), Anton Steininger (d), Grete Töbich-Fink (d), Margarete Weinhandl (ö,d), Irmgard Wurmbrand (d), Kurt Ziesel. Eine zweite Gruppe bilden jene Verbote, die sich eher auf landeskundliche, historische und philosophische Abhand-

lungen beziehen.⁸⁷ Komplettverbote aller Publikationen werden nur von der österreichischen Liste ausgesprochen, betroffen sind Brehm, Dobiasch, Hohlbaum, P. A. Keller, E. Kernmayr, H. G. Kernmayr und Salburg.

Diese schon einigermaßen erkleckliche Anzahl von 30 steirischen belletristischen NS-Autoren, die auf Verbotslisten vermerkt sind, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Gesamtanzahl der publizistisch tätigen Autoren, die vor oder während der NS-Herrschaft sich im Sinn national-völkischen Gedankenguts geäußert haben und zumindest die Frühzeit des Aufstiegs der „braunen Kohorten“ sympathisierend erlebten, weit höher anzusetzen ist.⁸⁸

Im allgemeinen wurden - vor allem in Österreich - prominente NS-Autoren, die sich nach 1945 aufgrund der noch frischen Erinnerung für ein Verbot „aufdrängten“, auf die Listen gesetzt (etwa Brehm, H. G. und E. Kernmayr, P. A. Keller). Ansonsten

84 Verbote von Rudolf List: Brüm, ein deutsches Bollwerk. St. Pölten: St. Pöltn. Zeitungs-Vorabgesellschaft, 1942; Der große Gesang, Brunn: Rohrer 1942.

Eine Polemik des steirischen UB-Direktors Wolfgang Benndorf nimmt Anfang der 50er Jahre auf den „Großen Gesang“ Bezug und wirft List vor, den „Nationalsozialismus aufs tollste verherrlicht“ „als antisemitischer Schundliterat die Reaktion ihrer jüdischer Romanfiguren auf echt nationalsozialistische Rüpeln einen 'komischen Scherz' genannt“ zu haben, die „Schändung jüdischer Frechheit dichterisch geilligt und der Kummer über solche Verbrechen - von denen Sie also wußten! - in ekelerregender Weise verhöhrt“ zu haben, Wolfgang Benndorf: Die Sonne bringt es an den Tag, Offener Brief an Herrn Rudolf List (J. anber.), in: Neue Zeit (Graz) v. 8.12.1951, in einer weiteren Ausgabe (19.1.1952) verweist Benndorf auf ihm zugelegene „Entlastungsfakten“ wie Lists Konflikte mit der Gestapo und seine beschränkte Verhinderung der Neuaufgabe.

85 Die ferlerde Inzierung von „Bruder im Sturm“ seitens der österreichischen Verbotsliste wurde immerhin noch mit: „Doch was jedermann wundern dürfte, ist die rätselhafte Tatsache, daß dieser großdeutsche Naziroman des Herrn Bartsch nicht auf der Liste jener verbotenen Bücher zu finden ist, die das Unterrichtsministerium herausgegeben hat.“ -sagt: Wenn er doch geschwiegen hätte! Der Fall des Rudolf Hans Bartsch, in: Arbeiter Zeitung (Wien) v. 1.3.1946, S. 2.

86 Haluschka behauptete später in ihrem Lebensrückblick, daß sie sich die „Ungrade der Gestapo“ zugezogen habe „wegen des Mangels eines absoluten Ja und der Ablehnung einiger Erscheinungen.“ Sie habe „Eine Französin erlebt: Großdeutsche“ am Anfang des Krieges dann zurückgezogen, „weil ich mich in Leid und Not zu meiner eigenen Heimat bekennen wollte“ und habe erkennen müssen, „daß der Nationalsozialismus, so wie er sich entwickelt hatte, unmöglich mit dem Christentum vereinbar war“. Haluschka, Frauen werden nicht gefragt, S. 344.

87 Mit folgenden Autoren: Robert Baravalle (d), Anton Berger (d), Hermann A. Berger (d), Hans Detelbach (d), Franz Dietrich (d), Ernst von Dombrowski (d), Rudolf von Elmayer-Westendorff (ö,d), Viktor von Geramb (d), Heinrich Hoffner (ö,d), Manfred Jasser (ö), Kurt Langer (ö), Hermann Mahner (d), Horatio Mario Miccini (d), Josef Papesch (ö), Friedrich Pock (ö,d), Anton Rinnelen (d), Fritz Schachermayr (d), Herbert Soucek (d), Arthur Trebitsch (ö), Otto Tumlirz (d), Ferdinand Wemhandl (d), Franz Zsch (d), Komplettverbot für Jasser.

88 Aufgrund einer Datenbank steirischer Autoren ist von einer Zahl von jedenfalls mehr als hundert Autoren auszugehen, die naturgemäß völlig verschiedene Publikationsschwerpunkte aufweisen, wobei vor allem bei Feuilletonisten, Literatur- und Kulturkritikern die Abgrenzung gegenüber „reinen“ Journalisten einigmaßen schwierig ist. Vgl. Gerhard Fuchs: Datenbank steirischer Autoren, Franz-Nabl-Institut für Literaturforschung.

wurden Texte dahingehend klassifiziert, ob sie expressis verbis oder ideologisch dazu angetan waren, die NS-Propaganda in der Nachkriegszeit weiterzuführen bzw. wiederzubeleben:⁸⁹

- Literatur zum und über den Ersten Weltkrieg: Kriegserinnerungen, Kriegsschuld-diskussion (z.B. Breitner, Gaß)
- Erfahrungsberichte aus der „illegalen Kampfzeit“ der Nationalsozialisten im Ständestaat - v.a. die „Verfolgung“ in der Verbotszeit (Achleitner, Dobiasch, S. Keller, E. und H. G. Kernmayr, Steininger)
- Völkische oder nationalsozialistische Lyrik-Bände (Krenn, Nickl)
- Tagebuchaufzeichnungen und autobiographische Kriegserlebnis-Berichte aus der NS-Zeit (Dobiasch, Haluschka, E. Kernmayr, Reichenfeller)
- trivialliterarische „Heimatromane“ mit NS-Tendenzen in Figurenzeichnung und narrativer Konstruktion (Wurmbrand)
- historische Romane, die - wie „Brüder im Sturm“ von Hans Rudolf Bartsch (oder die Geschichtsromane von Brehm und Hohlbaum) - die Heraufkunft des Nationalsozialismus bzw. den Anschluß als „historisch unausweichliche und daher notwendige Geschichtsentwicklung“⁹⁰ ausgeben und die jeweiligen Perioden der Vergangenheit als „Vorspiel“ zum Endziel NS-Staat betrachten

Keine Verbote zu gewärtigen hatten hingegen jene Autoren, die, sich selbst als „unpo-

litisch“ verstehend, trotz ihrer diversen Kompromittierungen (Lesereisen⁹¹, Empfehlungslisten, Teilnahme an NS-Anthologien) nicht zu den „Hardlinern“ der NS-Propaganda gezählt hatten. Beispiele dafür sind Max Mell oder Franz Nabl, die allerdings (etwa im Gegensatz zu Paula Grogger) mit ihrer vielleicht vorhandenen inneren Mentalreservation gegenüber Teilen des nationalsozialistischen Systems nie auffällig geworden waren. Nabl und Mell, 1948 bzw. 1949 (trotz ihrer Demonstrativ-Austritte 1933) wieder in den Wiener P.E.N.-Club aufgenommen⁹² mußten sich keiner Diskussion über ihre Vergangenheit stellen. Die Ursachen für die Bereitschaft insbesondere der steirischen (und zumeist Grazer) Autoren, sich mit den Denkhaltungen des Nationalsozialismus (zumindest teilweise) zu identifizieren und sich den maßgeblichen Institutionen und Personen anzudienen, lassen sich hier nur cursorisch anreißen:

- die nationale bis völkische, auf die Vereinigung mit Deutschland ausgerichtete Denktradition in der Steiermark, der viele Intellektuelle anhängen
- das völlige Versagen der Schul- und Hochschulausbildung im Hinblick auf die Entwicklung eines politischen Bewußtseins, einer auch nur beschreibenden Terminologie für soziologische Gegebenheiten und politische Ideologien
- das Ausbleiben der Rezeption von modernen oder gar avantgardistischen Literaturentwicklungen (Jungwiener „Kaffeehaus-

89 Diese Rubrizierungen sind als idealtypische Konstrukte notgedrungen - nur Arbeitshypothesen - bei der Anwendung in Bezug auf die einzelnen Autoren kommt es zu Überschneidungen und zu definitorischen Unschärfen.

90 Paul, „Brüder im Sturm“, S. 175.

91 So etwa die 9. Berliner Dichterwoche vom 25.-30.4.1938, die - gleich nach dem Anschluß - als „Deutsch-Österreichische Dichterwoche“ von der Organisation „Kraft durch Freude“ in der Deutschen Arbeitsfront veranstaltet wurde. Dabei waren u.a. Sepp Keller, Hans Kloepler und Franz Nabl.

92 Der österreichische P.E.N. war im Juni 1947 wieder in den Internationalen P.E.N. aufgenommen worden; hatte sich allerdings in einer Piktation verpflichtet: „Die seinerzeit aus dem österreichischen P.E.N. aus politischen oder opportunistischen Gründen Ausgetretenen werden in den neuen österreichischen P.E.N. nicht wieder aufgenommen.“ Die Aufnahmen von Mell und Nabl sind vor diesem Hintergrund einigermaßen erstaunlich. Vgl. Klaus Amann: Wiederaufbau. Der österreichische PEN-Club 1945-1955. In: K. A.: Die Dichter und die Politik. Essays zur österreichischen Literatur nach 1918. Wien: Edition Falter/Deuticke 1992, S. 206f.

- literatur“, Expressionismus, Dadaismus etc.) - nicht zuletzt durch das fehlende jüdische Literaturmilieu in Graz
- der sich von der Heimatkunstabewegung herleitende Affekt gegen die „kranke“ Großstadt Wien samt Idealisierung des Landlebens, der sich durch die nationalsozialistische Aufwertung von Provinz und „Scholle“ bestätigt fühlen mußte
 - persönliche Eitelkeiten und die Genugtuung des Erfolgs von bislang „Zukurzgekommenen“
 - die katastrophale ökonomische Situation der 30er Jahre, die den Opportunismus zur Überlebensvoraussetzung für Schriftsteller werden ließ (entsprechend gesteigerte Erträge durch die Massenmedien und Verlage im „Reich“ und durch Lesereisen)

Vor allem die verbesserten Verdienstmöglichkeiten nach dem „Anschluß“ waren für viele Autoren eine große Verlockung. Einige Nachweise von Jahreseinkommen, wie sie Klaus Amann erhoben hat, illustrieren einerseits den finanziellen Vorteil, der aus der Anpassungsbereitschaft gezogen werden konnte, und andererseits die verschiedenen „Klassen“ der Profiteure:

Rudolf Hans Bartsch:

1937: 900 RM, 1940: 8.800 RM,
1941: 9.000 RM, 1942: 8.154 RM

Bruno Brehm:

1939: 41.844 RM

Paul Anton Keller:

1937: 200-300 RM, 1938: „etwa 800“ RM,
1940: 900 RM, 1941: 4.763 RM, 1942:
7.881 RM

Hans Gustl Kernmayr:

vor 1938: 12-16.000 RM, 1940: 16.037
RM, 1941: 52.466 RM, 1942: 118.563 RM⁹³

Der Vielschreiber Bruno Brehm, schon frühzeitig eifriger Anschluß-Agitator, profitierte von der Konjunktur der nationalen Literatur ebenso wie Hans Gustl Kernmayr, der als Chefdramaturg der „Wien-Film“ exorbitante Honorare einstreifen konnte - 1942 verdiente er fast das Fünffache des Oberbefehlshabers des Heeres!⁹⁴ Demgegenüber sind die Einkommenssteigerungen bei den lokalen Grazer Autoren wie Bartsch oder Keller im Vergleich zur Zeit vor dem „Anschluß“ zwar deutlich, gegenüber den „Großverdienern“⁹⁵ haben sie allerdings das Nachsehen.

Abschließend sei noch eine Strophe aus einem Gedicht von Richard Zach zitiert, welche die Problematik von Anpassung und Widerstand in der NS-Zeit aus seiner Sicht noch einmal auf den Punkt bringt:

*Bequemer wäre es gewesen,
den Kopf zu senken, klug zu lächeln,
die Knie verrenken. Demut fächeln
und kein verbotenes Buch zu lesen.*

*Die Möglichkeit stand häufig offen,
sich wirklich gut und weich zu betten,
den eigenen schönen Kopf zu retten*

93 Vgl. Klaus Amann: *Zähltag. Der Anschluß österreichischer Schriftsteller an das Dritte Reich*. 2., erw. Aufl. Bödenheim, Philo 1996, S. 203f. Als Vergleichsbasis führt Amann die jährlichen Bezüge anderer Berufsgruppen an: Arbeiter 1938/39 (1.000 bis 2.000 RM), Lehrer 1940 (2.000 bis 5.000 RM), ordentliche Universitätsprofessoren 1938 (7.500 bis 11.000 RM). Vgl. ebda. S. 202. Im Jahr 1993 dürften 1.000 RM des Jahres 1939 etwa 60.000 €S entsprechen haben. Vgl. ebda. S. 298, Fn. 708.

94 „Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteil, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht und der Chef der deutschen Polizei (= Heinrich Himmler) (1940): 28.550 RM/jährl.“ Ebda. S. 202.

95 Spitzenverdiener unter den österreichischen Autoren ist Mirko Jelencich, der in den 3 Jahren ab 1940 jährlich mehr als 150.000 RM [!] an Einkünften erzielte und der NS-Millionären zuzurechnen ist. Vgl. ebda. S. 204.

*Ich bin den anderen Weg gegangen [...]*⁹⁶

Epilog: Der Roseggerpreis

Die öffentlichen Ehrungen als Indiz für die gesellschaftliche Wertschätzung und für eine kulturpolitische Erwartungshaltung gegenüber Schreibweisen lassen sich in diesem Zusammenhang als Beleg für die Kontinuität in der personellen Besetzung des literarischen Lebens in der Steiermark lesen. Der seit 1951 vergebene „Peter-Rosegger-Literaturpreis des Landes Steiermark“ ging an folgende „Verbotsautoren“: Rudolf Hans Bartsch (1951), Bruno Brehm (1961), Hélène Haluschka (1959), Paul Anton Keller (1955), Rudolf List (1957), Josef Papesch (1963), Margarete Weinhandl (1952). Dazu kommen Schriftsteller, die aufgrund verschiedener Indikatoren (BdSÖ- oder NSDAP-Mitgliedschaft, P.F.N.-Austritt 1933) dem nationalen Lager zugerechnet werden können und die sich in unterschiedlicher Weise mit dem NS-System arrangiert hatten: Paula Grogger (1952), Kurt Hildebrand Matzak (1956), Karl Adolf Mayer (1954), Max Mell (1951), Franz Nabl (1953), Julius Franz Schütz (1954), Julius Zerzer (1956). Erst im Lauf der 60er Jahre mit dem Erstarken einer jungen Schriftstellergeneration um das „Forum Stadtpark“ wurden auch die Literaturpreise nicht mehr vorrangig an die nationalkonservative Klientel vergeben. Damit erst tritt so etwas wie ein „Paradigmenwechsel“ ein, endgültig markiert durch die (umstrittene) Verleihung des Roseggerpreises 1970 an Wolfgang Bauer.⁹⁷

96 Richard Zach: Was soll ich... In: Hawle: Geopot habe ich doch!, S. 176.

97 Vgl. Gerhard Fuchs: Der bessere Anschluß. Steirische Literatur nach 1945 – vom Provinzialismus zu Österreichs Avantgarde. In: 800 Jahre Steiermark und Österreich. 1192-1992. Der Beitrag der Steiermark zu Österreichs Größe. Hrsg. v. Öthmar Pickl, Graz: Selbstverlag der Historischen Landeskommision 1992, S. 713.

im Nationalsozialismus verbotene Publikationen
„steirischer“ Autoren

(„Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“)

Belletristische Publikationen

**Auernheimer, Raoul:

(**Sämtliche Schriften**).

Breitner, Erhard:

(**Sämtliche Schriften**). [Jahresliste 1940]

Bruckner, Ferdinand:

(**Sämtliche Schriften**).

Fischer, Ernst:

(**Sämtliche Schriften**).

**Herzl, Theodor:

(**Sämtliche Schriften**). [Jahresliste 1941]

**Karlweis, Marta:

Amor und Psyche auf Reisen. Berlin: Wegweiser-Verlag 1928.

Jakob Wassermann. Amsterdam: Querido 1935.

(**Sämtliche Schriften**). [Jahresliste 1941]

**Kaus, Gina:

(**Sämtliche Schriften**).

Köstenberger, Rudolf:

Mit der roten Armee durch Russisch-Zentralasien. Graz: Moser 1925.

Kreutz, Rudolf Jeremias:

(**Sämtliche Schriften**).

**Neumann, Robert:

(**Sämtliche Schriften**).

Roda Roda, Alexander:

Roda Roda und die 40 Schurken. Wien: Zsolnay 1932.

(**Sämtliche Schriften**). [Jahresliste 1941]

Sacher-Masoch, Leopold Ritter von:

(**Sämtliche Schriften**).

**Thiess, Frank:

Frauenraub. Berlin: Deutsche Buchgemeinschaft 1927. Potsdam: Kiepenheuer 1933.

Die Verdammten. Berlin: Kiepenheuer 1930.

Stuttgart: Engelhorn [o.J.]

**Torberg, Friedrich:

(**Sämtliche Schriften**).

Wassermann, Jakob:

(**Sämtliche Schriften**).

(Kultur-)historische, philosophische und religiöse Abhandlungen, Esoterika, Erotika

Koren, Hanns:

Volkskunde als gläubige Wissenschaft. Salzburg: Pustet 1936.

Kuehnelt-Leddihn, Erik Maria Ritter von:

Jesuiten, Spießer, Bolschewiken. Salzburg: Pustet 1933.

Maurer, Hans:

Kanzler Dollfuß. Graz: Styria 1934.

Vie et mort de Dollfuß, chancelier d'Autriche. Paris: Flammarion 1935.

Melzer, Uto. Ldler von Tapferheim:

Mehr Bibelkenntnis! München: Ludendorff-Verlag 1932.

Nonveiller, Heinz:

Die Schule der Liebe. Ein Wegweiser zur Erweckung und Steigerung der Liebeskräfte im Menschen. Pfullingen: Johannes Baum [1930].

Polzer, Wilhelm:

Sexuell-Perverse. Graz: Akademischer Verlag 1930.

Putti, Eugen von:

Leicht Geschürztes, stark Gewürztes. Wien: Kutschera 1924.

Jungferngift. Wien: Kutschera 1924.

Pikant und frech! Wien: Kutschera 1927.

Die Schaukel der Venus. Wien:

Anzengruber-Verlag 1926.

Reichenberger, Emmanuel:

Unsere Sendung in dieser Zeit. Reichenberg: Volksbund-Verlag 1936.

1 Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums. Stand vom 31. Dezember 1938 und Jahreslisten 1939-1941. Unveränderter Neudruck der Ausgaben Leipzig 1938-1941, Vaduz: Topos 1973.

Schneider, Erich Herbert:

Erhebungsbuch für den deutschen Spießer.
Wien: Lanyi 1937.

Ude, Johannes:

Soziologie. Wienacht (Schweiz): Siegfried
1931. Schaan (Liechtenstein): Alpenland
1931.

*Die Lösung der sozialen Frage durch
Christus.* Graz/Leipzig: Stocker 1932.
[Jahresliste 1941] /

Zach, Franz:

Karl der Große und seine Zeit. Rosenheim:
St. Josef-Bruderschaft 1934.
Christlich-germanisches Kulturideal.
Klagenfurt; Carinthia 1936.

** aufgrund des Aussee-Bezugs den steirischen
Autoren zugerechnet

ANHANG 2

nach dem Nationalsozialismus verbotene Publikationen steirischer Autoren

Belletristische Publikationen

Achleitner, Richard:

Die Unentwegten. Graz/Wien/Leipzig:
Stocker 1941.¹

Adam-Kappert, Karl:

Das völkische Jahr. Ein Auswahl deutscher
Vortragsdichtungen. Graz: Verlag der
Alpenland-Buchhandlung Südmark 1924.¹

Bartsch, Rudolf Hans:

Der Flieger. Berlin: Ullstein 1915.⁴
Brüder im Sturm. Graz: Stocker 1940.¹

Brehm, Bruno:

(Alles)¹
(ausgenommen): *Apis und Este.* Ein Franz-
Ferdinand-Roman. München: Piper [1931].²
(ausgenommen): *Weder Kaiser noch König.*
Der Untergang der habsburgischen
Monarchie. München: Piper 1933.¹
(ausgenommen): *Das war das Ende.*
München: Piper 1942.¹

(ausgenommen): *Auf Wiedersehen Susanne!*
München: Piper 1939.¹

(freigegeben): *Die sanfte Gewalt.* München:
Piper 1940.²

Vom Waffenstillstand zum Friedensdiktat.
Frankfurt a.M.: Diesterweg 1934.⁴
Glückliches Österreich. Jena: Diederichs
1938.¹

Über die Tapferkeit. Wien: Luser 1940.²
Im Großdeutschen Reich. Wien: Luser
1940.¹

Deutsche Haltung vor Fremden. Berlin:
Limpert 1941.²

Der König von Rügen. Karlsbad: Kraft
1942.¹

Das war das Ende. München: Piper 1942.³

Die größere Heimat. Karlsbad: Kraft 1943.²
Soldatenbrevier. Wien/Leipzig: Scheuer-
mann 1943.³

Tag der Erfüllung. Wien: Wiener Verlag
1944.¹

Breitner, Burghard:

Feige Soldaten. Wien: Braumüller 1922.⁵

Die Flucht. Darmstadt: Hofmann 1929.²

Unverwundet gefangen. Aus meinem sibirischen
Tagebuch. Darmstadt: Hofmann
1935.⁵

Czermak, Wilhelm:

Krieg im Stein. Die Menschenmühle am
Isonzo. Berlin: Frundsberg-Verlag 1936.¹

In deinem Lager war Österreich. Breslau:
Korn 1938.²

Dobiasch, Sepp:

(Alles)¹

Volk auf dem Amboß. Kampfabschnitt
Österreich 1933 bis 1935. Reichenau:
Schneider 1936.¹

Kaiserjäger im Osten. Reichenau:
Schneider 1936.¹

Sonne, Wind und Weite. Berlin: Limpert
1938.¹

Jugend vor 1914. Berlin: Limpert 1939.¹

Gebirgsjäger auf Kreta. Berlin: Limpert
1942.²

- (einstellen:) *Der schmale Weg zum Glück*. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1904.²
- (einstellen:) *Demetrius*. Tragödie in fünf Akten. Leipzig: Insel 1905.²
- (einstellen:) *Brühild*. Trauerspiel in drei Aufzügen. Leipzig: Insel 1909.²
- (einstellen:) *Der Tod des Cosimo*. Berlin: Meyer & Jessen 1912.²
- Preußengeist*. Schauspiel in drei Aufzügen. Leipzig: Reclam [1915]. (= Reclams UB. 5796.)¹
- Der Zusammenbruch des Marxismus*. München: Müller 1919.¹⁵
- (einstellen:) *Komödiantengeschichten*. München: Müller 1920.²
- Geist werde wach!* Ein Aufruf zur Revolution. München: Müller 1921.²
- Zusammenbruch und Glaube*. München: Beck 1922.²
- Der Zusammenbruch des Liberalismus*. [verm. recte: Deutschen Idealismus]. 3. Aufl. München: Langen-Müller 1931. (= Gesammelte Werke. 2. 4.)¹
- Der Zusammenbruch des Deutschen Idealismus*. München: Langen-Müller 1931. (= Gesammelte Werke. 2. 4.)¹
- Ein Credo*. München: Langen-Müller 1935. (= Gesammelte Werke. 2. 2.)¹²
- Das Kaiserbuch*. 3 Bde. München: Langen-Müller 1935-36.¹
- Grün aus Trümmern*. München: Langen-Müller [1937]¹²

Gaß, Georg:

Achter Ulanen. Leipzig: Steyrermühl 1934.²

Graf, Robert:

Erinnerungen. Graz: Leykam 1940.¹

Graf, Robert/Matzak, Kurt/Hildebrand:

Kameradschaft steirischer Künstler und Kunstfreunde. Graz: Selbstverlag Kameradschaft 1940.⁴

Grilliet [Haluschka], Hélène:

Eine Französin erlebt Großdeutschland. Tagebuchblätter vom 12.2. bis 11.4.1938. Graz: Moser 1938.²

Haidvogel, Karl Julius:

Die Pfeiler Gottes. Wien: Wiener Verlagsgesellschaft 1942.¹

Hohlbaum, Robert:

(**Alles**)¹

Heldische Prosa. Leipzig: Reclam 1934.¹

Der Held von Kolberg. Stuttgart: Loewe 1935.²

Die Ahnen des Bolschewismus. Herrsching. Deutscher Hort-Verlag 1937.²

Das letzte Gefecht. München: Langen-Müller 1943.²

Front der Herzen. Berlin: Bischoff 1944.²

Huna, Ludwig:

Wunder am See. Leipzig/Zürich: Grethlein 1930.²

Keller, Paul Anton:

Der klingende Brunn (München: Langen-Müller 1938) und **alles** andere¹

Keller, Sepp:

Das ewige Leben. Jena: Diederichs 1937.¹

Zwischen Nacht und Tag. Jena: Diederichs 1938.²

Kernmayr, Erich (Knud):

(**Alles**)¹

Spanien in Flammen. Wien: Deutscher Turnerbund 1936.²

Genosse, Du hast das Wort...! Wien: Günther 1937.²

Der Tag unseres Lebens. Roman eines österreichischen Arbeiters. Berlin/Wien/Leipzig: Zsolnay 1938.²

Fahne im Sturm. Wien: Deutscher Verlag für Jugend und Volk 1941.²

Lothringen. Metz: Pflieger 1942.⁴

Kernmayr, Hans Gustl:

Kamerad Schnürschuh. Berlin: Verlag für Kulturpolitik 1935.²

Ein Volk kehrt heim (Berlin: Deutscher Verlag 1938)¹² und **alles** andere¹

Der gläserne Berg. Berlin: Die Wehrmacht 1941.²

Kirnbauer, Franz:

Lieder für den sudetendeutschen Braunkohlen-Bergmann. Hartenstein: Matthes 1942.¹

- Lieder für den Erz-Bergmann.* Hartenstein: Matthes 1942.¹
- Lieder für den Kali-Bergmann.* Hartenstein: Matthes 1943.²
- Krenn, Fritz:
Heimkehr ins Reich. Gedichte eines alten Ostmarkkämpfers. Radolfzell: Heim-Verlag 1938.³
- Kreutz, Rudolf Jeremias:
Preissträger Gottes. Berlin: Osterheld 1935.⁴
- List, Rudolf:
Brünn, ein deutsches Bollwerk. St. Pölten: St. Pöltner Zeitungs-Verlagsgesellschaft 1942.⁵
- Der große Gesang.* Brünn: Rohrer 1942.⁶
- Maix, Kurt:
(Alles)¹
- Moser, Marie:
Von Starken, Tapferen und Treuen. Wien: Deutscher Verlag für Jugend und Volk 1942.
- Nickl, Gottfried:
Im Westen nichts Neues und sein wahrer Sinn. Graz: Stocker 1930.²
- Deutschland, wir glaubten an dich.* Gedichte aus Deutschösterreichs Not-, Verbot- und Befreiungszeit. Graz: Stocker 1938.¹³
- Pirich, Hermann:
Die verrufene Insel. Eine Erzählung aus deutschem Grenzland. Berlin: Verlag Die Heimbücherei 1939.¹
- Wir sind gerade dabei.* Erlebnisse und Randbemerkungen eines Kriegsberichters zwischen Gibraltar und Leningrad. Berlin: Verlag Die Heimbücherei 1944.²
- Reichenfelder, Heinz:
Sie folgten dem Ruf des Führers. Graz: Steirische Verlags-Anstalt 1941.³
- Salburg, Edith Gräfin:
Conrad von Hötzingdorf, der Preuße Österreichs (Leipzig: Koehler 1935) und **alles andere**¹
- Ungeschriebene Briefe aus St. Martin de Ré.* Leipzig: Hammer-Verlag 1925.⁴
- Im Marokkaner-Zuchthaus.* Dresden: Seyfert 1931.⁵
- Sohn zweier Rassen.* Berlin: Schlieffen-Verlag 1932.⁶
- Der Tag des Ariers.* Berlin: Schlieffen-Verlag 1934.⁷
- Kamerad Susanne.* Dresden: Heyne 1936.⁸
- Deutsch zu Deutsch.* Leipzig: Koehler & Amelang 1938.⁹
- Eine Landflucht.* Leipzig: v. Hase & Kochler 1939.⁴
- Schopper, Hanns E.:
Hochzeit der Erde [?] und **alles andere.**¹
- Schwab, Günther:
(Einleitung zu:) *Österreich. Die deutsche Ostmark.* Berlin: Specht 1938.¹
- Steininger, Anton [Sturm, Walter]:
Österreich unter dem Gummiknüppel. Gotha/Leipzig: Reißerweber 1933.¹
- Brücken von Volk zu Volk.* Graz: Stocker 1938.²
- Aufbruch ins Reich.* Österreichs Freiheitskampf im Erlebnis. Graz: Stocker 1939.³
- Trotz Verbot nicht tot.* Bilder aus dem illegalen Kampf um Österreichs deutsche Heimat. Graz: Stocker 1939.⁴
- Rebellen für Deutschland.* Bilder aus dem illegalen Kampf um Österreichs deutsche Freiheit. Graz: Stocker 1941.⁵
- Im Schatten des Kilimandscharo.* Bremen: Burmeister 1941.⁶
- Töbich-Fink, Margarete [auch Fink-Töbich, Grete]:
Das ungeteilt Herz. Leipzig: Lipsia 1944.⁷
- Weinhandl, Margarethe:
Und deine Wälder rauschen fort. Kindheit in Untersteier. Graz: Leykam 1943.¹³
- Wurmbrand, Irmgard:
Wetterleuchten um Barbara. Salzburg: „Das Bergland-Buch“ 1940.¹
- Ziesel, Kurt:
(Alles)¹
- Stunden der Wandlung.* Wien: Luser 1940.²
- Unsere Kinder.* Wien: Wiener Verlagsgesellschaft 1941.³

Der Vergessene. Wien: Wiener Verlagsgesellschaft 1941.²
(Hrsg.): *Krieg und Dichtung*. Wien: Wiener Verlag 1943.³

Landeskundliche, (kultur-)historische und philosophische Abhandlungen

Baravalle, Robert:

Deutschland braucht seine Kolonien.
Graz/Leipzig: Stocker 1939.³

Berger, Anton:

Über die militärischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten Deutschlands und Österreichs. Graz/Leipzig/Wien: Moser 1923.³

Berger, Hermann:

Christentum und Materialismus. München: Ludendorff 1937.³
Kleiner Kulturspiegel des heutigen Arztiums nach Zeitschriftenstimmen des letzten Jahrzehnts. Jena: Fischer 1941/42.³

Detelbach, Hans:

Genialisierung der Macht. Die deutsche Aufgabe in Europa. München: Langen/Müller 1933.³
Die inneren Mächte. Bekenntnisse und Bekenner. Salzburg: Pustet 1940.³

Noe Secundus [Franz Dietrich]:

Die apokalyptische Welt-Revolution. Wien: Mickl 1920.³

Dombrowski, Ernst von:

Es leben die Soldaten. Bunkerschmuckblätter. Hrsg. v. d. Armee Busch. Stuttgart: Stähle & Friedel 1943.³

Elmayer-Vestenbrugg, Rudolf von [Elmar

Vinibert von Rudolf:]

Rätsel des Weltgeschehens. München: Eher 1937.³
Totengräber der Weltkultur. Der Weg des jüdischen Untermenschentums zur Welt-herrschaft. München: Eher 1937.³
Der Judenspiegel. München: Eher 1938.³
Heldenkämpfe in unseren Kolonien. Leipzig: v. Hase & Koehler 1939.³

Unsere Kolonien. Leipzig: v. Hase & Koehler 1940.¹¹

Georg Ritter von Schönerer, der Vater des politischen Antisemitismus. München: Eher 1942.³

Geramb, Viktor von /Herzog, Wilhelm /Hoffer, Wilhelm /Janeschitz-Kriegl, Robert /Mayer, Robert /Mörth, Erich /Morawetz, Sieghard/ Pirchegger, Hans /Scharfetter, Rudolf:

Steiermark. Raum und Leben. Graz: Steirische Verlagsanstalt 1943.³

Hoffer, Heinrich (Hrsg.):

Umbruch (3 Bde. Graz: Alpenland-Buchhandlung Südmark 1942ff.)¹
Charakter und Schicksal. Graz: Alpenland-Buchhandlung Südmark 1944.²

Jasser, Manfred (Hrsg.):

Graz, die Stadt der Völkserhebung (Graz: Gaupropagandaamt 1938)¹¹ und **alles andere**

Langer, Norbert (Hrsg.):

Volk an der Grenze. Jena: Diederichs 1937.²
Die deutsche Dichtung seit dem Weltkrieg. Von Paul Ernst bis Hans Baumann. Karlsbad/Leipzig: Kraft [1940].²

Mahnert, Hermann:

Ein Weg zur Gemeinschaft. Wien: Luser 1938.³

Micolini, Renato Mario:

Ugo Foscolos Kampf für die nationale Idee in Italien. Graz: Verlag der Lehranstalt Dr. Micolini 1945.³

Papesch, Joseph:

Fesseln um Österreich. Hamburg: Hanseatische Verlags Anstalt 1933.³

Pock, Friedrich:

Grenzwacht im Südosten. Graz/Wien: Leipzig: Alpenland-Buchhandlung Südmark 1940.³
Spielmann im Harnisch. Dichter und Kämpfer der Ostmark. Salzburg/Leipzig: Puster 1941.¹⁴

Rintelen, Anton:

Erinnerungen an Österreichs Weg.

München: Bruckmann 1941.³

Schachermeyr, Fritz:

Lebensgesetzlichkeit in der Geschichte.

Frankfurt a. M.: Klostermann 1940.³

Soucek, Herbert:

Steiermark begrüßt die Hitlerurlauber. Graz:

NSDAP-Gauleitung für Volkswohlfahrt
1939. ⁴Deutscher Verlag für Jugend und
Volk 1941.⁴

Trebtsch, Arthur:

Geist und Judentum. Wien, Leipzig: Strache
1919.³

Arische Wirtschaftsordnung. Leipzig:

Antaios-Verlag 1925.⁵

Der Dichter, der Denker, der Redner, der

Arier. Leipzig: Antaios-Verlag 1926.⁵

Tumlirz, Otto:

Abriss der Jugend- und Charakterkunde.

Leipzig: Klinckhardt 1943.⁴

Weinhandl, Ferdinand:

Philosophie - Werkzeug und Waffe.

Neumünster: Wachholtz 1940.³

Zach, Franz:

Geschichte des Weltkrieges. Klagenfurt: St.
Josef-Bücherbruderschaft 1917.³

Auf der Wetterwarte der Zeit. Klagenfurt:

Merkel 1919.³

Das Rätsel des russischen Bolschewismus.

Klagenfurt/Rosenheim: St. Josef-Bücher-
bruderschaft 1934.³

Anthologien

Bund deutscher Schriftsteller Österreichs

(Hrsg.):

Bekennnisbuch österreichischer Dichter.

Wien: Krystall 1938.³

Gesänge der Ostmark. Leipzig: Reclam 1938.³

Zeitschriften/Kalender/Propagandaschriften/ Reihen

Steirischer Bauernkalender.

Graz: Reichsnährstand, Zweigniederlassung
Südmark.³

Südmärkischer Bauernkalender. Graz:

Reichsnährstand, Zweigniederlassung Südmark.
Ab Jg. 1939 verboten.³

Marburg, deutsche Stadt im Süden. Hrsg. v.

Reichspropagandamt Steiermark. Graz: NS-
Gaudruckerei 1941.⁴

Das Joanneum. Bd 4: Verwaltung, Wirtschaft

und Technik. Graz: Steirische Verlagsanstalt
1941.³

Steiermark. Bearb. v. Gaupresseamt Steiermark

der NSDAP. Berlin: Duncker & Dünnhaupt
1942.³

Der Ennstaler. Gröbming: Wallig. Verboten ab

1939.³

Ostmark-Jahrweiser. Graz/Wien/Leipzig:

Leykam.³

Untersteirischer Kalender. Marburg a.d. Drau:

Marburger Verlagsges. und Druckerei o.J.³

- 1 Liste der gesperrten Autoren und Bücher. Maß-
geblich für Buchhandel und Buchereien. Hrsg.
v. Bundesministerium für Unterricht. Wien.
Ueberreuter 1946. [Fehlende bibliographische
Angaben wurden nach Möglichkeit ergänzt und
korrigiert]

2. Nachträge zur Liste der gesperrten Autoren und Bücher. Wien: Ueberreuter 1946. [Fehlende bibliographische Angaben wurden nach Möglichkeit ergänzt und korrigiert]
3. Liste der auszusondernden Literatur. Hrsg. v. d. Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone. Vorläufige Ausgabe nach dem Stand vom 1. April 1946. Berlin: Zentralverlag 1946.
4. Liste der auszusondernden Literatur. Hrsg. v. d. Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone. Erster Nachtrag nach dem Stand vom 1. Januar 1947. Berlin: Zentralverlag 1947.
5. Liste der auszusondernden Literatur. Hrsg. v. d. Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone. Zweiter Nachtrag nach dem Stand vom 1. September 1948. Berlin: Zentralverlag 1948.

Die Justiz in Graz 1938 - 1945.

Dieser Beitrag stellt einen ersten Versuch dar, die Entwicklungen im Bereich der Grazer Justiz in der Zeit des Nationalsozialismus nachzuzeichnen. Da noch viele wissenschaftliche Vorarbeiten zu diesem Thema fehlen, kann hier keine erschöpfende Darstellung geboten werden, die alle Facetten umfassend ausleuchtet. Trotzdem soll hiemit ein erster kompakter Einblick eröffnet werden, der zumindest die Hauptpunkte der Geschehnisse anreißt und darüber hinaus einen Blick auf den Gesamtzustand der Justiz in der Zeit des Nationalsozialismus eröffnet.¹

Die Umbrüche im März 1938

Im Gefolge des Anschlusses kamen auch auf die Grazer Justizbehörden große Veränderungen zu - zunächst vor allem in personeller Hinsicht. Dazu ist es fürs erste nötig, einen Blick auf die Justizorganisation kurz vor den entscheidenden Märztagen des Jahres 1938 zu werfen. Laut den erhalten gebliebenen Amtskalendern waren kurz vor dem Anschluß bei den Gerichten in Graz 83 Richter und 10 Staatsanwälte beschäftigt. Die Gerichtsorganisation war im wesentlichen wie heute strukturiert. Allerdings gab es auf der untersten Ebene - im Gegensatz zu heute - zwei Bezirksgerichte für Zivilrechtssachen. Während das Bezirksgericht Graz I, das für den Bereich der Stadt Graz zuständig war, im Justizpalast in der Nelkengasse untergebracht war, residierte das Bezirksgericht für Zivilrechtssachen

Graz II, dem die Grazer Umgebungsge-
meinden zugeordnet waren, in der Ra-
detzkystraße 27. Diesen beiden Gerichten
übergeordnet war das Landesgericht für
Zivilrechtssachen, das - wie heute - im
Justizpalast angesiedelt war. Auch im
Bereich der Strafjustiz gab es schon damals
das Bezirksgericht für Strafsachen in der
Paulustorgasse 15 und das Landesgericht
für Strafsachen in der Conrad-von-Hötzen-
dorf-Straße. An der Spitze der Gerichts-
organisation der Bundesländer Steiermark
und Kärnten stand das im Justizpalast unter-
gebrachte Oberlandesgericht. Als Anklage-
behörde fungierte die Staatsanwaltschaft
Graz, der die Oberstaatsanwaltschaft für
Steiermark und Kärnten übergeordnet war.²

Wichtige Weichenstellungen für den perso-
nellen Umbruch nach dem Anschluß waren
schon in den Monaten davor von national-
sozialistisch gesinnten Grazer Juristen in
die Wege geleitet worden. Nach dem histo-
rischen Treffen zwischen HITLER und dem
österreichischen Bundeskanzler SCHUSCH-
NIGG auf dem Obersalzberg am 12. Februar
1938 wurde am 19. Februar 1938 die
Betätigung der bis dahin illegalen National-
sozialisten innerhalb der damaligen
Einheitspartei „Vaterländische Front“ offi-
ziell erlaubt. Sie konnten sich nun auch
nach außen hin offen als Nationalsozialisten
zu erkennen geben und agieren. Dazu muß
bemerkt werden, daß es bereits seit 1936
innerhalb der „Vaterländischen Front“ ein
sogenanntes „Volkspolitisches Referat“
gab, das als Vorfeldorganisation für

1 Für wertvolle Hinweise und Gespräche bin ich folgenden Personen zu Dank verpflichtet: Univ.-Prof. Dr. Hermann Balll, Dr. Thomas Hofmann (OLG Graz), Mag. Harald Knoll und Dr. Martin Polaschek.

2 Vgl. dazu die Angaben im Adressenbuch der Landeshauptstadt Graz, Graz 1938, S. 31 ff.

deutschnational Gesinnte diente. Im Rahmen dieses Volkspolitischen Referats, das in der Steiermark von Prof. Dr. Ing. Armin DADIEU³ geleitet wurde, war für die Belange der Justiz der am Grazer Landesgericht für Zivilrechtssachen tätige Richter Dr. Fritz MELDT⁴ eingesetzt. MELDT war im Rahmen seiner Tätigkeit als Kurator der evangelischen Heilandskirche⁵ mit DADIEU in näheren Kontakt geraten und hatte ab Ende 1937 Vertrauensmänner in den einzelnen Gerichten ernannt. Die nationalsozialistisch gesinnten Juristen hatten sich zudem bereits zu Ende des Jahres 1937 unter der Führung des Grazer Rechtsanwaltes Dr. Oskar WIDOWITZ zum illegalen „Rechtswahrerbund“ zusammengeschlossen, bei dem auch MELDT eine führende Rolle spielte.⁶

Ende Februar 1938 wurde nun über Anweisung von Armin DADIEU und Mitwirkung von Fritz MELDT eine Liste an das Landesgericht und einzelne Bezirksgerichte weitergeleitet, die später kurz als „Dadieu-Liste“ bezeichnet wurde und in der sich die Richter und Justizbeamten mit ihrer Unterschrift

zur NSDAP - Weltanschauung bekennen sollten. Mit der Unterschrift sollte nicht nur ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus - also zu einem damals illegalen Parteiprogramm - abgelegt werden, sondern damit war auch eine Unterwerfung unter Adolf HITLER, also einem ausländischen Staatsoberhaupt, verbunden. Aus diesen Gründen untersagte der damalige Präsident des Oberlandesgerichtes, Dr. Theobald KÖNIG⁷, sofort nach Kenntnisnahme die weitere Auflegung der Liste, was allerdings durch Eintragungen außerhalb der Gerichtsgebäude umgangen wurde. Im Endergebnis haben sich damals - nach Angaben von Fritz MELDT - rund 88 Prozent der Richter in diese Liste eingetragen. Richter, die die Unterschriftsleistung verweigerten, hatten nach dem Anschluß mit dienstlichen Nachteilen zu rechnen.⁸

Ab Samstag, dem 12. März 1938 - dem Tag des Einmarsches der deutschen Truppen in Österreich⁹ - vollzog sich schrittweise die Wachablöse in den Spitzenpositionen der Grazer Justiz, wobei allerdings die ersten Schritte noch kein zielgerichtetes Vorgehen

3 DADIEU, geb. 1901 in Marburg, evangelisch, seit 1932 Professor an der Technischen Hochschule Graz, wurde nach dem Anschluß „Gauhauptmann“ und damit Stellvertreter von Gauleiter UBERREITHER. Er starb 1978 in Graz. Vgl. dazu Stefan Karner, *Massgebende Persönlichkeiten 1938 in Graz*, in: *Graz 1938. Historisches Jahrbuch der Stadt Graz*, Bd. 18/19, 1988 (=Karner, *Persönlichkeiten*), S. 386.

4 Dr. Fritz (Friedrich) MELDT, geb. am 18.8.1885 in Sofia (Bulgarien), evangelisch, die Familie stammte allerdings aus Kronstadt (Siebenbürgen) und zählte zur Volksgruppe der Siebenbürger Sachsen, nach Besuch des Gymnasiums in Hermannstadt ab 1905 Jusstudium in Graz, ab 1910 im Justizdienst, seit 1937 Oberlandesgerichtsrat und Senatsvorsitzender am Landesgericht für Zivilrechtssachen, Steiermärkisches Landesarchiv (= SLA), CLG Graz, Personalakt Meldt. Vgl. dazu auch Horst Brade, *Die Präzedenz des Oberlandesgerichtes Graz*, in: *140 Jahre Oberlandesgericht. 100 Jahre Justizpalast Graz*, Festschrift, Graz 1994 (= Brade, *Präsidenten*), S. 54 - 57.

5 MELDT fungierte von 1932 bis 18.12.1938 als Kurator und bemühte sich dabei insbesondere um die Gründung einer evangelischen Frauenoberschule, in der dann ab Oktober 1936 eine Reihe gemeindefreier Nationalsozialisten als Lehrpersonen angestellt wurden. Vgl. dazu Julius Wallner (Hg.), *Die Geschichte der Evangelischen Gemeinde Graz Heilandskirche*, Graz 1958, S. 110 ff., u. 172; Helmo Begusch, *Von der Toleranz zur Ökumene*, in: *Kirchengeschichte der Steiermark*, hrsg. von Karl Anton u. Maximilian Liebmann, Graz-Wien 1997, S. 543 - 563.

6 Vgl. dazu SLA, LG Graz, 1 Wr 13/45, Urteil v. 17.11.1948, S. 2.

7 Dr. Theobald KÖNIG, geb. 1869 in Kronsdorf (Schlesien), Jus-Studium in Graz, seit 1895 im Gerichtsdienst, ab 1905 Staatsanwalt, seit 15.9.1934 Präsident des Oberlandesgerichtes Graz, Vgl. dazu Brade, *Präsidenten*, S. 53 f.

8 Beim Volksgerichtshofprozeß nach dem Zweiten Weltkrieg führte gerade diese Auflegung der Dadieu-Liste zu einem Schuldspruch gegen MELDT. Vgl. dazu SLA, LG Graz, 1 Wr 13/45, S. 31 u. Urteil v. 17.11.1948. Dazu auch Brade, *Präsidenten*, S. 55.

9 Zu den historischen Gründen vgl. insbesondere Hermann Hagspiel, *Die Ostmark. Österreich im Großdeutschen Reich 1938 bis 1945*, Wien 1995, S. 17 - 24.

zeigten. Denn zunächst wurde bereits in den Morgenstunden des 12. März der damalige Präsident des Landesgerichtes für Strafsachen, Dr. Arthur WOLFF¹⁰, von einer bewaffneten SA-Patrouille festgenommen und mehrere Stunden in der Polizeidirektion festgehalten; dann aber wieder ohne weiteres Verhör freigelassen.¹¹

Am Abend dieses Tages traten dann allerdings mehrere Personen - darunter auch Rechtsanwalt Dr. Oskar WIDOWITZ, an Fritz MELDT heran, die Leitung des Oberlandesgerichtes zu übernehmen und gleichzeitig sämtliche Gerichtspräsidenten ihres Amtes zu entheben bzw. zu beurlauben. Gleichzeitig wurde dem bis dahin tätig gewesenen Präsidenten des Oberlandesgerichtes - Dr. Theobald KÖNIG - am Sonntag dem 13. März 1938 - von Oskar WIDOWITZ unmißverständlich nahegelegt seinen Rücktritt zu erklären, da er im neuen Staat nicht mehr tragbar sei. Präsident Dr. KÖNIG konnte nicht umhin, den veränderten Fakten Rechnung zu tragen und unterschrieb noch am selben Tag seine Rücktrittserklärung.¹² Die offizielle Wachablöse an der Spitze der Grazer Justiz konnte dann am nächsten Tag - dem 14. März 1938 - über die Bühne gehen. Nachdem Fritz MELDT zuvor noch die ausdrückliche Genehmigung des Justizministeriums in Wien eingeholt hatte, übernahm er vorläu-

fig als „kommissarischer Leiter“ die Führung des Oberlandesgerichtes Graz. Erst acht Monate später - im November 1938 - wurde dann MELDT vom Führer offiziell zum Oberlandesgerichts-Präsidenten ernannt, wobei die feierliche Amtseinführung mit einem großen Festakt im Grazer Stefaniensaal am 17. Dezember 1938 stattfand.¹³

MELDT begann allerdings unmittelbar mit seinem Amtsantritt am 14. März 1938 mit den ersten personellen Veränderungen unter der Grazer Richterschaft. So wurde noch am selben Tag der Präsident des Landesgerichtes für Strafsachen, Dr. Arthur WOLFF, telefonisch angewiesen, sein Amt niederzulegen und die Geschäfte vorläufig an den an diesem Gericht tätigen Vizepräsidenten Dr. Friedrich MARINITSCH zu übergeben.¹⁴ MARINITSCH mußte jedoch in der Folge die Gerichtsleitung bald an Rudolf WALLAND¹⁵ abgeben und wurde seinerseits zunächst zum Oberlandesgericht versetzt, ehe er schließlich zum Präsidenten des Landgerichtes Klagenfurt ernannt wurde. Erst Wochen später wurde Dr. WOLFF nahegelegt, aus eigenen Stücken um den vorzeitigen Ruhestand anzusuchen, was ihm dann Ende Mai 1938 zunächst mit vollen Bezügen bewilligt wurde. Im November wurde dann sein Ruhegehalt auf die Hälfte herabgesetzt.¹⁶

10 Dr. Arthur WOLFF; geb. 1877 in Agram, Studium in Graz, seit 1899 im Justizdienst, von 1912 bis 1934 als Staatsanwalt, seit 14.11.1934 Gerichtspräsident, Oberlandesgericht Graz (= OLG), Personalakt Wolff.

11 StLA, LG Graz, 1 Wr 13/45, Aussage von Dr. Arthur WOLFF v. 10.11.1945.

12 Amtsverfügung v. 13.3.1938, StLA, OLG Graz, Personalakt Dr. Meldt. Dr. Theobald KÖNIG nahm vorläufig Urlaub und wurde dann Ende März bei vollem Ruhegehalt in den dauernden Ruhestand versetzt. Ende September 1938 wurde dies in eine Pensionierung mit halbem Ruhegehalt umgewandelt. Dr. KÖNIG wurde 1946 rehabilitiert und rückwirkend mit 1. 1. 1938 in den Ruhestand versetzt. Vgl. dazu Brade, Präsidenten, S. 54.

13 Vgl. Kleine Zeitung v. 24.11.1938, S. 6 u. v. 19.12.1938, S. 8; Amtsblatt für die Justizbehörden im Lande Österreich 1938, S. 170.

14 StLA, LG Graz, 1 Wr 13/45, Aussage von Dr. Arthur WOLFF v. 10.11.1945.

15 Rudolf WALLAND; geb. 1877 in Krainburg, Studium in Graz, zunächst im Militärjustizdienst, 1924 Richteramtprüfung, seit 1936 Senatsvorsitzender und Oberlandesgerichtsrat (= OLG-R) am Landesgericht für Strafsachen, OLG, Personalakt Walland.

16 WOLFF wurde 1945 reaktiviert und am 3.6.1946 wieder als Präsident des Landesgerichtes für Strafsachen eingesetzt. 1949 trat er in den Ruhestand. OLG, Personalakt Wolff; StLA, LG Graz, 1 Wr 13/45, Aussage von Dr. Arthur WOLFF v. 10.11.1945. Vgl. auch die Meldung in der Tagespost v. 13.11.1938, S. 5.

Auch beim Bezirksgericht für Strafsachen wurde der damalige Vorsteher Dr. Emil STEINER¹⁷ sofort vom Dienst enthoben und durch Dr. Franz REICHL¹⁸ ersetzt. Einfacher gestaltete sich die Ablöse bei den Grazer Zivilgerichten. Beim Landesgericht für Zivilrechtssachen wurde Dr. Gustav TAMELE¹⁹ als kommissarischer Leiter eingesetzt, während die Vorsteher der beiden Grazer Bezirksgerichte für Zivilrechtssachen - Dr. Richard KRISCH²⁰ und Dr. Rudolf PECHAN²¹ - ihre Posten behalten konnten.

Die „Säuberungen“ in der Grazer Richterschaft

In den folgenden Wochen und Monaten erfolgte eine eingehende Überprüfung und teilweise „Säuberung“ der Grazer Richterschaft, die dann durch die „Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums“ vom 31. Mai 1938 rechtlich abgesichert wurde.²² Demnach konnten alle „fremdrassigen und politisch unzuverlässi-

gen“ Beamten entlassen werden, damit ein „sauberer, nationalsozialistisch ausgerichteter, dem Führer ergebener und dem Großdeutschen Reiche und Volke verbundener Beamtenkörper“ geschaffen werden konnte. Die konkreten Maßnahmen - also die Außerdienststellungen wurden allerdings zum Großteil schon in den Tagen nach dem Anschluß vollzogen, wobei in der Praxis einfach die betroffenen Richter mehr oder weniger genötigt wurden, Pensionsgesuche einzureichen.²³

An dieser Stelle sei auch angemerkt, daß gleichartige Säuberungsmaßnahmen sowohl gegen die übrigen Justizbediensteten als auch gegen Rechtsanwälte, Verteidiger, Notare, fachmännische Laienrichter und Sachverständige ergriffen wurden. Für die Durchführung der Maßregelungen war der Staatskommissär beim Reichsstatthalter in Wien, SS-Standartenführer Dr. Otto WÄCHTER, zuständig. Alle betroffenen Berufsgruppen mußten zu diesem Zweck detaillierte Fragebögen ausfüllen und darin

17 Dr. Emil STEINER, geboren 1890 in Graz, seit 1920 Richter in Graz, ab 1931 Oberlandesgerichtsrat, war seit 1934 Gerichtsvorsteher. Würde mit Bescheid v. 15.9.1938 mit 3/4 des Ruhegenusses in den Ruhestand versetzt; 1943 - 1945: Angestellter bei Elin Weiz; 13.7.1945: Wiedereintritt in den Justizdienst, ab 1947 Vizepräsident des Landesgerichtes für Strafsachen, 1948 verstorben. OLG, Personalakt Steiner. 17 Dr. Emil STEINER, geboren 1890 in Graz, seit 1920 Richter in Graz, ab 1931 Oberlandesgerichtsrat, war seit 1934 Gerichtsvorsteher. Würde mit Bescheid v. 15.9.1938 mit 3/4 des Ruhegenusses in den Ruhestand versetzt; 1943 - 1945: Angestellter bei Elin Weiz; 13.7.1945: Wiedereintritt in den Justizdienst, ab 1947 Vizepräsident des Landesgerichtes für Strafsachen, 1948 verstorben. OLG, Personalakt Steiner.

18 Franz REICHL, geboren 1885 in Haag (Niederösterreich), Studium in Wien, ab 1911 im Justizdienst, zunächst beim Kreisgericht Leoben, ab 1923 beim BG für Strafsachen Graz, ab 1925 beim Landesgericht für Zivilrechtssachen. Er war bereits vor 1938 legales NSDAP-Mitglied, später Vorsitzender des Sondergerichtes Graz. OLG, Personalakt Reichl. St.A. LG Graz, 13.Vr.1945, Beilage: Bezirksberatungskommission Graz-Stadt zur Säuberung von Nationalsozialisten, Bericht v. 7.1.1947.

19 Dr. Gustav TAMELE, geboren 1891 in der Slowakei, war bis 30.4.1939 als kommissarischer Leiter tätig. Danach fungierte er bis Juni 1942 als Präsident des Landgerichtes Leoben, ehe er als Senatspräsident zum Reichsgericht in Leipzig versetzt wurde. Ab Mitte 1943 war er dann OLG-Präsident in Wien. OLG, Personalakt Tamele.

20 Dr. Richard KRISCH, geboren 1908, Studium in Wien; seit 1919 Richter in Graz; seit 1936 Vorsteher des BG f. ZRS Graz II; 1945 kurzzeitig verhaftet; 1946 Richter am Landesgericht Klagenfurt, 17.8.1946 Dienstenthebung, 1948 Wiedereinstellung zunächst beim LG f. ZRS Graz, dann beim Oberlandesgericht, 1953 Pensionierung. OLG, Personalakt Krisch.

21 Dr. Rudolf PECHAN, geboren 1882 in Reichenberg (Böhmen), Studium in Wien, seit 1905 im Justizdienst, 1923 Oberlandesgerichtsrat, ab 1936 Vorsteher des BG f. ZRS Graz I, ab 1939 beim Oberlandesgericht, 1946 Dienstenthebung, 1947 Wiedereinstellung, 1949 Pensionierung. OLG, Personalakt Pechan.

22 RGBl. I, S. 607/1938.

23 Vgl. dazu Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933 - 1940. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 28, München 1988 (= Gruchmann, Justiz), S. 173 f.

vor allem ihre bisherige politische Betätigung anführen; aber auch die Abstammung bis zu den Großeltern war genau darzulegen. Darüber hinaus wurden Stellungnahmen der NS-Parteistellen eingeholt, die darüber entschieden, ob der Betroffene versetzt, pensioniert - meist mit gekürzten Bezügen - oder entlassen wurde.²⁴

Insgesamt wurden von den damals in Graz tätigen Richtern zwölf außer Dienst gestellt, was einem Anteil von etwa 15 Prozent der Richterschaft entspricht. Bei einem Großteil war die politische - also antinationalsozialistische - Einstellung ausschlaggebend. Dabei hatte der damalige Vizepräsident des Oberlandesgerichtes Rudolf WATZEK-MISCHAN am schwersten zu leiden. Er war sogleich am 12. März 1938 festgenommen worden und dann bis Oktober 1940 in Haft - zuletzt im KZ Dachau. In der Zwischenzeit war er zudem ohne Anspruch auf Bezüge aus dem Justizdienst entlassen worden.²⁵

Aber nicht nur eine dem damaligen Herrschaftssystem widersprechende politische Einstellung rechtfertigte eine Außerdienststellung, auch rassische Gründe konnten zu einer Entfernung aus dem aktiven Dienst führen, was bei zumindest zwei Grazer Richtern entscheidend war. So wurde der damals am Landesgericht für

Zivilrechtssachen tätige Dr. Robert SCHÖFFER am 14. März 1938 vom Dienst enthoben, weil er eine jüdische Mutter hatte und damit nach den Nürnberger Rassegesetzen als „Halbjude“ eingestuft wurde. Sein Verbleiben würde - nach Ansicht von MELDT - „dem Ansehen der Rechtspflege offenbar zum Abbruch reichen“.²⁶ Und bei Dr. Johann LÖSCHER, Richter beim Bezirksgericht Graz I, reichte die jüdische Abstammung seiner Gattin aus, um mit 14. September 1938 die Zwangspensionierung anzuordnen.²⁷

Auf der anderen Seite konnten Nationalsozialisten, die in den Jahren 1934 bis 1938 ihr Amt verloren hatten oder in den Ruhestand versetzt worden waren, wieder in das aktive Dienstverhältnis zurückgeholt werden, wobei Beförderungen auch rückwirkend nachgeholt werden konnten.²⁸ So wurde etwa Dr. Alfred KWETT, der im Oktober 1934 offiziell aus Krankheitsgründen - tatsächlich aber wegen Begünstigung von Nationalsozialisten - von seinem Posten als Vizepräsident des Landesgerichtes für Strafsachen enthoben worden war, bereits am 15. März 1938 von MELDT persönlich wieder in Dienst gestellt. Er wurde zunächst wieder in seine alte Funktion als Vizepräsident des Landesgerichtes für Strafsachen eingesetzt, ehe er dann ab 1. September 1939 zum Vize-

24 Vgl. dazu Mario Laich, *Zwei Jahrhunderte Justiz in Tirol und Vorarlberg*, Innsbruck-Bozen 1990 (= Laich), S. 235.

25 Rudolf WATZEK-MISCHAN, geb. 1880 in Graz, 1906 Richteramtsprüfung, danach Richter in Leoben und Graz, seit 1935 Vizepräsident des OLG. Er wurde nach dem Krieg voll rehabilitiert und fungierte ab 1946 als Präsident des Kreisgerichtes Ried im Innkreis, OLG, Personalakt Watzek-Mischan.

26 Dr. Robert SCHÖFFER, geb. 1885 in Wien, Studium in Wien, ab 1908 im Gerichtsdienst, seit 1936 OLG, war während des Krieges als Buchhalter in Graz tätig. Im Juni 1945 konnte er wieder in den Justizdienst zurückkehren und war dann noch bis 1951 als Richter am Landesgericht für Zivilrechtssachen tätig, OLG, Personalakt Robert Schöffer.

27 Die Bezüge wurden auf 75 % reduziert. Sein Antrag auf Aufnahme in die Verteidigerliste wurde im November 1938 abgelehnt. LÖSCHER, geb. 1887 in Leoben und seit 1913 im Justizdienst, ist dann am 15.5.1940 verstorben. Auf Antrag der Witwe, die ab 1944 im KZ Theresienstadt festgehalten wurde, wurde LÖSCHER nach dem Krieg wieder voll rehabilitiert, OLG, Personalakt Löschner.

28 Als Rechtsgrundlage dient in der Folge ein Erlaß über die Wiedergutmachung der im Kampfe für die nationalsozialistische Erhebung Österreichs erlittenen Dienststrafen und sonstigen Maßregelungen vom 10.4.1938, RGBl. I, S. 375.

präsidenten des Oberlandesgerichtes aufstieg.²⁹

Personelle Änderungen bei der Staatsanwaltschaft³⁰

Auch im Bereich der Staatsanwaltschaft gab es personelle Veränderungen an der Spitze. Der bis dahin amtierende Leiter der Oberstaatsanwaltschaft für Steiermark und Kärnten, Hofrat Dr. Ludwig SCHUSTER, mußte ebenso wie der Leitende Erste Staatsanwalt Dr. Alexander SEELIG seinen Abschied nehmen. SCHUSTER wurde allerdings nicht durch einen Grazer Staatsanwalt ersetzt, sondern durch den bis dahin in Wien tätigen Ersten Staatsanwalt Dr. Johannes MEISSNER³¹. Zu seinen Gunsten sprach vor allem die Tatsache, daß er als angeblich einziger österreichischer Staatsanwalt nicht der „Vaterländischen Front“ angehört hatte und bereits seit 1937 illegal für die Nationalsozialisten tätig war. MEISSNER fungierte zunächst nur als „kommissarischer Leiter“. Er wurde erst Anfang des Jahres 1939 - im Zuge der Neuorganisation des staatsanwaltschaftlichen Apparates³² - zum Generalstaatsanwalt für die Gaue Steiermark und Kärnten ernannt und am 21. Jänner 1939 im Rahmen einer Feier-

stunde im Rittersaal des Landhauses in sein Amt eingeführt.³³

Bereits am 14. März 1938 war der Erste Staatsanwalt Dr. Hans AMSCHL verhaftet worden, wobei man ihm vorwarf, gegen nationalsozialistische Parteigänger besonders gehässig vorgegangen zu sein. AMSCHL wies diese Vorwürfe zurück und wurde dann tatsächlich am 22. März 1938 wieder freigelassen. Er wurde dann vorläufig noch in seiner Funktion belassen, dann aber im November 1938 entlassen. Nach drei Jahren - im August 1941 - wurde AMSCHL wegen Personalknappheit im Bereich der Staatsanwaltschaft in Klagenfurt wieder in Dienst gestellt, allerdings mit finanziellen Einbußen.³⁴

NSDAP und Rechtswahrerbund

Die weiter im Amt befindlichen Richter und Staatsanwälte wurden dann zunächst ab Mitte März 1938 auf den Führer Adolf HITLER vereidigt³⁵ und mußten auch bald einen weiteren Treuebeweis für das neue Staatssystem erbringen. In der Folge legten nämlich sowohl der OLG-Präsident MELDT als auch Generalstaatsanwalt MEISSNER als begeisterte Anhänger der NS-Staatsführung

29 Dr. Alfred KWETT; geb. 1878 in Klosterneuburg, seit 1901 im Justizdienst, ab 1927 am Landesgericht für Strafsachen, ab 6.2.1931 Vizepräsident des Landesgerichtes für Strafsachen. Nach Kriegsende war KWETT in Haft, das Strafverfahren wurde dann allerdings eingestellt. Die 1946 ausgesprochene Entlassung wurde im April 1948 wieder aufgehoben; gleichzeitig erfolgte die Versetzung in den Ruhestand. StLA, OLG Graz. Personalakt Alfred Kwett.

30 Eine Einsichtnahme in Personalakten der Staatsanwälte jener Zeit wurde nicht gestattet.

31 Dr. Johannes MEISSNER; geb. am 13.2.1882 in Wien, evangelisch, seit 1917 Staatsanwalt, hatte zunächst ab 1918 der Großdeutschen Volkspartei angehört. Vgl. dazu die Personalangaben im Strafakt StLA, OLG Graz 8 Vr 4713/1947.

32 Zur allgemeinen Entwicklung der Staatsanwaltschaft in der NS-Zeit vgl. Gerhard Riehle, Die rechtsstaatliche Bedeutung der Staatsanwaltschaft unter besonderer Berücksichtigung ihrer Rolle in der nationalsozialistischen Zeit, Diss., Frankfurt am Main 1985 (= Riehle, Bedeutung).

33 Die Amtseinführung wurde von Minister Dr. Franz HJFBER vorgenommen. Vgl. dazu auch Gruchmann, Justiz, S. 285 u. 1212; Deutsche Justiz 101, 1939, S. 51; Kleine Zeitung v. 22.1.1939, S. 6.

34 AMSCHL wurde schließlich im Frühjahr 1944 aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt. Vgl. dazu Dieter A. Binder, Einige Beobachtungen zur Geschichte von Justiz, Exekutive und Landesverwaltung während des Jahres 1938, in: Graz 1938. Historisches Jahrbuch der Stadt Graz Bd. 16/19, 1988 (= Binder, Beobachtungen), S. 119 f.

35 Rechtsgrundlage war der Erlass des Führers über die Vereidigung der Beamten des Landes Österreich v. 15.3.1935. RGBl. I, S. 245.

größten Wert darauf, daß die ihnen unterstellten Beamten wenigstens durch formelle Zugehörigkeit zur Partei ihre Verbundenheit mit dem Staat und der Partei äußerlich sichtbaren Ausdruck verleihen sollten. Eine Weigerung, der Partei beizutreten, oder ein betontes Abseitsstehen war mit persönlichen und dienstlichen Nachteilen verbunden, obwohl es zunächst keine rechtliche Verpflichtung für einen Parteibeitritt gab. Mit der Verordnung über die Vorbildung und die Laufbahnen der deutschen Beamten vom 28. Februar 1939 wurde schließlich von allen Staatsbeamten die Mitgliedschaft in der NSDAP, einer ihrer Gliederungen oder in den angeschlossenen Verbänden „erwünscht“.³⁶

Ein Teil der Richter, vor allem Sympathisanten der Nationalsozialisten aus dem früheren deutschnationalen Lager, bemühte sich bald nach dem Anschluß rasch um die Aufnahme in die NSDAP. Die Auswertung von 55 Personalbögen von Grazer Richtern und Staatsanwälten zeigte, daß bereits 31 in den Monaten nach dem Anschluß NSDAP-Mitglied wurden. Zählt man dazu noch die fünf, die bereits davor als Illegale tätig waren, kommt man auf rund 65 Prozent, die also bereits im Sommer 1938 als Parteimitglieder registriert waren. Eine andere Gruppe von Richtern, meist konfessionell gefestigt, denen die Politik mehr oder weni-

ger ferne lag, mußte sich aus Sorge um ihre Existenz irgendwie anpassen und wurde zunächst nur Mitglied bei den Vorfeldorganisationen, wie dem NS-Kraftfahrkorps (NSKK), dem NS-Fliegerkorps (NSFK), dem Reichsluftschutzbund, dem Reichskolonialbund oder der NS-Volkswohlfahrt (NSV). In den Jahren 1940 bis 1942 traten dann in einer zweiten Welle weitere 14 aus der untersuchten Personengruppe der NSDAP bei. Lediglich sechs der 55 - also rund 10 Prozent - konnten einem Parteieintritt standhaft widerstehen.³⁷

Zur Standesvertretung der Juristen existierte außerdem als NSDAP-Gliederung der „NS-Rechtswahrerbund (= NSRB)“³⁸, dem nach dem Anschluß auch alle Richter und Staatsanwälte beitreten mußten. Als Gauführer fungierte der bereits erwähnte Grazer Rechtsanwalt Dr. Oskar WIDOWITZ, während die Geschäftsführung von Dr. Fritz BOURCARD, Gerichtsassessor bei der Staatsanwaltschaft Graz, wahrgenommen wurde.³⁹ Fritz MELDT war ab Herbst 1938 als „Gaugruppenwalter“ zur Wahrung der Interessen der Richter und Staatsanwälte eingesetzt. Zwei Jahre später trat MELDT von dieser Funktion zurück, da zwischen der Reichsführung des NSRB und dem Reichsjustizministerium Meinungsverschiedenheiten auftraten, in die MELDT als Gerichtspräsident nicht verwickelt werden wollte.⁴⁰ Die vom Reichsrechtsführer (Hans FRANK⁴¹,

³⁶ RGBl. I, S. 371/1939.

³⁷ Grundlage dieser Erhebung waren die Daten aus 9 Personalakten des OLG Graz, sowie die Daten aus den Akten der Sonderkommission zur Entnazifizierung im St. A. OLG Graz, Sonderkommission, Senat 1 u. 2. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Emmer, Beobachtungen, S. 120 f. Zur Mitgliedschaft von Richtern in der NSDAP vgl. Hubert Schorn, Der Richter im Dritten Reich, Geschichte und Dokumente, Frankfurt am Main 1959 (= Schorn, Richter), S. 35 ff.

³⁸ Zum NSRB vgl. insbesondere Michael Sunius, Der NS-Rechtswahrerbund (1928 - 1945). Zur Geschichte der nationalsozialistischen Juristenorganisation, Rechtshistorische Reihe 78, Frankfurt am Main 1990. Grundsatzungen des Rechtsstandes, Schriften der Landesführung Österreich des NS-Rechtswahrerbundes, Heft 1, Wien 1939.

³⁹ Vgl. dazu Ämter-Führer von Graz und Steiermark 1939/1940, Graz 1939, S. 126.

⁴⁰ Vgl. dazu St. A., LG Graz, 1 W 13/45, S. 35.

⁴¹ Hans FRANK, geb. 1900 in Karlsruhe, ab 1927 Anwalt in München, 1930 Reichstagsabgeordneter, 1935 Reichsminister ohne Geschäftsbereich, 1939 Generalgouverneur in Polen, 1946 Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß: Verurteilung zum Tod durch den Strang, 16.10.1946 Hinrichtung. Vgl. Christian Schudnig, Hans Frank, Aufstieg und Fall des NS-Juristen und Generalgouverneurs, Rechtshistorische Reihe 67, Frankfurt am Main 1989; Im Namen des Deutschen Volkes, Justiz und Nationalsozialismus, Katalog zur Ausstellung des Bundesministers der Justiz, Köln 1989 (= Im Namen des Deutschen Volkes), S. 146 f.; Bernd Engemann, Rechtsverfall, Justizterror und das schwere Erbe. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Strafjustiz von 1919 bis heute, 2. Bd., Köln 1989, S. 185 ff.

ab 1942 Otto THIERACK⁴²) geleitete Organisation hatte mit der Zeitschrift „Deutsches Recht“ ein publizistisches Zentralorgan und führte in den regelmäßigen Mitgliederversammlungen insbesondere weltanschauliche Schulungen durch. Im NSRB sollten die Juristen zum Rechtswahrer umgeformt werden, der als Hüter und Wahrer von völkischen Lebensgesetzen auftritt. Reichsrechtsführer Hans FRANK stellte dazu anlässlich eines Besuches in Graz am 22. Jänner 1939 fest: „Das Rechtsleben hat nur den Sinn, das Leben des Volkes zu gewährleisten.“⁴³ Und bereits in einer am 2. April 1938 gehaltenen Rede im Wiener Justizpalast hatte er gemeint: „Das Recht des nationalsozialistischen Deutschlands ist ausschließlich der Ausdruck unserer völkischen Gemeinschaftssicherung für die Ewigkeit.“⁴⁴ Richterliche Entscheidungen sollten sich deshalb in Hinkunft nicht ausschließlich nach dem Gesetz orientieren, sondern auch dem „gesunden Volksempfinden“ und den Anordnungen des Führers entsprechen. Deshalb erwartete man von den Rechtswahrern nicht nur Gesetzeskenntnis, sondern darüber hinaus Volksverbundenheit und inneres Rechtsempfinden. Nach diesen Grundsätzen wurde letztlich auch die Juristenausbildung umgestaltet. Neben dem Studium sollten dabei durch den Arbeitsdienst sowie durch regelmäßige Schulungslager die Volksverbundenheit und

die Bindung zur nationalsozialistischen Ideologie verstärkt werden.⁴⁵

Veränderungen in der Gerichtsorganisation

Die Gerichtsorganisation und der Gerichtsalltag erfuhren dann schrittweise vielfache Veränderungen. So wurde etwa mit mehreren Erlassen die Handhabung des „deutschen Grußes“ bei Gericht erläutert. Demnach war ab 31. März 1938 vorgeschrieben, daß zu Beginn einer Verhandlung die anwesenden Personen den Richtern stumm - mit erhobenem rechten Arm - den „deutschen Gruß“ zu entbieten hatten. Sobald sämtliche Richter an ihren Plätzen angelangt waren, hatten diese den Gruß zu erwidern. Bei Ende der Verhandlung vollzog sich dieses Ritual in umgekehrter Reihenfolge. Weil Juden keine „deutschen Volksgenossen“ waren, durften sie den „deutschen Gruß“ nicht gebrauchen. Sie hatten sich zur Begrüßung des Gerichts bloß zu erheben.⁴⁶

Bereits mit Verordnung vom 22. März 1938 war angeordnet worden, daß die österreichischen Gerichte die Urteile „im Namen des Deutschen Volkes“ auszufertigen hatten. Außerdem hatten die Richter und Staatsanwälte ab diesem Datum das Hoheitszeichen des Reiches (Reichsadler mit Hakenkreuz) auf der rechten Brustseite ihrer Amtstracht zu tragen.⁴⁷ Mit dem Erlass

42 Otto Georg THIERACK: geb. 1889 in Sachsen, ab 1926 Staatsanwalt, 1933 Sächsischer Justizminister, 1936 Präsident des Volkgerichtshofes, 1942 Reichsjustizminister, 1946 Selbstmord im britischen Internierungslager in Paternobon. Vgl. Im Namen des Deutschen Volkes, S. 267 f.

43 Vgl. dazu Keine Zeitung v. 23.1.1939, S. 7 u. Tagespost v. 24.1.1939, S. 1 f.

44 Deutsches Recht, 8. Jg., 1938, S. 135.

45 Rechtsgrundlage war die Justizausbildungsordnung v. 4.1.1938, RGBl. I, S. 5. Vgl. dazu Gruchmann, Justiz, S. 302 ff.; Yat-Cho Cheng, Die Ausnahme bestimmte die Regel. Das antirechtsstaatliche Strafrecht des Nationalsozialismus. Europäische Hochschulschriften, Bd. 1899, Frankfurt am Main 1996 (= Cheng, Ausnahme), S. 207 ff.; Otto Hofmann, Die künftige Gestaltung der Rechtswahrausbildung, in: Deutsches Recht, Wiener Ausgabe, 6. Jg., 1943, S. 55 - 58; Curt Rothenberger, Der deutsche Richter, Hamburg 1943, S. 65 - 93.

46 Vgl. dazu Laich, S. 230.

47 RGBl. I, S. 301, 22.3.1938, Amtsblatt für die Justizbehörden im Lande Österreich 1938, S. 37. Vgl. dazu, auch die Meldung in der Tagespost v. 15.3.1938, S. 4. Mit 1.1.1939 mußten dann die Amtstrachten völlig den deutschen Bestimmungen entsprechen, wobei z.B. auch die weiße Halsbinde eingeführt wurde. Amtsblatt 1938, S. 117.

HITLERS zur Überleitung der Rechtspflege im Land Österreich vom 22. April 1938 wurden die österreichischen Justizbehörden mit 1. Mai 1938 unmittelbare Reichsbehörden.⁴⁸ Aus diesem Anlaß fand wenige Tage später - am 8. Mai 1938 - in Anwesenheit von Reichsjustizminister Dr. Franz GÜRTNER⁴⁹ ein feierlicher Festakt im Grazer Stephaniensaal statt.⁵⁰ GÜRTNER ernannte dann den Minister Dr. Franz HUEBER⁵¹ zum Leiter der „Abteilung Österreich des Reichsjustizministeriums“ mit dem Sitz in Wien, der dann die weiteren Maßnahmen zur Gleichschaltung der Justiz zu vollziehen hatte.⁵² HUEBER hatte schon wenige Tage nach dem Anschluß in einem Aufruf in der „Österreichischen Richterzeitung“ den Anschluß im Namen der österreichischen Justiz begrüßt und den Wunsch nach einer raschen Rechtsvereinheitlichung zum Ausdruck gebracht.⁵³ Außerdem stellte er in Anlehnung an die berühmten Worte HITLERS fest, daß die österreichische Richterschaft dazu beitragen werde, daß Österreich „auch in der Rechtspflege das jüngste Bollwerk der deutschen Nation und damit des Deutschen Reiches“ wird.⁵⁴

Ein weiterer Schritt zur Anpassung an die Vorschriften des „Altreiches“ wurde am 2. August 1938 gesetzt. Demnach wurden die Bezeichnungen der Gerichte in Österreich mit Wirkung vom 13. August 1938 an die deutsche Diktion angepaßt. Die Landes-

und Kreisgerichte hießen von nun an „Landgerichte“, und aus den bisherigen Bezirksgerichten wurden „Amtsgerichte“.⁵⁵ Zur Bewältigung der Angleichung der Justizverwaltung wurden für alle Justizbedienstete eine Reihe von Schulungslehrgängen durchgeführt, wobei Beamte aus dem Altreich zur Unterstützung abgeordnet waren. Besonderes Augenmerk wurde in der Folge auf die Ausbildung des Richternachwuchses gelenkt, die in sogenannten „Referendar-Arbeitsgemeinschaften“ erfolgte. Dabei wurde nicht nur auf eine fachliche Ausbildung Wert gelegt, sondern insbesondere auch auf die weltanschauliche Schulung, die durch Pflege des Gemeinschaftsgeistes in regelmäßigen Referendarlagern betrieben wurde.⁵⁶

Die Maßnahmen zur Gleichschaltung der österreichischen Justiz waren im wesentlichen ein Jahr nach dem Anschluß abgeschlossen, nachdem mit 2. März 1939 auch noch die Aufhebung des Obersten Gerichtshofes in Wien und die Übertragung seiner Kompetenzen an das Reichsgericht in Leipzig angeordnet worden waren.⁵⁷ Mit dieser Maßnahme wurden auch gleichzeitig einige wichtige Grundsätze des Strafprozesses abgeändert. So gab es nunmehr gegen Urteile des Schwurgerichts und des Schöffengerichts keine Berufungsmöglichkeit mehr. Außerdem wurde es nun auch für zulässig erklärt, daß auch dann, wenn ein

48 RGBl. I, S. 413, 23.4.1938.

49 Dr. Franz GÜRTNER (geb. 1881) war bereits seit 1932 Reichsjustizminister und sollte dieses Amt bis zu seinem Tod am 29.1.1941 behalten. Vgl. Enzyklopädie des Nationalsozialismus, hrsg. von Wolfgang Benz, Hermann Graml u. Hermann Weiss, München 1997, S. 841; Gruchmann, Justiz, S. 9 f.; Ekkehard Reiter, Franz Gürtner. Politische Biographie eines deutschen Juristen 1881 - 1941, Berlin 1976.

50 Deutsche Justiz, 100 Jg., 1938, S. 835 f.

51 Dr. Franz HUEBER, Notar in Wien, hatte von 1919 bis 1933 dem Heimatschutz angehört, seit 1934 NSDAP-Mitglied, war von SEYSS-INQUART zum österreichischen Justizminister bestellt worden. Vgl. dazu Gruchmann, Justiz, S. 260.

52 Amtsblatt für die Justizbehörden im Lande Österreich 1938, S. 37.

53 Österreichische Richterzeitung, 35. Jg., 1938, Nr. 3, S. 94.

54 Deutsche Justiz, 100. Jg., 1938, Ausgabe A, Nr. 13.

55 RGBl. I, S. 998, 2.8.1938.

56 Vgl. dazu StLA, OIG Graz, Lageberichte 1940 - 1944, Bericht von Meldt v. 8.6.1940.

57 Gesetzblatt für das Land Österreich, Nr. 30/1939.

Rechtsmittel nur zugunsten des Angeklagten eingelegt wurde, eine Strafverschärfung herauskommen konnte.⁵⁸ Mit 28. Februar 1939 wurde auch die von Dr. HUEBER geleitete Außenstelle des Reichsjustizministeriums in Wien aufgelassen.⁵⁹

Mit 1. Mai 1939 traten dann allerdings noch zwei richtsorganisatorische Maßnahmen in Kraft, die unmittelbar für Graz von Bedeutung waren.⁶⁰ Die bis dahin selbständigen Grazer Landgerichte für Strafsachen und Zivilrechtssachen verloren ihre Eigenständigkeit und wurden zum einheitlichen Grazer Landgericht vereinigt, wobei Dr. Johann SCHÄFTLEIN⁶¹ zum Präsidenten des Grazer Landgerichtes ernannt wurde. Gleichzeitig wurden auch die beiden Amtsgerichte für Zivilrechtssachen Graz I und Graz II sowie das Amtsgericht für Strafsachen zum neuen Amtsgericht Graz unter der Leitung von Amtsgerichtsdirektor Dr. Richard KRISCH zusammengelegt.

Eine weitere richtsorganisatorische Änderung erfolgte dann im Zuge der territorialen Neugestaltung der Bundesländer, die letztlich zu Reichsgauen umgebildet wurden. Nachdem die neuen Grenzen der Gaue Kärnten und Steiermark bereits mit 15. Oktober 1938 verbindlich geworden waren, erfolgte die Umsetzung für die Gerichtsorganisation erst nach Kriegsbeginn - mit 1. Jänner 1940. Demnach

wurde der Sprengel des Oberlandesgerichtes Graz um den Gerichtsbezirk Linz (Osttirol) sowie um die Gerichte des Südburgenlandes erweitert, während der Gerichtsbezirk Aussee an das Oberlandesgericht Linz abgetreten werden mußte.⁶²

Veränderungen im materiellen Recht - insbesondere Strafrecht

Die Justiz hatte sich nicht nur im Bereich der Organisations- und Verfahrensnormen mit neuen Vorschriften vertraut zu machen, sondern bald auch mit teilweise gravierenden Änderungen im materiellen Recht. Das Wiedervereinigungsgesetz vom 13. März 1938 hatte zwar festgelegt, daß das in Österreich geltende Recht bis auf weiteres in Kraft blieb.⁶³ Und tatsächlich haben viele grundlegende österreichische Gesetze die Zeit bis 1945 überdauert. So blieben etwa das ABGB, die Zivilprozeßordnung, das Strafgesetz und die Strafprozeßordnung zum Großteil weiterhin in Kraft. Doch in Teilbereichen des Zivilrechts und insbesondere auch des Strafrechts wurden bald einschneidende Neuerungen eingeführt.

So wurden etwa im Bereich des Handelsrechts bereits im Laufe des Jahres 1938 das deutsche Handelsgesetzbuch (HGB) und weitere deutsche Gesetze auf dem Gebiet des Wechsel-, Scheck- und

58 Die Zulässigkeit dieser sog. „reformatio in peius“ galt für alle Gerichte. VO zur weiteren Überleitung der Rechtspflege im Lande Österreich und in den sudetendeutschen Gebieten v. 28.2.1939. RGBl. I, S. 338.

59 HUEBER wurde zum Unterstaatssekretär im Reichsjustizministerium ernannt. Vgl. dazu GRUCHMANN, Justiz, S. 260; Deutsche Justiz, 100. Jg., 1938, S. 339.

60 Kundmachung der VO zur Änderung der Gerichtsgliederung im Lande Österreich v. 13.4.1938. Gesetzblatt für das Land Österreich Nr. 522/1939.

61 Dr. Johann (Hans) SCHÄFTLEIN, geb. 1886 in der Untersteiermark, ab 1910 im Justizdienst, ab 1936 als Rat des OLG Graz, wurde 1945 entlassen; 1951 mit Bewilligung des Bundespräsidenten in den Ruhestand versetzt. Vgl. OLG, Personalakt Schäftlein.

62 Rechtsgrundlage war das Gesetz über Gebietsveränderungen im Lande Österreich v. 1.10.1938. Gesetzblatt für das Land Österreich Nr. 443/1938. Zur Veränderung in der Gerichtsorganisation vgl. StLA, OLG Graz, Lageberichte 1940 - 1944. Bericht von Melch v. 8.6.1940. Zur Justizorganisation in Osttirol vgl. Martin Kofler, Osttirol im Dritten Reich 1938 - 1945. Innsbruck-Wien 1996, S. 128 f.

63 Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Artikel 1, RGBl. I, S. 237.

Aktienrechts in Österreich in Geltung gesetzt. Ein tiefer Einschnitt in der österreichischen Rechtstradition erfolgte dann durch die Einführung des deutschen Ehegesetzes vom 6. Juli 1938⁶⁴, das teilweise heute noch in Geltung steht. Es brachte die obligatorische Zivilehe - also die Eheschließung vor dem Standesbeamten - und vor allem die Möglichkeit der Ehescheidung für alle Staatsbürger. Zuvor waren Ehen von Katholiken nicht dem Bande nach scheidbar gewesen, sondern nur von „Tisch und Bett“, womit vor allem keine Chance zur Wiederverheiratung bestand.⁶⁵ Daß hier offenbar ein gewaltiger „Nachholbedarf“ gegeben war, belegt der Geschäftsanfall bei den Gerichten. Denn in den Jahren 1939 und 1940 waren rund 70 bis 90 Prozent der Streitsachen bei den Landgerichten des Grazer Oberlandesgerichtssprengels Ehescheidungsklagen.⁶⁶

Im Juli 1938 wurde auch das deutsche Reichserbhofgesetz von 1933 in der Ostmark in Kraft gesetzt. Nach diesem Gesetz, das ganz besonders von der „Blut und Boden“-Ideologie des Nationalsozialismus geprägt war, durften sich nur arische Personen als Bauern bezeichnen. Bäuerliche Besitzungen, die zu Erbhöfen deklariert wurden, waren unveräußerlich und unbelastbar. Für sie galt außerdem eine zwingende Anerbenregelung, die vom Prinzip des Mannesvorzugs geprägt war. Zur Durchsetzung der erbhofrechtlichen Normen wurde in Graz ein eigenes „Erbhofgericht für Steiermark und Kärnten“ eingerichtet, als dessen Vorsitzender der Senats-

präsident des Oberlandesgerichtes Dr. Vinzenz BAUER eingesetzt wurde.⁶⁷ Die Zurücksetzung der Töchter, aber auch die allgemeinen Bevormundungstendenzen dieses Gesetzes, stießen auf massiven Widerstand, vor allem aus der Oststeiermark, aber auch aus anderen Teilen der Ostmark. Im Jahre 1943 wurde dann diesen Protesten teilweise Rechnung getragen und insbesondere die Rechtsstellung der einheiratenden Ehegattin verbessert, womit letztlich auch die im Kriegseinsatz befindlichen Bauern beruhigt werden konnten. Diese Reform stellt übrigens eines der wenigen Beispiele dar, durch die den artikulierten Wünschen der Rechtsunterworfenen in der NS-Zeit unmittelbar Rechnung getragen wurde.⁶⁸

Ganz besonders geprägt von der NS-Ideologie war auch das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933, das in der Ostmark allerdings erst mit Beginn des Jahres 1940 wirksam wurde. Es sah aus Gründen der „Rassenhygiene“ die zwangsweise Sterilisierung abnorm veranlagter „Volksgenossen“ vor. Personen, die an einer Erbkrankheit - wie etwa Schwachsinn, Schizophrenie oder Taubheit - litten, konnten demnach gegen ihren Willen sterilisiert werden. Dabei erstellte das Gesundheitsamt ein Gutachten und beantragte damit beim Erbgesundheitsgericht die Zwangssterilisation. Zu diesem Zweck wurde auch in Graz - wie bei jedem Landgericht - ein Erbgesundheitsgericht eingerichtet, dem das beim Oberlandesgericht Graz angesiedelte Erbgesundheitsobergericht übergeordnet war, als dessen Vor-

64 RGBl. I, S. 807.

65 Zur Rechtsentwicklung im Bereich des Zivilrechts vgl. Herbert Hofmeister, Privatrechtsgesetzgebung für Österreich unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, in: U. Davy u. a. (Hg.), Nationalsozialismus und Recht. Rechtssetzung und Rechtswissenschaft in Österreich unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, Wien 1990 (= Hofmeister), S. 130 ff.

66 Vgl. dazu SII A, CLG Graz, Lageberichte 1940 - 1944, Bericht von Meidt v. 8.6.1940.

67 Amtsblatt für die Justizbehörden im Lande Österreich 1938, S. 86.

68 Vgl. dazu Hofmeister, S. 145 ff.

sitzender der Senatspräsident Dr. Johann STÖGERER⁶⁹ fungierte.⁷⁰ Im ersten Jahr des Inkrafttretens wurden im Oberlandesgerichtssprengel Graz bereits rund 100 Fälle - meist wegen angeborenen Schwachsinns - von den Erbgesundheitsgerichten entschieden.⁷¹

Auch das österreichische Strafrecht wurde bald nach dem Anschluß durch die Übernahme reichsdeutscher Vorschriften ergänzt.⁷² Schrittweise wurden seit dem Frühjahr 1938 neue Straftatbestände eingeführt. So erfolgte bereits am 20. Mai 1938 die Inkraftsetzung der Nürnberger Rassengesetze von 1935 - darunter auch des Blutschutzgesetzes.⁷³ Demnach standen etwa der außereheliche Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Ariern ebenso unter Strafe wie die Beschäftigung deutscher weiblicher Hausangestellter durch Juden. Genau einen Monat später - am 20. Juni 1938 - ersetzten die deutschen Bestimmungen über Hoch- und Landesverrat die bisherigen Paragraphen des österreichischen Strafgesetzes und sahen in den meisten Fällen die Todesstrafe vor.⁷⁴

Die Aburteilung darüber stand jedoch nicht

den ordentlichen Strafgerichten zu, sondern dem Volksgerichtshof in Berlin, der den nationalsozialistischen Anschauungen von politischen Straftaten Geltung zu verschaffen hatte und bereits seit 30. April 1934 bestand. Er war erste und letzte Instanz bei Hoch- und Landesverrat und anderen politischen Straftaten, die insgesamt aus der Zuständigkeit des ordentlichen Höchstgerichtes, des Reichsgerichtes in Leipzig, herausfielen. Die Senate bestanden aus zwei vom Führer ernannten Berufsrichtern und aus drei ehrenamtlichen Beisitzern - Parteifunktionären, Angehörigen der Wehrmacht und der Polizei. Gegen die Urteile des Volksgerichtshofes gab es kein Rechtsmittel, und die Vollstreckung des Urteils erfolgte in der Regel unmittelbar nach dem Urteilsspruch. Im Verlauf des Krieges gewann dann der Volksgerichtshof seine eigentliche Bedeutung als der oberste politische Strafgerichtshof des Regimes. Der ab August 1942 amtierende Volksgerichtshof-Präsident Roland FREISLER⁷⁵, der sich als „politischer Soldat“ HITLERS verstand, wurde letztlich zum Repräsentanten einer völlig pervertierten Vorstellung von Recht und Gerechtigkeit.⁷⁶

Zunächst nur für die minder schweren De-

69 Dr. Johann STÖGERER: geboren 1879 in Graz, seit 1902 im Justizdienst, OLG, Personalakt Stögerer.

70 Errichtet wurden die Erbgesundheitsgerichte in der Ostmark mit einer Verfügung des Reichsjustizministeriums v. 7.12.1939. Deutsche Justiz, 101. Jg., 1939, S. 1666.

71 StLA OLG Graz, Lageberichte 1940 - 1944, Bericht von Meitl v. 1.9.1941.

72 Zur Rechtsentwicklung im Bereich des Strafrechts vgl. insbesondere Herbert Loebeinstein, Strafrecht und Strafenpraxis im nationalsozialistischen Staat. In: U. Davy u.a. (Hg.): Nationalsozialismus und Recht. Rechtsetzung und Rechtswissenschaft in Österreich unter der Herrschaft des Nationalsozialismus. Wien 1990, S. 200 ff.

73 VO über die Einführung der Nürnberger Rassengesetze im Lande Österreich v. 20.5.1938, RGBl. I, S. 594.

74 VO v. 20.6.1938, RGBl. I, S. 640.

75 Roland FREISLER, geb. 1893 in Celle, Rechtsanwalt, ab 1924 NSDAP-Mitglied, ab 1933 Staatssekretär im Reichsjustizministerium, gestorben am 3.2.1945. Vgl. Helmut Orther, Der Hinrichter - Roland Freisler, Mörder im Dienste Hitlers, Wien 1993.

76 Vgl. dazu die erst unlängst erschienene Arbeit von Holger Schlüter, Die Urteilspraxis des nationalsozialistischen Volksgerichtshofs. Münsterische Beiträge zur Rechtswissenschaft, 86. Bd., Berlin 1995, S. 31 ff. Vgl. außerdem Walter Wagner, Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat. Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 16/II, Stuttgart 1974; Klaus Marxen, Das Volk und sein Gerichtshof. Eine Studie zum nationalsozialistischen Volksgerichtshof. Juristische Abhandlungen, 25. Bd., Frankfurt am Main 1994; Eduard Rabafsky - Gerhard Oberkofler, Verborgene Wurzeln der NS Justiz. Strafrechtliche Rüstung für zwei Weltkriege. Wien-München-Zürich 1985, S. 28 - 53; K. Schäfer, Kleines Strafrechts-Lehrbuch, 33. Aufl., Berlin 1944 (= Schäfer, Strafrechts-Lehrbuch), S. 301 ff.; Roland Staudinger, Politische Justiz. Die Tiroler Sondergerichtsbarkeit im Dritten Reich am Beispiel des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Partei und Staat. Schwarz 1994 (= Staudinger, Politische Justiz), S. 58 ff.

likte aus dem Bereich des Hoch- und Landesverrates - also etwa die Verabredung eines Hochverrates oder die Herausgabe einer hochverräterischen Druckschrift - wurde für das Land Österreich ein besonderer Senat beim Oberlandesgericht Wien eingerichtet, der als Hilfsgericht zur Entlastung des Berliner Volksgerichtshofes beitragen sollte.⁷⁷ Dieser Senat tagte dann in der Folge fallweise auch in Graz und war letztlich für die Aburteilung von rund zwei Drittel der in Graz im Landesgerichtlichen Gefangenenhaus Hingerichteten verantwortlich.⁷⁸

Daneben wurden mit Verordnung vom 20. November 1938 bei den Oberlandesgerichten Sondergerichte eingerichtet, die in der Besetzung von drei Berufsrichtern tätig wurden und deren Zuständigkeit von der Staatsanwaltschaft in allen jenen Fällen eingefordert werden konnte, wenn sie der Auffassung war, „daß mit Rücksicht auf die Schwere oder die Verwerflichkeit der Tat oder die in der Öffentlichkeit hervorgerufene Erregung die sofortige Aburteilung durch das Sondergericht geboten ist.“⁷⁹ Die Anklagebehörde hatte also die alleinige Entscheidung darüber, ob sie einen Fall im normalen Verfahrensweg vor das Geschworenen- bzw. Schöffengericht aburtei-

len lassen wollte, oder den Fall im beschleunigten Verfahren dem Sondergericht vorlegte - ohne Voruntersuchung, mit einer Ladungsfrist von nur 24 Stunden und ohne die Möglichkeit, ein Rechtsmittel einzulegen. Damit sollte die Strafe den Verbrecher „blitzartig“ treffen und ein „schlagartiges Zupacken und, wenn nötig, Vernichten des Verbrechers“ erreicht werden.⁸⁰

Die Sondergerichte, die im Deutschen Reich bereits seit März 1933 eingerichtet waren, sollten darüber hinaus vor allem auch für politische Strafsachen eingesetzt werden. So wurden die Sondergerichte dann insbesondere für Fälle nach dem sog. „Heimtücke-Gesetz“ aus dem Jahre 1934 zuständig, das mit 23. Jänner 1939 in den Gauen der Ostmark eingeführt wurde.⁸¹ Damit sollte Kritik an der NS-Führung und ihren Organisationen unterbunden werden. Die Aufstellung bzw. die Verbreitung von Behauptungen, die das Ansehen des Reiches, der Reichsregierung oder der NSDAP schädigten, konnten nun mit Gefängnis und in schweren Fällen auch mit dem Tode bestraft werden, wobei selbst „nichtöffentliche böswillige Äußerungen“ ausreichten.⁸²

77 Durchführungsverordnung v. 20.6.1938, RGBl. I, S. 641. Vgl. dazu Maria Szecsi - Karl Stadler, Die NS-Justiz in Österreich und ihre Opfer, Wien-München 1962 (= Szecsi-Stadler, NS-Justiz), S. 19 f.; Wolfgang Neugebauer, Politische Justiz in Österreich 1934 - 1945, in: Justiz und Zeitgeschichte 1, hrsg. von Erika Weinzierl u. Karl R. Stadler, Wien 1977 (= Neugebauer, Justiz), S. 186 - 187; Wolfgang Neugebauer, Das NS-Terrorssystem, in: NS-Herrschaft in Österreich 1938 - 1945, Hrsg. von Emmerich Talos, Ernst Hanisch u. Wolfgang Neugebauer, Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, 36. Bd., Wien 1988, S. 178.

78 Vgl. dazu Walter Brunner, Hinrichtungen und Tötungen durch Staatsorgane in der Steiermark 1938 bis 1945, in: Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark, 80, 1989 (= Brunner, Hinrichtungen), S. 278.

79 RGBl. I, S. 1632/1938, Gesetzblatt für das Land Österreich Nr. 614/1938. Zur Tätigkeit der Sondergerichte vgl. Ernst Hanisch, Politische Prozesse vor dem Sondergericht im Reichsgau Salzburg 1939 - 1945, in: Justiz und Zeitgeschichte 1, hrsg. von Erika Weinzierl u. Karl R. Stadler, Wien 1977, S. 210 - 226.

80 Roland FREISLER, Blitzartig muß die Strafe den Verbrecher treffen! In: Deutsche Justiz, Ausgabe B, 100. Jg., 1938, S. 1859 f. Vgl. dazu außerdem Kleine Zeitung v. 23.1.1939, S. 11.

81 Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen v. 20.12.1934, RGBl. I, S. 1269. Eingeführt durch VO v. 23.1.1939, RGBl. I, S. 80.

82 Zur Tätigkeit des Sondergerichts Innsbruck in diesem Bereich vgl. Staudinger, Politische Justiz; außerdem Bruno Fei, Der kleine Widerstand, Wien 1978.

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kam es in verschiedenen Rechtsbereichen zu teilweise gravierenden Veränderungen. So trat nun im Bereich des materiellen Strafrechts die bereits ein Jahr zuvor - mit 17. August 1938 - kundgemachte Kriegssonderstrafrechts-Verordnung in volle Wirksamkeit.⁸³ Dabei erlangte in der Folge insbesondere das darin neu eingeführte Delikt der Wehrkraftzersetzung große Bedeutung. Neben Wehrdienstentziehung und Anstiftung zur Fahnenflucht wurden auch kritische öffentliche Äußerungen mit dem Tode bestraft, „die den Willen des deutschen oder verbündeten Volkes zur wehrhaften Selbstbehauptung lähmen oder zersetzen“ konnten. Genau mit Kriegsbeginn am 1. September 1939 wurde außerdem mit der „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ das Abhören ausländischer Sender unter Strafe gestellt und damit eine Hinterfragung der Nazi-Propaganda unmöglich gemacht. Die Weiterverbreitung von Nachrichten von Feindsendern konnte sogar mit dem Tode bestraft werden.⁸⁴

Am 5. September 1939 wurde dann die Verordnung gegen Volksschädlinge erlassen.⁸⁵ Demnach galten alle Straftäter, die die Kriegssituation für das Begehen von Verbrechen nutzten, als Volksschädlinge und konnten vom Sondergericht zum Tode verurteilt werden. Die Straftatbestände „Plünderung im frei gemachten Gebiet“, „Verbrechen bei Fliegergefahr“ und „gemeingefährliche Verbrechen“ waren durch die Richter fast un-

begrenzt auslegungsfähig, und so konnten schon relativ wenig gewichtige Verstöße zur Verhängung der Todesstrafe führen. Reichsjustizminister Franz GÜRTNER wies die Richter in einem Erlaß darauf hin, daß die „Nichtanwendung äusserster Strenge gegenüber solchen Schädlingen ... Verrat am kämpfenden deutschen Soldaten“ wäre.⁸⁶ Gleichzeitig mit der „Volksschädlinge-Verordnung“ erging auch die Verordnung gegen Gewaltverbrecher⁸⁷, die gleichfalls Todesstrafe bei Gewalttaten mit einer Waffe vorsah, wobei sogar eine Rückwirkung auf vorher begangene Straftaten vorgesehen war.

Im Laufe des Krieges wurden dann noch weitere kriegsspezifische Delikte unter Strafe gestellt, so etwa der verbotene Umgang mit Kriegsgefangenen oder die Störung eines für die Reichsverteidigung wichtigen Betriebes und schließlich diverse Straftatbestände, die unter kriegswirtschaftliche Beschränkungen fielen, wie etwa Zuwiderhandlungen gegen Preisvorschriften, Bezugsberechtigungen (z.B. Lebensmittelkarten) und Beschränkungen des Arbeitsplatzwechsels bis hin zu Schwarzschlachtungen.⁸⁸ Kurz vor Kriegsende wurden im August 1944 auch alle Handlungen unter Strafe gestellt, die den Maßnahmen zur Durchführung des totalen Kriegseinsatzes zuwiderliefen, wobei in schweren Fällen ausdrücklich die Todesstrafe angedroht war.⁸⁹

Bereits im August 1940 hatte man außerdem das grundlegende rechtsstaatliche Legalitätsprinzip über Bord geworfen. Eine Tat konnte demnach nicht nur bestraft

83 VO v. 17.8.1938, RGBl. I, S. 1455/1938.

84 VO v. 1.9.1939, RGBl. I, S. 1683.

85 RGBl. I, S. 1679, 5.9.1939.

86 Erlaß des Reichsjustizministers v. 12.9.1939. Abgedruckt bei Justizbehörde Hamburg (Hg.): „Für Führer, Volk und Vaterland ...“, Hamburger Justiz im Nationalsozialismus, Hamburg 1992, S. 49.

87 RGBl. I, S. 2378.

88 Vgl. dazu Schäfer, Strafrechts-Lehrbuch, S. 294 ff.

89 Verordnung zur Sicherung des totalen Kriegseinsatzes v. 25.8.1944, RGBl. I, S. 184.

werden, wenn sie ausdrücklich im Gesetz als strafbar erklärt wurde, sondern auch dann, wenn sie „nach dem Grundgedanken eines Strafgesetzes und nach gesundem Volksempfinden Bestrafung verdient.“ Dabei sollte die Tat nach dem Gesetz bestraft werden, „dessen Grundgedanke auf sie am besten zutrifft“. Damit war auch das Analogieverbot beseitigt und der Willkür in der Rechtsprechung Tür und Tor geöffnet.⁹⁰

Mit Fortdauer des Krieges war der Katalog der Straftaten, auf denen die Todesstrafe stand, noch deutlich erweitert worden. So verfielen ab 1941 auch gefährliche Gewohnheitsverbrecher und Sittlichkeitsverbrecher der Todesstrafe, wenn dies „der Schutz der Volksgemeinschaft oder das Bedürfnis nach gerechter Sühne“ erforderte.⁹¹ Und ab Mai 1944 konnte überhaupt der regelmäßige Strafraum überschritten werden, wenn er „nach gesundem Volksempfinden zur Sühne nicht ausreicht“. Das war faktisch ein Freibrief für die Richter, und damit konnte auch bei nur geringfügigen Straftaten die Todesstrafe verhängt werden.⁹²

Auch im Bereich des Strafverfahrensrechts wurden in den Kriegsjahren gravierende Neuerungen angeordnet, wobei die zunehmende Personalknappheit im Justizdienst ausschlaggebend war. Denn mit Kriegsbeginn wurden auch viele Richter und

Justizbedienstete zum Wehrdienst eingezogen. Bereits im Sommer 1940 waren im Bereich des Grazer Oberlandesgerichtssprengel rund 20 Prozent der Richter und über 50 Prozent der Referendare im Kriegseinsatz.⁹³ Und ein Jahr später - im September 1941 - fehlten bereits rund die Hälfte der nichtrichterlichen Justizbediensteten und 90 Prozent der Referendare.⁹⁴ Als im Jahre 1943 bereits rund die Hälfte der Richter fehlten,⁹⁵ konnten aufgrund eines Erlasses über den „umfassenden Einsatz von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung“ vom 13. Jänner 1943 Rechtsanwälte oder auch bereits pensionierte Richter als „Beauftragte Richter“ oder „Beauftragte Staatsanwälte“ herangezogen werden, um die Personallücken zu füllen.⁹⁶ Außerdem wurden ab 1941 auch einige deutschstämmige Umsiedler aus Südosteuropa in den Justizdienst übernommen, so vor allem aus Rumänien (Dr. Erich BOTTUSCHAN und Dr. Stanislaus DUMANSKY) und Jugoslawien (Dr. Friedrich FABIANI).⁹⁷

Die Personalknappheit war außerdem im Jahre 1941 verstärkt worden, nachdem im April 1941 die Deutsche Wehrmacht das Königreich Jugoslawien zerschlagen hatte und Gebiete des heutigen Sloweniens unmittelbar an das Deutsche Reich angegliedert wurden. Als Folge davon wurden im Oktober 1941 die Untersteiermark und

90 Bestimmung des § 2 Reichsstrafgesetzbuch in der Ostmark eingeführt durch die Strafanpassungsverordnung v. 13.8.1940, RGBl. I, S. 1117.

91 Verordnung v. 24.9.1941, RGBl. I, S. 581.

92 Fünfte Verordnung zur Ergänzung der Kriegsstrafrechtsverordnung v. 5.5.1944, RGBl. I, S. 115. Zur Ausweitung der Todesstrafe vgl. Cheng, Ausnahm, S. 153 ff.

93 StLA, OLG Graz, Lageberichte 1940 - 1944, Bericht von Meldt v. 8.6.1940.

94 StLA, OLG Graz, Lageberichte 1940 - 1944, Bericht von Meldt v. 1.9.1941.

95 StLA, OLG Graz, Lageberichte 1940 - 1944, Bericht von Meißner v. 29.3.1943.

96 Ergänzt durch die Verordnung v. 27.1.1943, RGBl. I, S. 67. Vgl. dazu Eva Douma, Rechtsanwälte als Staatsdiener. Der „Einsatz“ der Rechtsanwälte in der Justiz während des Zweiten Weltkrieges, in: Justiz und Nationalsozialismus, Hrsg. vom Justizministerium des Landes NRW. Juristische Zeitgeschichte, 1. Bd., Düsseldorf 1993, S. 103 ff.

97 StLA, OLG Graz, Jk 1-4/1945, Sonderbericht 1945 u. Jk 1a-22/1946, OLG-Präsidium an Britische Militärregierung v. 11. 2. 1946.

Oberkram dem Oberlandesgerichtssprengel Graz unterstellt, womit rund 30 Amtsgerichte und zwei Landgerichte dazukamen. Bis zur Mitte des Jahres 1942 wurden dann 33 Richter und 36 Justizbeamte aus dem Sprengel Graz dorthin abkommandiert.⁹⁸

Um Justizpersonal, das für die Wehrmacht gebraucht wurde, einzusparen und um das Strafverfahren weiter zu beschleunigen, wurde mit der bereits am 1. September 1939 erlassenen Vereinfachungsverordnung die Geschworen- und Schöffengerichtbarkeit abgeschafft und durch Senate mit drei Berufsrichtern ersetzt.⁹⁹ Außerdem wurde die Zuständigkeit der bis dahin bei den Oberlandesgerichten eingerichteten Sondergerichte zu den Landgerichten verlagert, um der Gesamtheit der drakonischen Verordnungen unter dem Kriegsstrafrecht Wirksamkeit zu verleihen und die höheren politischen Gerichte zu entlasten.¹⁰⁰ Deshalb wurden im September 1939 auch im Sprengel des Grazer Oberlandesgerichts bei den Landgerichten in Graz, Leoben und Klagenfurt Sondergerichte eingerichtet. Beim Landgericht Graz waren bis 1945 zwei Senate tätig, die aus jeweils drei

Berufsrichtern bestanden. Als Vorsitzende dieser Senate agierten die Landgerichtsdirektoren Dr. Franz REICHL¹⁰¹ und Dr. Karl FREYBERGER¹⁰² - zeitweilig auch Rechtsanwalt Dr. Armin GUBO¹⁰³, der als „Beauftragter Richter“ eingesetzt war.

Den Sondergerichten war die ausschließliche Kompetenz für Delikte nach der Gewaltverbrecherverordnung, dem Heimtückegesetz, dem Autofallengesetz¹⁰⁴, der Volksschädlingsverordnung und der Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen übertragen. Außerdem konnte der Staatsanwalt nach seinem Ermessen auch andere Straftaten beim Sondergericht anklagen, wenn dies wegen der Schwere oder Verwerflichkeit der Tat, wegen der in der Öffentlichkeit dadurch bewirkten Erregung oder wegen ernster Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit geboten war. Gegen Urteile des Sondergerichts gab es kein Rechtsmittel. Es konnte lediglich auf Grund neuer Umstände mit dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens das Urteil zu einem Freispruch abgeändert werden.¹⁰⁵

98 StLA OLG Graz, Lageberichte 1940 - 1944, Bericht von Meldt v. 7.7.1942.

99 Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege und der Gerichtsverfassung, RGBl. I S. 1658. Vgl. dazu Schäfer/Leite: Die Vereinfachung der Strafrechtspflege im Kriege. In: Deutsche Justiz, 101. Jg., 1929 S. 1310 - 1315.

100 Verordnung über die Zuständigkeit der Strafgerichte, die Sondergerichte und sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften v. 21.2.1940, RGBl. I, S. 405. Vgl. dazu Hans Hoyer - Herbert Möller - Gustav Kanak (Hg.), Die Strafprozeßordnung, 2. Aufl., Manzsche Taschen-Gesetzauflage, 5. Bd., Wien 1943, S. 320 ff. u. 332 ff.; Staudinger, Politische Justiz, S. 43 u. 49 f.

101 REICHL war - wie bereits erwähnt - bis dahin Vorsteher des Amtsgerichtes für Strafsachen. Zu seiner Person vgl. die bereits oben erwähnten Angaben. REICHL wurde nach Kriegsende am 27.5.1945 von den Briten verhaftet, im Lager Wolfsberg interniert und aus dem Justizdienst entlassen. 1948 erfolgt die Aufhebung der Entlassung und danach die Versetzung in den Ruhestand, OLG, Personalakt Reichl, StLA, OLG Graz, Jv 383-4/1946, Listen v. 18.3.1946 u. Geschäftsverteilung 1944.

102 Dr. Karl FREYBERGER, geboren 1884, war vor 1938 am Bezirksgericht Graz II tätig, danach kurzzeitig beim Landesgericht für Zivilrechtssachen. Nach Kriegsende wurde er sofort aus dem Gerichtsdienst entlassen, StLA, OLG Graz, Jv 383-4/1946, Listen v. 18.3.1946, Geschäftsverteilung 1944.

103 Dr. Armin GUBO, Jahrgang 1887, legales NSDAP-Mitglied, war später auch als Richter beim Sondergericht in Marburg tätig und wurde deshalb nach dem Krieg gerichtlich belangt, StLA, OLG Graz, Jv 383-4/1946, Listen v. 18.3.1946, Geschäftsverteilung 1944; StLA, OLG Graz, Nr 2719/1948.

104 Nach dem Gesetz gegen Straßenraub mittels Autofallen vom 22.6.1938, RGBl. I, S. 651, war derjenige mit dem Tode zu bestrafen, der in räuberischer Absicht ein Auto zum Anhalten bringt.

105 Vgl. dazu Schäfer, Strafrechts-Lehrbuch, S. 302 f.

Im Urteil des Sondergerichts wurde auch die Art des Vollzuges der Todesstrafe festgelegt. In der Regel erfolgte sie durch Enthauptung durch das Fallbeil.¹⁰⁶ Lediglich in bestimmten Fällen, so bei der Verurteilung von Militärpersonen konnte auch auf Todesstrafe durch den Strang erkannt werden. Für die Vollstreckung der im Bereich Steiermark und Kärnten gefällten Todesurteile wurde im Frühjahr 1943 im Südtrakt des Landesgerichtlichen Gefangenenhauses in Graz eine Hinrichtungsmaschine (Fallbeil) aufgestellt, die vom Berliner Strafgefängnis Tegel geliefert worden war. Bei der Vollstreckung, die meist in den Abendstunden angesetzt war, wurde der gefesselte Delinquent mit entblößtem Oberkörper zunächst in einen Vorraum gebracht, wo ihm noch einmal das Urteil vorgelesen wurde. Hierauf ordnete der Staatsanwalt mit der feststehenden Formel: „Scharfrichter, walten Sie ihres Amtes!“ die Vollstreckung des Urteiles an. Dann wurde der Verurteilte auf ein Brett der Hinrichtungsmaschine gelegt, der Scharfrichter drückte auf einen Knopf, der das 16 Kilogramm schwere Fallbeil auslöste; und der Kopf wurde schließlich in einem Korb aufgefangen. Dann meldete der Scharfrichter: „Urteil vollstreckt!“ und der Amtsarzt stellte den eingetretenen Tod fest.¹⁰⁷

Im Jahre 1944 wurden die Kompetenzen der Rechtsprechung der Oberlandesgerichte zum Großteil zu den Landgerichten verla-

gert, mit Ausnahme der Hoch- und Landesverratsachen. Für derartige Fälle war an sich ein Senat beim Oberlandesgericht Wien eingerichtet, der allerdings im Jahre 1944 immer mehr überlastet war. Und so wurde mit 1. Oktober 1944 auch in Graz ein besonderer Senat 5 beim Oberlandesgericht eingerichtet, der auch als Volksgericht bezeichnet wurde, obwohl keine irgendwie geartete organisatorische Verbindung mit dem Volksgerichtshof in Berlin bestand. Dieser Senat, der jeweils mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern zusammentrat, tagte im Strafgerichtsgebäude in der Conrad-von-Hötzendorfstraße, zuweilen aber auch in Leoben und Klagenfurt. Er erhielt Fälle nach der Kriegssonderstrafrechts-Verordnung übertragen, vor allem Hochverrat und Wehrkraftzersetzung. Den Vorsitz übten dabei jeweils Dr. Vladimir FIKSIS, der zuvor auch als Beisitzer des Volksgerichtshofes in Berlin fungiert hatte, und sein Stellvertreter Generalstaatsanwalt Dr. Rudolf LÖDERER¹⁰⁸ aus, die beide aus Wien stammten und für diese besondere Aufgabe nach Graz abgestellt worden waren. Als weitere Senatsmitglieder fungierten OLG-Vizepräsident Dr. Alfred KWETT sowie die beiden Oberlandesgerichtsräte Dr. Bruno BRANDSTETTER¹⁰⁹ und Dr. Othmar POTOTSCHNIK. Die erste Verhandlung des Senates wurde im großen Rahmen inszeniert. Präsident MEI.DT hielt vor Verhandlungsbeginn eine feierliche Ansprache, zu der alle in Graz tätigen Richter eingeladen waren. Das

¹⁰⁶ Die diesbezüglichen Bestimmungen der deutschen Reichsstrafprozeßordnung waren durch die StrafenanpassungsVO v. 8.7.1938, RGBl. I S. 844, eingeführt worden. Vgl. dazu Michael Neider, Der Strafvollzug auf dem Staatsgebiet Österreichs 1938 - 1945, in: Justiz und Zeitgeschichte V, hrsg. von Erika Weinzierl u. Karl R. Stadler, Wien 1985, S. 118 - 127.

¹⁰⁷ Vgl. dazu Brunner, Hinrichtungen, S. 260 f.

¹⁰⁸ Rudolf LÖDERER (geb. 1891) war von 5.4.1941 bis 15.9.1942 Generalstaatsanwalt in Innsbruck und anschließend Generalstaatsanwalt in Linz. Vgl. Laich, S. 241.

¹⁰⁹ Dr. Bruno BRANDSTETTER; geb. * 1893 in Graz, ab 1921 im Gerichtsdienst, Bezirksrichter in Judenburg und Gleitsburg, 1936 - 1939 Gerichtsinspektor im Justizministerium. Er wurde 1945 zunächst entlassen, konnte aber 1952 wieder in den Gerichtsdienst zurückkehren, ab 1957 Vizepräsident des Landesgerichtes für Zivilrechtssachen. Bis zu seinem Tod im Jahre 1994 war er als Heimattforscher tätig. Vgl. Blätter für Heimatkunde, 67. Jg., 1993, S. 134.

Urteil mit Ausspruch der Todesstrafe überraschte die anwesenden Richter wegen seiner Strenge, die vor allem von FIKES und LÖDERER auch in den weiteren Verhandlungen des Senats immer wieder mit Nachdruck eingefordert wurde.¹¹⁰

Hinzuweisen ist schließlich hier noch, daß es neben der Strafergerichtsbarkeit über Zivilpersonen auch eine eigene Militärgerichtsbarkeit und auch eine eigene SS-Gerichtsbarkeit gab. Mit Kriegsbeginn waren die Militärgerichte (Kriegsgerichte, Oberkriegsgerichte und Reichskriegsgericht) nicht nur zuständig für die Aburteilung aller von Soldaten und Wehrmachtsbeamten begangenen Straftaten, sondern auch über Zivilpersonen, wenn der Präsident des Reichskriegsgerichtes erklärte, daß besondere militärische Belange die Aburteilung erforderten. Und schließlich wurde mit einer Verordnung vom 17. Oktober 1939 für die Angehörigen der SS eine eigene Sondergerichtsbarkeit in Strafsachen eingeführt. Im Laufe des Krieges wurde die Kompetenz der SS-Gerichte auch auf Polizeibeamte und Gendarmen ausgedehnt.¹¹¹

Einflußnahmen auf die Rechtsprechung

Daß von einer wirklichen Unabhängigkeit der Gerichte unter dem Nationalsozialismus keine Rede sein konnte, bedarf wohl keiner langen Erörterung. „Nach alter germanischer Rechtsauffassung“, schrieb Reichsjustizmi-

nister Otto Georg THIERACK, „war immer der Führer des Volkes sein oberster Richter“. Demnach waren die Richter dem Führer verantwortlich und damit „unmittelbare Gehilfen der Staatsführung“.¹¹² HITLER hat dann in einer Reichstagsrede vom 26. April 1942 ausdrücklich festgestellt: „... daß Deutschland leben muß, ganz gleich, wie immer auch formale Auffassungen der Justiz dem widersprechen mögen ... Ich werde von jetzt ab in diesen Fällen eingreifen und Richter, die ersichtlich das Gebot der Stunde nicht erkennen, ihres Amtes entheben.“¹¹³ Damit liefen also auch Richter, die sich streng ans Gesetz hielten, Gefahr, ihres Amtes enthoben zu werden. Und die Stellung des Führers als „oberster Gerichtsherr“ wurde dann auch noch durch Beschluß des Reichstages formell anerkannt.¹¹⁴

Ein weiterer Schritt zur Beseitigung der Unabhängigkeit der Rechtsprechung wurde dann im Oktober 1942 gesetzt. Die Richter waren zwar formal weiterhin weisungsfrei, doch die von THIERACK ab diesem Zeitpunkt herausgegebenen „Richterbriefe“ stellten de facto Weisungen dar, obwohl das Wort „Weisung“ vermieden und nur von einer „Hilfe“ für die Richter gesprochen wurde, um zu erläutern „wie sich die Justizführung nationalsozialistische Rechtsanwendung denkt“. Bis Ende des Jahres 1944 wurden jedenfalls 21 Richterbriefe auf dem Dienstweg unter dem Gebot der Vertraulichkeit verteilt. Dabei wurden insgesamt 46 Einzelfälle aus dem Straf- und

110 SILVA, OLG Graz, Lageberichte 1940 - 1944, Bericht von Meldt v. 30.11.1941. SH A, LG Graz, 1 Wr 13/45, Aussage von Meldt v. 16.7.1945 u. Memorandum von Dr. Bruno BRANDSTETTER v. 30.5.1945.

111 RGBl. I, S. 2107. Vgl. dazu Bernd Wegner, Die Sondergerichtsbarkeit von SS und Polizei, in: Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, 1. Bd., Hrsg. von Ursula Böhmer, Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, 21. Bd., Hamburg 1986, S. 243 - 259; Schäfer, Strafrechtslehre, S. 306; Neugebauer, Justiz, S. 188 - 190; Staudinger, Politische Justiz, S. 58 f.

112 Richterbriefe, Mitteilungen des Reichsministers der Justiz, Nr. 1 v. 1.10.1942.

113 Vgl. dazu Im Namen des Deutschen Volkes, S. 293; Martin Hirsch - Diermut Majer - Jürgen Meinck (Hg.), Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus. Ausgewählte Schriften, Gesetze und Gerichtsentscheidungen von 1933 bis 1945, Köln 1984 (= Hirsch Majer-Meinck), S. 186 - 189 u. 507 - 519.

114 Beschluß des Großdeutschen Reichstages v. 26.4.1942, RGBl. I, S. 247/1942.

Zivilrecht mit den dazugehörigen Urteilen behandelt und anschließend ausgeführt, ob und wie sie hätten ausfallen müssen oder ob sie beispielhaft als „gute, für die Volksgemeinschaft wesentliche Entscheidungen“ anzusehen waren.¹¹⁵

Schon zuvor hatten die vertraulichen „Lageberichte der Oberlandesgerichtspräsidenten“ als Grundlage für eine Einflußnahme auf die Entscheidungsfindung der Gerichte gedient. Zur Lenkung der Rechtspflege wurden daraus gezielte Urteilsbesprechungen in Fachzeitschriften sowie „kollegiale Besprechungen“ abgehalten. In regelmäßigen Abständen mußten die Generalstaatsanwälte und Präsidenten der Oberlandesgerichte nach Berlin kommen, wo Versammlungen abgehalten wurden. Bei diesen Zusammenkünften wurden Urteile aus dem ganzen Reichsgebiet schlagwortartig verlesen, dann wurden die Urteile kritisiert, wobei auch immer wieder Stellungnahmen des Führers bekanntgegeben wurden. Im allgemeinen wurde stets betont, daß die Rechtsprechung viel zu milde sei. Schlußendlich wurden auch allgemeine Richtlinien ausgegeben, welche Strafen bei bestimmten Delikten zu verhängen seien.¹¹⁶

Die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte hatten dann in ihrem Sprengel für die Umsetzung dieser allgemeinen Anordnungen und Richtlinien zu sorgen. Dabei wurden am Sitz des Oberlandesgerichtes Besprechungen unter Federführung des Oberlandesgerichts-

präsidenten und des Generalstaatsanwaltes abgehalten, bei denen den Landgerichtspräsidenten und den Vorsitzenden der Sondergerichte die Direktiven aus Berlin mitgeteilt wurden. Dabei wurden insbesondere die anstehenden Fälle bei den Sondergerichten, aber auch sonstige wichtige Straffälle ausdrücklich zur Sprache gebracht, um die Umsetzung der allgemeinen Anordnungen zu gewährleisten.¹¹⁷ Oberlandesgerichtspräsident MELDT hat daneben auch regelmäßig in Graz, Leoben, Klagenfurt und Villach „Richterappelle“ abgehalten, um den Richtern insbesondere die Zielrichtung der Strafrechtspflege näher zu erörtern. Er verlangte dabei stets strengste Pflichterfüllung, wobei er immer wieder besonders den Führer als obersten Gerichtsherrn als Beispiel für eine derartige Pflichterfüllung hervorhob.¹¹⁸

Die Staatsanwaltschaft konnte außerdem die Überprüfung von Urteilen im Wege des Reichsgerichtes herbeiführen, indem sie einen Antrag an den Oberreichsanwalt stellte. Der Oberreichsanwalt konnte nämlich durch einen außerordentlichen Einspruch oder durch die Erhebung einer Nichtigkeitsbeschwerde „ungerechte Urteile“ bekämpfen, wobei die Entscheidung beim Reichsgericht in Leipzig lag. Damit konnten also auch bereits rechtskräftige Urteile korrigiert werden, wenn sie nicht den Vorstellungen der Machthaber entsprachen.¹¹⁹ Ein Todesurteil mußte jedenfalls durch den zuständigen Oberstaatsanwalt dem Ministerium in Berlin zur Bestätigung vorgelegt werden.

¹¹⁵ Zu den Richterbriefen vgl. Heitz/Boberach (Hg.), Richterbriefe: Dokumente zur Beeinflussung der deutschen Rechtsprechung 1942 - 1944, Schriften des Bundesarchivs 21, Boppard am Rhein 1975; Bernhard Wahl, Die Richterbriefe. Ein Beitrag zur Geschichte der nationalsozialistischen Justizpolitik, Diss., Heidelberg 1981.

¹¹⁶ Vgl. dazu Gruchmann, Justiz, S. 1099 ff.; Christian Pipan, Justiz ohne Ethik. Die Rolle der Justiz im nationalsozialistischen Herrschaftssystem und die frühen Deutungen Ernst Fraenke's in „Der Doppelpaß“, Dipl.Arb., Graz 1993 (= Pipan, Justiz), S. 90 f.

¹¹⁷ Vgl. dazu StLA, LG Graz, 1 Vr 13/45, Aussage von Dr. Alfred Kweil v. 3.1.1947.

¹¹⁸ StLA, OLG Graz, Lageberichte 1940 - 1944, Bericht von Meldt v. 7.7.1942, StLA, LG Graz, 1 Vr 13/45 S. 39.

¹¹⁹ Vgl. dazu Ingo Müller, Furchtbare Juristen. Die unbewaltigte Vergangenheit unserer Justiz, München 1989 (= Müller, Juristen) S. 135 ff.; Riehle, Bedeutung, S. 148 ff.

Der Vollzug der Strafen oblag der Staatsanwaltschaft, ebenso die Erledigung von Anträgen auf Begnadigung, Strafaufschübe etc. Dazu gab es einen sehr regen Kontakt zwischen dem Reichsjustizministerium und dem Generalstaatsanwalt, wobei mehrmals wöchentlich telefonische Rücksprachen gepflogen wurden.¹²⁰

Aber nicht nur die Zentralstellen aus Berlin übten einen Einfluß auf die Rechtsprechung aus. Auch die Gauleitung der NSDAP in Graz versuchte die Judikatur zu beeinflussen. So wurden Oberlandesgerichtspräsident MELDT und Generalstaatsanwalt MEISSNER immer wieder zu Dr. Siegfried UIBERREITHER¹²¹ zitiert, der dann Vorhaltungen hinsichtlich der Partei nicht genehmer Urteile machte.¹²² Deshalb war die Beziehung MELDTS zum steirischen Gauleiter und Reichsstatthalter UIBERREITHER alles andere als friktionsfrei. Im späteren Volksgerichtsurteil gegen MELDT wurde diese Auseinandersetzung damit erklärt, daß beide „etwas diktatorisch veranlagt waren und sich deshalb nicht vertrugen“ und eben auch damit, daß sich MELDT „was ihm hoch angerechnet werden muß, eine Einmischung der Partei in Justizangelegenheiten verboten hat“.¹²³ Auch mit dem Kärntner Gauleiter Dr. Friedrich RAINER gab es immer wieder Reibungen. Dieser beschwerte sich in einem Fernschreiben vom 16. 9. 1942 an Reichsleiter BORMANN darüber, daß MELDT kein Verständnis für die notwendi-

ge Zusammenarbeit mit der Partei besitze und ihm überhaupt die Stellung der NSDAP im Verhältnis zur Rechtspflege und Justizverwaltung unbekannt sei. RAINER ging dabei sogar soweit, daß er die sofortige Abberufung MELDTS und die Errichtung eines eigenen Oberlandesgerichtes in Klagenfurt forderte, was allerdings nach einer Vermittlungsreise des Staatssekretärs im Reichsjustizministerium ROTHENBERGER Ende Oktober 1942 vermieden werden konnte.¹²⁴

Es gab aber nicht nur von Seiten der NSDAP Versuche, die Unabhängigkeit der Justiz zu untergraben. Viel stärker war die Gerichtsbarkeit vom Einfluß der Geheimen Staatspolizei (= Gestapo) sowie der Kriminalpolizei (= Kripo) bedroht.¹²⁵ Und auch in dieser Richtung versuchte MELDT immer wieder gegenzusteuern. In seinen regelmäßigen Lageberichten an das Reichsjustizministerium beklagte er mehrmals die Vorgangsweise der Polizei, die sich oft unter Berufung auf Geheimerlässe über gerichtliche Verfügungen hinwegsetzte und auch die Anrufung einer gerichtlichen Hilfe durch Zwangsmaßnahmen unmöglich machte. Und MELDT stellt dann auch ausdrücklich fest: „Bedauerlich ist, dass solche nicht zu billigende Eigenmächtigkeiten und Entgleisungen einzelner Beamten der Gestapo oder der Kripo von ihren vorgesetzten Dienststellen weitgehendst gedeckt, ja sogar gebilligt werden.“¹²⁶ Letztlich konnte deshalb MELDT hier wenig ausrichten,

120 Vgl. dazu StLA, LG Graz, 1 Vr 13/45, S. 42.

121 Dr. Siegfried UIBERREITHER, geb. 1908 in Salzburg; nach dem Jus-Studium in Graz im Krankenkassenwesen tätig, seit 1937 bei der SA, ab 22.5.1938 Gauleiter der Steiermark. Nach Kriegsende lebte er bis zu seinem Tod im Jahre 1984 unter anderem Namen in Deutschland. Vgl. Karner, *Personlichkeiten*, S. 428 f.

122 StLA, LG Graz, 1 Vr 13/45, Aussage von Dr. Alfred Kwett v. 3.1.1947.

123 StLA, LG Graz, 1 Vr 13/45, Urteil v. 17.11.1948.

124 Bei derselben Reise des Staatssekretärs wurde übrigens der damalige Wiener OLG-Präsident Dr. SCHÖBER abgesetzt, weil er der Partei nicht mehr genehm war. StLA, LG Graz, 1 Vr 13/45, Urteil v. 17.11.1948. Brade, *Präsidenten*, S. 55 f.

125 Zu diesem Spannungsverhältnis vgl. Gruchmann, *Justiz*, S. 713 ff.; Pippar, *Justiz*, S. 37 ff.; Müller-Jurissen, S. 179 - 187.

126 StLA, OLG Graz, Lageberichte 1940 - 1944. Bericht von Meldt v. 26.11.1942.

denn die Einmischungen der Geheimpolizei in die Strafjustiz, die seit 1938 gegeben war, nahm in den letzten Kriegsjahren noch weiter zu. Die Gestapo hatte ja fast eine Blankovollmacht, Menschen, die die Machthaber aus politischen oder rassischen Gründen verfolgten, in Konzentrationslager zu verschleppen und zu ermorden, egal ob gegen sie ein Strafverfahren anhängig war oder nicht. Ein Freispruch konnte deshalb letztlich auch dazu führen, daß der Betreffende trotzdem in die Maschen der Gestapo geriet und die Freiheit oder gar das Leben verlor.¹²⁷

Eine Gesamtbeurteilung Fritz MELDT'S, der in den Jahren 1940 bis 1943 auch Mitglied des Strafsenates beim Reichsgericht in Leipzig war, ist deshalb nicht ganz einfach. Auf der einen Seite war er ein engagierter evangelischer Christ, der etwa auch bei Assessorprüfungen Fragen aus der Theologie beantworten ließ.¹²⁸ Andererseits opferte er letztlich seine religiöse Überzeugung dem Willen der Partei, als er aus der Evangelischen Kirche, in der er zuvor sogar eine führende Rolle gespielt hatte, austrat. Es gab aber auch nach dem Krieg Vorwürfe, MELDT habe die Justizverwaltung sehr rigoros ausgeübt und bei Urteilsfällungen mitunter ein äußerst hartes Strafmaß verhängt. So habe MELDT beispielsweise als Vorsitzender des Berufungssenates gegen einen vorher unbescholtenen jungen Mann, der in erster Instanz wegen Hamsterei zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, die Strafhöhe zur Abschreckung auf 1 1/2 Jahre ausgeweitet.¹²⁹ Andererseits

kommt man aber eben nicht um das belegbare Faktum herum, daß MELDT immer wieder versuchte, der Justiz ein gewisses Maß an Unabhängigkeit zu bewahren und aus diesem Grund auch vor Auseinandersetzungen mit einflußreichen Parteifunktionären nicht zurückschreckte.

Auch bei Generalstaatsanwalt Johannes MEISSNER kann man feststellen, daß er nicht völlig kritiklos die zeitbedingten Eingriffe in die Justiz hingenommen hat. In vielen seiner Berichte an das Reichsjustizministerium finden sich durchaus kritische und mahnende Passagen. So nimmt er in einem Bericht vom 24. November 1940 zu den Euthanasiemaßnahmen¹³⁰ und der zuweilen außerhalb der Gesetze agierenden Gestapo Stellung, wobei er unter anderem feststellt: „Heute sieht das Volk, daß Tötungen von Menschen stattfinden, für die kein Gesetz eine Grundlage bietet, und daß trotzdem die Justizbehörden nicht einschreiten. Dadurch leidet Ansehen und Ehre der Richter und Staatsanwälte, sie werden der Willkür verdächtigt, die Justiz wird ein anrühiges Gewerbe, mit mehr Schein des Rechts, als es einst das des Henkers war. ... Ich bitte Sie daher, Herr Reichsminister, Ihren ganzen Einfluß aufzubieten, damit jene gesetzlosen Tötungen gesetzlich geregelt oder eingestellt werden. Es geht um die Ehre der Justiz ...“¹³¹

Von MEISSNER und Oberstaatsanwalt Dr. Alfred LIEBISCH¹³² wurden jede Woche gesellige Zusammenkünfte der Staatsanwälte organisiert, an denen auch prominente

127 Zu diesem Aspekt vgl. Hirsch-Majer Meirick, S. 520 ff.; Neugebauer, Justiz, S. 180 - 182.

128 StLA, LG Graz, 1 Wr 13/45, Vermerk v. 15.11.1944.

129 Vgl. dazu Neue Steirische Zeitung v. 31.5. u. 7.6.1945.

130 Zur Euthanasie in der NS-Zeit vgl. Henry Friedlander, Das nationalsozialistische Euthanasieprogramm, in: Aurelius Freytag - Boris Maric - Thomas Storr (Hg.), Geschichte und Verantwortung, Wien 1988, S. 277 - 297.

131 Abgedruckt bei Gruchmann, Justiz, S. 514 f.

132 Dr. Alfred LIEBISCH: geb. 1885 in Pettau, seit 1912 im Justizdienst, ab 1922 als Staatsanwalt, 1935 Ersler Staatsanwalt, ab 1.1.1940 Oberstaatsanwalt, StLA, LG Graz, 4 Wr 13/45, Strafakt Liebisch.

te nationalsozialistische Rechtsanwälte teilnahmen. Diese Zusammenkünfte fanden meist in der Weinstube der Steiermärkischen Sparkasse statt. Einzelne Staatsanwälte - wie Dr. SPORK und Dr. PAYER - wagten es, nicht daran teilzunehmen, was als „mangelndes Gefühl für Volksgemeinschaft und als Unkameradschaftlichkeit“ ausgelegt wurde.¹³³

Es gab aber auch einzelne Staatsanwälte, die versuchten, Härten und Ungerechtigkeiten zu mildern. So gelang es etwa in Einzelfällen, Strafverfahren wegen Rundfunkverbrechen oder wegen partei- und regierungsfeindlicher Äußerungen zur Einstellung zu bringen oder wenigstens die gänzliche oder teilweise bedingte Begnadigung Verurteilter zu erreichen. So fiel gegen Ende 1943 eine Strafsache gegen Ida EDELSBRUNNER und Josef GLASER wegen Diebstahl und Weitergabe von Fleischkarten für ungefähr 4.000 kg Fleisch an. Trotz fortgeschrittenen Alters und eines bis dahin tadellosen Lebenswandels verlangte das Reichsjustizministerium von der Grazer Staatsanwaltschaft, die Todesstrafe wegen schwerer Kriegswirtschaftsverbrechen für beide Angeklagte zu beantragen. Das Verfahren wurde dann vom zuständigen Staatsanwalt Dr. Kurt BALDAUF immer wieder verzögert, bis schließlich die beiden Angeklagten kurz vor dem Einmarsch der Roten Armee sogar enthaftet wurden.¹³⁴ Auch die Aufnahme von Strafverfolgungen gegen prominente Funktionäre der NSDAP erforderte großes Rückgrat. So führte die Verhaftung der Gau-Frauenchaftsführerin Carla MAYER im

Jahre 1940 zu einer strengen Rüge der Staatsanwaltschaft durch den stellvertretenden Gauleiter Tobias PORTSCHY. Die Verhaftung konnte aber dadurch nicht mehr rückgängig gemacht werden.¹³⁵ Diese Einzelbeispiele können aber nicht über die Tatsache hinweggehen, daß eben auch in vielen Fällen für Bagatelldelikte überaus harte Strafen - bis hin zu Todesstrafen - von den Staatsanwälten beantragt und letztlich auch vollstreckt wurden.

Die letzten Kriegswochen

Kurz vor Kriegsende versuchte man teilweise mit außerordentlichen Mitteln auch im Bereich der Justiz, die Lage unter Kontrolle zu halten, was letztlich zu einer Verschärfung der Strafjustiz und einem letzten Aufbäumen führte. Mit 29. März 1945 wurde jedenfalls auch in der Steiermark auf Anweisung von Gauleiter UIBERREITNER ein eigenes Standgericht eingerichtet, das für alle Straftaten zuständig war, „durch die die deutsche Kampfkraft oder Kampfmotiviertheit gefährdet wird“.¹³⁶ Die Standgerichte waren mit einem Strafrichter, einem Funktionär der NSDAP sowie einem Offizier der Wehrmacht, der Waffen-SS oder der Polizei zu besetzen. Als Vorsitzender des Grazer Standgerichtes fungierte Dr. MELDT, während SA-Standartenführer Dr. Heinrich PAGL, SS-Obersturmbannführer Dr. Paul TOLLOWITZ und der aus dem Altreich stammende Arzt Dr. GOTTLIEB als Beisitzer fungierten. Als Anklagevertreter agierten abwechselnd die beiden Oberstaatsanwälte Dr. Leopold

133 Vgl. dazu StLA OLG Graz, Sonderkommission, Senat 2, 2 Sk 14/1946, Rechtfertigungsschrift von Dr. Spork v. 30. 4. 1946.

134 StLA OLG Graz, Sonderkommission, Senat 2, 2 Sk 15/1946, Rechtfertigungsschrift von Dr. Baldauf v. 17.7.1945 mit dazugehörigen Zeigenaussagen sowie Beschluß der Sonderkommission v. 11. 6. 1946.

135 StLA OLG Graz, Sonderkommission, Senat 2, 2 Sk 14/1946, Rechtfertigungsschrift von Dr. Spork v. 30.4.1946.

136 Die Errichtung erfolgte aufgrund der Verordnung über die Errichtung von Standgerichten v. 15.2.1945, RGBl. I S. 30.

SEEHOFER und Dr. Alfred LIEBISCH. Rechtsgrundlage für das Verfahren waren die diesbezüglichen Bestimmungen der Reichsstrafprozeßordnung. Demnach konnte bei diesem beschleunigten Verfahren nur mit Freispruch oder Todesurteil entschieden werden. Vor diesem Grazer Standgericht wurden nachweislich drei Fälle verhandelt, wobei insgesamt fünf Personen angeklagt waren, über die zwei Todesurteile und drei Freisprüche verhängt wurden. Ein Todesurteil wegen Fahnenflucht wurde nach Bestätigung des Gerichtsherrn - Gauleiter UIBERREITHER - vollstreckt. Im anderen Fall wurde eine Begnadigung gewährt, da der Verurteilte geistig behindert war.¹³⁷

Die äußeren Umstände, unter denen die Justiz in den letzten Kriegsmonaten arbeiten mußte, waren äußerst prekär. Als „Geheime Reichssache“ gekennzeichnete Erlässe über die Umstellung der Justiz auf den totalen Kriegseinsatz, mit der damit verbundenen Abgabe von Personal für die Wehrmacht und die Rüstungsindustrie, über Maßnahmen bei Justizbehörden in Operations- und Kampfgebieten, über die Wegbringung der Grundbücher und Urkundensammlungen aus den Grenzgebieten und peinlich geführte Bücher über „uk“ (= unabhkömmlich) gestellte Gerichtspersonen und Notare sprechen eine beredete Sprache. Trotzdem war zumindest die Justizspitze - wie die Äußerungen von Generalstaatsanwalt MEISSNER belegen - der Überzeugung, „dass die grosse Masse unserer Volksgenossen in unserem Bezirk, auch in

dieser schwersten Zeit treu zu Führer und Volk steht“.¹³⁸ Und von den Rechtswählern wurde nachdrücklichst erwartet, daß sie „dem Volksgenossen ein Vorbild in Haltung und Leistung ... im Vertrauen ... auf den Sieg des Reiches“ sind.¹³⁹

Verschärft wurde die Lage in Graz noch dadurch, daß die beiden wichtigsten Grazer Gerichtsgebäude durch Bombentreffer teilweise schwer in Mitleidenschaft gezogen worden waren. Beim Strafgerichtsgebäude in der Conrad-von-Hötzendorfstraße waren durch einen naheliegenden Bombeneinschlag bereits im März 1944 fast alle Fensterscheiben und viele Dachziegel zu Bruch gegangen.¹⁴⁰ Ein Jahr später - am 21. März 1945 - wurde das Gebäude dann von fünf Bomben getroffen, wobei insbesondere der Nord- und Westtrakt zerstört bzw. beschädigt wurden.¹⁴¹ Schwere Beschädigungen wies auch der Justizpalast in der Nelkengasse auf, der am 11. Dezember 1944 durch drei Bomben getroffen wurde.¹⁴² Als Folge davon mußte das Oberlandesgericht ins Gerichtsgebäude in der Paulustorgasse 15 ausweichen.

Nach den Weisungen des Reichsjustizministeriums waren insbesondere Geheimerlässe, Personalakten sowie vor allem auch politische Strafakten des Volksgerichtshofes bei Feindannäherung zu verbrennen. Die Entscheidung lag dabei bei Gauleiter UIBERREITHER, der inzwischen zum „Reichsverteidigungskommissar“ mit besonderen Vollmachten ernannt worden war. Als sich die Sowjetarmee den steirischen

137 Die Einrichtung des Standgerichtes wurde in der „Tagespost“ v. 30.3.1945 öffentlich verlautbart. StLA, LG Graz, 1 Vr 13/45, S. 44 u. Aussage von Meitl v. 8.5.1947. Damals existierte in Graz auch ein militärisches Standgericht, das für Angehörige der Wehrmacht und der SS zuständig war.

138 StLA, OLG Graz, Lageberichte 1940 - 1944, Bericht von Meißner v. 1.2.1945.

139 Deutsches Recht, Wiener Ausgabe, 8. Jg., 1945, Heft 1, Aufruf von Justizminister THILRACK zum Jahresbeginn 1945.

140 StLA, OLG Graz, Lageberichte 1940 - 1944, Bericht von Meitl v. 4.4.1944.

141 Walter Brunner, Bomben auf Graz. Die Dokumentation Weissmann. Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives, 16. Bd., Graz 1989 (= Brunner, Bomben), S. 364 f.

142 Brunner, Bomben, S. 222 u. 225.

Landesgrenzen näherte und die Wehrmacht zurückflutete, gab UIBERREITHNER auch umfassende Anweisungen an den Justizapparat. Dabei wurde kurzzeitig unter anderem die schrittweise Verlegung des Oberlandesgerichts nach Klagenfurt und Judenburg ins Auge gefaßt. Zu diesem Zweck begann man auch schon mit der Verlagerung von Akten nach Klagenfurt.¹⁴³

Ende März 1945 wurde dann auf Anweisung von MELDT mit der Aktenverbrennung begonnen.¹⁴⁴ Kurz vor dem Zusammenbruch wurden im Gerichtsgebäude Paulustorgasse „Richter-Stellen-Akten über richterlichen Auftrag zur Gänze vernichtet“.¹⁴⁵ Auch im Bereich der Staatsanwaltschaft wurden kurz vor Kriegsende über Auftrag des Oberstaatsanwaltes Alfred LIEBISCH, der den am 1. April 1945 zum Volkssturm eingerückten Generalstaatsanwalt MEISSNER vertrat, noch eine Unzahl von Akten verbrannt.¹⁴⁶

Umbruch 1945

Mit der Kapitulation des Deutschen Reiches und dem Einmarsch der Roten Armee in Graz am 9. Mai 1945 war auch ein vorläufiges Ende der Tätigkeit der Grazer Gerichte gekommen. Für mehrere Wochen kam es zu

einem Stillstand der Rechtspflege. Viele steirische Richter und Staatsanwälte waren angesichts des Einmarsches der Sowjets geflohen. So setzte sich Generalstaatsanwalt MEISSNER am 9. Mai aus Graz ab, wurde aber dann auf seiner Flucht am 17. Mai 1945 in Schladming von den Amerikanern inhaftiert.¹⁴⁷ Andere führende Männer der Justiz blieben in Graz, wurden dann allerdings in den Tagen danach von den Sowjets inhaftiert. So wurde Fritz MELDT bereits am 13. Mai 1945 in Haft genommen, aus der er erst im August 1949 entlassen wurde. Am 17. November 1948 fällte das Volksgericht Graz einen Schuldspruch gegen MELDT, wobei man ihm aber im wesentlichen nicht seine Tätigkeit als Gerichtspräsident vorwarf, sondern seine Aktivitäten vor dem Anschluß.¹⁴⁸ Oberstaatsanwalt LIEBISCH wurde am 17. Mai 1945 von den Sowjets festgenommen und bald darauf ins sowjetische Anhaltelager in Steinamanger (Szombathely/Ungarn) überstellt; später ist LIEBISCH dann auf dem Weitertransport in die Sowjetunion verstorben.¹⁴⁹ Auch Landgerichtspräsident Hans SCHÄFTLEIN wurde am 22. Juni 1945 festgenommen und saß bis Mai 1947 in Untersuchungshaft. Er wurde dann auf freiem Fuß wegen Illegalität und der Mitwirkung an den Dadiou-Listen angeklagt, doch letztlich trat die Staatsanwaltschaft im

143 StLA, LG Graz, 1 Vr 13/45, Aussage von Meidl v. 9.7.1945.

144 StLA, LG Graz, 1 Vr 13/45, S. 44 und Aussage von Dr. Kwett v. 3.1.1947.

145 Vgl. dazu Brade, Präsidenten, S. 56.

146 StLA, LG Graz, 1 Vr 13/45, Zeugenvernehmung Dr. Böess v. 12.7.1945.

147 MEISSNER wurde zunächst im Lager Glaserbach festgehalten, ehe er nach Graz überstellt wurde, wo er am 18.6.1947 gegen Gelbbris entlassen wurde. Es wurde ein Strafverfahren beim Volksgericht Graz eröffnet, das am 3. April 1948 mit einem Urteilsspruch von zwei Jahren schweren Kerker wegen Illegalität und seinem Rang als SA-Hauptsturmführer endete. Aufgrund der eingerechneten Vorhaft wurde er allerdings nicht mehr in Haft genommen. MEISSNER war dann noch bis 1951 als Hilfsarbeiter tätig, ehe er um Pensionierung ansuchen konnte. Vgl. die Angaben im Strafakt: StLA, OLG Graz, 8 Vr 4713/1947.

148 MELDT wurde zu sechs Jahren schweren Kerkers verurteilt. Da ihm aber die Vorhaft angerechnet wurde, wurde er nicht wieder inhaftiert. Er arbeitete danach noch als Torwart bei einer Grazer Firma, ehe er 1952 als Richter in den Ruhestand versetzt wurde. Am 26.10.1953 ist MELDT verstorben. Vgl. Brade, Präsidenten, S. 56 f. Zu den Prozessen vor dem Volksgerichtshof vgl. Martin Polaschek, „Im Namen der Republik Österreich!“ Die Volksgerichtsbarkeit in der Steiermark 1945 - 1955. Graz 1998.

149 StLA, LG Graz, Vr 13/45-263.

April 1951 von der Anklage zurück.¹⁵⁰

In einigen Fällen versuchte man, Richter wegen ihrer Mitwirkung an Urteilen gerichtlich zu belangen. So wurden im Juli 1945 gegen Dr. Bruno BRANDSTETTER, Dr. Vladimir FIKEIS, Dr. Rudolf LÖDERER, Dr. Alfred KWETT und Dr. Othmar POTOTSCHNIK Voruntersuchungen eingeleitet. Nach eingehenden Erhebungen, bei denen die Fällung von bedenklichen Urteilen und insbesondere die Verhängung der Todesstrafen überprüft wurden, wurden allerdings alle Verfahren zu Ende des Jahres 1947 eingestellt.¹⁵¹

Im Frühjahr 1945 begann man schrittweise wieder mit der Reaktivierung des steirischen Justizwesens, wobei die damalige provisorische Steiermärkische Landesregierung mit dem Sozialdemokraten Reinhard MACHOLD als Landeshauptmann die ersten Initiativen setzte. Sie betraute am 24. Mai 1945 Dr. Gustav ZIGUNER-BLUMENDORF¹⁵² provisorisch mit der Leitung des Oberlandesgerichtes Graz.¹⁵³ Am selben Tag wurde Dr. Julius PIERINGER, der im Juli 1938 aus politischen Gründen pensioniert worden war, zum provisorischen Landesgerichts-Präsidenten ernannt. Und schließlich bekam

auch das Landesgericht für Strafsachen, dessen Gebäude in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße durch Bombenschäden beeinträchtigt war und das zudem vorübergehend als Hauptquartier des sowjetischen Geheimdienstes NKWD genutzt wurde, am 21. Juli 1945 mit Dr. Arthur WOLFF, der 1938 zwangspensioniert worden war, einen neuen Präsidenten.¹⁵⁴ Die wichtigsten Ämter der Staatsanwaltschaft Graz füllten in den ersten Monaten nach dem Krieg der schon am 24. Mai zum provisorischen Leiter ernannte Dr. Johann NESTROY¹⁵⁵, der dann bald durch Dr. Hans AMSCHEL abgelöst wurde, und als sein Stellvertreter Dr. Norbert ROSSA aus.¹⁵⁶

Aufarbeitung nach Kriegsende

Obwohl die Russen einige führende Justizangehörige selbst inhaftiert hatten, überließen sie die Entnazifizierung des übrigen Justizpersonals weitgehend einem dafür eingesetzten antifaschistischen Säuberungskomitee unter dem Vorsitz von Dr. ZIGUNER-BLUMENDORF. Rechtsgrundlage für die von diesem Komitee ausgesprochenen Entlassungen war im wesentlichen das Verbotsgesetz vom 8. Mai 1945.¹⁵⁷

¹⁵⁰ Vgl. OLG Graz, Personalakt Schafflein.

¹⁵¹ FIKEIS war schon 1946 verstorben und das Verfahren gegen LÖDERER, dem die Mitwirkung am Standgericht Linz vorgeworfen wurde, wurde erst 1949 an das Volksgericht Linz delegiert. StLA, OLG Graz, Präs., Personalakt Dr. Alfred Kwett, Bericht des LG f. StrS an OLG-Präsidium v. 11. 11. 1947.

¹⁵² Dr. Gustav ZIGUNER-BLUMENDORF: geb. 1886 in Trittau (Kraio), seit 1908 im Gerichtsdienst, ab 1934 Präsident des Landesgerichtes Klagenfurt. Er wurde am 12.3.1938 seines Amtes enthoben und bis November 1940 inhaftiert, u.a. auch im KZ Buchenwald. Danach Übersiedlung nach Graz, wo er als Kanzlist der Landkrankenkasse Beschäftigung fand. ZIGUNER sollte bis 1956 Präsident des Oberlandesgerichtes bleiben. In diesem Jahr fungierte er auch als Präsident des Verfassungsgerichtshofes. Ende 1956 wurde er in den Ruhestand versetzt und verstarb am 29. 11. 1979 in Graz. Vgl. Brade, Präsidenten, S. 57 ff.

¹⁵³ Diese Ernennung wurde dann zunächst am 4. Juni 1945 von der Wiener Justizbehörde genehmigt. Und schließlich haben dann auch die Briten, die ja dann ab 24. Juli die Steiermark kontrollierten, die Bestellung ZIGUNER-BLUMENDORFS definitiv bestätigt.

¹⁵⁴ Zuerst hatte kurzzeitig Dr. Friedrich OBERHAUSER als provisorischer Leiter des Straflandesgerichtes fungiert.

¹⁵⁵ NESTROY, Jahrgang 1891, war am 12. März 1938 aus seiner Funktion als Richter am Kreisgericht in Leoben entfernt und ohne Pensionsbezüge entlassen worden. Vorübergehend war er auch inhaftiert StLA, OLG Graz, Sonderkommission, Senat 3, 3 Sk 21/1946, Senatspräsident Dr. Johann Nestroy an die Sonderkommission v. 2. 3. 1946.

¹⁵⁶ StLA, OLG Graz, Jv. 1a-4h/1945, Bericht des OLG-Präsidioms an die Britische Militärregierung v. 3.8.1945. Vgl. dazu Brade, Präsidenten, S. 59; Siegfried Beer, „Let right be done“, Die Briten und der Wiederaufbau der steirischen Justiz im Jahre 1945, in: Graz 1945, Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 25. Bd., 1994 (= Beer), S. 190 ff.

Durch Kriegsgefangenschaft, Entnazifizierungsmaßnahmen und nicht zuletzt durch die Opfer, die der Krieg gefordert hatte, litten die Gerichte nach 1945 unter extremem Personalmangel. Gegenüber dem Jahre 1938 war der Personalstand der Justizverwaltung nahezu halbiert. Zählte man 1938 noch insgesamt 210 Richter in der Steiermark, waren es im Oktober 1945 nur mehr 103. 110 Richter waren aus ihren Funktionen entlassen worden. Von den 103 amtierenden Richtern waren 57 vormals Mitglieder der NSDAP, 25 weitere hatten sich um eine Mitgliedschaft beworben, waren somit Parteianwärter gewesen. Ähnlich stellte sich die Situation bei den Staatsanwälten dar. 1938 hatte es in Graz noch 30 Staatsanwälte gegeben. Von den zwölf Staatsanwälten, die am 8. Mai in Graz verblieben waren, mußten sechs entlassen werden.¹⁵⁷

Gleichzeitig überforderten eine hohe Kriminalität und die komplizierte Rechtslage nach dem Krieg die im Amt verbliebenen unbelasteten Juristen. Die Akten türmten sich. Die Zahl der unerledigten Fälle wuchs. Eine funktionierende Rechtsprechung war kaum aufrechtzuerhalten. Die junge Demokratie befand sich in einer bedrohlichen Zwangslage. Deshalb wurden von ehemaligen Richtern entschuldigende Ansuchen gestellt, seinerzeit nur unter persönlichem Druck zur NSDAP-Mitgliedschaft gezwungen worden zu sein. Sonderkommissionen, die sich aus Richtern und Repräsentanten der Parlamentsparteien zusammensetzten, hatten über die Wiedereinstellung der Antragsteller zu entscheiden. Wer nur

irgendwie tragbar war und in die Kategorie der Minderbelasteten fiel, wurde wieder eingestellt, über eine Untersuchung der Parteizugehörigkeit ging die Tätigkeit der Sonderkommissionen nicht hinaus. Unerkannt blieben dabei die wahre politische Gesinnung und die daraus resultierenden Taten. Ebenso wie in Deutschland wurde auch in Österreich kein einziger Richter oder Staatsanwalt wegen eines der zahlreichen Unrechtsurteile verurteilt. Härte wurde nur gegenüber Illegalen gezeigt. Sie hatten sich gegenüber dem Staat Österreich illoyal verhalten. Und so wurden im Grazer Oberlandesgerichtssprengel zunächst bis Frühjahr 1946 insgesamt 161 Richter außer Dienst gestellt.¹⁵⁸

Nach diesen skizzenhaften Darlegungen zur Situation der Grazer Justiz in der NS-Zeit, die - wie schon einleitend bemerkt - noch durch künftige Forschungsarbeiten ergänzt werden müssen, ist es noch nicht möglich, eine erschöpfende Bilanz zu ziehen. Es läßt sich aber jedenfalls festhalten, daß insbesondere die Strafjustiz Gegenstand besonders scharfer Kritik ist.¹⁵⁹ In vielen Fällen hat sich gerade die Strafjustiz den Machtmitteln der nationalsozialistischen Staatsführung gebeugt und gerade in ihrer schwersten verantwortungsvollsten Tätigkeit - nämlich in der Beurteilung der Frage über Leben und Tod eines Menschen - eine teilweise erschreckende Rechtsprechung ausgeübt. Nach den erhaltenen Unterlagen läßt sich sagen, daß in Graz rund 94 Personen aufgrund von Strafurteilen hingerichtet wurden, davon 57 Personen nach Urteilen des Senats des Volkserichtshofes

157 Verfassungsgesetz v. 8.5.1945 über das Verbot der NSDAP, StGBI.Nr. 13/1945. Insbesondere wurden die §§ 20 und 21 herangezogen. Dazu vgl. Gernot D. Hasiba, Das NS-Verbotsgesetz im Spannungsfeld von Rechtsakzeptanz und Rechtsstaatlichkeit, in: Kurt Ebert (Hg.), Festschrift zum 80. Geburtstag von Hermann Baltl, Wien 1998, S. 165 - 190. 158 Beer, S. 199 f.

159 StLA, OLG Graz, Jv 1a-66/1946, Verzeichnis v. 16.3.1946. Vgl. dazu Heimo Halbrainer - Thomas Kanny, Geleugnete Verantwortung. Der „Henker von Theresienstadt“ vor Gericht, Grünbach 1996, S. 47 f.

160 Zur Rolle der Richter in Zivilsachen vgl. die Publikation von Rainer Schröder, „... aber im Zivilrecht sind die Richter standhaft geblieben!“ Die Urteile des OLG Celle aus dem Dritten Reich, Fundamenta juridica, 5. Bd., Baden-Baden 1988.

wegen politischer Delikte (Hochverrat und Vorbereitung zum Hochverrat) und 37 Menschen vom Sondergericht wegen krimineller Delikte bzw. als „Volkschädlinge“.¹⁶

Trotzdem sollte man hier nicht voreilige Schlüsse ziehen, sondern die Sache differenzierter sehen. Auf der einen Seite gab es Urteile, die sich brutal und teilweise willkürlich den damals von der Staatsführung gewünschten Bestrebungen nach gewaltsamer Unterdrückung jeder ihr abträglichen Gesinnung beugten, und ohne Rücksicht auf Art und Maß der Schuld die Strafe als Mittel zur politischen Einschüchterung der Bevölkerung mißbrauchten. Gerade die überaus strenge Ahndung politischer Delikte, meistens unter Ausschluß jeder Form des Rechtsweges und der Verteidigungsmöglichkeit - wie sie gerade vom Volksgerichtshof auf die Spitze getrieben wurde - steht mit den fundamentalsten Anforderungen eines Rechtsstaates in Widerspruch.

Auch die Ausnahmesituation eines Krieges darf hier nicht ganz negiert werden. Bei den großen Kriegszerstörungen, die vor allem in den Städten bestanden, erforderte die Sicherheit der Zivilbevölkerung eine strenge Bestrafung von Personen, die durch bombenzerstörte Häuserzeilen streiften, Leichen beraubten und die zerstörten Gebäude plünderten.¹⁷ Man darf aber ebenso nicht übersehen, daß es auch Richter gab, die bei der Findung ihrer Urteile mit sich gerungen und im Bewußtsein ihrer Verant-

wortlichkeit vor ihrem Gewissen versucht haben, Gerechtigkeit walten zu lassen, soweit dies überhaupt möglich war.

¹⁶ Vgl. die Angaben bei Brunner, Hinrichtungen, S. 293. Andere Statistiken kommen auf 84 Todesurteile, von denen rund 65 an der Hinrichtungsstätte im Landesgericht für Strafsachen in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße mit dem Fallbeil vollstreckt wurden. Vor der Inbetriebnahme der Hinrichtungsmaschine im Sommer 1943 waren zudem insgesamt 95 Personen aus Graz dem Landgericht Wien zur Urteilsvollstreckung übergeben worden. Zu den Zahlen vgl. StLA, LG Graz, 1 Vr 13/45, Liste v. 16.3.1946. Darüber hinaus darf man auch die zahlreichen Hinrichtungen, die auf der Schießstätte Fellerhof in Graz-Wetzelsdorf vor allem gegen Wehrmacht- und SS-Angehörige vollzogen wurden, nicht vergessen. Damit kommt man nach vorsichtigen Schätzungen auf insgesamt 130 bis 135 Hinrichtungen in Graz. Vgl. dazu die Angaben bei Szecsi-Stadler, NS Justiz, S. 25 f.

¹⁷ Dazu wurde auch im sog. „Nürnberger Juristenprozeß“ aus dem Jahre 1947 hingewiesen, mit dem führende Nazi-Juristen verurteilt wurden. Vgl. dazu Schörn, Richter, S. 65. Im Namen des Deutschen Volkes, S. 331 ff.

Anton Rintelen (1876-1946). Versuch einer politischen Biographie. Eine vorläufige Zwischenbilanz

Wer war Anton Rintelen?

Welche Rolle spielte er in der steirischen Politik?

Warum war er sogar - gesamtösterreichisch gesehen - von politischer Relevanz?

Auf diese und andere Fragen soll im folgenden eingegangen werden. Besonderes Augenmerk wird im Rahmen dieser Arbeit auf zwei Aspekte gelegt: Einerseits auf die Kontakte Rintelens zur Heimwehrbewegung und andererseits auf die Rolle Rintelens beim Juliputsch der Nationalsozialisten im Jahre 1934. Darüberhinaus folgen einige Bemerkungen über die Schwierigkeit bei der Beurteilung seiner Person sowie Anmerkungen zur politischen Rezeption Rintelens. Begonnen werden soll allerdings mit einer stichwortartigen Biographie:

Anton Rintelen wurde am 15. November 1876 als Sohn eines aus Westfalen stammenden Juristen in Graz geboren. Gleich wie sein Vater schlug er die juristische Laufbahn ein und studierte von 1894-1898 in seiner Heimatstadt Jus. Nach seiner Promotion begann er, angeregt durch seine akademischen Lehrer, mit wissenschaftlicher Tätigkeit, die ihn zuerst nach Wien und dann weiter nach Prag an die dortige deutschsprachige Universität führte. Rintelen begann dort 1902/03 zunächst als

Supplent Vorlesungen für Zivilrecht zu halten. 1903 wurde er mit 27 Jahren zum außerordentlichen Professor, drei Jahre später, mit knapp 30 Jahren zum ordentlichen Professor ernannt.

1911 folgte er einer Berufung als Ordinarius für zivilgerichtliche Verfahren an seine Heimatstadt Graz; während des Ersten Weltkrieges war Rintelen im Militärgerichtsdienst tätig, daneben hielt er aber auch Vorlesungen an der Universität.

Interessant - im politischen Sinn - wird Anton Rintelen für uns aber erst 1918. Dieses Jahr markiert den Beginn seiner steilen politischen Karriere. Nur wenige Wochen nachdem er der christlichsozialen Partei beigetreten war, wurde er bereits zum Landeshauptmannstellvertreter der Steiermark ernannt. Nach den Landtagswahlen vom Mai 1919 setzte man Rintelen schließlich sogar als Landeshauptmann ein. Dieses Amt übte er von 1919-1926 und von 1928-1933 aus. 1926 und von 1932 bis 1933 war er kurze Zeit auch Unterrichtsminister.

Bald nach Bekanntwerden seiner politischen Annäherung zu den Nationalsozialisten wurde er als österreichischer Gesandter nach Rom abgeschoben. Dort intensivierte Rintelen allerdings seine Kontakte zu nationalsozialistischen Parteigängern, die ihn nach dem Sturz der Regierung Dollfuß als Bundeskanzler vor-

1 Österreichisches Biographisches Lexikon 1815-1960. Herausgegeben von der Österr. Akademie der Wissenschaften. Wien 1980, IX. Band, S. 171 f. und Österreich Lexikon in zwei Bänden. Herausgegeben von Richard Bambergler und Franz Meier-Bruck. Wien - München 1966 (= Österreich Lexikon), S. 964 sowie Gespräche des Autors mit Frau Annemarie Dadiou (Graz), Herrn Univ.-Prof. Dr. Roland Girtler (Wien), Frau Gertraud Heissenberger (Graz), Herrn Reinhard Spitzley (Maria Alm), Herrn Ernst Georg Weber (Krumpendorf) sowie Herrn Dokt. Dr. Walter Wiltschegg (Wien).

geschen hatten. Der Putsch scheiterte aber und Rintelen wurde als einer der hauptverantwortlichen Protagonisten der nationalsozialistischen Erhebung zu lebenslanger Haft verurteilt. Im Februar 1938 wurde er jedoch im Zuge einer Generalamnestie für alle politischen Häftlinge begnadigt und freigelassen. Nach seiner Freilassung spielte der einst so einflußreiche Rintelen keine bedeutende politische Rolle mehr; wenige Monate nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges starb er am 28. Jänner 1946 in Graz.

*Der Autor der vorliegenden Arbeit wird 1999 eine Dissertation zum selben Thema vorlegen.

Schwierigkeiten bei der Beurteilung Anton Rintelens

Die Schwierigkeiten bei der Beurteilung seiner Person hängen in nicht unwesentlichem Maße mit einer unserer Primärquellen, seinen 1941 veröffentlichten Memoiren („Erinnerungen an Österreichs Weg-Versailles-Berchtesgaden-Großdeutschland.“), zusammen. Wie aus dem Untertitel zu entnehmen ist, wird die Entwicklung vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zur nationalsozialistischen Herrschaft geschildert. Problematisch ist Rintelens Autobiographie insofern, als sie über weite Strecken in nationalsozialistischer Diktion geschrieben ist und wie Gerhard Pferschy bemerkt, eine „Uminterpretation der eigenen Vergangenheit“ darstellt,² die dringend einer Revision bedürfe.

Aber auch die Sekundärliteratur ist aus vielen Gründen nicht unproblematisch: Die

verschiedenen Darstellungen sind zwar naturgemäß nicht so subjektiv wie Rintelens „Erinnerungen“, zum Teil aber doch recht einseitig. Beispielsweise wird die Meinung eines Forschers oft ohne Angaben von Quellen als Tatsache hingestellt. Zudem huldigt man oft einem regressiven Geschichtsansatz, d.h. von späteren Ereignissen wird auf frühere Zeiten vorprojiziert (die Verbindung Rintelens zum Nationalsozialismus wird etwa schon in den Zwanzigerjahren konstantiert³ - eine nach bisherigem Kenntnisstand übertriebene Ansicht, die quellenmäßig bis jetzt nicht bewiesen werden konnte. Die Meinung Rintelens sei schon relativ früh mit den Nationalsozialisten in Verbindung getreten, ist wahrscheinlich deshalb relativ verbreitet, weil vor allem in der anglo-amerikanischen Fachliteratur die Begriffe „national“, „deutschnational“ und „nationalsozialistisch“ oft subsummiert werden.

Verbindung Rintelens zum Heimatschutz bzw. zur Heimwehrebewegung

Die Begriffe „Heimwehr“ und „Heimatschutz“ verwendet man oft synonym, obwohl sie nicht immer das Gleiche bedeuten. Ganz allgemein versteht man unter „Heimwehr“ paramilitärische Selbstschutzverbände, die gegen Ende des Ersten Weltkrieges, in den Jahren 1918/19, entstanden sind.⁴ Verschiedene Heimwehrformationen haben in den einzelnen Bundesländern eine unterschiedliche Entwicklung genommen; in der Steiermark gab es anfangs mindestens drei derartige Gruppierungen:⁵

- das „Untersteirische Bauernkommando“

2 Gerhard Pferschy, Steiermark, in: Österreich 1918-1938, Geschichte der Ersten Republik 2, hrsg. v. Erika Weinzierl und Kurt Skaimik, Graz - Wien - Köln 1983 (= Pferschy), S. 947.

3 Bruce F. Pauley, Hannenschwanz und Hahnenkreuz. Der Steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918-1934, Wien - München - Zürich 1972 (= Pauley), S. 97.

4 Österreich Lexikon, S. 487 f.

5 Walter Wiltshögg, Die Heimwehr. Eine unvollständige Volksbewegung? Wien 1985 (= Wiltshögg), S. 171 ff.

- unter Führung des aus Straden stammenden Arztes Dr. Willibald Brodmann,
- die mittel- und weststeirische Heimwehr unter ihren Führern Franz Huber und Franz Ircher sowie
- den sog. „Deutschen Volksrat“ unter dem Kommando des aus Marburg stammenden, in Judenburg tätigen Juristen Dr. Walter Pfrimer.

Das „Untersteirische Bauernkommando“ unter Brodmann war eine aus Freiwilligen bestehende Selbstschutzorganisation, die im Kampf gegen Soldaten des SHS-Staates in Radkersburg eingesetzt war.⁶

Die mittel- und weststeirische Heimwehr, die wie das „Untersteirische Bauernkommando“ zur Zeit des politischen Umbruchs 1918/1919 gegründet worden war, trat vor allem bei der Bekämpfung der kommunistischen Unruhen am 22. Februar 1919 in Graz hervor.⁷

Auch Anton Rintelen, der damalige steirischen Landeshauptmannstellvertreter, war ganz maßgeblich an der Niederschlagung dieser „marxistischen“ Revolte beteiligt; er war nämlich für die Mobilisierung der Exekutive verantwortlich.⁸ Rintelen spielte schon zu dieser Zeit eine bedeutende Rolle, da er der Heimwehr ab Sommer 1921 - wenn auch nur für kurze Zeit - Waffen und Munition aus Beständen der ehemaligen k. und k. Armee, die eigentlich laut Bestimmungen der Entente vernichtet hätten werden müssen, zur Verfügung stellte.⁹

Überhaupt ist eine enge Bindung der einzelnen Heimwehrformationen zu politischen Parteien, insbesondere zur christlich-

sozialen Partei festzustellen.

Das raue innenpolitische Klima zu Beginn der frühen Zwanzigerjahre ist heute nur mehr schwer vorstellbar; ein Ereignis, das in vielerlei Hinsicht ganz bezeichnend für die damalige Zeit war, soll dies verdeutlichen:

Am 8. Mai 1921 fand eine politische Kundgebung der Christlichsozialen in St. Lorenzen im Mürztal statt, bei der Rintelen eine Ansprache hielt. Dabei wurde er nicht nur als „Arbeitermörder“ und „Räuberhauptmann“ bezeichnet (Anspielung auf sog. „Kirschenrummel am 7. Juni 1920 in Graz, bei dem 15 Menschen getötet worden waren), sondern auch tätlich angegriffen.¹⁰ Die aufgebrachte Menge, hauptsächlich aus sozialdemokratischen Arbeitern bestehend, hat Rintelen und Landesrat Prisching aus einem Fenster des im Hochparterre gelegenen Versammlungslokals geworfen und danach schwer mißhandelt.

Dieser Vorfall, später als „St. Lorenzer-Festersturz“ bezeichnet, war insofern von Bedeutung, als Rintelen sich in seiner Abneigung gegen „Marxisten“ (Kommunisten und Sozialdemokraten) bestätigt sah.

Eine gesamtsteirische Heimwehr gab es ab Sommer 1921, wenn auch nur für kurze Zeit, denn Walter Pfrimer gründete im April 1922 den „Selbstschutzverband Steiermark“,¹¹ da er gleich wie der Brodmann-Flügel für eine von den Christlichsozialen unabhängige großdeutsche Politik eintrat. Wenige Monate später gründeten die bürgerlichen Parteien (Christlichsoziale und Landbund) eine christlichsoziale-bündle-

6 Witschegg, S. 172.

7 Ebd., S. 172 und Gerhard Botz, *Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918-1938*, 2. ergänzte Auflage, München 1983 (= Botz), S. 4.

8 Botz, S. 41.

9 Anton Rintelen, *Erinnerungen an Österreichs Weg, Versailles - Bernadottesgaden - Großdeutschland*, München, 2. Auflage 1941 (= Rintelen), S. 130.

10 Botz, S. 63 f.

11 Pauley, S. 42 und Witschegg, S. 173.

rische Heimwehr.¹²

Zwischen 1922 und 1927 gab es daher zwei verschiedenen Heimwehrformationen in der Steiermark; eine eng mit den bürgerlichen Parteien verbunden, die andere parteiunabhängig.

Eine wichtige Etappe für Walter Pfrimer zum Führer des parteiunabhängigen „Selbstschutzverbandes Steiermark“ und nachmaligen „Heimatschutzverbandes Steiermark“ - allgemein jedoch nur „Steirischer Heimatschutz“ genannt - waren Ereignisse in der Obersteiermark Anfang 1922, wobei auch Landeshauptmann Rintelen eine nicht unbedeutende Rolle spielte:¹³

Als ein Großgrundbesitzer, der den „Selbstschutzverband Steiermark“ unterstützte, an diesen Waffen verteilen ließ, rief dies den Unmut der in der Obersteiermark politisch stark vertretenen Sozialdemokraten hervor. Diese beschlagnahmten daraufhin die Waffen von führenden Selbstschutzverbandsleuten und drohten die Aktion bei einer neuerlichen Waffenlieferung zu wiederholen. Daraufhin alarmierte man die Exekutive in Judenburg. Landeshauptmann Rintelen ließ daher die Gendarmerie mobilisieren und gestattete es Pfrimer, den „Steirischen Heimatschutz“ zur Unterstützung der Sicherheitskräfte einzusetzen. Mit Hilfe von Pfrimers Heimwehrformation gelang es der Exekutive einen von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft organisierten Streik in Judenburg zu brechen. Diese Aktion begründete Pfrimers Ruf als „starker Mann“ und führte schließlich zu seiner Wahl als Führer der parteiunabhängigen steirischen Heimwehr.¹⁴

Wie schon erwähnt, gab es ab 1922 zwei verschiedene Heimwehrformationen in der

Steiermark. Anton Rintelen erwähnt dies allerdings in seinen Memoiren nicht. In seinem Buch über die österreichischen Heimwehren vertritt Lutger Rape daher die Ansicht, daß Rintelen ganz bewußt die Rivalität der „christlichsozialen“ Heimwehr mit Pfrimers „Selbstschutzverband“ nicht anführt, um sein späteres gutes Verhältnis zur völkischen Richtung möglichst früh zu zeigen.¹⁵

Rintelens dritte Periode als Landeshauptmann von November 1923 - Juni 1926

Nach seiner neuerlichen Wahl 1923 zum steirischen Landeshauptmann war Anton Rintelen endgültig zu einer innenpolitischen Größe geworden. Nicht nur in der Steiermark, sondern auch in Wien verfügte Rintelen über ein nicht unbedeutendes politisches Gewicht. Dies zeigte sich auch unter anderem an der großen Anzahl von Bittgesuchen. Selbst hoch- und höchstgestellte Persönlichkeiten wie Bürgermeister, Bezirkshauptmänner, Landesräte und Landeshauptleute, Minister und Bundeskanzler (Ramek, Seipel und Schober) wandten sich an ihn.

Das Wirtschaftsleben in der Steiermark war geprägt von den Auswirkungen der Sanierungspolitik Bundeskanzler Seipels. Neben der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage wirkten sich vor allem die mangelnden Investitionen bzw. der Kapitalmangel aus, die wiederum Auswirkungen auf fehlenden Absatz und somit auf die Arbeitslosenziffern hatten. Die steiermärkische Landesregierung und in verstärktem Maße Anton Rintelen versuchte, Kapital aus dem Aus-

12 Pauley S. 42.

13 Pauley, S. 44 und Witschegg, S. 174; vgl. auch Rintelen, S. 135 ff.

14 Pauley, S. 44.

15 Lutger Rape, Die österreichischen Heimwehren und die bayrische Rechte 1920-1923 Wien 1977, S. 223.

land (vor allem aus Italien, Großbritannien und den USA) zu requirieren. Dabei war Anton Rintelen der Ausbau der steirischen Wasserkraft ein besonderes Anliegen.¹⁶

Neben den Zeitungen tauchte 1924 ein neues Medium - das Radio - auf, an dessen Verbreitung in Österreich Anton Rintelen ganz maßgeblichen Anteil hatte. Am 1. Oktober 1924 nahm die RAVAG (Radio-Verkehrs-Aktiengesellschaft), offiziell ihren Betrieb auf. Ihr erster Präsident war der steirische Landeshauptmann Anton Rintelen.

1926 sollte zu einem bedeutsamen Jahr für Rintelen werden, denn es brachte seinen Eintritt in die Bundespolitik. Am 25. Juni 1926 trat Rintelen die Nachfolge seines Parteikollegen Dr. Emil Schneider als Unterrichtsminister an.¹⁷ Rintelen gelang es innerhalb kürzester Zeit einen neuen Volksschullehrplan vorzulegen.¹⁸ Seine Amtszeit dauerte allerdings nur bis 22. Oktober 1926, denn mit dem Rücktritt der Regierung Ramek II, mußte auch Rintelen seine Tätigkeitsbereich als Unterrichtsminister aufgeben. Er kehrte wieder in die Steiermark zurück, wo er nach einer kurzen Unterbrechung von April 1928 bis 1933 wieder als Landeshauptmann wirkte.

Das wahrscheinlich bedeutendste innenpolitische Ereignis des Jahres 1927 war der Brand des Justizpalastes. Ausgelöst wurde diese Tragödie durch eine Massendemonstration in Wien am 15. Juli 1927 wegen des Freispruches jener Angeklagten, die am 30.

Jänner 1927 in Schattendorf (Burgenland) bei einem Zusammenstoß zwischen Anhängern des Republikanischen Schutzbundes (paramilitärische Formation der Sozialdemokraten) und „Frontkämpfern“¹⁹. Bei jenem Vorfall waren zwei Menschenleben zu beklagen, mehrere Personen waren zum Teil schwer verletzt worden. Die beschuldigten Frontkämpfer mußten sich in einem Prozeß verantworten, wurden aber wider Erwarten von der Anklage freigesprochen, was die vornehmlich sozialdemokratische Arbeiterschaft - aufgebracht durch einen Leitartikel von Friedrich Austerlitz in der „Arbeiterzeitung“ - auf die Barrikaden trieb.²⁰

*„Die Mörder von Schattendorf
freigesprochen!“*

Nichts wird den drei Angeklagten, die am 30. Jänner in Schattendorf in eine Menschenmenge hineingeschossen, mit vollem Vorsatz die todbringenden Schüsse auf Menschen abgefeuert haben, die zwei Menschenleben vernichtet und fünf Menschen verletzt haben, nichts wird ihnen geschehen, kein Haar wird ihnen gekrümmt werden: die eidbrüchigen Gesellen auf der Geschworenenbank haben sie von allen Schuldfragen freigesprochen und unter dem Siegesgeheul der angesammelten Frontkämpfer sind sie, die zwei Menschenleben auf dem Gewissen haben, sofort in Freiheit gesetzt worden. Eine Schurkerei ist diese Freisprechung, wie sie in den Annalen der Justiz wohl selten, vielleicht noch nie erlebt worden ist.“

¹⁶ Pferschy S. 952.

¹⁷ Österreich Lexikon in zwei Bänden, hrsg. von Richard und Maria Bamberger, Ernst Bruckmüller und Karl Gutkas, 2. Band, Wien 1995 (= Österreich Lexikon), S. 534. Rintelen trat zwar die Nachfolge von Emil Schneider an, doch hatte Josef Resch vorübergehend (vom 16. - 25. Juni) das Unterrichtsressort übernommen.

¹⁸ Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Band 5, von 1918 bis zur Gegenwart, Wien 1988 (= Engelbrecht), S. 97.

¹⁹ Die „Frontkämpfervereinigung“ war ursprünglich eine überparteiliche Organisation, die von ehemaligen Weltkriegsteilnehmern gegründet worden war. Später entwickelten sich die „Frontkämpfer“ immer mehr zu einer rechts des politischen Spektrums stehenden „antimarxistischen“ Fraktion.

²⁰ Ausschnitt aus dem Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung“ v. 15. Juli 1927, S. 1.

Die wütenden Arbeiter bahnten sich von den Wiener Außenbezirken kommend, ihren Weg in die Innere Stadt, wo sie den Justizpalast (am Schmerlingplatz) in Brand setzten. Die vom Wiener Polizeipräsidenten Johannes Schober veranlaßten Maßnahmen, forderten einen überaus hohen Blutzoll: Insgesamt gab es 89 Tote, davon vier Exekutivbeamte, und eine unbestimmte Anzahl von zum Teil schwer Verletzten.²¹

Die sozialdemokratische Partei proklamierte daraufhin einen eintägigen Generalstreik und einen unbefristeten Verkehrsstreik, der auch unmittelbare Auswirkungen auf die Steiermark hatte. Vor allem die Obersteiermark war ein Zentrum des sozialdemokratischen Widerstands. Daraufhin mobilisierte Walter Pfrimer ohne vorherige Einwilligung der Landesregierung den Steirischen Heimatschutz, um gegen die Aufständischen - notfalls mit Gewalt - vorzugehen.²² Pfrimer forderte die bedingungslose Beendigung der Streikbewegung nicht nur in der Obersteiermark, sondern auch in den übrigen Landesteilen. Gespräche, die zwischen Pfrimer und den Sozialdemokraten zuerst in der Obersteiermark geführt worden waren, verlegte man nach Graz unter Beiziehung von Landeshauptmann Ing. Hans Paul.

Auch Anton Rintelen, der als Nationalrat während der Unruhen in Wien weilte, wurde zur Überbrückung der Gegensätze zu den Verhandlungen beigezogen.²³ Pfrimers Ambitionen von der Kapitulation der Sozialdemokraten war von Erfolg gekrönt. Der Generalstreik wurde österreichweit abgebrochen. Dieser Erfolg der Heimatschützer beschleunigte den Einigungsprozeß der vorher zum Teil konkurrierenden verschiede-

nen Heimwehrformationen. Die Heimwehrbewegung wurde wegen ihrer Durchsetzungskraft bei der Niederschlagung der Arbeiterunruhen zu einer Volksbewegung, die ihre Mitglieder vor allem aus bäuerlichem Milieu, Bürgern und mittelstandsorientierten Arbeitnehmern rekrutierte, während ihre Führer zumeist ehemalige Offiziere des Ersten Weltkrieges, Landadelige oder Akademiker waren.²⁴

Etwas mehr als zwei Jahre nach den blutigen Auseinandersetzungen rund um den „Schattendorfer-Prozeß“ von 1927 fanden neuerlich Kampfhandlungen in der Steiermark, genauer in St. Lorenzen im Mürztal, statt. Diesmal aber mit viel schlimmeren Folgen als beim „St. Lorenzer-Fenstersturz“ des Jahres 1921. Wieder war Anton Rintelen involviert, diesmal allerdings nur indirekt. Aus Anlaß des 10-jährigen Bestandes der sozialdemokratischen Partei St. Marcin - St. Lorenzen beabsichtigte die Bezirksorganisation Bruck an der Mur am 18. August 1929 eine Festveranstaltung abzuhalten, bei der der Landtagsabgeordnete Koloman Wallisch die Festansprache halten sollte.²⁵ Am selben Tag wollte allerdings auch der Steirische Heimatschutz eine Veranstaltung in St. Lorenzen durchführen. Um eine gegenseitige Störung der Kundgebungen der politischen Kontrahenten zu verhindern, bemühte sich der damalige Bezirkshauptmann von Bruck, Robert Rattek, beide Veranstaltungen zu verbieten.²⁶ Landeshauptmann Rintelen erteilte ihm jedoch die „... ausdrückliche Weisung ... beide Veranstaltungen zuzulassen.“²⁷

So kam es wozu es scheinbar kommen soll-

21 Botz, S. 154.

22 Pauley, S. 49.

23 Rintelen, S. 138.

24 Botz, S. 181.

25 Botz, S. 172.

26 Ebd., S. 173.

27 Steiermärkische Landesregierung am 19. 8. 1929 an d. Bundeskanzleramt, 157/377 - 8/29, 22/Stmk. Allgemeines Verwaltungsarchiv, Bka, Inneres, Bl 9; zitiert nach Botz S. 173.

te; zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen „Roten“ und „Hahnenschwänzern“, der drei Menschenleben kostete und zudem rund 30 Schwerverletzte zurückließ.²⁸

Die Verantwortung für diese bewaffnete Auseinandersetzung wurde nicht nur in der sozialdemokratischen Presse, sondern auch in einigen bürgerlichen Zeitungen der steirischen Landesbehörde, in personifizierter Form Anton Rintelen zugeschoben.

Zwei Jahre später, beim sog. „Pfrimer-Putsch“ vom 12./13. September 1931, war der Sturz der Regierung geplant. Pfrimer, der im Mai 1931 zum Bundesführer der Heimwehrebewegung gewählt worden war, wollte danach seine schon länger gehegte Absicht von einem gewaltsamen Sturz der Regierung in die Realität umsetzen. Er scheiterte vornehmlich aus zwei Gründen: Zum einen lehnten es die Heimwehrführer aus anderen Bundesländern ab, am Putsch teilzunehmen und zum anderen verhielt sich die Exekutive - anders als von Pfrimer erwartet - regierungsloyal.²⁹

Welche Rolle hatte Rintelen beim „Pfrimer-Putsch“?

Die staatliche Exekutive (vor allem die Gendarmerie) verhielt sich auf Anordnung des steirischen Landeshauptmannes sehr zurückhaltend;³⁰ erst als das Scheitern der Austandsbewegung evident wurde, trat Rintelen energisch für die Einstellung der Aktionen der Putschisten ein.³¹ Aktiv hat

Rintelen nach dem Putsch, beim Prozeß gegen Pfrimer und führende Heimwehrlaute, für jene Partei ergriffen und so den Ausgang der Gerichtsverhandlung entscheidend beeinflusst (siehe Prozeßprotokoll).³²

Die Verbindung Anton Rintelens zum Nationalsozialismus

Ab wann Rintelen Verbindung zu Nationalsozialisten aufnahm bzw. ab wann er mit dem Gedankengut des Nationalsozialismus sympathisierte, darüber gehen die Meinungen der Fachgelehrten zum Teil beträchtlich auseinander; spätestens aber ab dem Frühjahr 1933.

Um das innenpolitische Klima der Jahre 1933/1934 besser verstehen zu können, d.h. die Kausalzusammenhänge im historischen Gesamtkontext zu sehen, ist es notwendig einige gesamtösterreichische Ereignisse festzuhalten. Aber nicht nur die Vorgänge in Wien, sondern auch die Geschehnisse in Berlin waren von politischer Relevanz. Ende Jänner 1933 wurde Adolf Hitler von Reichspräsident Paul von Hindenburg zum deutschen Kanzler ernannt. Auf Österreich hatte der Regierungsantritt der Nationalsozialisten insofern Auswirkungen, als sowohl die Christlichsozialen als auch die Sozialdemokraten, die vor der Machtergreifung Hitlers für einen „Anschluß“ Österreichs an Deutschland gewesen waren, diesen Passus aus ihrem Programm gestrichen haben.³³

28. Borz, S. 176.

29. Josef Hofmann, Der Pfrimer Putsch: Der steirische Heimwehrprozeß des Jahres 1931, Publikationen des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 4, Wien-Graz 1966, S. 70 ff.

30. Walter Goldinger, Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien-München 1992 (= Goldinger-Binder), S. 186.

31. Wiltschegg, S. 178 f.

32. Rintelen, S. 148 f.

33. Adam Wandruszka, Österreichs politische Struktur: Die Entwicklung der Parteien und politischer Bewegungen, in: Geschichte der Republik Österreich, Hrsg. v. Heinrich Benedikt, Wien 1954, S. 331.

Damit trat nur mehr die NSDAP aktiv für eine politische Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich ein.³⁴ Dies wiederum bedingte, daß ein Großteil der national bzw. großdeutsch Gesinnten sich ab diesem Zeitpunkt den Nationalsozialisten anschlossen. Ein weiterer Grund für den Aufschwung der NS-Bewegung waren die tristen wirtschaftlichen Verhältnisse: Etwa 47% der österreichischen Industriearbeiter waren im Frühjahr 1933 beschäftigungslos, ein weiteres Viertel wurde auf Kurzarbeit gesetzt.³⁵ Insgesamt gab es Mitte Februar 1933 402.000 unterstützte Arbeitslose und etwa 200.000 „Ausgesteuerte“, insgesamt also ca. 600.000 Arbeitslose.³⁶

Am 4. März 1933 kam es zur sog. „Selbstausschaltung“ des Parlaments, denn alle drei Nationalratspräsidenten traten - ausgelöst durch die Abstimmung wegen des Eisenbahnerstreiks am 1. März 1933 - von ihrem Amt zurück. Dieses Datum markiert den Beginn der autoritären Regierung Dollfuß, die ihre Maßnahmen (u.a. Aufmarsch- und Versammlungsverbot sowie Einschränkung der Pressefreiheit) mit den Bestimmungen des aus dem Jahre 1917 stammenden „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes“ rechtfertigte.

Das Verhältnis zwischen der Bundesregierung und den Nationalsozialisten nach Ausschaltung des Parlaments im März 1933 verschlechterte sich immer mehr, obwohl es zu geheimen, von der ungarischen Regierung vermittelten Verhandlungen zwischen

den beiden Konfliktparteien gekommen war. Im Auftrag des Bundeskanzlers führten Schuschnigg, Rintelen und Buresch die Gespräche; auf der Gegenseite stand der von Hitler als Landesinspekteur der österreichischen NSDAP eingesetzte Theo Habicht als Verhandlungsleiter.³⁷ Dollfuß war zwar zu einigen Konzessionen bereit, doch scheiterten die Verhandlungen letztendlich an den - laut Regierungsseite - zu hohen Forderungen der Nationalsozialisten.³⁸

Drei Tage vor Einführung der sogenannten „Tausend-Mark-Sperre“, am 24. Mai 1933, schied Rintelen als Unterrichtsminister aus der Regierung. Er selbst begründete diesen Schritt mit dem Scheitern seines Vermittlungsversuches zwischen Nationalsozialisten und Bundesregierung.³⁹ Von anderer Seite wurde seine Entscheidung als Ablehnung des Regierungskurses bzw. als Reaktion für seine Sympathie zu den Nationalsozialisten gewertet. Für kurze Zeit (bis 10. Nov. 1933) war Rintelen noch Landeshauptmann der Steiermark; aber auch auf diesem Posten war Rintelen für Bundeskanzler Dollfuß zu gefährlich. Daher erfolgte bald die Abschiebung „König Antons“ (weitverbreiteter Spitzname Rintelens) als österreichischer Gesandter nach Rom.

Rintelen nahm schon bald durch einen Verbindungsmann (Reinhard Spitzzy) auf,⁴⁰ der darauf hinauslief, das Dollfuß Regime zu stürzen und Rintelen als Bundeskanzler

34 Zwar traten, genau genommen, die Großdeutschen sowie der Landbund nachwievor für einen Anschluß Österreichs an Deutschland ein; doch beide Fraktionen verfügten ab diesem Zeitpunkt (Frühjahr 1933) über kein politisches Gewicht mehr.

35 Julius Braunthal, *The Tragedy of Austria*, London 1948, S. 113 f.

36 Klehdal, S. 340.

37 Lajos Kerekes, *Abenddämmerung einer Demokratie. Mussolini, Gömbös und die Heimwehr*, Wien - Frankfurt - Zürich 1966, S. 138; vgl. dazu auch Rintelen, S. 215 f.

38 Botz, S. 215 und Kurt Schuschnigg, *Drei mal Österreich*, Wien 1937, S. 240 ff.

39 Rintelen, S. 219.

40 Reinhard Spitzzy, *So haben wir das Reich verspielt. Bekenntnisse eines Illegalen*, München - Wien, 3. Auflage 1988, S. 46 ff.

einer Übergangsregierung einzusetzen. Pläne für einen Sturz der Regierung (Dollfuß) tauchten schon bald nach dem Betätigungsverbot der NSDAP im Juni 1933 auf. So unter anderem von der sogenannten „Alarmabteilung“ der Wiener Polizei und von der SA (Sturmabteilung), die eine dezentrale Machtergreifung von den Bundesländern aus geplant hatte. Auch Theo Habicht beabsichtigte eine Aktion gegen die Regierung. Verbündete für sein Vorhaben fand er in der SS (Schutzstaffel) – genauer bei den Mitgliedern der SS-Standarte 89. Diese bis 1933 der SA unterstellte Militärstandarte in Wien unter Führung von Fridolin Glass, bestand vornehmlich aus wegen ihrer NS-Gesinnung entlassenen Bundesheersoldaten.⁴¹ Weitere Mitstreiter waren Habichts „rechte Hand“ Otto Gustav Wächter und Rudolf Weydenhammer, der als Stabsleiter die organisatorischen Maßnahmen koordinierte.⁴² Infolge des Zeitdrucks und wegen der Profilierungssucht einiger Protagonisten waren die Vorbereitungen zu diesem gewaltsamen Umsturz einerseits von ziemlicher Leichtigkeit und andererseits von ungenügender Organisation geprägt.⁴³ Ursprünglich war der Putsch in Wien schon für den 24. Juli geplant gewesen. Aus diesem Grund war Rintelen schon einen Tag vorher, am 23. Juli, in Wien. Eine kurzfristig verschobene Ministerratssitzung auf den darauffolgenden Tag erforderte aber eine Abänderung des Plans.⁴⁴ Gegen ein Uhr

Mittag drangen etwa 150 als Bundesheersoldaten und Polizeibeamte verkleidete Angehörige der SS-Standarte 89 ins Bundeskanzleramt ein, um dort die Bundesregierung. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich allerdings nur mehr Kanzler Dollfuß, Major Emil Fey (Minister ohne Portefeuille) und Staatssekretär Carl Karwinsky (im Ministerium) am Ballhausplatz. Bei der Besetzung wurden zwei Schüsse auf den Bundeskanzler abgegeben, die diesen tödlich verwundeten.⁴⁵

In der Zwischenzeit besetzte eine Gruppe von ca. 15 Aufständischen die Senderäume der RAVAG und erzwangen einen Aufruf folgenden Inhalts: „Die Regierung Dollfuß ist zurückgetreten. Dr. Anton Rintelen hat die Amtsgeschäfte übernommen.“⁴⁶

Rintelen weilte inzwischen im Hotel Imperial und wartete auf Nachrichten vom Verlauf der Erhebung. Am späteren Nachmittag erhielt Rintelen einen Anruf von seinem ehemaligen Regierungskollegen Kurt Schuschnigg, der ihn um ein persönliches Erscheinen im Landesverteidigungsministerium bat.⁴⁷ Nach einer heftig geführten Diskussion mit den anwesenden Ministern, bei der Rintelen jedwede Beteiligung am Putsch bestritt, wurde er ersucht, sich in einem Nebenraum zur Verfügung zu halten. Als zwei Kriminalbeamte ihn abholen wollten, unternahm Rintelen einen Selbstmordversuch.⁴⁸ Infolge der schweren Verletzung konnte der Prozeß gegen Rintelen erst im Frühjahr 1935, vom 2. bis 14. März, durchgeführt werden.⁴⁹

41 Die Erhebung der österreichischen Nationalsozialisten im Juli 1934, Akten der Historischen Kommission des Reichsführers SS Wien 1965 (= Erhebung der österreichischen Nationalsozialisten), S. 68 f. und Bolz, S. 268.

42 Wolfgang Etschmann, Die Kämpfe in Österreich im Juli 1934, Militärgeschichtliche Schriftenreihe, Heft 50, Wien 1984 (= Etschmann), S. 11.

43 Ebd., S. 12 f. und S. 49 sowie Bolz, S. 269.

44 Gerhard Jagschitz, Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich, Graz - Wien - Köln 1976 (= Jagschitz), S. 96.

45 Jagschitz, S. 116 bis 121.

46 Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Julirevolte. Herausgegeben auf Grund amtlicher Quellen, Wien 1934 (= Beiträge), S. 85.

47 Ebd., S. 127 und Rintelen, S. 311.

48 Rintelen, S. 312.

49 Jagschitz, S. 173.

Dabei wurde Rintelens Rolle beim Juliputsch und seine Verbindungen zu Weydenhammer aufgedeckt. Rintelen drohte dadurch die Todesstrafe, doch gab der damalige Justizminister Egon Berger-Waldenegg dem Staatsanwalt die Direktiven, den Prozeß so zu führen, daß Rintelen mit lebenslänglicher Haft zu bestrafen sei. Dieser Urteilsspruch erfolgte am 14. März 1935.⁵⁰

Die Rezeption Anton Rintelens nach seinem Tod

Trotz seiner bedeutenden Rolle als steirischer Landeshauptmann von 1919 bis 1926 und von 1928 bis 1933 ist nur relativ wenig über Anton Rintelen bekannt. In der steirischen Historiographie wird er zwar erwähnt, über grundlegende Bemerkungen hinausgehende Informationen fehlen jedoch weitgehend. Von Anton Rintelen gibt es kaum eine Würdigung seiner Leistungen, sondern hauptsächlich negative Nachrufe - vor allem von sozialdemokratischer Seite - wie der folgende, stark verkürzte Nekrolog exemplarisch zeigen soll:⁵¹

„Rintelens Lebensweg, der mit großen Lichtpunkten begann ... war der verschlungene, nie vollkommen klare Weg eines vom politischen Ehrgeiz Besessenen.

... Rintelen, vom Rausch der Machtpolitik befallen, ... war der Mann mit vielen Masken. ... Zweifellos konnte er als der intelligenteste Intrigant der Christlich-sozialen Partei gelten. ... Rintelen war ein eingeschworener Vertreter der bürgerlichen Vorstellungswelt und als solcher ... Hasser nicht nur der Sozialistischen Partei,

sondern auch der Arbeiterklasse selbst. ... Bedenkenlos warf er sich in die Arme des Nazismus. ... ohne Zaudern löste er sich aus der Christlichsozialen Partei. ... Kurze Zeit vor seinem Tode mußte er die große Quittung des Schicksals entgegennehmen, als er erfuhr, daß er als Kriegsverbrecher unter Anklage gestellt wurde, weil er im Jahre 1934 als Chef einer Naziputsch-Regierung gewirkt hat.“

50 Egon Berger-Waldenegg, *Memoiren*, S. 351 f. Ö 17 (Österreichisches Institut für Zeitgeschichte, Wien), Da-Mm-8 abert nach Jagschitz, S. 173 und S. 230.

51 *Neue Zeit* (Graz), v. 29. Jänner 1946.

Eine Stadt in Leibesübungen.

Sport und Leibeserziehung zur Zeit des Nationalsozialismus in Graz

„Mit Adolf Hitler in eine reich gesegnete Zukunft des deutschen Sportes“¹

Der Titel des Aufsatzes wurde bewußt angelehnt an die berühmte vom Führer ausgegebene Parole „Ein Volk in Leibesübungen“! Welche Aussage könnte die hohe Bedeutung, die vom NS Regime der körperlichen Ertüchtigung offenbar beigemessen wurde, treffender formulieren? In der Tat gibt es in der zahlreichen Literatur und den historischen Abhandlungen über den Zeitraum 1938-45 auch einige Arbeiten, die sich mit der Thematik Sport, Leibeserziehung und Leibesübung im Dritten Reich beschäftigen, allerdings findet man für den steirischen Raum nur selten Arbeiten die sich schwerpunktmäßig mit dieser Problematik auseinandersetzen.² Als Ausnahmen können hier lediglich die Arbeiten von Dagmar Baumkirchner³ und Susanne Baumgartner⁴ am Institut für Sportwissenschaften der Uni Graz genannt werden. Wenngleich diese Untersuchungen u.a. auch Grazer Verhältnisse skizzieren, so ist eine Studie, welche sich mit Sport und Leibeserziehung zur Zeit des Nationalsozialismus in Graz beschäftigt, noch immer ein Desiderat der historischen Forschung. Auch das erst kürzlich erschienene Buch von Harald Schaupp, „Sportstadt Graz“⁵, kann diese Lücke nicht befriedigend schließen.

Da also einerseits eingehende Untersuchungen fehlen, andererseits aber der zur Verfügung stehende zeitliche und umfangmäßige Rahmen für die Erstellung des vorliegenden Aufsatzes auch keine detailliertere Beschäftigung erlaubten, versteht sich diese Arbeit als ein erster Versuch die Auswirkungen des Anschlusses und der nationalsozialistischen Herrschaft auf den Bereich Sport und Leibeserziehung – am konkreten Beispiel der Stadt Graz – nachzuzeichnen.

Aus einer Vielzahl von Möglichkeiten der wissenschaftlichen Recherche – z.B. Oral history, Verbands- und Vereinsstatuten, Auswertung von Propagandamaterial wie Flugblätter und Filme etc. – wurde der entsprechende Niederschlag in den lokalen Printmedien gewählt (im speziellen wurden die Grazer Ausgaben von „Tagespost“ und „Kleine Zeitung“ herangezogen, da hier die umfangreichsten Sportnachrichten für Graz und die Steiermark zu finden waren). Vergeblich wird man hier nach einzelnen Spielergebnissen oder Mannschaftsaufstellungen suchen. Vielmehr wurde versucht einen groben Abriss der sporthistorischen Entwicklung vom Anschluß Österreichs bis zur Kapitulation des Deutschen Reiches zu geben.

1 Kleine Zeitung, 9. April 1938.

2 vgl. u.a. BURNETT Hajo: Nationalsozialistische Leibeserziehung. Eine Dokumentation ihrer Theorie und Organisation. Stuttgart 1966.

3 Baumkirchner, Dagmar: Die politische Bedeutung der Leibesübungen in den nationalsozialistischen Jugendformationen in der Zeit von 1933 bis 1945. Hausarbeit. Graz 1985.

4 Baumgartner, Susanne: Das Körperbild der Frau im Nationalsozialismus. Diss. Graz 1995.

5 Schaupp, Harald: Sportstadt Graz. Hundert Jahre Sport in der steirischen Landeshauptstadt. Graz 1998.

*„Zu allen Zeiten hat Steiermark im österreichischen Sport seine gewichtige Rolle gespielt, oft führend in diesem und jenem Sportzweig oder Bewerb, stets aber ganz im Vordergrund. Unzählige Male haben steirische Sportler Österreichs Farben bei Länderkämpfen und internationalen Meisterschaften erfolgreich vertreten und damit beigetragen zu Ansehen und Ruhm des österreichischen Sportes. Auch in diesem Jahr war es nicht anders, das zeigt die lange Reihe steirischer Namen, die 1937 eine hervorragende Rolle zu spielen vermochten“.*⁶

So positiv äußerte sich der Redakteur Herbert Soucek in der Tagespost vom 1. Jänner 1938 in der Rubrik „Sport und Turnen“ über das abgelaufene Sportjahr. In einer „Ehrentafel des steirischen Sports“ listete er in weiterer Folge die einzelnen steirischen Spitzensportler und ihre bemerkenswertesten Leistungen auf. In der Tat finden sich in diesem Leistungsbericht zahlreiche neue österreichische und steirische Rekorde in den unterschiedlichsten sportlichen Disziplinen. Doch darf dies nicht darüber hinweg täuschen, daß es mit dem steirischen Sport - am Vorabend des Anschlusses - nicht zum aller Besten stand. Von der wirtschaftlichen angespannten Situation - die eine wünschenswerte Vereinsarbeit oft beschränkte - ganz abgesehen, litt man nach wie vor unter einer Diskriminierung durch die Bundeshauptstadt Wien, dem Sitz der meisten Sport- und Dachverbände. Die „Provinz“, im negativsten Sinne des Wortes, wurde kaum wahrgenommen, so war z.B. die höchste österreichische Fußballklasse immer noch eine „Wiener Stadtmeisterschaft“. Ausnahmen von dieser Regel wie die steirische Beteiligung bei der

Eroberung der Silbermedaillen im Handball (Franz Brunner und Walter Reisp) und Fußballbewerb (Klement Steinmetz und Max Hofmeister) bei den Olympischen Spielen in Berlin 1936, konnten über diese Tatsache nicht hinweg täuschen.

Aber auch in der Steiermark gab es zwischen Graz und dem Umland ein Gefälle in vielen sportlichen Belangen. So machte man sich noch wenige Tage vor dem deutschen Einmarsch Gedanken über die Zukunft des steirischen Provinzsportes, besonders beim Fußball. Im Ennstal hatte man z.B. Ende 1937 noch versucht eine fußballerische Pionierarbeit zu leisten und einen Cupbewerb einzurichten, doch hatte sich nur eine (!) Mannschaft dafür angemeldet.⁷ Umgekehrt wollten in den unteren Klassen die städtischen Fußballvereine, aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus nicht mit Clubs aus dem Umland in einer Meisterschaft spielen.⁸ Denn zum einen war es auf Grund mangelnder Infrastruktur schwer und teuer in andere Gemeinden zu gelangen und zum anderen war die sportliche Situation in Graz im Vergleich mit dem Rest der Steiermark noch durchaus rosig, verfügte man hier doch über zahlreiche wirtschaftlich gesunde Vereine, genügend Sportplätze, einen vergleichsweise hohen Publikumszuspruch und - im Gegensatz zu anderen Landesteilen - eine beneidenswerten Medienpräsenz.

Einer gedeihlichen sportlichen Entwicklung wenig förderlich waren auch die weltanschaulichen Streitigkeiten der Zwischenkriegszeit. (Der steirische Handball - Sport beispielsweise verfügte Anfang der dreißiger Jahre zeitweilig sogar über sieben verschiedene Verbände!).⁹ Viele österreichische Fachverbände, wie jener für das auf-

6 Tagespost, 1. Jänner 1938, S. 11.

7 Offizielle Mitteilungen des Steirischen Fußballverbandes. In: Kleine Zeitung, 3. Februar 1938, S. 22.

8 Kleine Zeitung, 22. Februar 1938, S. 8. „Der Wunsch der Grazer Vereine der unteren Klassen nach Trennung von der Provinz ist mit Rücksicht auf die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse verständlich...“

9 Schaupp, 50f. und vgl. Handball in der Steiermark. Festschrift des Steirischen Handballverbandes, Graz 1979.

strebende Tennis (allein in Graz und Steiermark gab es 1938 bereits über zwanzig Vereine) konnten auf Grund fehlender Ressourcen oder mangelnder Konsensbereitschaft oft nur wenige Clubs an ihre Statuten binden. Der Rest blieb in Form von „wilden Vereinen“ oder „Gesellschaften“ abseits möglicher Meisterschaftsregelungen und einheitlicher Bestimmungen.¹⁰ (Kritische Beschreibungen dieser Art finden sich in den Printmedien auch für andere Sportdisziplinen).

Ferner gilt es zu bedenken, daß bereits seit 1934 die einst so zahlreichen Arbeitersport- und -turnvereine verboten waren, und ein einigermaßen geregelter Sportbetrieb nur mehr als Mitglied der österreichischen „Sport- und Turnfront“ aufrecht erhalten werden konnte. Zahlreiche Vereine, wie beispielsweise die christlich-deutschen Turnvereine, deren sportliche Tätigkeiten (z.B. Jugendarbeit) stark eingeschränkt waren, warteten daher sehnsüchtig auf Veränderungen und bildeten so mögliche Ansprechstellen für nationalsozialistische Kreise.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß Sport, Turnen und Leibeserziehungen bereits vor der Okkupation eine nicht unwesentliche Rolle im öffentlichen Leben spielten. Der steirische Sport war trotz all der genannten Schwierigkeiten in einigen Disziplinen an der Weltspitze. Durch Gerda Paumgarten hatte bei den FIS Wettkämpfen 1936 in Innsbruck eine aus Graz stammende Sportlerin sogar einen Weltmeistertitel im Slalom erringen können.¹¹ Mit Karl Gaulhofer und Margarethe Streicher verfügte man in Österreich bzw. der Steiermark überdies über zwei führende Turnpädagogen, die mit ihren Lehrplänen

für die schulische Leibeserziehung (u.a. haben sie Freiluftnachmittag, Wandertag, Schulsportkurse, Schwimmunterricht etc. eingeführt) internationale Beachtung und Nachahmung erfuhren.

Mit Hilfe der Medien (Zeitungen, Radio und Kino-Wochenschau) nahm man regen Anteil am internationalen Sportgeschehen. Man verfolgte Welt- und Europameisterschaften und widmete größeren Sportveranstaltungen innerhalb der österreichischen Grenzen (z.B. Internationales 4. Länder-Skispringen in Klagenfurt) beträchtlichen Raum.¹² Vielfach orientierte man sich bereits - bewußt oder unbewußt - am deutschen Sportbetrieb, doch gab es jahrelang so gut wie keine sportlichen Wettkämpfe zw. deutschen und österreichischen Vereinen (nur im Rahmen internationaler Meisterschaften).

Das große Sportinteresse kann man auch daran ablesen, daß Meisterschaftsauslosungen, Jahreshauptversammlungen von Sport- und Turnvereinen etc. immer wieder Niederschlag in den Zeitungen gefunden haben.¹³ In den entsprechenden Rubriken finden sich ferner - neben den klassischen Reportagen und Ergebnissen - auffallend viele Mitteilungen an Vereinsmitglieder und Funktionäre, die heute wohl telefonisch oder postalisch erledigt werden würden. Die Inhalte dieser Verlautbarungen betrafen u.a. die nächsten Sitzungs- und Wettkampftermine, Abfahrtszeiten der Kampfmannschaften, Schneeberichte etc. Offenbar war eine Zeitungsmeldung ein obligater Weg sich an seine Mitglieder zu wenden, z.B.: „*Grazer Radsportklub Innere Stadt. Das neue Klubheim befindet sich im Gasthaus*

¹⁰ Tagespost, 26. Februar 1938, S. 3.

¹¹ Schaupp, S. 148.

¹² vgl. Kleine Zeitung, 7. Februar 1938, S. 12.

¹³ vgl. Kleine Zeitung, 14. Februar 1938, S. 14. Hier findet sich: Meisterschaftsauslosung des Kreises Graz; Jahreshauptversammlung bei „Sportkraftfahrer Union“ und Sportklub „Bewegung Gosting“...

„Zur Pastete“, Sporgasse 28. 1. Stock. Nächster Klubabend am 19. D - Am 20. D. erste Ausfahrt nach Gratwein, Abfahrt am Lendplatz, 13. 30 Uhr“.¹⁴

Im laufenden Sportgeschehen ließen sich die dramatischen politischen Entwicklungen der Tage und Wochen vor dem Anschluß kaum ablesen. Verbands- und Vereinstätigkeiten gingen weitgehend ihren gewohnten Gang. Noch Ende Februar 1938 hatte z.B. der Oberste Sportführer, als Beiräte des Landeskommissärs für Sport und Turnen in Steiermark Chefredakteurstellvertreter Franz Ircher, für das Jahr 1938 folgende Herren bestellt: Dr. Franz Thaller - Turnen; Tischlermeister Anton Smolnik - Leichtathletik und Radfahren; Franz Dietrich - Schwimmen Rudern und Kajak, usw.¹⁵ „Mit tiefer Befriedigung“ nahm allerdings der „Deutsche Turnerbund“ in den ersten Märztagen eine Rede des Staatsministers für Inneres und Sicherheit - Dr. Artur Seyß-Inquart - auf. Dieser hatte u.a. ausgeführt, daß dem Deutschen Turnerbund und allen seinen Vereinen in der weiteren Entwicklung der völkischen Belange in Österreich eine bedeutsame Rolle zufallen würde. Er sollte insofern recht behalten, als die Leitsätze des Deutschen Turnerbundes „Volkeseinheit, Rassenreinheit, Geistesfreiheit“ nämlich in gleicher Weise auch Kernstücke nationalsozialistischer Weltanschauung waren.¹⁶

Bereits am 10. März wandten sich Karl Bauer, der Bundesdietwart und Fritz Müller als Bundesobmann des österreichischen Turngaues des Deutschen Turnerbundes anläßlich der politischen Neugestaltung des Verhältnisses Österreichs zu Deutschland in

einem Aufruf an ihre Mitglieder: „Kameraden! Der Durchbruch ist da! Vier Jahre Kampf, vier Jahre Bedrückung, Verdächtigung, Verleumdung und Verfolgung haben wir ertragen; an unserem Glauben ist der Anprall volksfremder und entwurzelter Kräfte zuschanden geworden, die deutsche Zwietracht und den Bruderkampf auf dem Boden unserer Heimat verewigen wollten. Das Geschehen der letzten Tage ist der Sieg unserer Haltung. ... An die Arbeit für Volk und Heimat! Ein Wille - Ein Weg - Eine Führung!“¹⁷ Bekanntlich sollte ein ähnlicher Spruch wenige Tage später durch ganz Österreich hallen!

Von sportlicher Seite reagierte man durchaus unterschiedlich auf die politische Entwicklung des Anschlusses. Der Steirische Fußballverband beispielsweise sagte für Sonntag den 13. März alle Meisterschafts- und Cupspiele laut Weisung des ÖFB ab.¹⁸ Hingegen schien manch anderer Sportverein von den politischen Ereignissen dieser Tage völlig unbeeindruckt: „Radsportklub „Sturmvogel“, Graz. Heute Sonntag, den 13. März 1938, erste Klubausfahrt nach Stift Rein. Treffpunkt 1/2 2 Uhr. Wiener - Bundesstraße, Kilometer 2 (Benzinzapfstelle)“.¹⁹

„Der befreite Sport“

„Ein historischer Grazer Sporttag. Das Hakenkreuz zum erstenmal auf dem Dreib der Grazer Fußballer“ so jubelte man in einer steirischen Tageszeitung am 14. März 1938. Zwar legten die „Feierlichkeiten“ am 13. März in der ganzen Steiermark den Sportveranstaltungen „freiwillige Beschränkungen“ auf, doch fanden dennoch

14 Kleine Zeitung, 12. März 1938, S. 8.

15 Kleine Zeitung, 20. Februar 1938, S. 14.

16 Tagespost, 8. März, S. 6.

17 Tagespost, 10. März, S. 7.

18 Kleine Zeitung, 12. März 1938, S. 8.

19 Kleine Zeitung, 13. März 1938, S. 7.

vereinzelt Wettspiele statt, wie etwa in Graz am GAK Platz. So war der GAK „als erster Grazer Verein ein begeisterter nationalsozialistischer Verein“ geworden; erstmals hatte ein steirischer Sportverein ein Wettspiel mit dem später obligatorischen Hitlergruß begonnen und beendet.²⁰

Schon in der Montag Ausgabe der Tageszeitungen (14.3.) konnte darüber berichtet werden, daß vom Landesstatthalter Dr. Dadiou mit Robert Komorek ein neuer Landeskommissär für Sport und Turnen in Steiermark bestellt worden war. Mit Dr. Fritz Sartory war gleichzeitig auch ein neuer Leiter des Steirischen Fußballbundes eingesetzt worden. Der Pressedienst der Österreichischen Sport- und Turnfront ließ überdies einen Aufruf der neuen kommissarischen Führung veröffentlichen. Darin wandte man sich an „alle Kameraden der der Sport- und Turnfront angehörenden Verbände“ mit der Parole: „Nicht rückwärts blicken, sondern aus der heißen Liebe zu unserm Volk und einer unabdingbaren Verantwortung heraus jene Gemeinschaft zu schaffen, die imstande ist, unserm Volk die notwendige Erziehung, Lebenskraft und Einsatzbereitschaft zu geben. Heil Hitler! Fritz Müller.“²¹

Am 15. März verkündete man überschwenglich: „Der befreite Sport. Zu den Erlösten gehört nun auch der Sport; allzu- vor das deutsche Turnen“. Die „neue Freiheit“, welche auf die nun sogenannte „Verbotszeit“ folgte, wurde zunächst genutzt, um alte Strukturen zu verdämmen: „Himmelschreiend waren die Gewalttaten, mit denen man in den letzten vier Jahren die Anhänger des Deutschen Turnerbundes geknebelt hat... Aber beugen ließ sich der

deutsche Turner nicht: der Turnerbund blieb ein Hort des nationalen Gedankens auch dann, wenn er das nicht offen und frei nach außen bekennen durfte“.²²

Konkret wurde die enge Bindung des Sports an die politischen Verhältnisse kritisiert: „Auf allen Gebieten des vielverzweigten Sports waren die Bindungen spürbar. Der Sport war uniformiert; es gab nur Wege, die die jede freie Regung unterdrückende österreichische Sport- und Turnfront vorzeichnete. Wohin das führte, zeigte sich bald. Auf manchen Gebieten Mißerfolg, Rückschritt. Es fehlte der belebende innere Schwung; überall war nur Zwang zu spüren, kein Anreiz zu freier, froher Entwicklung. ... So waren die meisten der österreichischen Sportzweige in ihrer Fortentwicklung gehemmt“.²³ Namentlich wurden Fußball und der Wintersport genannt. Ironie des Schicksals: Einige Jahre später sollte Ähnliches über den Sport in der NS-Zeit gesagt werden!

„Die neue Zeit im deutsch österreichischen Sport“²⁴ - sprich die ersten Tage im Großdeutschen Reich - wurde hauptsächlich dazu genutzt, um mit den neuen Machthabern Kontakt aufzunehmen und sich gegenseitig zu beglückwünschen. Beispielsweise hatte die Gauführung des Turngaues Steiermark bereits am 14. März folgende „Drahtung“ an den Reichssportführer von Tschammer und Osten in Berlin abgesandt: „Der Turngau Steiermark begrüßt am ersten Tag im gemeinsamen deutschen Vaterland in aufrichtiger Treue seinen Reichssportführer. Heil Hitler! Auswald, Gauobmann.“ Ähnliche Telegramme ergingen auch an den Reichsdietwart Kurt Münch, den ehemaligen

20 Kleine Zeitung, 14. März 1938, S. 15.

21 Kleine Zeitung, 14. März 1938, S. 14.

22 Tagespost, 15. März 1938, S. 10.

23 Tagespost, 15. März 1938, S. 10.

24 Kleine Zeitung, 21. März 1938, S. 16.

Dietwart des Deutschen Turnerbundes Prof. Friedrich Rudolf Zenker und an den Obmann des Deutschen Turnerbundes Karl Dietrich.²⁵ Umgekehrt erhielt man natürlich aus allen Teilen des Altreiches Glückwunschtelegramme, die in den Zeitungen zahlreich abgedruckt wurden.²⁶

Wenige Tage später konnte bereits die neue Führung der Deutsch - Österreichischen Sport- und Turnfront vorgestellt werden: Führer: Dr. Friedrich Rainer, Stellvertreter: Fritz Müller, Geschäftsführer: Leopold Raffelsberger, Dietwart: Karl Bauer. Zumindest mit Müller und Bauer (siehe oben) waren also weiterhin Männer am Werk, die auch bisher Führungspositionen inne gehabt hatten. Ausdrücklich wurde aber darauf hingewiesen, daß die bisherigen Landessportkommissäre, Gruppenführer und Beiräte bis auf weiteres keinerlei Tätigkeit auszuüben hatten.²⁷

Der Anschluß sollte jedoch nicht nur Auswirkungen in Funktionärskreisen haben, sondern auch rasch sportliche Konsequenzen nach sich ziehen. Zum Beispiel wurde in einer offiziellen Mitteilung des Steirischen Fußballverbandes wenige Tage nach dem Anschluß verfügt, daß der jüdische Sportklub „Hakoah“ Graz aus den Ergebnislisten zu streichen sei, ebenso wurden die jüdischen Angehörigen der Verbandsleitung und seiner Unterausschüsse aus dem StFB ausgeschlossen. Ferner wurde bestimmt, daß bei allen Spielen die Vereine Hakenkreuzfahnen zu hissen hatten, und daß der deutsche Gruß (und zwar vor und nach dem Spiel) die bisherige Begrüßung ablöste.²⁸ Eine detailliertere Beschreibung

des „Zeremonienablaufes“ sah überdies am Ende jeder Sportveranstaltung ein dreifaches „Sieg Heil“ auf die deutsche Sportkameradschaft vor.²⁹ In anderen Sportverbänden war die Entwicklung ähnlich.

Von Seiten der NS-Führung war man schon vor dem Anschluß bemüht gewesen Parallelen der eigenen Ideologie zu jener der völkischen Vereine aufzuzeigen, vor allem in Hinsicht auf eine antisemitische Einstellung und die Durchführung einer Art von Wehrturnen.

Für zahlreiche christlich - deutsche Turner bedeutete dies zunächst einen Zwiespalt, da einerseits die christliche Einstellung im Gegensatz zum NS-Gedankengut stand, jedoch andererseits die Deutsch - Gesinnung, straffe Ordnung und Disziplin im turnerischen Alltag schon auf die NS-Ideologie vorbereitet hatte.

Zum Großteil mag es gelungen sein, die Turnerkreise davon zu überzeugen, daß die Eingliederung Österreichs ins Großdeutsche Reich zu ihrem Vorteil gereicht. Es verwundert daher nicht, daß unmittelbar nach dem Anschluß Österreichs die Turner der völkischen Vereine sofort mit einer großen Anzahl von Aufgaben betraut wurden. Sie halfen bei der Besetzung von Ämtern und Gebäuden mit, nahmen an Kundgebungen teil und organisierten Sportveranstaltungen, die alle vorrangig der Werbung für die Volksabstimmung am 10. April 1938 dienen sollten.³⁰

Aber nicht nur die Turner, sondern auch der überwiegende Teil der Sportler scheint dem Anschluß positiv gegenüber gestanden zu sein. Die Hoffnungen auf eine tatsächliche

25 Tagespost, 15. März 1938, S. 10.

26 So sandte z.B. der Gau Ostbrennerei ein Telegramm an die Turner der Steiermark mit dem kurzen Text: „Willkommen im Großdeutschen Reich, Heil Hitler!“ Kleine Zeitung, 17. März 1938, S. 12.

27 Kleine Zeitung, 16. März 1938, S. 18.

28 Kleine Zeitung, 18. März 1938, S. 13.

29 Kleine Zeitung, 20. März 1938, S. 13.

30 BAUMKIRCHNER Dagmar: Sport im Nationalsozialismus in der Steiermark. In: Sport Sinn und Wahn, Katalog zur Landesausstellung, Mürzzuschlag 1991, S. 223.

„Befreiung des Sports“ und eine „Aufwertung der Leibesübungen“ mögen groß gewesen sein. So galt Deutschland spätestens seit den Olympischen Spielen von Garmisch und Berlin (1936) - auf Grund seiner dort gezeigten organisatorischen und sportlichen Leistungen - als Vorbild. Für die „Ostmark“ prophezeiten viele einen ähnlichen Entwicklungsschub.

Geradezu erwartungsvoll verkündete man daher: *„Der Nationalsozialismus legt dem Sport besondere Bedeutung bei, weil die Jugend im Sport körperlich ertüchtigt, geistig geschult und ritterlich zum wirklichen Tatmenschen erzogen wird“*. Diese Erwartungshaltung leitete sich auch vom hohen Stellenwert ab, den die Leibesübungen - laut Propaganda - im nationalsozialistischen Gedankengut hatten. Dies wurde u.a. belegt durch den § 21 des NSDAP Parteiprogrammes. *„Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugendausbildung beschäftigenden Vereine ...“*³¹ Die Ideologie der Leibesübungen im Nationalsozialismus lehnt sich dabei stark an die Vorstellungen des „Turnvaters“ Friedrich Ludwig Jahn an.³² Mit Hilfe der Leibesübungen glaubte man verschiedene Grundsätze der nationalsozialistischen Erziehung verwirklichen zu können, wobei das Ziel der „deutsche Mensch“ war, der körperlich gestählt, zur Aufwertung der Rasse beitragen sollte. Durch Förderung typischer posi-

tiver „arischer“ Eigenschaften, Schulung erstrebenswerter Charaktereigenschaften wie Treue, Mut, Härte, Entschlußkraft versuchte man eine Vorbereitung der Jugendlichen auf die ihnen zugedachten Aufgaben d.h. Erziehung des Burschen zum „Politischen Soldaten“ und des Mädels zur Hausfrau und Mutter.³³ Somit wurde der körperlichen Ertüchtigung (allerdings nicht der gymnastisch-musischen, sondern der militärischen) weit mehr Wert beigemessen. Für Hitler war das Heranzüchten kerngesunder Körper offenbar viel wichtiger als bloße wissenschaftliche Schulung.³⁴

Turner und Sportler im Dienste der Volksabstimmung

Nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich am 12. März sollte bekanntlich eine Volksabstimmung am 10. April diese Annexion legalisieren. Aus den bereits oben genannten Gründen wurden besonders die Turner (und Sportler) in die Pflicht genommen nicht nur für „JA“ zu stimmen, sondern auch massiv dafür zu werben.

Schon am 17. März hatte Dr. Friedrich Rainer, Führer der Deutsch - Österreichischen Sport- und Turnfront, über die Printmedien angeordnet, daß alle wehrfähigen Angehörigen den Gliederungen der Bewegung zur Verfügung stehen mußten.³⁵ Auch der Steirische Leichtathletikverband forderte seine ihm angehörenden Vereine auf, vereinsweise alle Mitglieder zu sammeln und geschlossen der Parteileitung der NSDAP zur Verfügung zu stellen. Im Sinne

31 Zitiert nach Baumkrohner, S. 139.

32 Dieser hatte bekanntlich folgende Forderungen an die Turner gestellt: „Tugendhaft und tüchtig, rein und ringfertig, keusch und kühn, wahrhaft und wehrhaft sei sein Wandel, Frisch, frei, fröhlich und fromm - ist des Turners Reichthum“

33 Baumkrohner, S. 223.

34 Thaler Franz, Leibesübungen und Leibeserziehung im Bildungsgeschehen der Steiermark. in: Sport am Puls der Zeit, Bd.1, Graz 1973, S. 115.

35 Kleine Zeitung, 17. März 1938, S. 12.

des Aufrufes des Sportführers mußte jeder Mann in den Dienst der Organisation der Volksbefragung gestellt werden.³⁶

Turnerische und sportliche Vereinsarbeit konnte zunächst zwar weitergehen, ebenso konnten Wettkämpfe und Wettspiele ausgetragen werden - sofern nicht eine größere Werbeveranstaltung für die Volksabstimmung angesetzt war - die ganze Vereinsarbeit war aber ausdrücklich in den Dienst der Volksabstimmung zu stellen.³⁷

Dies galt nicht nur für österreichische Sportler. Auch deutsche Sport- und Turnkameraden wurden bei dieser „Werbekampagne“ für den Anschluß eingesetzt. Große Aufmerksamkeit schenkte man daher auch in der Steiermark dem ersten Auftreten einer reichsdeutschen Fußballmannschaft auf ehemals österreichischem Boden. Mit Tennis Borussia trat nach sieben Jahren (!) wieder eine deutsche Mannschaft zu einem Gastspiel in Wien an.³⁸ Diese nun häufiger werdenden Besuche von berühmten Mannschaften und Sportlern aus dem Altreich wurden natürlich bewußt organisiert und häuften sich, je näher der Tag der Abstimmung kam. Auch der viel beachtete Städte - Handballkampf Berlin - Graz am Montag dem 28. März auf dem GAK-Platz stand ganz im Zeichen „Österreichs Sport im Dienste der Volksabstimmung“.³⁹ Am 3. April wurde anlässlich der Werbeaktion des deutschen Sports auch ein Fußballstädtekampf Graz - München durchgeführt.⁴⁰

Besondere Werbewirksamkeit hatte die sogenannte „Deutschlandriege“, eine Abordnung der besten Turner des Altreiches, die mit zwei Mannschaften per Zug eine

Rundreise durch Österreich machten und viele Vorführungen gaben. Verbunden waren diese „Sportevents“ mit Ansprachen hoher NS-Funktionäre, die um Zustimmung warben! In der Landeshauptstadt wurde diese Darbietung mit dem Erscheinen eines besonderen Gastes verbunden. Der Besuch des Reichssportführers von Tschammer und Osten in Graz galt als besondere Auszeichnung für die „Stadt der Volkserhebung“. Schon Tage vorher wurden alle Turner und Turnerinnen von Graz und Umgebung aufgefordert sich in der Kastelfeldgasse einzufinden um die Lieder zu lernen, die anlässlich des Besuches des Reichssportführers gesungen wurden.⁴¹ Diese Veranstaltung im Stephaniensaal, verbunden mit besagter Turnvorführung der Deutschlandriege („zwanzig fische, stramme, kräftige, gesunde, disziplinierte junge Männer“) wurde zu einem Höhepunkt im sportlichen Werbefeldzug für den Anschluß hochstilisiert.⁴² Unmittelbar vor dem Abstimmungstermin wurden von den Grazer Turnern und Sportlern zahlreiche weitere Werbeveranstaltungen durchgeführt. Der GAK beispielsweise machte noch am Freitag dem 8.4. einen 5 km Abstimmungs - Werbelauf durch Graz - mit roten Hosen, dunklen Pullovern auf dem Rücken ein weißes „JA“. Der Kajakklub Wikinger beteiligte sich ebenso wie 2000 Radfahrer des steirischen Landesverbandes an einer Veranstaltung der Kreispropagandaabteilung der NSDAP am Samstag den 9. April.⁴³ Am selben Tag beschwor man über

36 Kleine Zeitung, 20. März 1938, S. 19.

37 Kleine Zeitung, 19. März 1938, S. 10.

38 Kleine Zeitung, 15. März 1938, S. 13.

39 Kleine Zeitung, 24. März 1938, S. 12.

40 Kleine Zeitung, 25. März 1938, S. 13.

41 Kleine Zeitung, 25. März 1938, S. 14.

42 Kleine Zeitung, 30. März 1938, S. 12.

43 Kleine Zeitung, 10. April 1938, S. 14.

die Printmedien: „*Ein einzig Volk von Sportlern. Steiermarks Sportlerheer sagt am 10. April „Ja“!*“⁴⁴

Die „Bereinigung“

Der Ausgang der Volksabstimmung ist bekannt. Die Turn- und Sportvereine hatten ihren Beitrag dazu geleistet, wie auch immer wieder hervorgehoben wurde. Nur wenige Tage danach meldete der neu eingerichtete Pressedienst des Gaues 17 des Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen (DRL.): „*Die Bereinigung des deutschen und deutschösterreichischen Sport!*“! Darunter verstand man offiziell die Eingliederung des ehemaligen österreichischen Staatsgebietes als Gau 17 „Deutschösterreich“ in den Deutschen Reichsbund für Leibesübungen (gleichzeitig erfolgte eine Einteilung in Kreise, darunter der Kreis Steiermark). Inoffiziell war damit auch der Ausschluß jüdischer Sportler, Trainer, Schiedsrichter usw. aus dem Sportbetrieb gemeint, sofern dies nicht ohnehin nach dem Anschluß bereits geschehen war.

Der Reichssportführer ernannte - unter Bezugnahme auf den Erlaß des Führers vom 27. Juni 1935, sowie auf die Anordnung des Stellvertreters des Führers vom 22. Februar 1938 - in Einvernahme mit dem Reichsstatthalter für Österreich Dr. Seyß-Inquart und dem Beauftragten des Führers für Österreich Gauleiter Bürckel den Staatssekretär SS-Standartenführer Dr. Friedrich Rainer zu seinem Beauftragten für alle Fragen der Leibesübungen in Staat und Partei für das Land Österreich und gleichzeitig zum Gauführer des Gaues 17 „Deutschösterreich“ des DRL.⁴⁵ Der auf

Vorschlag des Gauführers kommissarisch bestellte Gauführerstab war im wesentlichen identisch mit der nach dem Einmarsch eingesetzten Leitung der Turn- und Sportfront (Müller, Raffelsberger, etc.). Als kommissarischer Kreisführer der Steiermark wurde SA-Standartenführer Prof. Paul Geißler (ein gebürtiger Dresdener, der lange Jahre am Oeversee-gymnasium in Graz Turnen unterrichtet hatte) bestellt.⁴⁶ Auch seine Mitarbeiter wie u.a. Stellvertreter: Dr. Karl Helfrich, Dietwart: Alfred v. Hofmann, Frauenwartin: Trude Lipp-Terler und Pressewart: Max Pfliger konnten Anfang Juni 38 bekanntgegeben werden. Gleichzeitig wurden auch die Kreisfachwarte (z.B. Turnen: Franz Hönig, Leichtathletik: Ferdinand Friebe, Handball: Franz Wicher,...) offiziell in ihre Funktionen bestellt.⁴⁷

Alle Vereine der ehemaligen Österreichischen Turn- und Sportfront, soweit sie durch die zuständigen Organe der österreichischen Regierung nicht schon aufgelöst worden waren, wurden formal mit Stichtag 14. April in den DRL aufgenommen. Entsprechend der Organisation des DRL konnten Vereine die unmittelbare (gebunden an das Betreiben von Leibesübungen, wie z.B. Gymnastik, Fußball, Skilauf und Radfahren) oder mittelbare (nur korporativ angeschlossene Verbände waren z.B. jene von Schießsport, Wandern und Bergsteigen, Segeln, Bob- und Schlittenfahren, Golf, Kegeln und Tischtennis) Mitgliedschaft beim DRL erwerben. Die endgültige Aufnahme war allerdings an einige Voraussetzungen geknüpft, wie Annahme der Einheitssatzung und Bestätigung der Vereinssatzungen und des Vereinsführers durch den Beauftragten des Reichssportführers. Bis zur vollkommenen Durchführung der

44 Kleine Zeitung, 9. April 1938, S. 18. Aus diesem Aufruf stammt auch die eingangs zitierte Parole!

45 Kleine Zeitung, 13. April 1938, S. 10.

46 Kleine Zeitung, 14. April 1938, S. 12.

47 Kleine Zeitung, 4. Juni 1938, S. 11.

Eingliederung der Vereine in den DRL konnten die Turn- und Sportverbände vorerst noch bestehen bleiben.⁴⁸

Auf Verbands- und Vereinsebene kam es nun in aller Eile zum Übertritt in den DRL. Der Deutsche Turnerbund beispielsweise, der sich noch kurz zuvor über die Eingliederung Österreichs ins Großdeutsche Reich gefreut hatte, verkündete im Mai 1938 voll „überschwenglicher Freude“ seine Selbstauflösung.⁴⁹ Diesem Beispiel folgten Schwimm- und Kajakverband, im Juni Ruderverband, Ski- und Fußballverband etc.⁵⁰

Aber noch im selben Jahr (21.12.1938) erfolgte die Gründung des „Nationalsozialistischen Reichsbundes für Leibesübungen“ (NSRL), der an die Stelle des DRL treten sollte. Dabei handelte es sich um eine von der NSDAP „betreute“ Organisation (eine Vereinigung aller deutscher Leibesübungen treibenden Vereine). Als Dank für die Verdienste des DRL auf dem Weg zum „Volk in Leibesübungen“ sollte dem NSRL nun „Führung und Schutz“ der Partei zuteil werden. Natürlich wurde von Offiziellen begrüßt, daß der DRL nun fest an Partei und Staat gebunden war, um „zu einem Instrument nationalsozialistischer Volkserziehung“ zu werden. Reichsminister Dr. Frick stellte z.B. auf einer NSRL-Tagung fest: „Diese gewaltige Aufgabe, eine das letzte Dorf erfassende und aufrüttelnde Leibeserziehungsgemeinschaft des deutschen Volkes zu schaffen, übersteigt die Kräfte einer reinen Selbstverwaltungsorganisation, übersteigt auch die Kräfte des Staates. Die führungsmäßige Bewäl-

tigung dieser grandiosen Aufgabe, das deutsche Volk zu einem „Volk in LÜ“ zu machen, bedarf des ungestümen Drängens und des unerbittlichen Vorwärtstreibens jenes dynamischen Faktors größten Ausmaßes, den der Führer unserem Volke in der nationalsozialistischen Bewegung geschenkt hat. So sind denn nunmehr im Nationalsozialistischen Reichsbund für Leibesübungen die deutschen Turner und Sportler aller Gaue des Altreiches, der kampferprobten Ostmark und des leidgestählten Sudetenlandes zusammengeschweißt zu einer unlösbaren Gemeinschaft nationalsozialistischer Leibeserziehung“⁵¹ Damit aber war die Neuordnung der Leibesübungen im wesentlichen abgeschlossen, denn nun hatte die nationalsozialistische Partei auch in diesem Bereich eindeutig die politische Führung übernommen und konnte auf diese Weise einen direkteren Einfluß und vermehrte Kontrolle auf die Vereinsarbeit ausüben.⁵²

Diese „unlösbare Gemeinschaft“ mußte allerdings erst zusammengeschmiedet werden und daher wurde der Kontakt mit Deutschland auf sportlicher Ebene weiter intensiviert. Unter den zahlreichen österreichischen Sportlern, die nun ins Altreich zu Vergleichskämpfen und Wettspielen eingeladen wurden, befanden sich u.a. die Grazer Sportvereinigung⁵³ sowie die Fußballmannschaft des GAK, die auf einer Osterreise Mitte April einige Spiele (z.B. in Köthen in Sachsen) mit wechselndem Erfolg absolvierte.⁵⁴ Sportliche Wettkämpfe gab es nun auch wieder auf Hochschulebene. Ein Vergleichskampf zwischen Mün-

48 Kleine Zeitung, 14. April 1938, S. 12.

49 Baumkirchner, S. 224.

50 Der Österreichische Fußballbund löste sich am 7. Juni 38 auf; glz. fand seine Eingliederung als Gau 17 in den DRL statt. Der ÖFB war der größte Sportverband der „Ostmark“ Kleine Zeitung, 8. Juni 1938, S. 12.

51 Tagespost, 17. Jänner 1939, S. 2. Wie sich diese Umwandlung von DRL in NSRL im Sportbereich tatsächlich auswirkte wäre erst eingehender zu untersuchen.

52 Das Organigramm des NSRL ist zu finden bei Baumkirchner, S. 224f.

53 vgl. Kleine Zeitung, 4. Juni 1938, S. 11.

54 Kleine Zeitung, 17. April 1938, S. 11.

chen und Graz fand am 20. und 21. April auf dem Sportklubplatz in der Conrad von Hötzendorfstr. statt.⁵⁵

Die Hoffnung, mit dem Anschluß Österreichs hierzulande bald deutsche Sportverhältnisse zu haben, erfüllte sich vorerst nicht. Zwar führte der traditionsreiche Grazer Trabrennverein sein Frühjahrsrennen, das sogenannte „Pfungstrabfahren“, voll neuer Zuversicht durch, doch der große Aufschwung, den dieser Rennsport im Altreich seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus genommen hatte (Besucherzahlen stiegen um 40 %), war in Graz nicht zu beobachten. Das Publikum blieb aus, obwohl man mit vielen Rahmenveranstaltungen, wie Springbewerben und Prämierung der bestangezogensten Besucherin, lockte.⁵⁶

Traditionelle Sportveranstaltungen, wie der Großstaffellauf „Rund um den Schloßberg“ wurden zwar weiterhin durchgeführt, von den neuen Machthabern aber in ihrem Sinne mit- und umgestaltet. Nicht nur Propagandareden gehörten nun zum sportlichen Alltag, sondern auch die vermehrte Teilnahme uniformierter und politischer Verbände.⁵⁷

Mit dem Anschluß und der damit zusammenhängenden „Bereinigung des deutschen und deutschösterreichischen Sports“ scheint aber in der Tat eine Aufwertung der Leibesübungen im öffentlichen Leben verbunden gewesen zu sein. Als Parameter könnte gelten, daß man vermehrt gegen „hemmungslose Zuseher auf den Sportplätzen“ vorging⁵⁸ und im September 38 alle

Sportveranstaltungen der Amateure für steuerfrei erklärte, (es erfolgte „bei allen der Leibesübung dienenden Veranstaltungen Freistellung von der Vergnügungssteuer“).⁵⁹ Ein weiterer Beleg könnte sein, daß in dieser Phase die Sportberichterstattung in den Printmedien nun mehr Platz einnahm. Waren es vor dem Anschluß meist nur wenige Spalten, oder höchstens eine Seite, die in den Tageszeitungen dem Sportgeschehen zugebilligt worden waren, so gab es nun - offenbar nach deutschem Vorbild - mehrere Seiten an internationalen und vor allem nationalen Sportnachrichten. Neben den schon bekannten lokalen Beiträgen überwogen natürlich Berichte aus dem Altreich. Zu den traditionellen Sportinformationen über Fußball, Boxen, Radfahren und Leichtathletik etc. der Profis und Amateure gesellten sich nun vor allem die Berichte über sportliche Wettkämpfe von IJ und SA. Sie sollten in den folgenden Jahren sogar den Hauptanteil der Sportmeldungen ausmachen. Eigene Rubriken in den Printmedien wie „Bergsteigen und Wandern“, die Tips je nach Jahreszeiten gaben und Routen beschrieben, runden dieses Bild von einer allgemeinen Aufwertung körperlicher Betätigung ab.⁶⁰

Um die Bedeutung der Leibesübungen im Deutschen Reich zu dokumentieren und noch mehr Menschen zum Sport zu bringen übernahm man von Deutschland auch alsbald die sogenannten „Reichssportabzeichen“. Um diese zu erwerben mußten in verschiedenen Disziplinen bestimmte Limits erbracht werden, die zuvor von der

55 Kleine Zeitung, 20. April 1938, S. 15.

56 Kleine Zeitung, 7. Juni 1938, S. 14 und vgl. Kleine Zeitung, 8. Juni 1938, S. 12. Desinteresse des Grazer Publikums wird beklagt. Seine Blütezeit sollte der Trabrennsport erst nach dem 2. WK erleben; Schaupp, S. 141.

57 Kleine Zeitung, 29. Mai 1938, S. 11. Bei dieser - zum 16. Mai durchgeführten - Veranstaltung am 29. Mai weihte der Reichssportführer von Tschammer und Osten abermals in Graz. Seine weitere Reise führte ihn nach Schiefelien, in die dort eingerichtete Gauführerschule, vgl. Kleine Zeitung, 29. Mai 1938, S. 17.

58 Kleine Zeitung, 23. September 1938, S. 10. Aus Graz wurde mir nur ein konkreter Fall bekannt, wo es Anlaß zu Kritik am Publikumsverhalten gegeben hat bei Boxwettkämpfen hatte die anwesende HJ auf ihren Unmut über einige Schiedsrichterentscheidungen geäußert, vgl. Kleine Zeitung, 15. Februar 1939, S. 11.

59 Kleine Zeitung, 23. September 1938, S. 10.

60 Bergsteigen und Wandern, in: Tagespost, 6. Jänner 1939, S. 12.

Reichssportführung festgelegt worden waren. Die Gaupressestelle kündigte die ersten „Prüfungstermine“ in der Steiermark für den 9.-12. Juni 38 an.⁶¹

Die Bereinigung des Sports sah notwendigerweise auch eine Angleichung der Meisterschaftsregelungen vor. Das hieß für viele österreichische Verbände eine Übernahme deutscher Meisterschaftssysteme und für die Spitzenvereine und Sportler eine Eingliederung und Teilnahme an „deutschen Meisterschaften“. Dies hatte zum Teil gravierende Änderungen zur Folge, wie am Beispiel Fußball zu zeigen wäre: In der Saison 1938/39 wurde in der Ostmark Fußball nun nach deutschem Vorbild auch den Winter hindurch gespielt. In der neu eingerichteten „Gauliga“ durften neben den Wiener Vereinen nun einige Provinzvereine in der obersten Spielklasse teilnehmen. Außer der Wacker aus Wiener Neustadt und den Steyrer Amateuren war mit dem Grazer SC auch erstmals ein Grazer Verein (in der unteren Hälfte der Tabelle) anzutreffen.⁶² Da der Spielbetrieb für die Fußballer (und ebenso für die Handballer) diesmal schon im März endete, also zu einer Zeit, da man für gewöhnlich erst wieder mit der Frühjahrsmeisterschaft begann, wurde in den Tageszeitungen offen überlegt: *„Die Meisterschaftsbewerbe sind vorüber! Was nun?“* Eine Lösung sah man in vermehrten Gastspielen und Städte - Vergleichskämpfen.⁶³

Aus sportlicher Sicht war es natürlich eine große Herausforderung für jeden Verein und jeden einzelnen Sportler sich bei nationalen Meisterschaften im Großdeutschen Reich

durchzusetzen. Schon die Zulassung bzw. Teilnahme bei größeren Sportveranstaltungen auf nationaler Ebene war für die meisten Grazer Sportler und die hiesigen Vereine eine besondere Auszeichnung. Als Ehre für den Sport in Graz galt es, daß der Radfahrer Schmaderer vom Postsportverein anlässlich eines internationalen Kriteriums in München in die deutsche Nationalmannschaft berufen wurde.⁶⁴

Nach der Machtübernahme kam es aber vereinzelt auch vor, daß vielversprechende und erfolgreiche Grazer Sportler von Deutschen Großvereinen abgeworben wurden, wie etwa im Falle des mehrfachen österreichischen Meisters im Halbschwergewicht, Alfred Koller. Ab 1938 boxte der ehemalige Athlet des Heros Graz als Unteroffizier für den Luftwaffen-Sportverein Spandau Berlin und konnte u.a. den Titel „Großdeutscher Wehrmachtmeister“ erringen, was ihm eine Übersiedelung ins Profilager ermöglichte, eine Karriere wie sie von Graz aus nur schwer möglich gewesen wäre.⁶⁵

Für die Turner war die erste Bewährungsprobe das Deutsche Turnerfest in Breslau. Es bot dem NS Regime erneut Anlaß zu einem gigantischen Propagandafeldzug im gesamten Reich. Auch in Graz kam es im Vorfeld zu einem großen Turnfest unter dem Titel „Wir werben für Breslau“, welches vom Reichsbund für Leibesübungen, Kreis Steiermark, organisiert worden war (und das Turnen auf die Titelseiten der Tageszeitungen brachte, was ansonsten eher selten der Fall war).⁶⁶ Überhaupt ent-

61 Kleine Zeitung, 9. Juni 1938, S. 12.

62 Tagespost, 10. Jänner 1939, S. 8. Im entscheidenden Qualifikationsspiel am 2. Juli 1938 um den Aufstieg in die Gauliga hatte der regierende steirische Meister Grazer Sportklub den SK Sturm 1:0 besiegt.

63 Tagespost, 22. März 1939, S. 12. Normalerweise hatte die österreichische Fußballmeisterschaft eine Herbst- und Frühjahrsaison gekannt, wobei von Ende August bis November und von Ende März bis Ende Juni gespielt wurde. Vgl. Kleine Zeitung, 5. Februar 1938, S. 22.

64 Kleine Zeitung, 17. April 1938, S. 11.

65 Schaupp, S. 90.

66 Kleine Zeitung, 20. Juni 1938, S. 1.

wickelte das NS Regime auch eine neue Qualität in der Ausschlichtung sportlicher Höchstleistungen für politische Zwecke. Hierher gehörte z.B. die am 24. Juli 1938 geglückte Erstbesteigung der Eiger-Nordwand, die auch einen Graz Bezug hatte.⁶⁷

„Natürlich“ wurden die ersten Monate im Großdeutschen Reich aus sportlicher Sicht aber durchwegs positiv bewertet: *„1938 war für die deutsche Leibesübung ein Jahr organischer Weiterentwicklung; ein Jahr rastlosen Schaffens und planmäßiger Arbeit“*. Als wichtigste Verpflichtung für das Sportjahr 1939 sah man an, den Führerauftrag, ein *„Volk in Leibesübungen“*, auszuführen. Generell hatte man sich viel vorgenommen: Einerseits mehr und besser organisierte Sportveranstaltungen sowie eine noch stärkere Einbindung der Ostmark an das Altreich. Obwohl Graz im südöstlichen Zipfel des Großreiches relativ ungünstig gelegen war, sollte die „Stadt der Volks-erhebung“ auch Auswirkungen dieser Sportpolitik erfahren. So sah das größte radsportliche Ereignis, die Großdeutschlandfahrt (5000 km), Graz als Etappenziel vor. Am 11. Juni führte die 9. Etappe von Wien über den Semmering nach Graz, die 10. Etappe startete am nächsten Tag von der Landeshauptstadt aus und ging über den Schoberpaß nach Salzburg.⁶⁸ Eine stärkere Einbindung der Provinz versprach man sich auch durch die Vergabe von „Deutschen Meisterschaften“. So fand beispielsweise die deutsche Billardmeisterschaft im April 39 in der steirischen Landeshauptstadt statt.

Die traditionellen Sportveranstaltungen, wie der schon erwähnte Großstaffellauf „Rund um den Schloßberg“, der 1939 bereits zum 17. Mal stattfand, wurden noch stärker zu einer Propagandaveranstaltung und Machtdemonstration des NS - Regimes umgestaltet. So waren bei dieser Sportveranstaltung alle „Gliederungen“ wie Wehrmacht, RAD, SA, SS, HJ etc. nicht nur zur Teilnahme berechtigt, (10 Teilnehmer pro Mannschaft, wobei jeder Athlet ca. 370 Meter zurücklegen mußte), sondern gleichsam verpflichtet.⁶⁹

Die hochfliegenden Pläne, die mit dem Grundsatz vom „Volk in Leibesübungen“ umschrieben wurden, konnten durch den bald darauf einsetzenden Krieg allerdings nur in Ansätzen begonnen werden, während die Aufbauarbeit der Leibesübungen im Bereich der Jugenderziehung zügig voranging. Um eine möglichst vollständige Erfassung der Jugendlichen zu erreichen wurden sie in sogenannten HJ-Organisationen zusammengefaßt.⁷⁰ Laut offiziellen Vorstellungen sollten die HJ-Organisationen und die Sport- und Turnvereine keine Konkurrenz untereinander entwickeln, sondern sich sinnvoll ergänzen. *„Jungvolk und HJ, Jungmädels und BDM sind dieser Nachwuchs für die DRL - Gemeinschaften, und beide zusammen haben die Verpflichtung, die Leibesübungen fortzuentwickeln und sie über das Jugendalter hinauszuführen“*.⁷¹

Teilweise hatte es bereits vor dem Anschluß illegale HJ Einheiten gegeben, die sich ab März 38 enorm ausweiteten. Laut gültiger NS-Ideologie sollte bzw. mußte jeder

67. Unter den vier Erstbesteigern - Kasperek, Heckmaier, Vörg und Harrer - hatte Heinrich Harrer, in Hüttenberg geboren, aber in Bruck/Mur und Graz aufgewachsen, den eindeutigen Steiermark Bezug, was sich in den Medien dementsprechend niederschlug, vgl. u.a. Kleine Zeitung, 24. Juli 1938, S. 4f.

68. Tagespost, 18. März 1939, S. 10. Zum Vergleich bei der „Tour de France“ werden ca. 4000 km zurückgelegt.

69. Tagespost, 8. April 1939, S. 7.

70. Zunächst erfolgte eine Gliederung nach Alter und Geschlecht: 10-14 jährige Burschen: Deutsches Jungvolk (D.J.); 10-14 jährige Mädchen: Jungmädels (J.M.); 14-18 jährige Burschen: Hitler - Jugend (H.J.); 14-18 jährige Mädchen: Bund Deutscher Mädel (BDM); vgl. Baumkirchner, S. 224f.

71. Tagespost, 1. Jänner 1939, S. 13.

Jugendliche an den Aktivitäten der HJ teilnehmen, was sich in der Steiermark auf Grund geographischer Gegebenheiten und mangelnder Infrastruktur jedoch nie vollständig verwirklichen ließ, in Graz dürfte die Erfassung der Jugendlichen aber relativ lückenlos gewesen sein. Laut HJ - Dienstplan war täglicher Sport vorgesehen. Die Leibesübungen selbst gliederten sich in eine allgemeine Grundschule (u.a. Spiele, Leichtathletik, Turnen, Schwimmen, Boxen,...) und Leistungssport, die aber auf die lokalen Möglichkeiten abgestimmt werden mußten. Graz hatte hier abermals große Vorteile gegenüber dem Umland, wo es oft an entsprechenden Sportanlagen und Übungsleitern mangelte. Als sichtbare Überprüfung der in den Einheiten geleisteten Ausbildung dienten auch hier verschiedene Leistungsabzeichen, nach Alter und Geschlecht differenziert und doch so einfach, daß möglichst alle Jugendlichen die geforderten Limits erreichten.⁷²

Bei der Ausbildung der Übungsleiter bemühte man sich natürlich um Einheitlichkeit. So wurde beispielsweise sofort nach dem Anschluß der Ostmark in Schulungskursen auch die Sportarbeit des Bundes Deutscher Mädels (BDM) aufgenommen. Ein erster Lehrgang fand in Innsbruck statt, 120 angehende Sportwartinnen wurden dann am Turnersee in der Grundschule der Leibesübungen des BDM unterwiesen. Die besten Sportmädels dieses Lagers wurden als Stellenleiterinnen für Leibeserziehung in den Untergauen eingesetzt und später noch einmal in einem Lehrgang an der Reichssportschule 3 der HJ in Stuttgart - Degerloch zusammengefaßt. Fachliche Schulung

erfolgte in Leichtathletik, Schwimmen, im Boden- und Geräteturnen. Ein besonderes Augenmerk wurde bereits auf die Gymnastik gelegt, denn neben die sportliche Erziehung im BDM sollte alsbald die Erziehung zur schönen Bewegung treten. Die Erwerbung des BDM - Leistungsabzeichen war für alle Teilnehmer notwendig, war doch damit in den Heimatturngauen die Abnahmeberechtigung für Sportprüfungen verbunden.⁷³

Sollten also bei den Leibesübungen der Mädchen „weibliche Fähigkeiten“ wie Anmut und Harmonie der Bewegung verstärkt werden, gab es bei den Burschen neben der rein sportlichen Übungen noch einen zweiten sportlichen Zweig der körperlichen Ertüchtigung in Form einer wehrsportlichen Ausbildung. Man unterschied hier abermals eine Art von Grundschulung, dazu zählten Geländesport und Schießdienst, sowie Sonderformationen wie Motor-, Flieger- und Marine - III. In der Praxis wurde großer Wert auf Geländespiele gelegt, wo spielerisch Fähigkeiten wie Bewegung und Orientierung im Gelände, Karten lesen etc. geübt wurden.

Für Graz hatte man im Gebiet um die Ruine Gösting offenbar das ideale Gelände gefunden. Hier wurden häufig solche Geländespiele mit mehreren hundert Teilnehmern durchgeführt.⁷⁴

Nach den Worten des Führers sollte jeder Jugendliche zumindest einmal im Jahr bei einem Wettstreit teilnehmen. Der sogenannte „Reichssportwettkampf“ bot die beste Möglichkeit dazu. In vielen Orten wurden daher entsprechende Wettkämpfe mit leichtathletischen Bewerben durchgeführt, über die in den Printmedien regelmäßig berichtet wurde.⁷⁵ Für die Talenteauslese wurden auch so-

72 Baumkirchner, S. 224.

73 Die Junge Mannschaft, Amtliches Nachrichtenblatt der Hitler - Jugend Gebiet Steiermark 30. In: Tagespost, 16. Jänner 1939, S. 7.

74 Im Bereich dieser Sonderformationen wurde von den Jugendlichen in der Folge erwartet, daß sie nach der HJ in die entsprechenden Sozialeinheiten der Wehrmacht überwechselten, vgl. Baumkirchner, S. 225f.

75 Graz war häufig Schauplatz unterschiedlicher HJ - Sportwettkämpfe, wie am 2. und 3. Oktober 1938, wo auf dem GAK Platz die HJ - Führer Fünf- und Zehnkämpfe stattfanden, Kleine Zeitung, 23. September 1938, S. 11.

genannte „Deutsche Jugendmeisterschaften“ in verschiedenen Disziplinen durchgeführt.⁷⁶

Den Machthabern war es aber offenbar ein besonderes Anliegen nicht nur die außerschulische sondern auch die schulische Leibeserziehung der Kinder und Jugendlichen rasch zu „bereinigen“. Nach der Gleichschaltung Österreichs wurden daher die Leibeserzieher bereits im Mai und Juni 1938 an der Führerschule der Deutschen Hochschule für Leibesübungen in Neustrelitz in entsprechenden Kursen, im Sinne der „neuen deutschen Leibesübungen“, geschult. Diese Bemühungen bezweckten eine möglichst rasche Angleichung an die Verhältnisse im Altreich. Die Änderungen dürften allerdings nicht allzu gravierend gewesen sein: Schon im Jahre 1935 war in Österreich die Einführung der „vormilitärischen Jugenderziehung“ auf Grund der geänderten staatspolitischen Verhältnisse dieser Zeit verordnet worden, die bei Lehrern und Erziehern mit geteilter Meinung aufgenommen wurde. Man sprach nun wieder vom „Turnen“ (zuvor „Körperliche Übungen“) und diese vormilitärische Ausbildung für Knaben sollte zumindest 5 bis 10 Minuten jeder Turnstunde umfassen, sowie bei Wanderungen und Freiluftnachmittagen geübt werden. (Ausbildung in der geschlossenen Form bis zum Zug). Für die Mädchen waren Reihungsübungen für Aufmärsche und in den achten Klassen im Hinblick auf ihre künftigen Aufgaben als Frauen und Mütter eine Auswahl von Kleinkinderspielen zu vermitteln.⁷⁷ Dieser Weisung entsprechend gehörten seit dem

Wintersemester 1935/36 für diese Fachgebiete immer wieder Offiziere des Alpenjägerregiments Nr. 9 dem Lehrkörper am „Institut für Turnlehrerausbildung“ an.⁷⁸ Für viele österreichische Turnlehrer war es daher sogar von Vorteil, daß die Jugend nun ab dem zehnten Lebensjahr pflichtmäßig in die NS-Jugendorganisationen einzutreten hatten, wo sie eine Art vormilitärischer Erziehung erhielten. Dadurch entfielen in der Schule die Exerzierübungen und es konnten die Schulstunden vielfach methodisch nach österreichischem Muster geführt werden. Doch hatte man natürlich mit anderen, pädagogischen Problemen zu kämpfen. Zunächst durch die Entfernung jüdischer Lehrer aus dem Schulbetrieb unmittelbar nach dem Anschluß. Denn während des Krieges wechselte die Lehrerschaft stark - infolge der ständigen Einberufungen zum Wehrdienst, wegen der vielen Versetzungen in das steirische Unterland und auf Grund des Lehrermangels an sich.⁷⁹

Nach dem Anschluß bildete das Hochschulinstitut für Leibesübungen in Graz die Zentrale der schulischen Leibeserziehung für die Gaue Steiermark und Kärnten. Untergebracht war es (seit Jänner 1934) an der Neuen Technik, im 4. Stock in der Kopernikusgasse. Ein Turnsaal 12 x 33m stand hier zur Verfügung sowie ein Box- bzw. Fechttraum.

Die Zentralheizung ermöglichte einen ganzjährigen Spielbetrieb, wie ausdrücklich betont wurde. Neben Duschräumen und einem Geschäftsraum verfügte man auch über eine Bibliothek mit 2000 Bänden. Ein kleiner Hörsaal diente dem theoretischen

76 Die Erringung des Titels eines „Deutschen Jugendmeisters“ galt als höchste Auszeichnung für den ganzen Gau. Die jungen Leistungssportler genossen spezielle Privilegien und wurden zu „Aushängeschildern“, wie in Graz Arnulf Pihatsch, der auf Grund seiner Haarlänge allerdings 1 Jahr gesperrt wurde. Baumkirchner, S. 225.

77 Thaller Franz, Leibesübungen und Leibeserziehung im Bildungsgeschehen der Steiermark. In: Sport am Puls der Zeit, Bd.1, Graz 1973, S. 115.

78 Thaller Franz, Das Institut für Leibeserziehung der Universität Graz 1873-1948. In: Sport am Puls der Zeit, Bd.1, Graz 1973, S. 151.

79 Thaller, S. 115f.

Unterricht. Im Dachgeschoß hatte man überdies eine moderne, elektronische Schießstätte eingerichtet (Pflichtausbildung). Die Aufgaben des Hochschulinstituts waren in einer Hochschulordnung festgelegt und umfaßten folgende Aufgabengebiete: 1. Grundausbildung der Studierenden während der ersten drei Semester; 2. Freiwilliger Sportbetrieb der älteren Studenten; 3. Wettkampfwesen der Studenten; 4. Turnlehrerausbildung; 5. Fortbildungslehrgänge. Das Institut war also nicht nur für die Hochschule da, sondern gleichzeitig die Zentrale der schulischen Leibeserziehung überhaupt. Ab Oktober 1940 wurden laufend Lehrgänge durchgeführt, um die gesamte Lehrerschaft für die schulische Leibeserziehung in Steiermark und Kärnten zu erfassen. Institutsleiter war der Grazer Dr. Helfrich, seit 1938 kommissarisch, mit 1. Jänner 1940 offiziell. 35 Turnlehrer und -innen wurden gleichzeitig ausgebildet.⁸⁰ Ab dem Sommersemester 1941 waren so gut wie keine männlichen Hörer mehr anzutreffen. Am 9. April 1945 wurde dieses Gebäude von Bomben getroffen und die sportlichen Einrichtungen nicht wieder instand gesetzt. (Nach Kriegsende wurden einige Räume an der Universität zur Verfügung gestellt, der praktische Unterricht erfolgte in der Landesturnhalle.⁸¹)

Der SA-Mann und die Leibesübungen

In der Phase der NS-Herrschaft waren die Leibesübungen offenbar zu wichtig um sie ausschließlich schwer koordinierbaren und kontrollierbaren Vereinen oder ehrenamtlichen Funktionären zu überlassen.

Was die HJ-Organisationen als Ergänzung

zu den Turn- und Sportvereinen bei der Jugendarbeit darstellten, waren die Wehrsportverbände - allen voran jener der SA - und die Betriebssportgemeinschaften bei der Erwachsenenausbildung.

Bald nach dem Anschluß wurde unter dem Titel „Sport in der SA“ festgehalten: *„Den Wehrformationen sind als ureigenstes Gebiet im sportlichen Leben des deutschen Volkes die Mannschafts- und Wehrwettkämpfe zugewiesen. Die Pflege der Spitzenleistung z.B. oder die Schulung der Repräsentativmannschaften für die internationalen Kämpfe, das ist Sache des Deutschen Reichsbund für Leibesübungen. Der Wille der SA aber steht im Sport anderen Dingen zu, sie will in erster Linie die Ertüchtigung und Förderung der Wehrhaftigkeit der großen Massen ihrer Männer.“*⁸²

Das hier die Grenzen zwischen Einflußbereich der SA und Befugnissen des NSRL nur schwer zu ziehen waren und eine solche Unschärfe von den Machthabern - zur leichteren Manipulation - vermutlich auch gewünscht wurde, blieb vor allem den Turn- und Sportvereinen nicht verborgen. Viele sahen wohl die Gefahr, daß der Sport nun völlig „militarisiert“ werden sollte. Eine gewisse Verunsicherung in Sportlerkreisen muß offen spürbar gewesen sein, denn in den Printmedien wurden diese Sorgen mehrmals angesprochen. In einem Zeitungsartikel mit dem Titel *„Der SA - Mann und die Leibesübungen“* gestand der Autor selbst ein, daß diese Überschrift viele Vereinsführer in Unruhe versetzen könnte, doch betonte er regimetreu, dies sei *„vollständig unbegründet“*.⁸³

Der Reichssportführer erläuterte, daß den NSRL mit der SA mehr Fäden als mit jeder anderen Organisation verbinden. *„einmal*

80 Tagespost, 7. Mai 1941 S. 3.

81 Thaler, Institut für Leibeserziehung, S. 151 ff.

82 Kleine Zeitung, 25. März 1938, S. 13.

83 Tagespost, 2. Februar 1939 S. 8.

*weil die SA Träger und Ausrichter der NS-Kampfspiele ist, darüber hinaus aber vor allem, weil die SA die berufene Organisation für die Erhaltung und Wehrhaftmachung des deutschen Volkes ist“.*⁸⁴

Als weitere Erklärung für die Notwendigkeit des SA-Sportes gab man zu bedenken, daß es Turn- und Sportvereinen bislang nicht gelungen war, den überwiegenden Teil der Bevölkerung für die Leibesübungen zu gewinnen und daher der Führerauftrag vom „Volk in Leibesübungen“ auf diese Weise nicht zu erfüllen war. Trotzdem fühlte man sich auch später immer wieder bemüßigt, diese offensichtliche „Politisierung des Sports“ zu verharmlosen bzw. zu rechtfertigen; Vergleiche mit anderen europäischen Ländern wurden angestrengt und man betonte, daß die SA als Trägerin der vor- und nachmilitärischen Ausbildung für Wehrerziehung und politischen Kampf zuständig sei und der NSRL für die Leibeserziehung⁸⁵ (doch lag diese ja schon zum Großteil in Händen der HJ-Organisationen, so daß realistischerweise nur mehr das Segment „Spitzensport“ über bleiben sollte). Die gängige Parole lautete: „Leibesübungen müssen jedem SA - Mann zur Lebensnotwendigkeit werden“. Der Reichsbund für Leibesübungen und die Gliederungen der Partei sollten sich in freudiger Zusammenarbeit finden. Gemeinsam mußte man ein einziges Ziel verfolgen: „die ewige Erhaltung unseres Volkes“.⁸⁶

Der Führer selbst hatte der SA ein spezielles Sportabzeichen gestiftet. Dieses umfaßte drei Gruppen: 1. Leibesübungen (9 Wochen theoretischer und praktischer

Unterricht, Turnspiele, Gymnastik, Lauf- und Wurfübungen. Die anschließende Leistungsprüfung umfaßte: 100m Lauf, Weitsprung, Kugelstoßen, Keulenweitwurf und 300m Lauf) 2. Wehrsport (Theorie und Praxis im Kleinkaliberschießen) und 3. Geländesport (Ordnungsübungen, Gepäckmärsche, Karten lesen, Schübungen, Geländebeschreibung, Entfernungsschätzen, Tarnen, Meldewesen und Geländeausnutzung). Der Lehrplan sah einen zehnwöchigen Lehrgang mit 126 Übungsstunden vor, wobei davon ausgegangen wurde, daß zweimal die Woche je 3 Stunden (einmal Leibesübungen, einmal Kleinkaliberschießen) und an Sonntagen 6 Stunden (Geländesport) geübt wurde. Am Ende der Ausbildung standen die entsprechenden Prüfungen.⁸⁷

In der Stiftungsurkunde heißt es: „Der neue Staat verlangt ein widerstandsfähiges, hartes Geschlecht. Neben der weltanschaulichen Ausbildung des Geistes muß eine kämpferische Ausbildung des Leibes durch einfache, nützliche und natürliche Körperübungen gefordert werden. Um zu erreichen, daß die Wehrfähigkeit der Träger des SA - Sportabzeichens bis ins hohe Alter erhalten bleibt, ermächtige ich den Stabschef der SA, den weiteren Besitz des SA - Sportabzeichens von der Ableistung bestimmter Wiederholungsübungen abhängig zu machen“.⁸⁸ Ausdrücklich durfte das SA Sportabzeichen auch von Nichtangehörigen der Bewegung erworben und getragen werden, „sofern sie rassistisch und weltanschaulich den nationalsozialistischen Voraussetzungen entsprach“.⁸⁹

Zweifellos war der SA-Sport durchwegs gut

84 Kleine Zeitung, 2. Februar 1939, S. 10. Vor Tschammer und Osten sprach sogar „vom Erstgeburtsrecht der SA“

85 Tagespost, 3. Februar 1939, S. 8.

86 Kleine Zeitung, 5. April 1938, S. 22.

87 Der Sport im Gelände. Das Trainingsbuch für den Erwerb des SA - Sportabzeichens. Berlin, Ausgabe März 1936. Teil II, Beilage

88 Der politische Soldat. Mitteilungsblatt der SA - Gruppe Südmark. In: Tagespost, 12. Jänner 1939, S. 11.

89 Der Sport im Gelände. Teil I, S. 5.

organisiert und auch in der Steiermark sehr aktiv. Der erste Sporttag der SA auf steirischen Boden wurde am 13. Juni 1938 im Kammerstadion in Eggenberg durchgeführt (der veranstaltende Sturmbann II/27 hatte den Sturmbann VI/27 Graz-Geidorf zum Gegner). Die Veranstalter durften sich über regen Besuch und eine auffallend ausführliche Berichterstattung in den Medien freuen.⁹⁰

In weiterer Folge fanden nun zahlreiche, spezielle SA - Wettkämpfe in unterschiedlichen Disziplinen in der ganzen Steiermark statt.

Vom 27. – 29. Jänner 39 wurden z.B. in Aflenz Winterwehrkämpfe der SA Gruppe Südmark und die Gebirgsmeisterschaften der HJ durchgeführt. Rund 2000 Hitler-Jungen und SA-Männer kämpften nicht um Preise, sondern „um die Ehre des Sieges“.⁹¹ Für diese und ähnliche Veranstaltungen wurde reichlich Werbung gemacht, eigene Plakate gedruckt und zahlreiche Zeitungsartikel geschaltet, um auf die Bedeutung dieser „Wehrkämpfe“ zu verweisen. Die Reichswettkämpfe der SA, wie sie im Juli 38 in Berlin stattfanden, zählten zu den größten Sportveranstaltungen der NS Zeit.⁹²

Der deutsche Sport im Krieg

Als 1939 der Krieg ausbrach, gelang es zunächst noch fast reibungslos *„diesen so komplizierten und vielfältig verästelten Organismus in allen Teilen intakt zu halten, daß es möglich war, unsern internationalen Sportverkehr auch im Krieg weiterzuführen“*. Die Sportnachrichten konnten noch

regelmäßig von internationalen Begegnungen (zumindest gegen verbündete Nationen wie Italien oder Ungarn wurden nach wie vor Länderspiele durchgeführt), nationalen Meisterschaften und regionalen Sportveranstaltungen berichten. Man erfreute sich noch an sportlichen Highlights, wie der Tatsache, daß die Grazer Schützen die besten der Ostmark waren.⁹³ Doch mit Fortdauer des Krieges spürte man - an der Peripherie des Reiches vermutlich noch eher - die Einschränkungen, die diese schrecklichen Ereignisse nach und nach mit sich brachten.

Eine der ersten Auswirkungen des Krieges war es, daß die schon liebgegewonnene Tradition der Besuche und Gegenbesuche von Sportlern und Mannschaften aus Deutschland immer seltener wurden. In den Zeitungen suchte man nach anderen Ursachen: *„Wir Grazer hier liegen etwas abseits der großen Sportstraße und vielen der besten deutschen Sportler mag es auch unbekannt sein, was für ein sportfreudiger Menschenschlag hier lebt“*. Auf alle Fälle waren besondere sportliche Leckerbissen, wie das Auftreten des Weltmeisterpaares im Eiskunstlaufen Maxi Herber und Ernst Baier in Graz umso augenfälliger und nachhaltiger. Die Olympiasieger und aktuellen Deutschen Kriegsmeister im Paarlaufen präsentierten sich am 8. und 9. Jänner 1940 im Rahmen des Eröffnungs-Schaulaufens des Postsportvereines am Eislaufplatz bei der Landesturnhalle. Große Tribünen wurden für diesen Zweck aufgestellt. Da es sich um eine Abendveranstaltung handelte, mußten die Organisatoren für die Dauer der Veranstaltung eine „Verdunkelungs-

90 Kleine Zeitung, 13. Juni 1938, S. 12.

91 Das ehemalige Sanatorium „Am Hofacker“ bei Aflenz war von der Wiener Buchkaufmannschaft für die SA Gruppenschule Südmark erworben worden. Hier sollte offenbar die Ausbildung zu „SA Gebirgsjägern“ erfolgen. Der politische Soldat. Mitteilungsblatt der SA - Gruppe Südmark. In: Tagespost, 5. Jänner 1939, S. 11.

92 Kleine Zeitung, 20. Juli 1938, S. 10.

93 Tagespost, 31. Dezember 1939, S. 8.

leichterung“ erwirken (Verdunkelungsbestimmungen waren ebenfalls eine mittlerweile selbstverständlich gewordene Auswirkung des Krieges).⁹⁴

*„Der NSRL und all die Gliederungen und Organisationen, die in der Leibeserziehung einen wichtigen Teil ihrer Ausbildungsarbeit erkannt haben, mußten im Krieg vor allem eine doppelte Aufgabe lösen: die Grundausbildung der breitesten Volksschichten, zumal der Jugend, aufrecht zu erhalten und die Leistungsförderung der Auslese nicht zu versäumen, denn in ihr haben wir das große Werbemittel, haben wir eine der wirkungsvollsten Repräsentationsmöglichkeiten. Dies doppelte Problem ist gemeistert worden“*⁹⁵ So zuversichtlich äußerte man sich noch zu Beginn des Jahres 1941 über die Entwicklung des deutschen Sport im 2. Weltkrieg. Für einen Außenstehenden mag das Sportgeschehen in den Kriegsjahren - auf Grund kriegsbedingter Änderungen der Meisterschaften - aber bereits durchaus verwirrend gewesen sein. Bis Ende März 1940 mußte z.B. die reguläre Fußball - Meisterschaft, trotz ungünstiger Witterung abgeschlossen sein, da bereits im April die deutsche Kriegsmeisterschaft beginnen sollte. Dabei hatten die einzelnen Gauliga-Meister den deutschen Meister zu ermitteln.⁹⁶ Daneben wurden noch der sogenannte Reichsbund - Pokalbewerb und der Tschammer (Reichssportminister) - Pokal im Cupstil ausgetragen.⁹⁷

Im März setzte überdies der Spielbetrieb der Bezirks- und Gauklassen ein. Durch das schlechte Wetter und die oft schneebeding-

ten Absagen kam es zu einem Terminchaos, welches auch durch wiederholte Einschaltungen in den Printmedien kaum verbessert wurde.⁹⁸

In vielen anderen Sportdisziplinen wurden ebenfalls sogenannte „Kriegsmeisterschaften“ durchgeführt, d.h. daß die Wettbewerbe in kürzester Zeit, oft mit wenigen Teilnehmern, ausgetragen wurden.

An der steirischen Kriegsmeisterschaft im Eisschießen 1940 nahmen z.B. 15 Mannschaften und 15 Einzelbewerber - auf dem Teichhof in St. Peter - teil.⁹⁹ *„Großdeutschlands Sport hat im Krieg seine schwerste Kraftprobe glänzend bestanden, das gilt für das Gebiet des ganzen Reiches bis zur südöstlichsten Großstadt Graz. Der Einsatz im Daseinskampf des deutschen Volkes hat auch die Grazer Sportler voll und ganz auf dem Platz gefunden. Wohin wir auf das weite und vielfältige Gebiet des Sports, soweit es sich auf Grazer Sportfeldern oder unter Teilnahme von Grazer Sportlern abspielte, auch sehen, überall hat hoffnungsfrohe Jugend die Lücken ausgefüllt, welche unsere Soldaten zurücklassen mußten“.* Natürlich berichtete die Propagandamaschinerie nach wie vor vom „ungeahnten Aufschwung“, den einzelne Sportarten genommen haben sollen. Leichtathletik, Skilauf und Radfahren wurden als Beispiele für die positive Entwicklung herangezogen. Die Schwimmer hatten, dem hier zitierten Bericht zur Folge, den Ruf von Graz als „Magdeburg der Ostmark“ neu belebt. In der Tat gab es einzelne Leistungen, die diese Behauptungen unterstreichen halfen. Besondere Beachtung erfuhr

94 Tagespost, 7. Jänner 1940, S. 8.

95 Tagespost, 1. Jänner 1941, S. 23.

96 Nach dem neuen Meisterschaftsregelung im KO-System mußte sich der Ostmark - Meister in der Gruppe 1b gegen die Meister von Schlesien und dem Sudetenland durchsetzen. Im Falle des Sieges mußte man dann gegen die anderen Gruppensieger antreten.

97 Tagespost, 1. Jänner 1941, S. 29.

98 Tagespost, 5. Februar 1940, S. 5.

99 Tagespost, 7. Jänner 1940, S. 8.

z.B. die Fußballmannschaft Sturm Graz die 1940 im Tschammerpokal bis in die Schlußrunde vordringen konnte und trotz einer deutlichen Niederlage gegen den 1. FC Nürnberg mit 7000 Besuchern einen neuen Zuschauerrekord für Graz aufstellen konnte.¹⁰⁰

In den Sportspalten der Tageszeitungen häuften sich nun die Nachrichten über sportliche Betätigungen und Wettkämpfe der entsprechenden NS - Spezialorganisationen wie NS - Kraftfahrerkorps (NSKK) oder NS - Fliegerkorps (NSFK). Letztgenannte führten z.B. Gruppenmeisterschaften im Skilauf in der Steiermark durch.¹⁰¹ Hingegen wurden die klassischen Sportberichte zwangsläufig immer seltener. Auch die einst sehr detaillierten und häufigen Sportberichte aus dem Altreich wurden naturgemäß immer weniger, hatte man hier doch ähnliche Probleme traditionelle Sportveranstaltungen und laufende Meisterschaften aufrecht zu erhalten.

Sport wurde in der Kriegszeit aber nicht nur auf Vereinesebene und innerhalb der „Organisationen“ wie SA und HJ weiter betrieben. Gefördert wurden nach wie vor die sogenannten „Betriebssportgemeinschaften“. Die Gausportabteilung der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ gab am Jahresanfang 1941 einen „aufschlußreichen Überblick über das im Kriegsjahr 1940 auf dem Gebiet des Betriebssportes Geleistete“. Obwohl man zugeben mußte einen Mangel an Führungskräften zu bemerken, hatten im Gau Steiermark 255 Betriebssportgemeinschaften, die bei einer Besucherzahl von 220.327 Volksgenossen 12.911 Übungs-

stunden durchführten. Außerdem gab es noch im Gau 154 Sportarbeitsgemeinschaften, die in 2158 Übungsstunden 28.705 Teilnehmer schulten.

Die einzelnen Wettkampfgruppen der Betriebe beteiligten sich an 625 Wettspielen mit insgesamt 9259 „Volksgenossen“. Allein am Waldlauf der Betriebe nahmen über 3500 Berufstätige teil. Beim Wintersporttag der Betriebe waren fast 300 Betriebe mit über 5500 Teilnehmern vertreten. Als größte Veranstaltung dieser Art galt der „Sommersporttag der Betriebe“ bei dem 1940 mehr als 22.000 Teilnehmer dabei gewesen sein sollen.¹⁰²

Um den noch immer gültigen Befehl des Führers vom „Volk in Leibesübungen“ zu entsprechen wurden auch während des Krieges sogenannte „Volksskitage“ durchgeführt. Dabei handelte es sich um eine Gemeinschaftsveranstaltung für alle Volksgenossen bis zu sechzig Jahren! „*Es soll für den Gedanken „ein Volk in Leibesübungen“ werben und damit eine Massendemonstration der Einheit, der Kraft und der Lebensfreude des deutschen Volkes werden*“.¹⁰³

Einige Tage später konnte man von einem „durchschlagenden Erfolg des Volksskitages - Massenbeteiligung“ berichten.

In Graz war übrigens von der Kreisleitung Graz-Stadt der NSDAP ein geeigneter Hang bei der Andritzer Schießstätte ausgewählt worden; mit der Durchführung der Veranstaltung wurde der NSRL beauftragt.¹⁰⁴

Hatte man in den Jahren zuvor die Bevölkerung also noch zum Skilauf animiert, wurde während des Rußlandfeldzuges an alle Sportler appelliert die verfügbaren Ski an die Armee abzuliefern, es war eine

100 Tagespost, 1. Jänner 1941, S. 29. Nach Siegen über den GAK, WAG und Admira schloß man in der vierten Pokalrunde deutlich mit 6:1 gegen den 1. FC Nürnberg. Im folgenden Jahr spielte Sturm übrigens erstmals in der „Gauliga Ostmark“, vorvor aber bereits in der ersten Runde wegen kriegsbedingten Spielermangels. Schupp, S. 14.

101 Tagespost, 6. Jänner 1941, S. 5.

102 Tagespost, 4. Jänner 1941, S. 7.

103 Tagespost, 4. Jänner 1941, S. 7.

104 Tagespost, 6. Jänner 1941, S. 5.

Ausnahme, daß es steirischen HJ- Einheiten gelang ein stattliches Kontingent einzubehalten.¹⁰⁵

Vielfach wurden Sportveranstaltungen in die Abendstunden verlegt u.a. um etwas mehr Publikumszuspruch zu erhalten und weil viele Aktive schulisch oder beruflich tagsüber gebunden waren. Der Krieg zwang aber bald zu immer weiteren Einschränkungen am Sportsektor. So durften die Radfahrer beispielsweise (vermutlich schon seit 1940) keine Quersfeldein - Rennen im Kriege durchführen, da man befürchtete, daß diese Art Rennen im unwegigen Gelände zu große Anforderungen an das Material stellen könnten und so wichtiges „Volkseigentum“ vernichtet würde „... denn die Räder müssen als wichtiges Gemeingut der Volkswirtschaft nach besten Kräften geschont werden“. Ebenso mußte im Automobilsport aus Gründen der Materialschonung auf die Geländefahrten verzichtet werden.¹⁰⁶ 1944 mußte dann im Auto- und Motorradsport kriegsbedingt ein völliger Stillstand eintreten.¹⁰⁷

Andere Sportarten blieben von diesen kriegsbedingten Einschränkungen verschont zum Beispiel „der“ Wintersport von Graz, als solchen durfte man, sowohl vor als auch während des Krieges, das Eislaufen bezeichnen. Häufig sind die Nachrichten von großen „Schaulaufen auf dem Hilmteich“, aber auch andere Eislaufplätze, wie jener bei der Landesturnhalle, wurden dazu genutzt. Vorwiegend sonntags, oft vormittags und abends, waren es zumeist „jugendliche Kömmer“ des Grazer Eislaufvereines oder des GAKs, die in einem bunten Programm (mit musikalischer Begleitung) ein oft zahlreich erschienenenes Publikum

verwöhnten. Hier stand aber nicht mehr der sportliche Gehalt des Dargebotenen im Vordergrund, sondern der Unterhaltungswert. Sport hatte nun auch offiziell die Aufgabe „*Millionen Freude und Kraft, Erholung und Entspannung*“ zu vermitteln.¹⁰⁸ In einer Zeit, die mehr und mehr von Sorgen und Ängsten bestimmt wurde, sollten diese Funktionen der Leibesübungen immer wichtiger werden. Aber noch eine weitere Bedeutung der körperlichen Ertüchtigung wurde immer mehr hervorgehoben, je unbedeutender der Leistungssport - Aspekt wurde: „*Sport ist die Medizin. Leibesübungen als Förderer des Leistungsvermögens*“!

Das hier angesprochene Leistungsvermögen wurde aber in einem militärischen Sinne verstanden: „*Unter den jetzt gegebenen Umständen und im Rahmen der totalen Kriegführung ist die Aufgabe der Leibesübungen den Gesundheitszustand, das Leistungsvermögen und die Wehrkraft zu fördern. ... Jede Art der Leibesübungen, auch solche in der einfachsten Form, ist im Zeichen des totalen Kriegseinsatzes von unschätzbarem Wert, sei es ein Tummelspiel oder eine leichte Gymnastik, oder auch eine Wanderung oder ein Marsch, ein erfrischendes Bad nicht zu vergessen.*“¹⁰⁹ Man versuchte der allgemeinen Notsituation noch durchaus positive Aspekte abzugewinnen und bediente sich dazu gewagter Vergleiche aus der Sportwelt: „*Die Erfahrungen der Kriegsjahre decken sich dabei mit den Grundsätzen, die auf dem gesamten Gebiet des Sports schon immer richtunggebend für die Erhaltung und Verbesserung des Leistungsvermögens waren. Schlemmerei ist kraft ausgedrückt, niemals der*

¹⁰⁵ Baumkirchner, S. 225.

¹⁰⁶ Tagespost, 4. Jänner 1941, S. 7.

¹⁰⁷ Kleine Zeitung, 31. Dezember 1944, S. 8.

¹⁰⁸ Kleine Zeitung, 31. Dezember 1944, S. 6.

¹⁰⁹ Kleine Zeitung, 20. Oktober 1944, S. 6.

*Gesundheitsführung zuträglich gewesen. Dagegen hat es sich im Kampf um sportliche Leistungen stets erwiesen, daß ein anspruchloses Leben eine Voraussetzung für den Erfolg war.*¹¹⁰

In den letzten beiden Kriegsjahren wurden die fehlenden Sportberichte immer mehr durch Hinweise auf Ehrungen (Ritterkreuz für Sportler)¹¹¹ und Verlustmeldungen ersetzt. Fand sich einmal eine internationale Sportmeldung darunter, so stach diese geradezu ins Auge.¹¹² Umso bemerkenswerter war es nun, wenn eine traditionelle Sportveranstaltung durchgeführt werden konnte, wie das Hans Rinner - Gedenkrennen der Radfahrer von Gratkorn nach Frohnleiten (30 km, Sieger Roßmann in 53:15,2 Minuten).¹¹³

„Die Proklamtion des totalen Krieges, die erweiterte Frauenarbeitspflicht, die Aufstellung des Volkssturms und des Wehrmachthelferinnenkorps hatten einschneidende Maßnahmen und Einschränkungen auch im Raum des deutschen Sports zur Folge“ - als Kennzeichen dieser Entwicklung wurden u.a. angeführt: Vereinfachungsmaßnahmen in der Verwaltung, Verzicht auf Wettkämpfe in der Reichsstufe, Abbau großer Veranstaltungen usw. - doch war dies nur ein Eingeständnis von Zuständen, die schon längst im ganzen Reich herrschten. Was vom „Volk in Leibesübungen“ blieb, waren die obligaten Durchhalteparolen: *„Durch das „Volksopfer“ wird das deutsche Volk seine moralische Überlegenheit erneut beweisen“*.¹¹⁴

In der Tat wurde es immer unmöglicher einen Spielbetrieb aufrecht zu erhalten. Nicht nur, weil alle wehrfähigen Männer an der Front waren und auch die Jugendlichen vermehrt zum Volkssturm eingezogen wurden, sondern auch weil viele Sportanlagen bereits zerstört waren (z.B. hatten Fliegerbomben am 19. März 1944 die legendäre „Gruabn“ getroffen).

In Ermangelung kompletter Vereins- und Klubmannschaften begnügte man sich nun mit Spielen bunt zusammengewürfelter Mannschaften und führte Wettspiele wie Murtal gegen Mürtal oder Graz Nord gegen Graz Süd durch. Bei der letzten genannten Veranstaltung wurden immerhin 1000 Besucher gezählt, die Einnahmen kamen Kriegs WHW zugute.¹¹⁵

„Was brachte das Sportjahr 1944? Der Sport hat seine Aufgabe erfüllt... Nirgendwo hat sich der Sport unterkriegen lassen und stets ist auch das sportliche Leben schnell wieder in Gang gekommen“. So leitete man auch am Jahresende 1944 die übliche sportliche Jahresbilanz ein. Doch mangelte es an bemerkenswerten Höchstleistungen. Darum verkündete die Propagandamaschinerie, es gehe nicht mehr *„um Zehntelsekunden, sondern um die Wehrbereitschaft und Wehrkraft“*.¹¹⁶

Die längst wieder zu kleinen Rubriken verkommenen Nachrichten unter dem Titel „Sport und Leibesübungen“ beinhalten in den letzten Kriegstagen zumeist nur noch allgemeine Aufrufe und Parolen. Der mit der Führung der Geschäfte des Reichssportführer beauftragte Dr. von

110 Kleine Zeitung, 20. Oktober 1944, S. 8.

111 vgl. u.a. Kleine Zeitung, 2. Jänner 1945, S. 11.

112 vgl. u.a. Kleine Zeitung, 8. September 1944, S. 6. In Argentinien wurde Boca Juniors Meister durch einen 1:0 Sieg über River Plate, vor 90.000 Zuschauer.

113 Kleine Zeitung, 12. September 1944, S. 7.

114 Kleine Zeitung, 16. Jänner 1945, S. 7.

115 Kleine Zeitung, 24. Oktober 1944, S. 7.

116 Kleine Zeitung, 31. Dezember 1944, S. 6.

Halt fordert beispielsweise alle Turner und Sportler auf „ein wirkliches Opfer“ zu bringen und bei Materialsammlungen für die Ausrüstung der Wehrmacht und den Volkssturm behilflich zu sein.¹¹⁷ Dies mußte in den Ohren vieler die bereits so viel geopfert hatten wie ein Hohn klingen!

Der Neubeginn

Kapitulation, Kriegsende, Flüchtlingsströme, einmarschierende Russen, Britische Besatzung, Aufräumungsarbeiten - man hatte in den ersten Nachkriegstagen auch in Graz wahrlich andere Sorgen als Sport und Leibesübungen. Doch erstaunlich bald versuchte man mittels erster sportlicher Aktivitäten wieder zu einem „normalen Alltagsleben“ überzugehen. So wurde bereits in den ersten Junitagen ein Fußballturnier um einen „Befreiungspokal“ durchgeführt, welches der SK Sturm für sich entscheiden konnte.¹¹⁸

Viele Vereine hatten aber Probleme ihren Spielbetrieb wieder aufzunehmen. Nicht nur weil viele Spieler auf dem Schlachtfeld zurückgeblieben waren oder sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden, sondern auch weil ihnen teilweise von der Landesregierung die Spielerlaubnis nicht erteilt wurde. So hatte beispielsweise der GAK seit dem Anschluß 1938 einen „Arierparagrafen“ in seinen Vereinsstatuten, was den demokratischen Vorstellungen der Zweiten Republik eindeutig widersprach. Die Handballsektion des GAK mußte daher in den ersten Monaten unter dem Decknamen „HC Grün“ agieren, bis die politische Sperre wieder aufgehoben wurde.¹¹⁹

Die bekannt sportbegeisterten Briten als Besatzungsmacht waren für die Steiermark

und Graz in dieser Hinsicht sicherlich kein Nachteil, im Gegenteil. Die Briten waren sowohl durch die zur Verfügung Stellung von Spielutensilien (wie Lederbälle, Dressen usw.) als auch bei der Organisation von größeren Sportveranstaltungen, wie beim Schaulaufen der Wiener Eisrevue auf dem Hilmteich, beim Wiederaufbau der „Sportstadt Graz“ behilflich. Welche Auswirkungen die britische Besatzungszeit auf den Bereich Sport und Leibesübungen aber im Einzelnen hatte, wäre erst in einer eigenen Untersuchung zu hinterfragen. Tatsache ist, daß bereits im Jahre 1946 in sehr vielen Sportdisziplinen wieder Meisterschaften auf Stadt- und Landesebene durchgeführt werden konnten. Durch die Aufteilung Österreichs in unterschiedlichen Besatzungszonen sollte es aber noch einige Zeit dauern bis auch nationale Meisterschaften wieder möglich waren.

¹¹⁷ Kleine Zeitung, 12. Jänner 1946, S. 7.

¹¹⁸ Schaupp, S. 14.

¹¹⁹ Schaupp, S. 53.

Schuld und Sühne?

Der Prozeß gegen den Chef der Gendarmerie von Černigov von 1941-1943: Karl Ortner

Die NS-Herrschaft in Graz war am Morgen des 9. Mai 1945 durch die Besetzung der Stadt durch sowjetische Truppen der 3. Ukrainischen Front und die tags zuvor erfolgte Einrichtung von provisorischen demokratischen Regierungen im Land und in der Stadt beendet worden. Bereits Tage vor dem sowjetischen Einmarsch hatte - trotz laufender Durchhalteparolen der NS-Führung - eine massive Absatz- und Fluchtbewegung aus der Stadt eingesetzt: Frauen, Kinder und ältere Menschen versuchten besonders in Gebieten der Obersteiermark und an der Grenze zu Kärnten in Ausweichquartieren Zuflucht und Schutz vor alliierten Luft- und Tieffliegerangriffen, aber auch vor dem zu erwartenden Einrücken sowjetischer Soldaten zu finden. Unter den Flüchtigen waren nicht nur viele NS-Parteigänger, NS-Funktionäre, Polizisten und Gendarmen, sondern in der unmittelbaren Schlußphase des Krieges auch Gauleiter Überreither und sein Stellvertreter Portschy sowie ranghohe NS-Funktionäre der Stadt.

Gleichzeitig hatten Sozialdemokraten, ehemalige Christlichsoziale und Vaterländische unter größter Gefahr erste getrennte Treffen und Besprechungen für eine Übernahme der Macht im Land und in der Stadt abgehalten. Die Christlichsozialen zunächst noch etwas zögerlich, weil Alt-Landeshauptmann Dienstleder krank im Spital lag und kaum andere Führungspersönlichkeiten

in der Stadt waren. Zu den verschiedenen Widerstandsgruppen und antifaschistischen Befreiungsorganisationen hatten Sozialdemokraten (vor allem Machold, Rückl, Rosenwirth) und Christlichsoziale (vor allem Dienstleder und Kober) keinen Kontakt, sodaß man bestrebt war, die neuen provisorischen Regierungen in der Stadt und im Land Steiermark mit Vertretern der wieder gegründeten Parteien aus der Ersten Republik zu besetzen. Gleichzeitig wollte man damit ein deutliches Signal zur Überwindung der tiefen Gräben der Ersten Republik setzen, sodaß sich etwa der Sozialdemokrat Machold ausdrücklich für den schwerkranken Christlichsozialen Dienstleder (jetzt ÖVP) einsetzte. Dienstleder war vor 1934 der letzte demokratisch gewählte Landeshauptmann des Landes gewesen.

Unter den wenigen, in der Stadt verbliebenen höheren Beamten, ehemaligen NS-Funktionären und Exekutivorganen soll hier besonders auf den Grazer Gendarmerieoffizier Oberstleutnant Karl Ortner eingegangen werden. Er war nach der allgemeinen Absatzbewegung der NS-Funktionärschicht und auch führender Grazer bzw. steirischer Gendarmerieoffiziere, wie Arthur Klein, am 7. Mai 1945 auf seinem Posten verblieben. Tags darauf, am 8. Mai 1945, hatte NS-Gauhauptmann Armin Dadiou nach dem Rücktritt Überreithers in einer Radiorede alle staatlichen Dienststellen

¹ Zum folgenden vgl. im Überblick vor allem das Kapitel zum Kriegsende in meinem Buch: Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945, 3. Auflage, Graz 1994, sowie die verschiedenen Beiträge des Jahrbuches der Stadt Graz 1995 (Graz 1945).

ersucht, auf ihren Posten zu verbleiben „und dafür zu sorgen, daß das zivile Leben ungestört weiterläuft“. Gleichzeitig entthob er alle NS-Kreis- und Ortsgruppenleiter ihrer Funktionen. Zum kommissarischen Leiter der Ordnungspolizei betimmte Dadiou per Radio Oberregierungsrat Dr. Paul Tollowitz und unterstellte ihm den „Volkssturm“ als Hilfspolizei. Gleichzeitig löste Dadiou den SD und die Gestapo auf.

Kurz nach der Radiorede übergab Dadiou am 8. Mai 1945 die Amtsgeschäfte der Landesregierung und Verwaltung an die Repräsentanten der demokratischen Parteien unter Reinhard Machold und Alois Dienstleder, NS-Oberbürgermeister Kaspar übergab die Stadtverwaltung an Engelbert Rückl. Wenige Stunden später, in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945, begann die kampflose Besetzung der Stadt durch Einheiten der 3.Ukrainischen Front. Am Morgen des 9. Mai war Graz sowjetisch besetzt.

Die demokratischen Kräfte gruppierten sich einerseits um die Sozialdemokraten Reinhard Machold, Engelbert Rückl und den eben erst einer NS-Todeszelle entkommenen Hauptmann Alois Rosenwirth² sowie andererseits um den Christlichsozialen Alois Dienstleder sowie den zufällig ebenfalls in der Stadt anwesenden jungen Karl Kober. Diese Gruppe war es im wesentlichen auch, die am 8. Mai 1945 im Grazer Rathaus die „Macht“ von Oberbürgermeister Kaspar und Gauhauptmann Dadiou übernommen hatte.³ Machold wurde provi-

sorischer Landeshauptmann, Dienstleder sein Stellvertreter, Rückl wurde Grazer Bürgermeister und Rosenwirth Sicherheitsdirektor von Steiermark.

Gleichzeitig mit der politischen Neuorganisation mußten auch die Sicherheits- und Exekutivorgane neu besetzt werden. So bestellte noch am 8. Mai 1945 Sicherheitsdirektor Rosenwirth Gendarmerie-Oberstleutnant Karl Ortner zum „provisorischen Kommandanten der Gendarmerie Steiermark“, obwohl Rosenwirth als ehemaliger Schutzbundführer und Sozialdemokrat in den Dreißiger Jahren ein politischer Gegner des „vaterländischen“ Gendarmerieoffiziers Ortner gewesen war.⁴

Eine Woche später, am 16. Mai 1945, wurde Ortner, wie noch auszuführen sein wird, von sowjetischen Einheiten in Graz verhaftet. Vorsprachen und Anträge bei der sowjetischen Stadtkommandantur nützten nichts. Rosenwirth etwa begründete sein Ersuchen um die Freilassung Ortners damit, den Gendarmerieoffizier persönlich durch viele Jahre zu kennen und zu wissen, daß sich dieser „nie faschistisch, sondern antifaschistisch betätigt“ habe. Er verwies in diesem Zusammenhang auf Maßregelungen Ortners durch Gauleiter Uiberreither sowie auf das, Rosenwirths Wissens nach, ehrenhafte Verhalten Ortners als zeitweiliger Gendarmeriechef im ukrainischen Černigov. Ortner wurde, wie aus den sowjetischen Akten hervorgeht, nach einem sowjetischen Militärprozeß, am 29. September 1946 in der ukrainischen Stadt Černigov hingerichtet.

2 Rosenwirth war während der Ersten Republik u.a. steirischer Schutzbundführer gewesen und hatte 1945 ein Landtagsmandat der SPÖ angenommen. 1943 bekleidete er auch die Funktion eines Polizeipräsidenten von Graz.

3 Kaspar war kurze Zeit später ermordet in einem Wald bei St. Veit, nördlich von Graz aufgefunden worden; Dadiou versteckte sich in den folgenden Monaten in der Stadt.

4 Sicherheitsdirektion Steiermark, Graz, Schreiben Rosenwirths an den Lagerköt, Der Roter Armee in Bad F. Schiau bei Wr. Neustadt, v. 17.7.1945.

5 Eine Mitgliedschaft Ortners bei der Christlichsozialen Partei ist nicht nachweisbar. Wohl war Ortner Mitglied der Vaterländischen Front; Freundl, Auskunft von Hofrat Dr. Gerold Ortner.

Begründung des Todesurteils: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, obwohl ihm während des Prozesses eine persönliche Beteiligung an Verbrechen nicht nachgewiesen werden konnte. Ein Antrag auf Rehabilitation Ortner's durch die ukrainischen Behörden wurde gestellt.⁶

Deportierte, Lager, Gefängnisse und die sowjetische Nachkriegsjustiz

Karl Ortner war eines der zahlreichen Opfer sowjetischer Verhaftungen und Deportation aus der Steiermark, die zu Ostern 1945, nach der sukzessiven Besetzung von Teilen der Oststeiermark durch Truppen der 3. Ukrainischen Front, von sowjetischen Spezialorganen durchgeführt wurden. Viele von ihnen wurden aus verschiedenen Gründen zu Haft- und Lagerstrafen verurteilt, manche nach einigen Tagen wieder freigelassen, andere ohne Gerichtsurteil zu Arbeitseinsätzen in die Sowjetunion deportiert. Von anderen verliert sich bis heute jede Spur kurz nach ihrer Verhaftung, sie dürften ohne Urteil umgebracht worden sein. Zu den wichtigsten Gruppen auch der aus der Steiermark in die Sowjetunion verbrachten Personen zählten ehemalige Soldaten der Deutschen Wehrmacht, denen Menschenrechtsverbrechen während des

Krieges zur Last gelegt wurden. „Volksdeutsche“, Nicht-Kombattanten der Wehrmacht (Geistliche, Rot-Kreuz-Schwester, Dolmetscher), Zivilisten (unter dem Vorwurf der Spionage oder „Werwolf“-Tätigkeit) sowie Techniker und Ingenieure, die man mitunter zum Wiederaufbau der Sowjetwirtschaft benötigte.

Sie alle fanden sich, je nach Gefangenenkategorie, in den sowjetischen NKVD-Lagern⁷ des GULAG⁸ und der GUPVI⁹, in Gefängnissen oder in Arbeitsbataillonen wieder. Denn Verurteilte (Inländer und Ausländer, darunter auch die aus der Steiermark verschleppten Personen) waren in der Sowjetunion generell in die NKVD-Lager des GULAG sowie in andere Haftanstalten, wie Gefängnisse oder „Politisolatoren“ (Hochsicherheitsgefängnisse ohne Kontaktmöglichkeiten zur Außenwelt) der Staatssicherheit (NKGB/MGB/KGB) und der Justiz- und Gefängnisverwaltungen eingewiesen worden. Die GULAG-Verwaltung verfügte über rund 8.000 Lager, Teillager, Kolonien, Sonderlager und lagerähnliche Einrichtungen mit rund 20 Millionen Häftlingen. Das Gros der aus der Steiermark Deportierten, die von sowjetischen Gerichten verurteilt wurden, verbrachten ihre Haft im GULAG (vor allem in Vorkuta, Kolyma, Pot'ma oder in Kemerovo), Nicht-

6 Die Antragstellung erfolgte vom I. Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Graz-Wien-Klagenfurt, über das österreichische Außenministerium an die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation, die den Antrag an die ukrainischen Stellen weiterleitete.

7 NKVD (lies: "NKWD") = Narodnyj komissariat vnutrennyh del SSSR (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten der UdSSR), ab März 1946 MVD = Ministerstvo vnutrennyh del SSSR (Ministerium für Innere Angelegenheiten der UdSSR). Die Schreibweise der russischen Namen und Termini erfolgt generell in der wissenschaftlich/slawischen Umschrift. Demgemäß sind hier Begriffe und Namen wie etwa "NKWD", "Krim", "Donez" oder auch "Chruschtschow" als "NKVD", "Krym", "Donec" bzw. "Chrusčëv" wiedergegeben. Buchtitel bzw. bibliographische Angaben bleiben davon ausgenommen.

8 GULAG = Glavnoe upravlenie ispravitel'no-trudovyh lagerej NKVD (Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager des NKVD). - Vgl. dazu insbesondere Alexander Solzhenizyn, *Der Archipel GULAG*, Bd. 1, Bern 1974 (=Solzhenizyn, *GULAG II*); Jacques Rossi, *Spravočnik po GULAGU*, 2 Bände, Moskau 1991. (= Rossi, *GULAG*).

9 GUPVI = Glavnoe upravlenie po delam voennoplennnyh i internirovannyh NKVD (Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte des NKVD). Vgl. dazu erstmals umfassend Stefan Karner, *Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion 1941-1956*, St. Karner (Hg.), *Kriegsfolgen-Forschung*, Bd. 1, Wien - München 1995 (=Karner, *GUPVI*); ders. (Hg.), *„Gefangen in Rußland“*, Die Beiträge des Symposiums auf der Schallaburg 1995, St. Karner (Hg.), Veröf. d. I. Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Bd. 1, Graz-Wien 1996.

verurteilte, vor allem „Volksdeutsche“, Frauen, oft Kinder, kamen in die GUPVI-Lager und Arbeitsbataillone.¹⁰

Zusätzlich wurden Verurteilte oder in Untersuchungshaft festgehaltene Personen in Durchgangsgefängnisse der Staatssicherheit (MGB), militärischer Truppenteile oder der Sonderabwehrbehörde SMERS¹¹ sowie in stationäre Gefängnisse verbracht, zu deren bekanntesten der „Politisolator“ in Vladimir¹², etwa 250 km nordöstlich von Moskau (bis Mitte der fünfziger Jahre saßen hier u.a. kriegsgefangene deutsche und österreichische Generäle und Ausländer, wie Janos Kadar oder die österreichische Spitzenbeamtin Margarethe Ottlinger¹³ ein), die Butyrka¹⁴, das größte Gefängnis in Moskau, Lefortovo, das Moskauer Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheitsorgane seit den zwanziger Jahren (1974 war auch Solženicyn einige Tage in Lefortovo¹⁵) und die Lubjanka¹⁶, das zentrale Gebäude der sowjetischen Staatssicherheit, mitten in Moskau mit ihrem „Inneren Gefängnis“, das über 115 Zellen für ca. 200 bis 500 Untersuchungshäftlinge verfügte, zählten. Zu den häufigsten Gefängnis-

stationen von Deportierten aus der Steiermark gehörten Graz, Baden bei Wien, Neunkirchen, Ödenburg/Sopron, Lemberg/Lviv, Craiova, Temesvar und Foksany.

Die generell wichtigste Basis der Strafverfahren in der Sowjetunion war seit 1926

- das Strafgesetzbuch der RSFSR.¹⁷ Vor allem in seinem Artikel 58 verfügte es über ein gegen politische, ideologische oder innerparteiliche Gegner fast jederzeit einsetzbares Instrumentarium. Wurden Österreicher nach dem Artikel 58 verurteilt, so kamen meist die Paragraphen 6 (Spionage) und 4 (Unterstützung der Weltbourgeoisie) zur Anwendung.

Zusätzlich wurden noch zwei Sondererlässe verhängt, die die normative Basis der Aburteilung von Kriegsverbrechern bildeten:

- Mit einem Geheimerlaß vom 19. April 1943 („Ukaz 43“) verfügte das Präsidium des Obersten Sowjet entsprechende „Strafmaßnahmen gegen deutschfaschistische Verbrecher, die sich der Ermordung und Folterung sowjetischer Zivilpersonen und gefangener Rot-

10. Dazu vgl. vor allem Stefan Karner, Ein Lagervergleich in totalitären Systemen. Pilotstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Innere Angelegenheiten, Graz 1996 sowie Karner, GUPVI.

11. SMERS (Akronym: „Tod den Spionen“) war zwischen 1943 und 1948 die sowjetische Sonder-Abwehrbehörde. SMERS wurde mit seinen Sonderabteilungen vom Innenminister im NKWD abgetrennt und direkt Stalin als Vorsitzendem des Staatskomitees für Verteidigung (GOKO) unterstellt. Leiter der SMERS war V. Anakumov, der von 1948 bis 1952 Minister für Staatssicherheit (MGB) war und unter Chruščev verurteilt und erschossen wurde. SMERS beschäftigte sich neben der „Beobachtung“ der rückzuführender Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, vor allem mit der „Entlarvung ausländischer Spione“. 1946 wurde die SMERS von der 3. Verwaltung des MGB übernommen. Vgl. dazu u.a.: Christopher Andrew - Oleg Gordiewsky, KGB. Die Geschichte seiner Auslandoperationen von Lenin bis Gorbatschow, München 1990 (= Andrew - Gordiewsky), S. 438ff.; Rossi, GULAG, S. 364. Vor Pavel Poljan ist in Kürze eine umfangreiche Abhandlung zur Repatriierung der sowjetischen Kriegsgefangenen nach 1945 zu erwarten. Sie erscheint als Band 2 in der von Stefan Karner herausgegebenen Reihe „Kriegsfolgen-Forschung“, Wien/München 1998.

12. Rossi, GULAG, Bd.1, S. 53.

13. Vgl. dazu die Edition ihres von der sowjetischen Staatssicherheit geführten Personalakts: Stefan Karner (Hg.), Geheime Akten des KGB. Margarita Ottlinger. Graz 1992.

14. Rossi, GULAG, Bd.1, S. 44.

15. Rossi, GULAG, S. 188ff.

16. Rossi, GULAG, S. 193f.

17. Ugolovnyj kodeks RSFSR, Moskau 1926. Der Kodex wurde zwar noch während der Stalinzeit mehrfach verändert, blieb jedoch in seinen politischen Artikeln im Wesentlichen unverändert. - RSFSR = Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik, 1922-1991, heute im Wesentlichen das Gebiet der Russischen Föderation.

armisten schuldig gemacht hatten [...]“¹⁸. Mit diesem Erlaß wurde die Hinrichtung durch den Strang als Höchststrafe gesetzlich verankert.

Das Gesetz Nr. 10 des Alliierten Kontrollrates in Deutschland vom 20. Dezember 1945, das - bezugnehmend auf die Moskauer Deklaration der alliierten Außenminister vom Oktober 1943 - die Bestrafung von Personen vorsah, „die sich der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen den Frieden und die Menschheit“ schuldig gemacht hatten. Die Formulierungen des Gesetzes konnten und wurden derart unpräzise ausgelegt, daß keine genaue Grenze sichtbar wurde zwischen den Maßnahmen des deutschen Okkupators zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und dem verbrecherischen Vorgehen gegen vorgebliche sowjetische Partisanen, andere Greuelthaten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Nach dem Strafgesetzbuch der RSFSR wurden in der Regel eher Mitglieder der deutschen Abwehr, der SS, der GESTAPO und des Sicherheitsdienstes, nach 1945 in die Sowjetunion Verschleppte, österreichische Zivilisten, die als Nicht-Kombattanten in sowjetische Hand geraten waren sowie Ingenieure, Techniker und NS-Beamte verurteilt. Nach dem „Ukaz 43“ und dem Gesetz Nr. 10 verurteilten die sowjetischen Gerichte vor allem ehemalige Soldaten und Offiziere der Deutschen Wehrmacht, Mitglieder der SS (einschließlich der Waffen

SS), des SD, der GESTAPO, der Polizei und Gendarmerie (wie etwa Karl Ortner) sowie von „Sondereinheiten“.

Um begangene NS-Verbrechen auf dem Gebiet der Sowjetunion auflisten, darstellen und argumentieren zu können, wurde 1942 ein weitverzweigtes und mächtiges politisches Organ gegründet: Die „Staatliche Kommission zur Feststellung und Untersuchung von Verbrechen und Schäden, die vom deutsch-faschistischen Okkupator und seinen Mittätern den Bürgern, Kolchosen, öffentlichen Organisationen, Staatsunternehmen und Einrichtungen der UdSSR zugefügt wurden“ (ČGK).¹⁹ Für die Kommission arbeiteten bis 1946 hunderttausende Mitarbeiter, Helfer und Zeugen. Ihre wichtigste Aufgabe bestand darin, möglichst viele „Beweise“ von Verbrechen und Übeltaten des NS-Okkupators aufzuspüren, eine gewaltige Sammlung dazu anzulegen, Zeugen ausfindig zu machen und für ihre Aussagen zu unterweisen. Die ČGK initiierte auch den „Ukaz 43“. Für den Prozeß gegen Ortner spürte sie einen Teil der Zeugen auf und erarbeitete belastendes Material.

Seit dem 29. März 1945 hatten sowjetische Sondereinheiten und Geheimdienstorgane²⁰ hinter der Hauptkampflinie des sowjetischen Vormarsches in Österreich und der Oststeiermark mit Verhaftungen und Verschleppungen in die UdSSR begonnen. Frühere Polizei-, Abwehr- und SD-

18 Vgl. Karner, GUPVI, S. 172. Unit: Günther Wagenlehner (Hg.), *Stains Willkürjustiz gegen die deutschen Kriegsgefangenen*, Bonn 1993, S. 44f. Gleichzeitig wurde damit die legitime Basis zur Verfolgung und Aburteilung „sowjetischer Spione und Vaterlandsverräter“ gelegt, womit die sowjetischen Repatrianten nach 1945, die den NS-Kriegsgefangenenlagern und KZs entkommen waren, „als Vaterlandsverräter“ verurteilt wurden. Zu diesem äußerst diffizilen und unvorstellbar grausamen Kapitel der sowjetischen Nachkriegsgeschichte hat Paweł Poljan eine Arbeit in Vorbereitung, die als Band 2 der Reihe „Kriegsfolgen-Forschung“ 1998 erscheinen soll.

19 ČGK = Črezvyčajnaja gosudarstvennaja komissija. Über die ČGK bereite ich eine Darstellung auf Basis des konträren Aktenbestandes der Kommission vor.

20 Vgl. dazu auch: Siegfried Beer, *Die Geheimdienste im besetzten Österreich*, in: G. Jagschitz - St. Karner (Hg.), *Menschen nach dem Krieg - Schicksale 1945-1955*, Beitragsband zur Ausstellung des Landes Niederösterreich auf der Schallaburg, Wien 1995, S. 43f.

Mitarbeiter auf dem besetzten sowjetischen Gebiet, Kriegsverbrecher, ehemalige NS-Funktionäre, vermeintliche Angehörige von "Werwolf"-Einheiten, vermeintliche Gegner der sowjetischen Besatzer, ehemalige sowjetische Emigranten, Mitglieder von Vlassow- und Kosaken-Einheiten gehörten zu den Zielgruppen der sowjetischen Spezialeinheiten, der Roten Armee und anderer Einrichtungen. Dazu kamen Verschleppungen von Zivilisten, oft aufgrund von Denunzierungen von Nachbarn, eigenen Familienmitgliedern und politischen Gegnern, („Volks“)Deutsche, die beginnende Zusammenbringung und Rückführung von sowjetischen Kriegsgefangenen und „Ostarbeitern“, die ebenfalls von den sowjetischen Sicherheitsorganen mitbetreut wurde.

Was die Verhaftungen und Deportationen durch sowjetische Organe zwischen 1945 und 1955, vor allem aus Wien, Niederösterreich, der Steiermark und dem Burgenland und ihre nachfolgend oft erfolgte Verurteilung, die teilweise Kollaboration von Österreichern mit sowjetischen Organen und die Denunziationen angeht, beschränkt sich die Literatur lediglich auf cursorische Angaben.²¹

So spricht beispielsweise ein Bericht der Sicherheitsdirektion Steiermark an das Innenministerium in Wien von 130 Verschleppungsoptionen allein aus der Steiermark. Ein amerikanischer Geheimdienstbericht vermutet im August 1945, daß die Sowjets rund 500 Personen aus der Steiermark verschleppt hätten.²² Beide Zahlenan-

gaben dürften das gesamte Ausmaß der Verschleppungen nur unzureichend wiedergeben. Denn wie in einem sowjetischen Militärarchiv²³ gefundene Verhaftungsmeldungen einer in der Steiermark operierenden kleineren NKVD-Einheit, dem 91. Belgoroder Grenzregiment des NKVD, belegen, nahm die Truppe, die zu Kriegsende nach der kämpfenden Truppe in der Obersteiermark einmarschiert war, zwischen 11. Mai und 13. Juli 1945 40 Personen, vornehmlich im Bereich des Mur- und Mürztales fest, verhörte sie und gab 18 von ihnen, offensichtlich wegen Vorliegen von Verdachtsmomenten an andere Sondereinheiten bzw. an die örtliche Exekutive weiter. Bei 22 Personen lagen keine Verdachtsmomente vor, sie wurden meist nach einigen Tagen freigelassen.

Von den 34 Festgenommenen, deren Geburtsjahr bekannt ist, waren 12 jünger als 20 Jahre und acht älter als 50 Jahre. Der älteste Inhaftierte, Josef Böhmer aus Kapfenberg, war 61 Jahre, der jüngste, Stefan Wallner aus St. Stefan bei Leoben, 15 Jahre alt. 29 Verhaftete gaben eine österreichische Staatszugehörigkeit, zwei eine deutsche an. Von neun Personen war die Staatsbürgerschaft nicht bekannt. Die Sowjets führten bei 14 Verhafteten eine NSDAP-Mitgliedschaft an, zwei sollen Mitglieder der SA gewesen sein. Die restlichen wurden als parteilos bzw. ohne Angabe geführt.

Bemerkenswert scheint, daß Festnahmen aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung vor allem in den ersten Wochen

21 Vgl. dazu etwa auch: Manfred Rauchensteiner, *Der Sondereinsatz: Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955*. Graz-Wien-Köln 1979, S. 240 und den edierten NKGB/KGB-Personalakt von M. Ottl (Hrsg.): Stefan Karrer (Hg.), *Geheime Akten des KGB*. Margarita Ottl (Hrsg.). Graz-Wien 1992.

22 Archiv des Österreichischen Innenministeriums, Wien, Bestände Abt. 4/4. – Herrn Sektionschef Dr. Wolf Szymanski und Frau Min. Rat Mag. Helga Wagner danke ich für die Möglichkeit der Aktensicht auch an dieser Stelle herzlich.

23 Staatliches Zentralarchiv der sowjetischen Armee (= CGASA), Moskau, F. 32903, op. 1, d. 25. Frau Dr. Olga Voližko, Moskau, danke ich für die Überlassung ihrer Abschrift und Auswertung des Faszikels.

nach dem Krieg erfolgten, während die späteren Festnahmen offensichtlich aufgrund von Vorort-Recherchen der NKVD-Einheit bzw. anhand einer Fahndungsliste erfolgten. Dabei dürften zwei Momente zusammengespielt haben: Einerseits erfolgten offensichtliche Anzeigen bei der Besatzungsmacht bei der ersten Gelegenheit, also in den ersten Tagen der sowjetischen Besatzung, andererseits brauchten gezielte Fahndungen einfach etwas Zeit, sodaß diese erst nach einigen Wochen zu Verhaftungen führen konnten.

Die Verurteilungen der Deportierten selbst erfolgten durch zwei Gerichtstypen:

- Durch Militärtribunale der Armee, wie im Falle Ortners.
- Durch außergerichtliche Organe („Sondergerichte“, wie OSO²⁴, „Dvojkas“ und „Trojkas“).

Dazu kam die administrative Repression für Österreicher, die ohne Gerichtsbeschluß oft jahrelang festgehalten und zur Zwangsarbeit herangezogen wurden.

Der prov. steirische Gendarmeriekommandant Karl Ortner hatte am 16. Mai 1945 die sowjetische Stadtkommandantur in Graz aufgesucht, um sich der sowjetischen Besatzungsmacht vorzustellen.²⁵ Dabei wurde er sofort verhaftet.²⁶ Der Grund: Verhaftung wegen angelasteter Verbrechen nach Teil I des „Ukaz 43“ im Gebiet Černigov, Ukraine, während seiner Tätigkeit als stell-

vertretender Gendarmeriekommandant von Černigov zwischen Dezember 1941 und 1943.

Karl Ortner hatte von 1941 bis 1943 die Gendarmerie des Gebietes von Černigov (Ukraine, nordöstlich Kiew) als Kommandeur befehligt. In dieser Funktion war er dem Kommandeur der Ordnungspolizei, Oberst Asmus, unterstellt, der wiederum dem örtlichen SS- und Polizeiführer untergeordnet. In der Funktion als Kommandeur der Gendarmerie waren Ortner auch Gendarmerieeinheiten unterstellt, die zur Assistenzleistung bei Einsätzen der Polizei und des SD gegen Partisanen und gegen die Zivilbevölkerung herangezogen wurden.

Konkret wurde Ortner vorgeworfen, im Laufe der Jahre 1941 - 1943 zusammen mit dem ihm unterstellten Gendarmerieapparat von 430 Mitarbeitern an Massenverhaftungen und -Erschießungen von Partisanen, Kommunisten und anderen Sowjetbürgern teilgenommen zu haben. Außerdem sollten von der Gendarmerie aufgrund seiner persönlichen Anweisungen tausende Sowjetbürger, vorwiegend Jugendliche, zur Zwangsarbeit aus dem Gebiet Černigov nach Deutschland verschleppt worden sein.

Die für einen Prozeß notwendigen Ermittlungen begannen sofort nach seiner Verhaftung in Graz, offensichtlich aufgrund einer vorbereiteten Liste. Sein Erhebungsakt, wie er im Zentralarchiv des KGB/FSB

24 OSO – Osobce sovětskane (Sonderkommission), eine seit dem „roten Terror“ der Dreißiger Jahre in der Sowjetunion etablierte Gerichtsstanz, die auch auch das Recht Todesurteile zu fällen hatte.

25 Nach einer Version von Dr. Franz Grobauer, der 1955 in steirischen Zeitungen von einem Gespräch mit dem Gefangenen Ortner aus dem Jahre 1946 im Gefängnis von Craiova berichtete, habe ihm Ortner von einer diesbezüglichen Aufforderung der sowjetischen Besatzer berichtet. „Ohne Argwohn“ habe Ortner dieser Aufforderung entsprochen, da er überzeugt war, von der Sowjets Befehle zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zu erhalten. Vgl. etwa: Das Kleine Volksblatt, v. 8.8.1955, S. 4.

26 Die folgende Darstellung stützt sich auf den Akt von Karl Ortner im Archiv des FSB, Moskau: Strafprozeßakt K-501081. Vgl. dazu auch: Stefan Karner, Die sowjetische Gewahrsamsmacht und ihre Justiz nach 1945 gegenüber Österreichern, in: C. Kurtsidis-Haider - Winfried R. Garscha (Hg.) Keine „Altrechnung“. NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945. Leipzig-Wien 1998, S. 102-129.

in Moskau geführt wird hat die Stärke eines Ordners.

Zunächst wurden in den meist nächtlichen Verhören biographische Daten, Lebensumstände, die politische Gesinnung und seine berufliche Tätigkeit bis 1941 erhoben:

Karl Ortner wurde am 3. Oktober 1898 als Sohn eines Postdirektors in Graz geboren. Nach einer vorgezogenen Matura rückte er nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges als 17-Jähriger ein und wurde an verschiedenen Fronten eingesetzt. Zu Kriegsende war Ortner Leutnant und Kompaniekommandant. 1919 trat Karl Ortner in den Gendarmeriedienst ein, machte die Landnahme des Burgenlandes mit und war anschließend Gendarm in Judenburg. Nach Absolvierung der Gendarmerieakademie war er in mehreren verantwortungsvollen Positionen tätig, so etwa als Kommandant der Gendarmerieschule Bruck/Mur, als Abteilungskommandant in Graz, Villach und Leibnitz sowie als Kommandant der Technischen Abteilung bei den Landesgendarmeriekommanden für Steiermark und Kärnten. 1938 wurde Ortner im Polizeidienst belassen, jedoch nicht befördert und 1941 schließlich zum Einsatz in die Ukraine abkommandiert. Im Winter 1943 gelang es ihm unter schwierigen Bedingungen rund 10.000 vor den sowjetischen Truppen fliehende Menschen sowie 2.000 Fuhrwerke und 600 Lastkraftwagen ohne Verluste bis nach Lemberg/Lviv zurückzuführen. 1943 wurde Ortner schließlich nach Italien versetzt, wo er schwer erkrankte, sodaß er mit Jahresbeginn 1945 erschließlich wiederum dem Landesgendarmeriekommando zur vorübergehenden Dienstleistung zugeteilt wurde. Am 8. Mai 1945 ernannte ihn der Sicherheitsdirektor von Steiermark, Alois Rosenwirth, zum prov. Landesgendarmeriekommandanten von Steiermark.

Es folgten Verhöre zum Aufbau und Aufgabenstellung der Gendarmerie in Černigov. Aus einem Verhörprotokoll:

„Die Verwaltung [der Gendarmerie] selbst bestand aus 8 Abteilungen:

1. Abteilung - für Organisation und Aufteilung der Bewachungsposten,
2. für Auflistung und Aufteilung des Personals der Verwaltung und für die Aufnahme neuer Mitarbeiter;
3. Postabteilung (Zensur);
4. geheime Abteilung, d. h. Sekretariat;
5. Abteilung für die Polizeimitarbeiter;
6. Sanitäts- und Veterinärabteilung;
7. Administrativ-wirtschaftliche Abteilung;
8. Abteilung für Technische Ausrüstung.

Insgesamt gab es in der Verwaltung 24 - 25 Mitarbeiter.

Frage: Welche Aufgaben wurden Ihnen gestellt, bevor Sie zum Chef der Gendarmerie des Gebietes Černigov ernannt wurden?

Antwort: In den Anweisungen, die ich von der Hauptgendarmerieverwaltung bekommen habe, hieß es: die Gendarmerieverwaltung einrichten, Ordnung und Herrschaft sowohl in Černigov selbst als auch in den Bezirken, die zu dem Gebiet gehören, durchzusetzen.

Die Hauptaufgabe der Gendarmerie war die Sicherstellung der festgelegten Macht, ihr Schutz vor den Partisanen oder vor Personen, die einen Anschlag auf die Deutschen verüben konnten. Dazu kam die Durchführung jener Maßnahmen, die von der deutschen Regierung per Direktiven verordnet wurden.

Frage: Welche Arbeit haben Sie mit den festgenommen und verhafteten sowjetischen Bürgern durchgeführt?

Antwort: Festnahmen und Verhaftungen haben wir nur auf die Anweisung des „SD“ gemacht. Wir haben Erstvernehmungen durchgeführt und andere offizielle Angaben gesammelt. Das ganze wurde dann an den „SD“ weitergeleitet. Es war uns strengstens verboten, Ermittlungen durchzu-

führen.

Frage: Auf welche Weise haben Sie und die Gendarmerie insgesamt Informationen über Sowjetbürger gesammelt.

Antwort: Informationen über Sowjetbürger haben wir durch die Befragung der örtlichen Bevölkerung, durch offizielle Vernehmungen oder aufgrund der Anzeigen gesammelt.

Andere Methoden für die Beschaffung der Informationen hat es nicht gegeben.

Frage: Warum verheimlichen Sie die Arbeit mit den Agenten?

Antwort: Weder ich noch die übrigen Mitarbeiter der Gendarmerie hatten Agenten, weshalb wir uns auch mit der Anwerbung von Agenten nicht beschäftigt haben.

[dem oben Unterstrichenen glauben (Unterschrift, Ortner)]

Wie ich es bei den vorigen Vernehmungen erwähnt habe, bestand die Arbeit der Gendarmerie darin, die Herrschaft sicherzustellen und in Fällen von Partisanenüberfällen, Maßnahmen zur Bekämpfung der Partisanen zu treffen.

Frage: Das, was Sie sagen, entspricht nicht der Wahrheit. Keine Vergeltungsorgane können ohne Agenten existieren. Die Ermittlung verlangt, zu dieser Frage die Wahrheit zu sagen!

Antwort: Ich sage die Wahrheit und verheimliche nichts vor der Ermittlung.

Frage: Wie war die Kontaktaufnahme bei der Arbeit zwischen der Gendarmerie und dem SD?

Antwort: Der SD und die Gendarmerieorgane arbeiteten eng zusammen. Wegen Personalmangels konnte der SD diese oder jene operative Maßnahmen nicht erfüllen, weshalb er immer wieder zur Gendarmerie um Aushilfe kam.“

Es folgten weitere, nächtelange Verhöre in verschiedenen Untersuchungsgefängnissen des MGB und der Abwehrbehörde. Konkret wurde dabei Karl Ortner vorgeworfen, im Laufe der Jahre 1941 - 1943 zusammen mit dem ihm unterstellten Gendarmerieapparat von 430 Mitarbeitern an Massenverhaftungen und -Erschießungen von Partisanen,

Kommunisten und anderen Sowjetbürgern teilgenommen zu haben. Außerdem sollten von der Gendarmerie aufgrund seiner persönlichen Anweisungen tausende Sowjetbürger, vorwiegend Jugendliche, zur Zwangsarbeit aus dem Gebiet Černigov nach Deutschland verschleppt worden sein.

Die geheimdienstlichen Erhebungen waren bereits am 29. August 1945 zunächst als vorläufig abgeschlossen erklärt, allerdings auf Weisung des Militärstaatsanwaltes der 57. Armee bis Juni 1946 immer wieder verlängert worden. Dies vor allem wegen des nahezu gänzlichen Fehlens von Beweismaterial und entsprechender Zeugen, die eine persönliche Mittäterschaft an Verbrechen von Karl Ortner bestätigt hätten.

Am 7. Februar 1946 war der Militärstaatsanwalt der 57. Armee bereits der Meinung, „daß die erhaltenen Angaben für eine Weiterleitung Ortners an das Gericht unzureichend wären“. Als Ausweg schlug er vor, „sich Fakten zu verschaffen, die alle [Hervorhebung durch den Autor] von den Deutschen gegen die Sowjetbürger der Stadt und des Gebietes Černigov verübten Greuelthaten beinhalten.“ Damit sollte Karl Ortner als stellvertretender Gendarmeriekommandant des Gebietes, unter Außerachtlassung seiner Unterstellung unter den Polizeichef Asmus, für alle Vergehen des deutschen Okkupators im Gebiet verantwortlich gemacht werden, zumal man Asmus' nicht habhaft geworden war. Sicherheitshalber wurde gleichzeitig der Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der UdSSR in Kiew um eine Äußerung ersucht, wie man in der Sache Ortner weiter verfahren solle.

Unabhängig davon wurden vom MGB mittels einer Foto-Karteikarte von Karl Ortner in den Gebieten Černigov und Novograd

Volynsk Zeugen gesucht und befragt, die sich an konkrete Verbrechen des Inhaftierten erinnern konnten. Das Ergebnis blieb im Sinne der MGB-Organen unbefriedigend. Die befaßten KGB-Organen der Gebiete Černigov und Novograd Volynsk teilten rundweg mit, „über keine Materialien zur verbrecherischen Tätigkeit von Karl Ortner zu verfügen.“ Am 21. Februar 1946 notierte der Leiter der „SMERS“ in einem Beschluß das „nahezu gänzliche Fehlen von Beweismaterial und entsprechender Zeugen, die eine persönliche Mittäterschaft an Verbrechen von Karl Ortner bestätigen“.

Karl Ortner war mittlerweile von Graz über Rumänien an den Ort seiner ihm angelasteten Verbrechen, nach Černigov, überstellt worden. Dort sollte auch ein geschlossener Prozeß eines Militärtribunals der Garnison zur Aburteilung von Karl Ortner stattfinden. Als man an die 15 Zeugen gefunden hatte, die Aussagen zu Karl Ortner machen konnten, Fotos über NS-Verbrechen im Gebiet von Černigov, auch mit Hilfe der ČGK gesammelt hatte, inszenierte man am 16. und 17. Juli 1946 ein Gerichtsverfahren nach dem Drehbuch der Dreißiger Jahre (Vyšinskij: Eine persönliche Schuld mußte nicht erwiesen sein). Das Todesurteil stand bereits vor Prozeßbeginn fest²⁷, der Prozeß hatte bloß noch formal-juristischen Charakter.

Es störte die Urteilsfindung auch nicht, daß von den aufgebotenen Zeugen keiner eine eindeutige persönliche Täterschaft von Karl Ortner bezeugen konnte, vielmehr einige der Zeugen den Angeklagten sogar entlasteten und die meisten sich nicht in der Lage sahen, Konkretes zu den Vorwürfen der Anklage auszusagen.

So erklärte etwa die die Zeugin Vera K. Samkova dem Gericht u.a.:

„Zur Sache des Angeklagten Ortner über seine Greuelthaten zur Zeit der deutschen Besatzung weiß ich nichts und habe von den anderen darüber nichts gehört [...] Welches Verhalten der Angeklagte gegenüber der Bevölkerung insgesamt hatte, weiß ich nicht. Als ich aber in der Klinik war, behandelte er das Personal so, wie es die Kundschaft behandelt oder behandelte. Überhaupt habe ich an ihm nichts Schlechtes bemerkt.“

Der Chefarzt des örtlichen Krankenhauses, Alexandr V. Vinogradskij, berichtete dem Gericht von schweren Menschenrechtsvergehen der Gendarmerie der Stadt, ohne sie dem Anklagten persönlich zuzuweisen: „Am 13. November 1941, als die Lebensmittel für die Ernährung der Kranken im Krankenhaus rar waren, wandte ich mich an das „Starostat“ mit der Bitte um Verabreichung von Lebensmitteln für das Krankenhaus. Meiner Bitte wurde nicht entsprochen. Einige Tage nach der Abgabe meiner Bitte erschien im Krankenhaus die Gendarmerie, die alle Tore des Krankenhauses zusperrte. Dann, nachdem das Sanitätspersonal entfernt und ich unter der Beobachtung eines Gendarmen in meinem Arbeitszimmer sitzen gelassen wurde, fing die Gendarmerie an, die psychisch Kranken auf Autos zu verladen. Auf meine Frage, wohin die Kranken weggebracht werden, antwortete man, daß diese in andere Gebietsbezirke, die mit Lebensmitteln besser versorgt sind, gebracht würden. So wurden in Folge dieser Aktion etwa 240 - 250 psychisch Kranke weggebracht. Zum Ausklang desselben Tages wurde bekannt, daß die weggebrachten psychisch Kranken bis auf den letzten Mann erschossen worden waren und daß die Erschießung irgendwo am Rande der Stadt an der Gornel-Straße durchgeführt worden war.“

27 In diese Richtung machte Karl Ortner gegenüber einem Mitnäfling bereits in Rumänien eine eindeutige Andeutung. Freundl. Hinweis des Sohnes von Karl Ortner.

Nach diesem Vorfall, im Dezember 1941 (an den Tag kann ich mich nicht erinnern), kam in den Hof des Krankenhauses eine „Dušegubka“ (Gaswagen), die mit einigen Fahrten den Rest der psychisch Kranken weggebracht hat. Der Rest bestand aus 192 Kranken. So ist es klar geworden, daß die Deutschen statt Lebensmittel an die Kranken auszuteilen, den Weg der barbarischen Vernichtung der Kranken durch ihre Erschießung und Gasvergiftung eingeschlagen haben.

In demselben Jahr 1941 wurden von der Gendarmerie 16 kriegsgefangene Rotarmisten aus dem Krankenhaus weggebracht. Diese waren Infektionskranke. Die Kriegsgefangenen wurden in das Gefängnis der Stadt Černigov überstellt, wo sie erschossen worden waren.

[Insgesamt] waren es 464 psychisch Kranke, die weggebracht und brutal vernichtet worden waren.

Die Erschießung der psychisch Kranken sowie ihre Vergasung wurden durch die Gendarmerie gemacht, aber ich kann nicht sagen, daß dies der Angeklagte geleitet hat, weil er während dieser Vorgänge nicht auf dem Areal des Krankenhauses erschienen ist.

Die Tatsache meiner Bestellung in die Gendarmerie bestätige ich. Diese Bestellung war, wenn ich mich nicht irre, Ende Dezember 1941 oder Anfang Januar 1942. Bestellt wurde ich durch eine Vorladung. Auf der Vorladung war die Unterschrift des Angeklagten. In der Vorladung waren mein Name sowie der Tag und die Stunde meiner Eintreffens in der Gendarmerie, die im Revier Novo-Kazarmennyj der Stadt Černigov untergebracht war, angegeben. Als ich in die Gendarmerie kam, wurde ich vom Wachposten zum Angeklagten Ortner persönlich gebracht. Dieser befand sich in seinem Arbeitszimmer mit dem Dolmetscher und hatte ein Gespräch mit mir. Während dieses Gesprächs interessierte sich der Angeklagte, ob ich bei einem deutschen Soldaten, der in meiner Nachbarschaft wohnte, Fleisch gekauft hätte. [...] dann ließ man mich nach Hause gehen.

Daß die Gendarmerie, welche ins Krankenhaus gekommen war, dem Angeklagten unterstellt war, kann ich nicht bestätigen. Ich erkläre aber, daß im Zentrum von Černigov keine Gendarmerie lag. Im Zentrum der Stadt waren die Polizei, „SS“ und der „SD“. [...]

Den Angeklagten habe ich nur einmal gesehen und von seiner Tätigkeit nichts gehört.[...] Als ich bei dem Angeklagten gemäß einer Vorladung war, führte er keine Protokolle. Er hat mich nur mündlich per Dolmetscher befragt und ich war entlassen.“

In seiner Replik wies Karl Ortner die pauschalen Vorwürfe des Zeugen zurück und versicherte, die von ihm geleitete Gendarmerie hätte „an keinen Vernichtungen von Kranken und Vergeltungsexpeditionen teilgenommen“.

Die Zeugin Zinaida N. Stolica, Bewohnerin der Stadt Černigov und 1941 als Medizinerin ebenfalls im Krankenhaus beschäftigt, bestätigte dem Gericht aus ihrer Wahrnehmung im wesentlichen die Aussagen des Chefarztes, stellte jedoch dezidiert fest, den Angeklagten Karl Ortner bei der Aktion der „Deutschen“ nicht gesehen zu haben, ihn vielmehr von einer Begegnung in der Stadt zu kennen.

Der Angeklagte versicherte daraufhin dem Gericht nochmals: „Mit dem Krankenhaus habe ich nichts zu tun gehabt, schuldig für die Vernichtung der psychisch Kranken bin ich nicht und ich habe meinen Apparat zu dieser Operation nicht geschickt.“

Die Zeuginnen Valentina I. und Tat'jana V. Saprykina teilten dem Gericht zunächst die zuvor vorgebrachten Beschuldigungen, die sie allerdings im wesentlichen nur vom Hörensagen kannten, mit. Wobei beide Zeuginnen berichteten, sie hätten selbst gesehen, wie Gendarmen von ihren Einsätzen gegen Partisanen mit toten Gendarmen

zurückgekehrt waren. Im weiteren Verlauf der Befragung berichteten beide Zeuginnen über eine von den „Deutschen“ durchgeführte Hinrichtungsexpedition in das Dorf Jarcevo, von der sie gehört hätten.

„Ob es die vom Angeklagten geleitete Gendarmerie war, weiß ich nicht. Das Dorf Jarcevo wurde völlig verbrannt. Seine Einwohner wurden zum Teil erschossen, zum Teil verbrannt und zum Teil zur Zwangsarbeit verschleppt. Mit den Einwohnern zusammen wurde auch das Lager für sowjetische Kriegsgefangene vernichtet.“

Karl Ortner bestätigte im wesentlichen die vorgebrachten Verbrechen, machte dafür jedoch die SS und den SD verantwortlich.

Saprykina beschuldigte schließlich den Angeklagten, von Folterungen gewußt zu haben, doch betonte sie gleichzeitig: „Der Angeklagte behandelte als Gendarmeriechef das Bedienungspersonal (Arbeiter) gut.“

Ortner bestritt die vorgebrachten Anschuldigungen mit dem Bemerkten, er hätte gar keine Untersuchungsabteilung gehabt. „Niemand hat die Verhafteten gefoltert. Die Verhafteten kamen durch die Gendarmerieverwaltung aber sie blieben bei mir nicht hängen. Alle Verhafteten wurde an den 'SD' und die 'SS' in Černigov überstellt.“

Die Zeugin Elena P. Kezlja, sagte vor dem Gericht aus, sie kenne den Angeklagten nicht und könne vor Gericht keine Aussagen über die von ihm verübten Greuelthaten gegenüber Sowjetbürgern machen. Auf Befragungen erinnerte sich die Zeugin an eine Erschießung von etwa 10 sowjetischen Kriegsgefangenen im Herbst 1942:

„Nach der Erschießung sind der Offizier und die Polizisten in Richtung des Reviers Staro-Kazarmennyj weggegangen.“

Auf die Frage des Anwaltes Petrenko ant-

wortete die Zeugin Kezlja:

„Der Angeklagte sieht jenem Offizier, der die Erschießung der sowjetischen Kriegsgefangenen geleitet hat, nicht ähnlich.“

Karl Ortner bestätigte die dargestellte Erschießung, datierte sie jedoch in das Jahr 1941. Er selbst habe davon beim „SD“ gehört. Ebenso, daß die Polizei selbständig die Erschießung durchgeführt hätte.

Die Erschießung der sowjetischen Kriegsgefangenen durch Polizei wurde noch von anderen Zeugen bestätigt.

Einen anderen Vorwurf, Ortner hätte an der Verhaftung von 30 Personen teilgenommen, mußte der Zeuge Budaš zurücknehmen und gab schließlich an, der Angeklagte wäre zum fraglichen Zeitpunkt „im Urlaub“ gewesen. Außerdem gab der Zeuge an, Karl Ortner hätte das Bedienungspersonal der Gendarmerie „nicht schlecht behandelt“.

In einer abschließenden Darstellung nahm der Angeklagte zu den wesentlichen Punkten der Zeugenaussagen Stellung:

„In Černigov bin ich im Dezember 1941 angekommen. Gleichzeitig mit mir kamen zwei Mitarbeiter. Nach Černigov wurde ich von der Leitung des Oberpolizeikommandos, Berlin, entsandt. Ich wurde als Chef der Gendarmerie eingesetzt, die als Ordnungsgendarmerie der Ostgebiete bezeichnet wurde. Gemäß meiner Stellung war ich dem „SD“, dessen Verwaltung von Polizeiobst Asmus geleitet wurde, unterstellt. Etwas nach meiner Ankunft in der Stadt Černigov kamen bis zu 430 Gendarmen nach, die mir direkt unterstellt waren.

Als die genannte Zahl der Gendarmen angekommen war, beschäftigte ich mich mit ihrer Verteilung auf die Gebietsbezirke. Einen Teil davon habe ich bei der Verwaltung, die mir unterstellt war, zurückgelassen. Nach der Zusammensetzung der Bezirksgendarmerieverwaltungen, wurden von mir, aufgrund der Anweisung des

Polizei-Oberkommandos, Polizeiverwaltungen aus der ukrainischen Bevölkerung zusammengestellt. Die Personalstärke betrug 4.000 - 5.000 Mann. Die organisierten Polizeiverwaltungen waren von großer Hilfe für die Bezirks-gendarmerieverwaltungen und mir, dem Chef der Gendarmerieverwaltung des Gebietes Černigov, direkt unterstellt. Ich, als Gendarmeriechef hatte die Aufgabe, die Ordnung aufrecht zu erhalten, die von der deutschen Besatzungsmacht festgelegt worden war.

Dabei war die Lösung der politischen Probleme nicht meine Aufgabe. Mit diesen Fragen beschäftigten sich die „SD“- und „SS“-Organe. Die Partisanenbekämpfung war auch nicht meine Zielstellung. Aber wenn die Partisanen in einem oder anderem Gebietsbezirk auftauchten und Gendarmerieverwaltungen überfielen, bekam ich von „SD“-Organen den Befehl, das Personal der Gendarmerie, die von mir geleitet wurde, den Bezirksverwaltungen bei der Bekämpfung der Partisaneneinheiten zur Verfügung zu stellen. Das geschah, weil sich die Verwaltungen, wie ich schon sagte, wegen ihres Personal mangels nicht gegen Partisanen wehren konnten.

Ich persönlich, als Chef der Gendarmerie, bin zur Partisanenbekämpfung mit meinen Mitarbeitern und mit der Polizei ausgefahren. Aber das hatte keinen Systemcharakter.

Wie ich schon sagte, bin ich in die Bezirke Černigov, Repkinsk, Gorodnjansk ausgefahren. Im Bezirk Srebiliskij bin ich nicht gewesen und von dieser Operation weiß ich nichts. Ich weiß nicht einmal, wo sich dieser Bezirk befindet.

Was die Frage des Dorfes Jarcevo, Bezirk Černigov, betrifft, kann ich erklären, daß weder ich noch meine Mannschaft Teilnehmer der Expedition in dieses Dorf gewesen waren.

Diese Vergeltungsexpedition war aus den „SD“-Organen und aus der ukrainischen Hilfspolizei mit ihrem Chef, dessen Name mir nicht in Erinnerung ist, an der Spitze zusammensetzt worden.

Die Polizei war mir zwar unterstellt, handelte aber selbständig, ohne jegliche Anordnungen

von mir. Das Dorf Jarcevo als solches wurde wirklich verbrannt, ein Teil seiner Einwohner war verbrannt, ein Teil wurde erschossen und ein Teil wurde nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt. Gleichzeitig wurde das Lager für die kriegsgefangenen Rotarmisten vernichtet. Eine Ursache dafür waren der Aufstand im Lager der sowjetischen Kriegsgefangenen und die feindselige Haltung der Dorfbewohner von Jarcevo gegenüber der deutschen Besatzungsordnung. Eine weitere Ursache für die Vernichtung des Dorfes war auch die Herstellung eines Kontaktes zwischen Dorfbewohnern und sowjetischen Kriegsgefangenen, die sich im Lager erhoben haben. Ich erkläre, daß über alle Angaben bezüglich der „unzuverlässigen“ Lage im Dorf die „SD“ und „SS“- Organe verfügten und diese Organe waren es auch, die die Maßnahmen zur Unterdrückung der „Unruhen“ getroffen hatten. In einigen Fällen sollte ich als Gendarmeriechef den „SD“ und „SS“-Organen helfen, auch wenn ich mich widersetzt hätte, so hätte ich allein nichts machen können. Entsprechend meiner Dienststelle sollte ich die Ordnung sowohl in der Stadt als auch in den Gebietsbezirken aufrecht erhalten, das festgelegte Regime garantieren und mich um Ruhe unter der Bevölkerung sorgen. Wenn die Ruhe gestört wurde, sollte ich die Schwächeren (d.h. die deutschen Sicherheitsorgane) gegenüber den Stärkeren (d. h. den Partisanen) verteidigen.

Im Laufe der ganzen Zeit meiner Tätigkeit als Chef der Gendarmerie zwischen 1941 und 1943 wurden von dem mir unterstellten Apparat sowohl in der Stadt als auch in den Bezirken bis 500 Sowjetbürger - Kommunisten, Komsomolzen, Aktivisten und diejenigen, die gegen das deutsche Regime waren - verhaftet. Eine genauere Anzahl kann ich nicht benennen, weil ich sie nicht kenne.

Von den Verhafteten wurde ein Teil erschossen, ein Teil in Gefängnisse überstellt und ein anderer Teil nach Deutschland zu Arbeiten gebracht. Ich erkläre, daß der mir unterstellte Apparat keine Auflistung der verhafteten Sowjetbürger führte.

Die Auflistung wurde in den „SD“ und „SS“-Organen durchgeführt.

Die verhafteten Sowjetbürger, die eine Gendarmerieverwaltung durchliefen, wurden in den Haftzellen, wenn es welche gab, untergebracht. Aber sie wurden nicht für eine längere Zeit festgehalten. Alle Verhafteten wurden an den „SD“ und die „SS“ überstellt.“

Nachdem der staatliche Ankläger in seinem Vortrag die dem Angeklagten Ortner zur Last gelegenen Verbrechen und die sowohl in der Gerichts- als auch in der Voruntersuchung zutage getreteten Beweise charakterisiert hatte, forderte er das Gericht auf, gemäß Teil I des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 19.4.43, die Höchststrafe - die Erschießung - auszusprechen.

Anwalt Petrenko erbat in seinem Vortrag vor dem Gericht ein milderer Urteil für den Angeklagten.

Darauf gab der Vorsitzende dem Angeklagten die Möglichkeit, eine letzte Aussage zu machen, in der Karl Ortner u.a. ausführte:

„Ich bitte das Gericht als Umstand in Betracht zu ziehen, daß ich kein Deutscher, sondern ein Österreicher bin.

Ich bin nicht freiwillig auf das Territorium der Sowjetunion gekommen. Nach Černigov hat mich das deutschen Kommando zwangsweise entsandt und nur deshalb, weil ich kein Mitglied der NSDAP geworden war.

Ich und meine Verwandten haßten das Hitlerregime seit der Zeit der deutschen Okkupation Österreichs. Ich konnte diesem Regime aber nicht widerstehen. Als ich Chef der Gendarmerie in der Stadt Černigov war und in den Gebietsbezirken die mir unterstellten Gendarmerieverwaltungen hatte, war ich wiederum Oberst Asmus unterstellt. Er war der vorgesetzte Chef sowohl von mir, als auch der Polizei, des „SD“- und der „SS“-Organe. Nach der Vertreibung der

Deutschen aus Sowjetrußland, als ich in der deutschen Armee war und mich auf dem Territorium Österreichs befunden hatte, spürte ich keine Schuldgefühle für all jene Verbrechen, die die Deutschen begangen haben. Als die Rote Armee auf das Territorium Österreichs kam, bin ich vor ihr nicht geflüchtet. Ganz im Gegenteil, ich bin zum russischen Kommando gekommen und erzählte, was ich bin und wo ich gearbeitet habe. Ich habe die Schranken der von der Hitlerregierung erteilten Befehle nicht überschritten. Ich führte diese Befehle getreu aus, und wenn es möglich war, machte ich verschiedene Abweichungen, um die Lage der Bevölkerung zu erleichtern. Alle Greuelthaten, die von den deutschen Vergeltungsorganen, wie „SD“, „SS“, Gendarmerie und Polizei, verübt wurden, habe ich nicht gutgeheißen und heiße sie nicht gut. Ich persönlich habe keine Greuelthaten der Zivilbevölkerung gegenüber verübt.

Den mir unterstellten Gendarmen und den anderen Personen habe ich, wo es möglich war, keine Möglichkeit gegeben, die Befehle der Hitlerregierung gegenüber der Bevölkerung von Sowjetrußland in vollem Maße anzuwenden. Ich bitte das Gericht, alles von mir Gesagte zu berücksichtigen und meine Strafe zu mildern.“

Um 12.30 Uhr zog sich das Militärtribunal zur Beratung zurück, um das Urteil zu fällen. Um 13.45 Uhr verkündete der Vorsitzende das Urteil, dessen Text für den Angeklagten Ortner ins Deutsche übersetzt wurde. Dem Angeklagten wurde sein Recht, einen Rekurs und die Bitte um Begnadigung einzureichen, bekannt gemacht.

Der Rekurs Ortners wurde abgewiesen, seine Schuld galt „aufgrund der Untersuchungsmaterialien und dem persönlichen Geständnis im Gericht als bewiesen“. Die Schuld bestand darin, „daß er als Chef der deutschen faschistischen Gendarmerie auf dem provisorisch okkupierten Territorium

der Stadt Černigov und des Gebietes Černigov von 1941 bis September 1943 Greuelthaten gegen Sowjetbürger massenhaft verübt hat.“

Das Urteil wurde am 29.9.46 in der Stadt Černigov vollstreckt.

Stefan Karner, ao.Univ.Prof., Dr., Institut für Wirtschafts- u. Sozialgeschichte der Universität Graz, Leiter des L. Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgenforschung, Graz-Wien, Erhielt 1990/91 als erster westlicher Wissenschaftler Zugang zu bis dahin streng geheimen, umfangreichen Akten der sowjetischen Archive des GULAG und der GUPVI des NKVD/MVD und KGB.

Beilage 1

Urteil

Im Namen der Union der Sowjetischen Sozialistischen Republiken,

hat das Militärtribunal der Garnison Černigov, zusammengesetzt aus dem	
Vorsitzenden:	Gardemajor der Justiz Alexandrov
und den Mitgliedern:	Gardeleutnant Nazarov und Gardeleutnant Kas'janenko, Gardehauptmann Usenko,
bei Anwesenheit des Sekrätärs:	Hauptmann der Justiz Savel'eva
in Gegenwart des staatlichen Anklägers:	
und des Anwaltes:	Petrenko

in der geschlossenen Sitzung im Gebäude des Militärtribunals am 16 - 17. Juli 1946 die Anklage gegen Karl Ortner [...], geb. [...] in der Stadt [...] (Österreich), wohnhaft in [...], Österreicher, höhere Schulbildung, parteilos, verheiratet, nicht vorbestraft, Oberstleutnant der Gendarmerie, wegen des Verbrechens gemäß Teil I des Beschlusses des Obersten Sowjets der UdSSR vom 19. April 1943 verhandelt.

Aufgrund der Materialien der Voruntersuchung hat das Militärtribunal befunden: Ortner, als Oberstleutnant der deutschen Gendarmerie, wurde im Oktober 1941 zusammen mit dem ihm unterstellten Gendarmerieapparat in der Stärke von bis zu 430 Mann, von den deutschen Machtorganen zur Dienstleistung nach Černigov entsandt. Černigov war in jener Zeit von deutschen Streitkräften besetzt. Ortner sollte die Funktion des Chefs der Gendarmerie von Černigov und des Gebietes Černigov ausüben, die er bis September 1943, d. h. bis zur Zeit der Vertreibung der Deutschen durch die Rote Armee aus Černigov, auch ausgeübt hat.

Als Chef der deutschen Gendarmerie im Gebiet Černigov führte Ortner zusammen mit dem ihm unterstellten Gendarmerieapparat, mit der Polizei und dem „SD“ aktive Partisanenbekämpfung im Gebiet Černigov durch, verübte Greuelthaten gegen die sowjetische Bevölkerung, und wendete ihr gegenüber verschiedene Repressionsmaßnahmen an.

So wurde bei einem Vergeltungseinsatz, an dem Ortner persönlich teilgenommen hat und der der Partisanenbekämpfung im Bezirk Gorodnjansk galt, im Mai 1943 ein Dorf verbrannt. Dabei wurden den Sowjetbürgern Kühe, Schweine, Gänse, Hühner und andere Gegenstände weggenommen. Das Gestohlene wurde in die Gendarmerie nach Černigov gebracht.

Mit Hilfe der ihm unterstellten Gendarmerie führte er in den Gebietsbezirken Inhaftierungen von Sowjetbürgern durch, die im Verdacht standen, Kontakte zu Partisanen zu unterhalten sowie von den anderen Bürgern mit antifaschistischer Haltung. Diese wurden bei den Verhören gefoltert und an den „SD“ zur Vergeltung abgegeben, wo ein Teil von ihnen erschossen worden war. Allein nach dem Geständnis von Ortner selbst, wurden von ihm zwischen 1941 und 1943 in den Bezirken des Gebietes Černigov bis zu 500 Kommunisten und sowjetische Aktivisten verhaftet.

Außerdem wurden von ihm im Juli 1943 sechs sowjetische Fallschirmjäger verhaftet. Sie wurden an den „SD“ überstellt, ihr Schicksal blieb ungeklärt.

Im Februar 1943 nahm die dem Angeklagten unterstellte Gendarmerie an der Massenliquidierung von Sowjetbürgern im Bezirk Serebrjanskij des Gebietes Černigov teil.

Dabei wurden bis zu 3.000 Zivilpersonen, die nichts verschuldet hatten, entweder verbrannt oder erschossen.

Unter Mitwirkung der ihm unterstellten Gendarmerie sind bis zu 20.000 sowjetische Jugendliche zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden.

Aufgrund des Dargelegten erklärt das Militärtribunal den Angeklagten Ortner wegen Verbrechen nach Teil 1 des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 19. April 1943 für schuldig. Gemäß den Artikeln Nr. 296 und 297 des Strafgesetzbuches der UdSSR

verurteilt

das Militärtribunal Karl Ortner nach Teil 1 des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 19. April 1943 zur Höchststrafe, der Erschießung bei Verlust des gesamten ihm gehörenden Eigentums.

Das Urteil kann mittels Berufung beim Militärkollegium des Obersten Gerichtes der UdSSR innerhalb von fünf Tagen ab dem Tag der Überreichung der Kopie des Urteils an den Verurteilten beeinsprucht werden.

Der Vorsitzende: (Unterschrift)

Die Mitglieder: (Unterschriften)

Aus der Alltagsarbeit des Kommandeurs der Gendarmerie von Černigov:
Ortners Tagesbefehl Nr. 20, vom 19. Mai 1943

Der Kommandeur der Gendarmerie
für Tschernigow

den 19. Mai 1943

T a g e s b e f e h l N r. 20

1. Ordensverleihungen:

Der kommandierende General der Sicherungstruppen und Befehlshaber im Heeresgebiet Mitte verlieh am 28.4.43 im Namen des Führers und Obersten Befehlshabers der Wehrmacht das Eiserne Kreuz 2. Klasse an:
Hn.d.Gend. Hermann Schröder, Führer des Gend.-Zuges (mot.) 20

Ferner verlieh der kommandierende General der Sicherungstruppen und Befehlshaber im Heeresgebiet Mitte im Namen des Führers am 27.4.43 die

Tapferkeitsauszeichnung für Angehörige der Ostvölker
2. Klasse in Silber an:

1. Bez.Oblt.d.Gend. Bruno Wagner z. St. Batl. 136
2. " " " Lorenz Grillmeier Kdr.d.Gend.Tschernigow

2. Veränderungen bei der Wirtschaftsdienststelle.

Die Polizei-Sekretäre Kurt Schaeck, Arthur Mansfeld und Walter Voigtmann wurden über Erlaß des Reichsführers in die Heimat zurückbeordert. Ich spreche den von meiner Dienststelle scheidenden Verwaltungsbeamten für ihre geleisteten Dienste Dank und Anerkennung aus.

An Stelle der zurückbeordneten wurden nunmehr Polizei-Obersekretär Karl Schürmann, Polizei-Sekretär Michael Andrae und Polizei-Assistent Franz Stingl meiner Wirtschaftsdienststelle zugeteilt.

3. Zahnärztliche Station:

Die zahnärztliche Station beim Kommandeur der Ordnungspolizei Tschernigow ist seit dem 12.5.1943 in Betrieb. Erstmalige Patienten melden sich in der Zeit von 8 - 10 Uhr oder 15 - 16 Uhr in der Sanitätsstelle beim Kommandeur der Ordnungspolizei zwecks Überweisung an die zahnärztliche Station.

4. V-Leute (Vertragensleute)

Die Gend.-Dienststellen werden angewiesen, die von den Orts- und Feldkommandanturen eingesetzten V-Leute zu unterstützen und insbesondere deren Meldungen sofort an die zuständigen Orts- und Feldkommandanturen weiterzuleiten.

Die V-Leute haben sich erziehungsgemäß bisher gut bewährt.

5. Hilfswilligenwerbung für die SS-Division Reich

Über Einschreiten des Armeeoberkommandos 2 ist die mit hierortigen Befehl 5169-43 vom 25.3.43 angeordnete Werbung im Armeegebiet hinfällig geworden.

6. Flugblätter-Meldungen:

Bei Meldungen über aufgefundene Flugblätter, welche dreifach vorzulegen sind, ist kurz anzuführen wo, wann und von wem die Flugblätter gefunden wurden.

7. Tragen des SS-Dienstdolches 36 mit Portepes.

Durch die Offiziere (einschl. Revier- u. Bezirksoffiziere) und uniformierten Beamten im Offiziersrange der Ordnungspolizei kann der SS-Dienstdolch mit Portepes des Heeres für die Dauer des Krieges getragen werden.

Der Dolch ist im Bedarfsfalle aus eigenen Mitteln zu beschaffen und kann durch die SS-Kleiderkasse, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 42 (Preis etwa 14.-RM) bezogen werden.

Der SS-Dienstdolch 36 mit Portepes kann zu sämtlichen Anzugarten getragen werden, soweit das Anlegen des Leibriemens nicht erforderlich ist.

(RG Erl. d. HSSuChdPol. i. RMdL v. 20.4.43 - O-Kdo I Wk (1) u. 01 Nr. 3/43).

8. Sturmlaternen und Leuchtstoff:

Von Befehlshaber der Ordnungspolizei sind hier Sturmlaternen und Brennstoff hierzu eingetroffen und zwar:

für die Gend.-Hauptmannschaften	je 2 Stück
" " " - Gebietsführer	je 1 "
" " " - Posten	je 2 "
" " Schutzmannschaftsposten	je 1 " und
" " Gend.-Mot.-Züge	je 3 "

An Brennstoff wird je Lampe 0,3 Liter Petroleum ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt hier durch Hauptwachtm. d. Gend. Bahn, gebietsweise. Behälter für den Brennstoff ist mitzubringen.

9. Schuma: Verlust von Privateigentum:

Privateigentumsverluste durch Bandenüberfall bzw. Feindeinwirkung gelten als Kriegsschäden. Derartige Verlustmeldungen mit den Anträgen auf -entschädigung sind der zuständigen Feld- bzw. Ortskommandatur zu übergeben, die das Weitere veranlasst.

10. Betr. Stiefel und Skihosen.

Von der Zurücknahme der Stiefel und Skihosen wird abgesehen. Ich erwarte jedoch, daß diese Kleidungsstücke pfleglich behandelt werden. Insbesondere sind notwendige Instandsetzungen des Schuhwerks (besohlen, benageln, richten der Absätze) in den Sommermonaten auszuführen. Die Dienststellenleiter prüfen den Zustand dieser Kleidungsstücke und veranlassen das Erforderliche.

11. Bekleidungskammer:

Die Bekleidungskammer ist nur vormittags von 8 - 12 Uhr geöffnet. Sonn- und Feiertage ist die Kammer geschlossen.

12. Schuma-Bekleidung:

Ein Sonderfall gibt Veranlassung darauf hinzuweisen, daß Schuma-Bekleidungsstücke, welche bereits getragen wurden, aber aus irgend welchen Gründen an meine Bekleidungskammer zurückgegeben werden, unbedingt frei von Läusen sein müssen. Sofern auch nur der geringste Verdacht besteht, sind die Kleidungsstücke vor Abgabe an die Kammer zur Entlausung zu geben. Das Gleiche gilt auch für Schlafdecken.

Die Abgabe von Schuma-Bekleidungsstücken oder der Umtausch nicht passender Stücke erfolgt künftig nur noch gegen Vorlage einer Bescheinigung der zuständigen Dienststelle oder wenn die Schutz Männer sich in Begleitung eines Gendarmen befinden.

13. Stielhandgranaten mit Splitterring

Um der Truppe die Möglichkeit zu geben, die Stielhandgranate 24 auch als Verteidigungshandgranate zu verwenden, werden ab März 43 1/3 der zu fertigenden Stielhandgranaten mit Splitterring versehen.

Die Handgranaten mit Splitterring sollen nur im Abwehrkampf und nur aus sicherer Deckung geworfen werden. Die Splitter können in einem Umkreis bis zu 30 m tödlich wirken.

Der Splitterring kann nach Hochstreifen des Klemmringes vom Topf der Handgranate entfernt werden. Jedem Packkasten mit Stielhandgranaten liegt ein Merkblatt bei.

14. Briefpost-Zensur

Es wird aufmerksam gemacht, das Briefpost zensiert wird. In diesem Zusammenhange weise ich nochmals auf das Verbot hin, feindpropagandistische Flugschriften privat zu versenden oder in Besitz zu behalten.

15. Fahndungen:

Folgende Schutzgänger haben sich unerlaubt entfernt und sind zu den Banditen übergelaufen:

Rudoj	Nikolei	geb. 1923, Schumaposten Petruschi wohnhaft in Subaki, Rayon Repki
Jazimon	Anton	geb. 15.5.1913, verh. Schumaposten Schewtschenko, Rayon Repki

Flüchtig ist seit dem 8.5.43 der Sicherheitspolizist

Litwin	Boris,	geb. 6.7.1925 in Makischin Rayon Tupitschew, Bekleidung feldgr. Uniform
--------	--------	--

Wegen Einbruchsdiebstahl ist aus der Haft seit 5.5.43
Flüchtig.

Dowschenko, Gregor, geb. 17.12.1916 in Valta, wohnhaft
in Feodosia-Prodolnaja 16, etwa 1,70
groß, vollschlank, graue Augen, dunk-
le Haare, längl. Gesicht, trägt abge-
tr. dunkl. Anzug, Narbe an der rechten
Hand.

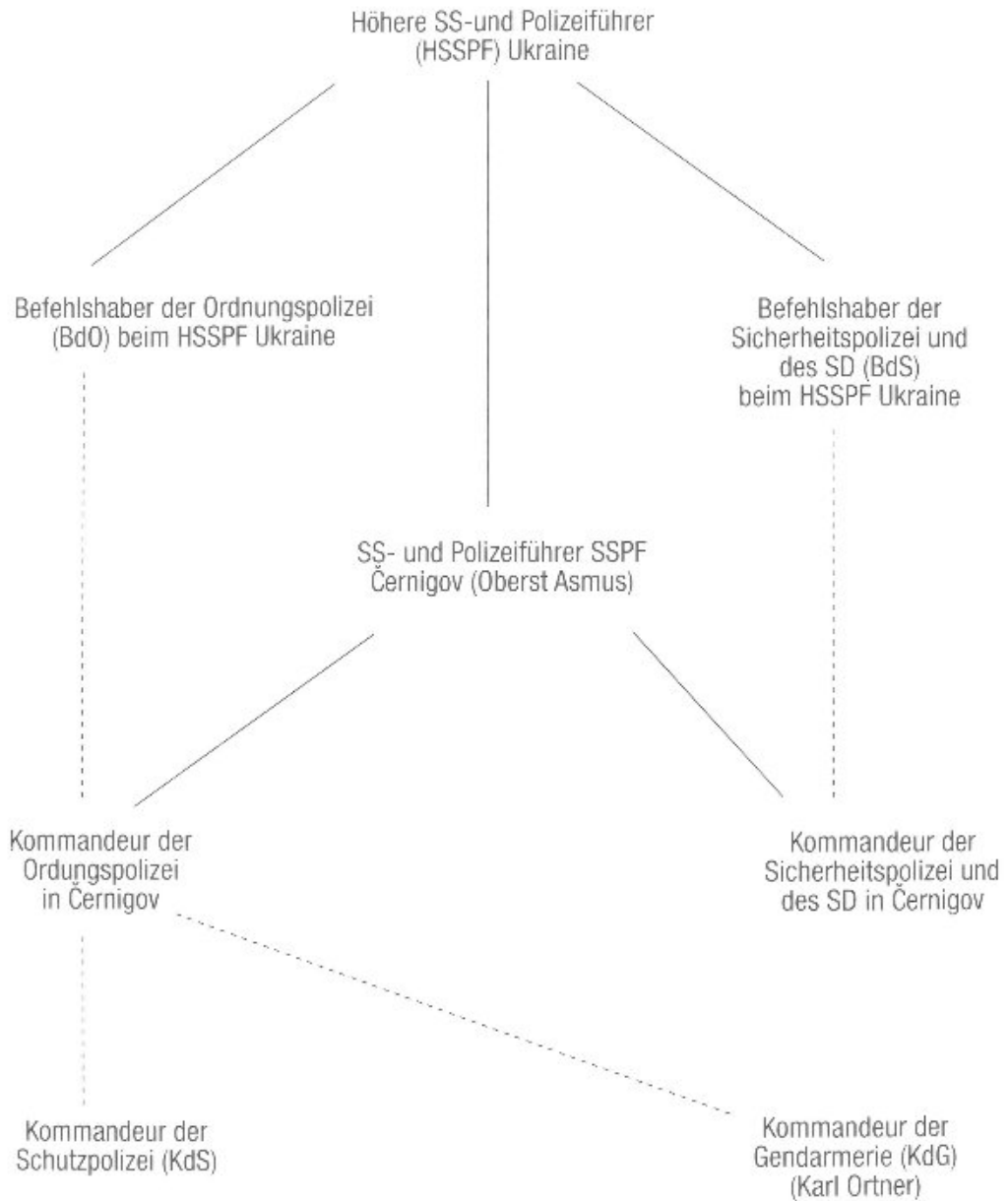
In Falle der Festnahme Meldung anher.

Beglaubigt:

Strogan
Mstr. d. Gd.

gez.: O r t n e r

Obstlt. und Kommandeur.



- Routine Befehlsweg (Auf höherer Ebene: Erhält der BdO vom Chef der Ordnungspolizei, der BdS vom Chef der Sicherheitspolizei)
- Sonderbefehlsweg (Auf höherer Ebene: Erhält der HSSPF vom RFSS Himmler)

Der lange Marsch zur „politischen Hochschule“. Die Grazer Hohen Schulen in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft

Karl von Frisch, Nobelpreisträger des Jahres 1946, wurde 1946 im Alter von sechzig Jahren an die Universität Graz berufen. In seinen zu Mitte der fünfziger Jahre verfaßten Lebenserinnerungen urteilte er über seine Grazer Wirkungsstätte:

„Graz hatte durch den Krieg wenig gelitten. Die schöne Stadt, an den Ausläufern der steiermärkischen Berge in reizvoller Hügellandschaft gelegen, ist klimatisch begünstigt. Tier- und Pflanzenwelt dieser Gegend überraschen den Biologen durch südliche Formen. Die Universität hatte eine ruhmvolle Tradition, die freilich nun in Gefahr stand abzureißen. Als deutscher Vorposten im Grenzland hatte sich die Stadt den nationalsozialistischen Leidenschaften in stärkstem Maße hingegeben und die Universität hatte bei der 'Säuberungsaktion' keinen Respekt vor Leistungen gekannt. Nach dem Ende des Krieges legte der eiserne Besen in umgekehrter Richtung abermals durch die Reihen der Dozenten. Ein Auffüllen der Lücken war um so schwerer, als Berufungen aus Deutschland nur selten in Frage kamen. Man mußte um die Zukunft der Universität besorgt sein.“¹

Dies war also das Ergebnis der Ausrichtung der Wissenschaft nach parteipolitischen Gesichtspunkten durch den Nationalsozialismus. In der Zwischenkriegszeit hatten die Universitäten eine überaus starke Politisierung erlebt, die vor allem von der studentischen Jugend getragen und artiku-

liert wurde. Aus der ersten Hälfte der dreißiger Jahre liegt eine zeitgenössische Einschätzung der politischen Einstellung der Grazer Studentenschaft durch den Rektor der Karl-Franzens-Universität Hans Benndorf vor. Zu Jahresende 1933 richtete er ein Schreiben an Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, in dem er auf die ideologischen Verhältnisse vor allem unter den Studenten hinwies: „Von den rund 3.000 Studierenden der beiden Grazer Hochschulen gehören höchstens 30 % der katholischen, 70 % der national gesinnten Studentenschaft an. ... Es ist meine feste Überzeugung, daß geistige Strömungen, wenn sie einmal eine solche Ausdehnung gewonnen haben, mit Erfolg nicht mit Gewaltmitteln bekämpft werden können. ... Ich bin auch der Überzeugung, daß bei einem beträchtlichen Teil der nationalen Studentenschaft, wobei man nicht vergessen darf, daß unter ihr sich ein großer Teil der besten Söhne unseres Volkes befindet, Drohungen und selbst harte Strafen als Abschreckungsmittel unwirksam sind. Viele von jenen werden vor keinem Opfer zurückscheuen und erfüllt von einer förmlichen Sehnsucht nach Märtyrertum selbst ihr Leben auf Spiel setzen, wenn sie glauben, dies ihren Idealen darbringen zu müssen.“ Benndorf hegte zudem die „sehr ernste“ Befürchtung, daß bei längerem Anhalten dieser Spannungen ein an sich geringfügiges Ereignis „zu einer

¹ Karl von Frisch, *Erinnerungen eines Biologen*, Berlin-Göttingen-Heidelberg 1967, 131.

² Heinrich Macho, Hans Benndorf, in: *Annalen Akad. Wien* 103 (1953) 449-465.

Explosion“³ führen könnte.

Die permanenten Konfrontationen zwischen der deutschnationalen und der katholischen Studentenschaft führten oft genug zu gewaltsamen Auseinandersetzungen auf universitärem Boden. In den letzten Jahren vor dem „Anschluß“ verlegte sich die verbotene deutsche Studentenschaft auf Provokationen und hielt sich und ihre Zielsetzungen, deren vornehmlichste der Anschluß an ein (auch nationalsozialistisches) Deutschland war, weiterhin im Bewußtsein der Öffentlichkeit.

Auch unter den Grazer Professoren und Assistenten überwog die Zahl der Sympathisanten mit großdeutschem und deutschnationalem Gedankengut bei weitem. Deklarierte Nationalsozialisten, unter denen Maximilian de Crinis⁴ der bekannteste war, waren jedoch 1934 entlassen worden. Großdeutsch eingestellt zu sein, sich einer deutschen Kultur nation zugehörig zu fühlen war die Grundstimmung nahezu aller Universitätsangehörigen. Zu den Gepflogenheiten der damaligen Zeit zählte es jedoch, sich gesprächsweise nur im allerengsten Kreis zu politischen Fragen zu äußern, in die Niederungen tagespolitischer Auseinandersetzungen begab sich die Mehrzahl der Universitätslehrer so gut wie gar nicht⁵. So ist es in vielen Fällen nicht einfach, Aussagen zur

politischen Einstellung anhand von Quellen zu belegen. Erst in der „Ausnahmesituation“ der Märzereignisse von 1938 läßt sich manches fassen. Die folgende Darstellung beschränkt sich auf Tendenzen und Streiflichter und erhebt nicht den Anspruch auf eine umfassende und Details in der gebotenen Genauigkeit berücksichtigende Darstellung.

Die Ereignisse im März 1938 und die Veränderungen in ihrem Gefolge

Noch am 13. März 1938 wurde die 1933 aufgelöste Deutsche Studentenschaft wiederum errichtet. Gaustudentenführer war Wilhelm Danhofer⁶. Sowohl an der Universität als auch an der Technischen Hochschule hielt die Studentenschaft demonstrativ triumphale Feiern ab⁷.

An der Karl-Franzens-Universität veranlaßten die „nationalsozialistische Studentenschaft und Professorenschaft“ den amtierenden Rektor Josef Dobretsberger⁸, sein Amt niederzulegen; Prorektor Adolf Zauner⁹ übernahm die Führung der Geschäfte und setzte schon am 14. März anstelle Karl Stix¹⁰ den früheren, aus politischen Gründen in der „Verbotszeit“ in den Ruhestand versetzten Kanzleidirektor Ernst Waidmann wie-

3. Brief Hans Berndorfs an Engelbert Dollfuß ddo 1933 XI 22. - Abgedruckt in: Walter Höflechner, Die Baumeister des künftigen Glücks. Fragment einer Geschichte des Hochschulwesens in Österreich vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis in das Jahr 1938 (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 23; Graz 1998, 475, Anmkg 38.

4. Hinrich Jasper, Maximilian de Crinis (1869-1945), Mod. Diss. Berlin 1991.

5. Als man 1938 Carla Zawisch-Ossenitz im Verlauf eines Verhöres verhört, daß sie vor Studenten inbilligende Äußerungen über die NSDAP gemacht habe, hielt sie fest, daß sie es immer als unter ihrer „Würde betrachtet hatte, mit Studenten zu politisieren.“ - Alois Kernbauer, Carla Zawisch-Ossenitz, in: Alois Kernbauer/Karin Schmidlechner-Lienhart, (Hgg.) Frauenstudium und FrauKarrieren an der Universität Graz (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 33; Graz 1998, 267.

6. Zu Danhofer vgl.: Friedrich Bouvier, Wilhelm Danhofer, in: Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark 88 (1992) 495-498.

7. "In eindrucksvollen Form nahm die nationalsozialistische Studentenschaft von den Grazer Hochschulen Besitz. Die Machtübernahme war verbunden mit einem Gedenken an die im Weltkrieg gefallenen Studenten." - Bilder Welt Nr. 61X vom Sonntag, 20. März 1938.

8. Zu Dobretsberger vgl.: Dieter A. Binder, Karl Maria Stepan - Josef Dobretsberger, Verlorene Positionen des christlichen Lagers (= Reihe Kurzoographien, Karl von Vogelsang Institut; Wien 1992).

9. Adolf Zauner war Professor der Romanischen Philologie und hatte 1935/37 das Amt des Rektors innegehabt.

derum in sein Amt ein. In den folgenden Tagen wurden nahezu alle Inhaber akademischer Ämter ausgetauscht: Das Unterrichtsministerium nominierte Ende März 1938 die neuen Funktionsträger: Hans Reichelt als Rektor, Andreas Posch als Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät, Arnold Pöschl als Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät, Leopold Löhner als Dekan der Medizinischen Fakultät und Karl Polheim als Dekan der Philosophischen Fakultät¹⁰. Als Direktor der Lehramtsprüfungskommission trat an die Stelle des Geologen Franz Heritsch der Anglist Albert Eichler¹¹.

Zu Anfang April erfolgte eine weitere bedeutende Weichenstellung: Karl Brauner¹² außerordentlicher Professor der Mathematik, wurde mit der Unterstützung des Rektors bei der Vorbereitung von Personalanträgen, bei der Einstellung und Verlängerung wissenschaftlicher Hilfskräfte und bei Vorschlägen für die Besetzung von Lehrkanzeln und Supplierungen und bei der „Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses“ betraut¹³. Als Dozentenbundführer war Brauner die einflußreichste Person der Universität, waren ihm doch alle

Schriftstücke von Belang vorzulegen. Gemeinsam mit dem Rektor Hans Reichelt wurde eine Liste von zu entlassenden Universitätsangehörigen erstellt¹⁴.

Am 17. März 1938 tagte der Akademische Senat. Der Antrag des nach Dobretsbergers Rücktritt amtierenden Prorektors Zauner, „den Führer und Reichskanzler“ zu bitten, „die Schirmherrschaft über die Universität Graz zu übernehmen und zu gestatten, daß sie den Titel Adolf-Hitler-Universität“¹⁵ führen dürfe, fand keine Mehrheit. Als später klar wurde, daß dem Senat nur beratende Funktion zukam, dürfte Rektor Hans Reichelt¹⁶ diesen oder einen ähnlichen Antrag¹⁷ an das Reichsministerium weitergeleitet haben, das ihn ablehnte¹⁸. - In dieser Senatssitzung vom 17. März 1938 stand ferner die Aberkennung der Doktorate der beiden ehemaligen Funktionäre der Vaterländischen Front Karl Maria Stepan und Alfons Gorbach auf der Tagesordnung¹⁹.

Wenige Tage nach dem „Anschluß“ dankten die Rektoren der beiden Grazer Hochschulen telegrafisch dem „Führer“²⁰.

An der Technischen Hochschule verliefen die Ereignisse undramatischer. Friedrich Zotter nahm als Rektor noch die Ver-

10 UAG Rekt. Zl 1848 ex 1937/38.

11 Alois Kernbauer, Die institutionelle Entwicklung des Englischunterrichts bzw. des Instituts für Anglistik an der Universität Graz vor dem Hintergrund der Entwicklung des Faches an den Universitäten der Habsburgermonarchie, in: 100 Jahre Anglistik an der Universität Graz, hg. v. Alois Fil und Alois Kernbauer (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 27) Graz 1993, besonders 92-107.

12 Alexander Aigner, Das Fach Mathematik an der Universität Graz (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 15) Graz 1985, 39-40.

13 UAG Rekt. Zl 1955 ex 1937/38.

14 Es ist in diesem Rahmen unmöglich, im einzelnen darauf einzugehen. Einen kurzen schon knappen Hinweis gibt: Christian Fleck, „In seinem Felde alles Unerborene zu leisten...“ Zusammensetzung und Karrieren der Dozentenschaft der Karl-Französischen Reichsuniversität Graz, in: Grenzfeste Deutscher Wissenschaft, Über Faschismus und Vergangenheitsbewältigung an der Universität Graz, Hg. v. Steirische Gesellschaft für Kulturpolitik, Graz 1985, 61.

15 UAG Rekt. Zl 1748 ex 1937/38.

16 Fritz Freiherr Lochner von Hüttenbach, Das Fach Vergleichende Sprachwissenschaft an der Universität Graz (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 5) Graz 1976, 46-56.

17 Dieser Schritt fand keinen Niederschlag in den amtlichen Protokollen der Universität.

18 Die Ablehnung traf im September 1938 an der Universität Graz ein. Das Original konnte nicht aufgefunden werden, so ist es nicht möglich festzustellen, woher Antrag wirklich gestellt und ob bzw. wie die Ablehnung begründet wurde. - UAG Rekt. Protokollbuch Zl 3630.

19 Von zehn Anwesenden stimmten acht für die Aberkennung des Doktorats Gorbachs, während man im Falle Stepans weitere Erhebungen über die Tatbestände pflegen wollte. - UAG Rekt. Zl 1748 ex 1937/38.

20 „Der Rektor der Universität Zauner hat an den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler folgendes Telegramm gerichtet.

eidigung des Lehrkörpers auf Adolf Hitler vor, trat als Rektor am 26. März zurück und wurde ebenso wie die Professoren Gustav Jantsch und Bernhard Baule von der Geheimen Staatspolizei in „Schutzhaft“ genommen und später entlassen. Abgesehen von diesen drei Professoren war niemand aus „rassischen oder politischen Gründen“ entfernt worden²¹, zumal sich im Lehrkörper „bereits viele Nationalsozialisten bzw. praktisch keine exponierten Gegner des NS-Regimes befanden“²².

Am 2. April erfolgte auch an der Technischen Hochschule der Wechsel der akademischen Funktionäre: Prorektor Hans Paul und die Dekane Paul Döll, Karl Hoffmann, Franz Fuhrmann, Adolf Härtel sowie als Vertreter Baules Karl Zaar legten ihre Ämter nieder. Als Rektor folgte Adolf Härtel nach²³.

Am 9. April, also einen Tag vor der Abstimmung, sandte die Technische Hochschule an Hitler eine telegrafische Ergebniserklärung, des „Führers Geburtstag“ wurde derart überschwänglich gefeiert, daß sich die Landeshauptmannschaft weigerte, die Fahnenrechnungen zu begleichen, worauf Rektor Härtel dieses Vorgehen damit rechtfertigte, daß „an der politischen Einstellung der ... Belegschaft dieser Hochschule kein Zweifel aufkommen konnte. Selbstverständlich wirkte diese Art der Ausschmückung werbend und hat zweifel-

los dazu beigetragen, manchen Zögernden günstig zu beeinflussen.“²⁴ Im April 1938 wurde Fritz Todt zum Ehrenbürger der Technischen Hochschule ernannt²⁵.

Die nationalsozialistischen Zielsetzungen

Der Nationalsozialismus verfolgte in der Hochschulpolitik die folgenden Grundsätze: Einführung des Führerprinzips, Mitsprache der „Dozenten-“ und „Studentenschaft“ an der Hochschulverwaltung, „Säuberung“ der Hochschulen, Ideologisierung der Wissenschaft, Abschaffung des Bildungsmonopols des liberalistischen Bürgertums durch gezielte Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern zur Heranbildung einer neuen, der Ideologie treuergebenen Trägerschicht²⁶.

An der Universität Graz vollzogen sich die Entlassungen aus „rassischen“ bzw. politischen Gründen in mehreren Etappen von März bis zum Sommer 1938. In den nachfolgenden Jahren wurden immer wieder personelle Veränderungen mit dem Ziel einer einheitlichen parteipolitischen, ja weltanschaulichen Ausrichtung der Universitätsangehörigen vorgenommen: Pensionierungen und „freiwillige“ Emigration waren die Folgen, innere Emigration bei manchen verbliebenen Universitätsangehörigen eine weitere. Denn die Entlassung

Mein Führer! Die Universität Graz dankt Ihnen jubelnd für die langesährnte Vereinigung mit dem Deutschen Reich im stolzen Bewußtsein, jetzt als südöstlichste deutsche und Grenzlanduniversität unmittelbar teilhaben zu dürfen am glücklichen Wirken des deutschen Volkes.

Der Rektor der Technischen Hochschule Zoller hat an den Führer und Reichskanzler nachstehende Depesche gerichtet: Lehrer und Studenten der Technischen Hochschule Graz bitten ihren Führer, ihren Herabgewogen Dank entgegenzunehmen.“ - Die Grazer Rektoren danken dem Führer. In: Neues Wiener Tagblatt, 16. März 1938. - Die Originale der Telegramme konnten nicht aufgefunden werden.

21 Weingand, Technische Hochschule, 35.

22 Weingand, Technische Hochschule, 43.

23 Weingand, Technische Hochschule, 37.

24 Weingand, Technische Hochschule, 38.

25 Weingand, Technische Hochschule, 45.

26 Volker Losemann, Reformprojekte nationalsozialistischer Hochschulpolitik, in: Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert. Die Entwicklung einer Institution zwischen Tradition, Autonomie, historischen und sozialen Rahmenbedingungen (= Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen 1), Greifswald 1994, 97-115.

und Vertreibung von Juden, politischen Nonkonformisten, exponierten Katholiken war nach Ansicht der Nationalsozialisten bei weitem noch nicht hinreichend für die Verwirklichung ihrer Ziele. Das ganze Ausmaß an Mißtrauen der Partei gegenüber den überwiegend deutschnational gesinnten, aber nichtsdestoweniger noch immer in der Nachwirkung einer liberalen Wissenschaftstradition stehenden Hochschullehrern kam in der von Dozentenbundführer und Rektor gemeinsam im Jänner 1939 getroffenen Feststellung zum Ausdruck: „Das Streben der Führung der Universität Graz geht nun dahin, durch allmähliche Erneuerung des Lehrkörpers jene Voraussetzungen zu schaffen, der die Universität Graz einmal nun bedarf, soll sie den Aufgaben, die ihr als südöstlichste Universität des Reiches gestellt sind, gewachsen sein.

Dazu bedarf es unter anderem, daß von nun an freiwerdende Lehrstühle stets mit Männern besetzt werden, die nicht nur als Wissenschaftler ihren Mann stellen, sondern gleichzeitig einsatzbereite nationalsozialistische Kämpfer sind.“²⁷ Ausdrücklich wurde festgestellt, daß die zu diesem Zeitpunkt an der Universität Graz tätigen Persönlichkeiten diesen Anforderungen nur zum Teil entsprachen.

Die Zielsetzungen gingen also über die von Reichsminister Bernhard Rust im Mai 1938 formulierte Entfernung „fremdrassiger“ Lehrkräfte und solcher Personen, „die in besonders gehässiger Form gegen das deutsche Volk und den Nationalsozialismus sich betätigt haben“²⁸, hinaus.

Die Äußerungen des Rektors und des Dozentenbundführers spiegeln die Grundsätze wider, die in einem 1937 im „Das

schwarze Korps“, dem Zentralorgan der SS, gedruckten Aufsatz formuliert wurden: „Es gibt eine primitive Form des Antisemitismus, die sich darauf beschränkt, den Juden an sich zu bekämpfen.“ Es gehe aber nicht „um den Juden 'an sich' ... , sondern um den Geist oder Ungeist, den sie verbreiten. ... Menschen arischen Geblüts, die sich für den jüdischen Geist empfänglich zeigten und ihm hörig wurden“, galt es auszuschalten. „Ist der Träger dieses Geistes nicht Jude, sondern Deutscher, so muß er uns doppelt bekämpfenswert sein als der Rassejude. ... Es gibt vor allem ein Gebiet, wo uns der jüdische Geist der 'Weißen Juden' in Reinkultur entgegentritt ... die Wissenschaft. Sie vom jüdischen Geist zu säubern, ist die vordringlichste Aufgabe. ... eine jüdisch verseuchte Wissenschaft ... ist die Schlüsselstellung, von der aus das geistige Judentum immer wieder maßgebenden Einfluß auf alle Lebensgebiete der Nation erringen kann...“²⁹

Daneben galt das Hauptaugenmerk des Nationalsozialismus den katholisch-theologischen Bildungsstätten, denn gerade der Katholizismus, zu dem sich unter den Wissenschaftlern und Intellektuellen nur eine Minderheit bekannte, machte in seiner Breitenwirkung - ungeachtet so mancher Einzelercheinungen und Erklärungen von Amtsträgern - in der Bevölkerung eine große Zahl der Gläubigen gegen die nationalsozialistische Ideologie immun. In einer geheimen Arbeitsanweisung der Gestapo vom 18. Juli 1937 hatte es geheißen: „Die für die Ausbildung der katholischen Geistlichen bestimmten Studienanstalten sind die Schulungsstätten des weltanschaulichen Gegners. Die an den katholisch-theologischen Fakultäten der Universitäten, an den

27 UAG Rekt. ZI 787 ex 1938/39.

28 Weingand, Technische Hochschule, 34.

29 Johannes Stark, Weiße Juden in der Wissenschaft, in: Das schwarze Korps v. 15, 7, 1937. - Bernd Engelmann, Einig gegen Recht und Freiheit. Ein deutsches Anti-Geschichtsbuch, München 1975, 281. - Weingand, Technische Hochschule, 39.

philosophisch-theologischen Hochschulen, an den Priesterseminaren wirkenden Lehrer und Dozenten sind die geistigen Führer, Träger und eigentlichen Aktivisten der kulturpolitischen Opposition. Diese Opposition wird vor allem auf denjenigen Wissenschaftsgebieten spürbar, die dem Wandel der Weltanschauungen und den Veränderungen des Zeitgeistes in erster Linie ausgesetzt sind. Dies sind die geisteswissenschaftlichen Fächer und diejenigen Lehrgebiete der Naturwissenschaften, die eine weltanschauliche Grundhaltung zu ihrer Bearbeitung erfordern, also z.B. Biologie, Erblehre, Medizin u.a. Die Ausrichtung des völkischen kulturellen Lebens wird durch den katholischen Wissenschaftsbetrieb gefährdet.³⁰ - So war die de-facto-Aufhebung der Grazer Katholisch-Theologischen Fakultät eine logische Folge. Die Umsetzung dieser Prinzipien in die Realität erwies sich insgesamt aber als schwieriger, als angesichts der mehrheitlich großdeutschen, ja deutschnationalen und anscheinend weitverbreiteten antisemitischen Grundstimmung unter Universitätsangehörigen zu vermuten wäre. Schon 1936 hatte Walter Groß, damals Leiter des rassenpolitischen Amtes, vor dem Hintergrund der Maßnahmen im Deutschen Reich konstatiert, daß die Realisierung der „politischen Hochschule“ wohl erst in einem Jahrzehnt durch das Nachrücken eines ideologisch einwandfreien Nachwuchses realisiert werden könne³¹. Die Tendenz einer durchorganisierten Administration, die selbst vergleichsweise minder bedeutsame Fragen

von „oben“, also von Berlin aus steuern wollte, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß all diesen Maßnahmen nach dem März 1938 ein gerüttelt Maß an Improvisation anhaftete, welches durch die rasante Dynamik der Geschehnisse, durch die Rigorosität der gesetzten Maßnahmen und die Effizienz der Administration im kleinen kaschiert wurde. Dazu kam noch, daß der Mikrokosmos der Gelehrtenwelt und kleiner Universitäten ohne persönliche Bekanntschaften, ja Freund-, aber auch Feindschaften nicht denkbar ist, die sich oft genug gerade eben nicht an Grenzen ideologischer Lager halten, sodaß die Rigorosität so mancher generellen Maßnahme zumindest in der ersten Phase in einzelnen Fällen abgeschwächt wurde. Dem wußten die neuen Machthaber effizient zu begegnen, indem sie Formen der Mehrfachkontrolle schufen, die eine freundschaftlich-schlampig-wohllöbende Exekution mancher Anordnungen unmöglich machten und ein großes Maß an Verunsicherung erzeugten. Zugleich stellten die neuen Kontrollmechanismen die gängige Hierarchie in Frage: Nationalsozialistisch gesinnte Sekretärinnen, Studenten und Assistenten in SA-Uniform schüchterten mit großer Genugtuung nicht der Partei angehörige Professoren ein, deren Autorität plötzlich in Frage gestellt war. Einige - etwa der klassische Philologe Karl Prinz³² - zogen daraus die Konsequenzen, ein einziger nur, der Theologe Johannes Ude, fand klare Worte zur „Reichskristallnacht“³³. Zudem waren die Monate nach dem März 1938 eine Phase

30 Maximilian Liebmann, Die Theologische Fakultät im Spannungsfeld von Universität, Kirche und Staat von 1827 bis zur Gegenwart, in: Tradition und Herausforderung. 400 Jahre Universität Graz, Hg. v. Kurt Freistzler, Walter Höflechner, Hans-Ludwig Hofer und Wolfgang Mantl, Graz 1986, 171.

31 Volker Losemann, Reformprojekte nationalsozialistischer Hochschulpolitik, in: Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert. Die Entwicklung einer Institution zwischen Tradition, Autonomie, historischen und sozialen Rahmenbedingungen, Greifswald 1994, 101.

32 Herbert H. Eggmaier, Karl Prinz (1919-1939), in: Beiträge und Materialien zur Geschichte der Wissenschaften in Österreich, Hg. v. Walter Höflechner (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 11) Graz 1981, 197-213.

33 Maximilian Liebmann, Die „Reichskristallnacht“ - Johannes Ude war nicht zu feige, in: Domus Austriae. Eine Festgabe Hermann Wiesflecker zum 70. Geburtstag, Hg. v. Walter Höflechner, Helmut J. Mezer-Andenberg und Gdmar Pickl, Graz 1983, 263-272.

der Intrige und des Begleichens von „persönlichen Rechnungen“. Wissenschaftliche Qualifikation, das Renommee in der Gelehrtenwelt, über das Wissenschaftler seit 1848 ihr Selbstverständnis definiert hatten, waren plötzlich zu einem minder wichtigen Kriterium herabgesunken; entscheidend waren die parteipolitische Zuverlässigkeit und die weltanschauliche Festigkeit.

Dies zeitigte drastische Folgen. Der Mangel an qualifiziertem Nachwuchs und der Rückgang der wissenschaftlich höchstqualifizierten Forschungstätigkeit wurde von den Nationalsozialisten selbst registriert. Namentlich in der Geschichtswissenschaft wurde ein „Stillstand“ festgestellt, in naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen blieb die deutsche Forschung augenscheinlich vor allem hinter jener in den USA zurück³⁴. Der Mangel an qualifiziertem Nachwuchs und die Maxime einer parteipolitisch ausgerichteten Personalpolitik führten zu Karrieresprüngen des „wissenschaftlich Mittelwertigen, ja Minderwertigen“, wie sich im Falle der Nachbesetzung der Professur für Pharmakologie nach Otto Loewi mit Wilhelm Blume zeigte³⁵.

In den nachfolgenden Jahren stellte sich die Universität - all den Personalmaßnahmen zum Trotz - keineswegs als eine homogene Wissenschafts- und Lehrorganisation dar; so kam es allem Anschein nach zu einer zunehmenden Verhärtung der Fronten zwischen dem Rektor einerseits und dem Dozentenbundführer als dem Vertreter der

Partei andererseits. Vereinfacht könnte man diese Konfrontation auf das Zusammenprallen der unterschiedlich gewichteten primären Interessenslagen des Rektors Karl Polheim bzw. so manchen Dekans als Repräsentanten der Universität einerseits und der Parteivertreter andererseits reduzieren: es waren dies die Reste des Grundkonfliktes zwischen qualifizierter Wissenschaft und linientreuer Parteideologie. Auseinandersetzungen, in denen oftmals Parteigenosse gegen Parteigenosse stand, blieben nicht aus. Am deutlichsten trat dies im Falle des Chirurgen Hans von Seemen zutage, der aufgrund seiner persönlichen Beziehungen zu einem Berliner Ministerialbeamten 1939 gegen den ausdrücklichen Wunsch der Parteivertreter von München nach Graz berufen worden war und der als Nichtmitglied der Partei an der Grazer Klinik einen denkbar schweren Stand hatte. Ab 1940 wurde Seemens Ausschaltung durch Pensionierung betrieben, was zu scharfen Kontroversen führte; die Mehrheit der Fakultätsmitglieder trat auf die Seite Seemens, formulierte - in dieser Zeit kurios genug - zu seinen Gunsten in aller Schärfe Fragen der Rechtsstaatlichkeit und trug diese über Dekan und Rektor an den Reichsminister heran³⁶.

Die Stellung des Rektors wurde durch die 1940 erfolgte Einrichtung des Kurators der drei steirischen Hochschulen, des verlängerten Armes der nichtwissenschaftlichen Staatsverwaltung, geschwächt³⁷. Vom ur-

34 Gerald Lichtenegger, Vorgeschichte, Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus an der Universität Graz, in: Grenzfälle Deutscher Wissenschaft. Über Faschismus und Vergangenheitsbewältigung an der Universität Graz, Hg. v. d. Steirischer Gesellschaft für Kulturpolitik, Graz 1985, 53.

35 Alois Kernbauer, Ein Fallbeispiel universitärer Entscheidungsfindung und der Karriere eines wissenschaftlich „Mittelwertigen, ja Minderwertigen“ im Nationalsozialismus. Die Nachbesetzung der Professur für Pharmakologie an der Universität Graz nach der Entlassung Otto Loewis, in: Mitteilungen der Österreichischen Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte 17 (1997) 131-139.

36 Franz Spatz, Zur Geschichte der Chirurgie an der Karl-Franzens-Universität Graz, Aus dem Nachlaß herausgegeben, ergänzt und fortgeführt von Walter Höllechner (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 18) Graz 1986, 122-125.

37 „Die damit eingeführte Struktur verfolgte ähnliche Zwecke wie das 1975 in Österreich geschaffene Universitätsdirektorat; nur hatte der Kurator mehrere Hochschulen im nichtwissenschaftlichen Bereich zu verwalten.“ - Helmut Engelbrecht, Geschichte des österreichischen Bildungswesens. Erziehung und Unterricht auf dem Boden Österreichs. Bd 5: Von 1918 bis zur Gegenwart, Wien 1968, 328.

sprünglich geplanten „Führer-Rektor“ verblieb nicht viel, Rektor und Professoren fühlten sich „unter Kuratel“ gestellt“. „Mit grimmiger Freude mußten die von der Hochschule pensionierten oder entfernten Kollegen (sofern sie nicht überhaupt weggeschickt oder gar eingesperrt oder außer Landes getrieben waren) mit ansehen, wie diejenigen, die man beließ, und diejenigen, die man aus dem ‚Altreich‘ herholte, in der ersten Zeit öfters vor der Universität stramm zum Appell anzutreten hatten. Der Dozentenführer vergatterte sie. Natürlich gab der NSD-Dozentenbund auch sonst den Ton an. Die Lehrer waren nun gleichgeschaltet. Turnen war nicht nur für die Hörer (für diese als gründliche Sportausbildung), es war nun auch für die Lehrer Pflicht.“³⁸

Eine solche Polarisierung unterblieb an der Technischen Hochschule infolge der weit aus stärkeren Verankerung von hochrangigen Parteifunktionären im Lehrkörper: Rektor Härtel war zugleich Gaudozentenführer und gehörte als Multifunktionär der Partei auch der NSDAP-Gauleitung an“. Armin Dadieu war Professor an der Technischen Hochschule, wurde Gauhauptmann und ab 1943 Gaudozentenführer.

Die Technik war in ihrer Gesamtheit ganz wesentlicher Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie und Propaganda. Wenige Wochen nach dem „Anschluß“ und nur einige Tage vor der Abstimmung vom 10. April veröffentlichte der Leiter des Hauptamtes der Technik und Reichswalter des NS-Bundes Deutscher Technik Fritz Todt einen „Aufruf, der mit den Worten begann: „Der Führer hat die deutschen Ingenieure, Baumeister und Chemiker vor Aufgaben von gewaltiger Größe und kühnsten Ausmaßen gestellt.“ Im folgenden war

von der Lösung der sozialen Frage die Rede, von der Befreiung aus der Einengung übertriebener Spezialisierung und von Entgrenzung ganz allgemein, denn der Nationalsozialismus habe „das Leben, den Menschen selbst wieder zum Maß aller Dinge gemacht“. „Mit dem Einsatz für die größeren Ziele wurde die Technik auch von allen Fesseln kapitalistischen Mißbrauchs befreit.“³⁹

Stellt man die Frage nach einem auf alle österreichischen Universitäten bezogenen Gesamtkonzept der nationalsozialistischen Machthaber, so bestand gewiß die Absicht, die erheblichen Größenunterschiede zu verringern, die am besten anhand der Gesamthörerzahlen des Wintersemesters 1937/38 zu illustrieren sind:

Universität Wien	9.180
Universität Graz	2.015
Universität Innsbruck	1.757
Salzburg: Theologische Fakultät	281
Technische Hochschule Wien	1.763
Technische Hochschule Graz	481
Montanistische Hochschule Wien	137
Hochschule für Bodenkultur Wien	358
Tierärztliche Hochschule Wien	321
Hochschule für Welthandel	817
Akademie der bildenden Künste Wien	252
Konsularakademie Wien	128

Die Bedeutung Wiens als Hochschulstadt sollte verringert werden und langfristig drei ungefähr gleich große Universitäten in Wien, Graz und Innsbruck entstehen. Graz wurde als Hochschulstandort eine besondere Bedeutung für Südosteuropa zugemessen. Der Gauleiter Sigfried Uiberreither formulierte dies im Vorlesungsverzeichnis der Technischen Hochschule Graz für das Wintersemester 1938/39: „Die Lage der Hochschulen der Stadt der Volkserhebung

38 Engelbrecht, Geschichte, 328.

39 Ferdinand G. Smekal, *Alma Universitas. Die Geschichte der Grazer Universität in vier Jahrhunderten*. Wien 1967, 131.

40 Weingard, Technische Hochschule, 46-47.

41 Österreichische Chemiker-Zeitung 41 (1938) 136.

ist Schicksal und Pflicht. Schicksal, weil sie berufen wurden, Grenzschutz zu halten für die deutsche Kultur, Pflicht, weil sie unermüdlich daran arbeiten müssen, das Wissen um die geistigen Güter des deutschen Volkes hinauszutragen zu den deutschen Volksgenossen im Süden und Osten ebenso wie zu den fremden Völkern, die deutsches Wissen achten lernen sollen.“⁴²

Entlassungen, Reaktivierungen, personelle Veränderungen, „Verlegung“ der Katholisch-Theologischen Fakultät

Mit den Ereignissen zu Mitte März und dem damit verbundenen „Erlösungstaumel“ ging auf der anderen Seite eine Verhaftungswelle einher; so mancher wurde wochenlang in „Schutzhaft“ gehalten. Unter den Entlassenen an der Karl-Franzens-Universität waren drei Nobelpreisträger, Otto Loewi⁴³, der entfernt wurde, weil er Jude war, Viktor Franz Hess⁴⁴, weil er Kulturrat im Ständestaat und gläubiger Katholik war und obendrein mit einer nicht „ganz tragbaren“ Frau verheiratet war, und Erwin Schrödinger⁴⁵ seiner politischen Haltung wegen, die er schon in seiner Berliner Zeit an den Tag gelegt hatte. Schrödingers Zeitungsaufruf, am 10. April mit „Ja“ zu stimmen⁴⁶ bewahrte ihm nicht vor der Entlassung.

Schon am 15. März 1938 wurden die Richtlinien für die Vereidigung der Universitätsangehörigen auf Adolf Hitler erlassen, zu der - gemäß den Bestimmungen der

Nürnberger Rassengesetze - „Volljuden“ und „von drei jüdischen Großeltern abstammende jüdische Mischlinge“ nicht zugelassen waren. „Wer sich weigert, den Eid zu leisten, ist vom Dienst zu entheben.“ Der Vorgang der Vereidigung war also der erste Ansatzpunkt, „Säuberungen“ durchzuführen. So manche tatsächlich durchgeführte Vereidigung wurde später wieder rückgängig gemacht.

Der Prozentsatz der Entlassenen betrug an der Juridischen Fakultät 36,8, an der Medizinischen Fakultät 18,0, an der Philosophischen Fakultät 12,7 Prozent, was für die Gesamtuniversität einen Durchschnitt von 16,8 Prozent ergab. Der Prozentsatz lag damit unter dem der Universität Wien und über dem der Universität Innsbruck⁴⁷.

Aber auch nach 1939 schied der eine oder andere Universitätsangehörige aus. Ein Fallbeispiel für zunehmende Schwierigkeiten mit den nationalsozialistischen Machthabern war der Internist Wilhelm Berger, der in keiner Weise mit dem Nationalsozialismus sympathisierte, der sich politisch aber nie deklariert hatte, außer daß er praktizierender Katholik war. 1936 noch war seine Berufung an die Universität Zürich durch eine Verbesserung der personellen Ausstattung der Klinik abgewehrt worden. Im Jahre 1940 zog Berger die Konsequenzen aus den zunehmenden Schwierigkeiten mit dem System, kehrte von einer Reise nach Italien nicht mehr zurück und emigrierte in die USA⁴⁸.

An der Technischen Hochschule wurde nie-

42 Zitiert nach Weingand, Technische Hochschule 47.

43 Fred Lombeck: Wolfgang Götz, Otto Loewi, Ein Lebensbild in Dokumenten. Biographische Dokumentation und Bibliographie. Berlin-Heidelberg New York 1986.

44 Rudolf Steinmauer, Viktor Franz Hess, in: Almanach Akad. Wiss. 116 (1968) 317-328.

45 Heimito Rechenberg, Erwin Schrödinger (1887-1961) und Louis Victor de Broglie (1892-1987), in: Die großen Physiker, 2. Band von Maxwell bis Gell-Mann, Hg. v. Karl von Meyern, München 1997, 285-300.

46 Die Hand jedem Willigen. Bekenntnis zum Führer. Ein hervorragender Wissenschaftler meldet sich zum Dienst für Volk und Heimat, in: Tagespost, 31. März 1938, 8.

47 Walter Höflechner, Zur Geschichte der Universität Graz, in: Tradition und Herausforderung. 400 Jahre Universität Graz, Hg. v. Kurt Freisitzer, Walter Höflechner, Hans-Ludwig Holzner, Wolfgang Mantl, Graz 1985, 58.

48 Gustav Mittelbach, Die innere Medizin in Graz, Gölitzsw. Diss. Graz 1985, 129.

mand aus „rassischen“ und nur ganz wenige aus politischen Gründen entlassen.

Nach einigem Zögern wurde die Katholisch-theologische Fakultät mit Wirkung vom 1. April 1939 mit jener der Universität Wien „vereinigt“, was einer Aufhebung gleichkam: drei Professoren wurden tatsächlich an die Universität Wien überstellt, die übrigen entlassen.

Diese Zeit war eine Phase der Denunziationen und des Begleichens alter „persönlicher Rechnungen“; zugleich zeigte sich die in den vorangegangenen Jahren erfolgte Unterwanderung der Universität durch Nationalsozialisten. Als Fallbeispiel sei das Institut für Anglistik erwähnt, dessen Vorstand Albert Eichler sich 1938 rühmte, nie der Vaterländischen Front angehört zu haben; Eichler war in der Folgezeit stellvertretender Rektor: der Lektor für englische Sprache Victor Adams hatte sich 1935 nachweislich als nationalsozialistischer Kurier betätigt, konnte aber nicht angeklagt werden, weil er britischer Staatsbürger war und die Diplomatie des Vereinigten Königreiches zu seinen Gunsten intervenierte⁴⁹.

Eine Folge des politischen Umbruchs waren an der Karl-Franzens-Universität Anträge auf sofortige Beförderung - zumeist in den Rang des ordentlichen Professors - von zwölf Universitätsangehörigen, die in den allermeisten Fällen allerdings erst im Verlaufe der nachfolgenden Jahre durchgeführt wurde. Auch an der Technischen Hochschule erfolgte die Ernennung Armin Dadius zum ordentlichen Professor erst 1940⁵⁰. - Eine Welle von Reaktivierungen der seit 1934 aus politischen Gründen Entlassenen war die Folge. Die Universität ver-

stand dies sehr weitgehend, wenn sie etwa versuchte, den mittlerweile in Deutschland schon längst zu Ordinarienehnen gelangten Maximilian de Crinis wieder an die Universität zu holen.

Noch im März 1938 begann man mit der Erfassung der Studenten, allen voran der jüdischen Hörer, deren Zulassung zum Studium kraft eines ministeriellen Bescheides vom Mai 1938 fürs erste im Wirkungsbereich der Universitäten blieb⁵¹. Zum Studium war nur zugelassen, wer den Kriterien der Partei entsprach. Die Studentenschaft wurde von „rassischen Fremdkörpern“ und von - soweit eruierbar - „politisch Unzuverlässigen“ gesäubert. In den ersten Monaten war es unmöglich, Ahnenpässe zu beschaffen. So behalf man sich im Sommersemester damit, von den inskribierenden Studenten ein entsprechendes Formular ausfüllen und die darin gemachten Angaben ehrenwörtlich bestätigen zu lassen.

Im Verlauf des Jahres 1938 sank die Zahl der Studierenden an allen ehemals österreichischen Hochschulen um ca. 6 Prozent; am stärksten war der Rückgang an der Universität Wien mit 10 Prozent, am geringsten an den Technischen Hochschulen. Einzig die Hochschule für Welthandel verzeichnete einen Hörerzuwachs. Nach einer in der NS-Zeit erstellten Statistik waren an allen österreichischen Hochschulen im Wintersemester 1937/38 bei einer Gesamtinskriptionszahl von 17.490 Hörern 1.864 Studierende mosaischen Religionsbekenntnisses eingeschrieben; davon entfielen auf die Universität Wien 1.375, auf die Universität Graz 37 und auf die Universität

49 Alois Kernbauer, Die institutionelle Entwicklung des Englischunterrichtes bzw. des Instituts für Anglistik an der Universität Graz vor dem Hintergrund der Entwicklung des Faches an den Universitäten der Habsburgarmarchie, in: 100 Jahre Anglistik an der Universität Graz, hg. v. Alwin Fill und Alois Kernbauer (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 27) Graz 1993, 123-124.

50 Alois Kernbauer, Das Fach Chemie an der Philosophischen Fakultät der Universität Graz (= Publikationen aus dem Archiv der Universität Graz 17) Graz 1985, 360-366.

51 UAG Rekl. Z. 2334 ex 1937/38.

Innsbruck 4. An der Technischen Hochschule in Graz waren es 6, während die Zahl an der Technischen Hochschule Wien 215 betrug⁵².

Jüdische Hörer, die ihr Absolutorium im Verlauf des Studienjahres 1937/38 erlangen konnten, wurden zur Promotion zugelassen⁵³, wobei der Ablauf der Doktorgradverleihung eigens geregelt wurde⁵⁴.

Die Entwicklung der Studentenzahlen

Die Gesamthörerzahl der Karl-Franzens-Universität⁵⁵ sank bis zum 2. Trimester 1940 rapide ab, nahm in der Folgezeit wiederum kontinuierlich zu und erreichte den tiefsten Wert im Wintersemester 1944/45 bzw. in dem schon nach Kriegsende stattfindenden Sommersemester 1945. In der Tendenz ganz ähnlich entwickelten sich die Hörerzahlen an der Technischen Hochschule⁵⁶. Die genaue statistische Untersuchung der Hörerschaft der Universität Graz ergab in den grundsätzlichen Entwicklungslinien - etwa bei der prozentuellen Zunahme des Frauenanteils unter der Studentenschaft - eine weitgehende Übereinstimmung mit der studentischen Entwicklung an den allermeisten reichsdeutschen Hohen Schulen. Eine Besonderheit stellte jedoch die starke Zunahme des Anteils der aus dem „Altreich“ stammenden Hörer dar, aus dem mehr als die Hälfte der an der Karl-Franzens-Universität erstmals inskribierenden Studenten stammte. Dies bewirkte eine prozentuelle

Abnahme des Anteils der aus dem „österreichischen Bundesgebiet“ stammenden Studenten. Von allen Fakultäten erlebte die Medizinische Fakultät den größten Zustrom.

Studentenkompanie

Wie an den allermeisten medizinischen Fakultäten der Universitäten des Deutschen Reiches baute die Wehrmacht auch an der Universität Graz eine Studentenkompanie zum Studium der Medizin auf. Die Grazer Kompanie wurde am 27. März 1941 aufgestellt, unterstand der Sanitäts-Abteilung Graz, wurde mit 15. Oktober 1943 in zwei Kompanien restrukturiert und am 24. März 1944 in „Sanitäts-Offiziers-Ergänzungs-Abteilung Graz“ umbenannt, die am 20. November 1944 aufgelöst wurde. Im November 1944 wurde die Grazer Kompanie infolge eines Bombenschadens nach Innsbruck verlegt und in die dortige eingegliedert. Die Zahl der in Graz studierenden Wehrmachtangehörigen lag zwischen 80 und 130, die ursprünglich kaserniert, dann privat untergebracht waren. Der soldatische Dienstbetrieb bestand lediglich aus Appellen, die an Werktagen zeitweise täglich in der Kaserne Gösting stattfanden. In den Semesterferien der Jahre 1943 und 1944 wurden Lehrgänge auf der Roßbachalpe und Hochgebirgsübungen am Groß-Venediger und in den Hohen Tauern durchgeführt⁵⁷.

52 Besuch der Hochschulen und höheren Lehranstalten im Wintersemester 1937/38, in: Verordnungsblatt für den Dienstbereich des Ministeriums für innere und kulturelle Angelegenheiten, Jg. 1938, v. 1.9.1938, 67-70.

53 JAG Rekt. Zl 2868 ex 1937/38.

54 Abgedruckt in: Walter Höflechner, Zur Geschichte der Universität Graz, in: Tradition und Herausforderung, 400 Jahre Universität Graz, Hg. v. Kurt Freisitzer, Walter Höflechner, Hans-Ludwig Holzer, Wolfgang Marti, Graz 1985, 59.

55 Monika Hofstätter, Die Studentenschaft der Universität Graz, Wintersemester 1937/38-Sommersemester 1945, Geisteswiss. Diplomarbeit, Graz 1998.

56 Weingand, Technische Hochschule 76.

57 Wolfgang Rugs, Unternehmer Aesculap, Die Studenten-Kompanien der Wehrmacht 1939-1945, Genabr. Jck 1995, 27-28.

Im Herbst 1940 wurde die 1937 gegründete SS-Ärztliche Akademie von Berlin nach Graz verlegt⁵⁸, wo sie im Gebäude der Landes-Taubstummenanstalt, Rosenbergtügel 12, untergebracht wurde. Erst kurz vor Kriegsende wurde sie aufgelöst.

Die SS-Ärztliche Akademie blieb in allen Belangen Teil der SS. Die Beziehungen zur Grazer Medizinischen Fakultät bestanden darin, daß die Angehörigen der Akademie an der Fakultät die Lehrveranstaltungen - im übrigen in Zivil - besuchten und ihre Prüfungen ablegten, bei denen auch stets der Kommandeur oder einer der Lehrgangsführer der SS-Ärztlichen Akademie anwesend zu sein pflegte. Ferner übten zwei SS-Ärzte, die ihre Lehrbefugnis in Berlin erhalten hatten, diese als Dozenten an der Medizinischen Fakultät aus, und zwar im Bereich der Internen Medizin und auf dem Gebiet der Medizingeschichte.

Im Unterschied zu Berlin waren die angehenden SS-Ärzte in Graz kaserniert und hatten neben dem Universitätsstudium ein zusätzliches, intern organisiertes Ausbildungsprogramm, das von Reiten über Sport und Kraftfahrerschulung bis hin zur Sprachausbildung reichte, zu absolvieren. Vor Eintritt in die Akademie hatten alle Teilnehmer die Ausbildung zum Truppenoffizier zu durchlaufen.

„An der Akademie bestanden immer zwei Lehrgänge unter je einem Lehrgangsführer: ein vorklinischer 5semestriger und ein ebenso 2 1/2 Jahre dauernder klinischer Lehrgang. Die einjährige Medizinalpraktikantenzeit wurde in einem SS-Lazarett anschl. abgeleistet. Die Gesamtausbildungszeit einschl. Truppenausbildung zur

Approbation und Einstellung als Truppenarzt dauerte als 8 - 8 1/2 Jahre.“⁵⁹

Zum Ausbildungsprogramm gehörten „Referats- und Diskussionsabende mit aktuellen Themen aus Wissenschaft, Politik und Kunst. Vom Reichsarzt der SS und Polizei, Prof. Dr. Grawitz, wurden diese Zusammenkünfte als ‚Verein der freien Aussprache‘ bezeichnet. Die Abende standen unter seiner persönlichen Leitung, bzw. der Leitung des Chefs des Sanitätswesens der Waffen-SS, Dr. Gensken, oder des Kdr. der Akademie.“⁶⁰

„Der Kriegsausbruch störte dann stark den Ausbildungsgang der Sanitäts-Junker. Diese drängten alle zur Front, weil jeder glaubte, keine Frontbewährung bei den ‚Blitzkriegen‘ am Anfang zu erhalten. Auch die Junker ohne halben oder ganzen Studienabschluß drängten zur Front. Die klinischen Semester konnten nicht wie im 1. Weltkrieg als Feldunterarzt oder Feldhilfsarzt verwendet werden, da es derartige Stellen bei der Truppe im 2. Weltkrieg nicht mehr gab. Auch die vorklinischen Semester konnten wegen ihres Dienstgrades, den sie bei Eintritt in der SS-Akademie als Ustuf. (Lt.) bereits erreicht hatten, nicht mehr als Sanitäter eingesetzt werden. Die Zwischenlösung, die Arztjunkere in den großen Universitätsferien (hauptsächlich Juli-Okt. 1940 und 1941) jeweils als Zugführer zur Fronttruppe zu kommandieren, führte zu großen Ausfällen, während des gesamten Krieges etwa 12 Prozent der Angehörigen der Akademie.“⁶¹

Der Akademie gehörten insgesamt ca. 200 Auszubildende an, von denen während der viereinhalb Grazer Jahre ca. 15 das Medizinstudium abschlossen.

Die bislang bekannte Quellenbasis gibt

58 Harzer, Die SS-Ärztliche Akademie in Graz, in: Der Freiwillige 5 (1967): 9-10.

59 Harzer, Die SS-Ärztliche Akademie in Graz, in: Der Freiwillige 5/67, 9.

60 Harzer, Die SS-Ärztliche Akademie in Graz, in: Der Freiwillige 5/67, 9.

61 Harzer, Die SS-Ärztliche Akademie in Graz, in: Der Freiwillige 5/67, 9.

Aufschluß über die von Berlin aus bis hin zu Kleinigkeiten gelenkte Administration der Akademie, wobei zumeist nichtig erscheinende Verstöße gegen die Disziplin den Hauptteil dieser Korrespondenz ausmachen. Diese Akten vermitteln den Eindruck rigorosester Disziplin innerhalb der Akademie.

Die Aussage, derzufolge Skelette von im Konzentrationslager Mauthausen bzw. im Nebenlager Gusen Ermordeten in die Grazer Akademie geschickt wurden⁶², findet sich in diesem Aktenbestand für einen Fall bestätigt⁶³.

Organisatorische Neuordnungen

Mit März 1938 begann eine Periode rascher organisatorischer Veränderungen, von denen nur einige exemplarisch aufgezeigt seien: Mit Erlaß vom 6. April 1938 wurde generell die Lehrbefugnis jüdischer Privatdozenten „bis auf weiteres widerrufen“. - Zu Anfang Juni 1938 wurden sämtliche katholischen und jüdischen Studentenverbindungen und -vereine aufgelöst. Das Vermögen der katholischen Verbände wurde beschlagnahmt. - Unmittelbar danach, am 11. Juni 1938, legten die Grazer Waffenstudenten freiwillig ihre Farben nieder, existierten teilweise aber als Kameradschaften innerhalb des Studentenbundes weiter⁶⁴. Der NSDStB Österreichs wurde als „Bereich Südost“ in den Studentenbund des Reiches eingegliedert.

Der studentischen Organisation entsprach auf der Ebene der Hochschullehrer der NS-Dozentenbund. Am 15. März 1938 wurde der gesamte Lehrkörper der Technischen

Hochschule in die „Fachschaft NSWDAP Lehrerbund, Fachschaft Technische Hochschule 'NSDAP Lehrerschaft'“ zusammengefaßt und Karl Lindner mit der Durchführung betraut. Lindners Ernennung zum Dozentenbundführer erfolgte erst im September 1938⁶⁵.

Die Reifeprüfung als alleiniges Zulassungskriterium wurde durch verschiedene Regelungen untergraben. So wurden Einrichtungen geschaffen, über die man Zutritt zum Studium erhielt. Voraussetzung für die Aufnahme solcher Kandidaten war der Nachweis „deutschen oder artverwandten Blutes“, Loyalität gegenüber dem nationalsozialistischen Staat und Betätigung in der NSDAP oder deren Gliederungen. „Sonderreifeprüfungen“ machten begabten Fachschulabsolventen das Studium möglich, die „Begabtenprüfung“ berechnete zum Studium in einem bestimmten Fach, für das der Kandidat besondere Neigungen zeigte.

Am 17. Mai 1939 wurde verfügt, daß „Absolventen der ostmärkischen Realschulen zunächst ohne Nachweis von Kenntnissen aus Latein als ordentliche Hörer in das Studium der Medizin aufgenommen werden.“ Die Studenten hatten die Lateinkenntnisse jedoch bis zur Anmeldung zum I. medizinischen Rigorosum nachzuweisen. - Zum Studium zugelassen waren bei „besonderer Eignung“ auch Absolventen von Lehrerbildungsanstalten nach Erwerb des Lehramtes für Volksschulen, wobei dies nur mit Sondergenehmigung möglich war.

Für herausragend Begabte wurde das „Langemarek-Studium“ geschaffen, das Begabte aus allen „Schichten, Ständen und Berufen“ im Alter zwischen 17 und 24

62 Ernst Klee, Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1997, 43.

63 Genaueres dazu in der von mir in Vorbereitung befindlichen Gesamtdarstellung. Meine Nachforschungen sind noch nicht abgeschlossen.

64 Wanggart, Technische Hochschule, 30.

65 Weingand, Technische Hochschule Graz, 34.

Jahren auf das Hochschulstudium vorbereitete. Man konnte sich für dieses Studium nicht bewerben. Für mittellose Kandidaten trug der Staat die Kosten. Ein solcher Lehrgang wurde für die „Ostmark“ nur in Wien eingerichtet.

Mit Runderlaß vom 15. März 1938 wurde eine Neufassung der Promotionsordnung in der Absicht veranlaßt, die österreichischen Regelungen denen im „Altreich“ anzupassen; im letzten Absatz wurde das Zitieren jüdischer Verfasser angesprochen: „Ein grundsätzliches Verbot für Doktoranden auszusprechen, jüdische Autoren in ihren Arbeiten zu zitieren, ist nicht möglich. Dagegen sind jüdische Autoren stets mit Zurückhaltung anzuführen, und zwar auch dann, wenn andere Literatur nicht vorhanden ist. Dies zu prüfen, muss im Einzelfalle der Fakultät überlassen bleiben. Grundsätzlich bestehen keine Bedenken, jüdische Autoren dann zu zitieren, wenn es in der Absicht geschieht, ihre Auffassung zu widerlegen oder zu bekämpfen. In allen Fällen aber darf die Tatsache der Verwendung jüdischer Literatur nicht unerwähnt bleiben; das Literatur-Verzeichnis hinsichtlich der jüdischen Verfasser ist auf das unbedingt notwendige Material zu beschränken.“⁶⁶

Mit 30. Jänner 1940 wurde die Ordnung der Prüfung für das Lehramt an Höheren Schulen im Deutschen Reich“ als Rund-erlaß bekanntgemacht. Mit April 1939 trat eine neue medizinische Studienordnung in Kraft, die die angehenden Mediziner dazu verpflichtete, im Verlauf ihres auf fünf Jahre konzipierten Studiums sechs Wochen Fabriks- oder Landdienst, die Medizin- studentinnen vier Monate Krankenpflege-

dienst abzuleisten.

In vielen Fächern wurde das Diplom- studium eingeführt.

Anmerkungen zur Entwicklung bis zum Jahre 1945

An der Universität wurden mehrere neue Institute geschaffen, so etwa ein Musik- wissenschaftliches Institut, der Versuch des Ausbaus des chemischen Instituts, eine Forschungsstelle für atmosphärische Wirbel und eine eigene Abteilung für technische Physik am Physikalischen Institut seien erwähnt. Das Rasserechtliche Seminar bestand ebenso wie die Vertretung des Faches Geschichte der Medizin nur kurz. Die Einrichtung einer Lehrkanzel für Rassenkunde, Bevölkerungspolitik und Erblehre unterblieb, die einschlägigen Lehr- veranstaltungen wurden vom Hygieniker übernommen. Der Slawist Josef Matl ent- faltete eine rege Aktivität in Südosteuropa und war mit seinen Berichten dem Regime im höchsten Maße dienlich⁶⁷.

Im Jahre 1939 erfolgte die Errichtung einer Hochschule für Musikerziehung, die - in drei Abteilungen gegliedert - für 80-120 Studierende konzipiert war und im Schloß Eggenberg untergebracht wurde⁶⁸.

Die Beschädigungen an den Gebäuden der Universität hielten sich in Grenzen, während die Technische Hochschule schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde, beson- ders durch den Bombenangriff vom 1. November 1944.

In den letzten Monaten vor Kriegsende ver- lagerte man viele Institute in die Ober-

66 UAG Rekt. ZI 2059 ex 1937/38.

67 Der noch nicht abschließend geordnete, im Steiermärkischen Landesarchiv befindliche Bestand wird vielleicht zu Anfang des nächsten Jahrhunderts zugänglich sein.

68 Erich Marckl, Geschichte und Leistung der Akademie für Musik und darstellende Kunst in Graz, in: Berthold Sauter - Gernot D. Hasiba (Hgg.): Die Steiermark. Land, Leute, Leistung, Graz 1971, 764-797. Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung, Graz-Wien 1986, 197-198.

steiermark.

Im letzten Studienjahr wechselten nochmals die akademischen Amtsträger.

Der Lehrveranstaltungsbetrieb des Sommersemesters 1945 begann nicht mehr vor dem Ende des Krieges. Die Hohen Schulen wurden nahezu von allen angesichts der anrückenden sowjetischen Truppen verlassen. Rektor Hafferl war einer der wenigen, der an der Universität⁶⁹ verblieb.

69 Alois Kernbauer, Von der Reichs- zur Karl-Franzens-Universität, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 25, Graz 1994, 361-398.

Sowjetische Besatzungszeit in Graz. Überprüfung von Mythen

1. Forschungsstand und Quellenlage

Das Jahr 1945 ist für den Historiker durch seine rare Quellenlage schwer erforschbar. Das NS-System bricht zusammen, die Bürokratie des neuen österreichischen Staates beginnt erst mit der britischen Besatzungsmacht richtig zu funktionieren. Die Zeit der sowjetischen Besatzung, die in Graz 10 Wochen dauerte, nämlich von 8. Mai bis zum 23. Juli 1945, ist daher schwer erschließbar, und trotzdem ist sie im kollektiven Gedächtnis der Grazerinnen und Grazer von großer Bedeutung. Mythen und Ängste, Verluste und Hoffnungen verdichten sich in jener Zeit. Hauptlinie der weiteren Ausführungen soll es daher sein, die herrschenden Mythen der erschließbaren Realität gegenüber zu stellen.

Grundlegende Forschungen zum Thema: sowjetische Besatzungszeit liegen von Manfred Rauchensteiner vor, wobei er vor allem das Kriegsende und die Rolle der Be-

satzungsmächte im Vergleich fokussiert.¹ Winfried Aichinger lieferte mit seiner Untersuchung zur sowjetischen Österreichpolitik von 1943 bis 1945 eine wichtige Basis für weitere Forschungen.² Neuere Erkenntnisse zur Besatzungszeit im Allgemeinen und auch zur sowjetischen Besatzung im Besonderen finden sich im eben erst erschienenen Band: „Österreich unter Alliiertter Besatzung 1945-1955“.³ Doch steht bisher eine umfassende Forschungsarbeit zu diesem Thema unter systematischer Einbeziehung von russischem Quellenmaterial, wie es etwa für die britische Besatzung durchgeführt wurde, noch aus. Für ein tieferes Verständnis der sowjetischen Position und eine Gesamtschau der Zusammenhänge, wird es aber unerlässlich sein, sich auch auf sowjetische Quellen zu stützen.

Die sowjetische Besatzungszeit in der Steiermark wurde bisher in einigen Forschungsbeiträgen von Stefan Karner⁴ bear-

- 1 Manfred Rauchensteiner, 1945, Entscheidung für Österreich, Graz-Wien-Köln 1975; ders., Der Sonderfall, Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, Graz, Kovačič, 1996; ders., Wolfgang Eischmann, (Hg.), Österreich 1945. Ein Ende und viele Anfänge, Forschungen zur Militärgeschichte, Bd. 4, Graz-Wien-Köln 1997.
- 2 Winfried Aichinger, Sowjetische Österreichpolitik 1943 - 1945, Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 1, Wien 1977.
- 3 Alfred Ableitinger, Siegfried Beer, Eduard G. Staudinger (Hg.), Österreich unter Alliiertter Besatzung 1945-1955, Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 63, Wien-Köln-Graz 1998. (= Ableitinger, Beer, Staudinger, Alliierte Besatzung, Vgl. vor allem die Beiträge: Oliver Rathkolb, „Historische Fragmente und die „unerlöste Geschichte“ von den sowjetischen Ansichten in Österreich 1945“, in: Ableitinger, Beer, Staudinger, Alliierte Besatzung, S. 137 - 159; und Klaus-Dieter Mülley, „Befreiung und Besatzung, Aspekte sowjetischer Besatzung in Niederösterreich 1945 - 1948“, in: Ableitinger, Beer, Staudinger, Alliierte Besatzung, S. 361 - 401).
- 4 Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich 1938 - 1945, Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung, Graz-Wien, 3. Auflage 1996; ders., „Ich bekam zehn Jahre Zwangsarbeit“, Zu der Verschleppungen aus der Steiermark durch sowjetische Organe im Jahr 1945, in: Siegfried Beer (Hg.), Die „britische“ Steiermark 1945-1955, Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Bd. XXXVII, Graz 1995, (=Beer, Britische Steiermark); Nicht die Steiermark betreffend, aber grundlegend sind weiter: ders., Zur Politik der sowjetischer Besatzungs- und Gewahrsamsmacht, Das Fallbeispiel, Margarethe Göttinger, in: Ableitinger, Beer, Staudinger, Alliierte Besatzung, S. 401 - 431; ders., (Hg.), Burgenland 1945, Beiträge zur Landes-Sonderausstellung 1985, Eisenstadt 1995.

beitet. Weitere grundlegende Beiträge liegen von Siegfried Beer⁵ und Josef Desput⁶ vor. Hervorzuheben ist der „Jubiläumsband“ „Graz 1945“⁷, der einige wichtige Forschungsbeiträge enthält, so etwa die militärgeschichtliche Untersuchung von Felix Schneider⁸ und den aufschlußreichen Beitrag zur Grazer Stadtverwaltung von Gerhard Marauschek⁹. Die innovative Habilitationsschrift von Karin Schmidlechner, die, ausgehend von der Gender-Forschung, der Methode der Oral-History verpflichtet ist, liegt seit kurzem als Publikation vor.¹⁰ Das Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz hat sich um die Sammlung von Oral History Material gerade auch zum Jahr 1945 verdient gemacht.¹¹ In den letzten Jahren sind in der Steiermark auch immer wieder regionalgeschichtliche Beiträge zum Jahr 1945 - und somit auch zur sowjetischen Besatzungszeit - erschienen.¹²

Für die Ausstellung und den folgenden Forschungsbeitrag ist es dem Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung gelungen, einige, für die Stadt Graz relevante sowjetische Quellen aus den russischen Archiven zu bekommen. Für die Überse-

tzungsarbeit danke ich an dieser Stelle herzlich Frau Mag. Hermine Prügger. Weiters konnte ich durch die Bearbeitung der Lageberichte der Grazer Polizei statistische Größen zum Thema Vergewaltigungen und Plünderungen erheben. Schließlich wurden lebensgeschichtliche Interviews von mir geführt, die dem personenbezogenen Konzept der Ausstellung Rechnung tragen und in die folgenden Ausführungen einfließen werden. Der vorliegende Forschungsbeitrag soll keine umfassende Darstellung der sowjetischen Besatzungszeit in Graz bieten, vielmehr soll neu erschlossenes Quellenmaterial vorgestellt werden.

2. Einmarsch der Sowjets - Besatzung oder Befreiung

Das Kriegsende 1945, der 8. Mai, wird nach wie vor kontroversiell gedeutet. Einerseits symbolisiert dieser Tag das Ende der NS-Diktatur, andererseits bedeutet er den Beginn einer Fremdherrschaft, die mehr als die vergangene auch als eine solche empfunden wurde. Othmar Pickl faßt im Geleitwort zum Band „Die britische Steiermark 1945-1955“ die damalige Situation

5 Siegfried Beer, Von der russischen zur britischen Besetzung der Steiermark. In: BHK 59, Graz 1985, S. 103-120; ders., Alliierte Planung, Propaganda und Penetration 1943-1945. Die künftigen Besatzungsmächte und das wiederzuerichtende Österreich, von der Moskauer Deklaration bis zur Befreiung. In: Das Bürgerland im Jahre 1945. Stefan Karner (Hg.), Eisenstadt 1985, S. 16-20; ders., Zur Situation der Steiermark im Jahre 1945. Zwei Berichte des amerikanischen Geheimdienstes OSS bzw. SSJ über Besatzung und Universitätsleben in den ersten Nachkriegsmonaten. In: Informationen für Geschichtslehner 6, 1965, S. 14-26.

6 Josef Desput, Das Jahr 1945 in der Steiermark. In: Österreich in Geschichte und Literatur 30, Wien 1986, S. 120-138.

7 Helfried Valertitsch, Friedrich Bouvier (Hg.), Graz 1945. Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 29, Graz 1994 (= Graz 1945).

8 Felix Schneider, Die militärischen Operationen in der Steiermark. März bis Mai 1945. In: Graz 1945, S. 17-47.

9 Gerhard Marauschek, Die Grazer Stadtverwaltung im Jahre 1945/46. In: Graz 1945, S. 161-183.

10 Karin M. Schmidlechner, Frauenleben in Männerwelten. Kriegsende und Nachkriegszeit in der Steiermark. Studien zur Gesellschaft- und Kulturgeschichte, Bd. 10, Wien 1997. (= Schmidlechner, Frauenleben)

11 Gerald Schölper, Peter Felbenbacher, Graz seit 1945. Daten, Fakten, Kommentare. Graz 1995, ders., 1945 - Augen und Ohrenzeugen berichten. In: Steirische Berichte, Bd. 3, 1985, S. 8-15.

12 In Auswahl: Johann Andritsch (Hg.), Judenburg 1945. In: Augenzeugenberichte, Judenburger Museumsschriften, Bd. XII, Judenburg 1994; Herbert Balnik, Zeitzeugen erinnern sich an die Jahre 1938-1945 in der Südweststeiermark. Fibiswald 1997; Gertrud Kerschbaumer, Fürstenfeld 1945. Kriegsende und sowjetische Besatzung. Fürstenfeld 1997. (=Kerschbaumer, Kriegsende und sowjetische Besatzung); Othmar Pickl, Das Kriegsende 1945 und die frühe Besatzungszeit im mittleren Mürztal. Ein Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung nach zeitgenössischen Berichten. In: Beer, Britische Steiermark, S. 277-297; Seidl, Mürztal im Wandel der Zeit. O.D. 1995.

folgend zusammen: Der größte Teil der österreichischen Bevölkerung hätte den Einmarsch der sowjetischen Truppen auf Grund von Vergewaltigungen und Plünderungen nicht als Befreiung empfunden, - erst mit der britischen Besetzung wäre ein Gefühl der Befreiung aufgekommen.¹³

Gibt dies auch das Empfinden der steirischen Mehrheit wieder, so war das Erleben des 8. Mai 1945 doch je nach Stellung, Region und Haltung zum Faschismus verschieden. Juden, Kommunisten, inhaftierte Demokraten, resistente Christen, Fremdarbeiter und Gegner des NS-Regimes erlebten diesen Tag als Befreiung.¹⁴ Die ausschließliche Verwendung des Begriffes „Besetzung“ hieße, die Lebensgeschichten einer zahlenmäßig geringeren Gruppe zu vergessen. Als bedrohlichen Verlust, Zerstörung und Katastrophe erlebten NS-Funktionsträger und überzeugte Parteigenossen, aber auch Blockwarte, HJ-Führer, kleine Funktionäre und indoktrinierte Jugendliche und viele „Mitläufer“ den 8. Mai 1945. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang auch die Vertriebenen.¹⁵ Sie alle, aber auch viele Frauen in der Steiermark müssen den Begriff Befreiung im Zusammenhang mit ihrer lebensgeschichtlichen Erfahrung als zynisch empfinden. „Die Autobiographie ist für jeden von uns Ausgangspunkt seines Umgangs mit Geschichte“, meint Lothar Steinbach.¹⁶ Daher bieten Lebensgeschichten eine Möglichkeit, den Kontroversen um die Begriffe „Befreiung - Besetzung“ nachzuspüren. Denn auch in Graz gab es Menschen, die von den

Sowjets „befreit“ wurden, wenngleich auch die Mehrheit der Grazer „besetzt“ wurde und den 8. Mai 1945 als „Zusammenbruch“ erlebte. Das soll nun anhand zweier kontrastierender Fallbeispiele veranschaulicht werden. Biographie und lebensgeschichtliche Erzählung eines „befreiten“ Grazers zum 7./8. Mai 1945 sollen der Erzählung einer Grazerin zum 7./8. Mai gegenübergestellt werden, die den Einmarsch der Sowjets als Besetzung empfand.

Dr. Gustav Pollak wurde am 13. September 1919 in Graz geboren. Der Vater war Oberregierungsrat und Postdirektor, die Mutter Hausfrau. Nach der Volksschule besuchte er die Landesoberrealschule. Er war Mitglied beim sogenannten Jungvolk, der Jugendorganisation des Ständestaates. Nach Absolvierung des Reichsarbeitsdienstes in Dobl begann er mit dem Medizinstudium - zuerst in Graz, später in Prag - wurde 1940 zur Wehrmacht einberufen und nach Kirkenes in Nordnorwegen zum Gebirgsnachrichtenbataillon 18 versetzt. Von dort kam er zurück nach Saalfelden zur Hochgebirgs-sanitätsschule, wo er zum Sanitäts-offizier ausgebildet wurde. Da er den nötigen „Ariernachweis“ nicht erbringen konnte,¹⁷ meldete er sich wieder an die Front und kam zum Gebirgspionierbataillon 92, wiederum an die Nordfront, wo er auch verschiedene Auszeichnungen erhielt. Er wurde zuerst versetzt und schließlich in Saalfelden auf Grund seiner jüdischen Abstammung im Rang eines Gefreiten endgültig aus dem Wehrdienst entlassen. Danach

13 Vgl. Geleitwort von Othmar Pickl, in: Siegfried Beer (Hg.), Die „britische“ Steiermark 1945 - 1955, Forschungen zur Geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Bd. XXXVIII, Graz 1995, S. XI.

14 Vgl. Jürgen Kocka, Zerstörung und Befreiung: Das Jahr 1945 als Wendepunkt deutscher Geschichte, in: Geschichte und Aufklärung, Göttingen 1989, S. 122 ff.

15 Lbda. S. 124 f.

16 Lothar Steinbach, Bewußtseinsgeschichte und Geschichtsbewußtsein, Reflexionen über das Verhältnis von autobiographischer Geschichtserfahrung und Oral History, in: BIOS, 8. Jahrgang, Heft 1/1995 S. 92.

17 Nach Auskunft des Grazer Rassenamtes war er Mischling 2. Grades, da sich eine Großmutter nach mosaischem Ritus Trauen ließ.

begann er noch einmal mit dem Medizinstudium, wurde aber schließlich von der Gestapo aufgefordert, sich für den Abtransport ins Konzentrationslager zu melden und ging in den Untergrund. Den Einmarsch der sowjetischen Truppen erlebte Pollak daher als Befreiung. Während der sowjetischen Besatzungszeit übte er einige Funktionen aus - z.B. als Student im Inskriptionsreferat. Nach Beendigung seines Studiums in Innsbruck und seiner Heirat ging er zurück in die Steiermark und war zuerst in verschiedenen Krankenhäusern, dann bis zu seiner Pensionierung als praktischer Arzt tätig.

In der erzählten Lebensgeschichte von G. Pollak nehmen der 7. und 8. Mai einen breiten Raum ein. Er formuliert nicht nur eine, sondern viele Geschichten der Machtübernahme und der Befreiung. Über die Gruppe von Grazer Widerstandskämpfern, mit denen er den 7. und 8. Mai verbrachte, berichtete er folgendes:

„Irgendwie waren wir alle in Verbindung. Ich will ja nicht behaupten, daß es eine geschlossene Widerstandsbewegung in Graz gab. Aber natürlich von Jörg Modenmüller angefangen bis zu Scheidl Fredi - ein Großteil lebt ja nicht mehr - waren wir alle in Verbindung. Wir haben uns auch so immer getroffen - wie man sich halt zufällig trifft und die Marschroute angibt, die man sich vorstellt. Wir gingen, eine Gruppe von Jugendlichen, Richtung Gestapo. Das war der Punkt, auf den wir am meisten böse waren.“¹⁸

Nun schildert G. Pollak die Begegnung zwischen den vom NS-System Verfolgten und ihren Verfolgern, die nun ihrerseits zur Flucht gezwungen waren. Obwohl die

jugendlichen Widerstandskämpfer verbal aggressiv auftraten, verlief die Zusammenkunft, auch mit dem Obersturmbannführer, relativ friedlich. Die nächste „Befreiungsgeschichte“ ist die Flucht der Hitlerjugend, die ebenfalls ihr Hauptquartier in Graz räumen mußte. Da Pollak und seine Begleiter eine Bemerkung der flüchtenden HJ mit angehört hatten, die darauf schließen ließ, daß Granaten im Hauptquartier zurückgelassen worden waren, um dieses zu zerstören, kontrollierten sie das Gebäude. Die Suche blieb aber ergebnislos. Er beobachtete auch den Abzug der deutschen Verbände, ein MG-Gefecht am Hauptplatz und schließlich den Einmarsch der Sowjets:

„Dann brach schon die Nacht an. Damals hat man ja in meiner Situation an Schlaf überhaupt nicht gedacht. Nachdem man angenommen hat, daß sich alles am Hauptplatz abspielen wird, sind wir in der Nacht am Hauptplatz.“ (...)Wie wir dann die Zeit verbracht haben bis die Panzer gekommen sind, das weiß ich jetzt nicht mehr. Ich war dann dabei, wie dann die Stalinpanzer herein gefahren sind. Das war ein Weltereignis! Ein Dröhnen und Tosen wie bei einem Erdbeben, und die sind auch so gefahren, daß sie mit den Ketten von den Granitrandsteinen etwas herunter radiert haben und die Funken sind geflogen, nicht. Wir waren aber auch nicht aufgelegt, sie zu begrüßen.“¹⁹

Mit dem letzten Satz will G. Pollak wohl ausdrücken, daß er das „Weltereignis“ - „die Niederrichtung des Faschismus“, wie es das Bild der rollenden Panzer evoziert, nicht seiner Bedeutung gemäß begehen konnte. Die Widerstandskämpfer waren zu erschöpft, emotional zu belastet gewesen. Schließlich berichtet G. Pollak noch über

18. BIK, Interview mit Gustav Pollak vom 06.03.1997.

19. Ebd.

die Flucht des Gauhauptmanns Armin Dadiou²⁰, über die Verhandlungen zwischen Roscnwirth, der Dadiou ein Polizeiauto zur Verfügung gestellt hatte, und den Widerständlern, die seine Flucht verhindern wollten und ihm den Zündschlüssel entwendet hatten. Dadiou wäre, so erinnert sich G. Pollak, in einen grünen wildledernen Fluchtanzug gekleidet gewesen. Die zeitliche Abfolge jener Ereignisse ist in der Erinnerung oft unklar. Doch die Bedeutung der Flucht der NS-Bürokratie, allen voran der Gestapo, und schließlich des Gauhauptmannes symbolisiert Schritt für Schritt die Rettung vor dem KZ.

Anders war es für jene Grazerinnen und Grazer, die das Eintreffen der Sowjets als lebensbedrohend wahrnahmen. Die nächste Zeiteugin erlebte das Eintreffen der Panzer nur rund 10 Minuten von Dr. Pollak entfernt. Trotzdem unterschieden sich ihre Eindrücke völlig voneinander. Frau Mag. Dr. Liselotte Schlapak wurde am 10. Juli 1927 in Graz geboren. Der Vater war Inhaber eines Musikalienverlages und eines Musikinstrumentengeschäftes, die Mutter war Musiklehrerin. Nach der Volksschule besuchte sie das Oberlyzeum, später die Oberschule für Mädchen. L. Schlapak war Mitglied bei den Jungmädcln und dort im Rang einer Schafsführerin. Ab 14 Jahren war sie beim BDM. In der 7. Klasse mußte sie zum Reichsarbeitsdienst nach Velden einrücken, später leistete sie Kriegsdienst bei den Puchwerken und bei den Grazer Straßenbahnen. 1945 begann sie mit dem Medizinstudium. Nach ihrer Heirat brach sie dieses ab, da ihr Mann ein Optikergeschäft führte und begann eine Ausbildung

zum Optikermeister. Zusätzlich führte sie noch das Geschäft ihrer Eltern weiter. Als Seniorenstudentin promovierte sie zum Doktor der Philosophie. Beim Eintreffen der Panzer hoffte sie noch immer, es könnten doch die Engländer sein:

„Und als dann wirklich die Russen kamen - wir waren gerade zu Hause, und nachdem wir am Joanneumring gewohnt hatten, hörten wir um 1/2 5 herum oder um 5 Uhr Panzergerassel. Und mein erster Blick war aus welcher Richtung. Weil man wußte, daß die Engländer oben in Köflach waren. Nachdem sie aber aus dem Osten kamen, waren es die Russen. (...) Also wir haben die Russenzeit mitgemacht. Ich habe nur mehr Hose und Jacke getragen und hab mir mit einem Augenbrauenstift Runzeln gezogen und hab mir meine blonden Haare mit einer Kappe verborgen, damit man nicht erkennt, daß ich ein Mädchen bin. Außer Haus gegangen bin ich anfangs überhaupt nicht.“²¹

Erzählungen der Frauen über die Sowjets in Graz kreisen um das Verstecken und Verkleiden, - um besondere Listen oder heldenhaftes Verhalten, darum, daß alles getan wurde, um den potentiellen Vergewaltigern zu entgehen und davonzukommen. Sie berichten über Plünderungen (z.B. Fahrräder), über Wohnungsentzignungen, Arbeitseinsätze, aber auch über positive Begegnungen mit sowjetischen Soldaten, die dann zustande kamen, wenn sowjetische Soldaten sich entgegen des ihnen zugewiesenen Bildes freundlich verhielten (z.B. im Zusammenhang mit dem Teilen von Essen oder dem Topos des kinderliebenden Russen).²²

²⁰ Vgl. auch: Armin Dadiou, Aus meinen Aufzeichnungen 1938-1945, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 10, Graz 1987, S. 323-341.

²¹ Bk, Interview mit Liselotte Schlapak vom 20.3.1998.

²² Vgl. dazu: Kerschbaumert, Kriegsenne und sowjetische Besatzung, S. 105 und Irene Bandhauer Schöffmann, Ela Hornung, Der Topos des sowjetischen Soldaten in lebensgeschichtlichen Interviews mit Frauen, in: DÖW Jahrbuch 1996, Wien 1996, S. 28-44.

Die folgende Narration thematisiert den Arbeitseinsatz der Grazer Bevölkerung und macht deutlich, daß L. Schlapak sich der Siegerwillkür der Sowjets ausgesetzt sah, und daß sie diese jedenfalls als Besatzung wahrnahm:

„Was ganz schrecklich war, daß man auch einen Einsatz machen mußte, um Lebensmittelkarten zu bekommen. Und zwar wurde über Rundfunk aufgerufen, daß man sich zu melden hatte am Karmeliterplatz mit einer Schaufel. Dort traf sich also halb Graz, das noch gehen konnte, mit einer Schaufel und einem Krampen. Alle Jahrgänge, auch ältere Leute. Und man mußte von dort zu Fuß nach Thalerhof gehen. Es war eine Kolonne - wie sie es heute sehen, wie die Leute ins KZ kommen. Genau so war es. Wir marschierten dort hinunter und mußten dann so Gräben ausheben - so zirka 1m 50 lang und 1m 80 breit. Da hieß es, ja das müssen wir jetzt graben, dann bekommen wir einen Genickschuß und werden eingegraben. Da stand immer ein Russe mit Gewehr daneben. Na gut, man hat halt geschaufelt so gut man konnte. Und da hat mir ein Kürschner aus der Sporgasse geholfen. Es war fürchterlich. Von dem Schuß war keine Rede. Das war ein Geräusch. Das hat sich einfach so verbreitet. Man mußte das fertigmachen und dann zu einem russischen Offizier gehen. Und von dem konnte man dann einen Stempel bekommen, um nachzuweisen, daß man etwas getan hatte. Aber dann mußte man wieder ohne Essen zu Fuß vom Thalerhof nach Graz gehen. Also man kann sich das heute nicht vorstellen. Es war eine scheußliche Zeit, aber es ist uns nichts passiert.“²³

Diese Erzählung zeigt deutlich, wie der

Großteil der Grazer Bevölkerung damals empfand und wie die NS-Parolen von Massenerschießungen durch die Sowjets gewirkt hatten. Obwohl der Vergleich der zum Arbeitseinsatz kommandierten Grazer mit KZ-Insassen jeglicher Grundlage entbehrt - die marschierenden Grazer durften abends wieder nach Hause in ihre Wohnungen - soll damit wohl ein Gefühl des Ausgeliefertseins, des Besiegtheits ausge-drückt werden, wobei diesem Vergleich auch ein Opferanspruch inhärent ist.²⁴ Die Angst vor dem Genickschuß taucht ebenfalls in vielen Berichten über das Zusammen-treffen mit sowjetischen Soldaten auf. Zu fragen ist, ob sich hier das kollektive Wissen oder Ahnen um Vorgänge in der Sowjetunion manifestiert, oder ob diese Angst auf die NS-Greuelpropaganda zurückzuführen ist. Gleich nach dieser negativen Geschichte relativiert Liselotte Schlapak ihre damaligen Ängste, indem sie an die „Politik der verbrannten Erde“ und an den Rassenkrieg der Deutschen Wehrmacht in der ehemaligen Sowjetunion erinnert.

Die Sowjets in Graz im Spiegel russischer Akten

Die Grundlage für das Vorgehen der einmarschierenden Roten Armee auf österreichischem Boden bildete die „Interimistische Verordnung für die Militärkommandanturen auf dem durch die sowjetischen Truppen besetzten Gebiet Österreichs“²⁵. Unter Punkt 1, „Allgemeine Verordnungen“, wurden die zwei wichtigsten Richtlinien der sowjetischen Besatzungspolitik festgelegt, nämlich:

- auf österreichischem Gebiet keine sowjet-

23 BIK, Interview mit Liselotte Schlapak vom 20.3.1998.

24 Der Vergleich der marschierenden Grazer mit KZ-Insassen wird auch sehr oft von österreichischen Kriegsgefangenen verwendet, wenn sie ihre Lagererfahrung in der Sowjetunion verdeutlichen wollen.

25 ZAMO RF (=Zentrales Archiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation), o. F., op. 2022, o. 49, S. 168 - 172.

ische Ordnung einzuführen, aber

- in allen Hauptstädten, Städten sowie in den größeren Wohnorten Militärkommandanturen einzurichten, die dem Kriegsrat der 3. Ukrainischen Front unterstellt wurden. Die Befehle und Verfügungen der Gebiets-, Bezirks-, Stadt- und Ortskommandanten hätten für die Bevölkerung Gesetzeskraft und seien widerspruchslos auszuführen.

Die Kommandanten hatten sich in ihrer Tätigkeit nach den Abmachungen der Moskauer Konferenz vom Oktober 1943 und der Erklärung vom 10. April 1945 über Österreich von Marschall Tolbuchin zu richten. Weiters waren bei der Ankunft der Kommandanten an ihrem Bestimmungsort die Befehle Nr. 1 und Nr. 2 an die ortsansässige Bevölkerung auszugeben. Diese betrafen die Registrierung der Bevölkerung und die Schaffung einer, den Kriegsbedingungen entsprechenden Ordnung, die auch Maßnahmen für die Fortsetzung der normalen Arbeit der Zivilbehörden vorsah.²⁶ Die Grazer Bevölkerung erhielt folgende Befehle:

- Waffen und Munition waren beim russischen Kommando im Hotel Wiesler abzuliefern: Soldaten und Offiziere der Wehrmacht hatten sich ebenfalls dort zur Registrierung einzufinden;
- Betriebe, Geschäfte, Gasthäuser und Hotels sollten ihre Arbeit wieder aufnehmen;

weitere wurden Befehle zur Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung ausgegeben (Bäckereien hätten Tag und Nacht zu arbeiten, Lebensmittellager sollten von sowjetischen Soldaten bewacht werden).

Weitere Anweisungen betrafen u.a. das

Verbrennen von NS-Literatur, die Einführung einer Zensur durch den sowjetischen Stadtkommandanten, die Einführung eines allgemeinen Alkoholverbotes (auch für Angehörige der Roten Armee) und schließlich ein Ausgehverbot von 21 Uhr bis 5 Uhr früh.²⁷

Der sowjetische Kommandant von Graz war vorerst Oberstleutnant Chabarov von der Armee Konjev, später, ab 23. Mai 1945, wurde er von Major Wischnewski abgelöst.²⁸ „Die Aufgaben des Militärkommandanten in den von uns besetzten Gebieten Österreichs“, hieß es mahnend unter Punkt V der „Verordnung für die Militärkommandanturen“, „sind mit großer Verantwortung verbunden und haben eine große Bedeutung für den Staat. Dieser Umstand muß jedem Militärkommandanten bewußt sein; er hat unter Einsatz aller Kräfte und Energien seine Arbeiten zu verrichten, den Versuchungen des Lebens zu widerstehen, wachsam und immer auf der Hut zu sein, sich mit gebührender Würde zu benehmen und er solle immer daran denken, daß er Vertreter der großen Sowjetunion ist.“²⁹

Die Übergabe der Macht und die Bildung der ersten provisorischen Landesregierung wurde in den sowjetischen Quellen kritisch kommentiert. Der Leiter der politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, M. Burzew, berichtete an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei:

Nachdem Gauleiter Dr. Sigfried Uiberreither vor seiner Flucht zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Stadt die Bildung einer provisorischen Regierung angeregt hatte³⁰, sei die Organisation der Regierung samt Auswahl aller Regierungs-

26 Ebd.

27 StAG (Stadtarchiv Graz), Konvolut A vom 3. Mai 1945.

28 Vgl. Gerhard Marauschek, Die Grazer Stadterwaltung im Jahre 1945/46, in: Graz 1945, S. 162 f.

29 ZAMO III, o. F., op. 2922, o. 43, 168 - 172.

30 Die Übergabe der Macht an Gauhauptmann Armin Cadieu wird nicht erwähnt.

mitglieder unter ausschließlicher und ungeteilter Führung der Sozialdemokraten Reinhard Machold, Alois Rosenwirth und Engelbert Rückl erfolgt.“ Sie hätten die führenden Posten unter sich aufgeteilt und nur „um den Schein einer Koalition zu wahren“, wären der kranke Dienstleder und zwei weitere Christlichsoziale eingeladen worden. Kritisch vermerkt wurde weiters, daß keine Verbindung zum illegalen Zentralkomitee der Kommunisten bestand. Die Regierungsbildung sei parallel zu dem kämpferischen Auftreten der „Steirischen Kampfgemeinschaft“ und unabhängig davon erfolgt. Diese, als „Untergrundkämpfer“ bezeichneten Gruppe, hätte die Regierung nicht anerkannt. Die provisorische Regierung hätte zwar von der Bevölkerung die notwendige Unterstützung erhalten, von den Einheiten der Roten Armee sei aber keine offizielle Anerkennung erfolgt. Am 10. Mai 1945 verkündete Machold, daß die Regierung bis zur Machtübernahme der Rote Armee eingesetzt sei. „Vom 11. bis zum 12. Mai“, hieß es weiter, „führten sowjetische Politfunktionäre inoffizielle Gespräche mit den Führern aller drei Parteien.“³¹ Am Ende gaben die Vertreter der drei Parteien ihrer Meinung Ausdruck, daß die Regierung baldigst abgelöst sei, es müsse eine neue Regierung bestehend aus neun Personen (drei von jeder Partei) gegründet werden.“ Was in der Mitteilung an das Zentralkomitee „inoffizielle Gespräche der sowjetischen Politfunktionäre“ genannt wurde, bezeichnete Landeshauptmann Machold in seinen Memoiren als Verhöre. Und die Beteiligung der Kommunisten an der Landesregierung war wohl nicht die originäre Idee der Vertreter aller drei Parteien, sondern kam unter dem Druck und der

Leitung des Zentralsekretärs Friedl Fürnberg zustande, der zur Einsetzung einer neuen steirischen Landesregierung nach Graz gekommen war.“

Über die Bildung der zweiten provisorischen Landesregierung und die Drittelparität wird im sowjetischen Geheimbericht an den Leiter der Politverwaltung der 3. Ukrainischen Front folgendes formuliert: „Das paritätische Prinzip der Regierung aller drei Parteien verursachte seitens der Sozialisten und Christlichsozialen einige Einwände, da ihre Parteien zu diesem Zeitpunkt in der Stadt noch keine konkrete, mit der der Kommunisten vergleichbare Organisation hatten.“³² Von 11. bis 14. Mai 1945 dauerten die Vorbereitungen zur Bildung der provisorischen Landesregierung, der Stadtverwaltung und des Polizeipräsidiums und am 14. Mai, so der Bericht, stand schließlich Reinhard Machold (Sozialist) als Landeshauptmann, Viktor Elser (Kommunist) als Landeshauptmannstellvertreter und Dr. Alois Dienstleder (Christlichsozialer), ebenfalls als Landeshauptmannstellvertreter, fest. Alois Rosenwirth wurde zum Polizeipräsidenten ernannt. Der Geheimbericht listet nun alle Stadträte, Landesräte und deren Ressorts auf. Herrschte unter den Parteien über die Drittelparität noch Uneinigkeit, so einigte man sich, keine Vertreter des ehemaligen Landbundes in die Regierung aufzunehmen. Diese hätten auch selbst keine Versuche unternommen, sich zu legalisieren. Die Verteilung der Ressorts wäre ohne nennenswerte Reibungen vor sich gegangen, „...da die Christlichsozialen nur die Versorgungsressorts und die Kommunisten nur die Ressorts für Propaganda und

31. Vornamen und Titel wurden vom Verfasser hinzugefügt.

32. RZCHIDNI [Rossijskij centr člranenja i isutschenja dokumentov novejschej istorii], I, 17, op.128, d.35, S. 20 - 23.

33. Vgl. Josef Desput, Das Jahr 1945 in der Steiermark, in: Österreich in Geschichte und Literatur 30, Wien 1986, S. 129.

34. RZCHIDNI, I, 17, op.128, d.35, S. 20 - 23.

Erziehung und die für Wohnungsfragen zuständigen Organe in der Stadtverwaltung anstreben.“³⁵ Die Praktik, politische Persönlichkeiten aus dem „vorfaschistischen Österreich“ zur Regierungsbildung heranzuziehen und so den verfassungsmäßigen Charakter zu demonstrieren, wurde positiv kommentiert. In der Politinformation durfte ein Bericht über die Situation der kommunistischen Partei nicht fehlen. Die gegenwärtige Regierungszusammensetzung sei für die Partei die günstigste. Die Kommunisten hätten alle Posten erhalten, die sie angestrebt hatten. Besonders günstig sei die Situation bei der Polizei. Die Regierungsbildung hätte sich in demokratischem Rahmen vollzogen, es gebe kein Gerede über den „Druck der Russen“.

Im Bericht des Leiters der Politabteilung der 57. Armee vom 5. Juni 1945 an den Leiter der Politverwaltung der 3. Ukrainischen Front, Generalleutnant Anoschin, wird über die Lebensmittelversorgung³⁶ der Stadt Graz berichtet. So wird etwa auf die Kriegsschäden in den landwirtschaftlich geprägten Bezirken der Oststeiermark und die daraus resultierende Verschärfung des Lebensmittelproblems in Graz hingewiesen. Der Stadt seien aber, so heißt es in dem Bericht, alle in den ersten Tagen beschlagnahmten privaten und städtischen Lebensmittelvorräte zurückgegeben worden.³⁷ Die Abgabenrationen für die Grazer Bevölkerung sah laut Geheimbericht folgendermaßen aus:

Tabelle 1:
**Abgabenrationen
für die Grazer Bevölkerung**

Fleisch	500g / Woche
Mehl	600g / Woche
Kinder unter 18 J.	Versorgung für 4 Wochen gewährleistet 800g / Woche
Milch	6000 bis 7000 l / Tag 1/2 l an alle Kinder unter 6 J. Milchbedarf der Stadt / Tag: 25.000 l ³⁸
Kartoffeln	Wochenration; 1kg Versorgung für 4 Wochen gewährleistet
Zucker	500g im Monat Juni
Fett	150g im Monat Juni

Quelle: Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation. Bericht der Politabteilung an die Politverwaltung der 3. Ukrainischen Front.

Es ist anzunehmen, daß diese beschönigende Analyse auf der Basis eines „Berichtes“ über die Ernährungslage von Groß-Graz“, erstellt wurde. Die Grazer mußten die Daten erheben und General Kopsal, dem sowjetischen Bevollmächtigten für Wirtschaftsfragen, vorlegen. Zusammenfassend stellte der Bericht der Politabteilung zur Ernäh-

³⁵ Fbda.

³⁶ Vgl. dazu: Wolfgang Weiss, Ernährung und Lebensmittelversorgung in Graz 1945, in: Graz 1945, S. 183 - 301.

³⁷ ZAMO, Fond 413, op. 10389, d. 48, S. 1 - 8.

³⁸ Der Tagesbedarf der Grazer Bevölkerung an Milch wird im „Bericht über die Ernährungslage von Groß-Graz“, doppelt so hoch angegeben. SIAG: Kov. A vom 16. Mai 1945. Vgl. auch: Gerhart Maraschek, Die Grazer Stadtverwaltung im Jahre 1945/46, in: Graz 1945, S. 163.

rungslage in Graz noch fest, daß der Schwarzhandel lahmgelegt worden sei und „eine unmittelbare Hungersnot in Graz zumindest bis ins letzte Junidrittel verhindert wurde“.

Zur Wohnungssituation in Graz, die durch die Kriegszerstörungen katastrophal war, berichtet General Zinev an Geralleutnant Anoschin mit erstaunlicher Offenheit von Übergriffen der Kommunisten: „In den ersten Tagen nach unserem Einmarsch gab es mehr als 100 Fälle, wo Arbeiter / Kommunisten verlassene Wohnungen eigenmächtig bezogen, was von einigen örtlichen Parteikomitees unterstützt wurde.“ Mit der Gründung von (paritätisch besetzten) Komitees zur Wohnungsvergabe konnte jedoch dieser Konflikt beigelegt werden.³⁹

Besonders interessant sind die Beobachtungen, die über die Stimmung der Grazer Bevölkerung weitergegeben wurden. Obwohl, so hieß es, anfänglich Gerüchte kursierten, wonach sich die Rote Armee an den Österreichern rächen wollte und alle nach Sibirien geschickt würden, hätte sich nun die Lage merklich gebessert und „sehr viele Stadtbewohner stehen der Roten Armee wohlwollend gegenüber, obwohl in diesem Wohlwollen auch beträchtlicher Anteil von Angst steckt.“⁴⁰ Wenn im folgenden von Gerüchten über Massenvergewaltigungen durch Kolonialtruppen der Engländer und Amerikaner berichtet wird, so kann das durchaus im Sinne der Propaganda des Kalten Krieges gesehen werden. Mit Genugtuung wurde der Parteizentrale berichtet, die proenglische Begeisterung hätte sich merklich abgekühlt. Berichtenswert erschien auch die Meinung der Bevölkerung zu Grenzziehungsfragen. Es sei der allgemeine

Wunsch der Steirer - auch der Kommunisten, so wurde vermerkt - Marburg und die Gebiete in Slowenien Österreich anzuschließen. Die Demontagen hätten eine negative Stimmung unter den österreichischen Arbeitern provoziert. Arbeitslosigkeit könnte aber daraus nicht entstehen, da 20.000 Fremdarbeiter die Stadt verlassen hätten, folglich müßten die 6.000-7.000 Österreicher, die auf Grund der Demontagen die Arbeit verloren hatten, schnell neue Arbeit finden. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Interesse der sowjetischen Besatzungsinstanzen an einer positiven Selbstdarstellung gegenüber dem Zentralkomitee der kommunistischen Partei und der Politverwaltung der Armee groß war und die Lage in Graz daher beschönigend gezeichnet wurde. Die kommunistische Partei Österreichs wurde aber in den Berichten nicht geschont.

Übergriffe der sowjetischen Besatzungssoldaten in Graz

Der „vergewaltigende und plündernde Russe“ bestimmt die kollektive Erinnerung der Grazerinnen und Grazer an das Kriegsende. Die NS-Propaganda wurde 1945 nicht müde, ein grausames Bild des Feindes zu zeichnen. So stellten SD-Angehörige zufrieden fest, daß Frauen Selbstmordgedanken äußerten, „falls die Russen nach Wien kommen würden“.⁴¹ Doch die sowjetischen Soldaten, ebenfalls durch Rache und Haßparolen zum Kampf gegen die Deutschen und zur „Niederwerfung der Faschismus“ aufgestachelt, bekräftigten dieses Bild durch die mangelnde Disziplin ihrer Truppen. Plünderungen

39 ZAMO, F. 413, op. 10389, d. 46, S. 1 - 8.

40 Ebda.

41 Zit. nach Wilfried Aichinger, Sowjetische Österreichpolitik 1943 - 1945. Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 1, Wien 1977, S. 235.

und Demontagen waren an der Tagesordnung. Daß auch deutsche Soldaten in der Sowjetunion große Schäden angerichtet hatten, bedachte die unter den Plünderungen leidende Zivilbevölkerung kaum. Die „Interimistische Verordnung über die Militärkommandanturen“ regelte Demontagen und versuchte, Plünderungen entgegenzuwirken. Die „Maßnahmen zur Erforschung der politisch-wirtschaftlichen Lage auf dem besetzten Gebiet, zur Sammlung und Bewachung von Beutegut und herrenlosem Gut“ sahen vor, daß der Militärkommandant verpflichtet sei, die politische und wirtschaftliche Lage genau zu kennen, um die richtige Verwendung von Ressourcen und Bodenschätzen zu ermöglichen; ebenso sei die Bewachung von wirtschaftlich bedeutsamen Objekten sicherzustellen - aber: „Gegen Plünderungen von Wertsachen, gegen die Zerstörung von historischen Denkmälern, Kunstwerken u.a. ist zu kämpfen“.⁴² Demontagen sollten von der Kommandantur vorbereitet und geleitet werden, Plünderungen sollten aber laut Befehl nicht vorkommen. Der Schaden, der durch Demontagen in Graz angerichtet wurde, betrug eine Million Reichsmark.⁴³ Die Bevölkerung hatte schwer unter den Ausschreitungen der sowjetischen Soldaten zu leiden. Sie plünderten, vergewaltigten, auch wurden Grazer Opfer von Verschleppungen und Morden. Fahrräder, Uhren, Schmuck, Radios und Hausrat aller Art wurden gestohlen. Eine statistische Auswertung der Berichte der Kommandos der Polizei Graz (Ost und West) ergab folgendes Bild der zur Anzeige gebrachten Ausschreitungen:

Tabelle 2:

**Übergriffe von sowjetischen Soldaten
in der Zeit vom 02.06. bis 31. 12. 1945**

Plünderungen durch sowjetische Soldaten:	
02.06.-18.06.1945	262
19.06.-13.07.1945	197
02.06.-31.12.1945	2.708
Fahrraddiebstähle:	
02.06.-18.06.1945	35
19.06.-13.07.1945	69
02.06.-31.12.1945	282
Kraftfahrzeugdiebstähle:	
02.06.-18.06.1945	16
19.06.-13.07.1945	21
02.06.-31.12.1945	nicht mehr angeführt
Viehdiebstahl:	
02.06.-18.06.1945	4
19.06.-13.07.1945	95
02.06.-31.12.1945	nicht mehr angeführt
Verschleppungen:	
02.06.-18.06.1945	1
19.06.-13.07.1945	5
02.06.-31.12.1945	6
Morde:	
02.06.-18.06.1945	2
19.06.-13.07.1945	1
02.06.-31.12.1945	16
Vergewaltigungen:	
02.06.-18.06.1945	47
19.06.-13.07.1945	113
02.06.-31.12.1945	639
Quelle: Lageberichte des Polizeiabschnittskommando Ost und West an das Polizeikommando Graz. ⁴⁴	

42 ZAMO RF o. F., op. 2022, d. 49, S.168 - 172

43 Vgl. Gerard Marauschek, Die Grazer Stadtvorwaltung im Jahre 1945/46. In: Graz 1945, S. 173.

44 Eine Auswertung der Berichte schied bis Dezember 1945 sinne l. da es bis Jahresende Anzeigen wegen Plünderungen durch sowjetischen Soldaten gab - vorwiegend, durch Grazer, die in die Obersteiermark geflüchtet waren und erst nach Eintreffen der Briten nach Graz zurückkehrten. Auch Anzeigen wegen Vergewaltigungen kamen noch beinahe bis Jahresende vor, darunter waren auch drei durch britische Soldaten verübte Vergewaltigungen zur Anzeige gebracht worden. Die Berichte über Übergriffe der Soldaten ergingen nicht nur an das Polizeikommando, sondern auch an den Grazer Stadtkommandanten.

Aber nicht nur sowjetische Soldaten plünderten, auch abziehende Ostarbeiter und die einheimische Bevölkerung beteiligten sich. So wurden in der Zeit vom 02. Juni bis 18. Juni 1945 26 Fälle von Plünderungen durch ausländische oder inländische Zivilisten zur Anzeige gebracht, in der Zeit vom 19. Juni bis 13. Juli waren es noch einmal 42 Fälle. Besonders von Plünderungen betroffen waren die leerstehenden Wohnungen von geflüchteten Nationalsozialisten. Am 14.06.1945 erging etwa folgende Meldung an das Abschnittskommando Ost der Grazer Polizei: Gegen 8 Uhr kamen zwei sowjetische Soldaten mit einem Pferdefuhrwerk und verlangten einen Dolmetscher und einen Polizisten, um aus sogenannten Faschistenwohnungen Decken, Bettwäsche und Radios zu holen. Aus den Häusern Elisabethstrasse Nr. 3 und Nr. 5, Glacisstraße Nr. 27 und Nr. 35, Brandhofgasse Nr. 7 und Herrengasse Nr. 9 wurden Decken und Bettwäsche, aber auch drei Radioapparate beschlagnahmt. Soweit der die Meldung erstattende Polizist feststellen konnte, handelte es sich bei den Bestohlenen durchaus um flüchtige, Ortsbekannte Nationalsozialisten. Woher aber die Adressen bekannt waren, wußte auch der Polizist nicht.⁴⁵ Am 15. Juni 1945 wurde folgende Meldung an den Stadtkommandanten gesandt: Die im Schloß Gutenberg bei Weiz untergebrachten Kunstschätze aus Graz würden von sowjetischen Soldaten weggeführt, obwohl an der Tür ein Verbotsschild angebracht sei.⁴⁶ In Schloß Eggenberg bezogen am 10. Juni 1945 die Sowjets Quartier. Nun bestand die Gefahr, daß eingelagerte Kunstgegenstände weggeschafft würden, was dem Stadt-

ommandanten daher umgehend gemeldet wurde.⁴⁷ Weitere Plünderungen wurden von den städtischen Bühnen (Musikinstrumente), von den Hotels Wiesler und Weitzer (Weitzer: Schadenssumme 80.000 Reichsmark) von der Universität (Einrichtungsgegenstände und Laborgeräte), und vielen Grazer Geschäften gemeldet. Der Besitzer der Bäckerei Kotzbeck teilte mit, daß sein Betrieb geplündert worden sei und er daher keine Brotlieferungen für das Landeskrankenhaus und die Bevölkerung durchführen könne. In der Marienmühle wurden Mehlbestände geplündert, was die Ernährungslage der Bevölkerung noch kritischer machte.⁴⁸

Nicht nur materielle Güter wurden entwendet, auch Frauen wurden von den Soldaten vielfach als Kriegsbeute betrachtet. 9.493 steirische Frauen haben sich auf Grund einer Vergewaltigung einer amtsärztlichen Untersuchung unterzogen.⁴⁹ 639 Vergewaltigungsdelikte wurden bei der Grazer Polizei angezeigt (siehe Tabelle 2). Bei der Durchsicht des Aktenmaterials wurde deutlich, daß die Anzeigen nicht ausschließlich von Grazerinnen stammten, sondern daß auch Frauen aus den umliegenden Bezirken in Graz Anzeige erstattet hatten, meist solche, die eine Schwangerschaftsunterbrechung vornehmen mußten. Diese wurden 1945 vorgenommen, wenn der Tatbestand der Vergewaltigung einwandfrei nachgewiesen und durch eine Anzeige bei der Polizei bestätigt wurde.⁵⁰ Da die erhobene Zahl der Anzeigen bei der Grazer Polizei mit der im Grazer LKH vorgenommenen Anzahl von

45 Archiv der Bundespolizeidirektion Graz, Lageberichte 1-34, Bericht vom 14. Juni 1945.

46 Ebd., Bericht vom 15.06.1945.

47 Ebd., Bericht vom 10.06.1945.

48 Ebd., Lageberichte 1 - 89. Es ließen sich noch viele weitere Beispiele von betroffenen Grazer Betrieben finden; würde das nicht den Rahmen der Arbeit sprengen.

49 Steirische Bevölkerung, 1945 - 1955, S. 12.

50 Kerschbaumner, Kriegsende und sowjetische Besatzung, S. 101.

Abtreibungen⁵¹ annähernd übereinstimmt, kann angenommen werden, daß hauptsächlich jene Frauen Anzeige bei der Polizei erstatteten, die nach der Vergewaltigung schwanger wurden. Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen.

Im kollektiven Gedächtnis spielen diese Vergewaltigungen eine große Rolle. Sie fügten sich nahtlos in das vom NS-System transportierte Bild des „russischen Untermenschen“ und der „mongolischen Bestien“ ein und konnten nun auf Grund der Ausschreitungen der Roten Armee problemlos für den beginnenden „Kalten Krieg“ instrumentalisiert werden.⁵² Die Tatsache, daß auch die Deutsche Wehrmacht in der Sowjetunion Bordelle eingerichtet und vergewaltigt hat, wird heruntergespielt und verdrängt. Obwohl die Verbrechen breit diskutiert wurden und werden, sprachen die Opfer selbst nicht darüber. Das Schweigen kann viele Gründe haben. Zum einen, um die heimkehrenden besiegten Männer nicht zu verletzen. Zum anderen aber wurden Vergewaltigungen immer auch den Frauen selbst angelastet. Der Verdacht, sie hätten sich zu wenig gewehrt, zu wenig geschützt, es insgeheim sogar gewollt, könnte erhoben werden. Schließlich diente es nicht zuletzt dem Schutz der eigenen Psyche, diese traumatischen Erfahrungen vorerst zu verschließen, bis ein längerer zeitlicher Abstand gewonnen war. Ob nun die Strukturen der patriarchalischen Gesellschaftsordnung oder Schutz der eigenen Psyche ein Sprechen verhindert haben, auf jeden Fall ist es ein Schweigen wider das bessere Wissen des kollektiven Gedächtnisses.⁵³

5. Antifaschistisches Graz - Inszenierung der Opferthese

Am 23. Juni 1945 fand am Freiheitsplatz in Graz eine antifaschistische Kundgebung aller drei Parteien statt, an der, laut Zeitungsbericht⁵⁴, über 20.000 Menschen teilnahmen. Die Grazer waren aufgerufen, ihre antifaschistische Gesinnung vor den Augen der „sowjetischen Befreier“ zu inszenieren. Am Geidorfplatz, Griesplatz und Lendplatz versammelten sich größere Menschengruppen, - Jugendliche, Frauen, ehemalige KZ-Opfer, verschiedene Gewerkschaftsorganisationen und u.a. die Grazer Straßenbahner, um in einem geschlossenen Zug zum Freiheitsplatz zu ziehen. Sie trugen rote Fahnen und Spruchbänder, die antifaschistische Botschaften verkündeten - etwa: „Wir grüßen Marschall Stalin“, „Wir kämpfen für ein freies Österreich“, „Weg mit dem Nazischutt“, „Tod dem Faschismus“, „Wir fordern ein Volksgericht für die Nazis“ oder „Wir grüßen die siegreiche Rote Armee“. Das Grazer Schauspielhaus war mit einem großen Stalinbild geschmückt und die Musikkapelle der Roten Armee spielte österreichische Märsche. Die Grazer Politiker hielten vor den Sowjets Reden, mit der Intention, die Österreicher als erstes Opfer Hitlerdeutschlands, als von außen okkupiert, darzustellen und den Beitrag der Bevölkerung an der Befreiung sehr hoch zu veranschlagen. Die Opferthese, so Botz, sei für die Staatsfunktionäre der Zweite Republik nach 1945 ein Instrument des politischen Kalküls gewesen, um Reparationsforderungen der Alliierten und Wiedergutmachungsan-

51 Schmiedlechner, Frauenleben, S. 47.

52 Die Ansicht, Vergewaltigungen seien ein spezifisches Verbrechen bestimmter Völker oder Rassen dient in diesem Zusammenhang als Schablonen.

53 Gertrud Kerschbaumer, „What's left of Heroism? War Crimes and their Suppression in Narratives of Perpetrators and Victims of the Second World War“, in: Oral History: Challenges for the 21st Century, X International Oral History Conference, Rio de Janeiro 1998, S. 1730.

54 Neue Steirische Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 27 vom 26. Juni 1945.

sprüche der NS-Opfer gering zu halten.⁵⁵ Alle drei Parteien (ÖVP, SPÖ und KPÖ) hatten sich darauf geeinigt und trugen die Opferthese mit. Bürgermeister Dr. Eduard Speck begann seine Rede mit den Worten: „Wie ein böser Alp liegt noch auf unseren Hirnen und Herzen die Erinnerung an die mehr als sieben Jahre, in denen unsere Stadt wie ganz Österreich von den Hitlerfaschisten beherrscht war, in denen sie mit dem Namen Stadt der Volkserhebung geschändet war“. Landesrat Fritz Matzner sprach von der „bluttrunkenen braunen Bestie, die sich über Österreich wälzte“. Das österreichische Volk aber hätte sich gewehrt, tausende Opfer wären dafür der unwiderlegbare Beweis. Vizebürgermeister DDr. Udo Illig sprach von „sieben Jahren drückender Diktatur und von einer „freiwilligen Kundgebung von Menschen, die nur den Tag der Freiheit erleben wollten“.⁵⁶ Dies intendiert, daß die Forderung, die an Österreich in der „Moskauer Deklaration“ erhoben wurde - daß Österreich seinen Beitrag an der Befreiung zu leisten hätte - erfüllt worden seien. Analysiert man die Reden der Politiker, so sieht man, daß sie alle die Opferthese postulierten. Alle Redner dankten den Befreier und sprachen sich für ein freies und unabhängiges Österreich aus. Gleichzeitig wurden aber auch wichtige politische Ziele bzw. Botschaften der jeweiligen Parteien formuliert. Die SPÖ sprach sich mit marxistischem Vokabular für die Verstaatlichung der Industrie aus. Die KPÖ legte ein Bekenntnis zur Freiheit Österreichs ab, um der Befürchtung der Sowjetisierung entgegenzutreten. Die ÖVP versprach, nie wieder einen Faschismus - welcher Art auch immer - zu dulden, um die Zeit des österreichischen Faschismus ver-

gessen zu machen. Den Widerstandskämpfern wurde von allen Parteifunktionären einmütig gedankt, was in den folgenden Jahren immer seltener passierte, bis ihrer kaum mehr als Opfer gedacht wurde. Nach Abzug der Sowjets waren alle Grazer zu Opfern geworden, zu Opfern der sowjetischen Soldaten und zu Opfern der Alliierten.

Literatur in Auswahl

Alfred Ableitinger, Siegfried Beer, Eduard G. Staudinger (Hg.), Österreich unter Alliiertem Besatzung 1945-1955. Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 63, Wien- Köln-Graz 1998, (= Ableitinger, Beer, Staudinger, Alliierte Besatzung).

Wilfried Aichinger, Sowjetische Österreichpolitik 1943 - 1945. Materialien zur Zeitgeschichte. Bd. 1, Wien 1977.

Bundhauer-Schöffmann, Ela Hornung, Der Topos des sowjetischen Soldaten in lebensgeschichtlichen Interviews mit Frauen, in: DÖW Jahrbuch 1995, Wien 1996, S. 28-44.

Siegfried Beer, Von der russischen zur britischen Besetzung der Steiermark, in: BIHk 59, Graz 1985, S. 103-120.

Gerhard Botz, Geschichte und kollektives Gedächtnis in der Zweiten Republik. „Opferthese“, „Lebenslüge“ und „Geschichtstabus“ in der Zeitgeschichtsschreibung, in: Wolfgang Kos, Georg Rigele (Hg.), Intenur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik. Wien 1996.

55 Gerhard Botz, Geschichte und kollektives Gedächtnis in der Zweiten Republik. „Opferthese“, „Lebenslüge“ und „Geschichtstabus“ in der Zeitgeschichtsschreibung, in: Wolfgang Kos, Georg Rigele (Hg.), Intenur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik. Wien 1996, S. 55.

56 Neue Steirische Zeitung, 1. Jahrgang, Nr. 27, vom 26 Juni 1945.

Josef Desput, Das Jahr 1945 in der Steiermark, in: Österreich in Geschichte und Literatur 30, Wien 1986, S. 120-138.

Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich 1938 - 1945, Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung, Graz-Wien, 2. Auflage 1986.

ders., „Ich bekam zehn Jahre Zwangsarbeit.“ Zu den Verschleppungen aus der Steiermark durch sowjetische Organe im Jahr 1945, in: Siegfried Beer (Hg.), Die „britische“ Steiermark 1945-1955. Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Bd. XXXVIII, Graz 1995, (= Beer, Britische Steiermark).

Gertrud Kerschbaumer, Fürstenfeld 1945, Kriegsende und sowjetische Besatzung, Fürstenfeld 1997.

Dies., „What's left of Heroism? War Crimes and their Suppression in Narratives of Perpetrators and Victims of the Second World War“, in: Oral History: Challenges for the 21st Century, X International Oral History Conference, Rio de Janeiro 1998, S. 1726-1735.

Jürgen Koeka, Zerstörung und Befreiung: das Jahr 1945 als Wendepunkt deutscher Geschichte, in: Geschichte und Aufklärung, Göttingen 1989.

Gerhard Marauschek, Die Grazer Stadtverwaltung im Jahre 1945/46, in: Helfried Valentinitich, Friedrich Bouvier, (Hg.), Graz 1945, Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 25, Graz 1994 (= Graz 1945).

Klaus-Dieter Mulley, Befreiung und Besatzung, Aspekte sowjetischer Besatzung in Niederösterreich 1945 - 1948, in: Ableitinger, Beer, Staudinger, Alliierte Besatzung, S. 361 - 401.

Oliver Rathkolb, Historische Fragmente und die „unendliche Geschichte“ von den sowjetischen Absichten in Österreich 1945, in: Ableitinger, Beer, Staudinger, Alliierte Besatzung, S. 137 - 159.

Felix Schneider, Die militärischen Operationen in der Steiermark, März bis Mai 1945, in: Graz 1945, S. 17 - 47.

Karin M. Schmidlechner, Frauenleben in Männerwelten. Kriegsende und Nachkriegszeit in der Steiermark, Studien zur Gesellschaft- und Kulturgeschichte, Bd. 10, Wien 1997.

Lothar Steinbach, Bewußtseinsgeschichte und Geschichtsbewußtsein. Reflexionen über das Verhältnis von autobiographischer Geschichtserfahrung und Oral History, in: BIOS, 8. Jahrgang, Heft 1/1995 S. 92.

Archive

1. Archiv der Stadt Graz

Bestand: Durchführungsbefehle der sowjetischen Stadtkommandantur von 9. bis 12. Mai 1945.

2. Archiv der Bundespolizeidirektion

Bestand: Lageberichte 1945

3. Zentrales Archiv des Verteidigungsministeriums der russischen Föderation

(Zentralnyj archiv ministerstva obrony)

4. Russisches Zentrum für Aufbewahrung und Studium von Dokumenten zur jüngeren Geschichte

(Rossijskij zentr chranenija i isutschenija dokumentov novejschej istorii)

Zeitungen

Neue Steirische Zeitung, 1. Jahrgang.

Die Gruppe „Neuhold-Drews-Weiß-Eichholzer“, die „Rote Gewerkschaft“ von Lorenz Poketz und die ersten Hinrichtungen von Widerstandskämpfern am Grazer Landesgericht.

Dieser Artikel bietet keinen Gesamtquerschnitt der Widerstandstätigkeiten in Graz von 1939 bis 1945, sondern stellt eine große Gruppe von Aktivisten in verschiedenen Grazer Betrieben in den Mittelpunkt. Er präsentiert also keineswegs eine noch ausständige Gesamtdarstellung des Widerstandes in Graz oder gar der Steiermark.¹ Neben den Überblickswerken über den Widerstand in Österreich², in denen sich Bezüge zur Widerstandstätigkeit in der Steiermark finden, erschienen in der letzten Zeit auch einige lokale Detailstudien zum Widerstand in der Steiermark³ und in Graz⁴. Mit dieser Arbeit soll versucht werden, verschiedene Formen des Widerstandes gegen das nationalsozialistische System und deren rigorose Verfolgung darzustellen. Vorerst

wird die Gruppe um Josef Neuhold, Karl Drews und Dr. Franz Weiß und dann die mit diesen in Kontakt stehende und stark gewachsene „Rote Gewerkschaft“ dargestellt werden. Dieses „Netz“ aus kleinen Zellen in Betrieben, war unter der Führung von Lorenz Poketz, dessen Leben hier auch eingehender geschildert werden soll, seit 1940 aufgebaut worden. Durch die Auffindung von Verhörprotokollen von Lorenz Poketz und seiner engsten Mitarbeiter im Moskauer Sonderarchiv⁵, neben den schon bekannten Anklageschriften, Urteilen, Zeitungsartikeln und Interviews, kann die sehr verschachtelte Struktur der Hilfsorganisation, deren Organisationsbasis im Sommer 1942 zerschlagen wurde, jetzt noch exakter nachvollzogen werden. Bei

- 1 Auch die, für alle Bundesländer außer Kärnten, der Steiermark und Vorarlberg, vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) herausgegebenen Dokumentationen „Widerstand und Verfolgung“ verstehen sich „nicht als Geschichte des Widerstandes oder [sollen] als Ersatz dafür verstanden werden“. DÖW (Hg.), *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945*, 3 Bde., Wien 1975; *Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934-1945*, Wien 1979; *Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934-1945*, 2 Bde., Wien 1982; *Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934-1945*, 2 Bde., Wien 1984; *Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934-1945*, 3 Bde., Wien 1987; *Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945*, 2 Bde., Wien 1991.
- 2 Radoslaw Lutz, *Der Widerstand in Österreich 1938-1945*, Wien 1985, S.139,149 (= Lutz, *Widerstand*); Karl R. Stadler, *Österreich 1938 bis 1945 im Spiegel des NS-Akten*, Wien-München 1966; Herbert Steiner, *Gestirben für Österreich*, Wien 1968; Herbert Steiner, *Gestirben für Österreich gegen Hitler Eine Dokumentation*, (= Steiner, *Gestirben für Österreich* 1995), Wien 1996; Maria Szecsi, Karl Stadler, *Die NS-Justiz in Österreich und ihre Opfer. Das einsame Gewissen. Beiträge zur Geschichte Österreichs 1938-1945*, Bd.1, Wien-München 1962 (= Szecsi, Stadler, *NS-Justiz*).
- 3 Johann Andritsch (Hg.), *Opfer des Widerstandes*, in: *Judenburg 1943 in Augenzeugetribünen*, Judenburg 1991, S.45-99; Herbert Blainik, *Zeitzeugen erinnern sich an die Jahre 1938-1945 in der Südweststeiermark*, Hilsward 1997; Barbara Gaber, *Widerstand gegen den Faschismus in Kapfenberg*, in: *Reibebisen*, Nr.14, Kapfenberg 1997, S.117-128.
- 4 *Heimo Habrainer*, „Von der Kunst zur Politik“ Herbert Eichholzer und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Heimo Habrainer (Hg.), *Herbert Eichholzer 1903-1943. Architektur und Widerstand*, Katalog, Graz 1998. Dieser Ausstellungskatalog ist, erstmalig für die Steiermark, auch im World-Wide-Web (www) unter der Adresse (URL) <http://www.korso.at/korso/eichholzer/eich.htm> aufzufinden; Wolfgang Madschitsch, *Der Widerstand und seine Verfolgung in Graz 1945*, Die Gruppe um Fritz Malzner und der Fall Julia Pongracic, in: *Graz 1945*, *Historisches Jahrbuch der Stadt Graz*, F. Bouvier, H. Valentinsch (Hg.), Graz 1995, S.47-64. Zum Gedenken in der Steiermark. Stefan Bissenfellner, *Heidmarna Unt* (Hg.), *Todeszeichen. Zeitgeschichtliche Denkmalkultur in Graz und in der Steiermark vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart*, Graz 1994.

aller Vorsicht gegenüber diesen Protokollen werden die Aussagen in den Verhören auch durch andere Quellen bestätigt und geben ein genaueres Bild der „Roten Gewerkschaft“. Es handelt sich bei diesen „Beuteakten“ um die Verhörprotokolle von Lorenz Poketz, Franz Strohmeier, Johann Strasser, Johann Stelzer und Josef Bilek⁵. Alle Verhöre wurden von dem berüchtigten Kriminal-Oberrat Johann Stelzl⁶ durchgeführt. Weiters haben sich zwei Zeugenvernehmungsprotokolle von Poketz für das Verfahren gegen den Reichsbahnangestellten Johann Jahn gefunden. Letztere Verhöre wurden im Untersuchungsgefängnis in der Conrad von Hötzendorfstraße von Landesgerichtsrat Dr. Walter Hartmann durchgeführt.

Viele Zellen blieben trotz intensiver Nachforschungen der Gestapo unentartet; einige konnten ihre Tätigkeit bis 1943 und nur wenige ihre Aktivitäten bis zum Kriegsende fortsetzen. Eine vollständige Aufarbeitung und die Darstellung des gesamten Ausmaßes dieses „Netzes“ wird wohl scheitern müssen. Eine wesentliche Ursache dafür liegt im sogenannten „Dreimannsystem“, welches meist verhinderte, daß die Geldspender selbst bemerkten, ein Teil einer viel größeren Organisation zu sein.

Viele der Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus hatten ihre Wurzeln in der Sozialdemokratie. Der Weg führte von

den sozialistischen Jugendbewegungen, Kinderfreunden oder Rote Falken, in die Gremien der Partei, des Republikanischen Schutzbundes oder der Freien Gewerkschaft. Nach dem Februar 1934 machten einige als aktive Schutzbundaktivisten die ersten Erfahrungen mit dem Gefängnis. Aus den meisten Biographien ist zu ersehen, daß für viele der Weg von dort nicht in eine „Innere Emigration“, sondern weiter zu einer aktiven Tätigkeit in den „Untergrund“ führte.

Der „linke“ Widerstand in der Steiermark entstand meist in den großen Industriebetrieben in Graz, der Weststeiermark und insbesondere in der Mur-Mürzfurche. Großteils waren die Initiatoren ehemalige sozialdemokratische oder kommunistische Funktionäre. Darin lag auch das große Problem, daß diese Funktionäre nämlich meist der Gestapo aus den Polizeiakten der 20er und 30er Jahre bekannt waren. Noch dazu waren viele Beamte der Kriminalpolizei nach 1938 von der Gestapo übernommen worden. Auch dadurch kam es ständig zu großen Verhaftungswellen in der Steiermark. Doch meist bildete sich unmittelbar darauf wieder eine neue Zelle in den Betrieben, und die Aktivitäten begannen bezeichnenderweise mit der Sammlung von Geldern für die Familien der Inhaftierten.

In Graz kam es 1939/40 um den ehemaligen Schauspieler Karl Drews⁷, den Juristen

5 Gerhard Jagschitz, Stefan Karner, „Beuteakten aus Österreich“, Der Österreichbestand im russischer „Sonderarchiv“ Moskau, Graz-Wien 1996, S.202. Der Aufsatz stützt sich auf den Bestand: Centr Chranenja istoriko-dokumental'nych kolekci (Zentrum zur Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Sammlungen, Moskau) (= COHDK), Folio 1323, 2, delo 458. Weiters konnten die detaillierter Ergebnisse einiger Seminararbeiten des Seminars von Prof. Stefan Karner des Wintersemesters 1988/89 herangezogen werden, sowie die Interviews des Oral History Archivs des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Graz (= OHA-WISO).

6 Letztere sind leider nur mehr teilweise erhalten.

7 Johann Stelzl wurde am 19.3.1947 vom Volksgericht in Graz zum Tode durch den Strang verurteilt. Vgl.: Wolfgang Mutschsch, Das Volksgericht Graz 1946-55, S.152. In: S. Beer (Hg.), Die „britische“ Steiermark 1945-1955. Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark. Historische Landeskommission der Steiermark, Bd.XXXVIII, Graz 1995, S.141-156; Martin Polaschek, Im Namen der Republik Die Volksgerichte in der Steiermark 1945-1955, Graz 1999.

8 Georg Jahn, Der Widerstandskämpfer Karl Drews, Sem. Arb., Graz 1989.

Franz Weiß⁹ und den Versicherungsangestellten Josef Neuhold zur Bildung einer Widerstandsgruppe.¹⁰ Über den Architekten Ing. Herbert Eichholzer¹¹, er war aus dem Exil in der Türkei zurückgekehrt mit dem Auftrag Kontakte in seiner Heimatstadt Graz zu suchen, kam die Gruppe in Verbindung mit der KP-Führung in Wien, aber auch mit dem dortigen Gestapo-Spitzel „Ossi“, dem Eichholzer sogar schriftliche Unterlagen übergeben haben soll. Im Laufe des Jahres 1941 konnte die Gruppe ein dichtes Netz von Zellen in steirischen Orten wie Judenburg, Mürzzuschlag, Voitsberg, Frohnleiten, Fohnsdorf und Übelbach aufbauen. Im Bezirk Voitsberg hatte die Gruppe sechs Zellen mit bis zu 180 Mitgliedern errichten können.¹² Die Hauptaufgabe sah die Gruppe in der Verteilung von Propagandamaterial.

1941 kam es im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der illegalen Parteizentralorganisation in Wien zu einer neun Monate dauernden Verhaftungswelle, die auch die Steiermark erfaßte. Mehr als 250 Verdächtige wurden verhört, und 1942 und 1943 verurteilte der Volksgerichtshof Eichholzer, Drews, Neuhold und Weiß zum Tode. Weitere 25 Mitglieder der KP-Bezirks-

leitungen von Voitsberg und Fohnsdorf, sowie lokale Funktionäre wurden ebenfalls zum Tode verurteilt.

Der Prozeß gegen Drews, Weiß, Neuhold fand am 28. Juli 1942 in Graz statt und endete mit Todesurteilen für alle drei Angeklagten.¹³ Neuhold starb noch am 28. August 1942 an den Folgen der Folterungen in Haft. Alfred Setscheny, der im Zuge der zur gleichen Zeit durchgeführten Verhaftungswelle der „Roten Gewerkschaft“ in Haft gesetzt worden war, kam zufällig mit Neuhold in die gleiche Zelle: „Er ist dann gestorben, durch die Folterungen ist er gestorben, bevor die Hinrichtung war. Und da hat er auf einem Holzstockerl etwas eingraviert, mit irgendetwas eingekratzt, und trotzdem gegen die Nazi und irgendwas noch. Also der hat, bis zum letzten Moment hat er sich foltern und schinden lassen“¹⁴ Dr. Weiß und Karl Drews wurden am 7. Oktober 1942¹⁵, Ingenieur Herbert Eichholzer, der am 9. September 1942 in Wien verurteilt worden war¹⁶, am 7. Jänner 1943 in Wien hingerichtet.

Wie eng auch die familiären Verbindungen im Grazer Widerstand waren, zeigt die Gruppe von Jugendlichen, die sich um den Junglehrer Richard Zach¹⁷ gebildet hatte. Zu

9. Thomas Janecek, *Der Widerstandskämpfer Dr. Franz Weiß*, Sam. Arb., Graz 1969.

10. Zu den einzelnen Personen erschienen schon 1945 Artikel in den Zeitungen: Der hingerichtete Karl Drews, in: *Neue Steirische Zeitung* v. 8.6.1945; Nachruf für Josef Neuhold, in: *Neue Steirische Zeitung* v. 24.6.1945; Genosse Dr. Weiß zum Gedenken, in: *Wahrheit* v. 28.10.1945; Karl Drews, in: *Wahrheit* v. 16.12.1945.

11. Helmo Halbrainer (Hg.), *Herbert Eichholzer 1903-1943. Architektur und Widerstand*, Katalog, Graz 1998. Weiters: *Über Eichholzer* vgl. u.a.: Werner Fenz, „Sieg und Neues Lehren“ in der steirischen Kunst? S.67-69. In diesem Band S.65-69; Kurt Wimmer, Graz 1939, Graz 1988, S.125-126.

12. Luza, *Widerstand*, S.138, 143.

13. Anklageschrift gegen Drews, Weiß, Neuhold und Kröpfl, 7 J 497/41 (= DÖW 671); Weiters: DÖW 750: 897, 13158d, 3378. „Tagebuch des Pp. Egon A. Schmidt, Reichsbaustelleningenieur, der von Goobels beauftragt war, als politischer Beobachter an politischen Prozessen teilzunehmen“ (= DÖW 897/1, 2, 3 und 4, 5) (= Tagebuch: Schmidt). Zur Person Schmidts und Problematik dieser Tagebücher, vgl.: Helmut Konrad, *Widerstand an Donau und Moldau. KPÖ und KSC zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes* S.207-209, 222-224.

14. Interview mit Alfred Setscheny, OHA-WISCG, S.2613-2/89 (= Interview Setscheny, 2/89).

15. Ein aufrechter Kämpfer fiel unter dem Hakenkreuz, Letzter Brief eines Hingerichteten [Karl Drews] an seine Mutter, in: *Neue Steirische Zeitung* v. 27.5.1945; Letzter Brief! [Franz Weiß], in: *Neue Steirische Zeitung* v. 2.6.1945.

16. Anklageschrift und Urteil gegen Eichholzer, 7 J 257/41, 2 H 114/42 (= DÖW Stmk. 1892).

17. Zu Zach vgl.: Gerhard Luchs, *Profileure, Verfolgte, Verbotene. Dichter und Dichtung von 1938-1945*, S.91. In diesem Band, S.71-96.

dieser zählte neben Alois Geschwinder auch seine spätere Frau Elfriede Neuhold, die Tochter von Josef Neuhold. Auch die illegale Zeitung der Gruppe „Der Rote Stoßtrupp“, deren geistiger Vater Richard Zach war, wurde teilweise über die Gruppe um den Vater Josef Neuhold verteilt. So ist wohl anzunehmen, daß auch Richard Zach im Zuge der umfangreichen Ermittlungen gegen Neuhold und seine Kontaktpersonen in das Visier der Gestapo geriet. Elfriede Neuhold war schon am 3. Februar 1942 verhaftet worden, später auch die Mutter von Alois, Mathilde Geschwinder.

Richard Zach wurde am 31. Oktober 1941 verhaftet und nach Berlin gebracht, am 18. August 1942 von einem Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und am 27. Jänner 1943 in Berlin-Brandenburg hingerichtet.¹⁸ Elfriede Neuhold wurde vom Oberlandesgericht Wien zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.¹⁹ Mathilde Geschwinder starb am 1. Dezember 1944 im KZ Ravensbrück.²⁰

Über Josef Lazic und in weiterer Folge Hilde Burger²¹ kam die Gruppe um Dr. Weiß in „Kontakt“ mit den kommunistischen Gruppen in der Bergwerksregion der Weststeiermark. Hilde Burger war schon 1935 wegen Betätigung für die „Rote Hilfe“ festgenom-

men, aber mangels an Beweisen freigesprochen worden. Nach zwei weiteren Verhaftungen wurde sie im Herbst 1939 in zweiwöchige Schutzhaft genommen, der Vorwurf des Waffendiebstahls konnte jedoch nicht bewiesen werden.²² Hilde Burger wurde, nachdem sie im Zuge der umfangreichen Ermittlungen rund um die kommunistische Gruppe in Graz verhaftet worden war, am 20. Mai 1943 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode verurteilt²³ und am 23. September 1943 in Graz, zusammen mit weiteren fünf Mitgliedern der „Roten Gewerkschaft“, enthauptet.²⁴ Josef Lazic wurde am 28. Juli 1942 von einem Militärgericht zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.²⁵

In Voitsberg und Umgebung gelang es, sechs Ortsgruppenleitungen mit 170 bis 180 Mitgliedern aufzubauen. Der Arbeiter Albin Kaiser hatte die Bezirksleitung inne und Johann Jandl fungierte als Bezirkssekretär. Die Gruppe hatte aber auch noch weitere Beziehungen zu Kontaktpersonen in Graz-Eggenberg.

In zwei Prozessen, am 27. und 31. Juli 1942, wurden vom 2. Senat des Volksgerichtshofes in Graz insgesamt neun Todesurteile gegen Mitglieder der Voitsberger Gruppe ausgesprochen. Am 27. Juli wurden Franz Krepek²⁶,

18 StPL (RKA) 547/41, zit.: Urteil gegen Hilde Burger, OJs 201/42 (= DÖW 181.05), (= Urteil Burger); abgedruckt u.a. in: Szreni, Stadler, NS-Justiz, S.107-110.

19 7 OJs 352/42, zit.: Urteil Burger.

20 Amtliche Untersuchungskommission der Steirischen Landesregierung zur Untersuchung der Massenmorde auf der Schießstätte Felleferhof. Die Ergebnisse der Untersuchungen befinden sich im Public Record Office London (PRO) (WO) 310/157; Diese Berichte sind fast vollständig abgedruckt in: Hans Janeschitz, Felleferhof. Ein Bericht über die amtlichen Untersuchungen der Massenmorde in der Schießstätte Felleferhof (sic) in Graz, Graz 1948. Im Folgenden: (= Untersuchungskommission).

21 Tilly Spiegel, Frauen und Mädchen im österreichischen Widerstand, Wien-Frankfurt-Zürich 1967, S.10,36,45,69; Österreichische Frau 1943, in: Wahrheit v. 1.3.1948.

22 Dieser Sachverhalt führt in der Literatur manchmal zur falschen Annahme, daß Hilde Burger aus diesem nicht bewiesenen Grund zum Tode verurteilt worden sei. Beatrix Scherlach, Widerstand österreichischer Frauen gegen den Nationalsozialismus 1938-1945, S.286, in: O. Karas (Hg.), Die Lehre. Österreich: Schicksalslinien einer europäischen Demokratie, Wien 1988, S.283-301.

23 Urteil Burger.

24 Magistrat Graz, Sterbebuch, 1943/4356. Dort ist der Vorname mit „Wilhelmine“ angeführt.

25 StPL (RKA) II 74/42/StPL (RKA) I 53/42 (= DÖW 3407).

26 Auch Krepek.

Franz Payk, Johann Tripolt²⁷, Julius Gellinek, Viktor Suppan und Johann Unger²⁸, am 31. Juli Albin Kaiser, Johann Jandl und Karl Kilzer²⁹ zum Tode verurteilt³⁰. Die Urteile gegen die drei Letzgenannten wurden am 30. September 1942 im Landesgericht Wien vollstreckt.³¹ Im Februar 1943 standen weiter 26 Voitsberger vor Gericht und etwa zur gleichen Zeit weitere 22 Bergarbeiter aus dem Bergwerk Piberstein bei Maria Lankowitz.³²

Auch zu den Aktivisten in Fohnsdorf konnte man Kontakte knüpfen. Im Juni 1941 kam die Gestapo aber auch dieser Gruppe auf die Spur. Vor dem Volksgericht in Graz standen Dutzende Fohnsdorfer vor Gericht. Am 30. September 1942 wurde der Bergarbeiter Josef Ganzger in Wien hingerichtet. Am 2. Dezember 1942 starben der Lehrer Othmar Schrauffer, der die Kontakte zu Weiß hergestellt hatte³³, und die Bergarbeiter Jakob Doff und Kajetan Wachter durch das Fallbeil in Wien.³⁴

Mit diesem Schlag waren die Aktivitäten des „linken“ Widerstandes in der Steiermark vorerst schwer zurückgeschlagen worden, doch sammelten sich wiederum Zellen in den Industriebetrieben der Steiermark, die sich insbesondere der Hilfe für die Familien der Inhaftierten annahmen.

Dies geschah nach dem Vorbild der „Roten Hilfe“. Nach dem Ersten Weltkrieg war diese Hilfsorganisation in Deutschland gegründet worden. Sie arbeitete zwar mit der Kommunistischen Partei zusammen, es bestand aber keine Personalunion. Auch in Österreich entfaltete die „Rote Hilfe“ ihre Tätigkeit. Nach 1934 kamen die Sammlungen vor allem Familien von geflohenen Schutzbündlern zugute.

Der „Roten Hilfe“ gehörten hauptsächlich Sozialdemokraten und Kommunisten an, aber niemand fragte, wie es ein Aktivist ausdrückte: „Was bist denn Du?“. Man arbeitete gemeinsam gegen den Ständestaat und später gegen Hitler und das Regime. Man konnte sie laut Alfred Setscheny, einem aktiven Mitglied einer Grazer Gruppe, eher als Opposition ansehen, die einen sehr starken österreichischen Charakter hatte und das deutsche Element ablehnte.³⁵

Aufgebaut war die Organisation nach dem System der Zellenbildung. In einzelnen Betrieben bildeten sich Dreiergruppen. Dieses sogenannte „Dreimannsystem“ - in dem immer nur drei Menschen voneinander wußten - sollte einen gewissen Schutz der Gesamtorganisation gewährleisten. Aus den Betriebszellen heraus gab es dann Verbindungsmänner zu dem Leiter der Organisation. Schriftliche Aufstellungen

27 Auch Tripoli.

28 7 Js 83/42, zit.: Urteil Burger; Tagebuch Schmidt.

29 7 Js 94/42, zit.: Urteil Burger; Tagebuch Schmidt.

30 Am Gedenkstein in Voitsberg sind alle außer Karl Kilzer nämlich angeführt. Erich Fein, Die Steine reden - Gedenkstätten des österreichischen Freiheitskampfes - Mahnmale für die Opfer des Faschismus - Eine Dokumentation. Wien 1975 (= Fein, Die Steine reden), S.261.

31 Brief der Oberstaatsanwaltschaft beim Landesgericht Wien an den Reichminister der Justiz in Berlin, abgedruckt in: Steiner, Gestorben für Österreich 1935, S.179f.

32 OJs 327-343/42, CJs 199/41, Szeps, Stadler, NS-Justiz, S.73. Dort auch die falsche Annahme, daß Julius Gellinek erst in diesen Prozessen zum Tode verurteilt worden sei.

33 Schrauffer erscheint als Zeuge in der Anklageschrift gegen Drews, Weiß, Neuhold und Kröpfel, 7 J 497/41 (= DÖW 871); Genosse Othmar Schrauffer (sic!). Einem Kämpfer zum Gedenken, in: Wahrheit v. 25.11.1945.

34 Max Muchitsch, Die Rote Stafette. Vom Triglav zum Hochschwab. Wien 1985, S.294-286, 2.11.1944; Steiner, Gestorben für Österreich 1935, S.162f.

35 Interview Setscheny, 2/89.

216 über Mitglieder und Beiträge durften nicht geführt werden.

Eine große Gruppe der „Roten Hilfe“ bildete sich ab 1940 in Grazer Betrieben um den Angestellten Lorenz Poketz.³⁶ Er errichtete ein Netz der von ihm selbst als „Rote Gewerkschaft“ bezeichneten Organisation in den meisten größeren Industriebetrieben in Graz. Zu den engsten Mitarbeitern von Lorenz Poketz zählten der gelernte Ankerwickler Franz Strohmeier, der Bauarbeiter Johann (Hans) Stelzer und der Handelsangestellte Johann Strasser.

Vorerst soll hier das Leben des Leiters und Organisators der „Roten Gewerkschaft“ näher dargelegt werden. Lorenz August Poketz³⁷ kam, am 5. August 1893, in St.Lorenzen/Lovrenc na Draskem Polju, im Kreis Marburg/Maribor in der Untersteiermark auf die Welt, wo schon seine Eltern geboren worden waren. Sein Vater war der Sensenschmied Lorenz Poketz, seine Mutter die Schneidermeisterin Franziska Poketz, geborene Pusnik.³⁸

Als Kind einer kinderreichen Arbeiterfamilie³⁹ wuchs Lorenz Poketz in bescheidenen Verhältnissen auf. 1905 übersiedelte der Vater wegen besserer Berufsaussichten nach Graz, und der zwölfjährige Lorenz begleitete ihn, um in Graz die Bürgerschule zu absolvieren. Allerdings lebten Vater und

Sohn nicht zusammen, sondern der junge Lorenz wurde bei seiner Tante Julie Poketz untergebracht. Selbst als im Herbst desselben Jahres die Mutter mit den Geschwistern nach Graz folgte, zog er nicht in die elterliche Wohnung ein. Dies scheint ein Grund dafür zu sein, daß Lorenz Poketz zeit seines Lebens keinen engen Kontakt zu seiner Familie pflegte.⁴⁰

Nach dem Besuch der Grazer Bürgerschule trat Lorenz Poketz als Bürolehrling in eine Kreditanstalt ein, wurde Bankbeamter und übte diesen Beruf bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs aus.⁴¹ Schon 1912 wurde er Mitglied des „Verbandes Jugendlicher Arbeiter“, und ein Jahr später der „Freien Gewerkschaft“.⁴² Im Ersten Weltkrieg war er als Rechnungsunteroffizier beim Pferdespital in Budapest eingesetzt.⁴³

Am 21. Juli 1918 heiratete Lorenz Poketz Sophie Kos⁴⁴ und zog mit ihr zu seiner Mutter - der Vater war bereits 1912 gestorben - bis er 1919 in der Grünegasse 3 eine Wohnung erhielt. Am 2. November dieses Jahres kam auch ihr erster Sohn August Hans Georg zur Welt. Gut ein Jahr später, am 24. Dezember 1920, wurde der zweite Sohn Eduard Georg Marius geboren. Am 15. August 1925 hatte Lorenz Poketz dann endgültig auch das Heimatrecht in Graz erworben.

36 Urteil gegen Lorenz Poketz u.a. v. 17.8.1943, 7 J 205/43, 6 H 100/43 (= DÖW F 19 793/3, Mappo 11/5) (= Urteil Poketz); Heinz Mang, Steiermarks Sozialdemokraten im Sturm der Zeit, Graz 1988, S.204f. (= Mang, Sozialdemokraten).

37 Caroline Sorgor, Lorenz Poketz, Sem.Arbb., Graz 1989 (= Sorgor, Poketz). Die Angaben über die Familie Poketz sind alle, wenn nicht anders vermerkt dem Meldeamt Graz, Meldekartei, entnommen. Die weiteren Recherchen in Pfarrämtern sowie die Interviews zu Lorenz Poketz wurden ebenfalls von Caroline Sorgor im Rahmen ihrer Seminararbeit durchgeführt.

38 Poketz Lorenz; geboren 1861, gestorben 15.6.1912; Pusnik Franziska; geboren 1868.

39 Lorenz Poketz hatte vier Geschwister: Anna, geboren 1891; Zwillingbruder August, geboren 1893; Franz 1899 und Maria, geboren 1904.

40 Interviews mit Frau Draxler, Nachbarin der Familie Poketz v. 11.11.1988 und Franz Strametz, Freund der Söhne von Lorenz Poketz, v. 1.12.1988.

41 DÖW, Bestand Steiermark, RS 34-38, Nr.4307.

42 Mang, Sozialdemokraten, S.204.

43 Pfarre MariaHf, Traubuch vom 24.11.1913-8.10.1918, S.280, Nr.0/14.

44 Tochter von Mathias (geb. 15.8.1858) und Apollonia Kos, geborene Boggott (geb. 7.2.1868).

1925 wurde Lorenz Poketz Gewerkschaftssekretär der Freien Gewerkschaft für Handel und Transport. Nebenbei war er Mitglied mehrerer sozialdemokratischer Vereine, der Industriellen Bezirkskommission, wo er in einigen Ausschüssen tätig war, sowie Beisitzer des Gewerbegerichts. 1926 trat er der Arbeiterkammer Steiermark bei, wo er seit 1930 Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses war. Der von Fritz Matzner 1928 organisierte Streik der Straßenbahner wurde von Lorenz Poketz an führender Stelle mitgetragen.

Sein Naheverhältnis zum Republikanischen Schutzbund, dessen unterstützendes Mitglied er gewesen sein soll, führte im Zuge der Verhaftungswelle nach den Ereignissen im Februar 1934 auch zur Internierung von Lorenz Poketz durch die Staatspolizei.

1935 nahm Poketz die Stelle eines Redakteurs des Grazer Adreßbuches an, und ab 1936 arbeitete er auch für eine Stadtrandsiedlungsgenossenschaft, die in Wetzelsdorf Häuser baute. Durch diese Tätigkeit übersiedelte die Familie noch im selben Jahr in ein Siedlungshaus in Wetzelsdorf, Bachweg 13, dem heutigen Josef-Kienzel-Weg.

Lorenz Poketz blieb nach dem „Einmarsch“ 1938 weiter in seinem Beruf tätig aber auch er trat, wie so viele seiner Genossen im März 1938, der DAF bei. Im Sommer 1938 wurde er unter Verdacht der staatsfeindlichen Tätigkeit in Schutzhaft genommen, mangels Beweisen aber bald wieder freigelassen. Der Sohn Hans Georg war Autoschlosser geworden und der jüngere Eduard begann gerade mit seinem Medizinstudium. Eduard Hans Georg meldete sich jedoch bald nach

Kriegsbeginn als Pilot an die Front und starb am 28. Februar 1941 bei einem Flugzeugabsturz.⁴⁵ Sein Tod hat den Vater schwer getroffen und ihn in seiner politischen Meinung nur erhärtet und bestärkt.

Der ältere Sohn August Hans Georg heiratete am 30. Dezember 1944 die Landwirts-tochter Anna Hollerer. Ein halbes Jahr später, knapp vor Kriegsende, starb er in Freiheitsau an den Folgen der Verletzungen, die er sich an der Front bei einem Panzereinsatz zugezogen hatte.⁴⁶

Strohmeier Franz⁴⁷ war am 5. Oktober 1901 in Deutschlandsberg geboren worden und gelernter Ankerwickler. Er arbeitete bei den Grazer Straßenbahnen, wo er sich auch an führender Stelle gewerkschaftlich engagierte, und dann auch im Zuge des großen Straßenbahnerstreiks im Jahre 1928 entlassen, jedoch bald wieder eingestellt wurde. Von 1919 bis 1934 war er Mitglied der Freien Gewerkschaft und der Sozialdemokratischen Partei, für die er von 1931 bis 1934 im Gemeinderat von Wetzelsdorf saß. 1935 wurde er wegen des Besitzes von „marxistischen“ Flugblättern aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Er war dann bis 1938 arbeitslos und von der illegalen Freien Gewerkschaft unterstützt. Seit 1938 arbeitete er wieder bei der Grazer Verkehrsgesellschaft.

Hans Stelzer⁴⁸ wurde am 23. Dezember 1890 in Badendorf in der Steiermark geboren und vorerst übte er den Beruf eines Bauarbeiters aus. Den gesamten Ersten Weltkrieg stand er im Kriegsdienst und wurde mit der Bronzenen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet⁴⁹. Seit 1920 bis 1934 war er Mitglied der Sozial-

45 Pfarre Mariahilf, Taufbuch, 15.6.1914-8.11.1921, S.337, Nr.287.; Stadtkamt Würzburg, Sterbebuch Nr.736/41.

46 Pfarre Mariahilf, Taufbuch, 15.6.1914-8.11.1921, S.267, Nr.172; Gemeindevatrik, Heimatrolle Nr. 1871/44.

47 Nachruf für Franz Strohmeier, in: Neue Steirische Zeitung v. 6.7.1945.

48 Hans Stelzer in: Wahrheit v. 9.12.1945.

49 Dies ist hier erwähnt, da gerade Auszeichnungen des „Weltkrieges“ von den Angeklagten und der Verteidigung immer wieder als strafmilderndes Element in die Verhandlung vor dem Volksgericht einflossen.

demokratischen Partei und der Freien Gewerkschaft. Von 1921 bis 1928 tat er Dienst bei der Grazer Straßenbahn und wurde wegen seiner Beteiligung am Straßenbahnerstreik entlassen.

Johann Strasser, der einzige der keine Verbindung zum Straßenbahnerstreik 1928 aufweist, war am 24. August 1900 in Graz geboren worden. Als Sozialdemokrat arbeitete er als Vertrauensmann des Zentralvereins der kaufmännischen Angestellten und war drei Jahre Obmann der sozialistischen Jugendorganisation in Graz-St. Peter. Von 1926 bis 1938 war er Angestellter der Grazer Krankenkasse und wurde in diesem Jahr aus politischen Gründen entlassen. Später arbeitete er als Handelsangestellter bei der Baufirma Ast. Während des Polenfeldzuges 1939 verlor er durch Überanstrengung die Sehkraft auf einem Auge.

Nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Verbände im Jahre 1934 entfaltete die illegale Freie Gewerkschaft in Graz bis 1938 eine rege Tätigkeit. Ihr Aufgabenbereich war dem der „Roten Hilfe“ ähnlich; man unterstützte Familien von inhaftierten Sozialdemokraten. Aus den vorhin dargestellten Lebensläufen ist es nicht verwunderlich, daß Poketz, Stelzer und Strohmeier dabei an führender Stelle tätig wurden; Strohmeier, er war ja arbeitslos, wurde finanziell unterstützt und übte das Amt eines Unterkassiers aus.

Nach dem „Anschluß“ 1938, Poketz und Stelzer waren kurzzeitig inhaftiert worden, begannen sie ihre Aktivitäten schon 1940, als Neuhold mit Poketz in Kontakt trat und beide beschlossen, neben den politischen

Aktivitäten auch eine Hilfsorganisation aufzubauen.⁵⁰ Man kam überein, daß Poketz diese Tätigkeit koordinieren sollte. Dabei einigte man sich darauf, daß ein Mitgliedsbeitrag von monatlich 2 Reichsmark eingehoben werden sollte, von denen 50 Pfennige der „Roten Gewerkschaft“ verblieben, der restliche Betrag jedoch der politischen Arbeit zugeführt werden sollte. Diese Beitragshöhe wurde auch nach der Verhaftung der Gruppe um Josef Neuhold beibehalten, jedoch der gesamte Betrag an den Finanzverwalter Franz Strohmeier weitergeleitet. Die Kontakte zu den Familien der 1942 Verhafteten rissen auch weiterhin nicht ab. Nach der Verhaftung der Familienmitglieder von Neuhold kam es auch zu Geldzuwendungen an diese Familie. Insbesondere die Unterstützung der Familie Neuhold durch die Zelle Matoschofsky führte die Gestapo, neben anderen Indizien, auf die Spur der Aktivisten. Ebenso war den Anklägern in Prozessen gegen Angehörige der „Roten Hilfe“ bekannt, daß die Familie des justifizierten Dr. Weiß von dieser Organisation unterstützt wurde.⁵¹ In diesem Zusammenhang ist es auch auffallend, daß die Verhaftungen der „Roten Gewerkschaft“ beinahe parallel zu den Prozessen gegen die Gruppe um Neuhold, Weiß und Drews und ihre Kontaktzellen in der Steiermark erfolgten, und gerade Matoschofsky als erster verhaftet wurde.

Poketz gab der Organisation den Namen „Rote Gewerkschaft“ und wies bei den Verhören immer wieder auf den gewerkschaftlichen und weniger politischen Charakter dieser Namensgebung hin. Dieser Synonym war aber sogar den engeren Mitarbeitern unbekannt, soll aber trotz-

50 Im Folgenden vgl.: Verhörprotokolle, CCHDK, Folio 1323, 2. Heft 459; sowie den schon erwähnten Anklageschriften und Urteilen.

51 „Die Frau des hingerichteten KP-Funktionärs Dr. Weiss lehnt jede NSV-Hilfe ab und lebt durch die Rote Hilfe besser als zuvor.“ Notiz im Tagebuch Schmidt vom Dezember 1942.

dem hier als Bezeichnung für diese Organisation verwendet werden, denn auch die Gestapo verwendete diesen Namen um so den gewerkschaftlichen - und für sie somit kommunistischen - vor dem sozialen Charakter der Organisation hervorzukehren.

Ein weiteres Prinzip war es auch, nur in Grazer Betrieben tätig zu werden. Diese Vorsichtsmaßnahme dürfte Poketz getroffen haben, weil er erkannt haben dürfte, daß die Kontaktaufnahme in die Steiermark insbesondere nach Wien zur Aufdeckung der Gruppe Neuhold geführt hatte.

Nur die Kontakte zur Papierfabrik Gratkorn und die gescheiterte Verbindungsaufnahme zum seinerzeitigen Obmann der Freien Gewerkschaft Georg Eisner in Leoben bilden eine Ausnahme. Ebenso wie die Kontaktaufnahme zu Rudolf Hiebler, die ja wahrscheinlich mit zur Aufdeckung der Gruppe geführt hat.

Auch das Verbreiten von Nachrichten, die durch das Abhören von „Feindsendern“, wie der BBC und des Senders Moskau, gewonnen wurden, sowie das Verteilen von Flugschriften gehörten zum Aufgabenbereich der Organisation. So hörten Strasser und sein Untermieter Matoschofsky mehrmals den „englischen Sender in deutscher Sprache ab“.

Ein weiteres Ziel der Gruppe war die Verbreitung von „marxistischem“ Gedankengut. Im Jahr 1940 übergab Josef Neuhold die Flugschrift „Der Roten Stoßtrupp“, von Richard Zach, sowie einige Flugschriften von Dr. Weiß an Lorenz Poketz. Weiß wurde dabei von Neuhold als „unser Waudi“ be-

zeichnet und trotzdem war es Poketz klar wer hinter diesem Synonym stand. Im Frühjahr 1942, nach der Verhaftung von Josef Neuhold, stellte Poketz selbst drei Flugschriften her. Zwei davon schrieb er auf der Schreibmaschine von Johann Strasser. Die Flugblätter - mit einer Auflage von sechs Stück - trugen die Überschrift „Der Rote Sturm“. Die beiden ersten hatten den Untertitel „Informations- und Nachrichtenblatt der Roten Gewerkschaft“, die dritte Nummer erhielt den Untertitel „Kampfschrift der KP in der Steiermark“. All diese Schriften gab Poketz dann meistens an Strohmeier weiter, der sie jedoch vernichtet haben soll. Auch an Franz Hiebler schickte Poketz, unter Verwendung eines Decknamens, die „Kampfschrift der KP in der Steiermark“, jener wiederum ließ diesem über Bilek von ihm herausgegebene kommunistische Aufrufe und Flugblätter zukommen, die Poketz jedoch nach dem Lesen verbrannt haben will.

Über die Aufdeckung der „Roten Gewerkschaft“ kursieren höchst widersprüchliche Aussagen von Verwandten der damals Beteiligten. So soll nach einer Version ein Spitzel der Gestapo in der Organisation eingeschleust worden sein und diese aufgedeckt haben.⁵² In zwei anderen Versionen vermuten die Befragten einen Zufall. Nach einer wurde ein Mitglied in Sankt Oswald bei Wies im Autobus verhaftet.⁵³ Eine andere berichtet von einem Motorradunfall eines Aktivisten.⁵⁴ In beiden Anlaßfälle soll die Exekutive bei den Personen eine Mitgliedsliste⁵⁵ deren Spur zu Lorenz Poketz führte, gefunden haben.

Wahrscheinlich dürften mehrere Faktoren

52 Sorger, Poketz, Interview mit Erich Portl v. 19.12.1988.

53 Interview mit Alfred Satscheny, OHA WISOG, S. 2612-11/88 (= Interview Satscheny, 11/88). Dabei dürfte, ohne namentlich erwähnt zu sein, Franz Hiebler gemeint sein.

54 Sorger, Poketz, Interview mit Poketz Johanna, Schwägerin von Lorenz Poketz; v. 25.10.1988; Telefongespräch mit Anna Wagner geb. Halterer, Schwägerin von Lorenz Poketz, v. 20.12.1988.

55 Damit ist wohl das „Verrechnungsbuch“ von Franz Strohmeier gemeint.

ausschlaggebend gewesen sein. Die schon erwähnte Unterstützung der Familie Neuhold, so wie die Kontaktaufnahme zu Franz Hiebler dürften wohl die entscheidendsten Faktoren darstellen. Ebenso wenig kann eine längere Observierung einzelner Mitglieder der „Roten Gewerkschaft“ ausgeschlossen werden. Auch waren die meisten Akteure durch ihre langjährige Tätigkeit für die Sozialdemokratie oder den Kommunismus aktenkundig.

Sicher ist, daß Franz Matoschofsky schon am 20. Juni 1942, und damit als erster verhaftet wurde. Am 4. August wurde dann Franz Hiebler, am 13. August Lorenz Poketz, von seinem Arbeitsplatz weg, und in den folgenden Tagen auch Strohmeier, Strasser, Stelzer und Bilek verhaftet. Nach deren ersten Verhören gelang es der Gestapo, schon bis 20. August einige Verbindungen der Gruppe aufzudecken und weitere Mitglieder der „Roten Gewerkschaft“ zu verhaften; am 21. August 1942 beispielsweise Mutschnik und Mutter und Sohn Serfecz.

Sicher ist auch, daß die Außerachtlassung der Vorsichtsmaßnahme, nämlich keine schriftlichen Aufzeichnungen zu führen, wesentlich zum Ende der „Roten Gewerkschaft“ beigetragen hat. Im Zuge der, im August 1942 beginnenden Verhaftungen gelangte man wie schon erwähnt in den Besitz des Kassabuches von Franz Strohmeier, der für die Finanzen zuständig gewesen war. Dieser hatte sein „Verrechnungsbuch“ nach der Verhaftung von Lorenz Poketz am 13. oder 14. August 1942 zwar bei einer bekannten Frau versteckt, es aber

nicht vernichtet. Da in diesem Buch eindeutige Zuordnungen der Abkürzungen zu entschlüsseln waren, wurde dies für weitere Zellen zum Verhängnis. Diese Verschlüsselungen waren auch sehr einfach zu deuten. So bedeutete etwa „Wag.B.“ Waagner-Biro, „Weit.W.“ Weitzer-Waggon-Fabrik oder „Poli.“ Polizei. Die Höhe der in diesem Buch aufgelisteten Beträge machte insgesamt 7.887 Reichsmark und 80 Pfennige aus, von denen noch ein Teilbetrag von 3.767 Reichsmark beschlagnahmt und sichergestellt werden konnte.

Am 17. Juni 1943 wurden Poketz, Strohmeier, Stelzer und Strasser vom 6. Senat in Graz zum Tode, Josef Bilek zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.⁵⁶ Am Abend des 13. September 1943 gegen 22 Uhr wurden die vier im Landesgericht Graz hingerichtet.⁵⁷

Trotz der erdrückenden Beweise für eine staatsfeindliche Tätigkeit wie sie aus den Verhören und den beschlagnahmten Unterlagen hervorging, gelang es der Gestapo nicht alle „Betriebszellen“ der „Roten Gewerkschaft“ aufzudecken. Auch Mißhandlungen der Angeklagten, wie sie immer wieder vorgekommen sind, brachten den Verhörenden keinen Erfolg. So berichtet der Mann von Helene Serfecz folgendes: „Wenn ich meine Frau besuchte, fand ich sie meist mit verbundenem Kopf.“⁵⁸ So sind die Kürzel „E.St.“, „St.K.G.“ und „B.R.H.“ unentschlüsselt geblieben. Lorenz Poketz selbst war in der Haft davon überzeugt, daß nur ein Drittel der Organisation verhaftet worden sei und er äußerte dies auch gegenüber einigen Mithäftlingen.⁵⁹ Dies gibt Grund zur Annahme, daß Poketz neben

56 Urteil Poketz.

57 Magistrat Graz, Sterbebuch, 1943/4098, 1943/4099, 1943/4100, 1943/4102; Zwei Abschiedsbriefe [Poketz], in: Mang, Sozialdemokraten, S.204f.

58 Eine Grazerin ging zum Schafott... Mutter und Sohn vor dem Henker Gericht der Nazi, in: Wahrheit, 17.2.1946.

59 Interview Sotsheny, 11/88.

den nicht aufgedeckten Zellen noch viel weitreichendere Beziehungen unterhalten hatte.⁶⁰

Es gelang der Gestapo jedoch folgende Gruppen zu eruieren und die Mitglieder derselben zu verhaften.

Brückenbauanstalt Waagner-Biro

Leiter dieser Zelle war der Brückenschlosser Eduard Pertl, der seine Gruppe nach einer Unterredung mit Poketz und Strohmeier der „Gewerkschaft“ angeschlossen hatte. Über ihn knüpfte Franz Hiebler die Kontakte zur „Roten Gewerkschaft“. Am 28. Juni 1943 erfolgte die Verurteilung, des am 1. Jänner 1899 in Graz geborenen Eduard Pertl, der ebenfalls am 13. September 1943 in Graz enthauptet wurde.⁶¹

Grazer Waggonfabrik Weitzer: Mehrere unabhängige Gruppen⁶²

Eine Gruppe wurde von Josef Motschnik, der mit Lorenz Poketz in Verbindung stand, geleitet. Er war am 20. Februar 1943 in Graz geboren worden. Der gelernte Schlosser arbeitete in den 20er Jahren meistens im Ausland und fuhr zur See und kehrte Anfang der 30er wieder nach Österreich zurück. Mitten in der Weltwirtschaftskrise gab es für ihn keine Arbeit, jedoch engagierte er sich in verschiedenen sozialdemo-

kratischen Organisationen. Nach dem Februar 1934 bis zu seiner Verhaftung im November 1934 war er Landesleiter der „Roten Hilfe“.⁶³

Wie die Kontaktaufnahme zu den einzelnen Mitgliedern erfolgte, soll folgendes Beispiel erläutern. Alfred Setscheny, Arbeiter der Weitzer Waggonfabrik, versuchte sich an der Teilnahme an einem Trauerzug eines Belegschaftsmitgliedes zu drücken. „Ich habe gedacht ich kann nicht hinter der Nazifahne nachmarschieren.“ Er fand eine Ausrede und verließ die Kolonne. „...und wie ich dann so zurückschauen, kommt noch ein zweiter nach, das war der Motschnik, der hat es auch nicht ausgehalten.“ Erst nach vorsichtigem Abtasten gestanden sich beide ihre gleiche Gesinnung ein. Daraufhin begannen sie allmählich mit der Tätigkeit im Betrieb. Meist waren es Gespräche mit Arbeitskollegen. Motschnik war es dann, der den Kontakt zu Poketz herstellte und so dieser eher losen Verbindung den organisatorischen Halt gab.⁶⁴

Am 29. September 1943 verhängte man über Josef Motschnik die Todesstrafe, die am 7. Oktober 1943 in Graz vollstreckt wurde.⁶⁵ Einer seiner letzten Worte war: „Lieber durch Hitler sterben, als für ihn!“. In diesem Verfahren wurden weitere fünf

60 Poketz soll auch mit dem sozialdemokratischen Funktionär Andreas Stampfer zusammengearbeitet haben. Dieser war 1938 bis 1940 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ im Zuchthaus, anschließend als Schloßgrubenarbeiter strafverpflichtet und ab 1941 als Metallarbeiter in den Puch-Werken tätig. In welcher Art und wann die Zusammenarbeit mit Poketz erfolgt sein soll geht aus der angeführten Quelle nicht hervor. Stampfer mußte 15 ergebnislose Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen. Stampfer war in engem Kontakt mit Fritz Matzner und dürfte auch zu Reinhold Machold und Engelbert Pöckl Verbindungen gehabt haben. Mang, Sozialdemokraten, S. 204 291. Heinz Mang, Steirische Metall- und Bergarbeiter im Widerstand gegen Hitler. Dokumente-Daten-Fakten. Graz o.J. S. 190 (= Mang, Metall- und Bergarbeiter).

61 Magistrat Graz, Sterbebuch, 1943/4101.

62 Im Fabrikhof der Simmering-Graz Pauer befindet sich ein Mahmal für alle Betriebsangehörigen, die für Österreich ihr Leben gaben. Neben dem im folgenden Erwähnten sind dies: Matthias Kollmanns, 27.2.1908-17.4.1943; Alois Kopf, 27.5.1898-23.5.1944; Franz Politzer, 5.6.1857-10.1.1944.

63 Interview mit Franziska und Vera Motschnik, OHA WISGG, S. 935-1788; Josef Motschnik, in: Neue Steirische Zeitung v. 21.7.1946; Josef Motschnik, Kämpfer in vier Kontinenten, in: Wahrheit v. 4.11.1945.

64 Interview Setscheny 11/88.

65 Magistrat Graz, Sterbebuch, 1943/4429.

Angeklagte zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, einer auch freigesprochen.⁶⁶ Oskar Petrowitsch wurde dabei zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt und ist im April 1945 in Haft verstorben.⁶⁷

Ein Mitglied der Gruppe, das ebenso wie Motschnik in der Amselgasse wohnte, Alois Rosenberger, wurde im März 1943 verhaftet, das Verfahren gegen ihn am 2. Juli 1943 vertagt und er in die Strafanstalt Karlau eingeliefert, wo er beim Bombenangriff vom 19. Februar 1945 umkam.⁶⁸

Eine zweite Gruppe bildete sich um Wilhelm Stany und Stefan Brunner. Sie hatte etwa neun Mitglieder und man traf sich meist privat bei der Familie Genowitz. Ein Mitglied war Hubert Beyer, welcher am 5. Juni 1943 verhaftet wurde.⁶⁹ Diese Zelle hatte auch Mitglieder außerhalb des Betriebes, unter anderem Frauen von Widerstandskämpfern. Die Beiträge wurden von Stefan Brunner über Oskar Petrowitsch an Lorenz Poketz weitergeleitet.⁷⁰ Nach deren Verhaftung wurden die Mitgliedsbeiträge wohl in Eigenregie verwaltet und verteilt. Am 21. Oktober 1943 wurden der Hilfsarbeiter Wilhelm Stany und der Kellner Stefan Brunner vom 6. Senat des Volksgerichtshofes in Graz zum Tode verurteilt⁷¹ und Wilhelm Stany am 10. Jänner 1944 hingerichtet.⁷² Am 20. Juni 1944 wurde Brunner begnadigt und zu einer Bewährungseinheit versetzt. Andere Mitglieder

erhielten mehrjährige Zuchthausstrafen. Oskar Petrowitsch war schon im Prozeß gegen Josef Motschnik zu 15 Jahren verurteilt worden. Am selben Tag wie Stany wurde der betriebsangehörige Maler und Anstreicher Franz Politzer, wohl in Zusammenhang mit den Aktivitäten im Werk, in Graz hingerichtet.⁷³

Im Bereich der Grazer Straßenbahn bildete sich ebenfalls eine Zelle die wohl von Franz Strohmeier selbst gebildet und mit Hilfe des späteren Zellenleiters Kern auch selbst geleitet.

Deutsche Reichsbahn, Hauptbahnhof Graz

Der Leiter dieser Gruppe, Johann Jahn, war von Poketz angeworben worden. Jahn wurde im August 1942 von dem „bekannten Gestapobeamten Hiden“ verhaftet und am Grazer Paulustor in Untersuchungshaft genommen. Dort wurde er vom Gestapobeamten Johann Stelzl schwer mißhandelt. Weitere Mitglieder der Zelle wurden ebenfalls inhaftiert. Es dürften jedoch im Bereich der Reichsbahn noch weitere Zellen existiert haben. In zwei Prozessen am 17. und 23. Juni 1942 wurden die Reichsbahnangehörigen Johann Jahn, Josef Brantner und Paul Sammer, sowie der Brauereiarbeiter Anton Finster zum Tode verurteilt.

Am 23. September 1943 um 22 Uhr wurden die Eisenbahner Johann Jahn, Josef

66 Urteil gegen Josef Motschnik u.a. 7 J 276/43 6 H 108/43 (= DÖW 18.793/2, Mappe 9/9) (= Urteil Motschnik).

67 Petrowitsch war schon im Prozeß gegen Motschnik zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden; Fein, Die Steine reden, S.251, Ort und Grund des Todes sind unklar.

68 Die Chronik der Amselgasse. Sechzehn Tote in zwölf Familien, in: Wahrheit v. 9.11.1982. In diesem Artikel wird mit Karl Hirt ein weiterer Bewohner der Amselgasse erwähnt, der ein Opfer der NS-Zeit wurde. Hirt wurde 1944 verhaftet und im KZ-Dachau ermordet; Alois Rosenberger ist nicht im Magistrat, Sterbebuch unter den Toten dieses Bombenangriffes angeführt.

69 Ehlhede Fleischmann, Hubert Beyer, Widerstandstätigkeit im Dritten Reich - Tätigkeit im Rahmen der Rosen-Hilfe, Sem.Arbeit, Graz 1989.

70 Urteil Motschnik.

71 7 J 353/43/6 H 158/43, Urteil gegen Wilhelm Stany u.a. v. 21.10.1943 (= DÖW 18.793/3, Mappe 11/5).

72 Magistrat Graz, Sterbebuch, 1944/204; Fein, Die Steine reden, S.251.

73 Magistrat Graz, Sterbebuch, 1944/204; Fein, Die Steine reden, S.251.

Brantner und Paul Sammer, Anton Finster am 24. September 1943 im Landesgericht Graz hingerichtet.⁷⁴

Allgemeine Ortskrankenkasse Gruppe Franz Matoschofsky

Der Angestellte der Krankenkasse Franz Matoschofsky, der seit seinem 15. Lebensjahr in verschiedensten Funktionen von sozialdemokratischen Organisationen tätig gewesen war, wurde 1934 mit der Leitung des Vertriebes der illegalen Arbeiterzeitung in der Steiermark betraut. Schon 1938 übernahm er die Organisation zur regelmäßigen Unterstützung der einkommenslosen Familienangehörigen eingekerkelter oder hingerichteter politischer Gegner des Nationalsozialismus.

In dieser Funktion kam er über den ehemaligen Angestellten der Krankenkasse Johann Bachal mit der „Roten Gewerkschaft“ in Verbindung. Dies geschah über die ehemaligen Krankenkassenangestellten und damaligen Arbeitskollegen Johann Bachal und Johann Strasser. Über diesen soll Matoschofsky die eingehobenen Beträge von 50, einmal sogar 80 Reichsmark im Monat an Lorenz Poketz weitergeleitet haben. Der Großteil dieser Gelder soll wiederum zur Unterstützung der Familie Neuhold gedient haben.⁷⁵

Am 20. Juni 1942 wurde Matoschofsky als erster Aktivist verhaftet. Der Volksgerichtshof in Graz verurteilte Matoschofsky am 21. Juni 1943 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode und Ehrverlust auf

Lebenszeit. In diesem Prozeß⁷⁶ waren weitere sieben Angestellte der Krankenkasse angeklagt. So heißt es im Urteil: „Die Angeklagten Franz Matoschofsky und Adolf Spiel haben einen organisatorischen Zusammenhalt geschaffen, zur Unterstützung eines marxistischen Häftlings.“ Ein Angeklagter wurde zu 15, Johann Bachal zu sieben Jahren und ein weiteres Mitglied der Gruppe zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Vier weitere Angeklagte, darunter eine Frau, wurden freigesprochen.

Durch glückliche Umstände kam es dann am 31. Dezember 1943 zur Umwandlung der Strafe von Franz Matoschofsky zu 15 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Matoschofsky verbüßte die Strafe in Zuchthäusern in Marburg/Maribor und München. Zu Kriegsende befand er sich im Zuchthaus Stein a.d. Donau, wo er dem Massaker der SS nur dadurch entging, daß er sich totstellte.⁷⁷

Puchwerke

Josef Motschnik war bis 1938 bei den Puchwerken angestellt gewesen. Zu Jahresbeginn 1940 begann er unter seinen ehemaligen Arbeitskollegen zu werben und schließlich umfaßte die Gruppe fünf Personen. Die gesammelten Beträge wurden über Oskar Petrovitsch an Poketz weitergeleitet.

Papierfabrik Gratkorn

Dies war, entgegen den Intentionen von Poketz die einzige Gruppe außerhalb von Graz. Aufgebaut war diese Zelle vom dama-

74 Magistrat Graz, Sterbebuch, 1943/4349, 1943/4350, 1943/4355.

75 Urteil Poketz.

76 7 J 44/43; 6 H 99/43, Urteil gegen Franz Matoschofsky u. a. v. 21.6.1943.

77 Gemeint ist Josef Neuhold und seine Familie.

78 Mang, Metall- und Bergarbeiter, S.98f.; Mang, Sozialdemokraten, S.157; Stein, 6. April 1945, Das Urteil des Volksgerichtshofes Wien (August 1945) gegen die Verantwortlichen des Massakers im Zuchthaus Stein, G. Jagschitz, W. Neugebauer (Hg.), Wien 1993. Matoschofsky war nach 1945 wieder in der Krankenkasse, der er von 1952 bis 1962 als Direktor vorstand. Er verstarb 1974.

ligen Papierarbeiter Karl Narath worden. Er versuchte zu Beginn des Jahres 1941 über Stelzer einen Kontakt zu einer kommunistischen Gruppe in Graz zu erhalten. In der Folge überbrachte Narath diesem 18 bis 30 Reichsmark monatlich und war in weiterer Folge auch die Vermittlungsperson zwischen den Zellen des Ernährungsamtes und der Glasfabrik Gösting. Am 25. Juni 1943 wurde Narath zum Tode verurteilt. Karl Narath wurde am 23. September 1943 in Graz geköpft.⁷⁹

Städtisches Gemeindeamt und Ernährungsamt:

Diese Zelle war von Josef Serfecz und seiner Mutter Helene aufgebaut worden. Obwohl Helene Serfecz seit langem mit Stelzer bekannt war, erfolgte die Kontaktaufnahme mit diesem durch einen Hinweis von Narath. Bei einem Verhör gab Stelzer an, beim ersten Treffen mit einem „Unbekannten“ über die Zelle informiert worden zu sein und daß ihm in weiterer Folge von einer Frau, wohl Helene Serfecz, die monatlichen Beträge übergeben wurden. In weiterer Folge mußte Stelzer aber die Bekanntschaft mit Serfecz zugeben. Josef Serfecz und seine Mutter waren inzwischen am 21. August 1942 ebenfalls inhaftiert worden. Die Gruppe des Ernährungsamtes dürfte über 20 Mitglieder gehabt haben, denn sie lieferten monatlich 20 bis 60 Reichsmark an Mitgliedsbeiträgen an die „Rote Gewerkschaft“ ab, insgesamt um die 400 Reichsmark.

Am 22. Juni 1946 wurden Helene Serfecz und Franz Hoffmann zum Tode verurteilt. Schon am 7. Oktober 1942 war Josef

Serfecz in Wien hingerichtet worden. Am 13. September 1943 wurde auch seine Mutter Helene in Graz justifiziert.⁸⁰ Sie war am 16. April 1886 in Klagenfurt geboren worden und seit 1906 mit Josef Serfecz verheiratet gewesen. Dies war die erste Hinrichtung an der Anton Weber als Seelsorger teilgenommen hatte. Nach dem Krieg erinnert er sich an Frau Serfecz. „Sie war sehr mutig. Sie war wegen kommunistischer Tätigkeit angeklagt und erklärte sich unschuldig. Sie erklärte dort, für ihre Überzeugung in den Tod zu gehen. Sie sang in ihrer Zelle noch Lieder, bis man sie zur Hinrichtung holte.“⁸¹

Städtische Feuerschutzpolizei

Der Leiter dieser Zelle, Bezirks-Leutnant der Feuerschutzpolizei Franz Steingruber, war Stelzer schon seit Jahren bekannt gewesen und wurde im Sommer 1941 in einem Gespräch zwischen den beiden und Strohmair angeworben. Bei den Vernehmungen betonte Stelzer immer wieder, daß gerade die Zahlungen dieser Gruppe nur für die Unterstützung von Angehörigen festgenommener Sozialdemokraten zu verwenden gewesen seien. Vorerst lieferte die Gruppe 25 Reichsmark und letztmalig im Juli 1942 31 Reichsmark im Monat an die „Rote Gewerkschaft“.

Der am 7. Oktober 1899 in Heiligenblut in Kärnten geborene und seit 1926 verheiratete Franz Steingruber verstarb noch vor den Prozessen im Sommer 1943 am 16. April dieses Jahres an Herzschwäche, wohl infolge eines Darmkatarrhs, in der Strafanstalt Karlau in Graz.⁸²

79 Magistrat Graz, Sterbebuch, 1943/4348.

80 Magistrat Graz, Sterbebuch, 1943/1943.

81 Aussage von Dr. Anton Weber, Untersuchungskommission: Eine Grazerin ging zum Schafott... Mutter und Sohn vor dem Henker Gericht der Nazi, in: Wahrheit, 17.2.1948.

82 Magistrat Graz, Sterbebuch, 1943/1794.

Städtische Polizeibehörde

Der Polizeireservist Alfred Scharnovsky⁸³ war von Poketz angeworben worden. Er war Angehöriger der Polizei-Wach-Kompanie XVIII und wurde daher der SS- und Polizeisondergerichtsbarkeit übergeben.

Der Leiter der Zelle bei der Grazer Schutzpolizei Scharnovsky wurde als Angehöriger der Polizei durch ein Feldurteil des Obersten SS- und Polizeigerichtes München am 28. Juli 1943 wegen Hochverrats und Zersetzung der Wehrmacht, wobei ihm auch das Abhören von Feindsendern zum Vorwurf gemacht wurde, in Graz zum Tod und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt. Zur Urteilsvollstreckung wurde er nach München überstellt und am 10. September 1943 um 8 Uhr im Konzentrationslager Dachau erschossen.⁸⁴

Glasfabrik Gösting und die Grazer Gaswerke: Zwei nicht entartete Gruppen

Eine Verbindung bestand auch zu der Gruppe um Albert Kosmus in der Göstinger Glasfabrik. In dieser Fabrik gab es eine lange sozialdemokratische und kommunistische Tradition. Im Zuge der Ermittlungen gegen die „Rote Gewerkschaft“ wurden auch mehrere Hausdurchsuchungen bei bekannten Aktivisten aus dem Werk durchgeführt, der Gestapo gelang es aber nur den Decknamen „Stefan“ zu eruiieren. Dieser war im Februar 1941 bei Stelzer aufge-taucht und konnte durch die Nennung des Namens „Narath“ dessen Vertrauen gewinnen. Er erzählte über den Aufbau der

Gruppe im Glaswerk Gösting und übergab Stelzer 10 Reichsmark. Bis Juli 1942 überbrachte er monatlich 8 bis 10 Reichsmark, die er teilweise im Postkasten deponierte oder durch die Türe schob.

Auch von den Gaswerken in Graz erhielt Strohmeier Zahlungen, die er unter dem Kürzel „Gas.W.“ in seinem Buch eingetragen hatte. Er konnte jedoch glaubhaft versichern, den Überbringer nicht gekannt zu haben und konnte ebenso nicht sagen ob diese Zahlung wirklich von einer Zelle der Gaswerke stammten.

Kontakte zu Franz Hiebler

Etwa im April 1942 wurde Poketz über Wilhelm Maurer, dieser wiederum war vorerst mit Strohmeier in Kontakt getreten, von dem Gendarmerie Hauptwachtmeister Franz Hiebler des Postens St.Oswald bei Plankenwarth angesprochen. Der gelernte Drahtzieher war seit 1919 bei der Gendarmerie und auf mehreren Posten in der Steiermark eingesetzt und war seit 1927 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei gewesen. Er versuchte nach der Verhaftung der Gruppe um Neuhold die Führung der örtlichen Parteiorganisation zu übernehmen. Es gelang ihm, mehrere Widerstandskämpfer um sich zu sammeln und stellte eine große Zahl von KP-Schulungs- und Flugschriften her.⁸⁵ Nach den Festnahmen im August 1942 schätzte die Gestapo die Zahl der Aktivisten auf 250⁸⁶, die in Kapfenberg, Graz, Mürz-zuschlag, Weiz, Judenburg und Bruck an der Mur⁸⁷ tätig waren.

Die Kontakte mit diesen, weit stärker als die

83 Auch: Scharnovsky.

84 Steiermärkisches Landesarchiv, Bestand A. Weissmann, Schubert 1, Heft 2, Sicherheitsverhältnisse während des Zweiten Weltkrieges (= Bestand Weissmann), Völlinhaltlich, mit kleinen Veränderungen abgedruckt in: Walter Brunner, Hinrichtungen und Tötungen durch Staatsorgane in der Steiermark 1938 bis 1945, in: Zeitschrift des Historischen Vereines für Steiermark, 80. Jg., Graz 1989, S.277-292.

85 Prozeß gegen Franz Hiebler v. 5.4.1943, 7 J. 599/42; 6 H. 44/43 (= DÖW 361); Helmut Gebhardt, Die Gendarmerie in der Steiermark von 1850 bis heute, Graz 1997, S.335f.; Luza, Widerstand, S.162.

86 Diese Gesamtzahl dürfte auch die Grazer „Rote Gewerkschaft“ miteinschließen.

87 In Bruck a.d. Mur fand Johann Pözlhofer Kontakte zu Franz Hiebler. Im September 1942 wurden die Arbeiter Johann Pözlhofer, Johann Brunnhöfer und Anton Mühlbacher alle aus dem Mürztal verhaftet und am 6. April 1943, also eine Tag nach Franz

„Rote Gewerkschaft“ agierenden Gruppen, wurde von den meisten engen Mitarbeitern der Gruppe, auch aus konspirativen Gründen, die Poketz bei den Aktivitäten Hieblers vermissen ließ, nicht gutgeheißen. So wurde beispielsweise während der Vorgesprächen zwischen Strohmeier und Maurer nicht der Deckname „Bär“, den Poketz meist benutzte, sondern sein voller Name gebraucht.

Am 4. August 1942 wurde Franz Hiebler von der Gestapo verhaftet. In der Folge wurden die weiteren Mitglieder der Grazer „Roten Gewerkschaft“ sowie der meisten obersteirischen Zellen mit denen Hiebler in Kontakt gewesen war inhaftiert, von der Gestapo verhört und auch gefoltert. Am 5. April 1943 verurteilte der Volksgerichtshof Franz Hiebler zum Tode und am 3. Juli 1943 erfolgte seine Hinrichtung in Wien.

In den Prozessen zwischen dem 17. Juni und dem 2. Juli 1943, auch manchmal als die „Großen Hochverratsprozesse“ bezeichnet, waren vor dem im Grazer Landesgericht tagenden 6. Senat des Volksgerichtshofes insgesamt 84 Personen angeklagt worden, davon wurden 14 freigesprochen. Vier Fälle wurden vertagt und in einem Fall konnte wegen Krankheit kein Verfahren durchgeführt werden. 50 Angeklagte wurden zu insgesamt 423 Jahren Zuchthaus verurteilt und 15 Todesurteile gefällt. Eines dieser Todesurteile wurden jedoch aufgehoben und dieser Verurteilte (Matoschofsky) konnte das „Dritte Reich“ überleben. Ein Zellenleiter wurde von einem SS-Polizei-Gericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Ein Mitglied der

Gruppe war schon vor den Prozessen verstorben und zumindest zwei überlebten das Gefängnis oder Lager nicht. Weitere Todesurteile und Haftstrafen wurden bei den Verurteilungen der Einzelgruppen, die bis zum Jahre 1943 noch unentdeckt blieben, ausgesprochen.

Wie schon in den einzelnen Berichten über die Betriebszellen der „Roten Gewerkschaft“ ausgeführt, wurden die zum Tode verurteilten Mitglieder am 13. und 23. September 1943, nur Anton Finster am 24. September, in Graz hingerichtet. Diese Hinrichtungen waren die ersten Enthauptungen⁸⁸ von Widerstandskämpfern im Grazer Landesgericht. Die erste Hinrichtung mit dem Fallbeil in Graz hatte am 20. August 1943 stattgefunden.

Das Fallbeil war im Frühjahr 1943 vom Strafgefängnis Tegel in Berlin geliefert und im Südrakt des landesgerichtlichen Gefängnisses aufgestellt worden.⁸⁹ Mit dieser „Hinrichtungsmaschine“ wurden im Grazer Landesgericht 156 Todesurteile vollstreckt. Nach ihrer Urteilsvollstreckung wurden die Leichen in bereitgestellten Eisensärgen bis zum 20. November 1944 von der Bestattung auf das Anatomische Institut der Universität Graz gebracht, später wurden sie direkt auf den Zentralfriedhof überführt. Die letzten Hinrichtungen erfolgten am 13. März 1945.

Erst am 30. Jänner und am 7. Februar 1946 veranlaßte der Leiter des Anatomischen Instituts Professor Hafferl die Überführung der Leichen auf den Zentralfriedhof. Ohne die Angehörigen oder die Behörden zu

Hiebler, in Graz zum Tode verurteilt. Die drei wurden am 1. Juli 1943 in Wien enthauptet. Urteil gegen Johann Pözlhofer u.a., v. 6.4.1943, 7 J 599/42, 6 H 46/43.

88 Zum rechtlichen Hintergrund vgl. Helmut Gebhardt, Die Justiz in Graz 1938-1945. In diesem Band, S.87-123.

89 Genaue Schilderungen des Fallbeils, sowie der Prozedur der Hinrichtung, in: Bestand Weissmann: Aussagen von Karl Stanzer, Max Lorenzoni, Winenz Heber und Anton Weber, in: Untersuchungskommission: „Ich übergabe sie dem Herker“. Die Werdjustiz des Volksgerichtshofes in Graz, in: Neue Zeit v. 3.2.1946; Die Guillotine Überreithers: 156 Hinrichtungen während der Nazizeit in Graz - Weitere 147 Todesurteile vollstreckt, in: Neue Zeit v. 14.9.1946.

informieren, wurden die Leichen durch die Bestattungsanstalt in verschlossenen Särgen am Zentralfriedhof „sang und klanglos“ begraben. „Die Grabstätte wurde so gewählt, daß niemand vermuten konnte, die Ruhestätte von Opfern des ‚Dritten Reiches‘ vor sich zu sehen.“⁹⁰ Nachdem dieser Umstand im August 1946 vom Landesverband Steiermark des KZ-Verbandes aufgedeckt wurde, kam es zu einem größeren Aufsehen in den Zeitungen⁹¹, sowie einer Anzeige gegen Professor Hafferl wegen „Verletzung der Menschenwürde“ und dessen Verhaftung. Mitte August 1946 wurde das Verfahren gegen ihn jedoch eingestellt und Professor Hafferl auf freien Fuß gesetzt.⁹²

Etwas makaber wirkt in diesem Zusammenhang auch, daß der heute nicht mehr existente Gedenkstein für die hingerichteten Eisenbahner Jahn, Brantner und Sammer, schon am 23. September 1945 am Grazer Zentralfriedhof eingeweiht worden war.⁹³ Zu diesem Zeitpunkt befanden sich die Leichen der Hingerichteten aber noch immer am Anatomischen Institut der Universität Graz.

Abschließend sei noch auf die Frage eingegangen, ob es sich bei diesen Aktivisten um Kommunisten oder Sozialisten gehandelt habe, und Alfred Setschenys Antwort auf die Frage über die politische Ausrichtung von Lorenz Poketz zitiert: „Da streiten, ob er jetzt Kommunist war oder Sozialist, es spielt auch gar keine Rolle.“⁹⁴

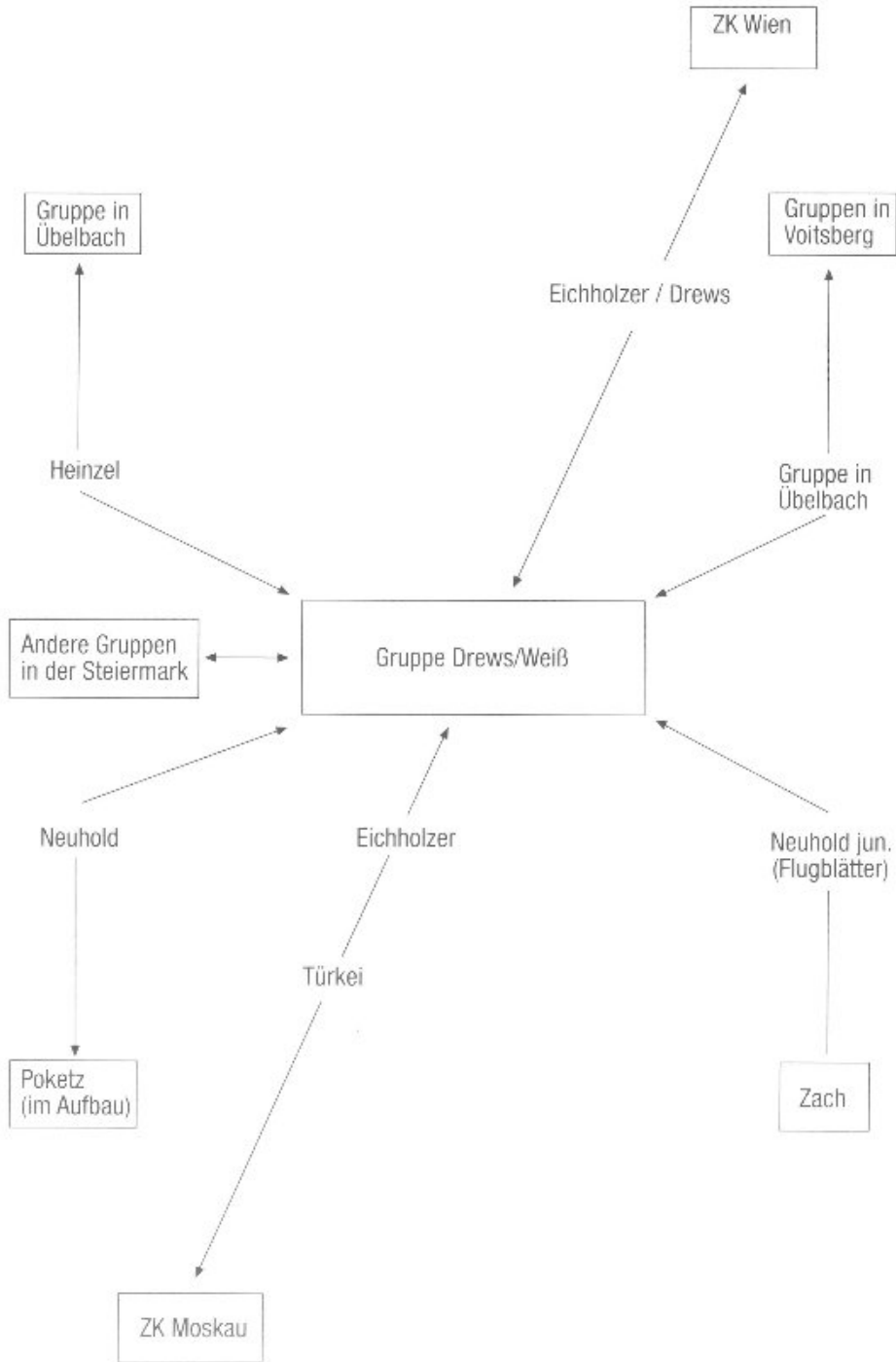
90 Grauenvolles Verbrechen aufgedeckt. 44 ermordete Antifaschisten als Nachtfliegen verscharrt. In: Wahrheit v. 6.8.1946.

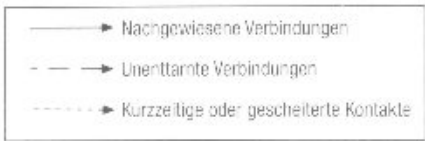
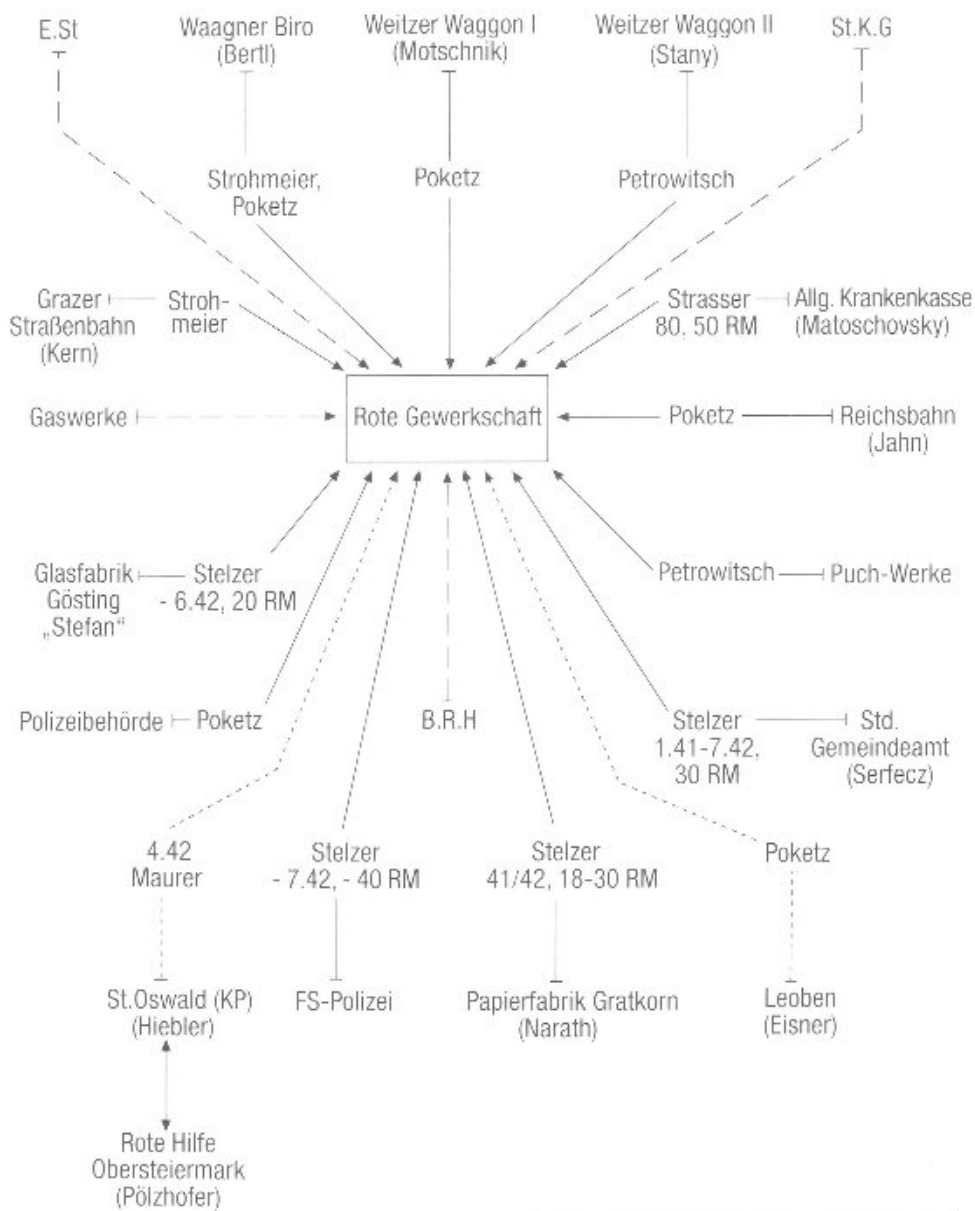
91 u.a. 44 Leichen von Freiheitskämpfern heimlich verscharrt. In: Neue Zeit v. 6.8.1946; Hundert konservierte Leichen im Keller. Ein Besuch im anatomischen Institut der Grazer Universität, in: Neue Zeit v. 7.8.1946; Die Gräber der Freiheitskämpfer, in: Neue Zeit v. 9.8.1946.

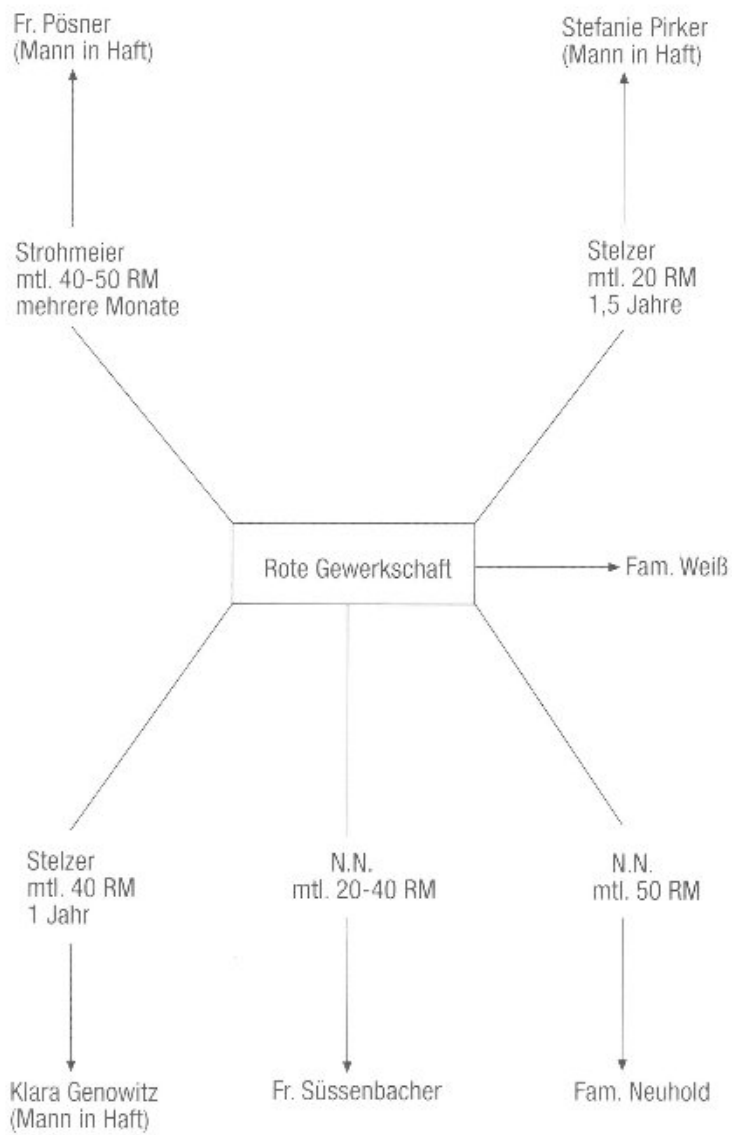
92 u.a. Neue Zeit v. 20.8.1946.

93 Tabarehrung im Zentralfriedhof, Gedenksteinenthüllung für Naziopfer, in: Neue Steirische Zeitung v. 25.9.1945.

94 Interview Setscheny, 2/89.







Die evangelische Kirche in Graz 1938-1945.

Eine eigene Abhandlung über die Grazer evangelischen Gemeinden in der Zeit vom „Anschluß“ Österreichs bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges ist bisher noch nicht verfaßt worden. In einer umfangreichen, sehr einfühlsamen Studie hat Heimo Begusch die innere Entwicklung der evangelischen Kirche in der Steiermark vom Toleranzpatent bis zur Gegenwart dargestellt und dabei auch überblicksweise die kirchlichen und politischen Konfliktfelder des hier zu behandelnden Zeitraumes aufgezeigt.¹ Für die Zeit um das Jahr 1945 bis zum Ende der Besatzungszeit liegen bereits übersichtliche Artikel über die strukturelle und personelle Situation der evangelischen Pfarrgemeinden in Graz und der Steiermark vor, sodaß ich in meinem Beitrag das Jahr 1945 nicht näher behandeln werde.²

Folgende Themen sollen in meiner Abhand-

lung besondere Beachtung finden: die drei Grazer evangelischen Gemeinden und ihre Pfarrer, die Haltung des Hauptpfarrers der Heilandskirche, Ulrich, gegenüber dem Nationalsozialismus, die Auflösung der Grazer evangelischen Schulen, Kirchenein- und -austritte, Behinderungen des kirchlichen Lebens, Einschränkungen des Religionsunterrichtes, Widerstand sowie Vorarbeiten bzw. Weichenstellungen für die organisatorische Weiterentwicklung der evangelischen Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die drei Grazer evangelischen Gemeinden und ihre Pfarrer

In der Zeit von 1938 bis 1945 existierten in Graz drei evangelische Gemeinden: Graz-linkes Murufer (Heilandskirche) mit Liebenau³,

- 1 Heimo Begusch, Von der Toleranz zur Ökumene. In: Karl Amon, Maximilian Leomann (Hg.), Kirchengeschichte der Steiermark, Graz 1993 (= Begusch, Toleranz), S. 466-607 (mit statistischem Anhang und Überblick über die steirischen Gemeinden und ihre Entstehung S. 617-622); die Zeit von 1938-1945 betreffend, siehe insbesondere S. 545-573. Interessante Hinweise, diesen Zeitraum betreffend, finden sich auch in der jüngst erschienenen Untersuchung von Herbert Rampler, Evangelische Pfarrer und Pfarrerrinnen der Steiermark seit dem Toleranzpatent. Ein Beitrag zur österreichischen Presbyterologie. Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Hg. von der Historischen Landeskommission für Steiermark, Bd. 40, Graz 1998 (= Rampler, Evangelische Pfarrer und Pfarrerrinnen). Eine präzise, wenn auch knappe Dokumentation hat Senior Paul Spanuth zusammengestellt: Die Organisation der evangelischen Kirche A. B. in der Steiermark, Fürstertfeld 1947 (= Spanuth, Organisation). Einige Exemplare befinden sich im Arch. v. der Evangelischen Superintendentur Steiermark, Graz (= ASS). Mein besonderer Dank gilt Herrn Superintendenten Mag. Ernst-Christian Gerhold, der mir eine großzügige Einsichtnahme in den Aktenbestand des ASS ermöglicht hat.
- 2 Herbert Rampler, Strukturelle und personelle Veränderungen in der evangelischen Kirche in Graz und der Steiermark um 1945, in: Graz 1945. Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Hg. von der Stadt Graz, Bd. 25, Graz 1994 (= Rampler, Strukturelle und personelle Veränderungen), S. 527-539, sowie ders., Die evangelische Kirche in der Steiermark 1945-1955. Umbrüche und Neuanfänge, in: Die „Jubilische“ Steiermark, 1945-1955. Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Bd. 38, Graz 1995 (= Rampler, Die evangelische Kirche), S. 401-434. Im letztgenannten Beitrag hat Rampler auch einen Überblick über die Quellenlage und vorhandene Literatur zur steirisch-evangelischen Kirche der Nachkriegszeit gegeben.
- 3 Die Errichtung einer selbständigen evangelischen Gemeinde in Graz war am 16. Februar 1856 erfolgt. Zur Gemeindegeschichte siehe Julius Walner, Die Geschichte der evangelischen Gemeinde Graz-Heilandskirche von der Reformationszeit bis zum Jubiläumsjahr 1956, Graz o. J. (= Walner, Geschichte), sowie Rampler, Evangelische Pfarrer und Pfarrerrinnen, S. 41. Nach Gründung einer evangelischen Pfarrgemeinde Graz-rechtes Murufer erfolgte 1911 die Namensänderung in „Evangelische Pfarrgemeinde A. u. H. B. in Graz, linkes Murufer“. Die Entwicklung des südlichen Teiles der Heilandskirche, der auch Orte des Bezirkes Graz-Umgebung umfaßt, hat Herbert Rampler ausführlich in seiner Studie beschrieben: Gemeinde Leben - Entwicklung des Seelsorgesprenkels Liebenau der evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Graz-linkes Murufer/Heilandskirche, Graz 1989 (= Rampler, Liebenau).

Graz-rechtes Murufer (Kreuzkirche)⁴ und Graz-Eggenberg (Christuskirche)⁵. An der ältesten Grazer evangelischen Gemeinde Graz-linkes Murufer waren seit 1930 nur mehr zwei der drei Pfarrstellen besetzt worden. Geschäftsführender Pfarrer war der deutsch-national gesinnte D. (= Dr. theol. ehrenhalber) Friedrich Ulrich⁶, der vom 31. August 1917 bis zu seinem Tod 1944 erster Pfarrer bzw. Hauptpfarrer dieser Gemeinde war. Ulrich, ein „profilierter Exponent des Zusammenwirkens mit der nationalsozialistischen Bewegung“⁷, hatte als Herausgeber und Schriftleiter der innerkirchlich sehr bedeutsamen Monatszeitschrift „Der Säemann. Evangelisches Kirchenblatt für Österreich“ die evangelische Presse im Österreich der Zwischenkriegszeit wesentlich geprägt.⁸ Die zweite Pfarrstelle an der Heilandskirchengemeinde hatte von 1924 an bis zu seinem Ruhestand im Jahr 1946

der aus Berlin stammende Julius Schacht⁹ inne, der zusätzlich auch als unermüdlicher Seelsorger am Landeskrankenhaus Graz wirkte. Erst knapp vor Ende des Zweiten Weltkrieges konnte die dritte Pfarrstelle wiederbesetzt werden. Am 13. Juni 1944 wählte die Gemeinde den beliebten Peggauer Pfarrer Wolfgang Pommer¹⁰ zu ihrem dritten Pfarrer.

Erster Pfarrer der zweitältesten Grazer evangelischen Gemeinde, Graz-rechtes Murufer, wurde Pfarrer Oskar Vespermann¹¹, der die neu gegründete Pfarrgemeinde vom 15. Jänner 1912 bis zu seinem Tod 1944 betreute. Im Juli 1945 wurde Dr. Bernhard Zimmermann (1904-1993) dieser Pfarre dienstlich zugewiesen, seine eigentliche Wahl auf die Pfarrstelle der Kreuzkirche erfolgte jedoch erst am 16. Jänner 1949.

4 Es war dies die zweite evangelische Pfarrgemeinde, die 1810 errichtet wurde und sich ein Jahr später konstituiert hat.

5 Die 1823 gegründete Pfarrgemeinde Eggenberg wurde 1949 in „Graz-Eggenberg“ umbenannt.

6 D. Friedrich Ulrich, geb. 18. 8. 1877 in Wörlitz bei Dessau/Anhalt, gest. 8. 5. 1944 in Graz, Studium in Greifswald, Leipzig, Marburg an der Lahn, Halle und Dessau. Ulrich kam 1913 nach Österreich und war zunächst in St. Pölten, ab 1917 als erster Pfarrer in Graz linkes Murufer tätig. 1929 Ehrendoktorwürde der Evangelischen Theologischen Fakultät Breslau, Mitbegründer des Evangelischen Presseverbandes in Österreich (1926) und dessen erster Obmann, Verfasser eines Religionslehrbuches „Leidenschaftlicher Lutherforscher“. Er hatte die Herausgabe eines Lutherbuches im Leopold-Stöcker-Verlag geplant; letzteres erschien aber nie. Rampler, Evangelische Pfarrer und Pfarrerrinnen, S. 278-281 sowie S. 428-455.

7 Begusch, Toleranz, S. 554. Näheres über Ulrichs Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus siehe das folgende Kapitel dieses Beitrages.

8 Ulrich war Herausgeber des „Säemann“ vom Erscheinen der ersten beiden Probenummern im Oktober und Dezember 1920 bis zu dessen Einstellung am 1. Juni 1941. „Der Säemann“ trug bis Ende 1924 den Untertitel „Evangelischer Kirchenbote für das Alpenland“. „Der Säemann“ befindet sich vollständig in der Steirischen Landesbibliothek. Siehe weiters Gustav Reingrabner, Aus der Kraft des Evangeliums. Erlangen-Wien 1986, S. 100 f., sowie Rampler, Evangelische Pfarrer und Pfarrerrinnen, S. 434-446.

9 Julius Schacht, geb. 18. 11. 1871 in Berlin, gest. 22. 2. 1964 in Graz, Studium in Tübingen, Berlin und Straßburg/Elisaß. Ab 1901 in Österreich tätig, zunächst als geistliche Hilfskraft in St. Ruprecht bei Willach, ab 1902 als Personalvikar in Spittal an der Drau, 1911-1914 Pfarvikar in Graz, 1914-1917 Pfarrer in Wiener Neustadt, danach bis 1924 Pfarrer an der Labor-Gemeinde in Berlin, 1924-1946 zweiter Pfarrer in Graz-linkes Murufer an der Heilandskirche. Rampler, Evangelische Pfarrer und Pfarrerrinnen, S. 244 f.

10 Wolfgang Pommer, geb. 1. 11. 1909 in Morchenstern bei Gaßlitz, lebt seit 1983 in Neudorf bei Prichsenstadt in Bayern, als Sohn eines Pfarrers wuchs er in Krems und Bregenz auf, Studium in Wien, Leipzig und Tübingen. Ab 1934 wirkte er in Peggau, am 16. September 1935 als Pfarrer von Peggau bestätigt. Nach seiner Wahl wurde er als dritter Pfarrer von Graz linkes Murufer am 9. August 1944 bestätigt, am 26. Juli 1946 von der Gemeindevertretung zum ersten geschäftsführenden Pfarrer gewählt. Er unterlag bei der ersten Superintendentenwahl 1946 Leopold Aichberger nur knapp und war 1947 Superintendentenstellvertreter. Ab 1952 in Deutschland in verschiedenen Funktionen tätig, kehrte er 1972 nach Österreich zurück und war Pfarrer in Pöttelesdorf im Burgenland (1972-1975) sowie Religionslehrer in Mattersburg. Ebd., S. 224-226.

11 Oskar Vespermann, geb. 4. 2. 1875 in Kassel, gest. 18. 11. 1944 in Graz, Studium in Marburg und Greifswald, 1907-1912 erster Pfarrer in Falkenau, 1921-1942 Konsensstellvertreter. Ebd., S. 282 f.

Volle vier Jahrzehnte wirkte Ernst Heger¹² an der Christuskirche in Graz-Eggenberg und war von der Gründung der Pfarrgemeinde 1923 bis zu seinem Ruhestand 1963 deren Pfarrer. Während sich in den Jahren 1944 bis 1946 innerhalb der Grazer Pfarrerschaft ein einschneidender Generationswechsel vollzog, verblieb er als einziger evangelischer Pfarrer in der Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Amt.

Die steirischen und damit auch die Grazer evangelischen Gemeinden gehörten zu der 1783 gegründeten Wiener Superintendentenz A. B., die aus verschiedenen Senioraten bestand. Die Grazer evangelischen Gemeinden, die vorher beim niederösterreichischen Seniorat waren, wurden 1902 in das 1847 errichtete steirische Seniorat eingegliedert. Das Seniorat bildete damals eine eigene kirchliche Instanz mit kirchenregimentlicher Hoheit zwischen Gemeinden und Superintendentur. Da die Gemeinde des jeweiligen Seniors auch den Sitz des Seniorats bildete, war Leoben knapp vor Beginn der Zwischenkriegszeit bis Ende 1945 Zentrum der evangelischen Kirche in der Steiermark, nachdem der mit hohem Organisationstalent begabte und mehrmals wiedergewählte Leobner Pfarrer D. Paul Spanuth¹³ das Amt des Seniors innehatte. Spanuth schied mit Jahresende 1945 sowohl aus dem von ihm sehr geliebten Amt in Leoben als auch von der Spitze des Seniorates. Er hatte wichtige Vorarbeiten für den kirch-

lichen Aufbau einer eigenen evangelischen Diözese Steiermark geleistet.

Begeisterung und Bejahung - Pfarrer Ulrichs Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus

Nicht unwesentlich von Bedeutung für die Entwicklung der evangelischen Kirche in Graz und der Steiermark ist, daß sowohl der einflußreiche Senior Spanuth¹⁴ wie auch der Hauptpfarrer der ältesten evangelischen Grazer Gemeinde, Ulrich, von Anfang an wichtige Proponenten deutsch-nationaler und nationalsozialistischer Gesinnung waren. Daß ein großer Teil der Pfarrerschaft und führende Persönlichkeiten der evangelischen Kirche dem Nationalsozialismus nahestanden, ist eine allgemein anerkannte These, auch wenn für eine differenziertere Betrachtungsweise von Einzelfragen Quellenmaterial noch ausgewertet werden muß.¹⁵

Ulrich hatte aus seiner deutsch-nationalen Gesinnung kein Geheimnis gemacht. In den Akten des Seniorats Steiermark befindet sich ein vom Evangelischen Oberkirchenrat übermittelter, wahrscheinlich von Senior Spanuth ausgefüllter Fragebogen, wonach Pfarrer „Ulrich seit Anfang des Jahres 1933, genaues Datum nicht mehr in Erinnerung“ in die NSDAP eingetreten sei.¹⁶ Der einflußreiche Pfarrer der Grazer Heilandskirche begrüßte

12 Ernst (eigentlich Ernest) Heger, geb. 25. 12. 1890 Mährisch-Trübau, gest. 9. 4. 1969 in Graz, Studium in Wien und Leipzig, ab 1916 als Personalvikar 1918 und ab 1920 als Pfarrvikar in Graz, nachts Musiker mit Amtssitz in Eggenberg tätig, ab 1941 zugleich Pfarradministrator von Stainz, Ebd., S. 129 f.

13 D. Paul Spanuth, geb. 21. 10. 1870 in Oldesloe/Holstein, gest. 27. 8. 1963 in Leoben, Studium in Göttingen und Kiel, zunächst in Deutschland und Böhmen tätig, u. a. als Vikar der „Los von Rom“-Bewegung, eher 1905 zum Pfarrer in Leoben gewählt wurde. Diese Stelle hatte er bis zu seiner Pensionierung mit 31. Dezember 1945 inne. 1913 zum Konsenior, 1917 als Nachfolger des Grazer Pfarrers D. Karl Eckardt zum steirischen Senior gewählt, 1923, 1929 und 1935 wiedergewählt, 1921 Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Wiener Evangelische Theologische Fakultät aufgrund seiner Pressestätigkeit, Ebd., S. 25-30 u. S. 266 f.

14 Über die Haltung Spanuths gegenüber dem Nationalsozialismus siehe ebd., S. 363.

15 Zum Verhältnis zur NSDAP und evangelischen Amtsträgern siehe ebd., S. 363 u. 368 f.; zu dieser Thematik siehe auch Begusch, Toleranz, S. 565-568.

16 ASSt, Akten des steirischen Seniorats: Gemeindeberichte 1931-1946, Maschinschrift eines Schreiben des Evangelischen Oberkirchenrates A. und H. B. vom 25. März 1939, unterzeichnet von Dr. Kauer, samt Fragebogen. Der beantwortete Fragebogen befindet sich in ebd., Abschrift.

das NS-Regime in dem von ihm redigierten evangelischen Presseorgan „Der Säemann“ nach dem „Anschluß“ mit großer, augenscheinlicher Begeisterung. Nach „bedrückenden“ Erfahrungen mit dem „Christlichen Ständestaat“ wird seine Erleichterung, die er unter dem Artikel „Erlebnisse und Bekenntnisse“ kundtut, deutlich spürbar: „Nun haben wir endlich wieder eine Obrigkeit, die wir in Wahrheit in Ehren halten können und müssen. ... Und Gott der Herr kann verlangen, daß wir Sein Urteil über unsere früheren Herren und Peiniger anerkennen. Für unsere neue Obrigkeit wollen wir freudigen Herzens eintreten, so wie es Luther meint.“¹⁷ Den Führer bezeichnet er als „Befreier“ und feiert ihn in seinem Beitrag „Religiöse Gedanken über die Gegenwart“ als „Gottesgeschenk“.¹⁸

Seine Predigt zum Dankgottesdienst in der Grazer Kreuzkirche am 18. April 1938, unmittelbar nach der Volksabstimmung und knapp vor Hitlers Geburtstag, schließt er mit den Worten: „Selten geschieht es, daß Gott als der Herr der Völkergeschichte so klar und hell sich offenbart, wie dies jetzt geschah. Er hat uns wissen lassen, daß wir unter seiner Allmacht stehen. Übermorgen feiern wir unseres Führers Geburtstag. Als ein Geschenk Gottes an unser Volk dürfen wir diesen Mann anschauen und dafür Gott danken. Und für alle Hilfe haben wir Gott zu danken. Und wir stehen in Ehrfurcht vor Gott und bedenken: Wie wunderbar sind doch Gottes Wege!“¹⁹

In den von ihm im November 1938 heraus-

gegebenen zehn „Leitsätzen für den Schulungskurs der evangelischen Geistlichen Österreichs“ mit dem Titel „Unsere Kirche im Dritten Reich“²⁰ plädiert er für eine „Anerkennung“ und „Bejahung“ der „ungeheuren Umwertung der Werte“, die der Nationalsozialismus im politischen Raum eingeleitet hat: „Die nationalsozialistische Bewegung und das neue Reich müssen sich nicht etwa vor unserer Kirche verantworten; das Umgekehrte wäre für unsere Kirche besser.“ Den Ausbruch des Krieges interpretierte Ulrich im „Säemann“ als „aufgezwungenen Abwehrkampf“, die Ausdehnung des Krieges sah er positiv.

Auf dem Titelblatt der Folge 2 des XIX. Jahrganges vom 15. Februar 1939 ließ Ulrich zum Herausgeberort Graz das Attribut „Stadt der Völkserhebung“ hinzufügen, ab der nächstgedruckten Folge 3 (15. März 1939) lautete der Untertitel „Evangelisches Kirchenblatt für die Ostmark“. Als das gesamte kirchliche Pressewesen durch eine Verfügung des Präsidenten der Reichskammerpresse vom 1. Juni 1941 lahmgelegt wurde, hatte Ulrich diese Anordnung als kriegswirtschaftliche Sparmaßnahme widerspruchslos hingenommen.²¹ Noch in seinem Abschiedswort „Ein persönliches Wort an alle Freunde und Leser des Säemann!“ der letzten „Säemann“-Ausgabe verehrte er Hitler als „Gottes Werkzeug“.²²

Nach der Einstellung des „Säemann“ erschienen von Ulrich keine Veröffentlichungen mehr. Für Ulrich, der sich aufgrund der Zwei-Reiche-Lehre ausdrücklich

17 Der Säemann, XVIII. Jg., Folge 4, vom 15. April 1938, S. 50-52, hier S. 50.

18 Der Säemann, XIX. Jg., Folge 5, vom 15. Mai 1939, S. 38.

19 Zt. nach Rampler, Evangelische Pfarrer und Pfarrerrinnen, S. 442.

20 Das Dokument ist in ebd., S. 454 f., abgedruckt.

21 Auch Altsenior D. Karl Eckardt, Herausgeber des ersten steirischen Gemeindeblattes und seit 1899 ununterbrochen erscheinender „Grazer Kirchenboten“, hatte diese Anordnung ohne Widerstand akzeptiert.

22 Der Säemann, XXI. Jg., Folge 6, vom 1. Juni 1941, S. 4.

für eine Trennung von Kirche und Politik ausgesprochen hat, war „Der Säemann“ in diesen Jahren zum „Kampfblatt“ und zur Propagandaschrift für Hitler und den Nationalsozialismus geworden, so daß das Urteil Herbert Ramplers darüber zweifelsohne zutrifft: „Es gehört wohl zur persönlichen Tragik Ulrichs und seines Lebenswerkes, daß gerade sein großes Anliegen, nur Christus zu verkündigen und die Kirche nicht politisch mißbrauchen zu lassen, in einen Irrweg führte, ja - zumindest was die Kirche und Politik betrifft - in ihr Gegenteil verkehrt wurde.“²³

Auflösung der Grazer evangelischen Schulen durch freiwillige Preisgabe

Die stets wachsenden Schülerzahlen der vier Grazer evangelischen Schulen: Knabenvolks-, Mädchenvolksschule, Mädchenhauptschule am Kaiser-Josefs-Platz sowie der Evangelischen Frauenoberschule in der Kaiserfeldstraße Nr. 25 - im Jahr 1938 waren es bereits ca. 1500 Schüler und Schülerinnen - zeugten von dem hohem Ansehen, das die evangelischen Schulen genossen.²⁴ „Umso unverständlicher ist deshalb die kampflose Preisgabe der Schulen wenige Monate später“, schreibt Heimo Begusch in seiner evangelischen Kirchengeschichte. „Sie läßt sich nur deuten im Horizont völkischen Denkens, daß ihre spe-

zielle deutsche Funktion im Grenzland erfüllt sei.“²⁵ Daß die Auflösung der beliebten Schulen ohne maßgeblichen Druck durch das NS-Regime erfolgte bzw. sich ohne großen Widerstand von seiten der evangelischen Kirche vollzog und von ihr sogar „mit vorausilendem Gehorsam“ betrieben wurde, ist eine ernüchternde Tatsache. War noch auf der Presbyterversammlung vom 13. Mai 1938 vom grundsätzlichen Erhalt der Schulen die Rede, so wurde die rasche Auflösung des gesamten gemeindeeigenen Schulwesens unter Geheimhaltung vor der Öffentlichkeit betrieben. Daß sie gezielt geplant und dann auch durchgeführt wurde, bringen die Protokolle der Presbyter- und Gemeindevertretungssitzungen der Grazer Heilandskirchengemeinde „mit bestürzender Deutlichkeit“ (Heimo Begusch) ans Licht. Mit dieser Preisgabe ging Hand in Hand die Liquidierung der Ortsgruppe des Luthervereines, dessen Ziel die Schulförderung gewesen war. Eine brisante Rolle bei der Übergabe der Schulen in nationalsozialistische Hände spielte dabei der gewiegte Jurist und Nationalsozialist, Kurator Dr. Fritz Meldt.²⁶ Er war nicht nur eigenmächtig vorgegangen, sondern hatte sogar eine finanzielle Unterstützung für das evangelische Schulwesen von seiten des Gustav-Adolf-Vereines bei der völligen Veränderung der Sachlage abgelehnt. Die einzig wirklich spürbare Stimme des Widerstandes von

23 Rampler, *Evangelische Pfarrer und Pfarrerinnen*, S. 446.

24 Zur Geschichte der 1828 gegründeten Schulen siehe Julius Wölner, *Die evangelischen Schulen in Graz von 1828-1909*, in: Ders., *Geschichte*, S. 160-199. Über die Zeit nach 1909 bis zur Auflösung der Schulen dazu der Aufsatz von Adolfo Humborg, *Die evangelische Schule von 1809-1938*, in: Wölner, *Geschichte*, S. 191-199, wobei die Verfasserin auf das Schicksal der evangelischen Schulen im Jahr 1938 nicht unmittelbar eingeht.

25 Begusch, *Toleranz*, S. 549. Begusch hat über diesen Auflösungsprozess in seiner *steirisch-evangelischen Kirchengeschichte* am ausführlichsten gehandelt und dabei auch die Protokolle der Presbyter- und Gemeindevertretungssitzungen der Grazer Heilandskirchengemeinde ausgewertet. Die Protokolle sind laut Auskunft des Archivs der Heilandskirche nicht zugänglich.

26 Dr. Fritz Meldt, geb. 18. 8. 1865 in Sofia, gest. 26. 10. 1953 in Graz, Oberlandesregierungsrat, ab 1906 in Graz Jusstudium, ab 1910 im Justizdienst, 1927 zum Presbyter- und Gemeindevertreter der evangelischen Pfarrgemeinde Graz-Heilandskirche gewählt. Am 16. Dezember 1938 legte er sein Ehrenamt als erster Kurator der Grazer Heilandskirchengemeinde nieder. Siehe dazu auch Helmut Getthardt, *Die Justiz in Graz 1938-1945*, in diesem Ausstellungsjahr.

seiten der Pfarrerschaft war die des Altseniors D. Karl Eckhardt (1857-1946), dessen „Kontra“ bei den mit überwältigender Mehrheit angenommenen Anträgen ausdrücklich verzeichnet ist und der für die Bedeutung der evangelischen Privatschule in der Diasporasituation eintrat. Pfarrer Schacht bemühte sich vergeblich, einen für Lehrer und Schüler „menschlichen Zeitplan der Auflösung zu erreichen“.²⁷ Kurator Meldt hatte in der Zwischenzeit auch vom damaligen Superintendenten D. Johannes Heinzelmann²⁸ Verhandlungsvollmacht erhalten. Am 30. August 1938 beschloß die außerordentliche Gemeindevertretersitzung, deren Vorsitz Kurator Meldt inne hatte, die vollständige Auflassung der genannten Schulen.²⁹ Am 13. September 1938 stimmte der Oberkirchenrat dem Ansuchen des Presbyteriums der evangelischen Pfarrgemeinde Graz-linkes Murufer um Auflösung der Schulen zu.³⁰

Im Rahmen der alljährlichen Luther-Feier im Stephaniensaal wurde den Schulen ein Abschiedsfestabend gemacht, wobei sich Kurator Meldt durch seinen Stellvertreter Hofrat Dr. Max Doblinger vertreten ließ, der dem über 110 Jahre alten evangelischen Schulwesen die „Gedächtnisrede“ hielt.³¹ Die Schüler der evangelischen Pflicht-

schulen wurden auf die öffentlichen Schulen des Stadtgebietes aufgeteilt, die evangelische Frauenoberschule unter dem gleichbleibenden Direktor, Studienrat Dr. Andreas Otto Puschnig, mit Schulen gleichen Typs zur dritten Oberschule für Mädchen in der Petersgasse 1 (heute Sacré Coeur) zusammengefaßt. Im „Säemann“ interpretierte Pfarrer Ulrich in seinem Beitrag „Das Ende der evangelischen Schulen in Österreich“ die Auflassung als Darbringung des jüngsten Opfers „im bedingungslosen Vertrauen zu dem von Gott geschenkten Führer“.³²

Der ideelle und materielle Schaden der Preisgabe war groß. Den hohen ideellen Verlust der Schulen bedauerte auch Senior Spanuth in seinem Bericht über das Jahr 1938 an den Wiener Evangelischen Superintendenten Heinzelmann.³³ Die evangelische Gemeinde verkaufte dem Steiermärkischen Landesschulrat für den Aufbau der dritten Oberschule für Mädchen sämtliche in der aufgelassenen evangelischen Frauenoberschule vorhandenen Einrichtungsgegenstände, Lehrmittel und Bücher, die Schuleinrichtungsgegenstände der ehemaligen evangelischen Pflichtschulen und die Inventargegenstände des ehemaligen Grazer Luthervereines um 20.000,- RM.

27. Vordergründige Argumente, die für eine „Übergabe an den Staat“ ins Spiel gebracht wurden, wie finanzielle Engpässe der Gemeinde oder bauliche Schäden, erwiesen sich als nicht stichhaltig. Begutsch, Tolenz, S. 350. Die Gemeinde der Heilandskirche unterhielt diese Schulen aus eigenen Mitteln.

28. D. Johannes Heinzelmann, geb. 15. 4. 1873 Haberstadt, gest. 14. 1. 1948 Linz, 1902-1946 Pfarrer von Villach, 1928 zum Superintendenten der Wiener Diözese A. B. u. 1934 zum geistlichen Leiter („Notbischof“) der Gesamtkirche neben dem Evangelischen Oberkirchenrat gewählt, letzteres Amt 1938 niedergelegt; nahm entschieden gegen die Greuel der „Reichskristallnacht“ Stellung und protestierte gegen nationalsozialistische Übergriffe in und außerhalb der Kirche. Österreichisches Biographisches Lexikon, Bd. 2, Graz-Köln 1959, S. 252.

29. ASSI, Akten des steirischen Seniorats, Gemeindeberichte 1931-1945, Verhandlungsschrift über die außerordentliche Gemeindevertretersitzung am 30. August 1938, maschinsschriftliche Abschrift.

30. Das am 6. September verfaßte Ansuchen, unterzeichnet von Kurator Meldt, sowie das Antwortschreiben vom 13. September 1938, unterzeichnet von Dr. Kauer, befindet sich in ebd.

31. Der Säemann, XIX. Jg., Folge 1, vom 15. Januar 1939, S. 11. Die Festrede über „Unser Volk, geschaut mit Luthers Augen“ anlässlich der Luther-Feier hielt Pfarrer Ulrich.

32. Der Säemann, XVII. Jg., Folge 7/8, vom 15. Juli 1938, S. 91.

33. Der zweiseitige maschinsschriftliche Bericht Spanuths vom 21. Juli 1939 befindet sich im ASSI, Akten des steirischen Seniorats, Gemeindeberichte 1931-1945.

Weiters vermietete sie dem Steiermärkischen Landesschulrat ihre bisherige Schulküche am Kaiser-Josefs-Platz samt Speisezimmer und Einrichtung.³⁴ Die Räume der Knabenschule und der zweite Stock der Mädchenschule wurden der Bezirksleitung XXII des „Arbeitsdienstes für die weibliche Jugend“ vermietet, der eigenen Gemeinde blieb kein Raum zur Erteilung des Religionsunterrichtes. „so daß ein Magazinraum adaptiert werden mußte“.³⁵ In den folgenden Jahren weitete sich in den vermieteten evangelischen Schulen die Parteiorganisation durch Inanspruchnahme zusätzlicher Räume immer mehr aus. Nach dem Krieg konnte keine der evangelischen Schulen in der Steiermark - Aich und Lahnsattel/Pfarrgemeinde Mürzzuschlag waren 1938 ebenso geschlossen worden - wiedereröffnet werden.

Kirchenein- und -austritte

Das Jahr 1938 kann als Jahr des starken Ein- bzw. Übertritts betrachtet werden: In der Steiermark traten 3434, davon 643 Personen in Graz, in die evangelische Kirche ein. Aufschlußreich ist die vom evangelischen Seniorat Steiermark erstellte Statistik über die Ein- und Austritte in den ersten sechs Monaten des Jahres 1938, wobei die drei Grazer Pfarren folgende Ein- und Austrittszahlen zu berichten wußten:³⁶

Pfarrgemeinde	Eintritte Jänner - Juni 1938			Austritte Jänner - Juni 1938		
	1. Jänner 12. März 1938	13. März 30. Juni 1938	gesamt	1. Jänner 12. März 1938	13. März 30. Juni 1938	gesamt
Graz-linkes Mauerl	40	187	227	4	214	218
Graz-rechtes Mauerl	10	103	112	8	50	58
Graz-Eggenberg	10	56	66	0	30	30
gesamt	60	345	406	12	294	306

Während also noch in den ersten sechs Monaten in Graz 406 Personen in die evangelische Kirche ein- bzw. übertraten, müssen die Grazer Pfarren für die zweite Jahreshälfte bereits einen deutlichen Rückgang (237 Personen) bekanntgeben³⁷, der sich nicht nur im ersten Halbjahr 1939 signifikant fortsetzen sollte (188 Personen), sondern auch in den folgenden Jahren:

34. Lod., maschinenschriftliche „Niederschrift über die mündlichen Vereinbarungen zwischen dem Leiter der 3. Oberschule für Mädchen Dr. A. O. Puschnig als Bevollmächtigten des Steiermärkischen Landesschulrates und dem Kurator der Evangelischen Gemeinde Graz I. M. Dr. Fritz Meid als der Schulleiterin der Evangel. Frauenschule“, datiert mit 29. Oktober 1938. Die Gemeindevertretung der Pfarrgemeinde gab dazu ihre Zustimmung am 16. Dezember 1938.

35. Begusch, Toleranz, S. 550.

36. Die Bekanntgabe der Ein- und Austrittszahlen forderte der Erlaß des Evangelischen Oberkirchenrates Wien vom 9. Juli 1938. Die vorliegenden Zahlen wurden von mir nach einer handschriftlichen Aufstellung vom 3. August 1938, wahrscheinlich von Sparuth verfaßt, zusammengestellt. Die handschriftliche Aufstellung befindet sich im ASSt. Senratsakten Steiermark, Gemeindeberichte 1931-1945. Die weiteren Zahlenangaben wurden anhand der Gemeindeberichte, ebc., entnommen, die Jahresstatistik über die Kirchenein- und -austritte 1938-1945 stammt aus: Sparuth, Organisation, S. 7.

37. ASSt. Senioratsakten Steiermark, Gemeindeberichte 1931-1945. Bericht Sparuths an die Wiener evangelische Superintendentur vom 21. Juli 1939 anläßlich der Aufforderung von Superintendent Johannes Heinzelmann vom 23. Juni 1939, einen Bericht über die wichtigsten Ereignisse und Veränderungen im Jahr 1938 zu erstellen.

Eintritte Jänner - Juni 1939

Pfarrgemeinde	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	gesamt
Graz-linkes Murufer	20	20	8	8	17	10	85
Graz-rechtes Murufer	21	6	10	14	14	10	76
Graz-Eggenberg	4	2	14	1	1	6	28
gesamt	47	28	32	23	32	26	186

1941 wurde bei den Eintritten ein Tiefstand erreicht (insgesamt 78 Personen für Graz), dann stiegen sie wieder langsam an, ein Höchststand der Eintritte konnte 1945 verzeichnet werden: 713 Personen traten in Graz in die evangelische Kirche ein (in der Steiermark 2112 Personen), auffallend ist dabei besonders der Zuwachs in der Pfarrgemeinde Graz-linkes Murufer (505 Personen).

Eintritte 1938 - 1945

Pfarrgemeinde / Diasporagebiet	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	gesamt
Graz-linkes Murufer	269	100	42	28	33	44	28	605	1067
Diaspora ³⁸	69	26	5	13	10	3	12	100	238
Graz-rechtes Murufer	188	97	27	18	18	22	39	78	485
Diaspora ³⁹	33	3	5	2	2	8	-	-	48
Graz-Eggenberg	59	22	20	6	14	7	11	32	162
Diaspora ⁴⁰	34	21	5	11	11	3	2	-	87
gesamt	643	277	104	76	88	82	82	713	2077

Während 1938 im ersten Halbjahr 306 Personen aus der evangelischen Kirche der Grazer Großstadtgemeinden austraten, davon nur 12 Personen bis vor dem 12. März, so wuchsen die Austritte mit Anfang Oktober 1938 so signifikant an (für die zweite Jahreshälfte 767 Personen), daß in Graz im Jahr 1938 der Höchststand der Ausgetretenen für den Zeitraum 1938-1945 überhaupt mit 1061 Personen erreicht wurde. Davon traten im „Anschlußjahr“ 645 Personen aus der Pfarrgemeinde Graz-linkes Murufer aus, in der evangelischen Kirche der Steiermark waren es insgesamt 1554 Personen. Die Zahl der Austritte war nicht nur in Graz,

38 Gemeint sind die von Graz-linkes Murufer mitbetreuten Diaspora-Gebiete, z. B. Andritz und der Süden von Graz.

39 Gemeint sind die von Graz-rechtes Murufer mitbetreuten Diaspora-Gebiete, z. B. jene Stadtteile von Graz vor der Eingemeindung der Wörtele bzw. Feldkirchen und Kalsdorf.

40 Gemeint sind die von Graz-Eggenberg mitbetreuten Diaspora-Gebiete, z. B. im Norden Gösting-Thal, im Süden Straßgang-Zwaring, im Westen Lieboch.

sondern auch in den Industriegebieten des Mürz- und oberen Murtales bemerkenswert hoch. Von den Austritten stark betroffen waren gerade auch Familien aus den Toleranzgemeinden mit fester kirchlicher Tradition, was auch Senior Spanuth beunruhigt feststellen mußte.⁴¹

Austritte Jänner - Juni 1939

Pfarrgemeinde	Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni	gesamt
Graz linkes Murufer	158	54	50	36	72	31	401
Graz rechtes Murufer	39	10	17	13	13	9	101
Graz-Eggerberg	13	10	8	3	10	6	50
gesamt	210	74	75	52	95	46	552

Ab 1939 gingen die Austritte wieder langsam zurück (1939 für die erste Jahreshälfte 552 Personen); sie erreichten 1943 einen Tiefstand (insgesamt 157 Ausgetretene für Graz). Für die Zeit von 1938-1945 traten in Graz 4002 Personen aus der evangelischen Kirche aus, also über 41% der ausgetretenen evangelischen Christen Steiermarks (9667 Personen), diesen Zeitraum betreffend.

Austritte 1938 - 1945

Pfarrgemeinde / Diasporagebiet	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944	1945	gesamt
Graz-linkes Murufer	646	506	325	212	141	80	90	60	2059
Diaspora	127	148	79	48	30	14	20	19	483
Graz rechtes Murufer	197	161	139	112	49	36	20	52	766
Diaspora	14	42	9	6	2	4	1	-	78
Graz-Eggerberg	37	46	26	30	9	10	6	8	171
Diaspora	41	44	161	81	11	13	94	-	445
gesamt	1061	945	738	489	242	157	231	139	4002

In bezug auf die kirchlichen Mitarbeiter kam es zwischen März 1938 und Ende 1939 zu einem bedenkenswerten Einbruch: Die wichtigen Gremien der Heilandskirchengemeinde in Graz verließen dreizehn Gemeindevertreter und acht Presbyter, unter ihnen Dr. Fritz Meldt. Er legte nach seiner Berufung zum Präsidenten des Oberlandesgerichtes für Steiermark am 16. Dezember 1938 anlässlich einer Gemeindeversammlung, an der auch Senior Spanuth teilnahm, sein Amt als erster Kurator, Presbyter und Gemeindevertreter der Heilandskirche nieder.⁴²

41 Vgl. Begusch, Toleranz, S. 552 f.

42 Der Säemann, XIX. Jg., Folge 1, vom 15. Jänner 1939, S. 11. Weiters Begusch, Toleranz, S. 553.

Behinderungen des kirchlichen Lebens - Einschränkungen des Religionsunterrichtes

Durch einschränkende Gesetzgebungen und Maßnahmen jeglicher Art, die Schlag auf Schlag erfolgten, versuchte das NS-Regime das seelsorgliche Wirken zu erschweren und das kirchliche Leben zu unterdrücken.⁴³ Die sozial tätigen evangelischen Vereine und kirchlichen Werke wurden auf Weisung des Stillhaltekommissars für Vereine, Organisationen und Verbände, Albert Hoffmann⁴⁴, im „Evangelischen Verein für Innere Mission im Gau Steiermark“ zusammengefaßt.⁴⁵ Dazu gehörten für Graz der „Gustav-Adolf-Frauenverein“ mit dem Schülerheim und dem seit 1875 geführten Waisenhaus in der Moserhofgasse Nr. 3, der „Christliche

Bestrebungsverein“ mit dem Altersheim „Friedensheim“ auf dem Födransperg-Weg Nr. 6 (Bezirk Geidorf) sowie das „Evangelische Diakonissenhaus“⁴⁶ mit seinen Anstalten. Spanuth, letzter Senior der Steiermark, wurde zum Leiter des Gauvereines Steiermark ernannt.⁴⁷ Die Gauverbände „Steiermark“, „Wien und Niederdonau“, „Oberdonau mit Salzburg und Tirol“ und „Kärnten“ bildeten zusammen den „Evangelischen Zentralverein für Innere Mission in der Ostmark“ in Wien. Der Aufbau aller in diesen Gauverbänden zusammengefaßten Werke stand unter dem Gedanken des „Führerprinzips“.⁴⁸

Der Vorstand des „Gustav-Adolf-Frauenvereines“⁴⁹, 1846 als „Evangelischer Frauen-

43 Auf einzelne Erlässe kann in dieser Darstellung nicht eingegangen werden. Dazu siehe Quellentexte zur österreichischen evangelischen Kirchengeschichte zwischen 1918 und 1945. Zusammengeleitet von Gustav Reingraber und Karl Schwarz, Jahrbuch für die Geschichte des Protestantismus in Österreich, 104/105. Jg., Wien 1988/1989. Eine Zusammenfassung über „Schikaren im kirchlichen Alltag“ in der Steiermark gibt Begusch, Toleranz, S. 557-560. Umfangreiches und kaum bearbeitetes Quellenmaterial befindet sich im ASSt. Akten des steirischen Seniorats, 1940-1943.

44 Albert Hoffmann, geb. 24. 10. 1907 in Bremen, gest. 26. 9. 1972 in ebd., ab 1. 7. 1933 hauptberuflich in der NSDAP tätig, 1936 Eintritt in die SS, später als SS Gruppenführer Angehöriger des persönlichen Stabes des Reichsführers der SS, 1936/39 als „Stillhaltekommissar für Vereine, Organisationen und Verbände“ in Österreich, dem Sudetenland und in Böhmen und Mähren, nach Kriegsende und Internierung Kaufmann bzw. Geschäftsführer in der Isolier- und Baustoffbranche, Eckhard Hansen, Wohlfahrtspolitik im NS-Staat. Motivationen, Konflikte und Machtstrukturen im „Sozialismus der Tat“ des Dritten Reiches. Beiträge zur Sozialpolitik-Forschung, Bd. 6, Augsburg 1991 (= Hansen, Wohlfahrtspolitik), S. 390.

45 Der „Evangelische Verein für Innere Mission in Österreich“ wurde 1912 gegründet. Hans Jaquemar, Innere Mission. Das Werden und Wirken der organisierten Liebestätigkeit in der evangelischen Kirche Österreichs, Wien 1951, für Graz siehe besonders S. 124-127. Die Satzungen des Vereines sowie weiteres, noch nicht bearbeitetes Archivmaterial, vor allem den Zeitraum 1938-1945 betreffend, befinden sich im ASSt. Akten des steirischen Seniorats, Innere Mission, Diakonie 1908-1945.

46 Das „Evangelische Diakonissenhaus“ in Graz wurde 1819 gegründet und war eine Abzweigung eines Teiles der Schwesternschaft vom Prager Mutterhaus. Das Grazer Diakonissen-Mutterhaus befand sich in der Wienerstraße 178-180. Es besorgte u. a. die Gemeindepflege in Graz (Hollandskirche und Kreuzkirche) sowie die Krankenpflege im Evangelischen Pflegeheim in der Bergstraße Nr. 1, weiters unterhielt es u. a. das Mädchenpensionat und Evangelische Tochterheim in Graz-Waltendorf, Ruckerbergstraße Nr. 10. Der 1831 gegründete Verein „Evangelisches Diakonissenhaus“ in Graz hatte den Zweck, das Diakonissenhaus und die von Diakonissen betreuten Anstalten zu erhalten. Das Diakonissenhaus bildete Diakonissen für die Kranken- und Armenpflege sowie für die Bereiche der evangelischen Fürsorgetätigkeit aus. Satzungen befinden sich im ASSt. Akten des steirischen Seniorats, Innere Mission, Diakonie 1908-1945.

47 ASSt. Akten des steirischen Seniorats, Gemeindeberichte 1931-1945, Schreiben Pfarrer Meyers vom Evangelischen Zentralverein für Innere Mission an Senior Spanuth u. a., datiert mit 10. August 1938.

48 Über das weitere Schicksal der „konfessionellen“ Wohlfahrtsverbände Innere Mission und Caritas, die mit der NS-Volkswohlfahrt in der am 22. Juli 1938 gegründeten „Arbeitsgemeinschaft für freie Wohlfahrtspflege“ zusammengeschlossen wurden, siehe Michaela Kronthaler, Der Schicksalsweg des Österreichischen Caritasverbandes vom „Anschluß“ Österreichs im März 1938 bis zu seiner Auflösung im April 1942, in: Maximilian Liebmann u. a. (Hg.), Staat und Kirche in der „Ostmark“, Frankfurt am Main u. a. 1998, S. 171-206, sowie Hansen, Wohlfahrtspolitik.

49 Der „Gustav-Adolf-Frauenverein“ war ein Zweigverein des 1861 gegründeten „Evangelischen Gustav-Adolf-Vereines in Österreich“. Satzungen befinden sich im ASSt. Akten des steirischen Seniorats, GAV (Gustav-Adolf-Verein) 1900-1947.

verein“ in Graz gegründet, wurde am 29. September 1938 aufgelöst und das Vermögen dieses Vereines in den „Evangelischen Zentralverein für Innere Mission in der Ostmark“ eingewiesen. Das Waisenhaus wurde schließlich vom Zentralverein der NS-Volkswohlfahrt Gauleitung Steiermark ohne jede Entschädigung ins Eigentum übergeben, ebenso das dazugehörige Personalhäuschen.⁵⁰ Der „Evangelische Armenunterstützungsverein“ in Graz-linkes Murufer, Gartengasse 26/II, wurde mit 11. Jänner 1939, der „Evangelische Armenunterstützungsverein Edelweiß Graz, Mühlgasse 43“ mit 22. Februar 1939 aufgelöst und die Vermögenswerte dem „Evangelischen Zentralverein für Innere Mission in der Ostmark“ in Wien übergeben.⁵¹ Mit 1. Juni 1939 übernahm die NS-Volkswohlfahrt die Führung des Säuglingsheimes in der Heimgartenstraße Nr. 18 in Graz-Gösting und sicherte sich vertraglich das Vorverkaufsrecht.⁵²

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges ging der Besitz in der Moserhofgasse Nr. 3 als deutsches Eigentum an die „Innere Mission“ über. Das frühere Waisenhaus wurde im Herbst 1945 als Schüler- und Schülerinnenheim wiedereröffnet. Nach dem Krieg konnten aufgrund der Rückstellungsgesetze der Verein „Evangelisches Diakonissenhaus“ und der „Gustav-Adolf-Frauenverein“ reaktiviert werden und so ihr Ver-

mögen wieder erhalten. Letzterer konstituierte sich am 19. September 1950 neu. Da vom „Christlichen Bestrebungsverein“ kein Vorstandsmitglied mehr da war, mußte er 1952 aufgelöst werden.⁵³

Im Bereich der Krankenhausesseelsorge trat Krankenhausesseelsorger Julius Schacht im Jahr 1939 nach freiwilliger Rücksprache mit der Direktion den zweiten Stationsraum ab, im selben Jahr endeten auch die Remunerationen für seine Dienste.⁵⁴ Am 21. Mai 1941 veröffentlichte die Reichsstatthalterei in der Steiermark jenen Erlaß, der die Seelsorge in den Krankenhäusern zum Erliegen bringen sollte. Eine geistliche Betreuung kam nur noch dann in Frage, wenn der Patient bei seinem Spitalseintritt eine solche Hilfe ausdrücklich als erwünscht erbat, wobei dem Kranken selbst der Erlaß des Reichsministers nicht mitgeteilt wurde. So hatte Pfarrer Schacht nach eigenem Bericht im ersten Viertel des Jahres 1941 noch 521 Krankenbesuche unternommen, während nach Erscheinen des Erlasses nur mehr 102 Besuche durchgeführt werden konnten.⁵⁵ 1941 erfolgte die endgültige Enteignung der evangelischen Gottesdienststätte, der Protest Pfarrer Schachts vom 26. Mai 1942 blieb ohne Erfolg. Dennoch blieben die monatlichen Andachten durch Pfarrer Schacht an jedem ersten und dritten Sonntag trotz des

50 ASSt, Akten des steirischen Seniorats, Innere Mission, Diakonie 1900-1945, Schreiben vom 10. Oktober 1940 an Senior Spanuth, Weiteres Quellenmaterial, wie die Satzungen für das „Evangelische Schülerheim“ und das „Evangelische Waisenhaus“, befindet sich in ebd., Innere Mission, Kirchliche Heime und Werke 1926-1939.

51 ASSt, Akten des steirischen Seniorats, Gemeindeberichte 1931-1945, maschinenschriftlicher Brief Senior Spanuths vom 12. Juli 1939 an das Diakonissenkrankenhaus in Graz und andere Anstalten.

52 ASSt, Akten des steirischen Seniorats, Innere Mission, Diakonie 1900-1945, Gedächtnisprotokoll vom 1. Juni 1939, Abschnitt.

53 Leopold Acherberger, Die Evangelische Superintendentur Augsbürgischer Bekenntnisses Steiermark 1946-1969, Graz 1970 (= Acherberger, Evangelische Superintendentur Steiermark), S. 6 f. Das Exemplar dieses 9seitigen persönlichen Berichtes befindet sich im ASSt, Bibliothek.

54 1912 ist eine eigene Station mit Betsaal im Direktionsgebäude des Landeskrankenhauses eingerichtet worden, in der auch alle 14 Tage Gottesdienste gefeiert wurden: Begusch, Toleranz, S. 560.

55 ASSt, Akten des steirischen Seniorats, 1940-1943, Schreiben des Evangelischen Oberkirchenrates, unterzeichnet von Dr. Heinrich Liptak, an die Deutsche Evangelische Kirchenkanzlei in Berlin, Abschrift.

Ein Großteil der Grazer „Kreuzfahrer“-Jugend wanderte bereits in den Märztagen in die Gliederungen der Hitlerjugend und des Bundes Deutscher Mädel ab. Während sich Kurator Meldt gegen eine konfessionell geführte Jugend „dringendst“ aussprach, stellte Pfarrer Schacht von der Heilandskirche in der Presbytersitzung dem entgegen, „daß wir in der Ostmark ja nicht alle Fehler der evangelischen Kirche des Altreiches nachmachen brauchen“.⁵⁷ Vikar Karl Schröder (geb. 1913, vermißt seit Juni 1944) sammelte in Graz den „Rest“ der Gemeindejugend, ehe er 1941 Pfarrer in St. Ruprecht wurde.

Im Schuljahr 1937/38 konnte der Religionsunterricht noch für 2416 evangelische Schüler und Schülerinnen in Graz und den umliegenden Diaspora-Gebieten erteilt werden. Ab 1938/39 wurde der Religionsunterricht „neu geordnet“, an dessen Stelle ein sogenannter „Konfessionsunterricht“ (Erlaß vom 12. Mai 1939) als unverbindlicher Freigegegenstand gesetzt, die Bedingungen zur Teilnahme wurden erheblich erschwert, die Remunerationen für Religionsunterricht und Wegentschädigung eingestellt.⁵⁸ Die weiteren Erlässe, welche die Abhaltung der Religionsunterrichtsstunden völlig verunmöglichten, wirkten sich auch auf die evangelische Kirche verheerend aus. Das Presbyterium der Grazer Heilandskirche protestierte gegen diese Vorgangsweisen und bemühte sich mit einem Gesuch beim Leiter der Reichskanzlei, Dr. Lammers, um Erhaltung des evangelischen Religionsunterrichtes im Gau Steiermark.⁵⁹ Diesem Protestschreiben, das durch und durch auch die Treue der evangelischen Kirche gegenüber dem NS-Staat betonte, schlossen sich weitere 25 Pfarrer und Vikare, unter ihnen Senior Spanuth, an, die um Aufhebung dieser Verordnungen ersuchten. Ihre Bitte blieb ungehört trotz der Beteuerung, mit der das Schreiben schließt: „In Wahrheit dürfen wir versichern: der Führer hat keine treueren Gefolgsleute als die steirische evangelische Pfarrerschaft“.⁶⁰

Pfarrgemeinde / Diasporagebiet	Seelenzahl Stand: 30.6.1938	Bettlesionsorte	Religionsunterrichts-	Schülerzahlen 1937/38
Graz-Innes-Münster	11900	3	9	1806
Armitz	300	1	1	20
Graz-rechtes Münster	2935	1	1	319
Süd.-Diasp. Kalsdorf	71	-	2	26
Graz-Eggerberg	510	1	1	125
Norden-Gödingtal	359	1	1	77
Süden-Straßgang-Zwanna	350	-	2	33
Westen-Eibach	70	-	4	10

56 Ebd., Jahresbericht des Pfarramtes der evangelischen Pfarrgemeinde A. und H. B. Graz I. M. über das Jahr 1942, erstattet in der ordentlichen Sitzung der Gemeindevertretung durch Pfarrer Julius Schacht am 8. Juni 1943, 6 Seiten.

57 Zit. nach Begusch, Toleranz, S. 551 f.

58 ASSt, Akten des steirischen Seniorats, Gemeindeberichte 1931-1945, maschinschriftlicher Bericht Spanuths vom 8. November 1938 an die Wiener Evangelische Superintendentur.

59 ASSt, Akten des steirischen Seniorats, 1940-1943, maschinschriftliches 3seitiges Schreiben des Presbyteriums der Evangelischen Pfarrgemeinde Graz-Heilandskirche, unterzeichnet von Pfarrer Ulrich und Kurator Ing. Max Cless vom 30. Mai 1940.

60 Ebd., maschinschriftliches 3seitiges Schreiben vom 4. Juni 1940.

In bezug auf die Realisierung des Benützungsverbot für Schulen ergab sich ein unterschiedliches Bild in den Gemeinden. So fand in Graz-Eggenberg im Einvernehmen mit dem Kreisschulrat der Unterricht ungebrochen in der Schule statt, im Gegensatz zu den höheren Schulen in Graz, wo Studienrat Dr. Paul Dedic (1890-1950) das völlige Erliegen des Unterrichtes meldete.⁶¹

Nachforschungen über die Abhaltung von Glaubensunterweisungsstunden und Gottesdienste hatte die Gestapo im Februar 1941 für die Außenstation der Grazer Heilandskirche in Andritz unternommen.⁶² Aufgrund eines Verbotes, ein Kirchenkonzert als geistliche Abendmusik in der Grazer Heilandskirche am 10. Oktober 1941 abzuhalten, protestierte das Presbyterium der Pfarrgemeinde zusammen mit dem Evangelischen Oberkirchenrat in Wien beim Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda mit einer Beschwerde gegen das Gaupropagandaamt Steiermark.⁶³ Das Verbot wurde damit begründet, daß „die Veranstaltung in ihren wesentlichen Formen eine Verquickung von weltlicher Kunstdarbietung mit einem konfessionellen Rahmen darstelle“. Aber die Polizeidirektion erneuerte das Verbot, sodaß die Berufung nur die Bekräftigung der polizeilichen Verfügung zur Folge hatte.

Widerstand

Da es innerhalb der steirischen evangeli-

schen Pfarrerschaft „kaum“ Widerstand⁶⁴ gab, ist das Verhalten der evangelischen Studentengruppe, die sich während des NS-Regimes seit 1938 im verborgenen im „Friedensheim“ in der Wohnung der Diakonisse Anna Domscheit am Födransperg-Weg 6 zusammengefunden hat, umso bemerkenswerter. Die geistliche Leitung dieses Kreises hatte kein Geringerer als der außergewöhnliche Peggauer Pfarrer Wolfgang Pommer inne, der 1944 als dritter Pfarrer an die Grazer Heilandskirche gerufen wurde. Zum Teil in die Grazer Volksmission, in der Pommer offiziell mitarbeitete⁶⁵ und wo er Vorträge hielt, sowie nach Peggau exilierten die evangelischen Christen, die sich im innerlichen Gegensatz zum Regime wußten und deshalb den Grazer Gottesdienstgemeinden auswichen. Unter Pommers Initiative wuchs in dieser Zeit eine Studentengemeinde heran, aus der im Lauf der Jahre leitende Persönlichkeiten im evangelisch-kirchlichen Leben der Nachkriegszeit hervorgingen, unter ihnen Dr. Edith Fabini-Fast, Dr. August Fast, Eldrid Müller und Dr. Hanni Koch.

Pfarrer Wolfgang Pommer selbst hatte schon früh Kontakte zur „Bekennenden Kirche“ in Deutschland geknüpft. Er nahm als freiwilliger Vertreter Österreichs an der „Konferenz der Landesbruderräte“ teil und rief eine theologische Arbeitsgemeinschaft ins Leben, die sich etwa jeden zweiten Monat zu Bibelarbeit und zum „Bedenken der Situation“ traf und so „um den rechten Weg unserer österreichischen Diasporakirche“ rang.⁶⁶ Ihr gehörten namhafte

61 Begusch, Toleranz, S. 556.

62 ASSt., Akten des steirischen Seniorats, 1940-1943, Schreiben Pfarrer Ulrichs an das Seniorat Leoben vom 14. Februar 1941.

63 Ebit., Schreiben des Evangelischen Oberkirchenrates, unterzeichnet von Dr. Heinrich Liptak, an das Presbyterium der evangelischen Pfarrgemeinde Graz-linkes Murufer vom 6. Jänner 1942. Vgl. Begusch, Toleranz, S. 559 f.

64 Vgl. Rampler, Evangelische Pfarrer und Pfarrerrinnen, S. 372.

65 ASSt., Akten des steirischen Seniorats, 1940-1943, Schreiben des Evangelischen Oberkirchenrates vom 6. November 1940 an Pfarrer Pommer.

66 Wolfgang Pommer, Nach 50 Jahren, in: ID (Informationsdienst der „Salzburger Gruppe“) 4/1985, S. 16-19, hier S. 17.

Persönlichkeiten, welche die evangelische Kirche Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg prägten, an, so der Kärntner Superintendent Univ.-Prof. Dr. Friedrich Wilhelm Zerbst (geb. 1909), Prof. Wilhelm Dantine (1911-1981), Georg Traar (1899-1980) und Vikar Otto Bünker (1888-1966)⁶⁷. Pommer berichtete dabei immer auch vom Weg der „Bekennenden Kirche“. Er war am 21. März 1941 wegen seiner Tätigkeit im Flüchtlingslager Judendorf bei Gratwein von der Gestapo verhört worden.

Weichenstellungen für die organisatorische Weiterentwicklung der evangelischen Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg

Schon seit März 1937 bemühte sich Senior Spanuth um eine bessere Versorgung der Grazer Diaspora und um eine bessere kirchliche Organisation der evangelischen Pfarrgemeinden in Graz.⁶⁸ Im Februar 1941 regte er die Zusammenlegung der drei evangelischen Grazer Pfarrgemeinden an. Das Presbyterium der Heilandskirche beschloß, zu einem späteren Zeitpunkt dazu Stellung zu nehmen, wobei es durchaus den Gedanken eines Grundkaufes und Kirchenbaues in Geidorf erwog.⁶⁹ Drei Jahre später trafen sich unter der Leitung von Spanuth Vertreter dieser Gemeinden zu einer Sitzung des Diaspora-Ausschusses Graz-Süd, um die Frage der Errichtung einer selbständigen

Gemeinde Graz-Süd zu besprechen.⁷⁰ Die angespannte, knappe Personalsituation der drei Großstadtpfarrämter zeigte sich besonders deutlich in den letzten Kriegsjahren. Anfang 1945 waren nur drei Pfarrstellen besetzt: die zweite und dritte an der Heilandskirche durch Julius Schacht und Wolfgang Pommer sowie Graz-Eggenberg durch Ernst Heger.⁷¹

Da nach Ende des Zweiten Weltkrieges die vier Bestandteile Wien, Niederösterreich, Steiermark und Kärnten der Wiener Superintendentenz A. B. zu je einer eigenen Superintendentur erhoben wurden, konnte mit 1. Jänner 1947 eine „Evangelische Superintendentenz A. B. Steiermark“ errichtet werden. Dies hatte u. a. die Neubestimmung der Pfarrstellen und deren Kompetenzen bzw. Sprengelteilungen zur Folge. Als fester Amtssitz des Superintendenten war laut Beschluß der Superintendentenversammlung vom 27./28. Oktober 1942 in Wien die 1. Pfarrstelle an der evangelischen Pfarrgemeinde Graz-linkes Murufer (Heilandskirche) vorgesehen.⁷² Aus der Wahl, die für den 28. April 1946 ausgeschrieben war, ging der Gröbmingner Pfarrer Leopold Achberger (1903-1994) als erster Superintendent der Steiermark hervor, wobei er jedoch erst nach recht turbulenten Entwicklungen im Jahr 1951 in Graz Wohnsitz nehmen konnte.⁷³

67 Einen persönlichen, die kirchlichen und politischen Ereignisse dieser Zeit mitbedenkenden Einblick, seine Erinnerungen und Reflexionen die Kriegsjahre und die innere Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus betreffend, gibt Otto Bünker, von 1940-1954 in Leoben tätig und bis 1945 an der Seite Spanuths Vor- und nach 1945, in: ebd., S. 20-23.

68 Auf die nachteilige Situation der Diasporagemeinden bzw. auf notwendig gewordenen Vikarstellen bzw. -besetzungen hat Spanuth immer wieder in seinen Berichten an die Wiener Evangelische Superintendentur verwiesen, so am 8. November 1938 und am 21. Juli 1939. Die maschinenschriftlichen Berichte befinden sich im ASST-Akten des steirischen Seniorats, Gemeindeberichte 1931-1945. Siehe auch das Schreiben Spanuths an Bischof Dr. Hans Eder vom 7. Juni 1943.

69 Rampler, Liebenau, S. 41 f.

70 Ebd.

71 Diese Entwicklung um das Jahr 1945 ist ausführlich dokumentiert bei: ders., Strukturelle und personelle Veränderungen, S. 533 f.

72 Das Protokoll der „Zwanzigsten Superintendentenversammlung der Wiener evang. Superintendentenz A. B.“ befindet sich im ASST-Akten des steirischen Seniorats, 1940-1943.

73 Siehe dazu auch den persönlichen Bericht über die Ereignisse seiner Amtszeit von Achberger, Evangelische Superintendentenz, S. 1-3; weiters Rampler, Evangelische Pfarrer und Pfarrerrinnen, S. 30-33.

Die Stadtplanung für die Gauhauptstadt Graz.

„Wenn sie den Krieg gewonnen hätten...“

„Was wäre wenn...?“, ist keine der Geschichtsforschung und Geschichtsdarstellung adäquate Fragestellung. Trotzdem bringen auch unrealisierte Baupläne einen Einblick in den Zeitgeist, der hinter jenen Planungskonzepten steht. Insofern müssen diese auch Objekte kritischer Bewertung sein können. Auch mögliche Chancen und Risiken verdienen ihre Betrachtung. Gesellschaftssysteme suchen ihre jeweils typische Rauminszenierung, dazu trägt auch die Stadtplanung wesentlich bei. Besonders autoritäre Systeme suchen ihre politische und soziale Umwelt nicht nur ideell, sondern auch real zu prägen. Wie hätte sich der nationalsozialistische Gestaltungswille im Fall der Realisierung im Grazer Stadtbild dargestellt? Wie weit wurden Schritte zur konkreten Umsetzung unternommen? Wie hatten sich die Stadtplanungskonzepte von Graz der Jahre 1938 und 1942 von denen der ersten Nachkriegsjahre nach 1945 unterschieden?

NS-Stadtplanung für Graz - lange kaum beachtet

Zur Zeit ihrer Entstehung wurden die *Neugestaltungspläne für Graz* aus den Jahren 1938 - 1943 teilweise verheimlicht oder waren zumindest kein Inhalt öffentlicher Diskussion¹. Auch bis in die achtziger Jahre (Lackner 1984, Braumann 1986, Kubinzky 1988) blieben die Umgestaltungspläne für

die Gauhauptstadt Graz weitgehend außerhalb von historischen und kritischen Darstellungen. Dies ist besonders deswegen bedauerlich, da es zu einem früheren Zeitpunkt noch mehr Pläne und Aussagen von Zeitzeugen gegeben hätte. Eine Hauptursache für die Nichtdarstellung dieses Kapitels der Stadtplanung war die Unlust, sich mit zeithistorischen Problemen zu befassen, eine andere sicherlich auch, daß relativ wenige von den umfangreichen Projekten jener Zeit realisiert wurden. Weniger die Bautätigkeit der Zeit von 1938 - 1945 führte zur Umgestaltung von Graz als die mit dem Nationalsozialismus in kausalem Zusammenhang stehenden Bombenschäden. Aber auch diese blieben bis in die achtziger Jahre außerhalb der Darstellung durch die Fachliteratur². Aus heutiger Sicht sind wiederum die Veränderungen im Grazer Stadtbild, zu denen es seit 1945 gekommen ist, bedeutsamer als es durch die Stadtplanung und auch durch den Bombenkrieg während der Herrschaft des Nationalsozialismus der Fall gewesen war. Wären allerdings die Pläne von F. Haas und P. Koller realisiert worden, hätte Graz heute ein völlig anderes Aussehen.

Keine Abbruch im Planungskonzept

Es ist überraschend festzustellen, daß es sowohl 1938 als auch 1945 in der Grazer Stadtplanung und ihren Konzepten eine weitreichende Kontinuität gab. Viele Projekte, die in den Neubebauungsplänen zwi-

1 Kubinzky S. 335 - 351.

2 StAG, Ratsherrnprotokolle

3 Brunner

schen 1938 und 1943 zu finden sind, lassen sich auf Grundlagen der Ersten Republik zurückführen⁴. Diese Kontinuität hängt mit dem weitgehend gleichbleibenden Kreis der Grazer Architekten zusammen, die in ihrer Zusammensetzung während der NS-Zeit, aber auch nach 1945 noch aktiv waren⁵. Dies trifft nicht zu für Exponenten einer *frühen Moderne*, wie es Herbert Fieholzer (1903 - 1943) war, der aber allein schon aus politischen Gründen ein Opfer des Gewaltsystems wurde. Es gab allerdings auch nach 1943 keine neuen Konzepte zur Totalveränderung der Stadt, wie sie Fritz Haas und Peter Koller zuvor projektierten. Der politisch gelenkte Kunstgeschmack setzte jeweils seine Akzente. Der Zeitgeist äußerte sich beispielsweise 1938 - 1941 im Protest gegen die im Stile der Zeitmoderne gestaltete ehem. Geschäftsfrent Schönbauer an der Ecke Sackstraße - Sporgasse⁶. Im Kunstverständnis jener Zeit lag auch die Verhüllung der Jugendstilkeramik von Leopold Forstner im Hotel Wiesler (Grieskai 8). Die retardierende Architekturauffassung (stilistische Rückentwicklung) während der Herrschaft des Nationalsozialismus läßt sich beispielsweise deutlich beim Vergleich der Wohnbauanlage Geidorfgürtel 20 - 24 (Entwurf: Friedrich Zotter, Heinrich Schreiner, 1929 - 1931) zu den einer Variante des Heimatstils verpflichteten Wohnbauten Leonhardgürtel 30 - 36 feststellen. Diese wurden um 1940 für die Wohnbaugenossenschaft Südmärkische Heimstätte errichtet⁷.

Etlche Projekte aus der Planungszeit während des Nationalsozialismus blieben auch nach 1945 aktuell, wurden entweder reali-

siert oder sind auch noch mitunter heute in der Argumentation zu hören. Die neue Konzeption für die Rathausfassade von Dipl.-Ing. Wilhelm Jonser stammte weitgehend aus der Zeit des Nationalsozialismus. Das Projekt wurde modifiziert 1966 den Grazern in einer Volksbefragung vorgelegt - und abgelehnt. Ähnlich der Planung für die Gauhauptstadt Graz wurde 1947 das großflächige Neubebauungsprojekt *Marienstadt* der Architekten Ignaz Gallowitsch, Harald Bleich und Max Ehrenberg vorgestellt⁸. Zwischen Lendplatz und Kalvarien-gürtel sollte eine weitgehende Neubebauung vorgenommen werden. Auch die schweren Bombenschäden wurden während und nach dem Weltkrieg als eine Herausforderung für die Stadtplanung und architektonische Stadtgestaltung gesehen. Die Zerstörung durch die Bomben wurde zuerst von vielen als ein unvermeidbares Opfer im totalen Krieg interpretiert, dann war man nach 1945 in erster Linie an einer schnellen Beseitigung der Schäden interessiert.

Karl Hoffmann, dessen Graz-Verbauungsplan aus dem Jahr 1929 stammte, blieb auch während der Herrschaft des Nationalsozialismus Professor für Städtebau, Siedlungswesen, Wohnbau und Entwerfen. 1942 erhielt er als Dekan das Vertrauen seiner Fakultät, 1945 wurde er städtebaulicher Experte im Rahmen des Wiederaufbauprogrammes der Stadtgemeinde Graz⁹. Dr. Friedrich Zotter, er arbeitete um 1940 in Teilbereichen an der Grazplanung mit, war sowohl während der NS-Zeit als auch nachher an der Technischen Hochschule Professor für Baukunst.

4: Hoffmann

5: Achleitner, S. 341 f.

6: Resch, S. LXXXVI

7: Achleitner S. 383

8: Sammlung Kubizky

9: Wengand, S. 147

Stadtplanung als Inszenierung der Macht

Als ein Teil des Gesamtwerkes *Nationalsozialismus* war die bauliche Gestaltung jener Zeit eng mit dem politischen System verbunden¹⁰. Die Architektur jener Zeit muß auch im Zusammenhang gesehen werden mit der Veränderung der Bevölkerungsstruktur, den sozialen, wirtschaftlichen und besonders den politischen Zielen dieser Zeit. Zur Inszenierung der Macht gehörten auch die bildende und die darstellende Kunst, die Musik und die Literatur. Zum sichtbaren Ausdruck nationalsozialistischer Gesinnung gehörten auch die Massenaufmärsche, die Ansprachen, die Lieder und Märsche, die Transparente und die Bauwerke auf Zeit, so die politikbezogenen Kulissenbauten am Trabrennplatz (Messe-gelände) oder der Pylon, der 1938 die Mariensäule umhüllte. Die Farbe Rot, manifestiert durch die große Zahl an Reichsflaggen, und die Massierung von Uniformen mit der Dominanz der Farben Braun und Schwarz, spielten bei den öffentlichen Inszenierungen der Macht jener Zeit eine wichtige Rolle. Das Schwarz-Weiß der Fotografie, die massiv zur Selbstdarstellung eingesetzt wurde, fand ihre Ergänzung in der gezielten Beleuchtung von Propaganda-installationen, der Stadt und des Schloßbergs. Die Lichtkegel fanden schließlich ihre apokalyptische Überhöhung im Strahl der FLAK-Scheinwerfer.

1938: Architekt Fritz Haas plant für Groß-Graz

Wenige Monate nach dem *Anschluß* im Oktober 1938 legte der Architekt Dr. Fritz

Haas (1890 Murau - 1968 Graz), der schon früher in der Steiermark - z. B. für die STE-WEAG - tätig war, einen Gesamtplan zur Neugestaltung von Graz vor¹¹. Haas lehrte von 1928 bis 1948 an der Technischen Universität Wien, deren Rektor er in den Jahren 1938 - 1942 war. Nach 1948 arbeitete Haas wiederum als Architekt in Graz. Mit der Entstehung von Groß-Graz war im September 1938 eine jahrzehntelange Diskussion zu Ende gegangen. Der Gauleiter Uiberreither schrieb in einem Brief, er selbst habe Groß-Graz *verfügt*¹². Nur mit geringem Protest der betroffenen Vorstadt-gemeinden war das Stadtgebiet von Graz flächenmäßig verfünffacht worden und auch die Bevölkerung hatte auf diese Weise um ein Drittel zugenommen. Um das neue Rüstungswerk in Graz zu errichten, wurde zusätzlich 1942 ein Teil der Gemeinde Thondorf zur Stadtgemeinde Graz geschlagen. Wien, wo ein ähnlicher *Anschluß* des Umlandes dem *Anschluß* des Staates folgte, mußte den Gebietsgewinn aus der Stadterweiterung von 1938 wieder weitgehend an das Land Niederösterreich abtreten (1954). Für Graz blieb der politische und planerische Dispositionsraum auch nach 1945, so wie er 1938 und 1942 erweitert worden war, erhalten.

Es muß vor der Darstellung der Planungsprojekte festgestellt werden, daß es häufig Varianten gab. Hier werden bevorzugt jene Projekte beschrieben, die nach Einschätzung des Autors dieses Beitrages die größten Chancen einer möglichen Realisierung gehabt hätten. Pläne zur Stadtgestaltung des hier zur Diskussion stehenden Zeitraumes befinden sich an der Technischen Universität, im Magistrat Graz, im Stadtmuseum Graz und im Stadtarchiv

10 Aus der umfangreicher Literatur der letzten Jahre zu diesem Thema: KGBK, Kercinger, Harlander/Fehl, Tabor

11 Lackner, S. 185 und Sammlung Kubitzky

12 Stadtarchiv Wolfsburg, Sammlung Keller

Wolfsburg (Koller-Nachlaß). Etliche Pläne und einschlägige Dokumente sind auch im Privatbesitz, so in dem des Autors¹³.

Der *Haas-Plan*¹⁴ sah eine Bevölkerungszahl von 250.000 (1938: 208.000) vor. Graz sollte in seiner Struktur grundlegend verändert werden. Als neues Zentrum war der Bereich um den Jakominiplatz vorgesehen. Dementsprechend sollten westlich der Oper bis zur Mur Neubauten entstehen. Die Herrengasse sollte als Hauptachse der Stadt nach Süden verlängert werden und südlich des heutigen Messegeländes war auf beiden Seiten der Straße ein Gauzentrum vorgesehen. Dazu gehörte ein Aufmarschgelände, ein Gausportzentrum, die KdF-Stadt (wohl eine Art Freizeitzentrum) und die Messe (letztere beide westlich der Conrad-von-Hötzendorf-Straße). Eine neue Hauptstraße (zweiter Südgürtel) führte über die Mur nach Westen und tangierte nördlich den Zentralfriedhof. Der Ostbahnhof war der Neuplanung im Weg, die Eisenbahnspange von dort zum Hauptbahnhof ebenso. Ein neuer Ostbahnhof befand sich laut Plan im Bereich Engelsdorf (Liebenau), eine neue Verbindung zum Hauptbahnhof war ebenfalls weiter im Süden projektiert. Südlich des Zentralfriedhofes war ein neuer Verschiebe- und Güterbahnhof vorgesehen. Der alte Güterbahnhof an der Grenze zu Gösting sollte jedoch bestehen bleiben. Der Hauptbahnhof war nun ein wichtiger Knotenpunkt des Verkehrs, da man hier zu einer parallel laufenden Reichsautobahn hätte umsteigen können. Von hier sollten drei breite Hauptstraßen in die Stadt führen: die Keplerstraße, eine verbreiterte Annenstraße und eine neue Achse zur Radetzkybrücke. Im Kreuzungsbereich dieser neuen Straße zur

Lazarettfeldgasse sollte ein neuer Platz von der Dimension des Hauptplatzes entstehen. Die Gürtelstraßen rund um den Bezirk Graz-Mitte, Graz hatte damals acht Bezirke, waren als Vollausbau geplant. Am rechtsseitigen Kai (Lendkai - Grieskai) war mit Ausnahme der Strecke zwischen der Keplerbrücke und der Radetzkybrücke eine Stadtautobahn vorgesehen. Vom neuen Stadtzentrum, also vom Bereich der Oper, war eine neue Hauptstraße quer durch die Altbebauung, seitlich vorbei an der Universität, zur verbreiteten Heinrichstraße geplant.

Für eine neue Hochschulstadt wurden drei mögliche Standpunkte erwogen:

- a) Zwischen Mur und Rosenberg, die Kliniken dazu im Hangbereich des Rosenbergs.
- b) Hochschulstadt Maricnawiese. Das neue Landeskrankenhaus dazu in der Nähe des gegenwärtigen Unfallkrankenhauses.
- c) Universitätsgebäude zwischen St. Peter Friedhof und Messegelände. Kliniken dazu an einem neuen und breiten Münzgrabengürtel.

Aus den wenigen erhaltenen Planungskomentaren¹⁵ ist dazu zu lesen: „Hochschulstadt mit Schulungsburg und Feierstätte“. Sichtlich war hier an eine Vermengung von Universität und NSDAP gedacht.

Für den Schloßberg findet sich folgender Kommentar: „Neugestaltung der Gastwirtschaft und Anlagen. Großer Südostturm mit Führersaal“. Dieser Text führt in Verbindung mit den Aussagen (1988) von Frau Friederike Sutschek (ihr Gatte Dipl.-Ing. Sutschek war im Rahmen der Gauselbstverwaltung mit der Graz-Planung befaßt) zu dem Schluß, daß ein Ersatz des Uhrturms

13 - Sammlung Kubitzky

14 - Sammlung Kubitzky

15 - Plansammlung des Instituts für Städtebau TU Graz

durch einen Südostturm vorgesehen war¹⁶. Grundlage dafür soll der vorausseilende Gehorsam auf die Feststellung Adolf Hitlers gewesen sein, daß eine so wichtige Stadt mit dem Uhrturm ein so bescheidenes Wahrzeichen besitze. 1988 wurde von der Witwe F. Sutschek die Meinung geäußert, daß ihr Gatte, Dipl.-Ing. Sutschek, den Uhrturm für Graz gerettet habe. Eine wichtige Variante dazu ist, daß sich 1943 der Stadtplaner Peter Koller aus dem Lazarett mit Entwürfen eine Schloßbergverbauung meldete. Hierbei hätte die Stallbastei einen monumentalen Saalbau aufgesetzt bekommen, nahe davon sollte ein hoher Turm in historisierender Gestaltung stehen¹⁷.

Zur Realisierung künftiger Planungen wurden 1939 die großflächigen Althallergründe östlich der Messe erworben. Auch in der ehemaligen Gemeinde Eggenberg, damals Graz-West, standen nun große Grundstücke zwischen der Bayernstraße, Burenstraße und Bauernfeldstraße für die Gauhauptstadt Graz zur Disposition. Außerdem kam es zu privaten Schenkungen, zu *Arisierungen* von Grundstücken, zur Konfiskation zu Gunsten des Deutschen Reiches und zu nur aus der damaligen Machtkonstruktion erklärbar billigen Ankäufen. Die katholische Kirche mußte auf eine Reihe von Klöstern verzichten bzw. schon getätigte Rechtsgeschäfte mußten zugunsten des Reiches rückgängig gemacht werden. Indizien weisen auf das begehrliche Interesse an den traditionellen Flächen der Grazer Stadtfriedhöfe hin¹⁸.

Peter Koller, der Wolfsburgerplaner, projiziert ein neues Graz

Durch die militärische und darauf folgende administrative Eingliederung der südslawischen Untersteiermark (1941) sowie durch Siegeshoffnung, die zumindest anfangs den Balkankrieg begleitete, stieg die Erwartung der für Graz vorgesehenen Rolle. Als Zentrum eines künftig deutsch dominierten Südosten Europas war nun eine Einwohnerzahl von 350.000 Planungsprojektion¹⁹. Dies schuf neue Anforderungen an die Stadtplanung. Den Entscheidungsträgern im Gau Steiermark und denen der *Stadt der Völkserhebung* erschien nun der *Haas-Plan* zu wenig großzügig. Auch der Führer- und Kanzlererlaß vom 17. 2. 1939, der u. a. auch Graz zu einer *Ausbaustadt* erklärte, drängte ihrer Meinung nach zu einer neuen und aufwendigeren Planung. Man war in Graz damals stolz, vorerst als erste Stadt im ehemaligen Österreich den Rang einer Ausbaustadt zu besitzen²⁰. In der Folge gehörten alle größeren und einige mittlere Städte der Ostmark zu den geförderten Ausbaustädten.

Gauleiter Uiberreither hatte formal die Planungshoheit über die Gauhauptstadt, ließ aber sich von Albert Speer (Generalbauinspektor von Berlin, 1942 Reichsminister) beraten. Speer war damals im Parteizentralbüro der wichtigste Ansprechpartner für Fragen der Stadtplanung. Speer nannte ihm als Architekten Peter Koller (1907 Wien - 1996 Wolfsburg), der sich damals schon einen Namen als Stadtplaner gemacht hatte. Sein Renommee schuf er sich vorerst mit der Planung der *Stadt des*

16 Gespräch mit F. Sutschek

17 Stadlarchiv Wolfsburg, Sammlung Koller

18 Uebmann, S. 223

19 Kubitzky, S. 340

20 Gespräch mit B. Kollik

KdF-Wagens (VW), dem heutigen Wolfsburg, das noch früher als geheimes Projekt der Autoindustrie mit dem Code *Gezavor* getarnt war. Koller, ein Schüler des prominenten Stadtplaners Hermann Jansen, arbeitete in den frühen vierziger Jahren außer für Graz an Planungen für Berlin, Innsbruck, Klagenfurt, Leoben und Waldbröhl (bei Köln). Die erste Auftragserteilung Kollers für die Graz-Planung geht allerdings schon auf das Jahr 1939 zurück: ein formaler Vertrag ist mit August 1940 datiert²¹. Die Erwartungen der Stadt und damit das Auftragsvolumen wuchsen bis 1942. Aus einem Schreiben des Reichsstatthalters und Gauleiters Uiberreither vom Sommer 1940 geht der Vorrang des Gaues über die Stadt, des Gauleiters über den Oberbürgermeister, deutlich hervor²². 1987 sagte Koller in einem Gespräch mit dem Autor über den Umfang seines Graz-Auftrages sinngemäß, daß er damals „zu jung gewesen sei, um nein zu sagen“. Trotz seiner bedeutenden Planungsaufträge wurde Koller 1942 auf eigenen Wunsch zur Wehrmacht eingezogen und betreute ab diesem Zeitpunkt auch das Projekt Graz nicht mehr: sieht man von den oben zitierten Schloßbergskizzen ab. Nach einer Kriegsgefangenschaft arbeitete Koller als Stadtbaurat und Baudezernent in der Gemeindeverwaltung Wolfsburg und war als Professor an der Technischen Universität Berlin tätig. Er wurde zum Direktor des Instituts für Städtebau der Deutschen Akademie der Wissenschaft ernannt und erhielt internationale Auszeichnungen. Seinen Lebensabend verbrachte er zu einem großen Teil auf einem einsamen Berghof in Arriach (Kärnten)²³.

Peter Koller war weder oft noch längere Zeit in Graz. Er sagte 1987, daß er die Aufgabe in Graz „nicht allzu ernst“ genommen habe²⁴. Die Vorwürfe der Säumigkeit des ungeduldigen Gauleiters wies er allerdings zurück²⁵. Mit mehr Einsatz bemühte sich Koller bei einigen Grazer Folgeaufträgen für einzelne Gebäude, so am Felix-Dahn-Platz und in der Theodor-Körner-Straße. Hier geht Koller auftragsgemäß ins Detail und folgt dem damals propagierten Heimattstil. Auch über das *Hotel der Stadt der Völkerhebung*, ein Lieblingsprojekt des Gaues und der Stadt, sind Detailüberlegungen erhalten²⁶. Die Entscheidungsträger der Stadtplanung wollten damals für Graz eine monumentale Gestaltung und erhielten sie auch auftragsgemäß von Peter Koller. Bürgermeister Seiz und Baudirektor Heidinger besuchten Koller in seinem Büro in Berlin-Charlottenburg. Geländestufen und bereits vorhandene Baumasse wurden nicht als ein wesentliches Hindernis eingestuft. Elemente des *Haas-Planes* wurden übernommen, anderes wurde neu geplant. Das Konzept des Koller-Planes wurde dann auch als Grundlage für die damals folgende Detailplanung herangezogen. Auch noch nach der Beendigung der Zusammenarbeit mit Koller (1942) wurde bis 1943 (Datum auf einigen Plänen) die Detailplanung fortgesetzt²⁷. Erst als der Weltkrieg in eine für das Deutsche Reich kritische Phase kam, holte der Alltag des Krieges die Städteplaner ein. 1945 lag die noch drei Jahre zuvor aufwendige und in der NS-Zeit erst im vollen Umfang aufgebaute Grazer Stadtplanung brach (Stadtbaudirektor: Ing. A. Hüttig, dann Dipl.-Ing. Sepp Heidinger, Leiter der

21 Stadtarchiv Wolfsburg, Sammlung Koller

22 Gespräch mit P. Koller und Stadtarchiv Wolfsburg, Sammlung Koller

23 Strauß, S. 107 - 114

24 Gespräch mit P. Koller

25 Stadtarchiv Wolfsburg, Sammlung Koller

26 Stadtarchiv Wolfsburg, Sammlung Koller

27 Sammlung Kubitzky

Stadtplanung: Dipl.-Ing. Tassilo von Hüller). Während der Besetzung durch die Rote Armee wurden in den Plankästen des Magistrats Hühner gehalten²⁸. Relativ schnell entwickelte sich unmittelbar nach 1945 durch die Herausforderungen des Wiederaufbaues, der *Bewirtschaftung* aller Bautätigkeiten und der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht eine neue Grazer Stadtplanung.

1942 wird den Rats Herrn, dem nicht beschlußfassenden Anhörungsorgan der Stadt - eine Art Ersatzgemeinderat - in einer nicht öffentlichen (also geheimen) Sitzung der Stadtentwicklungsplan Peter Kollers präsentiert. An einer öffentlichen Diskussion des für Graz offensichtlich so wichtigen Neugestaltungsplanes ist man sichtlich nicht interessiert. Von besonderen Aktivitäten eines 1940 in einer öffentlicher Sitzung der Rats Herrn eingesetzten Beirates für Bauwesen, Stadtplanung und Stadtbildgestaltung ist nichts bekannt²⁹. Kollektivorgane haben neben dem Führerprinzip keine Funktion. Der Grazplan wurde - laut P. Koller - einerseits von Hitler und Speer persönlich und andererseits vom Gauleiter Überreither beurteilt³⁰.

Illusionen und Realität: Der neue Grazplan wird vertraulich präsentiert

Bei der nicht öffentlichen Rats herrnsitzung vom 14. Juli 1942 wurde vom Grazer Baudirektor Heidinger betont, daß der *„Flächenwidmungsplan vom Führer im Prinzip genehmigt ist“*, ferner, daß *„die innere Stadt derzeit (!) nicht angegriffen*

*wird“ und daß „wir ja für die nächsten 100 Jahre und darüber hinaus denken müssen“*³¹. Der Kollerplan wurde ohne erwähnenswerte Diskussion zur Kenntnis genommen. Bald sprach man über die Vorteile des O-Busses und über 30 Holzbaracken in Wetzelsdorf. Über die Finanzierung des Riesenprojekts machte man sich in dieser turbulenten Zeit keine besonderen Gedanken. Ganz kurz wird im Protokoll die Zahl von 500 Millionen RM erwähnt. Dieser Betrag war nicht nur unfinanzierbar, sondern auch unrealistisch. In der gleichen geheimen Rats herrnsitzung wird der Bau einer Bordellbaracke um 50.000 RM beschlossen. Der Abbruch von Hunderten Häusern und die Errichtung eines neuen Graz mit einer Vielzahl von Siedlungen, Hauptstraßen und Monumentalbauten hätte wohl mehr als das zehntausendfache ausgemacht. Die Realität der Kriegszeit hat die Ideenwelt der Stadtplanung längst überholt. In derselben Sitzung beschwert sich der *Oberbürgermeister der Stadt der Volkshebung, SS-Obersturmführer Julius Kaspar (offizieller Briefkopf)*, daß er *„die schon lange geforderten acht Pferde für die Müllabfuhr noch nicht erhalten habe“*³².

Das neue Graz nach dem Endsieg

Doch nun zum *Koller-Plan*³³. Adolf Hitler selbst soll laut Peter Koller bei einigen Planalternativen entscheidende Beurteilungen abgegeben haben³⁴. Wie schon in Ansätzen bei F. Haas war eine im Zeitgeist gestaltete und autogerechte Großstadt das deklarierte Ziel. Im Unterschied zu F. Haas

28 Gespräch mit H. Kröbl

29 StAG Rats herrnprotokolle

30 Gespräch mit P. Koller und Stadtarchiv Wolfsturng, Sammlung Koller

31 StAG Rats herrnprotokolle

32 StAG Rats herrnprotokolle

33 Sammlung Kubitzky

34 Gespräch mit P. Koller

verläuft die Hauptachse der Stadt - *Achsen* sind damals modern und wichtig - vom Hauptplatz über die Herrengasse nun über die in die gigantisch ausgebaute Klosterwiesgasse (Breite rund 75 m). Die Änderungen gegenüber der Gegenwart sind nun im Bereich Jakominiplatz und Radetzkystraße gravierend, aber geringer als bei F. Haas. Das neue Stadtzentrum wurde nun um eine nach Süden verlängerte Achse ausgerichtet. Östlich davon sollten die riesigen Partei- und Verwaltungsgebäude (Seitenlänge bis zu rund 150 m), westlich die Sport- und Freizeitanlagen stehen. Zum Ausgleich für die massive Verbauung wäre östlich zwischen Münzgrabenstraße und Petersgasse kein Haus mehr vorhanden gewesen. Die Gürtelstraßen und die Straßenachsen im Stil von Stadtautobahnen bleiben so, wie sie F. Haas schon plante. Doch Peter Koller ist mit seiner Neugestaltung noch großzügiger. Ein großer Platz zwischen den im Gauzentrum zu errichtenden Monumentalbauten hat eine Länge, die fast der Herrengasse entspricht, die Breite ist mit dem Verlauf der Murgasse zu vergleichen. Ohne Sensibilität sollten vorhandene Straßen verbreitert werden. So hätte die Heinrichstraße ihre südlichen Häuser, die Zinzendorfstraße ihre nördlichen Bauten verloren. Die Leechkirche steht ohnedies etwas abseits. Die Elisabethstraße sollte bis zum ausgebauten Gürtel ihre Nordseite verlieren. Die Leonhardstraße sollte durch den Abbruch von 24 Häusern, meist auf der Nordseite, verbreitert werden. Die Münzgrabenkirche stand dem Münzgrabengürtel im Weg, auch der Abbruch des Sacré Coeurs wurde in Erwägung gezogen. Gleich östlich

der Herz-Jesu-Kirche war eine Straßenkreuzung von Hauptplatzgröße vorgesehen gewesen. Westlich des Volksgartens öffnete sich auf erhöhter Terrassenlage eine monumentale Neuverbauung in Richtung Schloßberg. Eine neue *Südstadt* von Graz sollte in der ersten Bauphase 3500 Wohnungen aufweisen, die zweiten Bauphase war mit 6000 Wohnungen projektiert gewesen³⁵. Im Bereich der heutigen Gebietskrankenkasse war ein Gebäude mit der Grundrißdimension 200 mal 150 m geplant. Welche Funktion es haben sollte, ist unbekannt. Planzeichen waren 1942 noch nicht standardisiert und Peter Koller kann sich 1987 nicht mehr an die Details seiner Grazplanung erinnern³⁶. Schräg gegenüber dieses Gebäudes war am Grieskai ein ebenso großer Bau projektiert. Er ist als *Hotel der Stadt der Volkserhebung* gekennzeichnet. Von diesem viergeschossigen 225-Betten Hotel sind detaillierte Funktions- und Nutzungspläne vorhanden³⁷.

1940 bis 1942 fragen Gau und Stadt aber auch Genossenschaften und Privatpersonen bei Dipl.-Ing. Koller an, ob ihre Bauprojekte in seine Grazplanung passen. In einzelnen Fällen tritt der Stadtplaner auch als Mitgestalter oder Ratgeber auf. Parallel dazu leistet Koller selbst Auftragsarbeit für Genossenschaften³⁸. Spätestens ab Mitte 1942 erfolgten Detailplanungen und der Entwurf von Planungsvarianten. So entsteht u.a. ein Grünflächenkonzept und ein Bäderplan³⁹. Während Koller der Ansicht war, daß seine Pläne nicht verändert wurden, berichtet die Tradition der Grazer Planer von Änderungen aus lokaler Sicht⁴⁰.

35 Stadearchiv Wolfzburg, Sammlung Koller

36 Gespräch mit P. Koller

37 Stadearchiv Wolfzburg, Sammlung Koller

38 Stadearchiv Wolfzburg, Sammlung Koller

39 SMG Plansammlung

40 Gespräch mit P. Koller, Gespräch mit H. Knöbl

Die anfänglich ab 1938 beachtliche Neubautätigkeit, besonders der *Soziale Wohnbau* durch verschiedene Genossenschaften, kam mit dem Krieg zuerst weitgehend, dann vollkommen zum Stillstand⁴¹. Auch die amtlichen Untermieteinweisungen, die Beschlagnahmen und die Weitergabe *arisierten* Wohnungen konnten schon vor den Bomben die Wohnungsnot nicht ausgleichen. Schon 1939 waren 8000 Wohnungssuchende gemeldet, 1943 waren es 18.000. Umsiedler, Ausgebombte (es gab auch Doppelausgebombte), kasernierte Jugendliche und Arbeiter(innen), Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene mußten wohnversorgt werden. So wurde im Herbst 1940 ein Großteil der 10.000 Umsiedler aus dem Buchenland (Bukowina) im Lager V in Liebenau in 382 Baracken untergebracht. Daß ein solcher Lagerplan den Vermerk „Verladebahnhof Ostbahnhof“ trägt, zeigt, daß die kühle Administration längst die humanitäre Perspektive verdrängt hatte⁴². Im Herbst 1942 mußten 20.000 Bessarabiendeutsche in fünf Lagern mit insgesamt 320 Baracken untergebracht werden. Ab Februar 1944 ging immer mehr Baumasse durch Bomben verloren, auch die Luftschutzbauten blockierten Baukapazität, so benötigte der Ausbau des Schloßbergstollens über eine Million Arbeitsstunden. Über die Schäden durch Bomben wurde zwar öffentlich Klage geführt, ihr Ausmaß und die Folgen waren aber nicht Inhalt öffentlicher Diskussion. In dieser Phase war zwar kryptisch vom Endsieg die Rede, die Stadtplanung stand damals aber still. Die plakative Devise „*Siegen um jeden Preis*“ versuchte eine andere Realität in den Vordergrund zu stellen. Die gleichgeschal-

teten Medien mühten sich, die Endzeitstimmung durch Propaganda und Alltagsberichte zu überdecken.

Ein Merkmal der Planung jener Zeit war, daß sie praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgte. Militärische Bauten, Bauten der Reichsautobahn (Zuständigkeit für die Steiermark: Oberste Bauleitung Reichsautobahn - OBR Linz, Villach und Wien), der Deutschen Reichsbahn und die der Rüstungsindustrie (*Werk Thondorf*) entzogen sich auch dem Einfluß der Grazer Stadtplanung⁴³. 1941 beschwerte sich der Oberbürgermeister in einer Ratsherrnsitzung⁴⁴, daß die verzögerte Planung der Reichsbahn (Prof. Dr. Blum, Hannover) das Projekt der *Südstadt* behindere. Außer auf der Stadtebene entstanden Grazer Planungen auch bei der *Ortsplanungsstelle des Reichsstatthalters im Rahmen der Gauselbstverwaltung*. In der Hamerlinggasse 3 arbeiteten Dipl.-Ing. Hermann Wengert, der spätere Leiter der Landesplanung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, und Dipl.-Ing. Karl Sutschek. Beide erstellen 1940 einen Flächenwidmungsplan von Graz⁴⁵.

Beim Vergleich zwischen der Planung und der Realisierung für die Gauhauptstadt Graz muß festgestellt werden, daß - wohl zum Glück der Stadt - nur ein geringer Teil umgesetzt wurde. Von diesem Teil wurde wiederum einiges durch Bomben zerstört, anderes erst nach 1945 fertiggestellt. Welche Art und Qualität der Bebauung größere Bereiche der Stadt gekennzeichnet hätten, läßt sich am besten an den Großsiedlungen ablesen. Der begradigte Teil der Triesterstraße (*Südtirolersiedlung*)

41 Lackner, S. 170

42 Sammlung Kubitzky

43 Gespräch mit W. Schwighofer

44 StAG, Ratsherrnprotokolle

45 Moser, S. 15

südlich der Kreuzung mit dem Gürtel, die *Mahrenbergsiedlung* östlich davon und die *Denggenhofsiedlung* sowie die Luftwaffensiedlung westlich davon, zeigen den *Sozialen Wohnbau* jener Zeit⁴⁶. Die *Post-siedlung* (Lindweg) und die Holzhäuser der *Kienzl-Siedlung* (nun: Ekkehart-Hauer-Straße) haben als zeittypische Bauten sogar denkmalschützende Anerkennung gefunden. Die *Polizeisiedlung* Thaddäus-Stammel-Straße und besonders die *SS-Unterführersiedlung* Wetzelsdorf (Burengasse-Krottendofersstraße), die nur teilrealisierte *Werksiedlung* *Dieselweg* an der nicht gebauten Südumfahrung Rics-Pack sind weitere charakteristische Beispiele. Siedlungshäuser im Murfeld (Hortgasse, Eichbachgasse, Dorfstraße) und in Andritz (Posnergasse, Eichenhaingasse, Viktor-Zack-Weg, Rosenberggasse) zeigen ebenfalls die Stilmerkmale jener Zeit bis hin zum im Einzelfall noch vorhandenen Luftschutzkeller. Die theoretischen Grundlagen zur Siedlungsgestaltung sind in einem 1941 von Josef Papesch herausgegebenen *Sammelwerk* enthalten, in dem sich Walter v. Semetkowski, damals und später Denkmalpfleger, und Sepp Helfrich (1938 kurz kommissarischer NS-Landeshauptmann und dann Landesbaudirektor) zum Heimatstil bekennen. Die „Arbeitsgemeinschaft für steirisches Bauen“ und die Abteilungen II (Erziehung, Kultur und Gemeinschaftspflege) und V (Bauwesen und Wasserwirtschaft) waren ebenfalls im obigen Sinne vereinheitlichend tätig⁴⁷. Die Bandbreite der Bauten in Graz aus der NS-Zeit reichen von innerstädtischen Wohnhäusern (Umlandgasse) und randstädtischen Siedlungsbauten (Thaddäus-Stammel-Straße) bis zu vorstädtischen Holzhäusern

(Dorfstraße). Die Bauten an der Ecke Floßlendkai - Schleifbachgasse zeigen beispielsweise eine historisierende Fassade mit Stilelementen, die dem Barock nachempfunden sind. Die Haustore und eine theatralische Einfahrt in den Hof sind als Rustikaportale ausgebildet. Die Beurteilung der Wohnqualität solcher Häuser ist vom jeweils gesetzten Qualitätsanspruch abhängig⁴⁸.

Unabhängig von Gau und Stadt erfolgte die Planung für die Reichsbahn. Durch eine Auflassung der Bahnspange vom Hauptbahnhof zum Ostbahnhof, die Verlegung des Ostbahnhofes weiter nach Süden und eine erst weiter südlich als bisher erfolgende Abzweigung nach Köflach sollte die Stadt im Süden und Südwesten ungehindert wachsen. Zusätzlich zum bisherigen Frachtbahnhof war südlich des Hauptbahnhofes ein neuer Frachtbahnhof geplant. Erst auf der Höhe von Puntigam waren die Abzweigungen in die Oststeiermark und nach Köflach projektiert. Eines der Projekte sah eine Autobahntrasse auf Trägern über den Gleisanlagen vor.

Als Großbauten aus der nationalsozialistischen Zeit im Raum Graz muß besonders auf die SS-Kaserne (nun Belgierkaserne), auf den Schloßbergstollen und auf den ehemaligen Reichssender Dobl hingewiesen werden. Die Bauten sind - zumindest in Teilbereichen - zu besichtigen und in der einschlägigen Literatur (Richter, Brunner, Roth) beschrieben.⁴⁹

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß im Falle einer Realisierung sowohl der Graz-Planung durch Fritz Haas (1938), als auch insbesondere durch das Graz-Projekt von Peter Koller (1942) die steirische

46 Lackner, S. 171

47 Papesch, S. 166 - 176

48 Gespräch mit W. Laggner

49 Richter (SS-Kaserne), Brunner (Schloßbergstollen), Roth (Sender Dobl)

Landeshauptstadt in größeren Bereichen mit dem topographischen Grazwissen der Gegenwart nicht mehr zu erkennen gewesen wäre. Damit wäre ein wichtiger Teil der urbanen Identität von Graz und damit auch für seine Bewohner verloren gegangen.

Quellen und Literatur:

Achleitner Friedrich: Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert, Bd. 2, Salzburg 1983.

Braumann Christoph: Stadtplanung in Österreich von 1918 bis 1945, Schriftenreihe des Instituts für Städtebau, Raumplanung und Raumordnung der Technischen Universität Wien, Bd. 21, Wien 1986.

Brunner Walter: Bomben auf Graz - die Dokumentation Weissmann, Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchives, Bd. 18, Graz 1989.

Harlander Tilman, Fehl Gerhard (Herausg.): Hitlers Sozialer Wohnbau 1940 - 1945, Stadtplanung-Geschichte, Bd. 6, Hamburg 1986.

Hoffmann Karl: Verbauungsplan der Landeshauptstadt Graz - Erläuterungsbericht verfaßt vom Ortsverband der Zentralvereinigung der Architekten Österreichs im Auftrage der Stadtgemeinde Graz, Graz 1929.

Kubinzky Karl Albrecht: Die Grazer Stadtplanung während der Herrschaft des Nationalsozialismus, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, S. 335 - 352, Graz 1988.

Lackner Helmut: Der Soziale Wohnbau in der Steiermark 1938 - 1945, Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, Herausgeber: Historische Landeskommission der Steiermark, Bd. XXXIV, Graz 1984.

Liebmann Maximilian: Pfarreinrichtungen und Kirchenbauten in der Zeit von Fürstbischof Zwinger bis zum Zweiten Weltkrieg (1867 - 1945), in: Die Grazer Stadtpfarrn (Herausg.: Karl Amon), S. 149 - 232, Graz 1980.

Moser Friedrich: Die Entwicklung der Stadtplanung in der Landeshauptstadt Graz, in: Berichte zur Raumforschung und Raumplanung (Herausgeber: Österreichische Gesellschaft für Raumforschung und Raumplanung), 16. Jhg., S. 6 - 21, Wien 1972.

Nerdinger Winfried (Herausg.): Bauen im Nationalsozialismus - Bayern 1933 - 1945, Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung in München 1993, München 1993.

NGBK - Neue Gesellschaft für Bildende Kunst: Inszenierung der Macht - Ästhetische Faszination im Faschismus, Berlin 1987.

Papesch Josef, Riehl Hans, Semetkowski Walter von (Herausgeber): Heimatliches Bauen im Ostalpenraum, Graz 1941.

Resch Wiltraud (Bearbeitung): Die Kunstdenkmäler der Stadt Graz - die Profanbauten des I. Bezirks Altstadt, Österreichische Kunsttopographie, Bd. LIII, Wien 1997.

Richter Heinz: 50 Jahre Garnison Graz in der Zweiten Republik 1945 - 1995, Herausgeber BMLV, Militärkommando Steiermark, Graz 1995.

Roth Paul W.: Die Sendeanlage Dobl - ein technisches Denkmal, in: *Geschichtsforschung in Graz*, Herausgeber: Ebner, Haselsteiner, Wiesflecker-Friedhuber, S. 219 - 221, Graz 1990.

Strauß Werner: Peter Koller, in: *Begleitband der Ausstellung „Erleben, wie eine Stadt entsteht“* (Herausgeber: Stadt Wolfsburg), S. 107 - 114, Wolfsburg 1998.

Tabor Jan: *Kunst und Diktatur*, Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung in Wien, Baden 1994.

Weingand Hans-Peter: *Die Technische Hochschule Graz im Dritten Reich*, Graz 1988.

Gespräche des Autors mit: Peter Koller, Arriach (1987), Herbert Knöbl, Wien (1988), Rudolf Kollik, Tobelbad (1987), Walter Schweighofer, Innsbruck (1987), Friederike Sutschek, Graz (1988), Walter Laggner, Graz (1988)

Sammlung Kubinzky

Stadtarchiv Graz (STAG): Ratsherrnprotokolle der Gauhauptstadt Graz 1940 - 1941, 1942 - 1944

Stadtarchiv Wolfsburg: Sammlung Koller

Stadtmuseum Graz (SMG): Plansammlung
Technische Universität Graz: Plansammlung des
Instituts für Städtebau und Entwerfen

Die Katholische Kirche in Graz 1938-1945.

Eingeschlagene Fenster und Hakenkreuzfahne am Bischofspalais

Nach dem denkwürdigen, folgenschweren Treffen Adolf Hitlers mit dem österreichischen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg am 12. Februar 1938 auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden strebte die pronazistische Stimmung in Graz ihrem Höhe- und Siedepunkt zu. Singend und grölend zogen die Nationalsozialisten durch die Straßen der Stadt. Meist angeführt von den sogenannten zukunftsorientierten progressiven Studenten, marschierten Lehrer, Schüler, Beamte unentwegt durch die Straßen und Gassen der Stadt Graz. Ohne schon ausgeschlossen zu sein, wurde Adolf Hitler als der große Heros und Führer der neu anbrechenden Zeit gefeiert. Der Untergang des „Christlichen Ständestaates“, den Dollfuß und Schuschnigg kreiert hatten, wurde als Befreiung begrüßt. Zum Dank für diesen enthusiastischen pronazistischen Aufbruch hat dann Hitler der Stadt Graz den damals als besondere Auszeichnung empfundenen Ehrentitel „Stadt der Volkserhebung“ verliehen. Die Bekanntgabe des Berchtesgadener Abkommens der ungleichen Partner Hitler und Schuschnigg auf Amnestie der illegalen Nationalsozialisten am 19. und die Reichstagsrede Hitlers am Sonntag, dem 20. Februar 1938, die vom Österreichischen Radio in voller Länge übertragen wurde, führten in den meisten Orten der Steiermark zu begeisterten Demonstrationen und Kundgebungen für Hitler und seinen Nationalsozialismus.

Was sich damals rund um den Bischofshof abspielte, darüber hat Pawlikowski seinem Metropolitenerzbischof Sigismund Waitz nach Salzburg berichtet: „In Graz hat sich die Auswirkung am Samstag und Sonntag bereits gezeigt. Die Nationalsozialisten haben Siegesfeiern mit Umzügen, Heil-Hitler-Rufen und Anstänkungen veranstaltet. Auch vor meinem Haus haben sie demonstriert und mir Fenster eingeschlagen und die Hakenkreuzfahne auf das Tor angebracht... Es war bedrückend, zusehen zu müssen, wie sich die wüste Menge gegen alle anständigen Österreicher erhebt und die Sicherheitsbehörden diesem Treiben ruhig zusehen mußten, weil von oben jedes Vorgehen gegen die Demonstranten verboten wurde. An dieser zweitägigen Demonstration beteiligten sich etwa 5.000 Personen in Graz. Was die Amnestie für praktische Folgen bringen wird, läßt sich heute noch gar nicht überblicken, wohl aber ahnen. Das eine steht fest, daß die Hetze gegen Österreich weitergeht und nun auch die Kirche auf alle möglichen Überraschungen gefaßt sein darf.“¹

Der Bischof wird verhaftet

Am Sonntag, dem 13. März, an dem Erzbischof Waitz unter Hausarrest stand, Kardinal Innitzer Gott dem Herrn für den unblutigen Verlauf der politischen Umwälzung danken und besorgt um eine glückliche Zukunft Österreichs bitten ließ, wurde der Fürstbischof von Graz-Seckau,

1. Diözesearchiv Graz (= DAG), Nachlaß Pawlikowski. Siehe Maximilian Liebmann, Die Katholische Kirche in Graz 1938, in: Graz 1938, Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, 1988 (= Liebmann, Graz 1938), S. 167-201, hier S. 168.

Ferdinand Stanislaus Pawlikowski, der schon, ähnlich wie Waitz, tags zuvor um 7 Uhr früh unter Hausarrest gestellt worden war, von einer SA-Eskorte unter „Spott- und Schmährufen“ begeisterter Nationalsozialisten in das Grazer Gefangenenhaus eingeliefert. Die Order zur Festnahme gab, wie der Fürstbischof in Erfahrung bringen konnte, der spätere Gauleiter und Landeshauptmann der Steiermark, Siegfried Uiberreither, unter dessen Fanatismus die Diözese während der ganzen NS-Ära schwer zu leiden hatte. Ohne Gelegenheit zum Umkleiden zu geben und ohne Mantel und Hut eskortierten die SA-Leute den verhafteten Fürstbischof vor den Bischofshof auf den Bischofplatz. Dort stand, flankiert von 40 bis 50 bewaffneten Wachsoldaten, bereits ein abfahrereites Polizeiauto, und eine ansehnliche Menge neugierigen Volkes empfing den Fürstbischof mit Spott- und Schmährufen. Ähnlich demütigend erging es ihm vor dem Gebäude der Grazer Polizeidirektion am Paulustor. Nach der Leibesvisitation sperrte man Pawlikowski in die Zelle Nr. 1 des Polizeigefangenenhauses. 24 Stunden lang dauerte die Haft Pawlikowskis, der damit der einzige Bischof im deutschen Sprachraum war, der vom nationalsozialistischen Regime in Haft gesetzt wurde. Am Montag, dem 14. März 1938, gegen 13 Uhr führte man den Bischof völlig unerwartet aus seiner Zelle in eine Kanzlei. Zwei reichsdeutsche Beamte der Geheimen Staatspolizei und zwei österreichische Kollegen erschienen. Persönlich chauffierte darauf der Polizeichef den Fürstbischof im eigenen Auto in dessen Palais zurück. Über diesen Polizeichef, der der Generalmajor der Polizei und SS-Brigadeführer namens Erwin Schulz war, hat der Ordinariatskanzler Joseph Steiner nachstehendes Zeugnis ausgestellt:

„Eine der ersten Anordnungen des Herrn

Schulz nach seinem Eintreffen in Graz war die, daß er den Herrn Fürstbischof Dr. Ferdinand Pawlikowski, den der spätere Gauleiter Dr. Siegfried Uiberreither am Tage des Umbruchs im März 1938 verhaftet hatte, sofort auf freien Fuß setzte. Regierungsrat Schulz hat den Herrn Fürstbischof im eigenen Auto in das bischöfliche Palais zurückgebracht. ... Nach meiner Meinung ist es ihm zu verdanken, daß damals kein einziger der internierten katholischen Priester in ein Konzentrationslager abgeführt wurde. Er hat im Gegenteil auf meine öfteren Vorsprachen hin alle internierten katholischen Priester aus der Haft entlassen.“²

Pawlikowski unterschreibt den Wahlaufruf und protestiert

Bei der folgenschweren außertourlichen Bischofsversammlung in Wien am Freitag, dem 18. März, ist Pawlikowski anwesend und wirkt an dem fatalen Dokument „Feierliche Erklärung“, das 10 Tage später als Plakat vergrößert und an den Litfaßsäulen affiziert überall zu sehen war, nur insofern mit, daß er es zusammen mit den anderen Diözesanbischöfen unterschreibt. Die „Feierliche Erklärung“ war ein im Büro Gauleiter Burekels konzipierter Aufruf an die Bevölkerung, bei der Volksabstimmung am 10. April mit Ja für den bereits vollzogenen Anschluß zu stimmen.

Am selben Tag, an dem in den Kirchen Österreichs die Bischofserklärungen verlesen wurden, das war Sonntag, der 27. März, eröffnete Johannes Ude den Reigen der Priester für Aufrufe in Tageszeitungen zur Volksabstimmung. Gleich im ersten Absatz seiner Abhandlung mit der Überschrift „Das vierte, nationalsozialistische Österreich“

² DAG, Nachlaß Pawlikowski; siehe Leomanr, Graz 1938, S. 176-179, Anm. 47.

geht Ude mit dem eben angeschlossenen Österreich und seiner abgetretenen Regierung scharf ins Gericht: „Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht“, so begann die Verfassung des dritten, des sogenannten 'christlichen' Österreich. Doch die Taten dieses Gebildes, das man 'christliches' Österreichs hieß, waren gar manchmal alles andere eher als christlich. Eine Minderheit, welche durch Ausnützung eines Zufalls die Herrschaft an sich gerissen hatte, zwang eine überwältigende Mehrheit dazu, sich zu einem Österreich zu bekennen, das gar kein Österreich war.“³

Ob dieses Aufrufes von Ude war sein Oberhirte, Bischof Pawlikowski, mit dem Ude seit dessen Ernennung 1927 ständig auf „Kriegsfuß“ stand, derart erbost, daß er Gauleiter Bürekel gleich am nächsten Tag gegen seine aufrufwilligen Priester zu Hilfe rief. Der Fürstbischof schrieb dem Gauleiter: „Wir Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinzen haben unsere Bereitwilligkeit zur Mitarbeit am Aufbau des großen deutschen Vaterlandes feierlich erklärt und die deutsche Reichsregierung unserer Loyalität versichert.“

Wie alle Diözesanordinarien bin auch ich mir der Verantwortlichkeit, die ich dadurch übernommen habe, voll bewußt. Soll ich aber die Verantwortung hierfür tragen, geht es wohl nicht an, daß einzelne Geistliche nach ihrem Gutdünken Erklärungen veröffentlichten, weil hiedurch nur Verwirrung entsteht und solche Erklärungen den Eindruck erwecken, als ob die Bischöfe und ein großer Teil der Diözesanpriester anders

denken oder gegnerisch eingestellt seien oder gegnerisch eingestellt sein dürften. Nachdem ich für die Treue des Diözesanklerus zum großen deutschen Vaterland Sorge tragen muß und dafür mich einsetze, ist die Wahrung der Disziplin auch in den Reihen des Klerus eine unbedingte Forderung.

Darum erlaube ich mir, Sie, hochverehrter Herr Gauleiter, um eine Verfügung an die zuständigen Presseleiter in Steiermark zu bitten, daß diese von Geistlichen zur Publikation eingesendete Erklärungen nicht ohne die Zustimmung meines Ordinariates veröffentlichten dürfen, ähnlich wie es dem Herrn Kardinal-Erzbischof von Wien zugesichert wurde.“⁴

Wenngleich es ungewiß ist, ob Pawlikowski diesen nicht sehr überlegten im Nachlaß Pawlikowskis sich befindenden Brief auch tatsächlich abgeschickt hat, vermag er seine Grundstimmung wiederzugeben; jedenfalls hat er nichts bewirkt. Denn nach Udes Initiative meinten verschiedene geistliche Herren, ähnlich Farbe deklarieren zu müssen.

Der in manchen Kreisen der Steiermark gefeierte Volksbildner, Msgr. Josef Steinberger, wurde hierbei geradezu euphorisch: „Adolf Hitler, der Führer des deutschen Volkes und das Oberhaupt des Großdeutschen Reiches, ist durch Gottes Fügung jetzt unser rechtmäßiges Staatsoberhaupt. ... Wir sind ihm daher nach den Geboten unserer katholischen Religion Achtung und Liebe, Gehorsam und Treue schuldig. Dies wollen wir auch alle am Abstimmungstage, dem 10. April, dadurch bezeugen, daß wir

3. Grazer Volksblatt (= GVB), 71. Jg., 27.3.1938, S. 1f.; Maxim Ian Liebmann, Rein zur Zeit des Nationalsozialismus und nach dem zweiten Weltkrieg, in: Paulus Rappold (Hg.), Stift Rein 1129-1979. 850 Jahre Kultur und Glaube - Festschrift zum Jubiläum, Rein 1978, S. 295; Magnus Harald Anton Hofmüller, Steirische Priester befürworten den Nationalsozialismus und den Anschluß an das Deutsche Reich Adolf Hitlers, Thesen, Diplomarbeit, Graz 1997 (= Hofmüller, Steirische Priester), S. 54-64.

4. DAG, Nachlaß Pawlikowski.

nicht zu Hause bleiben, sondern zur Wahl gehen und uns mit einem ehrlichen, aufrichtigen 'Ja' als Deutsche zu unserem deutschen Volke, zum einigen Großdeutschen Reiche als unserem großen Vaterlande und zu unserem Führer Adolf Hitler bekennen."⁵ Am 2. April 1938, am Tage vor Hitlers Ankunft in Graz, konnten die Steirer in der Tageszeitung des katholischen Preßvereines „Grazer Volksblatt“ den Aufruf Professor Johann Fischls staunend lesen: „Unser aller 'Ja' zum großdeutschen Reich ist so im tiefsten und symbolischen Sinn zugleich auch Erfüllung einer höheren völkischen Pflicht, einer Pflicht deutscher Dankbarkeit, letzter Tribut an alle Ahnen unseres Volkes, die zwar sehnsüchtig schauten, aber nie erleben durften, was uns die Güte des Ewigen nun schenkt: das einige, einzige Reich der Deutschen!“ Was Pfarrer Franz Mandl aus Lang bei Wildon in einer Versammlung seinen 2000 begeisterten Zuhörern zurief, darf ich, den Priesterreigen abschließend, zum Besten geben. Seine förmliche Vermählung mit Hitler las man am Tage vor der Volksabstimmung am 9. April im Grazer Volksblatt: „Nun hat uns Gott einen heimischen Fürsten, einen Österreicher geschickt, unseren Führer Adolf Hitler. ... Der Bräutigam Adolf Hitler ist der größte Mann, der geliebteste Mensch, den gegenwärtig die Erde trägt, und Österreich seine getreue Braut. ... Und nun frage ich dich, Volk von Österreich. Willst du deinem rechtmäßigen Bräutigam, der von Ewigkeit für dich bestimmt und erzogen wurde, für immer angehören und ihn ehren und lieben, dann sprich 'Ja'. Willst du deinem Bräutigam ge-

horsam sein und ihm die Treue halten, dann sprich dein 'Ja'. Willst du deinen Bräutigam in keiner Not des Lebens je verlassen, sondern immer bei ihm verbleiben, dann sprich dein 'Ja'. Ein nimmer endendes 'Ja' brauste aus tausenden Kehlen der Zuhörer. Nun gilt das Wort: 'Was Gott verbunden hat, das darf der Mensch nicht trennen.'"⁶

Bei seiner Wahlreise durch Österreich kam Hitler am 3. April nach „Graz, der Stadt der Volkserhebung“, wo er ähnlich frenetisch empfangen und gefeiert wurde wie drei Wochen zuvor in Wien.

Nuntius Gaetano Cicognani wußte hierüber zu berichten, „daß auf der Reise Hitlers durch Österreich Fürstbischof Pawlikowski in Graz und Fürstbischof Hefter in Klagenfurt ihren Besuch gemacht hätten; von Fürstbischof Waitz in Salzburg und Bischof Gföllner in Linz wisse er es nicht.“⁷

Daß Pawlikowski dem „Führer“ seine Aufwartung gemacht hätte, ist sowohl der Quellenlage wie auch der Literatur nach unbekannt und kann als Fehlinformation des Apostolischen Nuntius bei Papst Pius XI. bzw. bei der römischen Kurie gelten.

Schikanen und Unterdrückung

a) Aberkennung der Ehrenbürgerschaft Bischof Pawlikowskis

Mit dem Ausgang der Volksabstimmung am 10. April 1938, bei der die Steiermark mit

5. GVBl. 71. Jg., 6.4.1938, S. 6; Hofmüller, Steirische Priester, S. 48-53.

6. GVBl. 71. Jg., 9.4.1938, S. 3; Hofmüller, Steirische Priester, S. 111-123.

7. Der bekannte Ethnologe P. Wilhelm Schmidt SVD und Direktor des Lateranmuseums war ausersuchen worden, Kardinal Inrizer am 4./5. April 1938 im Zug bei dessen Reise nach Rom zu begleiten. P. Schmidt hielt die Geschehnisse rund um diese Romfahrt wie auch die Gespräche mit Inrizer fest. Diese Aufzeichnungen wurden von Fritz Bornemann mit dem Titel „P. W. Schmidt und Kardinal Inrizer März-April 1938“ ediert in: *Analytica SVD* 53, Rom 1980, S. 99-136. Siehe hierzu auch Maximilian Liebmann, Theodor Inrizer und der Anschluß Österreichs Kirche 1938. *Grazer Beiträge zur Theologiegeschichte und kirchlichen Zeitgeschichte*, Bd. 3, Graz Wien Köln 1988, S. 121, Anm. 308.

ihren 99,87% Ja-Stimmen Spitzenreiter in Österreich war, kam für viele die Ernüchterung, und das NS-Regime begann sein wahres Gesicht zu zeigen. Eine Kostprobe kommender Schikanen, die sich bis zur Verfolgung steigern sollten, erfuhr der Fürstbischof alsbald persönlich. Datiert mit 12. Mai 1938 hatte er vom Bürgermeisteramt der Stadt Graz einen Brief erhalten, in dem der Bürgermeister mitteilt, daß das mit 13. Mai 1937 „verliehene Ehrenbürgerrecht der Landeshauptstadt Graz“ widerrufen wird. Bürgermeister Julius Kaspar schließt sein an Unhöflichkeit schwer zu überbietendes Schreiben mit: „Ich fordere Sie daher auf, die Ehrenbürgerurkunde der Stadtverwaltung sofort zurückzustellen.“⁸ Mit 16. Juni 1938 kam Pawlikowski dieser kränkenden Aufforderung nach, retournierte die Urkunde und ließ sich von der Stadtgemeinde diese Rückstellung bestätigen.

b) Aufhebung des Knabenseminars

Bis zum Herbst 1938 trat das NS-Regime der Kirche Österreichs in Doppelstrategie gegenüber. Einerseits wurden erfolgversprechende Geheimverhandlungen mit den Bischöfen, insbesondere mit ihrem Vorsitzenden Kardinal Theodor Innitzer geführt, andererseits wurde mit Unterdrückungsmaßnahmen Schritt für Schritt gegen sie vorgegangen. Mit September 1938 listete die Diözese Seckau all ihre Beschwerden auf, die einen detaillierten, lebendigen Einblick in das damalige schikanöse kirchenfeindliche Verhalten bieten; bezüglich bischöfliches Knabenseminar hieß es: „Durch die Entziehung des Öffentlichkeitsrechtes wurde das bischöfliche Knaben-

seminar äußerst hart getroffen. Dasselbe ist aus Geldern früherer Diözesanbischöfe und Geistlichen erbaut worden, wird zum größten Teil aus Beiträgen von Diözesangeistlichen erhalten, beherbergt und erzieht ungefähr 300 bis 330 Studenten, die sich auf den Priesterstand vorbereiten, hat allen gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich der Gymnasialstudien immer entsprochen und ob seiner Studienerfolge stets die Anerkennung der Landesschulbehörde erfahren. Schon im Juni wurde diesem Institut durch die Landesschulbehörde ein kommissarischer Beirat beigegeben, schließlich wurde ihm in den letzten Wochen das Öffentlichkeitsrecht entzogen.“⁹

Mit der Aufhebung des Knabenseminars wurden zwar das Seminar und Gymnasium geschlossen, aber die Betreuung der Zöglinge hörte damit nicht auf. Es war dies die Stunde des damaligen Krankenpräfekten Karl Lind und des Religionsprofessors Franz Vollmann. Sie sorgten für die sofortige Anmeldung der schullos gewordenen Zöglinge in einem staatlichen Gymnasium und organisierten deren Unterbringung bei verlässlichen katholischen Familien, bei Bekannten, Verwandten oder in Pfarrhöfen in der Stadt oder am Stadtrand. Das Seminar lebte förmlich im Untergrund weiter. Vom ehemaligen Konvikt in der Langegasse 18, wo sie wohnten, entfalteten Lind und Vollmann ihre weitverzweigte Betreuung der „Knabenseminaristen“. Ständig in Gefahr, entdeckt bzw. aufgedeckt zu werden, konnten sie, insbesondere Lind, von dem die Seminaristen nur den Vornamen aussprechen durften, beide Prinzipien der pastoralen Betreuung durchhal-

⁸ Beide Originaldokumente im DAG, Nachlaß Pawlikowski. Siehe Liebmann, Graz 1938, S. 182, Anm. 53.

⁹ Beide Schriftstücke sind maschinengeschrieben und befinden sich im DAG, Nachlaß Pawlikowski. Zur Aufhebung des fürstbischöflichen Knabenseminars siehe Josef Knoll, „Seine schönsten Jahre“, Das Wirken Msgr. Linds für die Seminaristen in den Jahren 1938-1945 und für die BAW'Sler 1946-1965, in: Josef Jamnig (Hg.), 150 Jahre bischöfliches Seminar in Graz, Graz 1980, S. 84-144.

ten: Pflege des religiösen Lebens und möglichst fester, regelmäßiger Kontakt mit ihrer schulischen Jugend. Es gelang ihnen sogar, Exerzitien, Einkehrtage, Adventfeiern zu veranstalten. Dem könnte man hinzufügen, daß Pfarrer und Dechanten, die jene Betreuung erlebt haben, heute immer wieder darauf zu sprechen kommen und sich dankbar, mit persönlichen Erlebnissen angereichert, jener heldenhaften Katakombenzeit erinnern.

c) Religionsunterricht wird aus der Schule verdrängt

Die Entkonfessionalisierung wurde nach der gelungenen kirchentreuen Jugendkundgebung am 7. Oktober 1938 im Wiener Stephansdom, der vom NS-Mob mit der Verwüstung des erzbischöflichen Palais und tätlichen Angriffen auf Priester beantwortet wurde, verstärkt schikanös fortgesetzt. Der Religionsunterricht wurde aus der Schule verdrängt, was kirchlicherseits mit Erbauungsstunden in Kirchen, Sakristeien und anderen Nebenräumen der Kirche, die im Winter irgendwie heizbar waren, weitgehend wettgemacht wurde. Pawlikowski hat diese Erbauungsstunden von seinem Klerus mehrmals eingefordert. In Landpfarren besuchten bis 100 % der Kinder diese Erbauungsstunden, in den Städten sank die Besucherfrequenz bis auf 10 %. Ministranten waren beliebte Anpöbelungsoffer von HJ-Führern, in der Pfarre Stainz wurde sogar die Zahl der Ministranten von Amts wegen auf vier beschränkt. Die Krankenpastoral in Spitälern und Pflegeanstalten wurde derart erschwert, daß selbst Schwerkranke verschlechterte Pflege und deren Angehörige Repressalien fürchten

mußten, wenn sie priesterlichen Beistand erbateten.¹⁰

d) Zivilehe verpflichtend, kirchliche Feiertage abgeschafft

Mit der Einführung der obligatorischen Ziviltreuung ab 1. August 1938 hatten die Parteigewaltigen eine Handhabe, die kirchliche Eheschließung von Parteimitgliedern mit Parteiausschluß zu ahnden. Was die Taufen betrifft, konstatierte Oskar Veselsky: „Von den Parteimitgliedern und Funktionären verlangte es die Parteiräson, auf die kirchliche Taufspendung und die christliche Erziehung ihrer Kinder zu verzichten und mit der Ideologie und der Weltanschauung des Nationalsozialismus vorlieb zu nehmen.“¹¹ Mit dem Ende des NS-Regimes im Mai 1945 setzte dafür ein förmlicher Taufboom in den Pfarren ein. Da Österreich ein konkordatsfreier Raum war - das „Dollfuß-Konkordat“ 1933/34 wurde vom NS-Regime durch Hitlers persönliche Entscheidung nicht anerkannt, und das Reichskonkordat wurde trotz Anschluß nicht auf Österreich ausgedehnt - strich das Regime auch die kirchlichen Feiertage. Kirchlicherseits wurden daraufhin die traditionellen Prozessionen auf den Sonntag verlegt, wobei mit Fortschreiten der NS-Willkür und des Kriegsgeschehens die Fronleichnamsprozessionen als Bekenntnisveranstaltungen an Beliebtheit nicht selten zunahmen.

e) Hakenkreuze statt Kreuze

Manche nationalsozialistische Familien waren derart fanatisch, daß sie sogar auf dem Grab eines ihrer Angehörigen das Kreuz Christi durch Hitler-Embleme wie

¹⁰ Maximilian Liebmann, Die Zeit Fürstbischof Pawlikowskis, in: Karl Amon und Maximilian Liebmann (Hg.), Kirchengeschichte der Steiermark, Graz Wien-Köln 1997 (Sonderausgabe) (= Liebmann, Pawlikowski), S. 339-373, hier S. 338.

¹¹ Oskar Veselsky, Bischof und Klerus der Diözese Seckau unter nationalsozialistischer Herrschaft, Diss. der Karl-Franzens-Universität Graz, Bd. 54, Graz 1981, S. 213.

das Hakenkreuz ersetzen ließen. Diese Gesinnungstreue wurde mit dem Untergang des Schreckensregimes meistens sehr rasch als inopportun erkannt und das Grab von jenem Unrat purgiert. Auch die speziell auf dem Lande 1827 von Bischof Zängerle eingeführten Christenlehren waren dem Nationalsozialismus ein Dorn im Auge. Nationalsozialistische Ortsgrößen taten oft ihr Möglichstes, um die Christenlehren zu unterbinden, zumindest zu erschweren. In jeder nicht nationalsozialistisch organisierten Veranstaltung wurde eine regimfeindliche Versammlung mit konspirativem Charakter vermutet, die folglich zu unterbinden war.

f) Die Theologische Fakultät wird von der Universität vertrieben

Als am 17. März 1938 der Akademische Senat unserer Karl-Franzens-Universität den Antrag auf Unbenennung in Adolf-Hitler-Universität behandelte, war es klar, daß das universitäre Verbleiben der Theologischen Fakultät nur eine Frage der Zeit war. Tatsächlich konnte ein gewisser Karl Brauner, Führer des NS-Dozentenbundes und ao. Professor für Mathematik, nicht rasten und ruhen, bis die Theologische Fakultät von der Universität verjagt bzw. mit der Wiener Theologischen Fakultät zusammengelegt wurde. Die ständigen Urgenzen und Denunziationen des Grazer NS-Dozentenbundes gingen mit der gezielten Vernichtungsstrategie des Nationalsozialismus, die Theologischen Fakultäten betreffend, konform. Nachdem die mit Jesuiten besetzte Theologische Fakultät in

Innsbruck am 23. Juli überfallsartig, am 16. September 1938 die von Benediktinern dominierte Theologische Fakultät Salzburg aufgehoben worden war, und Ende des Wintersemesters 1938/39 die Schließung der Katholisch-Theologischen Fakultät „in München wegen der Maßnahmen Kardinal Faulhabers gegen die Professoren...“ erfolgte, war mit 1. April 1939 die hiesige Theologische Fakultät an der Reihe.¹²

Es sei an dieser Stelle auch nicht verschwiegen, daß unsere damaligen Kollegen verwundert waren und es sie tief schmerzte, erleben zu müssen, mit welchem Eifer und mit welcher Eile unsere Nachbarfakultäten nach unserer Verbannung von der Universität am 1. April 1939 darangegangen sind, Einrichtungsgegenstände und Räumlichkeiten der Theologischen Fakultät für sich in Anspruch zu nehmen und diese „Beute“ unter sich aufzuteilen.

Die „Reichskristallnacht“ und Prof. Udes Protest¹³

Die jüdische Gemeinde hatte eine wahrhaft wechselvolle Entwicklung durchgemacht, ehe der Nationalsozialismus durch seine Barbarei Mitte 1940 sich rühmen konnte, Graz und die Steiermark seien „judenrein“. Sofort nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten begann auch in der Steiermark die Judenverfolgung und erreichte mit der sogenannten Reichskristallnacht ihren Höhepunkt. Bald nach Mitternacht zum Donnerstag, dem 10. November 1938, setzte im gesamten damaligen Dritten Reich auf Knopfdruck und

12 Maximilian Liebmann, Aufhebung und Wiedererrichtung der Theologischen Fakultät der Universität Graz, in: Maximilian Liebmann u. a. (Hg.), Metamorphosen des Eingedenkens. Gedächtnisschrift der Katholisch-Theologischen Fakultät der Karl-Franzens-Universität, Graz 1945/1995, Graz-Wien-Köln 1995, S. 35-53.

13 Maximilian Liebmann, Die „Reichskristallnacht“ – Johannes Ude war nicht zu feige, in: Walter Höflechner u. a. (Hg.), Domus Austriaca. Eine Festschrift Hermann Westlecker zum 70. Geburtstag, Graz 1983 (= Liebmann, Reichskristallnacht), S. 263-272.

wohlorganisiert das Pogrom ein. Die Synagogen und Bethäuser begannen zu brennen. Wohnungen und Geschäfte von Juden wurden geplündert und teilweise völlig zerstört. Sie selber wurden gedemütigt, mißhandelt, manche umgebracht, viele aber verhaftet. Fast alle Synagogen des damaligen Reichsgebietes wurden eingäschert und mehr als 7.000 Geschäfte, darunter 29 Warenhäuser, verwüstet. Natürlich wurde Graz, „die Stadt der Volkserhebung“, nicht vergessen. Am frühen Donnerstagmorgen wurde die Synagoge am Grieskai niedergebrannt und die Inneneinrichtung gestohlen oder verwüstet; am Abend stürzte im Beisein vieler Schaulustiger die Metallkuppel ein. Auch die Aufbahrungs- und Zeremonienhalle auf dem jüdischen Friedhof in Wetzelsdorf wurde angezündet und ein Raub der Flammen. Verschont blieb das jüdische Amtshaus neben der Synagoge, in das sich die Gau-Jugendführung des Hitlerreiches einquartierte. Die Juden, die in Graz und Umgebung den NS-Horden in die Hände fielen, wurden mißhandelt und gequält, insbesondere tobte sich die SA aus; 300 wurden in Graz, 50 außerhalb von Graz verhaftet. Was hier an Barbarei geschah, vollzog sich in der Öffentlichkeit, und alles schaute zu und schwieg, in Deutschland genauso wie in Österreich. Kein katholischer Bischof, kein evangelischer Pastor, kein sozialdemokratischer Führer, kein Richter, kein Rechtsanwalt, kein Arzt, kein Professor und kein Student erhob die Stimme und protestierte, außer einem, und der verfaßte nicht bloß einen flammenden Protestbrief, er schickte ihn auch ab. Es war dies der zum Außenseiter gewordene Lebensreformer Johannes Ude, der einstens dem Nationalsozialismus so nahe stand, daß er der Partei beitreten wollte, und der in den

Märztagen 1938 als ein Anschluß-Propagandaredner durch die Steiermark gezogen war. Jetzt sah er seinen Irrtum ein und wurde vom Saulus zum Paulus; getreu seinem Wahlspruch „wir wissen um zu wollen“ zog Ude die Konsequenzen und schrieb sowohl dem Reichsstatthalter Seyß-Inquart wie auch dem Gauleiter Uiberreither einen namentlich voll gezeichneten Protestbrief, der ihm, seiner Kirche und Österreich alle Ehre macht.

Der Grazer Theologieprofessor umschrieb und verklausulierte nichts, er nannte die Dinge beim Namen. Er nannte auch die Juden Juden und flüchtete sich nicht in die von Busch beanstandeten „allerlei Umschreibungen ... 'der Nächste', die Wehrlosen, die Stummen, der unter die Räuber Gefallene, die 'Unglücklichen, Unschuldigen' usf.“. Ude machte auch nicht jene damals allgemein übliche Distinktion zwischen Judenchristen und Juden. Für ihn zählte nur der Mensch. Was im nachhinein als eine fatale Angelegenheit gebrandmarkt wurde, hat Ude schon damals nicht mitgemacht: „Und das wirkte sich ferner fatal aus, daß viele gleich am Anfang unterscheiden zu müssen gemeint hatten zwischen Judenchristen, die als solche unmittelbar die Kirche angehen, und Juden, die als solche zunächst nur den Staat und nur mittelbar als Mitbürger auch den Christen angehen - eine Unterscheidung, die, von anderen jetzt zu schweigen, zunächst sogar auch Bonhoeffer noch mitgemacht hat“¹⁴.

Wenn es stimmt, daß es der „Bereitschaft zum Martyrium“ bedurfte, um „ein Wort für die Juden einzulegen“¹⁵, dann hatte Ude diese Bereitschaft in überreichlichem Maße besessen. Daß aber Ude ob seiner Straf-

14 Eberhard Busch, *Juden und Christen im Schatten des Dritten Reiches. Ansätze zu einer Kritik des Antisemitismus in der Zeit der Bekennenden Kirche*, Theologische Existenz heute, Nr. 206, München 1978, S. 26.

predigt nicht viel passierte - die sogenannte Gauverweisung, die ein halbes Jahr später stattfand, war bei aller Unannehmlichkeit letztlich doch harmlos - erscheint höchst bemerkenswert. Außerdem entzieht Ude jener These den Boden, die besagt, daß jedweder Antisemitismus zum Pogrom und letztlich zu Auschwitz führt. Nach Ude gibt es den „Antisemitismus in richtigem christlichen Sinn“ nicht nur¹⁵, nach ihm ist diese Art des Antisemitismus sogar ein „Muß“, sowohl für den „guten Juden“ wie für jeden „Nicht-Juden“. Wir finden sowohl die Formulierung: „... die Auswüchse des jüdischen Geistes, der Judaismus, muß energisch bekämpft werden“ als auch: „Daß die Judenfrage also nicht mit Güterkonfiskationen und Plünderungen und Pogromen, also nicht mit Knüttel und Revolver, aber auch nicht mit Schlagworten und Phrasen gelöst werden könne, darin sind wir wohl alle ohne weiteres einig“¹⁶.

Im zweiten Dokument, das nachstehend ediert wird, antwortete der angeschriebene Gauleiter Uiberreither postwendend nur drei Tage später, am 14. November 1938. Daß Ude überhaupt eine Antwort erhielt, ist an sich schon erstaunlich, denn das war unüblich. Nicht minder erstaunlich ist der Inhalt des Briefes. Ude wird zwar kräftig bei seiner Ehre genommen, seine Achillesferse - die universitäre Lehrtätigkeit - geknackt getroffen, und er wird eindringlich über die Rolle des Judentums und seine bloß pastorale Zuständigkeit im Sinne der NS-Ideologie belehrt; eine Strafe wird ihm aber weder angekündigt, noch auch nur ent-

fernt angedroht.

Daß er zum Verhör vor die Gestapo mußte, erfahren wir aus dem dritten Dokument, einem offensichtlichen Informationsbrief an seine Freunde und Kollegen vom römischen Germanikum. Höchst bemerkenswert erscheint hierbei das Datum seiner Vorladung, nämlich Ende März 1939. Die NS-Maschinerie wurde somit gegen Ude erst tätig, nachdem seine Gravamina gegen das NS-Regime in Paris gedruckt erschienen waren. Die Strafe, die er erhielt, war Gauverweisung. Ude ging nach Grundlsee, das politisch zu Oberösterreich (Oberdonau) geschlagen worden war, kirchlich aber nach wie vor zu seiner Heimatdiözese Graz-Seckau gehörte¹⁸.

a) Johannes Ude an Gauleiter Uiberreither:

„Abschrift des Briefes¹⁵ an Herrn Dr. v. Uiberreither, Landeshauptmann und Gauleiter von Steiermark, Graz, Burg.

Graz, den 11. Novemb. 1938

Sehr geehrter Herr Gauleiter!

Verzeihen Sie, wenn ich in meiner Erbitterung über die Vorgänge der letzten Tage mich an Sie, Herr Gauleiter, wende. Es ist der durch diese Vorgänge in mir zu tiefst getroffene Stolz, ein Deutscher zu sein, der mir die Feder in die Hand drückt, um meiner Empörung Ausdruck zu geben. Ich darf zu diesen Vorgängen nicht schweigen, denn dazu schweigen hieße zu ihnen seine

15 Ebd., S. 20.

16 Johannes Ude, Die Judenfrage, Graz 1919, S. 14.

17 Ebd., S. 14 und 2.

18 Maximilian Liebmann, DDDr. Johann Ude (1874-1966) - Prophet oder Querulant?, in: Die Karl-Franzens-Universität, Fünfjahrbuch 3, Graz 1982, S. 64-71. Meine dortige Bemerkung, daß Ude innerhalb von acht Tagen nach seinem Brief an Uiberreither Graz verlassen mußte, ist aufgrund seines unten abgedruckten Informationsbriefes zu korrigieren.

19 Nachstehender Brief erschien unter Weglassung einiger Passagen zum erstenmal in: Nouvelles d'Autriche, Oesterreichische Nachrichten, Paris 1939, Februar, S. 9-11. Siehe dazu Liebmann, Reichskristallnacht, S. 266f.

Zustimmung geben. Ich fühle mich zu dieser Mitteilung um so mehr verpflichtet, da ich durch meine Stimmabgabe für den Anschluß Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich auch Mitverantwortung trage für alles, was in diesem Reich im Namen des Nationalsozialismus getan wird.

Um also nicht der Mitschuld geziehen zu werden an den verschiedenen Vorgängen der letzten Tage, die der Gerechtigkeit, der deutschen Ehrlichkeit und den einfachsten Begriffen von Menschlichkeit, geschweige denn meiner ehrlichen Christ-katholischen Einstellung ins Gesicht schlagen, um nicht mitschuld zu sein an all diesen Vorkommnissen, die geeignet sind, den deutschen Namen vor der ganzen Welt zu schänden und uns Deutsche vor den Augen der gesamten Welt als Barbaren erscheinen zu lassen und uns verächtlich zu machen, erkläre ich:

Ich verurteile die banditenartigen, im gesamten Deutschen Reich, wie es scheint, wohlorganisierten, in einer einzigen Nacht verübten Überfälle auf die jüdischen Synagogen, auf die jüdischen Zeremonienhallen und auf die jüdischen Geschäfte, die man in Brand gesteckt, zertrümmert und verunehrt hat. Das ist in meinen Augen kommunistisch bolschewistisches Vorgehen, das in einem Rechtsstaat niemals in so ungeheurem Ausmaß vorkommen dürfte.

Ich bedaure und verurteile den gemeinen Mordanschlag, der von einem Juden an einem Deutschen in Paris verübt worden ist. Denn niemand hat seit jeher nachdrücklicher und offener die Verpflichtung des göttlichen Gebotes 'Du sollst nicht töten' immer wieder betont und eingeschärft als ich. Aber ebenso bedaure ich, daß es national-sozialistische Deutsche waren, die nach Art und

Weise der sonst nur im Busch und im Wildwest gebräuchlichen Lynchjustiz sich anmaßen, 'im Namen des deutschen Volkes' an allen Juden im Deutschen Reich, nur weil sie Juden sind, sich deshalb zu rächen, weil jener Mörder ein Jude ist. Es ist unmenschlich, und entspricht meiner innersten Überzeugung nach in keiner Weise echter deutscher Art, wenn man deshalb Angehörige der jüdischen Rasse unterschiedslos des Nachts aus den Betten zerrt, sie wie wehrloses Vieh niederschlägt, Familien auseinanderreißt und deren Mitglieder verschleppt.

Tiefste Trauer muß einen menschlich und gerecht fühlenden Deutschen erfassen, wenn man weiter sieht, daß ein großer Teil unserer deutschen Volksgenossen, selbst viele der sogenannten 'Gebildeten', diese verbrecherischen Vorgänge gutheißt, sich darüber freut und darin eine gerechte Verwirklichung des Grundsatzes sieht 'Aug um Auge, Zahn um Zahn', ohne zu bedenken, daß man sich damit die sonst auf der ganzen Linie verpönte jüdische Denkungsart, so weit dieser Satz in Anwendung kommt, zu eigen macht.

Man soll die 'Hintermänner' des Pariser Meuchelmordes ausfindig machen und zur Rechenschaft ziehen. Doch an solchen für diesen Mord Rache zu nehmen, die sicher nicht als 'Hintermänner' in Betracht kommen, das verstößt gegen jedes Rechtsempfinden. Oder, so frage ich, würde es dem Rechtsempfinden entsprechen, wenn man z. B. das gesamte deutsche Volk für Mordtaten, die Angehörige dieses Volkes begangen haben, verantwortlich machte?

Ich bin der Letzte, der die Hetze des Emigranten- und Judentums ableugnen oder entschuldigen und beschönigen wollte. Allein ich glaube, das große Deutsche

Reich, das doch ein Rechtsstaat sein will, hat andere Mittel als Brandfackeln, als Revolver, Dolch und Knüttel, um Schädlinge von seinem Volke fern zu halten. Selbstverständlich aber bin ich mit all meinen Volksgenossen darüber empört, daß von verantwortlicher jüdischer Seite ein Verbrechen, wie der von dem Juden Grünspan in Paris an dem Deutschen von Rath begangene Mord nicht vorbehaltlos und einmütig verurteilt wird. Wer ein Verbrechen deckt, ist selbst ein Verbrecher.

Allein alle Juden nun in Bausch und Bogen für vogelfrei erklären, und wenn es auch nur für eine Nacht geschieht, das ist grausam, das ist unmenschlich, das muß ein Kulturmensch, wenn es geschieht, und noch dazu in einer solchen Weise geschieht, wie wir es im gesamten dritten Deutschen Reich in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 erlebt haben, verabscheuen. Denn auch dem Feind und Gegner gegenüber schulden wir Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit.

Ich schreibe so offen, Herr Landeshauptmann, weil ich mein deutsches Volk wahrhaft liebe und nicht möchte, daß man mich zu denen zählt, welche die von mir erwähnten Vorgänge gutheißen, oder aus Furcht dazu schweigen. Und ich schreibe im besonderen Ihnen so offen, weil ich voraussetze, daß Sie, Herr Doktor, auf so verantwortungsvollem Posten, auf dem Sie stehen, im Verein mit der Parteiführung alles aufbieten werden, daß in erster Linie die Vergewaltigungen und fortwährende Quälung all der noch in der Stadt Graz und in Steiermark weilenden Einzeljuden und Judenfamilien eingestellt werden und daß an Stelle des oft an reinste Willkür grenzenden Vorgehens endlich, nachdem schon so viele Ungerech-

tigkeiten geschehen sind, strengste Gerechtigkeit trete.

Dafür werden Ihnen, sehr geehrter Herr Gauleiter, alle ehrlichen und aufrechten deutschen Volksgenossen Dank wissen, Ihnen Dank wissen alle jene, die den Schild des deutschen Volkes gerne blank sehen möchten.

Mit den besten Grüßen, sehr geehrter Herr Gauleiter, bin ich

Ihr ergebener
gez. Univ.Prof. Dr. Johannes Ude²⁰

b) Gauleiter Überreither an Johannes Ude:
„Abschrift.“²⁰

Graz, am 14. November 1938

Der Gauleiter und Landeshauptmann
von Steiermark

An Herrn Univ.-Prof. Dr. Johannes Ude
Graz, Kreuzgasse 21

Bezugnehmend auf Ihren Brief vom 11. d. Mts. stelle ich vor allem fest, daß Ihnen der Umstand, daß Sie anlässlich der Abstimmung Ihr Ja-Wort gegeben haben, keineswegs das Recht zu einer so weitgehenden Kritik gibt, vor allem nicht in derart beleidigenden Redewendungen. Es wirkt - gelinde gesagt - befremdend, daß ein derartiger Brief gerade in einem Augenblick an mich gelangt, während welchem ich mich trotz vielfacher Widerstände darum bemühe, Ihnen die Lehrtätigkeit an der hiesigen Universität zurückzugeben.

Sie stellen angesichts der Ereignisse der letzten Tage die Frage, ob es richtig wäre,

²⁰ Dieser Brief mit dem unterstrichenen Vermerk „Abschrift“ befindet sich im DAG, Personalakt Ude. Er ist maschinengeschrieben und ein Durchschlag. Offensichtlich hat Ude für einige seiner engsten Freunde und Vertrauten solche Abschriften hergestellt.

das gesamte deutsche Volk für Mordtaten, die Angehörige des deutschen Volkes begangen haben, verantwortlich zu machen. Diese Gegenüberstellung ist so abwegig und so bar jedweder Kenntnis der Zusammenhänge, daß es bei einem Mann Ihres Bildungsgrades und Ihres Weitblickes doch wirklich sehr verwunderlich wirkt. Sollte es Ihrer Aufmerksamkeit wirklich entgangen sein, daß das gesamte jüdische Volk auf eine wohlorganisierte Art und Weise durch Presse, Rundfunk, Boykott und tausend andere Mittel einen Vernichtungskrieg gegen das deutsche Volk zu führen versucht? Ist Ihnen nicht bekannt, daß das jüdische Volk weiß, daß nur das deutsche Volk im Stande ist, seinen Traum von der Welt-herrschaft endgültig zu verhindern? Haben Sie nicht im Laufe der Jahre wahrgenommen, daß der aus diesem Grund entstandene Haß des jüdischen Volkes gegen das deutsche Volk keine Angelegenheit eines einzelnen Juden ist, sondern die Einstellung des ganzen Volkes? Sollten wir Deutschen wirklich zusehen, wie noch einmal Kriege von diesem Volk in Szene gesetzt werden, die uns Millionen von deutschen Volksgenossen kosten, die Hunger und Elend im Gefolge haben? Glauben Sie denn wirklich daran, daß Grünspan den ihm völlig unbekanntem Herrn von Rath gemordet hat und nicht daran, daß der Jude den Angehörigen der deutschen Botschaft gemordet hat?

Meine Ansicht geht dahin, daß ein Urteil über diese Ereignisse nur dem zusteht, der dazu berufen ist und mit dieser Berufung auch die nötige Kenntnis der Dinge verbindet.

Wenn ich Angehöriger des katholischen Priesterstandes wäre, würde ich vorerst Sauberkeit in meine eigenen Reihen bringen und mich dann mit den Fragen der Seelsorge beschäftigen und zwar im Rahmen des Kreises, der mir die Seelsorge anver-

traut hat, d. i. die Gemeinschaft der Katholiken.

Heil Hitler!
Uiberreither“

Enteignung von Kirchengütern und Klosteraufhebungen

Priesterheim

Mit März 1940 war auf Weisung der Geheimen Staatspolizei das Priesterheim in der Grazer Bergmannsgasse zu evakuieren. Ohne Erfolg protestierte der Bischof gegen dieses abgrundtief asoziale Vorgehen der sich Nationalsozialisten nennenden Herren. Um der völligen Enteignung zu entgehen, wurde von kirchlicher Seite einem Mietvertrag, d. h. dem „Zwangsvertrag“, zugestimmt. Zwei der armen, mühseligen und schwer kranken Priesterpensionisten wurden auf dem bischöflichen Mensalgut im Schloß Seggau untergebracht. Als eine Art der Enteignung kam auch die Einstellung der staatlichen Zuschüsse an die Kirche bzw. der Bezüge an Geistliche.

„Kirchensteuer“

Die Einführung des Kirchenbeitrages, der im Volksmund bis zum heutigen Tag „Kirchensteuer“ genannt wird, per 1. Mai 1939 sollte die Kirche austrocknen und die Gläubigen zum Austritt bewegen: Eine Rechnung, die damals nicht aufging. Wie die übrigen Bischöfe erließ auch Pawlikowski mit 18. September 1939 eine Kirchenbeitragsordnung, fußend auf dem Kirchenbeitragsgesetz vom 28. April des gleichen Jahres. Da nicht wenige die Kirchenbeiträge aus demonstrativer Solidarität mit der Kirche entrichteten und viele ohne zu zögern zahlten, hatte sich dieses Beitragssystem derart bewährt, daß kirchli-

cherseits selbst nach Erledigung des NS-Regimes das Weiterbestehen dieses „Hitler-Gesetzes“ als Optimallösung angesehen wurde.

Kirchen und Stifte

Unter der NS-Herrschaft wurden in Österreich 120 Kirchen und Kapellen konfisziert und profaniert, etwa 25 davon entfielen allein auf die Steiermark. Die Grazer Stiegenkirche wurde für ein Museum requiriert, andere Kirchen blieben leer und verstaubten wie z. B. die Kapellen vom Sacré Coeur, Knabenseminar, Bildungshaus St. Martin, Liebenauer Erziehungsanstalt, Elisabethenspital. Als Magazin für allerlei mußten Kirchen herhalten, wie die Kapuzinerkirche des Grazer Lorenzheimes und von Hartberg, der Ursulinen in Graz oder der Schulbrüder in Laubegg. Mit dem Fortschreiten des Krieges und der Zunahme der Bombardierungen meinte die Reichsstatthalterei in Kirchen bei Graz sichere Depoträume ausgemacht zu haben.

Priester und Pazifisten der Steiermark auf dem Schafott

Von den vielen vom NS-Regime verfolgten und gequälten steirischen Priestern und Pazifisten aus katholischer Glaubensüberzeugung seien nur die hier kurz charakterisiert, die zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden, auch wenn sie „bloß“ Wahlgrazer und zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung nicht in Graz waren.

Heinrich Dalla Rosa²¹

Kurz vor dem Zusammenbruch forderte der nationalsozialistische Terror noch das Leben des steirischen Pfarrers von St. Georgen am Schwarzenbach bzw. bei Obdach, Heinrich Dalla Rosa. Er war ein gebürtiger Südtiroler und war am 16. Februar 1909 in Lana bei Meran geboren worden und kam als Sechsjähriger mit seiner Familie in die Steiermark. Am 23. August 1944 wurde Pfarrer Dalla Rosa auf Anordnung der Gestapo von der örtlichen Gendarmerie verhaftet und ins Gefängnis Leoben eingeliefert. Als Verhaftungsgrund wurde „Wehrkraftzersetzung“ angegeben, und die Anklage beim Volksgericht in Berlin erfuhr noch eine Ausweitung und lautete: „Wehrkraftzersetzung und Feindbegünstigung“. Die zweistündige Gerichtsverhandlung am 23. November 1944 in Wien, Landesgericht I, endete mit dem Todesurteil wegen Wehrkraftzersetzung. Die kurze Urteilsbegründung lautete: „Heinrich Dalla Rosa, ein Pfarrer aus der Steiermark, hat im Jahre 1943 eine hochschwängere Lehrersfrau aufgefordert, sie solle ihren Mann von seiner Arbeit für die N.S.D.A.P. abbringen, da an unseren Sieg kein intelligenter Mensch mehr glaube und nach einem verlorenen Kriege gegen ihren Mann Vergeltungsmaßnahmen getroffen würden.“ Die Hoffnung, Pfarrer Dalla Rosa werde begnadigt oder er würde das Schreckensregime in der Todeszelle doch überleben können, war trügerisch. Am 24. Jänner 1945 endete um 18.00 Uhr sein Leben in Wien am Schafott. Nach Kriegsende wurde seine Leiche exhumiert, und sein letzter Wunsch auf Beerdigung in seiner Pfarre ging am 29. März 1946 in Erfüllung.

21 Siehe Michaela Kronthaler: Der steirische Priester Märtyrer Heinrich Dalla Rosa, in: Maximilian Liebmann und Michaela Kronthaler (Hg.), *Bedrängte Kirche, Bedrängt – Verfolgt – Befreit*. Grazer Beiträge zur Theologiegeschichte und kirchlichen Zeitgeschichte, Bd. 9, Graz-Esztergom-Paris-New York 1995, S. 38-47.

Pfarrer Heinrich Dalla Rosa hatte seine Todeszelle mit einem anderen Priester, dem Wahlsteirer, Franziskanerpater und Grazer Studentenseelsorger DDDr. Kapistran Pieller, zu teilen. Pieller stammte aus Wien, Schottenpfarre, wo er am 30. September 1891 geboren worden war. Im September 1909 war er in Graz als Franziskaner-Novize eingekleidet worden und hatte den Ordensnamen Johannes Kapistran erhalten, seine Eltern hatten ihn Wilhelm getauft. In den Wochen vor den Anschlußtagen 1938, als die Wogen der Begeisterung für Hitler in Graz ungeahnt anschwellen, kam Pieller täglich zu seinen Studenten, um sie aufzumuntern, ihren Prinzipien treu zu bleiben und im Kampfe gegen die neuheidnische nationalsozialistische Ideologie nicht nachzulassen. 1940 wurde Pieller nach Eisenstadt als dortiger Guardian versetzt. Seine Tätigkeit für die „Antifaschistische Freiheitsbewegung Österreichs“ blieb genauso wenig wie bei seinem Provinzial Steinwender geheim, und so wurden sie beide im Sommer 1943 von der Gestapo verhaftet. Ein Jahr lang mußten sie auf ihren Prozeß warten, ehe sie in Handschellen in den Wiener Justizpalast geführt wurden, um ihren Schergen gegenüberzustehen.

*P. Angelus Steinwender*²³

Der gebürtige Steirer Steinwender war am 14. März 1895 im weststeirischen Maria Lankowitz geboren, auf den Namen Eduard getauft, im August 1913 als Franziskaner eingekleidet und drei Jahre nach Ablegung der feierlichen Probeß im Juli 1920 zum Priester geweiht worden. In seinem geliebten Franziskanerorden hatte er den Namen

Angelus erhalten. Er wirkte fünf Jahre als Guardian in Graz und entfaltete hierbei reiche pastorale Tätigkeit. Mit 6. Juli 1943 steht in die Ordenschronik eingetragen: „... von der Geheimen Staatspolizei verhaftet“. Ausgefertigt in Potsdam und datiert mit 12. August 1944, lautete das Urteil des Volksgerichtshofes, der vom 9. bis 11. August desselben Jahres in Wien getagt hatte: „Es werden verurteilt wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung die Angeklagten... Dr. Steinwender und Dr. Pieller zum Tode und zum Ehrenrechtsverlust auf Lebenszeit.“ Die Urteilsbegründung gibt über den harten Kern der Anklage Auskunft, demnach hätten die genannten Priester mit anderen zusammen „staatsfeindliche Aufrufe hergestellt oder verbreitet oder sonst sich für diese Arbeiten zur Verfügung gestellt“. Nach der Verkündung der Urteile mußten diese mutigen Männer des antinazistischen Widerstandes bis zum April 1945 in ihren Todeszellen schmachten. Am 5. April 1945 mußten sie, zu zweit aneinandergekettet, von Wien aus ihren Leidensweg über Stockerau nach Stein an der Donau antreten. Am 15. April wurden sämtliche Todeskandidaten dieses Zuges in Stein an der Donau paarweise erschossen, ihre Leichen im rückwärtigen Hof der Strafanstalt Stein in einem Massengrab verscharrt.

Eine Gedenktafel im Kreuzgang des Grazer Franziskanerklosters erinnert an diese Opfer des Widerstandes aus kirchlich-patriotischer Gesinnung, gleich wie der am 13. März 1988 vom Grazer Vizebürgermeister Erich Edegger zusammen mit seiner Stadtratskollegin Ruth Feldgrill-Zankel vor der Franziskanerkirche feierlich eröffnete Kapistran-Pieller-Platz.

22 Maximilian Liebmann, Christlich motivierter Widerstand gegen den Nationalsozialismus – Todesurteile und Hinrichtungen der beiden Franziskanerpäters DDDr. Kapistran Pieller und Dr. Angelus Steinwender, in: eod., S. 19–31.

23 Ebd.

Am 13. August 1943 war der Präfekt am Grazer Marieninstitut und bis zum März 1938 Religionsprofessor am dortigen Gymnasium, Pater Jakob Georg Gapp, in Plötzensee mit dem Fallbeil hingerichtet worden. Pater Jakob Gapp wurde am 26. Juli 1897 in Wattens in Tirol geboren, trat in die Societas Mariae ein und kam nach seinem Theologiestudium nach Graz, wo er zunächst als Präfekt am Marieninstitut und dann als Religionsprofessor des dortigen Gymnasiums in der Grabenstraße wirkte. Von den Nazis überall verfolgt, ist Gapp schließlich von Frankreich nach Spanien geflüchtet, wo er von Gestapo-Agenten aufgespürt und unter Vorspiegelung pastoraler Notwendigkeiten nach Frankreich gelockt und dort verhaftet wurde. Der Präsident des Volksgerichtshofes Roland Freisler verurteilte Pater Gapp am 2. Juli 1943 zum Tode und führte in der Urteilsbegründung aus: „Jakob Gapp war sich darüber klar, durch sein Verhalten das deutsche Volk und Deutsche Reich schwer zu schädigen und im Kriege dadurch dem Feinde zu helfen. Er erklärt dazu, für ihn gehe das Gebot der Kirche und ihr Interesse über die Stimme des Blutes, über Volkszugehörigkeit und Vaterland. Er sehe in diesem Kriege zwei Gefahren für das deutsche Volk: Die eine Gefahr, daß England siegt; dieser Sieg würde das deutsche Volk schädigen. Die andere Gefahr (!!!), daß Deutschland siegt. Dieser Sieg sei eine schwerere Gefahr für das deutsche Volk als der Sieg Englands; denn dann bleibe der Nationalsozialismus. All das erklärte der Angeklagte selbst und fügte hinzu, daß er auch wisse, daß der Nationalsozialismus nicht wie der Liberalismus antworten könne, der eine Gesinnungs-

täterschaft als solche anerkenne; denn wie der Katholizismus erhebe er einen weltanschaulichen Totalitätsanspruch. Deshalb müsse er - Jakob Gapp - ihn auch bekämpfen und werde das zeitlebens tun.“

Maximilian Metzger²⁵

Pfarrer Dr. Maximilian Metzger wurde am 14. Oktober 1943 von Freisler zum Tode verurteilt und am 17. April 1944 durch Enthauptung hingerichtet; zehn Jahre, von 1917 bis 1927, hatte er in Graz gelebt und gewirkt. Metzger wurde am 3. Februar 1887 in Schopfheim im Schwarzwald geboren, 1911 zum Priester geweiht und kam 1917 als Generalsekretär des katholischen Kreuzbündnisses nach Graz, wo er in der Abstinenz- und Nüchternheitsbewegung eine Zeitlang engstens mit Johannes Ude zusammenarbeitete. Daneben exponierte sich Metzger während des I. Weltkrieges auch in der Friedensbewegung, was ihm jener blutrünstige Roland Freisler beim Volksgerichtshofprozeß eigens zum Vorwurf machte. In Graz gründete Metzger das Weiße Kreuz - eine fromme Societät zur inneren Mission. Die Una-Sancta-Bewegung mit ihrem Sitz in Meitingen bei Augsburg ist ebenfalls seine Gründung. Metzger unternahm Predigtreisen für „seine“ Una-Sancta-Bewegung, berief Tagungen ein und schrieb an Tausende von protestantischen Pfarrern, sie auf das tiefe gemeinsame Gut des Glaubens hinweisend, das alle einigt: „Wir Christen aller Denominationen tragen alle den Namen unseres Herrn.“ Bei der Gerichtsverhandlung am 14. Oktober 1943 begann Freisler zu toben, als er den Ausdruck Una-Sancta-Bewegung hörte und schrie: „Una Sancta, Una sancta - Una sanctissima - Una - das sind wir, und weiter gibt es

24 Michaela Kronthaler, P. Jakob Gapp S.M. - Ein unbeugsamer Gegner des Nationalsozialismus, in: ebd., S. 48-53.

25 Michaela Kronthaler, Pfarrer Dr. Max Josef Metzger - vom Militärseelsorger zum Pazifisten (= Kronthaler, Max Metzger), in: ebd., S. 611-65.

nichts!“ Als Dr. Metzger bei der ruhigen Darlegung seiner von ihm verfaßten Schrift „Friede auf Erden“ seine Ziele erwähnte, unterbrach ihn Freisler: „Das ist ja eine ganz andere Welt! Ihre Welt paßt nicht in unsere Welt hinein - so etwas hat keinen Raum bei uns!“ Diese „Pestbeule“ müsse ausgemerzt werden.

P. Paulus Wörndl²⁶

P. Paulus Wörndl war am 20. August 1894 in Itzling bei Salzburg geboren und auf den Namen August getauft worden. Seinen Ordensnamen Paulus erhielt er 1913 beim Eintritt in den Orden der Unbeschuhten Karmeliten in Graz. Während sein pastorales Wirken in Graz in den üblichen Bahnen verlief, war es im Bereich der Diözese St. Pölten von außergewöhnlicher Ausstrahlung. Vor allem wurde ihm seine Beliebtheit bei der Jugend zum Verhängnis. Höchst fadenscheiniger Vergehen angeklagt, wurde er vom Volksgerichtspräsidenten Dr. Roland Freisler am 18. April 1944 wegen Hochverrates zum Tode verurteilt und zwei Monate später, am 26. Juni, mit dem Fallbeil in Berlin-Brandenburg hingerichtet.

Die Laien: Lerpischer und Ruf²⁷

Zu den hier skizzierten Priestern sind noch zwei Laien zu nennen, die aus katholischer Glaubensüberzeugung zu Pazifisten wurden, den Wehrdienst verweigerten und hingerichtet wurden. Sie waren aus der von Johannes Ude und Maximilian Metzger gegründeten Abstinenz- und Friedensbewegung, die Metzger zur Christkönigs-gesellschaft mit dem Sitz in Graz-Ulrichs-

brunn weiterentwickelt hatte, hervorgegangen: Michael Lerpischer, hingerichtet am 5. September 1940, und Josef Ruf, der einen Monat später Lerpischer als Märtyrer des christlichen Pazifismus folgte.

Kirchenaustritte

Die antikirchliche bzw. antichristliche Propaganda der die Presse und den Rundfunk allein beherrschenden NS-Ideologie vermochte im Anschlußjahr 1938 die größte Wirkung zu erzielen. Von März bis Dezember waren vier Prozent, d. h. 44.000 Steirer, aus ihrer katholischen Kirche ausgetreten. In der sogenannten Ostmark wurde die Diözese Seckau nur von Wien mit fünf Prozent übertroffen. Die Erwartungen des NS-Regimes, daß mit Einführung des Kirchenbeitrages ab Mai 1939 die große Austrittswelle erst einsetzen werde, erfüllte sich in keiner Weise. Bis zum Ende des Schreckensregimes hatten zwischen 80.000 und 90.000 Katholiken ihrer Kirche den Rücken gekehrt, wobei die Rücktrittswelle noch vor dessen Ende einsetzte und knapp danach ihren Höhepunkt erreichte, sodaß der Bischof dem Hl. Stuhl nach Rom von 50.000 Wiedereintritten berichten konnte.²⁸

Die Barbaragemeinde als jungkatholischer geistiger Widerstand²⁹

Die Barbaragemeinde mit der aus der Domherrenkapelle in die Barbarakapelle übersiedelten Altargemeinde hatte in Fritz Mankowski und in Franz Bernhard so etwas wie geborene Jugendführer. Niemand hatte

26 Michaela Kronthaler, P. Paulus (August) Wörndl O.C.D. - Ein Opfer nationalsozialistischer Willkür, in: ebd., S. 54-59.

27 Kronthaler, Max Metzger S. 62, sowie Ernst T. Mader und Jakob Krab. Das Lächeln des Esels. Das Leben und die Hinrichtung des Altgauer Bauernsohnes Michael Lerpischer (1905-1940). Mit einer Einleitung von Gordon C. Zahn und einem Nachwort von Inge Aier-Schell, Achstetten (1987).

28 Lietmann, Pawlikowski, S. 361.

29 Ebd., S. 336f.

sie gewählt, ernannt oder bestätigt, sie agierten aus eigenem Antrieb und waren unbestrittene Laienapostel. Frau Gertrud Arnold, die als engagierte katholische Mädchen Gertrud Putz diesen jungkatholischen Aufbruch mitgetragen hat, erinnert sich speziell über die „Barbaragemeinde“: „Wir waren junge Menschen verschiedenen Alters und verschiedener Berufe und aus sehr verschiedenen 'Lagern'. Die allerdings gab es für uns nicht. Niemand fragte danach, ob jemand von 'Neuland', von der Kongregation oder - wie Fritz Mankowski selbst - vom CV kam. Daß wir Christen sein wollten, verband uns.“ Helmut Haidacher führte Tagebuch: „Seit Herbst 1942 wurde die Jugend dann intensiv und regelmäßig zu religiösen Veranstaltungen zusammengefaßt. Jeden Mittwoch um 6 Uhr früh war eine Jugendmesse, zuerst in der Stadtpfarrkirche, bald aber in der Barbarakapelle im Dom. An Stelle des in der Schule nicht mehr erlaubten Religionsunterrichts fanden nunmehr regelmäßig Erbauungs-(Unterweisungs)stunden in der Barbarakapelle statt. Sie waren für Burschen immer Donnerstag um 18 Uhr, die erste am 24. September 1942, die nächste, am 1. Oktober, hielt der spätere Weihbischof Leo Pietsch (1905-1981), dann eine in der Stadtpfarrkirche der nachmalige Dechant von Straßgang, Johann Seifried, schließlich der bei uns sehr angesehene Dr. Bruno Schilling, der auch kritischen Fragen von unserer Seite nie auswich. Dazwischen gab es auch an Sonntagen immer wieder Jugendveranstaltungen, so am 4. Oktober 1942 in der Leonhardkirche und drei Wochen später eine Christkönigsfeier im Dom (Prediger Anton Fastl). Vom Montag, 23., bis Samstag, 28. November 1942, war Dr. Hansemann, damals Kaplan in Murau,

der neuerstrahlende Predigerstern in Graz. ... Im März 1943 gab es wieder ein solches Intensivprogramm mit Josef Schneider, der vom 10. bis 12. täglich die 6-Uhr-Jugendmesse und abends um 19.30 Uhr eine Predigt in der Leonhardkirche hielt.

Teilnehmer an diesen überpfarrlichen Jugendstunden waren Mittelschüler, die jeweils von den Pfarren verständigt wurden. Die hl. Messen waren für alle Jugendlichen, die Nachmittagsstunden nach Geschlechtern getrennt, die Mädchen hatten ihre Stunde am Dienstag um 16 Uhr in der Barbarakapelle.“

In diesen Erlebnisberichten engagierter Teilnehmer von Jugendseelsorge mitten in der NS- und Kriegszeit spiegelt sich nicht bloß das pastorale Mühen der steirischen Kirche wieder, es findet sich in ihnen sowohl in struktureller als auch in personeller Hinsicht die Keimzelle für die „Katholische Bewegung“ bzw. die „Katholische Aktion“ der anbrechenden Zeit nach dem Ende des Schreckensregimes.

Bombenkrieg und Kriegsschäden

Am 8. Februar 1945 wurde der fb. (fürstbischöfliche) Kanzler Josef Steiner zusammen mit dem Hofkaplan und Ordinariatssekretär Franz Möstl zur Gestapo Graz, Parkring 4, zitiert.³⁰ Was der Gestapobeamte namens Salicites den geistlichen Herren des fb. Ordinariates vorhielt, war keine Kleinigkeit: Fahrlässiger Landesverrat. Das Ordinariat hatte nämlich die Aufforderung erlassen, Bombenschäden an Kirchen und kircheneigenen Räumen zu melden. Diese Verlautbarung sei deshalb als fahrlässiger

30 Zu den Ereignissen im Jahr 1945 siehe insbesondere Maximilian Liebmann, Die katholische Kirche in der Steiermark und besonders in Graz im Jahre 1945, in: Graz 1945. Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 25, 1994 (= Liebmann, Graz 1945), S. 475-526.

Landesverrat anzusehen, „weil dieser Bericht eventuell in die Hände der Feinde kommen kann und der Feind aus dem Bericht über die von ihm angerichteten Schäden unterrichtet wird“.³¹ Steiner wußte sich mit Hinweisen auf analoge Aufforderungen in anderen Diözesen und auf einen Erlaß des Reichsministers für kirchliche Angelegenheiten vom 12. Juni 1944 so fundiert und geschickt zu verteidigen³², daß alles im Sand verlief.

Der erste Luftangriff auf Graz hatte bereits am 6. April 1941 (Palmsonntag) stattgefunden und war gewissermaßen das Bravourstück von zwei jugoslawischen Flugzeugen.³³ Der Schaden, den sie anrichteten, war im Vergleich zu dem, was auf Graz ab 25. Februar 1944 zukam und sich ab 1. November ins Katastrophale steigerte, unerheblich. Kirchen oder kirchliche Gebäude kamen in erschreckendem Ausmaß erst mit bzw. ab diesem Datum zu Schaden.³⁴ Nicht weniger als zwei Kirchen, die der Barmherzigen Schwestern und die der Dominikaner am Münzgraben sowie die Kapelle im Bischofspalais wurden an diesem denkwürdigen Allerheiligentag völlig zerstört, die Stadtpfarrkirche schwer beschädigt, alle Fenster zertrümmert und die Seitenkapelle vernichtet.

Tabelle zerstörter und schwer beschädigter Kirchen und kirchlicher Gebäude in Graz mit Angabe von Inventarschäden³⁵

Kirchen und kirchliche Gebäude	Schäden	Datum
Altersheim	Kirche schwer getroffen, Decke durchgeschlagen, Pfarrwohnung zerstört	1. XI. 1944
St. Andrä	Pfarrkirche, Dach fast ganz abgedeckt Fenster eingedrückt und zerstört, Pfarrhof zur Hälfte zerstört	13. II. 1945
Armenseelen- schwestern Graz	Sachschäden durch Bombeneinwirkung Möbeleinrichtung, Heizkörper, Wascheinrichtung zerstört oder verschleppt	24. II. 1945
Barmh. Brüder	Sachschäden an liegendem Besitz (Gebäude, Grundstücke, Türen, Fenster)	14. II. 1945

31 DAG, Miscollanea 1945, Gedächtnisprotokoll, verfaßt von Josef Steiner.

32 Ebd., sowie Eingabe vom 10. II. 1945.

33 Walter Brunner, Bomben auf Graz, Veröffentlichungen des Steiermärkischen Landesarchivs, Bd. 18, Graz 1989 (= Brunner, Bomben), S. 123.

34 Ebd., sowie Siegfried Beer/Stefan Karner, Der Krieg aus der Luft, Kärnten und Steiermark 1941-1945, Graz 1992 (= Beer/Karner, Krieg aus der Luft).

35 Liebmann, Graz 1945, S. 476-485. Zu den einzelnen Kirchen und Pfarren siehe: Karl Amion (Hg.), Die Grazer Stadtpfarrer, Graz Wien-Köln 1980.

St. André	Pfarrkirche, Dach fast ganz abgedeckt	13. II. 1945
Barmh. Brüder Eggenberg	Sachschäden an liegendem Besitz durch Bombeneinwirkung	
Barmh. Schwestern, Mariengasse 42	Kirche vollständig zerstört, Kloster schwer beschädigt	1. XI. 1944
Barmherzigenkirche Bischöfl. Palais	Schwere Dach- u. Fensterschäden Mehrere Bombenvolltreffer, Ost- und Süd- trakt schwer getroffen, Kapelle völlig vernichtet, Dächer vielfach abgedeckt	14. II. 1945 1. XI. 1944
Hl. Blut (Stadtpfarrkirche)	Pfarrkirche schwer beschädigt, fast alle Fenster zertrümmert, Seitenkapelle zerstört	1. XI. 1944
	Zentralfriedhof viele Bombenrichter, Aufbahnhalle beschädigt u. fensterlos	21. I. 1945; 15. II. 1945; 9. III. 1945; 1. IV. 1945;
	Steinfelder Friedhof zahllose Bombenrichter, zerstörte Gräber u. umgefallene Grabmonumente, Totengräberhaus u. Totenkammer zerstört, Friedhof fast unbrauchbar	31. I. 1945; 8. II. 1945; 13. II. 1945; 9. III. 1945; 21. III. 1945; 22. III. 1945; 2. IV. 1945;
	St. Peter Friedhof verschiedene Bombenrichter, zerstörte Gräber u. um- gefallene Grabmonumente	19. III. 1944; 2. III. 1945
Elisabethinen	Sachschäden an liegendem Besitz durch Bombeneinwirkung Sachschäden am Inventar	6. XII. 1944, 13. II. 1945
Gute Hirtinnen	Bombenschäden an Gebäuden, Grundstücken und Inventar	1. II. 1945 4. III. 1945
Herz Jesu	Schwere Fensterschäden an Pfarrkirche und Pfarrhof	
Herz Jesu Damen	Sachschäden an liegendem Besitz durch Bomben- einwirkung, Sachschäden am Inventar	1. II. 1945
Johannes Bosco	Fensterschäden an der Kirche	

St. Josef	An der Pfarrkirche durch Bombentreffer fast alle Fenster zerstört, Dach schwer beschädigt, Pfarrhof auf der Straßenseite fast vernichtet	19. III. 1945 21. III. 1945
Karmeliten	Gebäudeschäden durch Bombeneinwirkung Flurschäden durch Fällen von Holz für Luftschutzzwecke, Schäden u. Verluste an Einrichtungsgegenständen	
Karmelitinnen	Gebäudeschäden durch Bombeneinwirkung an Kirche und Kloster Sachschäden an der Kirche durch Inanspruchnahme seitens d. Heeresleitung	
Knabenseminar	Schäden und Verluste am Inventar	
Kreuzschwestern	Bombenschäden an liegendem Besitz Sachschäden am Inventar	
Leechkirche	Dach- u. Fensterschäden, Verlust an Kirchengeld, Ausglasungsarbeiten alter Glasgemälde	
St. Leonhard	Hochaltarfenster der Pfarrkirche zerstört	
Mariahilf	Fensterschäden an der Kirche und Sakristei, Volltreffer am Pfarrhof	14. II. 1945
Mariä Himmelfahrt (Franziskanerkirche)	Volltreffer in den vorderen Teil der Kirche, Inneneinrichtung vielfach zerstört	19. II. 1945
Münzgraben	Kirche durch Bombentreffer vollständig zerstört	1. XI. 1944; 11. XII. 1944
Nothelferkirche in Eggenberg	Dach stark beschädigt, Fenster z. Teil beschädigt	
St. Peter	Bombentrichter auf Kirchengrund u. in Pfründenwäldern	
Schmerzhaftige Mutter	An der Pfarrkirche schwere Dachschäden, fast alle Fenster zerstört, Mauerwerk verletzt	
Schulschwestern	Gebäudeschäden durch Bombeneinwirkung und Brand, Inventarschäden	9. II. 1945 9. III. 1945

Schutzengelpfarre (St. Johann u. Paul)	Kirchliche Einrichtungsgegenstände	
Stiegenkirche	Schwere Dach- u. Fensterschäden durch Bombentreffer	30. III. 1945
Ursulinen	Gebüdeschäden u. Schäden an Grundbesitz u. übermäßige Inanspruchnahme seitens der NS-Regierung Verglasung des Gebäudes Sachschäden am Inventar durch die NS-Regierung u. d. Deutsche Wehrmacht	
St. Veit	Fensterschäden an der Pfarrkirche	27. XII. 1944
St. Vinzenz	An der Pfarrkirche Dachstuhl schwer getroffen	13. II. 1945
Welsche Kirche	Schwere Dach- u. Fensterschäden	21. III. 1945
Zentralfriedhof	Fensterschäden an der Pfarrkirche	1. IV. 1945

Der Krieg aus der Luft forderte immer wieder seine zahlreichen Todesopfer, die die gleichgeschaltete NS-Presse schwer verschweigen konnte, zum Unterschied von den angerichteten Gebäudeschäden. Die Kirche bemühte sich, so gut sie es vermochte, den ständig in Angst und Schrecken lebenden Menschen pastoral beizustehen. So wurde z. B. in der Domkirche gleich zu Beginn des Schreckens- und Schicksalsjahres 1945 beim Gottesdienst erinnert, „daß die Priester den Auftrag haben, bei Luftangriffen den in Luftschutzräumen weilenden Gläubigen die Generalabsolution zu erteilen“. Sie werde in öffentlichen Schutzräumen nur still gegeben. Die Gläubigen, die dieser allgemeinen Lossprechung teilhaftig werden wollen, haben vorher ihre Sünden zu bereuen, weshalb es sich empfehle, ein kurzes Reuegebet sich einzu-

prägen. Selbstverständlich seien bei der nächsten Beichte alle noch nicht gebeichteten schweren Sünden zu bekennen.³⁶ Daß solche Generalabsolutionen in Luftschutzräumen bei Bombardierungen auch erteilt wurden, läßt sich aus Pfarrchroniken eindeutig erweisen. So wird z. B. in der Chronik der Grazer Stadtpfarre ein solcher Vorgang eindrucksvoll geschildert: Der Keller des Stadtpfarrhofes war zu einem „halb-öffentlichen Luftschutzraum“ erklärt worden, das bedeutete, daß alle Leute, die gerade auf der Straße oder in der Kirche waren, bei Bombenalarm in den Hauskeller flüchteten. Eine Telephonleitung wurde hinunterverlegt, und oft war dieser hauseigene Luftschutzraum dichtgedrängt besetzt, „bis die unterirdischen Gänge und Räume des Schloßberges die allein Heil versprechende Zufluchtsstätte der Stadtbevölkerung ge-

³⁶ Verköndbuch der Pfarre Graz-Dom, 14. I. 1945.

worden ist“.³⁷ Eine beträchtliche Zahl Getreuer habe nach wie vor den stadtpfarrlichen Luftschutzraum aufgesucht. Im Bereich Pfarrkanzlei sei der „Abhorch- oder Meldungsdiens“ mit Radioapparat eingerichtet gewesen, der den direkten Anflug der „feindlichen“ Flugzeuge gemeldet habe, worauf ein Melder in den Keller gelaufen sei und diese toddrohende Nachricht überbracht habe. Als die Bomber ganz nahe waren oder ihr Brummen gar schon zu hören war, habe sich Kanonikus Fabian, der auch stellvertretender Betriebsluftschutzeiter war, regelmäßig in die Mitte des Raumes begeben und die Anwesenden zu Reuegedanken aufgefordert und anschließend die Generalabsolution erteilt. Der Chronist hat die beklemmende, von Todesangst geprägte Zeit im Luftschutzkeller uns nicht vorenthalten: „Wer nur konnte, kniete sich dabei hin auf den Boden. Die Menschen sind da plötzlich anders geworden. Ein heiliger Ernst lag über ihren Gesichtern. Keiner wußte ja, ob er nicht in wenigen Augenblicken in einer anderen Welt aufwachen muß. Das Dröhnen der Bomber, das oft genug schon die Häuser erzittern machte, und das unheimliche Getöse fallender und einschlagender Bomben erzeugten eine ungeheure Spannung. Alles war mäuschenstill im großen Raum - nur das Lispeln von Stoßgebeten und das Scufzen einiger durchbrach die ganz eigenartige Stille, die nur von außenher, durch den Lärm der Flugzeuge, eine Störung erfuhr.“³⁸ Beim furchtbaren Bombenangriff am Allerheiligentag 1944, der ungeheure Schäden an Kirchen

und kirchlichen Gebäuden wie z. B. am Bischofspalais³⁹ anrichtete, was die Wohnungnahme des Fürstbischofs in der Elisabethstraße 45 zur Folge hatte, waren im stadtpfarrlichen Luftschutzkeller mit 83 Personen besonders viele Leute. Damals wurde auch die Stadtpfarrkirche schwerstens getroffen, ohne daß die Schutzsuchenden im Keller es ahnten. Der Christtag 1944 bot für die Kirche ein schaurig schönes Bild; in der Nacht war Schnee gefallen, der Wind hatte ihn massig hineingeweht, und so waren auch die Altäre voll mit Schnee. Der stoische Kommentar in der Pfarrchronik: „Eigentlich ein wunderschönes Bild für den großen Festtag.“⁴⁰

In der Pfarre Kalvarienberg waren die Pfarrhofbewohner bei den Bombenangriffen bis ins Jahr 1945 im Pfarrhauskeller geblieben, bis es unerträglich gefährlich wurde. Auf Ersuchen des Pfarrers wurde daraufhin den Pfarrhausbewohnern, zu denen der spätere Weihbischof Leo Pietsch, sofern er von seinem Posten als Pfarrvikar im slowenischen Stopertzen (Stoperce) abkömmlich war, zählte, ein eigenes Abteil im Luftschutzstollen zugesprochen.⁴¹ Daß hierbei die Erteilung der Generalabsolution wie im Stadtpfarrhofkeller kaum möglich war, liegt auf der Hand; die Pfarrchronik Graz-Graben vermerkt eine zweimalige Generalabsolution.⁴²

Ein eigenartig gehässiger Fall nazistischer Bosheit hat sich in dieser Causa in Herz Jesu ereignet: Gegen Vikar Dr. Mayerhofer⁴³

37 Pfarrchronik der Stadtpfarre zum Hl. Blut (= Pfarrchronik der Stadtpfarre) , S. 162.

38 Ebd., S. 163.

39 Othmar Wörisch, Baugeschichte des Bischofshofes in Graz, Graz 1953, S. 34ff. Bei Wiederinstandsetzungsarbeiten wurden Fresken aus dem 13. Jh. entdeckt, darunter die älteste Darstellung des Bistumswappens. Fhld., S. 71, insbesondere S. 8, Arm. 9.

40 Pfarrchronik der Stadtpfarre, S. 166.

41 Pfarrchronik Kalvarienberg, S. 1 vom Jahr 1945.

42 Pfarrchronik Graben, S. 57.

und Prof. Jos. Weinzerl⁴³ lagen bei der Geheimen Staatspolizei Anklagen vor; da vom Ersteren die Erteilung der vom Oberhirten vorgeschriebenen Generalabsolution für die anwesenden Katholiken angesagt und dann von einem Hochw. Herrn erteilt wurde und weil Prof. Weinzerl während des Angriffes mit gefalteten, betenden Händen von den Leuten gesehen wurde. Die Anklage hob hervor, daß durch solches Verhalten 'die Gemüter erregt würden' und es auf die anwesenden Kinder einen 'deprimierenden Eindruck' mache. Diese Haltung sei 'eines Deutschen unwürdig'. Die beiden Angeklagten konnten ihr Handeln entsprechend verantworten. Die Generalabsolution wurde von nun ab nicht mehr öffentlich gegeben. Die Gläubigen erhielten bald von dieser Anklage Kenntnis und waren darüber sehr empört. Dr. Mayerhofer hätte, nach Aussage des Gestapo-Beamten, unter Umständen eine Strafe von 2 Jahren erhalten können. Da aber die Unterkirche kein öffentlicher Luftschutzraum war, gingen die beiden Herren nach einer Warnung frei.⁴⁴

Einen Monat nachdem auch die Franziskanerkirche am 19. Februar 1945 durch Bomben teilweise zerstört worden war, rief der Fürstbischof am 27. März alle Grazer Stadtpfarrer, deren Gotteshäuser durch Bombentreffer schwer beschädigt worden waren, zu sich und übergab ihnen je 5.000,— Reichsmark als Wiederaufbauhilfe. Es waren dies: St. Andrä, Johannes Bosco, Münzgraben, St. Josef, Karlau, Mariahilf, Mariä Himmelfahrt (Franziskaner), St. Vinzenz-Eggenberg, Schmerzhafte Mutter (Lazaristen). Auch Knittelfeld erhielt den gleichen Betrag.⁴⁵ Daß diese 5.000,— Reichsmark nur ein Almosen in Anbetracht der enormen Schäden war, lag klar auf der Hand. Nur wollte die Diözese bzw. der Fürstbischof Trost und moralische Stärkung bieten; im übrigen hatte um diese Zeit das Geld keinen besonderen Wert.

Am 27. April wurde Graz zum letztenmal bombardiert⁴⁶, und elf Tage später hatte der schreckliche Krieg und das barbarische NS-Regime sein Ende gefunden. Beseitigung der ärgsten Schäden und Wiederaufbau stand als Programm ganz oben an, aber Baumaterial für den Wiederaufbau zu erhalten, war ein wahres Kunststück. Eine Kostprobe dessen, welche Schwierigkeiten es zu überwinden galt, liefert die Klosterchronik der Minoriten: „Nach mehr als 12monatlichem Drängen und Bitten kam am 12. September der 1. Dachdecker ... Nach vielen Laufereien konnten wir endlich am 24. September 5.000 Dachziegel von Lannach bei strömenden Regen abholen und 8 Tage später wieder 5.000, aber der eigentliche Dachdecker ließ uns nach 10 Tagen wegen Krankheit wieder in Stich.“⁴⁷

Auch die Stadtpfarre klagte, daß es lange zu keiner Tat gekommen sei, obwohl die Behörden stets ein geneigtes Ohr gezeigt hätten. Hatten aber die Baufirmen Hand angelegt, ging es flott voran, zumal der inzwischen am 16. Oktober 1945 zum Stadtpfarrpropst ernannte Franz Fabian mit

43 Anton Mayerhofer (28. I. 1908 - 8. XI. 1986), 12. VII. 1931 Priesterweihe, DAG, Personalakt.

44 Josef Weinzerl (28. III. 1886 - 5. XI. 1953), 10. VII. 1910 Priesterweihe, DAG, Personalakt.

45 Pfarrchronik Herz Jesu, S. 143.

46 Aktenvermerk von Steiner, DAG, Kriegsschäden 1943-1945. In der Datumsangabe gibt es insofern Differenzen, als auf diesem Aktenvermerk der 27. März, in der Klosterchronik der Franziskaner aber als Übergabetag der 23. März angegeben steht. Klosterchronik der Franziskaner, S. 112.

47 Brunner, Bomben, S. 394.

48 Klosterchronik Mariahilf, S. 222.

den Handwerkern und Arbeitern umzugehen wußte: „Während der ganzen Zeit bekamen die Maurerleute mittags eine gute Suppe und zur Jause Most oder Mosttee. So waren sie denn auch zufrieden und arbeiteten gerne bei uns.“⁴⁹

An den öffentlichen Straßen und Plätzen begann man gleich nach dem russischen Einmarsch am 8./9. Mai kriegsbedingte Barrikaden und Barrieren wie Panzersperren zu beseitigen. Als in der „Kleinen Zeitung“ über Auftrag der Sowjetarmee angeordnet wurde, daß sich die männliche Bevölkerung vom 16. bis einschließlich 57. Lebensjahr zur Durchführung dieser Arbeiten auf vorgegebenen Sammelplätzen zu melden habe⁵⁰, erhob sich die Frage, ob dies auch für Priester gelte. Das fb. Ordinariat erkundigte sich postwendend telephonisch bei den zuständigen Stellen, diese sahen von der Heranziehung der Priester ab, worauf das fb. Ordinariat sofort die Grazer Pfarrämter hiervon verständigte.⁵¹ Als jedoch einige Priester sich trotzdem freiwillig meldeten und mithalfen und dies ein außerordentlich positives Echo fand, wurde 14 Tage später die freiwillige Meldung dem Grazer Klerus förmlich ans Herz gelegt.⁵² Einen Monat danach ging das fb. Ordinariat noch einen großen Schritt weiter, erfaßte namentlich alle Priester von Graz mit den entsprechenden Geburtsjahrgängen (1885 bis 1929), erstellte eine Liste und sandte sie jedem angeführten Priester mit der „dringenden Einladung“ zu, „sich für die Aufräumungsarbeiten zu melden“.⁵³

49 Pfarrchronik der Stadtpfarre, S. 170.

50 Kleine Zeitung, 42. Jg., Nr. 119, 12. V. 1945, S. 4.

51 Aktenvermerk und hektographierte Mitteilung an die Pfarren von Graz, 12. V. 1945, DAG, Miscellanea 1945.

52 Hektographiertes Schreiben an die Pfarrämter, 23. V. 1945, unterzeichnet vom Kanzler Dr. Josef Steiner und Sekretär Dr. Franz Mostl, DAG, Miscellanea 1945.

53 Hektographiertes Schreiben, 20. VI. 1945, mit Namensliste, Loc.

„Von der Nazifizierung der Schule bis zur Kinderlandverschickung“. Die Grazer Schulen und Bildungseinrichtungen in der NS-Zeit

Vorweg soll festgehalten werden, daß das Palais Khuenburg, in dem sich heute das Stadtmuseum Graz befindet, von 1876 bis 1938 Schulstandort war. Es beherbergte in diesem Zeitraum das erste Mädchenlyzeum der Donaumonarchie, das ursprünglich seinen Schülerinnen eine höhere Bildung und über die Lyzealmatura ein Studium als außerordentliche Hörerinnen an der Universität ermöglichen sollte. Im Jahre 1935 beschloß der Grazer Gemeinderat die Schule in „Franz-Ferdinand-Oberlyzeum“ umzubenennen. 1938 wurde daraus das „städtische Oberlyzeum“, das zusammen mit dem Oberlyzeum und dem Realgymnasium der Schulschwestern in der 1. Oberschule für Mädchen in der Leonhardstraße 62 aufging.¹

Nach dem Grundsatz, daß das oberste Ziel der Schule die Erziehung der Jugend im nationalsozialistischen Geist und das Schulwesen damit ein für den Ausbau der Macht überaus wichtiges Instrument sei, war die Vorgangsweise der Nationalsozialisten nach dem Anschluß Österreichs darauf ausgerichtet, unter Ausschaltung

aller Gegner die Herrschaft im Schulwesen an sich zu reißen und die österreichischen Verhältnisse stufenweise den in Deutschland herrschenden anzupassen. 1940 wurde diese Aufgabe für die Ostmark als im wesentlichen gelöst angesehen.² Da Graz als Landeshauptstadt eine bedeutende Schulstadt war, mußten besonders in Groß-Graz (ab November 1938) einschneidende Maßnahmen im Sinne der neuen Machthaber Platz greifen. Bereits im Mai 1939 waren die 58 Pflichtschulen von Groß-Graz unter die Leitung von männlichen Parteigenossen gestellt, die Schulbibliotheken und -büchereien von unerwünschter Literatur gesäubert, jüdische Schüler und Lehrer eliminiert, private Schulen geschlossen und der Religionsunterricht durch die Abmeldung von 37 % der Schüler zu Beginn des Schuljahres 1938/39 in seiner Bedeutung stark gemindert.³

Im folgenden sollen ohne Anspruch auf Vollständigkeit vor allem die Veränderungen in der Schullandschaft von Graz, die Personalpolitik und die Auswirkungen des Krieges auf das schulische Leben aufgezeigt werden.⁴

1. Gertrud Simon: Hintertreppen zum Eiferbernturm. Höhere Mädchenbildung in Österreich. Anfänge und Entwicklungen. Wien 1983. 100 Jahre BG und BRG für Mädchen Graz (Seebacher). Graz 1973.

2. Helmut Engelbrecht: Die Eingriffe des Dritten Reiches in das österreichische Schulwesen. In: Manfred Heilmann (Hg.), Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Teil 1, Stuttgart 1980, 113-159. Ders., Geschichte des österreichischen Bildungswesens, Bd. 5: Von 1918 bis zur Gegenwart, Wien 1986, 304-350 (=Engelbrecht, Geschichte).

3. Seit im Februar 1945 das Amtsgebäude Schmiessgasse bombardiert wurde, gilt f. Auskunft von Dr. Marauschek vom Stadtarchiv Graz das Archiv des Stadtschulrates als verloren. Nur durch mühsame Kleinarbeit ist es daher möglich, aus anderen Beständen Angaben über die schulischen Verhältnisse zu entnehmen. Zu den Angaben vom Mai 1939 vgl. Siegfried Beer: Kommunale Politik und Verwaltung in Graz im Jahre 1938, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz 18/19, Graz 1988, S. 87-108. Er zitiert auf S. 103-104 aus dem Tätigkeitsbericht des Oberbürgermeisters Kaspar in der 1. öffentlichen Sitzung der Ratsherren am 10. Mai 1939 S. 21-24.

4. Da es in der Kürze der Zeit nicht möglich war, den Aktenbestand des Landesschulrates durcharbeiten, stützt sich die Studie auf bereits erlangte Vorarbeiten, einschlägige Verordnungsblätter und, soweit vorhanden, gedruckte Jahresberichte und Schulgeschichten der einzelnen Schulen.

282 **Die Aufhebung der Privatschulen und Verstaatlichung des Schulwesens in Graz**

Mit seiner Erklärung vom 22. Mai 1938, daß das von der österreichischen Regierung mit dem Heiligen Stuhl 1933/34 abgeschlossene Konkordat nach dem Anschluß keine Gültigkeit habe, schuf Adolf Hitler die Handhabe für das Vorgehen der überwiegend antiklerikal gesinnten österreichischen Nationalsozialisten gegen die katholische Kirche im schulischen Bereich. Während man in den Grazer Schulen nach den turbulenten Ereignissen des März und April dem Ende des Schuljahres 1937/38 entgegen ging, bereitete man im geheimen die Zerschlagung der konfessionellen Unterrichtsanstalten vor. Per Ministerialerlaß vom 19. Juli 1938 wurde mit sofortiger Wirksamkeit mit der Aberkennung des Öffentlichkeitsrechtes die Aufhebung der Privatschulen verfügt. Ab dem Schuljahr

1938/39 wurde den Kindern aller Parteimitglieder und öffentlicher Bediensteter vorgeschrieben, nur mehr öffentliche Volks-, Haupt- und Mittelschulen bzw. Lehrer/innenbildungsanstalten zu besuchen. Die Eliminierung traf fast alle Schultypen. Die freigewordenen Räumlichkeiten wurden von der NSDAP in Anspruch genommen und dienten darauf verschiedensten Zwecken. Die meist von religiösen Gemeinschaften geführten Kindergärten unterstellte man der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV).⁵

Von den Schulschließungen in Groß-Graz waren die Bildungseinrichtungen der Schulschwestern am meisten betroffen. Die vom Stadtschulrat 1938 geforderte Auflistung sämtlicher Schulen mit Gründungsdaten entpuppte sich als Arbeitsunterlage bei der Aufhebung folgender Schulen und Kindergärten:⁶

Bezeichnung	Schülerzahl 1937/38	Zahl der Lehrkräfte
Kindergarten Kaiser-Franz-Josef-Kai	34	1
Kindergarten Straßgang	34	1
4 kl.Volksschule am Kaiser-Franz-Josef-Kai	94	5
4 kl.Volksschule in Eggenberg	78	4
6 kl.Volksschule in Straßgang	264	5
Hauptschule am Kaiser-Franz-Josef-Kai	144	6
Hauptschule in Eggenberg	112	4
Einjährige Haushaltungsschule in Eggenberg	37	5
Einjähriger Handelskurs in Eggenberg	11	5
Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe (dreijährig) in Eggenberg	35	6
Oberlyzeum und Mädchenrealgymnasium am Kaiser-Franz-Josef-Kai	297	15
Lehrerinnenbildungsanstalt in Eggenberg	152	20
Bildungsanstalt für Arbeitslehrerinnen in Eggenberg	10	4
Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen in Eggenberg	12	4
Dazugehöriger Kindergarten	45	1
	1.359	86

5 Josef Scheipl, Das Schulwesen in Graz im Jahr 1938, in: Universität-Bildung-Humanität, hg. F. Hub, Wien 1999, 113-147 (=Scheipl, Schulwesen).

6 Elisabeth Giettlner, Die Schulen der Schulschwestern in der Schullandschaft der Steiermark unter besonderer Berücksichtigung der Landvolkschulen im Zeitraum von 1946 bis zu ihrer Schließung im Jahre 1958, Geisteswiss. Dipl.Ar.b. Graz 1992, S. 48.

Neben den Schulschwestern mußten in Graz weitere konfessionelle Privatschulen ihre Tore schließen:⁷

Barmherzige Schwestern in der Mariengasse:
Volksschule
Mädchenhauptschule

Evangelische Kirchengemeinde:
Mädchenvolksschule am Kaiser-Josef-Platz
Knabenvolksschule am Kaiser-Josef-Platz
Frauenoberschule in der Kaiserfeldgasse

Fürstbischöfliches Knabenseminar in der Grabenstraße
Landesoberrealschule und Realgymnasium
Marieninstitut in der Kirchengasse

Marienbrüder:
Volksschule in der Hans-Sachs-Gasse

Sacre-Coeur in der Petersgasse/ Schörgelgasse:
Volksschule
Frauenoberschule

Ursulinen in der Leonhardstraße:
Übungsvolksschule der
Lehrerinnenbildungsanstalt
Übungshauptschule der
Lehrerinnenbildungsanstalt
Einjährige Haushaltungsschule
Gymnasium
Realgymnasium
Lehrerinnenbildungsanstalt

Wie der Aufstellung zu entnehmen ist, waren von dieser Maßnahme vor allem die in der Mädchenbildung tätigen Schulorden wie die Schulschwestern, die Ursulinen und die Schwestern vom Heiligsten Herzen Jesu (Sacre-Coeur) betroffen. Schülerinnen waren

dadurch gezwungen, auf traditionelle - ganz im Sinne des Nationalsozialismus - weibliche Ausbildungswege auszuweichen.

Organisatorische Veränderungen in den einzelnen Schultypen in Graz

1. Volks- und Hauptschulen, Sonderschulwesen (Hilfsschulen)

Die Tätigkeit des für den Pflichtschulbereich (Volks- und Hauptschulen) zuständigen Stadtschulrates Graz erfuhr durch die Eingliederung der Umgebungsgemeinden von Graz im November 1938 eine wesentliche Erweiterung. Mit Erlaß vom 7. 12. 1938⁸ erfolgte die Einreihung von 21 Schulen des Bezirkes Graz-Land in den Stadtschulrat für Groß-Graz. Die bestehenden Schulen blieben in ihrer Organisation im wesentlichen unverändert, doch war man gezwungen, einen Ausgleich für die geschlossenen neun Volksschulen und fünf Hauptschulen zu schaffen. Das waren fast ein Drittel der im Schuljahr 1937/38 geführten Volks- und Hauptschulen im späteren Groß-Graz.

Die 58 Pflichtschulen in Groß-Graz (Stand 1943/44).⁹

Volksschulen für Knaben:

1. Andrä-Knaben-Volksschule, Grenadiergasse 1
2. Brockmann-Knaben-Volksschule, Brockmanngasse 119
3. **Knaben-Volksschule Eggenberg, Hasnerplatz 3**
4. **Knaben-Volksschule Eggenberg, Baiernstraße 86**

7 Vgl. Scheipl, Schulwesen 131-132.

8 WGBL f. Schulwesen i. d. Steiermark Nr. 316/1938.

9 Vgl. Adreßbuch der Landeshauptstadt Graz 1938-1943/44.

5. Elisabeth-Knaben-Volksschule,
Elisabethstraße 56
6. Ferdinandeum-Knaben-Volksschule,
Wielandgasse 9
7. **Knaben-Volksschule Gösting,
Anton-Kleinoscheg-Straße 44**
8. Graben-Knaben-Volksschule,
Muchargasse 23
9. Grieskai-Knaben-Volksschule,
Grieskai 62
10. Hirten-Knaben-Volksschule,
Kalvariengürtel 51
11. Kepler-Knaben-Volksschule,
Keplerstraße 52
12. Marschall-Knaben-Volksschule,
Marschallgasse 19
13. Münzgraben-Knaben-Volksschule,
Münzgrabenstraße 18
14. Nibelungen-Knaben-Volksschule,
Nibelungengasse 20
15. **Knaben-Volksschule Straßgang,
Adolf-Hitler-Straße 40**
16. Wieland-Knaben-Volksschule,
Wielandgasse 9

Volksschulen für Mädchen:

1. Andrä-Mädchen-Volksschule,
Kernstockgasse 9
2. Brockmann-Mädchen-Volksschule,
Brockmanngasse 119
3. **Mädchen-Volksschule Eggenberg,
Karl-Morre-Straße 30**
4. Elisabeth-Mädchen-Volksschule,
Elisabethstraße 56
5. Mädchen-Volksschule-Ferdinandeum,
Keesgasse 6
6. Gabelsberger-Mädchen-Volksschule,
Gabelsbergerstraße 1
7. **Mädchen-Volksschule Gösting,
Anton-Kleinoscheg-Straße 23**
8. Graben-Mädchen-Volksschule,
Muchargasse 23
9. Mädchen-Volksschule Hirtengasse,
Fröbelgasse 28

10. Lager-Mädchen-Volksschule,
Lagergasse 41
11. Marschall-Mädchen-Volksschule,
Marschallgasse 21
12. Münzgraben-Mädchen-Volksschule,
Kronesgasse 5
13. Nibelungen-Mädchen-Volksschule,
Nibelungengasse 18
14. **Mädchen-Volksschule Straßgang,
Adolf-Hitler-Straße 40**
15. Wieland-Mädchen-Volksschule,
Keesgasse 6

Gemischte Volksschulen:

1. **Volksschule Andritz**
2. **Volksschule Engelsdorf**
3. **Volksschule Kainbach**
4. **Volksschule Liebenau**
5. **Volksschule Mariagrün**
6. **Volksschule Mariatrost**
7. **Volksschule Neu-Hart**
(Expositur zur Knaben-VS Straßgang)
8. **Volksschule St. Peter**
9. **Volksschule St. Veit**
10. **Volksschule Waltendorf**

Hauptschulen für Knaben:

1. **Knaben-Hauptschule-Eggenberg,
Hasnerplatz 3**
2. Knaben-Hauptschule Elisabethstraße
3. Knaben-Hauptschule-Ferdinandeum,
Keesgasse 6
4. Knaben-Hauptschule am Fröbelpark
5. Knaben-Hauptschule am Grieskai
6. Knaben-Hauptschule Marschallgasse
7. **Knaben-Hauptschule Straßgang**
8. Knaben-Hauptschule Wielandgasse

Hauptschulen für Mädchen:

1. Mädchen-Hauptschule Andrä,
Kernstockgasse 1
2. Mädchen-Hauptschule Brockmanngasse
3. Mädchen-Hauptschule Eggenberg
4. Mädchen-Hauptschule Elisabethstraße

5. Mädchen-Hauptschule am Fröbelpark
6. Mädchen-Hauptschule am Graben
7. Mädchen-Hauptschule Keplerstraße
8. Mädchen-Hauptschule Kronesgasse
9. **Mädchen-Hauptschule Straßgang**

In der NS-Zeit bestanden in Graz drei staatliche Sonderschulen (Hilfsschulen) und zwar die Damm-Hilfsschule (Nähe Lendplatz), die Pestalozzi-Hilfsschule in der Pestalozzistraße 59 und die Andri-Hilfsschule in der Kernstockgasse 5. Die Sonderschul-erziehung war auf die bestmögliche Eingliederung der Hilfsschüler in den Arbeits-prozeß ausgerichtet. Wurden in dieser Rich-tung keine Fortschritte erzielt, liefen Schüler Gefahr, als lebensunwertes Leben in sogenannten Erholungslagern getötet zu werden.¹⁰

2. Allgemeinbildende höhere Schulen

Die bedeutendsten schulorganisatorischen Veränderungen wurden im Mittelschulbe-reich vollzogen, der, vorerst noch dem Landesschulrat unterstehend, 1940 in die Verwaltung (Abteilung II b) des Reichs-gaues Steiermark integriert wurde. An die Stelle der bisher üblichen Typen trat nach deutschem Vorbild die Oberschule, die eine klare Trennung der Geschlechter vorsah. In der Oberschule für Jungen (OSfJ) unter-richtete man Englisch ab der ersten und Latein ab der dritten Klasse. In den beiden letzten Klassen entschied der Schüler zwi-schen einem mathematisch-naturwissen-schaftlichen und einem sprachlichen Zweig. In Graz richtete man fünf Oberschulen für Jungen ein. Von den drei Grazer Gymnasien mit humanistischer Ausrichtung (mit Latein ab 1. Klasse, Griechisch ab 3. Klasse und Englisch ab der 5. Klasse) blieb als Sonder-form vorerst nur das Akademische Gymna-

sium als I. Staatsgymnasium bestehen. In den Räumen des aufgehobenen Bischöf-lichen Gymnasiums in der Grabenstraße fanden ab Herbst 1939 aus Platzmangel im I. Staatsgymnasium die heimatlosen Schü-ler des 2. Gymnasiums Aufnahme, für die in der Oeversee-gasse nach der Umwandlung in eine Oberschule kein Platz mehr vorhan-den war. Im Februar 1940 wurde mit Erlaß des Reichsministers für Wissenschaft, Er-ziehung und Volksbildung in Graz das II. Staatsgymnasium in der Grabenstraße (heute Carnerigasse) geschaffen.¹¹

1. Oberschule für Jungen: ehemaliges I. Bundesrealgymnasium, Lichtenfelsgasse
Staatliche Arbeiteroberschule an der
1. Oberschule für Jungen, Lichtenfelsgasse
2. Oberschule für Jungen: ehemaliges II. Bundesrealgymnasium, Pestalozzistraße
(später umbenannt in Theodor-Körner-Schule)
3. Oberschule für Jungen: ehemalige Bundesrealschule, Keplerstraße
4. Oberschule für Jungen: ehemaliges II. Bundesgymnasium, Oeversee-gasse
(später umbenannt in Oeverseeschule)
5. Oberschule: ehemalige Landesoberreal-schule und Realgymnasium Marien-institut, Kirchengasse 1 (später umbe-nannt in Roseggerschule)

Die Räumlichkeiten der Schulorden wurden den drei neu geschaffenen staatlichen Ober-schulen für Mädchen zur Verfügung ge-stellt. Die Klassen des städtischen Ober-lyzeums aus der Sackstraße (Palais Khuen-burg) sowie das Oberlyzeum und das Real-gymnasium der Schulschwester bildeten die 1. Oberschule für Mädchen in der Leon-hardstraße (später Königin-Luisen-Schule). Die 2. Oberschule für Mädchen wurde am Schloßbergkai mit den Schülerinnen des

10 Vgl. Engelrecht, Geschichte 319.

11 Vgl. Josef Plösch, 75 Jahre und mehr, in: Jahresbericht des 1. BG Graz Carner, 1976/77, S. 3-8.

Gymnasiums und des Realgymnasiums der Ursulinen und den Mädchenklassen des II. BRG in der Pestalozzistraße gebildet (später Hans-Kloepfer-Schule). Aus der Evangelischen Frauenoberschule und der Frauenoberschule des Sacre-Coeur entstand schließlich die 3. Oberschule für Mädchen in der Petersgasse (später Maria-Theresien-Schule).¹²

Die 1919 aus der ehemaligen k.k. Kadettenschule hervorgegangene Bundeserziehungsanstalt in Liebenau mit angeschlossenem Schülerheim war direkt dem Unterrichtsministerium in Wien unterstellt und erlebte in der Zwischenkriegszeit und nach 1938 ein sehr wechselhaftes Schicksal. Wegen der beschränkten Aufnahmezahl konnten nur die besten Bewerber eintreten, die je nach Bedürftigkeit vom Staat unterstützt wurden. Die Hauptaufgabe sah man darin, die Zöglinge für „höhere wissenschaftliche und fachliche Studien oder für den Übertritt ins praktische Leben vorzubereiten und sie im Geist frischer, froher, wenn nötig hart zupackender und ernster Arbeit, gesunder Einfachheit und Natürlichkeit zu willensstarken, sich ihrer Pflichten bewußten Menschen zu erziehen“. In Liebenau wurde der Schulversuch „Deutsche Mittelschule“ durchgeführt (in beiden 1. Klassen je sechs Wochenstunden Deutsch, Französisch ab der 2. Klasse, Latein ab der 5. Klasse). Da in Liebenau nur Platz für vier Klassen vorhanden war, mußten die Zöglinge nach der 4. Klasse an andere Bundeserziehungsanstalten ausweichen. Eine Änderung der Verhältnisse war nicht abzusehen, da durch die prekäre finanzielle Situation des Staates in den ersten Jahren der Ersten Republik die Bundeserziehungsanstalten bis 1925 ständig von der Schließung bedroht waren. Die Einrichtung einer achtklassigen Mittelschule mit Klassenunterbrechung ermög-

lichte allen eintretenden Schülern eine Reifeprüfung im Haus. Durch das Mittelschulgesetz von 1927 wurde die Anstalt ein Realgymnasium, Form A (Latein ab 2. Klasse, lebende Fremdsprache 5. Klasse). 1935 führte man nach Auflösung der Bundeserziehungsanstalt die neugegründete „Militärmittelschule“ (Oberstufentyp Realgymnasium, Form A) des Österreichischen Bundesheeres ein. Die patriotische Ausrichtung der Erziehung zeigte sich auch in der Devise des Hauses: „Treue Kameradschaft zueinander und Liebe zum Vaterland“. Das Bekenntnis zu Österreich nahm gefährliche Formen an, als nach den Ereignissen des 12./13. März noch am 14. März die österreichische Fahne über der Militärmittelschule wehte und eine Gruppe von Zöglingen zum Widerstand gegen das neue Regime bereit war. Nachdem man am Folgetag nach Verhandlungen zusätzlich die Hakenkreuzfahne aufgezogen hatte, wurde die rot-weiß-rote Fahne erst in der Nacht vom 15. auf den 16. März entfernt. Einige besonders patriotisch gesinnte Professoren und Schüler mußten die Anstalt sofort verlassen. Im April 1938 wurde das Institut in „Wehrmachtoberschule“, am 1. Oktober desselben Jahres in „Oberschule des Hauses Liebenau des Großen Militärwaisenhauses Potsdam“ umbenannt. Die Aufnahme neuer Zöglinge war verboten. Der Unterricht durch Angehörige der deutschen Wehrmacht und den proösterreichischen Schülern gestaltete sich problematisch. Zu Schulschluß 1938 kam es zu einem Eklat, als nach dem Ausschluß von 24 „politisch unzuverlässigen“ Schülern die restlichen Zöglinge den Gehorsam verweigerten. Im Herbst 1938 wurde der Schulbetrieb unter reichsdeutscher Leitung fortgesetzt. Im März 1939 maturierte der älteste Jahrgang und rückte geschlossen zum Reichsarbeits-

¹² Vgl. Scheipl, Schulwesen 119–120.

dienst ein. Die verbliebenen zwei Jahrgänge mußten im Herbst 1939 in die Schönaukaserne übersiedeln. Es folgten frühzeitige Reifeerklärungen, sodaß mit Juli 1940 die letzten Schüler der 7. Klasse zum Wehrdienst einberufen wurden. Nahezu die Hälfte der 126 Schüler der Militärmittelschule des Schuljahres 1937/38 kehrte aus dem Krieg nicht zurück.

In Liebenau quartierte man stattdessen Schüler der sechsklassigen Oberschule des Großen Militärwaisenhauses aus Potsdam ein. Da Potsdam durch Luftangriffe bedroht war, wurden auch die Volksschüler des Waisenhauses im Herbst 1940 nach Graz in die Schönaukaserne und im September 1941 nach Liebenau verlegt. Da auch Graz im Laufe des Kriegs aus der Luft angegriffen wurde, evakuierte man die Volksschule im Dezember 1943 nach Bayern, wohin wegen des Näherrückens der Front Ende 1944 auch die noch verbliebenen Oberschulklassen nachfolgten. Im Dezember wurde das „Große Militärwaisenhaus Potsdam, Haus Liebenau bei Graz“ geschlossen. Am 7. Februar 1945 wurde in der leerstehenden Anstalt aus der ausgebombten Fröbelschule das Reservelazarett I d für durchschnittlich 500 Verwundete eingerichtet, das noch vor Kriegsende geräumt wurde. Am 9. Mai rückten die Sowjetsoldaten in Liebenau ein.¹⁵

3. Berufsbildende Schulen

Im Gegensatz zu den allgemeinbildenden Mittelschulen erlebten die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen in Graz geringere Eingriffe in Organisation und Zielsetzung. Es kam zu Namensänderungen, die sich scheinbar nicht durchsetzten, da es noch im Adreßbuch der Stadt Graz 1943/44 notwendig erschien, die früheren

Schulbezeichnungen in Klammer anzufügen. Aus der Bundeshandelsakademie in der Grazbachgasse wurde z.B. laut neuer Diktion die Staatliche Wirtschafts-Oberschule, die Höhere Bundesgewerbeschule mit den Abteilungen Maschinenbau und Elektrotechnik in Gösting bzw. Baufach und Kunstgewerbe am Ortweinplatz mutierte zur Staatsgewerbeschule (Ingenieurschule) in Graz-Gösting bzw. Staatsbauschule und Meisterschule des Bauhandwerks (Baufach) am Ortweinplatz sowie der Staatlichen Meisterschule des Deutschen Handwerks (angewandte Kunst) in der Brockmanngasse.

Wesentlicher Einfluß wurde auf die Ausbildung der angehenden Junglehrer/innen genommen. Die Angleichung der Lehrerbildung an die reichsdeutschen Verhältnisse konnte jedoch aufgrund zahlreicher Interventionen abgewendet und ab 1941 die Einführung der Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten nach österreichischem Vorbild im ganzen Reich erreicht werden. Von einer hochschulmäßigen Ausbildung der Volks- und Hauptschullehrer sah man auf ausdrücklichen Wunsch von Adolf Hitler ab. Die mit sechs Jahrgängen geplanten Lehreraudienzen wurden 1938 wieder aufgehoben. Durch die Eliminierung der privaten Lehrerinnenbildungsanstalten der Schulschwestern und der Ursulinen in Graz, hatte die Staatliche Lehrerinnenbildungsanstalt am Hasnerplatz 1938 mit einem Zuwachs von 10 Klassen zu kämpfen und mußte Parallelklassen eröffnen. 1941 verlegte man die Lehrerbildungsanstalt Graz nach Marburg. Die weibliche Anstalt wurde 1942 in Graz I und Graz II geteilt und am Hasnerplatz bzw. im Gebäude der Schulschwestern in Eggenberg untergebracht. Um dem Lehrermangel durch die Entlassung nicht-nationalsozialistischer Lehrper-

¹⁵ Gerold Lang, *Geschichte von Liebenau, Orts- und Schulgeschichte*, Graz 1963.

sonen und den Einsatz in der ehemaligen Untersteiermark und in den Ostgebieten abzuholen, gründete man Zweiganstalten in Marburg (1941), Kainbach (1942, im Februar 1944 auf den Hasnerplatz verlegt), Knittelfeld (1943) und St. Lambrecht (1944). Wegen der zunehmenden Gefährdung der Stadt Graz durch Bombenangriffe wurde die Lehrerinnenbildungsanstalt Graz II 1944 im Rahmen der Kinderlandverschickung (KLV) nach Mariazell verlegt. Am 9. März 1945 kam es nach einem Bombentreffer zur Schließung der Grazer Anstalten, der bald darauf jene der Tochteranstalten folgte.¹⁴

Die ebenfalls dem berufsbildenden Schulwesen zuzurechnenden Berufs-, Fach- und Berufsfachschulen boten Ausbildung in vielen einschlägigen Berufen und blieben im wesentlichen in ihrer Organisation unbeeinflusst. Die nach 1918 dem Handelsministerium bzw. Landwirtschaftsministerium unterstellten großteils privaten gewerblichen bzw. landwirtschaftlichen Schulen hatten in der Zwischenkriegszeit mit großen Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art zu kämpfen. Die 1938 durchgeführte Verstaatlichung dieser Schultypen wurde daher vorerst begrüßt. Schließlich konnte sich die ohne vorherige berufliche Praxis ab dem 14. Lebensjahr beginnende meist mehrjährige Ausbildung auch gegen die reichsdeutschen Vorbilder durchsetzen. Die ab 1938 geltende Berufsschulpflicht von 3 Jahren bzw. für die Landwirtschaft 2 Jahre und die Tatsache, daß sich fast die Hälfte der 65 steirischen Berufsschulen, nämlich 30 an der Zahl, in Graz befanden, machte die Einrichtung eines eigenen Berufsschulge-

bäudes (Münzgrabenstraße) notwendig. Die Schulen waren bis dahin in Volks- und Hauptschulgebäuden im ganzen Stadtgebiet verstreut. In der Münzgrabenstraße tummelten sich nun die Friseure, Schneider, Buch- und Steindrucker sowie die Industrielehrlinge des Metallgewerbes.¹⁵

Durch die Betonung des Praktischen in der Schulauffassung der Nationalsozialisten wurde die Vermittlung von technischen, gewerblichen, handwerklichen, landwirtschaftlichen (Landesackerbauschule Grottenhof) und vor allem frauenberuflichen Tätigkeiten besonders gefördert. Als Beispiel sei die Bildungsanstalt für Frauenberufe am Entenplatz (heute HLW Schrödingerstraße) genannt, die Mädchen auf ihre Rolle als künftige Mutter und Hausfrau vorbereiten sollte.¹⁶ Daneben bestanden eine Kontorsekretärinnenschule am Freiheitsplatz, die Staatliche Krankenpflegeschule im Gaukrankenhaus und die Landfrauenschule Haidegg in der Ragnitz (seit 1941).¹⁷

Personalpolitische Zugriffe der NSDAP auf das Schulwesen in Graz

Was im Zuge der Anschlußbegeisterung an den Schulen übersehen wurde, war die Tatsache, daß vor allem für die Personalentscheidungen des März 1938 nachträglich die gesetzliche Grundlage geschaffen werden mußte. Oberstes Ziel war die sofortige Besetzung der Schlüsselpositionen in den Grazer Schulen und Schulbehörden durch Parteimitglieder oder der Partei nahestehende Personen, die im Einvernehmen mit der Kreisleitung der NSDAP und dem Na-

14 Festschrift 1869-1949. Zur Feier des 80jährigen Bestandes der Bundeslehrerbildungsanstalt Graz. Graz 1949.

15 Die offizielle Eröffnung des Gebäudes fand lt. Grazer Tagespost Jg. 86, Nr. 84, vom 25.3.1941 am 23.3.1941 statt. Vgl. auch 80 Jahre Berufsschule für Friseure und Perückenmacher in Graz. Graz 1980.

16 100 Jahre Lehranstalt für Frauenberufe in Graz. Festschrift zur 100-Jahrfeier der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe und Bundesfachschule für Bekleidungsberufe in Graz, Schrödingerstraße 5, Graz 1968.

17 Vgl. Monika Auer, Bildungsmöglichkeiten und Bildungsbeteiligung von Mädchen ab 10 Jahren in Graz zur Zeit des Nationalsozialismus von 1938-1945. Geisteswiss. Dipl. Art. Graz 1997, S. 30-43.

nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) erfolgte.

14. März 1938: Dienstenthebung folgender Direktoren an Mittelschulen:¹⁸

Hans Vogelsang

Akademisches Gymnasium

Erich Burgarell

II. BG, Oeverseegegasse

Albert Thalhammer

I. BRG, Lichtenfelsgasse

Emmerich Kresbach

II. BRG, Pestalozzistraße

Josef Dörfler

Städtisches Oberlyzeum

Franz Gölles

OI. und MRG der Schulschwester

Franz Pichler

MRG der Ursulinen

Dr. Eduard Populorum

Bundesgewerbeschule

Ing. Peter Gneist

Bundesgewerbeschule Graz-Gösting

Franz Zöhner

HAK

Rudolf Freis

Lehrerakademie (Beurlaubung)

Als nachträgliche Legitimation dieser mit den Zentralstellen nicht abgesprochenen ersten „Säuberungswelle“ trat am 31. Mai 1938 die Verordnung über die Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums in Kraft. Dort heißt es in § 4 unmißverständlich:

„Beamte, die nach ihrem bisherigen politischen Verhalten nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltslos für den nationalsozialistischen Staat eintreten, können in den Ruhestand versetzt werden; dies gilt vor allem für Beamte, die gegen die nationalsozialistische Bewegung und ihre Anhänger gehässig aufgetreten sind oder

ihre dienstliche Stellung dazu mißbraucht haben, um völkisch gesinnte Volksgenossen zu verfolgen, zurückzusetzen oder sonst zu schädigen“.¹⁹

Ebenso wurden alle jüdischen Beamten ihrer Stellung enthoben. Kein Lehrkörper blieb verschont. Eine unbedachte Äußerung konnte durch das ausgeprägte Denunziantentum zur persönlichen Katastrophe werden, denn mit einer Versetzung in den Ruhestand bei nicht einmal der Hälfte der Bezüge war ein starker sozialer Abstieg verbunden. Diskriminierend war das Vorgehen gegen fünf weibliche Leiterinnen von Grazer Volksschulen, die beurlaubt und dann als Lehrerinnen wieder eingestellt wurden.

Um alle freigewordenen Stellen wieder zu besetzen, nahm man sogenannte „Illegale“ aus der Zeit des Verbots der NSDAP in Österreich wieder in den Schuldienst auf. Um in Zukunft die politische Richtung von Lehrern bestimmen zu können, wurde der HJ ein hohes Maß an Entscheidungsgewalt bei Anmeldeverfahren für die Lehrerbildungsanstalten eingeräumt. Die Kandidaten wurden in „Musterungslagern“ auf ihre künftige Berufung hin getestet. Lehrkräfte, deren Gesinnung nicht als völlig zuverlässig angesehen wurde, wurden in Schulungslager abgeordnet, die zum Teil im ehemaligen Schloß St. Martin (damals Martinshof) stattfanden.

Mit Kriegsausbruch geriet die Lehrkörper durch die Einberufung von männlichen Kollegen an den Schulen erneut in Bewegung. Schon bald waren die ersten Toten zu beklagen. Ab 1941 betraute man Grazer Lehrpersonen mit dem Aufbau eines deutschen Schulwesens in der Untersteiermark. So war der Direktor der Fröbel-Hauptschule in Graz ab 1941 als Schulbeauftragter in Pettau/Ptuj tätig. Zusätzlich wurden Schü-

¹⁸ Vgl. Scheer, *Schulwesen* 126-129.

¹⁹ WÖB 1, *Schulwesen in Steiermark*, Nr. 143/1938.

lerinnen der 7. und 8. Klassen Mittelschule in einer mehrmonatigen Ausbildung als Schulhelferinnen ausgebildet. Als mit dem Fortschreiten des Krieges der Lehrermangel immer krasser wurde, versuchte man durch das Rückrufen aller noch diensttauglichen pensionierten Lehrer und Lehrerinnen bzw. wechselweisen Unterricht und das Zusammenlegen von Klassen bis Kriegsende den Schulbetrieb aufrechtzuerhalten.

Die Schüler

„In den letzten Wochen vor dem Anschluß glied die Steiermark einem Narrenhaus, denn auf der Straße schrie die betörte Jugend unaufhaltsam nach Hitler“. Diese von Fürstbischof Pawlikowsky stammende Äußerung wurde in den Jahresberichten der Höheren Schulen naturgemäß anders gesehen. Die einzelnen Schulen versuchten herauszustreichen, welche bedeutsame Rolle gerade sie in den Tagen des Februar, März und April 1938 gespielt hatten. Die Entfernung von unliebsamen Lehrern und Schülern übergang man meist stillschweigend. Übergriffe auf jüdische Mitschüler, die in Graz die vierklassige private Volksschule der israelitischen Kulturgemeinde am Grieskai und danach am häufigsten das Gymnasium in der Oeversegasse besuchten, sind nicht aktenkundig geworden. Die im Schuljahr 1937/38 eingeschriebenen Kinder mosaischen Glaubens beendeten zum Großteil das Schuljahr. Im Herbst fand sich aber kein jüdisches Kind mehr an den Grazer Schulen.²⁰

Besonderes Konfliktpotential bildete die Beziehung zwischen der Schule und den Ju-

gendorganisationen der NSDAP, der HJ und dem BDM. Am 29. April 1939 schloß man zwar eine „Vereinbarung zwischen Landesschulrat und Hitler-Jugend zur klaglosen Durchführung des Dienstes“, daß es jedoch in der Praxis zu Auseinandersetzungen zwischen den Schulleitungen und der HJ-Führung kam, beweisen Akten aus dem damaligen I. Staatsgymnasium (Akademisches Gymnasium) am Tummelplatz. Darin wird 1944 von einer „Störung des Schulbetriebes in empfindlichster Weise“ gesprochen. Streitpunkte waren fortwährende Beurlaubungen von Schülern für kulturelle und technische Wettbewerbe, Sportfeste, Wehrtüchtigungslager und Wochenendschulungen, bei denen auf schulische Belange „in fast beleidigender Form“ keine Rücksicht genommen wurde und die Überlassung von Klassenzimmern für HJ-Aktivitäten. Obwohl der damalige Direktor Nationalsozialist war, war er nicht bereit, die Interessen der Schule der Partei bedingungslos unterzuordnen.²¹

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 erfolgte die Einberufung vieler Lehrer zum Kriegsdienst. Auch die Schüler wurden bald mit den Auswirkungen des Krieges konfrontiert. Zum Schulalltag gehörten Ernteeinsätze, Sammlungen von Rohstoffen und Geldspenden sowie Luftschutzübungen. Zur Unterbringung der rückgesiedelten Volksdeutschen aus der Bukowina waren im Frühjahr 1941 zahlreiche Schulen in Graz für einige Wochen geschlossen. Schülerinnen und Schüler beteiligten sich an den Vorbereitungen der Notlager, dem Empfang und der Betreuung dieser Menschen.

Als im Jahre 1944 die Front aus dem Osten

20 Vgl. Scheidel, *Schulwesen* 141.

21 VOB 1, *Schulwesen i. d. Steiermark*, Nr. 65/1939.

22 Walter Pietsch, Waltraut Wakorigg, *Das Gymnasium zwischen Hitlerjugend und Luftschutzdienst. Aus den Direktionsakten der nationalsozialistischen Zeit*, in: *Jahresbericht des Akademischen Gymnasiums in Graz 1977/78*, Graz 1978, 3-7.

immer näher rückte und die Luftangriffe der Alliierten an Intensität gewannen, war an einen normalen Schulbetrieb immer weniger zu denken. Einige Schulen mußten ihre Gebäude für die Unterbringung von Gefangenen und Verwundeten zur Verfügung stellen (ehemalige Ursulinen-Schule in der Leonhardstraße) und in anderen Schulen (ehemaliges Sacre-Coeur) unterkommen. Der Raumnot konnte man nur durch wechselweisen Unterricht einigermaßen Herr werden. Als die Bedrohung aus der Luft und die Zerstörungen immer stärker wurden, versuchte der NS-Staat eines seiner kostbarsten Güter, die Jugend, in Sicherheit zu bringen.

**Die Kinderlandverschickung (KLV)
in Graz (am Beispiel der
Knabenhauptschule Fröbelpark)²³
Ein Erlebnisbericht.**

Laut Aufzeichnungen in der Schulchronik und Pressemeldungen²⁴ wurde Anfang Februar mit der Verlegung der Hauptschulen am rechten Murafer im Rahmen der KLV begonnen. Diese von Hitler im September 1940 aufgrund der Bombenangriffe auf deutsche Städte eingeleitete Aktion der Umsiedlung von Schulkindern in geschütztere Gebiete des Reiches begann in der Steiermark als Antwort auf die verstärkten Luftangriffe auf Graz und die obersteirischen Industriestädte. Ganze Schulen wurden samt Lehrkörper in obersteirischen Lagern untergebracht.²⁵ Auf eine Verlegung von Volksschulklassen wurde verzichtet, da die Einschulung der aus den gefährdeten Städten auf dem Land untergebrachten

Kinder in den örtlichen Schulen möglich war. Die Anmeldung für diese kostenlose, von der NSDAP durchgeführte Aktion war freiwillig; Es meldeten sich: 1. Klasse von 32 Schülern 15, 2. Klasse von 40 Schülern 28, 3. Klasse von 50 Schülern 34, 4. Klasse von 35 Schülern 31.

Da es Schwierigkeiten bei der Unterbringung gab, wurde die 1. Klasse Fröbel an die Marschallschule umgeschult, wohingegen Eggenberger Schüler mit den Fröbelschülern verschickt wurden. Die Abreise erfolgte am 18. Februar 1944 mit dem Ziel Schladming in die Lager Stei 11 im Hotel „Alte Post“ und Stei 19 im Gasthof Brunner. In einem Bildbericht vom 12. März 1944 mit dem Titel „Hauptschule im Dachsteinvorland. Pausenbesuch in der 'Grazer' Fröbelschule“ werden die Vorteile wie gute Unterkunft und Verpflegung, ein ungestörter Unterrichtsablauf, nachmittägliche Lernaufsicht und die außerschulische Betreuung durch sogenannte Lagermannschaftsführer von der HJ in den Vordergrund gestellt. Die Schulchronik berichtet von Wanderungen, Filmvorführungen, Chorgesang, Dorf-abenden und anderen Feiern. Sie endet allerdings mit Juli 1944 und verschweigt geflissentlich die Vorbehalte mancher Eltern gegenüber dem Einfluß der HJ in den Lagern.

Der Tagesablauf der Kinder, die Graz auf unbestimmte Zeit verlassen hatten, war streng geregelt. Nach dem Wecken um 6.30 Uhr erfolgte die Körperpflege und der „Bettenbau“ mit anschließender Zimmerabnahme, wobei der Zimmerälteste dem Lagermannschaftsführer meldete, daß im Zimmer Ordnung und Sauberkeit herrschten. Jene, die durch hilfsbereites und tadel-

²³ Ich danke Dr. Manfred Wagner für die Einsichtnahme in die Schulchronik und namentlich nicht genannten Zeitzeugen für ihre Auskunft und Hilfestellung. Das Archiv der Dienststelle KLV, Albrechtgasse 3/1 ist leider verschollen.

²⁴ Grazer Tagespost, Jg. 69, Nr. 31 vom 1.2.1944, Nr. 32 vom 2.2.1944, Nr. 42 vom 12.2.1944.

²⁵ vgl. den neuesten Forschungsstand für Deutschland bei Gerhard Kock: „Der Führer sorgt für unsere Kinder.“ Die Kinderlandverschickung im Zweiten Weltkrieg. Paderborn 1997. Für den österreichischen Raum liegt derzeit keine wissenschaftliche Bearbeitung dieses Aspektes vor.

loses Verhalten in Schule und Freizeit auffielen, erhielten als Belohnung ein steirisches Landeswappen an der Zimmertür. Nach dem Frühstück wurde das Gastzimmer zum Schulraum. Von 8.00-12.00 Uhr unterrichteten die Lehrkräfte nach einem fixen Stundenplan. Nach dem Mittagessen und der Mittagsruhe traf man sich von 15.00-17.00 wieder im provisorischen Klassenzimmer zu den sogenannten „Lernstunden“, in denen die Aufgaben erledigt wurden. Dabei war stets ein Lehrer anwesend, der auch eventuelle Fragen beantwortete. Der Abend war ausgefüllt mit Heimstunden, die von in Mariazell und Podiebrad bei Prag ausgebildeten Lagermannschaftsführern gestaltet wurden. Es handelte sich hierbei um Schüler der 6. Klasse Oberschule, die vor die Wahl gestellt wurden, entweder zum Luftwaffenhelfer oder für die KLV ausgebildet zu werden. Neben Spielen, Musizieren, Singen und Basteleien wurden Geschichten und Sagen vor allem von Peter Rosegger erzählt und vorgelesen - die Ideologie blieb weitgehend im Hintergrund. Alle 2-3 Monate wurde ein „Bunter Abend“ gestaltet, wozu auch die Bevölkerung eingeladen wurde. Einzelne Tage oder Nachmittage konnten zu Wandertagen, Schwimm- oder Schitagern erklärt werden und dienten der vormilitärischen Erziehung. Naturgemäß lief das Lagerleben nicht ganz reibungslos ab. Unter den Buben herrschen Rivalitäten zwischen den Fröblern und den Eggenberger „Blasern“ (=unerzogene Gassenjungen), die aber stolz auf diese Titulierung waren. Die 14-15jährigen, die ihre Hauptschulzeit in den 1 1/2 Jahren in Schladming abschlossen, wechselten teilweise in das von der SS geführte Wehertüchtigungslager „Austriahütte“. Im KLV-Lager waren die Kinder vom Krieg weitgehend abgeschirmt. Als die Ameri-

kaner zu Kriegsende in das Ennstal vordrangen, bedeutete dies noch nicht die Auflösung des Lagers. Da Graz russisch besetzt war, gelang es nur mit Zwischenfällen, die Kinder über Selzthal („Dieser Zug fährt nach Sibirien“) wohlbehalten nach Graz - in eine zerstörte Stadt - zurückbringen.²⁶

²⁶ Dieser Bericht ist als Anregung für weitere und gezieltere Forschungen gedacht.

Bundesheer, Wehrmacht, Luftkrieg und Kriegsende in Graz.

Graz von 1938 bis 1945 - dieses Thema hat im gesamten Zeitraum, wenn auch durchaus unterschiedlich gewichtet, eine starke militärische Komponente. Diese soll im folgenden überblicksartig dargestellt werden.

Das Bundesheer in Graz 1938

Das österreichische Bundesheer vor 1938 bestand aus sieben Divisionen und einer Brigade, der motorisierten Schnellen Division als rasch verfügbarer Reserve sowie den Luftstreitkräften. Die Steiermark bildete zusammen mit dem südlichen Burgenland den Bereich der 5. Division mit Kommando in Graz (Kommandant Generalmajor Rudolf Schaffarz). Sie bestand aus

- den Alpenjäger- bzw. Infanterieregimentern Nr. 9, 10 und 11, zu je drei Bataillonen,
- der Infanteriekanonenabteilung Nr. 5,
- dem Leichten Artillerieregiment Nr. 5,
- dem Pionierbataillon Nr. 5,
- dem Telegraphenbataillon Nr. 5 und der
- Divisionskraftfahrabteilung Nr. 5.

In Friedenszeiten unterstand der 5. Division auch die zur Schnellen Division gehörende 2. Schwadron des Dragonerregiments Nr. 2. Vier der neun Infanteriebataillone sowie die übrigen genannten Truppen lagen in Graz (die Pioniere in Gösting).¹

Die in der Steiermark befindlichen Teile der Luftstreitkräfte (Fliegerregiment Nr. 2 mit Kommando in Graz, zwei Staffeln des Jagdgeschwaders I sowie die Fliegerwerft in Graz-Thalerhof, Bombengeschwader I in Aigen und Schulgeschwader in Zeltweg) unterstanden nicht der 5. Division, sondern direkt dem Kommando der Luftstreitkräfte (Generalmajor Alexander Löhr) in Wien.

Der 5. Division war auch die steirische Brigade der Frontmiliz (der aus den „heimatreuen Wehrverbänden“ gebildeten paramilitärischen Organisation) angegliedert, die aber 1938 kaum in Erscheinung trat. Die Beziehungen zwischen Heer und Frontmiliz waren gerade in Graz belastet, wobei politische Gründe ebenso eine Rolle spielten wie solche des Sozialprestiges: 1934 war ein Soldat von Heimwehrangehörigen verprügelt worden, worauf die ganze Garnison „Heimwehrler gejagt“ hatte.

Der Friedensvertrag von St. Germain hatte ein Berufsheer von maximal 30 000 Mann vorgeschrieben, doch führte Österreich 1936 die Wehrpflicht („Bundesdienstpflicht“) wieder ein, bei einjähriger Dienstzeit. Die meisten Soldaten der 5. Division stammten aus der Steiermark, doch wurden 1937 bewußt Rekruten außerhalb ihrer Heimat eingezogen, um sie - fernab ihres gewohnten Umfeldes - politisch leichter „immunisieren“ zu können. So wurden

1 Territorial gegliedert: 1. 3. Division Niederösterreich, Wien, nördliches Burgenland; 4. Division Oberösterreich; 5. Division Steiermark und südliches Burgenland; 6. Division Nordtirol und Vorarlberg; 7. Division Kärnten und Osttirol; 8. Brigade Salzburg.

2 Vgl. dazu detaillierter und mit ausführlicheren Literaturangaben meinen Beitrag Bundesheer und Wehrmacht in Graz 1938, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, 1988, S. 137-166 (Schmidl, Graz), hier 138ff.; Erwin Steinböck, Zur Organisation des Ersten Bundesheeres, in: Militaria Austriaca Folge 7, 1991, S. 7-74; Josef Mätz, Zur Bewaffnung des Bundesheeres, ebd., S. 75-85; außerdem Erwin A. Schmidl, Der „Anschluß“ Österreichs. : Der deutsche Einmarsch im März 1938, Bonn, verbesserte Neuauflage 1994 (Schmidl, Einmarsch), Kapitel 3. Sofern in der Folge nicht anders angegeben, folgt dieser Beitrag dieser Darstellung.

beispielsweise im Herbst 1937 dem Grazer Alpenjägerregiment Nr. 10 Rekruten aus Wien zugeteilt. Dennoch war der illegale Nationalsozialistische Soldatenring (NSR) - entsprechend der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung - in der Steiermark besonders stark. Ein (nicht immer verlässliches) Verzeichnis vom März 1938 nannte 941 Mitglieder in der Steiermark - das wären über zehn Prozent aller steirischen Soldaten. Das heißt aber nicht, daß die steirischen Truppen deswegen generell unverläßlich gewesen wären oder im Falle eines Einsatzes ihre Befehle nicht befolgt hätten.

Die „Volkserhebung“

Tatsächlich erfüllten die steirischen Truppen bei den immer häufigeren Assistenzeinsätzen angesichts der nationalsozialistischen Demonstrationen im Februar 1938 ihre Pflicht, obwohl der eine oder andere Soldat durchaus mit den Demonstranten sympathisiert haben mag. In einem Bericht vom 26. Februar betonte Generalmajor Schaffarz, daß die gespannte Lage am ehesten durch Besonnenheit und „ruhige Konsequenz ... ohne Gewalt“ zu meistern wäre und warnte vor Überreaktionen. Genau eine solche erfolgte tags darauf: für den 27. Februar hatten die Nationalsozialisten eine große Kundgebung angekündigt. Daraufhin befahl das Verteidigungsministerium (Minister war Bundeskanzler Dr. Kurt Schuschnigg selbst, mit General der Infanterie Wilhelm Zehner als Staatssekretär) die Verlegung zweier verstärkter Kraftfahrjägerbataillone von Wien bzw. Stockerau nach Graz und Bruck/Mur. Außerdem wurden Teile der Luftstreitkräfte

in die Steiermark verlegt. Dieser Befehl erging ohne Mitwirkung der 5. Division und hatte für die nächsten Wochen weitreichende Folgen:

- Einerseits wurde den steirischen Soldaten bedeutet, daß man ihnen nicht mehr traute; während die Regierung
- andererseits gerade ein Teil jener Truppen in die Steiermark beordnete, die eigentlich als erste Reserve für die 4. Division (Oberösterreich) im Falle eines deutschen Einmarsches vorgesehen waren. Mit dieser Verlegung (und einer weiteren am 10. März) begab sich die Regierung somit genaugenommen der Option einer militärischen Verteidigung im März 1938!

Dabei hatten sich die steirischen Nationalsozialisten mittlerweile in Verhandlungen mit der Landesregierung schon bereit erklärt, ihre Großkundgebung am 27. Februar abzusagen.³ Die Wiener Truppen erlebten den Marsch über den Semmering ganz merkwürdig - eine alte Frau segnete die Soldaten „so als ob es in den Krieg geht“. Die allgemeine Stimmung in Graz - mit bereits allgegenwärtigen Hakenkreuzflaggen, toleriertem „deutschen Gruß“ und offen gesungenem Horst-Wessel-Lied - überraschte die Soldaten gewaltig.⁴ In den folgenden Tagen unternahmen die Soldaten „Propagandafahrten“ in die Umgebung von Graz (gleichzeitig überflogen Heeresflugzeuge mögliche Unruhegebiete); am 4. März fand eine Übung zwischen steirischen und Wiener Truppen auf der Ries östlich von Graz statt, die mit einer Defilierung am Operring endete.

3 Als Gegenleistung wurde der Landesleiter der WF Dr. Alfons Gorbach abberufen; der Landeshauptmann stimmte überdies zu, daß am Grazer Rathaus die Hakenkreuzflagge gehißt wurde.

4 Für eine detailliertere Schilderung ist auf meine in Anm. 1 genannte Arbeit verwiesen, insbes. auf den Aufsatz Schmidl, Graz. Ich hatte damals die Möglichkeit, noch etliche „Zeuzeger“ selbst zu befragen.

„Machtergreifung“, „Einmarsch“ und „Anschluß“

Auf die näheren Umstände der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten - von der Ankündigung der „Volksbefragung“ für den 13. März über die deutsche Drohung mit einem Einmarsch und die NS-Demonstrationen bis hin zum Rücktritt Schuschniggs am Abend des 11., der Ernennung Dr. Arthur Seyss-Inquarts zum Bundeskanzler und schließlich zur Durchführung des Einmarsches am 12. März - braucht hier nicht näher eingegangen werden. Für die Soldaten in und um Graz waren die Tage bis zum 11. März weiterhin durch Assistenzleistungen gegen nationalsozialistische Kundgebungen geprägt. Am Abend des 11. März gewannen dann - wie zuvor bei Polizei und Verwaltung - auch im Bundesheer nationalsozialistische Offiziere zunehmend Einfluß auf die militärische Führung. In Graz war Oberst des Generalstabes Julius Ringel führender Exponent des NS-Soldatenringes. Für den 12. März befahl das BMLV bereits die gleichzeitige Hisung von Rot-Weiß-Rot und Hakenkreuzflaggen. Für den deutschen Einmarsch selbst lag die Steiermark zunächst „abseits“: es ging Hitler in erster Linie darum, daß die deutschen Truppen möglichst rasch donauabwärts nach Wien vorstießen. Für die Steiermark waren zunächst so wie für Kärnten nur Propagandaflüge vorgesehen (insgesamt warfen am 12. März rund 360 Flugzeuge rund 300 Millionen Flugblätter über Österreich ab!). Am 13. März wurden drei Kompanien des Regiments „General Göring“ mit Flugzeugen nach Graz gebracht: der erste Einsatz der deutschen Fallschirmjägertruppe, obwohl die Landung nicht mit Fallschirmen durchgeführt wurde.

Am 14. März kamen die ersten deutschen Bodentruppen nach Graz: von Wien über den Semmering die motorisierte Aufklärungsabteilung 7, während die Polizeimarschgruppe 3 nach einer mühsamen Fahrt über den verschneiten Pyhrnpaß Graz von Nordwesten erreichte. Die Teilnahme von SS- und deutschen Polizeiverbänden (den Vorläufern der späteren berüchtigten „Einsatzgruppen“ im Rußlandfeldzug) am Einmarsch machte deutlich, daß es Adolf Hitler und den Seinen darum ging, Österreich möglichst rasch und vollständig in das NS-System zu integrieren - von einer Respektierung der österreichischen Tradition, wie sich dies manche heimische Befürworter des „Anschlusses“ erwartet hatten, konnte keine Rede sein!

Angesichts des friedlich verlaufenden Einmarsches (man sprach vom „Blumenfeldzug“) wurde es möglich, die (später 1.) Gebirgsdivision, die zunächst nur den Raum Salzburg hatte sichern sollen, in die Steiermark zu verlegen. Der Kommandeur, Generalmajor Ludwig Kübler, war begeistert und entschied sich aus „Ausbildungsgründen“ gegen den angebotenen Bahntransport: in drei Gruppen marschierten die Gebirgsjäger über Paß Lueg/Werfen, Pötschenhöhe/Bad Aussee bzw. Pyhrnpaß/Liezen ins Ennstal und weiter nach Graz. Am 21. März wurde Graz erreicht - die Marschleistungen von bis zu 43 Kilometern pro Tag waren angesichts der vereisten und verschneiten Paßstraßen ganz erheblich (die Ausfälle ebenfalls). Kübler wäre am liebsten noch weiter nach Kärnten marschiert, doch befahl das vorgesetzte Korpskommando VII für die Rückverlegung nach Deutschland (23. März bis 1. April) „im Interesse der Truppenschonung“ den Bahntransport.⁵

5 Vgl. ausführlich Schmidt, Einmarsch, 191-196. Die Behauptung, ein Bahntransport der Gebirgsdivision in die Steiermark wäre nicht möglich gewesen, da wegen der Holztransporte keine Kapazitäten verfügbar waren, gehört in das Reich der Legende.

Schon am 14. März, am Tag nach dem „Anschluß“, wurde das Bundesheer auf Adolf Hitler vereidigt. In den folgenden Monaten wurden die Kommanden und Truppenkörper umgegliedert: aus der österreichischen 5. wurde die neue deutsche 3. Gebirgsdivision. Begleitet war die administrative Eingliederung durch umfangreiche personelle „Säuberungen“ überwiegend aus politischen und „rassischen“ Gründen - vom bisherigen Divisionär (Schaffarz) und seinem Stabschef (Oberst des Generalstabes Erich Oliva) abwärts. Einige den Nationalsozialisten besonders verhaßte Offiziere (so der Disziplinarreferent des Divisionskommandos, Major Dr. Adolph Fedrigoni) wurden sogar verhaftet. Die Begleitumstände dieser Säuberungen gehören nicht gerade zu den Ruhmesblättern österreichischer Militärgeschichte. Dazu kamen Verbote, in jüdischen Geschäften zu kaufen, und Grußpflicht gegenüber Polizei und SS: die Absolutheitsansprüche des Dritten Reiches übertrafen sehr rasch jene des Ständestaates.

Die Umstellung auf deutsche Vorschriften wurde durch den Austausch von Offizieren und Unteroffizieren beschleunigt; in der Regel war jeweils der Kommandant ein Österreicher und sein Stellvertreter ein „Altreichler“, oder umgekehrt. Daß nicht immer die besten Offiziere nach Österreich abgestellt wurden, führte gelegentlich zu Spannungen.

Die organisatorische Umstellung dauerte bis in den Herbst 1938; aus den steirischen Truppen des Bundesheeres entstanden das Gebirgsjägerregiment 138⁶, das Gebirgs-

artillerieregiment 112 sowie die jeweiligen Panzerabwehr-, Pionier-, Nachrichten- und Sanitätsformationen der neuen 3. Gebirgsdivision.⁷ Diese nahm im Oktober 1938, bereits in der neuen Gliederung, an der Besetzung des Sudetenlandes teil (Znaim/Znojmo).

Im Bereich der Luftwaffe wurde der Fliegerhorst Graz-Thalerhof zum „Leithorst“ für die steirischen Flugplätze (lediglich Aigen gehörte zum Leithorst Wels); in Graz-Thalerhof wurde eine Sturzkampf (= Stuka) -Gruppe (I./168, später I./76) aufgestellt.

Obwohl nicht Teil der Wehrmacht, muß noch erwähnt werden, daß im Dritten Reich - verstärkt seit 1941 - auch Polizei und SS militärähnliche Aufgaben übernahmen. Hintergrund waren nicht zuletzt die Rivalitäten innerhalb der NS-Führungselite und das Bestreben des Reichsführers-SS Heinrich Himmler (zugleich Chef der deutschen Polizei), für seine SS ein geschlossenes Imperium aufzubauen. Durch die starke Rolle der SS in der „illegalen“ Zeit in Österreich hatte er ja zunächst sogar gehofft, Österreich noch vor dem „Anschluß“ zum Machtzentrum der SS aufzubauen. Dazu kam der personelle Gewinn der SS durch die österreichische SS und auch SA - zahlreiche österreichische SS- und SA-Führer fanden im expandierenden Apparat der Konzentrationslager neue Aufgaben.

Diese Bestrebungen Himmlers zeigten sich auch in der Straffung des Polizeiapparates: Polizei und Gendarmerie wurden noch rascher als das Bundesheer „umgestellt“; auch die Feuerwehren gehörten nun - als „Feuerschutzpolizei“ - zur Polizei.⁸ Daher waren die Feuerwehrautos im Dritten Reich nicht rot, sondern (polizei-) grün.

6. Die II. Bataillone der Alpenjägerregimenter Nr. 9 und 10 wurden zu den neuen Gebirgsjägerregimentern 137 und 139 (Tirol bzw. Kärnten) eingeteilt.

7. Genaue Übersicht: Schmidl, Graz 1964.

8. Vgl. dazu nunmehr Heimit Gebhardt, Die Gendarmerie in der Steiermark von 1850 bis heute, Graz 1997, Kapitel 8.

Zurückblickend erscheinen NS-Herrschaft in Österreich und Zweiter Weltkrieg als mehr oder weniger identisch - obwohl immerhin eineinhalb Jahre zwischen „Anschluß“ und Kriegsbeginn lagen. Im militärischen Bereich wurde in dieser Zeit das österreichische Potential erfaßt und weiter ausgeschöpft, die Wehrdienstzeit wurde auf zwei Jahre verdoppelt; für viele Österreicher, die im Herbst 1937 in Erwartung einer einjährigen Dienstzeit eingerückt waren, verschob sich der Zeitpunkt des Abrüstens zunächst auf Herbst 1939; de facto ging ihr Präsenzdienst dann nahtlos in den Kriegsdienst über, aus dem viele erst nach fünfzehnjährigen Jahren, nach noch längerer Gefangenschaft, oder gar nicht zurückkehrten.

Angesichts der vielen personellen Transferierungen ist es nur mit Vorbehalt möglich, von „steirischen“ Truppenkörpern innerhalb der Wehrmacht zu sprechen. Am ehesten ist dies noch für das Kommando der 3. Gebirgsdivision und die oben genannten Regimenter bzw. Abteilungen möglich. Auch etliche der ab Herbst 1939 aufgestellten Formationen - insbesondere die 5. und 6. Gebirgsdivision - hatten zum Teil einen steirischen Hintergrund.⁹ Allerdings war die deutsche Wehrmacht zunächst bemüht, die Herausbildung etwaiger österreichischer „Sondertraditionen“ zu verhindern - dies änderte sich erst ab etwa 1942, als man, im Bemühen um die Stärkung der Kampfmoral, „landmannschaftliche“ Besonderheiten förderte und dabei durchaus bereits war, an bis dahin streng verpönte österreichische bzw. k.u.k. Traditionen anzuknüpfen.

Für Graz jedenfalls war der Krieg in den ersten Jahren etwas, was sich „in der Ferne“ abspielte. Nicht, daß man davon nichts gemerkt hätte: Kriegswirtschaft, Sammlungen von Geld, Kleidung, Skiausrüstungen usw., die allgegenwärtige Kriegsberichterstattung und Propaganda sowie nicht zuletzt der Einsatz - und Tod - vieler Männer an der Front prägten die Erfahrung schon der Jahre 1939 und 1940. Die Erfolge in Polen, im Westen und - vor allem - im Norwegenfeldzug 1940 (Narvik) mochten freilich über manche kriegsbedingten Entbehrungen „hinwegtrösten“. Gerade weil 1939 - anders als 1914 - keineswegs von Kriegsbegeisterung gesprochen werden konnte, waren die unerwarteten „Blitzsieg“ dazu angetan, das Vertrauen der Bevölkerung in Hitler und das Dritte Reich zu festigen.¹⁰

In „Frontnähe“ geriet die Steiermark zum ersten Mal im Frühjahr 1941: mitten in die Vorbereitungen zum Angriff auf die Sowjetunion entschloß sich Hitler zum Eingreifen in Jugoslawien und Griechenland. Er mußte seinem bedrängten Bundesgenossen Benito Mussolini zu Hilfe kommen, dessen mißglückter Überfall auf Griechenland zur Verlegung britischer Truppen nach Südosteuropa geführt hatte.

Vor dem Angriff auf Jugoslawien wurden zahlreiche Truppen des Heeres und der Luftwaffe in der Steiermark versammelt; Hitler, Göring und das Oberkommando der Wehrmacht bezogen ihre Befehlsstände an der steirisch-niederösterreichischen Grenze.¹¹ Von hier aus begann am 6. April 1941 der Luftangriff auf Belgrad und der Einmarsch in Jugoslawien.

9 Vgl. dazu v.a. Johann Christoph Almayr-Beck, Die Österreicher im Zweiten Weltkrieg, in: Unser Haer: 300 Jahre österreichisches Soldatentum in Krieg und Frieden, Wien 1983, S. 242-275; Lothar Höbelt, Österreicher in der Deutschen Wehrmacht, 1938 bis 1945, in: Truppen und Dienst, 28. Jg./Heft 5, 1983, 417-432.

10 Besonders eindrucksvoll schilderte vor einigen Jahren der damalige junge Leutnant (und spätere österreichische General) Emil Spornocchi seine Gefühle nach dem schnellen Sieg im Frankreichfeldzug 1940.

11 Vgl. dazu ausführlich Siegfried Beer - Stefan Körner, Der Krieg aus der Luft: Kärnten und die Steiermark 1941-1945, Graz 1992 (Beer-Körner, Luftkrieg), bes. 40f.

Allerdings gelang es jugoslawischen Flugzeugen auch, an diesem 6. April - Palmsonntag - verschiedene Ziele in der Steiermark anzugreifen; gegen 16:00 Uhr flog ein Bristol „Blenheim“ Bomber (von zwei Jägern begleitet) den ersten Bombenangriff auf Graz. Waren die Schäden im Vergleich zu späteren Jahren auch gering, so starb doch ein 13jähriges Mädchen: die erste Luftkriegstote Österreichs.¹² In der Folge wurden die Vorkehrungen für den Luftschutz und die Luftverteidigung intensiviert und verbessert. Dies betraf auch den zügigen Ausbau des Luftschutzstollensystems im Grazer Schloßberg.

Graz im Luftkrieg

Die Episode von 1941 war jedoch allenfalls Vorbote dessen, was wenige Jahre später kommen sollte. In der Zwischenzeit kämpften - und starben - steirische Soldaten an allen Fronten des mittlerweile zum Weltkrieg gewordenen Krieges; die zunehmende Reglementierung aller Lebensbereiche machte immer deutlicher, wie sehr sich das Kriegsglück seit 1940 gewendet hatte. Dabei mochte es großen Bevölkerungsteilen noch entgangen sein, daß Hitlers strategische Konzepte mit dem Scheitern der Luftschlacht um England 1940, dem Halt des deutschen Vormarsches knapp vor Moskau und dem Kriegseintritt der USA 1941 geplatzt waren: die eigentliche „Kriegswende“, lange vor Stalingrad. Seit 1943 - Kapitulation der deutschen Truppen in Nordafrika und alliierte Landung in Italien - änderte sich die strategische Position Österreichs: aus dem durch Entfernung und Alpen geschützten „Luft-

schutzkeller des Reiches“ wurde ein Angriffsziel für die alliierten Bomberverbände. Am 13. August 1943 erfolgte der erste Luftangriff der Alliierten auf Wiener Neustadt.¹³ Die Angriffe galten in erster Linie Industrieanlagen und Verkehrsknotenpunkten.

Graz selbst wurde zwar seit 1943 mehrmals von Bomberpulks überflogen (meist auf dem Rückweg von Zielen im Raum Wien/Wiener Neustadt); der erste Angriff auf die steirische Hauptstadt erfolgte erst am 25. Februar 1944. Es folgten weitere Bombardements am 19. März, 24. Mai, 26. Juli, 13. und 16. Oktober, 1., 3., 6. und 17. November, 6., 11., 12., 18., 19., 25. und 27. Dezember 1944, sowie am 8., 21. und 31. Jänner 1945, am 1., 8., 9., 13. 14., 15., 17., 19. und 24. Februar, 1., 2., 4., 5., 9., 12., 14., 15., 16., 21., 22., 30. und 31. März, 1., 2., 5., 9., 12., 16., 17. und 27. April 1945. Schon diese Liste zeigt die zunehmende Intensität der Angriffe, die neben schweren Schäden in Wohnvierteln auch zahlreiche Menschenleben forderten. Ziele waren vor allem die Bahnanlagen (ca. 41% der Angriffe), weiters die Steyr-Daimler-Puch-Werke in Thondorf und Puntigam, der Flugplatz Graz-Thalerhof, die Simmering-Graz-Pauker AG sowie die militärischen Gebäude in Wetzelsdorf (heute Belgierkaserne). Eine Statistik nennt 28 000 Bomben (davon über ein Drittel Brandbomben), die 1 760 Tote und 1 436 Verletzte forderten. 1 200 Gebäude wurden zerstört, 6 600 beschädigt.¹⁴ Besonders schwer waren die Angriffe zu Allerheiligen 1944 (382 Tote), der Nachtangriff am Karsamstag (31. März 1945) und der folgende Angriff am Ostermontag (2. April, 95 Tote).

Neben den Toten und Verletzten verloren

¹² Ebd., 41-43.

¹³ Manfred Rauchensteiner, Der Luftangriff auf Wiener Neustadt am 13. August 1943. Militärgeschichtliche Schriftenreihe 49, Wien 1993.

¹⁴ Beer/Karner, 138, 278.

Tausende ihre Wohnungen; dazu kam die nervliche Belastung der Zivilbevölkerung und die erschwerte Versorgung. Erzählungen wie jene eines hochdekorierten Frontsoldaten, der seinen Heimaturlaub vorzeitig abbrach, weil er die ständigen Luftangriffe nicht ertrug, illustrieren die Leiden der Zivilbevölkerung in diesem Krieg, der kaum noch klare Grenzen zwischen „Front“ und „Hinterland“ kannte.

Graz wurde durch starke Flakstellungen in und um die Stadt (teils von jugendlichen Flakhelfern und -helferinnen aus HJ und RAD bedient), sowie durch Jagdabwehr (vor allem das Jagdgeschwader 27, das einstige Afrikageschwader, von den Fliegerhorsten im Raum Wien aus) geschützt. Die Luftschutzpolizei zählte zwischen 1 500 und 2 000 Personen; das Hauptquartier der Luftschutzpolizei befand sich in den Kelleräumen des Polizeipräsidiiums in der Paulustorgasse 10.¹⁵

1945: Ende und Anfang

Die letzten Kriegsmonate waren von der herannahenden Front, den letzten Verteidigungsbemühungen (Bau der „Reichsschutzstellung“ an der ungarischen Grenze, Einberufung des „Volkssturms“ als letztes Aufgebot), der zunehmenden Zahl von Flüchtlingen aus Ungarn und der immer schwieriger werdenden Versorgung gekennzeichnet.¹⁶

In der Steiermark kämpfte die 6. Armee (General der Panzertruppen Hermann Balck), im Raum Graz vor allem das unterstellte IV. SS-Panzerkorps mit den Resten

der 3. Panzerdivision des Heeres und der 5. SS-Panzerdivision. Territorialer Befehlshaber im Wehrkreis XVIII (Süd- und Westösterreich) war General der Gebirgstruppen Julius Ringel (1938 sind wir ihm als Oberstleutnant im steirischen Divisionskommando und Führer des NS-Soldatenringes für Südösterreich begegnet). Zur Verteidigung wurde an Truppen und Volkssturm zusammengezogen, was irgend verfügbar war. Dieses letzte Aufgebot war jedoch oft nur von bescheidenem Kampfwert: mehrere Volkssturmbataillone - darunter jenes aus dem Bezirk Graz-Land - lösten sich beim Näherrücken der Front rasch auf, flüchteten oder liefen zu den Sowjets über. Die Begeisterung, so kurz vor dem absehbaren Kriegsende noch einen zweifelhaften „Heldentod“ zu sterben, hielt sich bei den meisten in Grenzen.

Ende März schien der Zusammenbruch der deutschen Front im Südosten so gut wie sicher: Das XVIII. sowjetische Panzerkorps (Generalleutnant P.D. Govorunenko) stieß überraschend rasch raabaufwärts vor. Auf Weisung der sowjetischen Führung allerdings endete dieser Vorstoß am 1. April bei Kirchberg - es ist weiterhin unklar, warum das Korps abgezogen und nach Niederösterreich verlegt wurde. Wahrscheinlich hatte für die sowjetische Führung das zügige Vordringen im Donauraum absolute Priorität; zu einem großräumigen Ausnutzen des Vorstoßes ins Raabtal aber wäre es notwendig gewesen, stärkere Kräfte hierher zu verlegen.¹⁷ Der befürchtete „Kampf um Graz“ fand nicht statt.

In den folgenden Wochen kam es noch zu heftigen Kämpfen im südlichen Burgenland

¹⁵ Ebd., 262.

¹⁶ Vgl. Manfred Rauchensteiner, Vom Limes zum „Ostwall“, Militärhistorische Schriftenreihe 21, Wien 2. Aufl. 1978; sowie die jüngsten Arbeiten von Herbert Blatnik, Zeitzeugen erinnern sich an die Jahre 1938-1945 in der Südweststeiermark, Eiswald 1997; und Gertrud Kerschbaumer, Fürstenfeld 1945: Kriegsende und sowjetische Besatzung, Graz 1997.

¹⁷ Manfred Rauchensteiner, Der Krieg in Österreich 1945, Schriften des Heeresgeschichtlichen Museums, Bd. 5, 2., neu bearbeitete und erweiterte Aufl., 1984, S. 246-253.

und im steirischen Hügelland; manche Ortschaften wechselten mehrmals den Besitzer und wurden völlig zerstört. Das menschliche Leid - Tote, Verwundete, dazu letzte Hinrichtungen von Deserteuren und Flüchtlingen auf der einen, dann Vergewaltigungen und Morde auf der anderen Seite - ist in einem kurzen Überblick nicht darstellbar.¹⁸

Die deutsche Abwehrfront östlich von Graz hielt im großen und ganzen bis zur Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945. In der Nacht zum 9. Mai gelang es dem Großteil der kämpfenden Truppe, sich von der Ostfront abzusetzen; da die Sowjets nur zögernd nachrückten, erreichten viele deutsche Soldaten in den nächsten Stunden und Tagen die Linien der Westalliierten in der westlichen Steiermark. Im Zweifelsfall war die britische der sowjetischen Kriegsgefangenschaft wohl vorzuziehen. Für die weniger Glücklichen begann der oft jahrelange Leidensweg in die sowjetische Kriegsgefangenschaft.

1938 hatten die Nationalsozialisten Graz einen neuen, einen „deutschen Frühling“ versprochen. Einer der Propagandafilme zeigte symbolhaft in der Sonne blühende Bäume. - Sieben Jahre später herrschte zwar auch Frühling, doch mochte es manchen Zeitgenossen eher scheinen, als wäre ein böser Alptraum zu Ende gegangen. Und die sowjetische Besatzung wurde wohl auch nicht von Allen uneingeschränkt als Befreiung empfunden. Erst mit der endgültigen Einigung der Alliierten über die Zoneneinteilung (9. Juli 1945) wurde festgelegt, daß die Steiermark zur britischen Besatzungszone gehörte. Am 24. Juli übernahmen die Briten formell die Steiermark von

den Sowjets; damit begann auch für Graz die „echte“ Nachkriegszeit.¹⁹ Der Wechsel von den dunklen russischen zu den hellen khakifarbenen Sommeruniformen der Briten mochte als Symbol gelten, daß nunmehr der Krieg zu Ende war...

18 Als erschütterndes Beispiel vom Leid dieser Tage sei nur auf die von Johann Hofer bearbeiteten Erinnerungen von Fina Otschko-Schäffer verwiesen: 1. April - 12. Mai 1945: Als Flüchtlinge im Wechselgebiet. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte, Hartberg 1998. Ich danke Herrn Hofer für die freundliche Überlassung eines Exemplars dieser Broschüre.

19 Siegfried Beer (ed): Die „britische“ Steiermark 1945 - 1955. Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark Bd. 38, Graz 1995. Vgl. auch Manfred Rauchensteiner - Wolfgang Etschmann (eds): Österreich 1945: Ein Ende und viele Anfänge. Forschungen zur Militärgeschichte, Bc. 4, Graz-Wien-Köln 1997, bes. die Beiträge von Alex Ward und Wilhelm Wackl.

Alltag und Gleichschaltung im Dritten Reich. Aspekte und Begriffswelten am Beispiel der Stadt Graz

*„Seit Mai 1938 ist Graz die Hauptstadt des Gau's Steiermark, der auch das ehemalige südliche Burgenland umfaßt. Im Juli wurde ihr der wohlverdiente Titel „Stadt der Volkserhebung“ vom Führer gegeben. Im Oktober entstand Groß-Graz, das nach der Eingemeindung der Vororte jetzt mehr als 200.000 Einwohner zählt. Graz ist nunmehr wieder das geworden, was es schon im Mittelalter war: der starke Eckpfeiler des Deutschtums im Südosten des geeinten Reiches aller Deutschen.“*¹

Fritz Popelka 1939

Heute, mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des größten kriegerischen Konfliktes der Menschheitsgeschichte, ist die kollektive Erinnerung an die Jahre der Unterdrückung und des Krieges in unserer Gesellschaft nur noch schwach wahrnehmbar. Um so wichtiger erscheint es daher, vor allem das Gedächtnis jener wachzuhalten, die in diesem Zusammenhang eine „Gnade der späten Geburt“, wie es der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl einmal so treffend charakterisierte, erfahren durften.

In den Jahren zwischen 1938 und 1945 war Graz eine Stadt des Großdeutschen Reiches. Die Geschichte dieser Stadt ist jedoch nur zum Teil eine Geschichte des Krieges an sich. Vielmehr - und vor allen Dingen - ist sie eine Geschichte des Alltags, des Alltäglichen.

Wie aber sah dieser Alltag aus? Wie lebte man in Graz in den Jahren nationalsoziali-

stischer Gewaltherrschaft? Wie wurde die „größte rassische Revolution der Weltgeschichte“² in der steirischen Metropole durchgeführt?

Vor allem Vertreter der jüngeren Generation, eben jene „Spätgeborenen“, stellen heute immer wieder die (durchaus legitime) Frage, wie das alles habe geschehen können, wie ihre Eltern bzw. Großeltern das nur alles haben zulassen können, warum denn niemand rechtzeitig den „Anfängen gewehrt“ habe?

Auch folgender Artikel ist kaum dazu in der Lage, für diese Fragen ein endgültiges Erklärungsmuster zu bieten. Es soll an dieser Stelle vielmehr der Versuch unternommen werden, anhand von allgemeinen Begriffserklärungen zum Alltag sowie zur besonderen Situation der Stadt Graz - der „Stadt der Volkserhebung“ - eine Basis zur Diskussion zu schaffen. Eine kurze historische Betrachtung der politischen Entwicklung der Steiermark in den Dreißiger Jahren sei hier vorerst vorangestellt:

Graz in den Dreißiger Jahren - ein politischer Überblick

Es ist heute wohl unbestritten, daß die Wurzeln des Anschlusses 1938 weit in die österreichische, so auch - und hier in besonderer Weise - in die steirische Geschichte zurückreichen.

Im Folgenden soll daher der Versuch unter-

1. Graz - Stadt der Volkserhebung. Ein Führer durch die Stadt. Bearbeitet von Walter Sametkowsk, mit einem „Abriss der Stadtgeschichte“ von Fritz Popelka. Graz 1939, S. 31

2. Adolf Hitler, Mein Kampf, Ausg. München 1934, S. 418

nommen werden, skizzenhaft ein politisches Bild der Steiermark und seiner Landeshauptstadt Graz für jene Dekade zu zeichnen. Dies erscheint um so notwendiger, als daß gerade in den 30er-Jahren eine Reihe von einschneidenden politischen Zäsuren in der Steiermark zu verzeichnen waren, - Zäsuren, die den Boden für die nationalsozialistische Machtübernahme schließlich so fruchtbar machten.³

Bereits der Anfang des für Österreich und die Steiermark so schicksalhaften Jahrzehnts begann im damals noch nicht zu Graz zählenden Eggenberg mit blutigen Auseinandersetzungen zwischen Heimwehr und Schutzbund. Immer wieder waren bei Zusammenstößen der beiden parteipolitischen Kampforganisationen Verletzte zu beklagen. Bei den steirischen Landtagswahlen vom 9. November 1930 errangen die Sozialdemokraten dann schließlich eine knappe relative Mehrheit vor den Christlichsozialen.⁴

Auch die folgenden Jahre waren von stetigen, teilweise militanten Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten, Heimwehr und Nationalsozialisten gekennzeichnet. Am 12. September 1931 versuchte der Judenburger Rechtsanwalt und Heimwehrführer Dr. Walter Pfrimer durch einen gewaltsamen Putsch die Macht im Staate zu übernehmen. Seine Hoffnung, das Bundesheer und die Exekutive würden ihm mit fliegenden Fahnen folgen, erfüllte sich jedoch nicht. Selbst die anderen österreichischen Heimwehrführer distanzierten sich von Pfrimer und stellten sich hinter die Bundes-

regierung, sodaß diesem und seinen Getreuen nichts anderes übrig blieb, als sich zurückzuziehen. Dabei hatten die 14.000 steirischen Heimatschützer, die Pfrimer gefolgt waren, in der Steiermark bereits militärische Aktionen durchgeführt, die kaum mehr lediglich als „bewaffnete Demonstrationen“, wie Pfrimer es nachträglich darzustellen versuchte, verstanden werden konnten: Beim Beschuß des sozialistischen Arbeiterheimes in Kapfenberg gab es zwei Tote, überall wurden Verhaftungen vorgenommen, kleinere Städte besetzt. Auch Graz wurde eingekreist, konnte jedoch nicht unter Kontrolle gebracht werden.⁵

Als es schließlich klar wurde, daß der Putsch keinerlei reale Aussicht auf Erfolg mehr haben werde, unternahm der steirische Landeshauptmann Anton Rintelen alles, um diesen in seiner Bedeutung herunterzuspielen. Rintelen machte seinen ganzen Einfluß bei der österreichischen Bundesregierung geltend und erwirkte, daß das Bundesheer und die Exekutive nur sehr langsam auf die, wie Rintelen es nun ausdrückte, „bsoffene G'schicht“, reagierte. Pfrimer floh nach Jugoslawien und von dort weiter nach Deutschland, kehrte jedoch wenig später zurück, um sich der Anklage des Hochverrats vor einem österreichischen Gericht zu stellen. Die Geschworenengerichtsverhandlung endete mit einem Freispruch für Walter Pfrimer, der versucht hatte, die österreichische Bundesregierung mit Waffengewalt zu stürzen. Für Pfrimer war die österreichische Republik „illegal“, seine Verbindungen zur NSDAP sehr eng. Auch im November, als sich Nationalsozialisten und

3 Vgl. als Überblick stellvertretend allgemein Walter Goldinger, Dieter A. Binder, Geschichte der Republik Österreich 1918-1938, Wien - München 1992.

4 Gleichzeitig wurden auch Wahlen zum österreichischen Nationalrat abgehalten. Es sollten dies in der Steiermark die letzten demokratischen Landtags- und Nationalratswahlen der 1. Republik sein. Erst am 25. November 1945 - 15 Jahre später - durften die Steirerinnen und Steirer wieder an einer freien und geheimen Nationalratswahl teilnehmen [Anm.d.Verf.]

5 Vgl. allgemein Josef Hofmann, Der Pfrimer-Putsch. Der steirische Heimwehrprozeß des Jahres 1931. Publikationen des Österreichischen Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 4, Wien - Graz 1965.

Pfimer-Anhänger in der steirischen Landeshauptstadt trafen, machte diese aus ihren Absichten keinen Hehl: „Wir alle streben eine deutsche Diktatur an. Unser Blick und unsere Hoffnung sind auf das Deutsche Reich gerichtet.“⁶

Es sollte dies für die kommenden noch verbleibenden Jahre der 1. Republik ein Symptom österreichischer Innenpolitik sein - Ausdruck einer Gesellschaftsschicht, die sich mit ihrem eigenen Staat nur schwer identifizieren konnte.

Die Weltwirtschaftskrise erfaßte in den frühen 30er-Jahren auch die Steiermark und bedeutete den Beginn der Massenverelendung, der Aussteuerung und der Arbeitslosigkeit für Tausende Steirerinnen und Steirer. Die immer aktiver werdenden Nationalsozialisten konnten gerade bei diesen Personengruppen auf Unterstützung ihrer Bewegung hoffen. Trotzdem erhielten sie bei den letzten freien Gemeinderatswahlen am 24. April 1932 - den letzten freien Wahlen der 1. Republik in der Steiermark überhaupt - nur 3% der abgegebenen Stimmen.

Die Machtübernahme Adolf Hitlers (30.1.1933) in Deutschland und die „Selbstausschaltung“ der Demokratie in Österreich, d.h. der gleichzeitige Rücktritt aller drei Nationalratspräsidenten am 4. März 1933, wurde von der Regierung Dollfuß zum Anlaß genommen, ohne Parlament unter Berufung auf das „Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz“ von 1917 (welches in die Verfassung von 1920 übernommen worden war), auf der Grundlage von Notverordnungen zu regieren.

Österreich wurde zu einem christlich-autoritären Staat, einem „Ständestaat“. Die Zensur wurde eingeführt und in den folgen-

den Jahren die Sozialistische Partei, aber auch die Kommunistische Partei und die Nationalsozialisten in Österreich verboten. Anhaltelager für politische Gegner wurden eingerichtet. Landtagswahlen wurden überhaupt abgeschafft. Dazu kam die Auflösung so wichtiger demokratischer Institutionen wie beispielsweise jene des Verfassungsgerichtshofes.

Alle Parteien sollten nun in der neuen „Vaterländischen Front“ aufgehen. Und hier wurde LH Rintelen in der Steiermark nun seine offensichtliche Nähe zu den Nationalsozialisten zum Verhängnis: Er wurde von Dollfuß als Gesandter nach Rom geschickt, was einer politischen Kaltstellung gleichkam. Seine Nachfolge trat Dr. Alois Dienstleder an.

Der Arbeiteraufstand des 12. Februar 1934 hinterließ in Graz dann politisch und gesellschaftlich tiefe Risse:

Vor allem in Graz-Eggenberg kam es zu schweren Gefechten zwischen Mitgliedern des Republikanischen Schutzbundes und Einheiten des Bundesheeres, das sogar Artillerie in Stellung gehen ließ, um den Widerstand zu brechen. Weitere Zentren des sozialistischen Aufstandes in der Steiermark waren Kapfenberg und Bruck. Der Aufstand scheiterte schließlich.

Eine direkte Folge dieser Ereignisse war die ständische Verfassung vom 1. Mai 1934, die das Schicksal der Demokratie in Österreich endgültig besiegelte. Diese Verfassung kannte nun keinerlei demokratische Vertretungen mehr.

Die nächste schwere Krise sollte indes nicht lange auf sich warten lassen:

Am 25. Juli 1934 unternahm österreichische Mitglieder der NSDAP einen Putschversuch, um die Macht im Staat gewaltsam

6. Vgl. Walter Zitzenbacher (Hrsg.), *Landeschronik Steiermark*, Wien 1988, S. 323

an sich zu reißen. Bundeskanzler Dollfuß fand im Zuge der Besetzung des Bundeskanzleramtes durch SS-Angehörige den Tod. Die Putschisten hatten den ehemaligen steirischen Landeshauptmann Anton Rintelen als neuen Bundeskanzler vorgesehen, der extra aus Rom angereist war. Auch die RAVAG in Wien konnte von den Putschisten kurzzeitig unter Kontrolle gebracht werden. Das österreichische Bundesheer benötigte mehrere Tage, um den Aufstand niederzuschlagen. In der Steiermark gelang es den Putschisten bis zum 26. Juli vorübergehend, fast zwei Drittel des Landes zu besetzen. Graz, wo starke Truppenverbände des Bundesheeres kaserniert waren, konnte man allerdings nicht einnehmen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern waren die Kämpfe in der Steiermark schwer. An der Auseinandersetzung beteiligten sich auf Seiten der Regierung auch Heimwehrverbände (hier speziell die Gruppen um Kammerhofer und Meyszner). Vor allem in der Obersteiermark waren es loyale Heimwehrverbände, die aktiv die Sturmabteilungen (SA) der Nationalsozialisten bekämpften. Trofaiach und Leoben, wo etwa 4/5 der Bevölkerung auf Seiten der Aufständischen stand, waren die Kulminationspunkte der Auseinandersetzungen. Auch hier mußte das Bundesheer Artillerie einsetzen, um den Widerstand zu brechen. Anton Rintelen wurde schließlich verhaftet und zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.⁷

Nach der Niederschlagung des Putsches und den damit verbundenen weiteren Einschränkungen demokratischer Grundrechte erhielt die Steiermark gemäß den Bestimmungen des Verfassungsübergangsgesetzes 1934 eine

neue Landesverfassung, die sich eng an der gesamtstaatlichen Verfassung orientierte.⁸ Die Inkraftsetzung dieser Verfassung bedeutete den weitgehenden Verlust der steirischen Eigenständigkeit im Rahmen der österreichischen Innenpolitik.

Der neue Bundeskanzler und Nachfolger des ermordeten Engelbert Dollfuß, Kurt Schuschnigg, ernannte nach dem Rücktritt Dienstleders schließlich Dr. Karl Maria Stepan, einen entschiedenen Gegner des Nationalsozialismus, zum neuen Landeshauptmann der Steiermark. Diese Ernennung muß jedoch auch als ein politischer Schachzug Schuschniggs gewertet werden, da der Bundeskanzler mit Stepan derartige Differenzen hatte, daß er letzteren lieber abseits der nun aufgewerteten Bundespolitik sehen wollte.⁹

Zur Entwicklung der NSDAP in Graz

Zu Beginn der 30er-Jahre konnten die Veranstaltungen der lokalen NSDAP in der steirischen Landeshauptstadt noch kaum als Massendemonstrationen späterer Jahre bezeichnet werden: Die Versammlungstätigkeit beschränkte sich (mit Ausnahmen) vor allem auf Wahlkämpfe und eigene Veranstaltungsreihen (so wie bei den anderen Parteien übrigens auch).

Ab Herbst 1931 setzte die steirische „Gauleitung“ dann verstärkt auf die Wirkung von Gastrednern aus dem benachbarten Deutschland: So trat am 31. Mai 1932 beispielsweise der Reichsführer der Nationalsozialistischen Jugend Deutschlands, Baldur v. Schirach, in Graz öffentlich

7 Nach dem Einmarsch deutscher Truppen 1938 wurde Rintelen sofort aus der Haft entlassen. (Anm. d. Verf.)

8 Gernot D. Hasiba, Die Steiermark und der Gesamtstaat ab 1918, in: 800 Jahre Steiermark und Österreich, 1192-1992. Der Beitrag der Steiermark zu Österreichs Größe, Hrsg. v. Othmar Pick, Graz 1992, S. 471-510, hier S. 501.

9 Vgl. ebd., S. 493.

auf. Nur eine Woche zuvor hatte Walter Pfrimer, damals noch Führer des steirischen Heimatschutzes, erklärt, er werde ab sofort nur noch Weisungen aus der Zentrale der NSDAP in München entgegennehmen. Auch das wirft ein bezeichnendes Bild auf die Lage des steirischen Heimatschutzes und erklärt überdies seine innere Zerrissenheit, ein Hauptproblem der Gesamtorganisation.

Die Inhalte, welche die Nationalsozialisten nicht zuletzt auch durch die deutschen Gastredner vermitteln wollten, waren einfach und sollten dem „deutschen Volksgenossen in Graz“, den man zu den Veranstaltungen lud, ein Netz jener Sündenböcke präsentieren, die man für die schwere Wirtschaftskrise verantwortlich machte: Liberale und Marxisten, selbstverständlich das bestehende politische System in Österreich, den „korrupten Parteienstaat“ und natürlich das „allgegenwärtige Judentum“.¹⁰

Nach und nach versuchte man auch hier, ganz speziell Berufsgruppen anzusprechen und zu vereinnahmen, auch wenn man bei offiziellen Anlässen gerne nur vom „deutschen Volksgenossen“ sprach, um die ideologische Verbindungslinie mit dem Deutschen Reich sowie das für die nationalsozialistische Argumentation so unverzichtbare „überregionale Deutschtum“ zu betonen. Gegründet wurden nach und nach Organisationen wie z.B. der NS-Lehrerbund, der NS-Ärztebund, die NS-Beamtenschaft, der NS-Studentenbund u.ä. Teilorganisationen. Daneben gab es die Kampforganisation SA, die im Jahre 1932 steiermarkweit immerhin 2.700 Mann umfaßte. Eine steirische SS-

Formation gab es hingegen nur in Graz und Leoben. In der steirischen Landeshauptstadt belief sich deren Mitgliederanzahl im selben Jahr jedoch lediglich auf 32 Mann.¹¹

Wie bereits angedeutet, gingen vor allem nach dem gescheiterten „Pfrimer-Putsch“ vom September 1931 viele enttäuschte Anhänger des steirischen Heimatschutzes¹² in das Lager der Nationalsozialisten über. Auch das deutschnationale Lager wurde von den politisch ungemein aktiven Nationalsozialisten regelrecht assimiliert. Im Jahre 1933 gipfelte diese stetige politische Annäherung schließlich in der Unterzeichnung eines formellen Kampfbündnisses zwischen der steirischen Parteileitung der NSDAP und dem steirischen Heimatschutz unter Konstantin Kammerhofer.

Die Ernennung von Adolf Hitler zum deutschen Reichskanzler im Januar 1933 brachte den österreichischen Nationalsozialisten weitere Gewinne bei den verschiedensten Gemeinderatswahlen, so z.B. in Niederösterreich und Tirol. In Innsbruck erreichten die Anhänger der NSDAP (Hitlerbewegung) bereits 41% der abgegebenen Stimmen, was Bundeskanzler Dollfuß schließlich veranlaßte, weitere Wahlen im Rahmen seines autoritären Kurses zu verbieten.

In Graz jagte nun eine Demonstration der jungen nationalsozialistischen Bewegung die nächste. Am 14. Mai 1933 kam der damalige bayrische Justizminister Hans Frank nach Graz und hielt am Abend auf dem Grazer Schloßberg eine Rede, in der er

¹⁰ Vgl. Eduard G. Staudinger, Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, in: Graz 1936 (= Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19), Graz 1988, S. 31-75. Hier S. 53.

¹¹ AWA: BKA-Protokolle 1935-1936 (K 143), zit. eod., S. 54.

¹² Der steirische Heimatschutz verkörperte den deutschnationalen Flügel der Heimwehr. Vgl. dazu die Ausführungen bei Peter Garke, Anton Rintelen (1876-1948), Versuch einer politischen Biographie. Eine vorläufige Zwischenbilanz - im vorliegenden Band.

die Regierung Dollfuß verspottete und ganz offen und unmißverständlich die Österreicher zum Kampf gegen das herrschende Regime aufforderte.

Agitation und Terror sind die Worte, welche die Geschehnisse der kommenden Monate am besten kennzeichnen. Überfälle, Sprengstoffanschläge und sogar ein Handgranatenangriff auf österreichische Polizeibeamte, der einen Toten und mehrere Schwerverletzte forderte, waren dann endgültige Auslöser zum Verbot der Partei und aller ihrer Teilorganisationen. Viele Mitglieder gingen daraufhin nach Deutschland, wo sie die „Österreichische Legion“ formierten, die wie ein paramilitärischer Verband organisiert war. Die übrigen „zurückgebliebenen“ Nationalsozialisten befanden sich nun in der „Illegalität“.¹³

Die Attentate hörten indes nicht auf. Die Regierung Dollfuß ergriff daher noch totalitäre Maßnahmen: Eine davon war die Errichtung von Anhaltelagern für politische Gegner aller Colouers. In Messendorf bei Graz wurde beispielsweise ein solches Lager angelegt¹⁴, ohne jedoch die Dynamik der „Illegalen“ entscheidend schwächen zu können. - Gleichzeitig ging die Regierung Dollfuß nun verstärkt gegen die Sozialistische Partei vor, was mit einer Zerschlagung der letzteren im Herbst 1933 endete.

Während der Ereignisse des Februar 1934 verhielt sich die illegale NSDAP dann ruhig, ja verbot sogar jede Einmischung in die Kämpfe, auch wenn diese in Eggenberg zwei Opfer forderten.¹⁵

Das Dilemma, in dem sich die österreichische Sozialdemokratie aufgrund der Radikalisierung eines Teils ihrer Mitglieder befand, versuchte die NSDAP nach dem mißglückten Aufstand des Februar 1934 weidlich für sich zu nützen, indem sie sich als „neues Heim“ für die von ihrer eigenen politischen Führung enttäuschten Arbeiterschaft darzustellen versuchte. Gleichzeitig griff man die Regierung Dollfuß scharf an.

Im Zuge des Juli-Putsches der Nationalsozialisten war dann die Steiermark ein Zentrum der Auseinandersetzungen, vor allem im Ennstal und in der Obersteiermark, aber auch in der (Süd)Ost- und Weststeiermark. Graz selbst war - abgesehen von einem Angriff auf das Anhaltelager Messendorf - praktisch nicht von den Kämpfen betroffen.

Alles in allem forderte die mißglückte Machtübernahme der illegalen NSDAP in Österreich 260 Tote, darunter den Bundeskanzler selbst.

Die nach dem Betätigungsverbot ungebrochene Dynamik der Hitlerbewegung schwächte sich nun - nach der mißglückten Kulmination des Juli-Putsches - plötzlich deutlich ab. Die außenpolitische Schwäche der Regierung Schuschnigg, der immer schwächer werdende Rückhalt durch das faschistische Italien Benito Mussolinis und nicht zuletzt die so dramatischen wirtschaftlichen „Erfolge“ des deutschen Nachbarn ließen die innenpolitische Lage jedoch nicht zur Ruhe kommen. Die illegale NSDAP setzte nun auf eine schrittweise Übertragung von politischer Verant-

13. Gleichzeitig wurde am 19. Juni 1933 auch der Steirische Heimatschutz verboten [Anm.d.Verf.]

14. Für kurze Zeit befand sich ein weiteres Lager bei Waidendorf [Anm.d.Verf.]

15. Es waren dies die Gebrüder Schott, Mitglieder der lokalen SA, siehe dazu: StLB, Kapselsammlung Nr. 121, z.B. Staudinger, Entwicklung, S. 60

wortung: Deutschnationale Kräfte sollten dabei quasi eine „Strohmannfunktion“ übernehmen. (Stichwort Juli-Abkommen 1936, Glaise-Horstenau). Man wollte im Moment keine dramatischen Effekte inszenieren, sondern die Partei vielmehr in die Legalität zurückführen:

„Welche Form die Legalität enthält, ist nebensächlich, entscheidend ist, daß sie die Möglichkeit gibt, an der politischen Willensbildung im Staate teilzunehmen. Diese Legalität kann nur auf dem Verhandlungswege erreicht werden.“¹⁶

Als neuer kommissarischer „Gauleiter“ (d.h. als Nachfolger des 1936 in Wöllersdorf inhaftierten Dipl. Ing. Raimund Held, der nach seiner Entlassung eine Fortführung seiner Tätigkeit abgelehnt hatte) war unterdessen Dipl. Ing. Sepp Helfrich bestimmt worden.¹⁷ Dieser traf im August 1936 mit Edmund Glaise von Horstenau zusammen, der als Minister der „nationalen Opposition“ von Seiten der Regierung zur Kontaktaufnahme mit den Nationalsozialisten nach Graz gereist war.¹⁸ Univ.-Prof. Dr. Armin Dadiou wurde schließlich als Ergebnis dieser ersten Verhandlungen des „Befriedigungsministers“ das 1937 im Rahmen der VF geschaffene „Volkspolitische Referat“ überantwortet, das den Zweck hatte, nach dem Juli-Abkommen Möglichkeiten der Verständigung zwischen der NSDAP und der Regierung Schuschnigg zu finden.¹⁹ So kam es, daß die illegale NSDAP in der Steiermark 1937 letztlich von

diesen beiden, Helfrich und Dadiou, geleitet wurde.²⁰

Die Absicht, die Macht im Staate „friedlich“ und nicht im Zuge eines gewaltsamen Umsturzes zu übernehmen, stieß vor allem in Teilen der SA nicht nur auf Beführer. Zwischen Führung und Basis der Bewegung herrschten zeitweise eklatante Gegensätze in dem politischen Verständnis über die Rolle und das zukünftige Verhalten in der Illegalität. Schuschnigg wiederum sah in eben diesen Differenzen eine Chance, die Bewegung zu spalten.²¹

Graz selbst war organisatorisch als Sitz der SA-Brigade 5 unter der Standarte 27 („Graz rechts“) mit Gries, Lend, Eggenberg, Puntigam, Gratwein, Straßgang und Peggau, sowie unter der Standarte 14 („Graz links“; St. Leonhard, Geidorf, Jakomini, Innere Stadt, Liebenau, St. Peter und Andritz) räumlich aufgeteilt.

Sigfried Überreither, 1931 vom Steirischen Heimatschutz nach dem mißglückten Pfrimer-Putsch zur SA übergetreten, wurde 1937 Schulungsleiter der SA. Zusätzlich erhielt er das Kommando über die SA-Brigade 5 (Mittelsteiermark). Er sollte sich während der kommenden Ereignisse rund um den „Anschluß“ zu einem der wichtigsten Protagonisten entwickeln.²²

Während des Jahres 1937 wurde der Druck Hitlers auf Österreich immer stärker. Anfang 1938 überstürzten sich dann die Ereignisse, die einen ersten Höhepunkt im

¹⁶ Richtlinien über „Die politische Taktik der NSDAP in Österreich und die Aufgaben für die nächste Zukunft“, AWA, BKA-Innenres., 22 Stück., Akt 308 010-G.II./1937 (Kt.:190), zit. ebd., S. 82.

¹⁷ Held hatte sich nach seiner Entlassung aus dem Lager gewogen, nochmals als „Gauleiter“ zur Verfügung zu stehen. Vgl. Karner, Steiermark, S. 42.

¹⁸ Vgl. Zitzenbacher, Landeschronik, S. 328.

¹⁹ Vgl. Karner, Steiermark, S. 42.

²⁰ Vgl. ebd., S. 43.

²¹ Vgl. Staudinger, Entwicklung, S. 63.

²² Vgl. Stefan Karner, Maßgebliche Persönlichkeiten 1938 in Graz, in: Graz 1938 (= Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19; Graz 1988, S. 381-439, hier: S. 428).

sog. „Berchtesgadener Abkommen“ vom 12. Februar hatten, einem Abkommen, das praktisch einer Bankrotterklärung der politischen Unabhängigkeit des Kurt von Schuschnigg gleichkam, der sich von Hitler unter wilden Drohungen die Umgestaltung seiner eigenen Regierung diktieren lassen mußte.

Nach diesem außenpolitischen „Cannac“ gab es für die illegalen Nationalsozialisten in Graz kein Halten mehr: Zu lange schon hatte man den 1934 verlassenen Kurs der „Gewalt der Straße“ hintangehalten: Nun schien endlich die Zeit für Aktionen wieder gekommen: Flugzettel wurden gestreut, jüdische Geschäfte zerstört und Massendemonstrationen organisiert. Am 18. Februar zog ein vieltausendköpfiger Fackelzug durch die Straßen von Graz, der trotz des offiziellen Versammlungsverbotes von der Polizei nicht behindert wurde. Dabei wurden ganz offen Hakenkreuzfahnen zur Schau getragen. Höhepunkt war die „Beflaggung“ des Grazer Rathauses mit der deutschen Fahne, welche zwar von der Exekutive kurze Zeit später wieder entfernt wurde, die jedoch stellvertretend für die Macht der Straße in Graz stand, eine Macht, die zu diesem Zeitpunkt bereits kaum mehr zu kontrollieren war.

Am 20. Februar wurde die Reichstagsrede Adolf Hitlers auch im Grazer „Steirerfunk“ übertragen. In seiner Rede bezog sich der Reichskanzler insbesondere auch auf das „Schicksal der Deutschen jenseits der Grenzen“.²³ Jedermann wußte, wer damit gemeint war. Überall hielten die Nationalsozialisten nun Massenkundgebungen ab. Doch auch die Vaterländische Front versuchte, die Grazer für sich zu mobilisieren: Alfons Gorbach griff dabei als Landesleiter

der VF die Nationalsozialisten scharf an, die sich ihrerseits umgehend zu einer Gegendemonstration einfanden. Auch die Direktübertragung der Rede Schuschniggs vom 24. Februar wurde von den Nationalsozialisten derart gestört, daß die Lautsprecher am Grazer Hauptplatz abgeschaltet werden mußten. Lautstark wurde nun die Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Grazer Rathaus gefordert. Nach Verhandlungen zwischen Armin Dadiou und dem amtierenden Grazer Bürgermeister Hans Schmied gab letzterer schließlich nach. Die Hakenkreuzfahne „schmückte“ erneut das Grazer Rathaus, diesmal unter Duldung des Bürgermeisters.

Überreither verfolgte in den kommenden Tagen ganz offen einen Kurs der Demonstration und Konfrontation, ganz im Gegensatz zu Obstl. Ringel, dem Leiter des „Nationalsozialistischen Soldatenrings (NSR)“, der seine Leute - in Graz über 500 Mann - ausschließlich auf Befehl Berlins oder Wiens einsetzen wollte.

Schuschnigg veranlaßte unterdessen, aufgrund der Ereignisse zusätzliches Militär aus dem Burgenland und Niederösterreich in die Steiermark und nach Graz zu verlegen, darunter auch Artillerie- und Fliegerkräfte. In der Stadt wurde gefechtsmäßig Aufstellung bezogen, MG-Stellungen und Straßensperren errichtet. Drohend zogen Maschinen des Bundesheeres über der steirischen Landeshauptstadt ihre Kreise...

Alfons Gorbach wurde schließlich auf Veranlassung des neuen von Hitler eingemahnten Innenministers Seyß-Inquart als Führer der Vaterländischen Front abgelöst. Am 25. Februar ging auch Bürgermeister Schmied, dieser jedoch auf Veranlassung von Landeshauptmann Stepan als Reaktion

23 Vgl. dazu auch das Originalzitat bei Karrer, Steiermark, S. 44

auf die Ereignisse des 24. Februar und der damit verbundenen Beflaggung des Grazer Rathauses.²⁴

Am 1. März 1938 besuchte der neue Innenminister Seyß-Inquart Graz. Sein Besuch artete erneut in einer nationalsozialistischen Großkundgebung aus, die wiederum von der Polizei nicht behindert wurde.

Was folgte, ist allgemein bekannt. Der letzte Versuch Schuschniggs, mit einer Volksabstimmung noch einmal Herr der Lage zu werden, wurde von den Ereignissen überrollt. Zu einer Volksabstimmung sollte es nicht mehr kommen (zumindest nicht zu der von Schuschnigg beabsichtigten). Am 12. März marschierte die Deutsche Wehrmacht in Österreich ein. Die Ereignisse des Februar und März jedoch bescherten der steirischen Landeshauptstadt die zweifelhafte Ehre, als „Stadt der Volkserhebung“ in die Geschichte eingehen zu müssen...

Nach dem „Anschluß“: Begriffswelten und Systeme der Gleichschaltung - allgemeine Erklärungsmuster zum Alltag im Dritten Reich

Was bedeutete die „Gleichschaltung“ einer Stadt wie Graz nun eigentlich? Und: Welche Auswirkungen auf das soziale und gesellschaftliche Leben hatte der „Anschluß“ 1938 an Hitlerdeutschland?

Ziel der „Gleichschaltung“ war es, alle Bereiche der Gesellschaft zu durchdringen und in weiterer Folge zu beherrschen. Das Deutsche Reich sollte ein Einheitsstaat mit straff organisierter, zentraler Lenkung werden. So gesehen wundert es nicht, daß die neuen Machthaber bereits kurz nach dem

Anschluß bzw. der Volksabstimmung vom 10. April 1938 sofort darangingen, die entscheidenden Führungspositionen der Stadt mit eigenen Parteikadern zu besetzen. Alle Vollmachten wurden sukzessive auf die NSDAP bzw. die aus ihren Reihen gestellte Reichsregierung übertragen.

Gleichschaltung bedeutete aber auch die Übernahme aller wichtigen Verbände und Organisationen des alten Österreich in die NSDAP. Diese wurden nun meist in Gliederungen bzw. angeschlossene Verbände der Partei umgewandelt oder - wo das nicht erwünscht war - einfach aufgelöst. Auf diese Weise versuchte die Parteiführung eine lückenlose Kontrolle aller Teile der Gesellschaft zu erreichen.

Staat und Partei sollten also eine Einheit werden. Im „Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ vom 1. Dezember 1933 war die NSDAP daher offiziell als „Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem Staat unlöslich verbunden“ verankert worden.²⁵

Die Partei hatte nun dafür zu sorgen, daß die ihr angeschlossenen ehemals österreichischen Organisationen nationalsozialistisch durchdrungen und nach dem Führerprinzip hierarchisch gegliedert würden. Kein Bereich des öffentlichen Lebens blieb daher in weiterer Folge von diesen Zwangsmaßnahmen unberührt.

Der Mensch als Volksgenosse

Nach den Vorstellungen Adolf Hitlers sollte der Mensch „wieder in sein Volk integriert“ werden. Dazu war es notwendig, auf möglichst viele Volksgenossen ununterbrochen Einfluß auszuüben. Gewaltige und pompöse

24. Slogan selbst mußte im Sog der sich überstürzenden Ereignisse am 3. März demissionieren (Anm. d. Vert.).

25. Reichsgesetzblatt 1933, Nr. 135, S. 1018.

Massenveranstaltungen und Aufmärsche waren an der Tagesordnung. Der Einzelne sollte ganz in der Volksgemeinschaft aufgehen, die Ziele wurden von der Partei vorgegeben.

Diesem propagandistischen Trommelfeuer der Staatsführung sollte sich niemand entziehen können. Die technischen Möglichkeiten des neuen Massenmediums Radio spielten dabei der nationalsozialistischen Propaganda zusätzlich in die Hände. Totale Kontrolle und Zensur aller Printmedien trugen ein übriges zu einer vorher nie gekannten Durchdringung der Gesellschaft mit nationalsozialistischer Ideologie bei. Selbst zuhause oder im Kino sollte man das Gefühl haben, „dabei“ zu sein: Der Mensch als unmittelbarer Teil einer großen Volksgemeinschaft, die keine Unterschiede kannte.

Die Grenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatsphäre verschwammen allmählich immer mehr: Man war nicht mehr „nur“ Mutter, man gehörte nun zur „Organisation deutscher Mütter“, die Jugend wurde in der HJ und im BDM organisiert und kaum ein Vater, der nicht irgendeiner Teilorganisation der NSDAP angehörte. Politik und Privatleben vermengten sich zusehends auf der geistigen Töpferscheibe eines Goebbels und Rosenberg.

Vor dem Hintergrund dieser totalen Kontrolle wurde um die Nation eine geistige Mauer gezogen. Innerhalb dieser Mauer wurde die NS-Ideologie als die „Wahrheit“ verkündet - eine Wahrheit, die als „gegeben“ hingenommen wurde, da sie - quasi als Naturgesetz - „auf ewig durch die Rasse garantiert“²⁶ schien.

Diese Ideologie fiel vielfach auf äußerst fruchtbaren Boden - so auch in Österreich und in der Steiermark. Auch ein Kurt Schuschnigg wußte um die Möglichkeiten

der Massenbeeinflussung - ein Blick über die Grenzen genügte da. Dennoch konnten die Nationalsozialisten „ihre“ Ideologie ungleich besser verkaufen als das austrofaschistische Regime Schuschnigg, der sich nie aus dem Schatten des deutschen Diktators zu lösen vermochte und auch keine so spektakulären wirtschaftlichen Erfolge auf seiner Seite verbuchen konnte.

Als Grund für die (anfänglich) große Begeisterung weiter Teile der steirischen Bevölkerung für Hitler sind eine ganze Reihe von Faktoren zu nennen, deren detaillierte Untersuchung an dieser Stelle aus Platzmangel aber unterbleiben muß. Unbestritten ist jedoch, daß viele Österreicher vor allem ihre wirtschaftlichen Hoffnungen auf den Mann setzten, der Deutschland aus der Depression und Weltwirtschaftskrise zurück ins Konzert der europäischen Großmächte geführt hatte.

Die Mittel, die er dabei anwandte, wurden zwar von vielen nicht immer gutgeheißen, doch angesichts der wirtschaftlichen und auch politischen „Erfolge“ des „deutschen Führers und Reichskanzlers“ wurden Bedenken durch solch „normative Kraft des Faktischen“ bald weggewischt. Denn im Mittelpunkt des Lebens der durchschnittlichen Familie standen vor allem die Beseitigung der drückenden Arbeitslosigkeit und die Bhebung der sozialen Mißstände - vor diesem Hintergrund wird die anfängliche Begeisterung Tausender für den Anschluß an das Deutsche Reich zumindest nachvollziehbar.

Auch die innenpolitisch völlig verfahrenere Situation, in die sich das Regime Schuschnigg hineinmanövriert hatte, schien durch das neue Zugehörigkeitsgefühl zu einem neuen, größeren und „besseren“

26. George L. Mosse, *Der nationalsozialistische Alltag. So lebte man unter Hitler*. Königstein 1978, S. 3.

Ganzen auf den ersten Blick wie weggeblasen. Es schien zusammenzuwachsen, was nach Meinung vieler Österreicher schon immer zusammengehörte - zumindest jedoch seit 1918.

Diese Auffassung deckte sich im übrigen mit dem politischen Weltbild jenes Mannes, der seine Heimat nun, 1938, endlich „heim ins Reich“ geholt hatte:

*„Deutschösterreich muß wieder zurück zum großen deutschen Mutterlande, und zwar nicht aus Gründen irgendwelcher wirtschaftlichen Überlegungen heraus. Nein, nein: Auch wenn diese Vereinigung, wirtschaftlich gedacht, gleichgültig, ja selbst wenn sie schädlich wäre, sie müßte dennoch stattfinden. Gleiches Blut gehört in ein gemeinsames Reich.“*²⁷

Jugend unterm Hakenkreuz

*„Unsere Frau Oberlehrerin hat uns schon so oft erzählt, daß Du die Kinder so gerne hat. Ich hab Dich auch so lieb, aber ich kann mich garnicht freuen, da mein lieber Vati schon solange in Schutzhaft ist und ich ihn nie sehen kann. Bitte gib mir meinen Vati wider.“*²⁸

Gerhard Salfer (Linz) an Adolf Hitler, 8. April 1938

Der Nationalsozialismus war eine junge Bewegung. Ja, mehr noch. Die Jugend selbst war der Schlüssel zu dieser Bewegung. Auch in Österreich fand Hitler - wie Jahre zuvor in Deutschland - einen jugendlichen Nährboden aus Hoffnungslosigkeit, Unzufriedenheit, Arbeitslosigkeit und Rebellion gegen schulische Einrichtungen aber auch

das eigene Elternhaus vor. Die nationalsozialistische Bewegung trachtete diese (teilweise alters- und entwicklungsbedingten) Stimmungen und Strömungen natürlich nach Kräften zu nutzen.

In der Hitlerjugend (HJ) waren schließlich alle deutschen Jugendlichen staatlich organisiert. Zuerst auf freiwilliger Basis, ab März 1939 gemäß der Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Hitlerjugend schließlich verpflichtend. Die Teilnahme an den Veranstaltungen wurde zum „Ehrendienst am Deutschen Volke“.²⁹

Die gesamte Jugend des Deutschen Reiches wurde organisatorisch in der „Hitlerjugend“ zusammengefaßt. Dabei wurde innerhalb der Organisation zwischen dem männlichen Part, eben der Hitlerjugend, d.h. den 14-18-jährigen Jungen, und dem weiblichen Pendant, dem „Bund Deutscher Mädel (BDM)“, d.h. den 14-21-jährigen jungen Frauen, unterschieden.

Diesem Organisationsschema eingegliedert waren noch die angeschlossenen Jugendverbände der 10-14-jährigen, das „Deutsche Jungvolk (DJ)“ und der „Jungmädelsbund (JM)“. Streng hierarchisch nach dem Führerprinzip gegliedert umfaßte die Hitlerjugend 1939 insgesamt 8.870.000 Mitglieder, 765.000 davon waren Führer und Führerinnen.³⁰

Alle Aufgaben der HJ waren bis ins Kleinste vorgeschrieben. Wöchentlich wurden Heimabende und Sportnachmittage abgehalten. Bei öffentlichen Veranstaltungen der NSDAP durften die Aufmärsche der HJ und ihrer Jugendorganisationen natürlich auch nicht fehlen.

27 Adolf Hitler: Mein Kampf, Zentralverlag der NSDAP, München 1938, S. 1

28 Bundesarchiv Koblenz (BA) NS 10 384 ediert bei: Beatrix und Helmut Hofer (Hrsg.): Die Rückseite des Hakenkreuzes. Absonderliches aus den Akten des Dritten Reiches, 2. Aufl., München 1994, S. 157

29 Jugenddienstverordnung vom 25. März 1939; Zweite Durchführungsverordnung zum Reichsgesetzblatt 1936 I, S. 993

30 Diese FührerInnen waren im Schnitt höchstens 2-4 Jahre älter als die Jungen und Mädchen in ihren jeweiligen Abteilungen. [Anm.d. Verf.]

Ein wichtiger Punkt in der nationalsozialistischen Erziehungsarbeit war die totale Ausrichtung des Einzelnen auf Adolf Hitler und die Partei. Eine Entfremdung vom Elternhaus wurde dabei durchaus in Kauf genommen, ja war sogar ausdrücklich erwünscht.

Die Partei selbst sollte nun den wesentlichen Part in der Kindererziehung übernehmen. Dabei wurden individuelle Einflüsse des Elternhauses nur als störend oder für die NSDAP sogar schädlich angesehen. Die Schule³¹ als traditionelles Erziehungsinstrument trat dabei in den Hintergrund.³²

Die zahlreichen Untergliederungen der HJ in Reiter-, Marine-, Motor- oder sogar Flieger-HJ sollten den verschiedenen Interessen der (männlichen) Jugendlichen Rechnung tragen. Dies alles geschah vor allem unter dem Gesichtspunkt der Wehertüchtigung und vormilitärischen Ausbildung.³³ Im Krieg schließlich wurden die Jungen und Mädchen der HJ für umfangreiche und mannigfaltige Hilfs- und Sonderdienste herangezogen: So waren auch die Grazer Jugendlichen verstärkt mit den zahllosen Sammelaktionen beschäftigt, wie z.B. für das Winterhilfswerk, Altkleider- oder sonstige Altmaterialiensammlungen. Mit zunehmender Dauer des Krieges wurden die Einsätze härter und hatten nichts mehr mit der ursprünglichen Lagerfeuerromantik gemein, die noch vor dem Krieg viele Jugendliche als so abenteuerlich empfunden hatten: Seit 1943, seit der alliierten Landung in Italien, lag auch Graz im Bomben-

hagel der alliierten Geschwader, die fast täglich ihren Weg über die Steiermark nach Wien suchten, so sie nicht steirische Ziele selbst angriffen. Nach den Bombenangriffen auf Graz mußten auch HJ-Mitglieder Hand anlegen, den Schutt aufräumen, die Toten bergen. Als die Front immer näher an die steirischen Grenzen heranrückte, wurden die Kinder zum Schanzen geschickt: Fieberhaft versuchte man ab Herbst 1944, den sog. „Südostwall“ fertigzustellen, der die letzte Verteidigungslinie des Deutschen Reiches in diesem Abschnitt der Ostfront sein sollte. Auch Tausende HJ-Mitglieder wurden zum Bau dieses Walls in die Südoststeiermark entsandt. Daneben wurden viele steirische Jungen an der Flak ausgebildet.³⁴ Kinder verteidigten ein untergehendes Regime. Auch im Volkssturm - Hitlers letztem Aufgebot aus Kindern und alten Männern - kamen HJ-Mitglieder zum Einsatz. Tausende dieser völlig unzureichend ausgerüsteten und ausgebildeten „Pimpfe“ fanden dabei einen frühen Tod.

„Frau sein“ im Nationalsozialismus

Spricht man für die Kriegszeit 1939-1945 vom Alltag der Daheimgebliebenen, so ist damit vor allem der Alltag der Frauen gemeint.

Die Frau hatte im Bild der nationalsozialistisch-gleichgeschalteten Gesellschaft einen ganz bestimmten, ihr zugewiesenen Platz einzunehmen: „Die Frau in das Hauswesen,

31 Vgl. speziell zu Fragen der schulischen Erziehung in Graz den Beitrag von Christa Schilling, „Von der Nazifizierung der Schule bis zur Kinderlandverschickung“, Die Grazer Schulen und Bildungseinrichtungen in der NS-Zeit - im vorliegenden Band. [Anm.d.Verf.]

32 Vgl. dazu Harald Focke, Uwe Reimer, Alltag unterm Hakenkreuz. Wie die Nazis das Leben der Deutschen veränderten, Reinbek bei Hamburg 1979, hier vor allem S. 77-121

33 Vgl. über das System der Hitlerjugend und die damit verbundene nationalsozialistische Indoktrination allgemein Eva Sternheim-Peters, Die Zeit der großen Täuschungen, Eine Jugend im Nationalsozialismus, Bielefeld 1992, hier vor allem Kapitel IV.

34 Siehe dazu auch Erwin A. Schmidl, Bundesheer Wehrmacht, Luftkrieg und Kriegsende in Graz, im vorliegenden Band.

der Mann an die Arbeitsstätte“ hatte schon am 23. Oktober 1933 - kurz nach Hitlers Machtergreifung in Deutschland - der „Völkische Beobachter“ gefordert. Noch im Jahr des Anschlusses 1938 stiftete Adolf Hitler „für hervorragende Verdienste gegen Geburtenschwund und Volkstod“ das sog. „Mutterkreuz“: „Erst wenn die Zahl der Wiegen die Zahl der Särge übersteigt, können wir frohen Mutes in die bessere Zukunft blicken“ bemerkte damals das SS-Blatt „Das Schwarze Korps“.³⁵

Am 12. August jedes Jahres³⁶ wurden kinderreiche Mütter mit dem „Ehrenkreuz der deutschen Mutter“ bedacht. „Bronze“ gab's für vier Kinder, „Silber“ bei sechs sowie „Gold“ für acht und mehr Kinder. Im August 1939 wurden erstmals insgesamt 3 Millionen deutscher Frauen auf diese Weise „geadelt“. Bereits einen Monat später mußten eben diese Mütter ihre Kinder in den größten Krieg der Menschheitsgeschichte entlassen, aus dem Millionen nie mehr zurückkehren sollten...

Zahlreiche Anreize wurden von staatlicher Seite geschaffen, um eine möglichst hohe Geburtenrate zu garantieren: Vor allem das neue „Ehstandsdarlehen“ von 1.000 Reichsmark sollte als Katalysator für Eheschließungen wirken: Die Eheschließungsrate schnellte tatsächlich in den ersten Jahren nach der Machtergreifung steil nach oben. Hierbei ist jedoch die Frage zu stellen, inwieweit dieser Trend direkt auf die nationalsozialistische Kampagne zurückzuführen ist: Die Millionen Toten des Ersten Weltkrieges hatten naturgemäß in der

Nachkriegszeit zu weniger Eheschließungen geführt. Nun war eine neue Generation von jungen Männern herangewachsen und in heiratsfähigem Alter. Interessant aber spekulativ daher die Frage nach der Zahl der deutschen Eheschließungen ohne die materiellen Anreize des Regimes?³⁷

Tatsächlich war im Zusammenhang mit dem neuen Ehestandsdarlehen eine deutliche Steigerung der Geburtenrate zu verzeichnen, wenn auch der „Babyboom“ der zweiten Hälfte der 20er-Jahre nicht erreicht werden konnte. Zumindest jedoch im direkten Vergleich mit anderen europäischen Industrienationen lag die Geburtenrate in Deutschland hoch.³⁸ Trotzdem war der in den Industriestaaten einsetzende Trend zur Kleinfamilie auch für das nationalsozialistische Deutschland nicht mehr zu stoppen. Hier erwies sich die Sozialpolitik der Nationalsozialisten nun als zweiseitiges Schwert: Einerseits griff man auf das Frauenideal des 19. Jahrhunderts zurück und verbannte die Frauen wieder „zurück an den Herd“; andererseits jedoch erwiesen sich die umfassenden finanziellen Förderungen zur Familiengründung zwar als Katalysator für Eheschließungen, aber nicht zwingend als Garant für neues deutsches Großfamiliendum.³⁹

Zusätzlich zu den Ehestanddarlehen kam ein neues System umfangreicher Vergünstigungen, um die Geburtenrate nach oben zu treiben: Für jede Geburt wurden zunächst 25% Nachlaß auf die 3%-ige Zinsrate des Darlehens gewährt. Bei vier Kindern galt das Darlehen als getilgt. Pro Kind konnte die Familie 15% des

35 Vgl. Klaus Jörg Ruhl, *Brauner Alltag: 1933-1939 in Deutschland*, Düsseldorf 1981, S. 64

36 Der 12. August war das Geburtsdatum der Mutter Adolf Hitlers. [Anm. d. Verf.]

37 Vgl. Claudia Koonz, *Mütter im Vaterland. Frauen im Dritten Reich*, Freiburg 1991, S. 221

38 Vgl. dazu Dorothee Klinksieck, *Die Frau im NS-Staat*, Stuttgart 1982, S. 124 sowie Dörte Winkler, *Frauenarbeit im „Dritten Reich“*, Hamburg 1977, S. 49, zit. ebd. S. 222

39 Zusätzlich sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß alle Frauen, die das Ehestandsdarlehen in Anspruch nehmen wollten, auf ihre Erwerbsarbeiten verzichten mußten. Vgl. bei Coontz, Müller, S. 223f.

Bruttoeinkommens vom steuerpflichtigen Einkommen absetzen. Ab sechs Kindern zahlte man überhaupt keine Einkommensteuer mehr. Beim fünften Kind gab es überdies die Möglichkeit, einen prominenten Paten (meist einen Politiker) zu bestimmen.⁴² Auch die Einführung des Kindergeldes - wenn auch nur für Familien mit vier oder mehr Kindern - war eine Maßnahme, den „Volkstod“ verhindern zu helfen: 10 Reichsmark erhielten diese Familien für das dritte und vierte Kind, sogar 20 RM für das fünfte. Bei einem Durchschnittslohn eines Industriearbeiters von 140 RM ein nicht zu verachtendes Zubrot. Beamte, die sich verheirateten, wurden zudem in die nächste Dienststufe befördert.

„Erwählet zur tiefsten Verantwortlichkeit, als die zur Wahrung der Schwelle zwischen Leben und Untergang berufene Hüterin“, so wurde die Rolle der Frau vom nationalsozialistischen Regime klassifiziert⁴³. „In ihrer Möglichkeit besitzt die Frau ihre einzige, aber [...] zugleich eine einzigartige Schlüsselstellung, nicht zur Eroberung, nicht zur Beherrschung, aber Durchdringung der Welt...“⁴⁴ lautete die offizielle Diktion.

Schwere Strafen wurden für den Tatbestand der Abtreibung eingeführt: Ärzte mußten mit bis zu 15 Jahren Gefängnis rechnen, wenn sie solcher Art „Sabotage gegen Deutschlands rassische Zukunft“ vornahmen. Trotzdem war die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche höher, als die Zahl der Geburten in Deutschland. Nach einer Unter-

suchung der SS aus dem Jahre 1936 lag die Zahl bei 500.000. Statistiker schätzten sogar bis zu 1 Million Abtreibungen pro Jahr. In eben dieser Rechnung der SS wurde angeführt, daß Deutschland „in 20 Jahren über 200 Regimenter mehr“ verfügen könne, wenn man diese Schwangerschaftsabbrüche nur in den Griff bekäme. Auch Empfängnisverhütung war natürlich „nicht gesellschaftsfähig“: Geburtenkontrolle wurde verboten, alle Eheberatungsstellen geschlossen und durch rassennpflgerische Beratungsstellen ersetzt.⁴⁵

Um die jungen Frauen auf Mutterschaft und Ehe vorzubereiten, wurde im Jahr 1938 das BDM-Werk „Glaube und Schönheit“ ins Leben gerufen. Hier sollten den 18-20-jährigen die notwendigen Kenntnisse in Hauswirtschaft, Schönheitspflege und Gesundheitsdienst aber auch in NS-Ideologie vermittelt werden. Zusätzlich wurden Mütter durch das Partei-Hilfswerk „Mutter und Kind“ - einer Teilorganisation der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) unterstützt. „Förderungswürdige, erbtüchtige, hilfebedürftige deutsche Familien“⁴⁶ erfuhren verschiedenste Betreuung- und Unterstützungsmaßnahmen, von der Fahrpreisermäßigung bei der Deutschen Reichsbahn bis hin zu Einrichtungen wie Heimen für alleinstehende Mütter, Haushaltshilfen und Ernährungszuschüssen. Auch wurden zahlreiche Kindertagesstätten der NSV, sog. „Stätten der nationalsozialistischen Menschenführung“⁴⁷ eingerichtet.

40 Diese Möglichkeit wurde allerdings sofort wieder abgeschafft, als sich herausstellte, daß der alte Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler „den Rang ablief“. Vgl. ebd., S. 221.

41 Vgl. Deutsche Frauen, Bildnisse und Lebensbeschreibungen, (wahrscheinlich Hrsg. v. der NSDAP, Ann.d.Vert.) Berlin 1939, S. 12.

42 Vgl. ebd.

43 Vgl. Coortz, S. 222f.

44 Siehe bei Rühl, Brauner Alltag, S. 70.

45 Vgl. ebd.

Kinder waren dem nationalsozialistischen Staate also hoch willkommen. Doch es mußten erbgesunde Kinder sein, „Kinder reinen Blutes“. Menschen, die körperliche Mißbildungen hatten, geistig behindert waren oder etwa an Epilepsie litten, auch blinde oder taube Kinder, sollten nach dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 26. Juli 1933 sterilisiert werden. Sterilisierten Menschen jedoch war das Heiraten verboten.

Ähnlich verhielt es sich im Falle einer ehelichen Verbindung mit Juden. Durch das „Gesetz zum Schutze deutschen Blutes und deutscher Ehre“ vom 15. September 1935, waren Heiraten zwischen „Ariern“ und Juden untersagt.

Während die deutsche Frau also die Mutterrolle - und nur diese - zugewiesen bekam, wurden viele berufstätige Frauen aus ihren Stellungen entfernt, selbst aus hohen Positionen. Dazu Propagandaminister Joseph Goebbels:

„Die Frau hat die Aufgabe, schön zu sein und Kinder zur Welt zu bringen. [...] Die Entfernung der Frau aus dem öffentlichen Leben geschieht nur, um ihnen die Familien wieder zurückzugeben...“⁴⁶

Diese „Zurück an den Herd“-Bewegung schwächte sich erst ab, als Vollbeschäftigung und Arbeitskräftemangel die Rückkehr von Frauen in vielen Fällen unabdingbar machte, vor allem in die Rüstungsindustrie. Verantwortungsvolle Spitzenstellungen blieben den Frauen jedoch weiterhin verwehrt: Ab 1936 durfte in Deutschland beispielsweise keine Frau

mehr den Posten eines Richters oder Staatsanwaltes bekleiden. Die Begründung der NS-Ideologen war einfach und für den Volksgenossen verständlich: Schließlich könnten Frauen „nicht logisch denken und objektiv urteilen, sondern entschieden nur nach ihrem Gefühl.“⁴⁷

Die Eingriffe des Regimes in die weibliche Privatsphäre nahm vielerorts beängstigende Formen an:

Rauchende Frauen wurden ab sofort nicht gerne gesehen, was beispielsweise den Erfurter Polizeipräsidenten bereits 1933 veranlaßte, in den Lokalen Schilder mit der Aufschrift „Damen werden gebeten, nicht zu rauchen“ anbringen zu lassen.⁴⁸

Auch Make-up galt als „undeutsch“ und „orientalische Kriegsbemalung [...] nur für die sinnlichen Gesichter und Lippen von Levantinerinnen“ geeignet.⁴⁹

Deutschland „brauche keine Frauen, die auf den Fünf-Uhr-Tees schön tanzen könnten, sondern Frauen, die durch sportliche Leistungen ihre Gesundheit bewiesen hätten. Und zum Gesundwerden taue der Speer oder der Sprungstab besser als der Lippenstift.“⁵⁰

Die Kreisleitung Breslau teilte dazu mit, daß „Frauen mit geschminktem Gesicht der Zutritt zu allen Veranstaltungen der NSDAP verboten ist.“⁵¹ „Die Amtsleiter“, so hieß es weiter, „sind angewiesen, eine entsprechende Kontrolle durchzuführen.“⁵²

Gesichtskontrolle für die deutsche Frau - Alltag im Nationalsozialismus.

46 Vgl. ebd., S. 73.

47 Vgl. ebd., S. 75.

48 „Frankfurter Zeitung“ vom 22. August 1933.

49 Vgl. Ruhl, Brauner Alltag, S. 75.

50 „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Juni 1937.

51 „Silesische Tageszeitung“ vom 7. August 1933.

52 Vgl. ebd.

Als Adolf Hitler im März des Schicksalsjahres 1938 seine ursprüngliche Heimat „heim ins Reich“ holte, hatte er - und seine nationalsozialistische Führungselite (allen voran der für Propaganda zuständige Dr. Joseph Goebbels) - schon umfassende Erfahrungen im Umgang und Installierung von „Gleichschaltung“ der deutschen Gesellschaft gemacht.

Es mag daher kaum verwundern, daß Hitler danach trachtete, eben diese Gleichschaltung parallel zu den für die „Ostmärker“ ohnehin notwendigen wirtschaftlichen Integrationsmaßnahmen mit Hochdruck voranzutreiben.

Oberstes Ziel der NS-Machthaber war dabei die völlige und lückenlose Beherrschung der öffentlichen und natürlich der veröffentlichten Meinung. Diese beiden möglichst zur Deckung zu bringen, stellte eine der Hauptaufgaben des Reichspressechefs und Propagandaministers dar. Jene Reste von Pressefreiheit, die 1938 vor dem Anschluß in Österreich noch existiert hatten, galt es demzufolge möglichst schnell und mit Nachdruck zu beseitigen.

Die nationalsozialistische Vorstellung von der Beherrschung der öffentlichen Meinung bezog sich dabei nicht nur auf die bereits angesprochenen Printmedien, sondern betraf natürlich insbesondere auch die beiden noch vergleichsweise jungen „Instrumente“ Radio und Film.

Verantwortlich für die Koordinierung der propagandistischen Gleichschaltung waren das Gaupresseamt und das Gaupropagandaamt.

Printmedien

Direkt dem Propagandaministerium (Abteilung IV) unterstellt war die sog. „Reichspressekammer“. Über Landesstellen kontrollierte diese praktisch das gesamte Pressewesen im Dritten Reich.

Die Reichspressekammer selbst war in sog. „Fachverbände“ und „Fachschaften“ organisiert, so z.B. in den Fachverband der Rundfunkpresse, die Fachschaft der katholisch-kirchlichen Presse etc..

Den Anordnungen des Reichspressekammerpräsidenten entsprechend mußten zwischen 1933 und 1939 im Deutschen Reich rund 1.500 (!) Zeitungverleger aus politischen Gründen ihre Tätigkeit einstellen. Das Angebot der deutschsprachigen Zeitungen ging im gleichen Zeitraum von 4.700 auf 977 zurück.⁵³

Wie groß die Versuche der NSDAP waren, durch Übernahme verschiedener Blätter direkte Sprachrohre für die Partei zu erwerben, zeigt ein Vergleich der Auflagenanteile 1933 und 1939: Diese stiegen für in Parteibesitz befindliche Blätter deutschlandweit im Beobachtungszeitraum von 2,5% auf nicht weniger als 82,5%!

Gerade bei der Presse legte die nationalsozialistische Führung besonderen Wert auf totale Gleichschaltung. Die „geistige Einwirkung auf die Öffentlichkeit“⁵⁴ wie sie im Reichsgesetzblatt als wichtigste Aufgabe eines (nationalsozialistischen) Redakteurs definiert war, sollte ein Eckpfeiler deutscher Propaganda werden - neben dem Medium Radio und dem Film.

53 Vgl. bei Hilde Hammer, Elisabeth Bartsch, Nationalsozialismus. Begriffe aus der Zeit der Gewaltherrschaft 1933-1945. Hamburg 1992, S. 171

54 Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, Nr. 111, S. 713

Um diesen Plan der totalen Printmedienkontrolle auch entsprechend in die Tat umsetzen zu können, wollte man sich nur auf absolut linientreue, den Ideen und Idealen des Nationalsozialismus „verschriebene“ Redakteure verlassen.

Eine willkommene Gelegenheit, unliebsame Kritiker ein für alle Mal mundtot zu machen, ergab sich dann in Folge durch das sog. „Schriftleitergesetz“ vom 4. Oktober 1933, wodurch alle Journalisten, die Juden waren oder mit Juden verheiratet oder sonst den neuen Machthabern ob ihrer kritischen Ansichten ein Dorn im Auge waren, aus ihren Stellungen entfernt wurden.⁵⁵

Wie - im ideologischen Sinne - streng die Auswahlkriterien für jene waren, die dann für die Reichspressekammer, d.h. im Rahmen einer Zeitung - arbeiten und schreiben durften, demonstriert am besten die Handhabung des sog. „Arierparagraphen“, der durch die Forderung des Kammerpräsidenten bezüglich des zu erbringenden „Ariernachweises“ sogar noch übertroffen wurde:

Mitglieder der Reichspressekammer mußten für sich (und den Ehegatten) den gleichen Anforderungen gerecht werden, wie ein SS-Anwärter: Der Nachweis „arischer“ Abstammung mußte laut Anordnung des Reichspressekammerpräsidenten vom 15. April 1936 lückenlos bis ins Jahr 1800 zurückverfolgbar sein:

„Wer diesen Nachweis nicht führen kann, hat innerhalb eines von mir bestimmten Zeitraumes seine Tätigkeit in der deutschen Presse einzustellen, es sei denn, daß eine

vorübergehende oder dauernde Ausnahme bewilligt worden ist...“⁵⁶

Graz

Wie sah die Lage der Printmedien nun aber speziell in Graz aus?

Der personelle Umbau, der nach dem 12. März auch in Graz in allen Sparten des öffentlichen Lebens umgehend vorgenommen worden war, fand freilich in der Presse keinen Platz, war also „kein Thema“. Ein Faktum, das die neuen Medienverhältnisse im Land bereits hinreichend charakterisierte. Ähnliches galt selbstverständlich auch für die zahllosen Verhaftungen und Verschleppungen Tausender Steirerinnen und Steirer, die kurz nach dem Einmarsch von SD und Gestapo vorgenommen worden waren. Statt dessen begann man, den zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwung in den schillerndsten Farben anzukündigen und ließ den „Führer“ und die Leistungen der NSDAP hochleben.⁵⁷

Schon vor dem Anschluß kam es im Rahmen der zahlreichen nationalsozialistischen Großdemonstrationen im Februar und März 1938 zu spontanen „Übernahmen“ einzelner Druckereien durch steirische SA-Trupps. Diese „Besetzungen“ erfolgten meist zum Zweck der Drucklegung von Flugblättern, welche Forderungen wie „Weg mit Gorbach“ zum Inhalt hatten oder zur „Beseitigung des Untermenschentums in der Beamenschaft“ aufriefen. Auch versprach man den (illegalen) Nationalsozialisten eine „baldige Erlösung“ und stellte

55: Vgl. ebd.

56: Vgl. Joseph Wulf, *Presse und Funk im Dritten Reich*, Reinbeck bei Hamburg 1966, S. 226.

57: Vgl. bei Franz Joseph Desaut., *Presse, Rundfunk, Theater und Kino in Graz 1938*, in: *Graz 1938* (= Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, Graz 1988, S. 353-381), hier S. 359.

den „Tag der Abrechnung und Vergeltung“ in Aussicht.⁵⁸

Nach erfolgtem Einmarsch begann nun auch in Graz eine umfassende Nationalsozialisierung, die in weiterer Folge speziell im Bereich der Printmedien eine deutliche Zäsur zu früheren Verhältnissen bedeutete:

Die Zeitungen - eine Auswahl

Die „Tagespost“, eine Zeitung der Leykam-A.G., einst ein antiklerikales, liberales Blatt, wandelte sich im Laufe der 20er-Jahre immer mehr zu einer nationalen Zeitung, die nach Hitlers Machtergreifung in Deutschland aus seinen stark nationalsozialistischen Tendenzen bald keinen Hehl mehr machte. Es verwundert daher wohl niemanden, daß diese „günstigen Voraussetzungen“ schließlich nach dem Anschluß 1938 in einen baldigen Verkauf des Gesamtunternehmens an die NSDAP mündete. Kurze Zeit später erfolgte die Umwandlung des Unternehmens in „NS-Gauverlag und Druckerei Steiermark Ges.m.b.H.“⁵⁹

Trug die „Tagespost“ ab 1939 im Untertitel die Apposition „Stadt der Volkserhebung“, so erschien sie nach Kriegsende 1945 erst unter „Grazer Volkszeitung“, dann - nach dem Einmarsch der Roten Armee - den Titel „Grazer Antifaschistische Volkszeitung“ und schließlich Ende Mai den Namen „Neue Steirische Zeitung - Organ der demokratischen Einheit“.

Die seit 1785 in Graz erscheinende „Grazer Zeitung“ (ab 1922 um den Untertitel „Mit Amtsblatt zur Grazer Zeitung“ erweitert) war das amtliche Organ der Steiermärkischen Landesregierung in der Ersten Republik, im Ständestaat und blieb es auch

noch nach dem Anschluß.

Anders das „Grazer Volksblatt“: Als ehemaliges Organ der Christlich-Sozialen Partei wurde die Zeitung nach dem Einmarsch Hitlers vorerst in nationalsozialistischen Besitz übernommen - womit eine primäre Kontrollbasis gegeben war. Über das ehem. Verlagshaus Styria - nun „Steirerdruck“ - erschien die Zeitung noch als „Grazer Volksblatt“ bis zum 31. März 1939 und danach unter dem neuen Namen „Südostdeutsches Tagblatt“. Mit Jahresende 1939 erlitt auch diese Zeitung das Schicksal hunderter anderer im Deutschen Reich: Man ließ sie sterben.

Die mit Abstand auflagenstärkste Grazer Tageszeitung war die „Kleine Zeitung“. Sowohl das kleine Format als auch der günstige Preis machten dieses Blatt des katholischen Pressvereines zur beliebtesten steirischen Zeitung, die mit einer Auflagenziffer von 70.000 Exemplaren an Wochentagen bzw. 105.000 Exemplaren an Wochenenden glänzen konnte. Es erscheint daher auch hier nicht weiter verwunderlich, daß gerade dieses weitverbreitete Massenmedium die Aufmerksamkeit der neuen Machthaber in besonderem Maße auf sich zog: Durch eine „Besetzung“ der Redaktion erzwangen SA-Männer bereits in der Nacht vom 12. auf den 13. März 1938 eine Änderung der politischen Blattlinie unter Androhung von Gewalt.

Die „Kleine Zeitung“ gab es während des gesamten Krieges, auch wenn sie am Ende wegen des allgemeinen Papiermangels nur noch aus wenigen Seiten bestand. Erschien man am Dienstag, dem 8. Mai 1945, noch mit dem Aufmacher „Kampf im Osten geht weiter!“⁶⁰ so hatten sich am nächsten Tag,

58 AWA, Nachlaß Lohmann, Karlén 7, „NS-Schriften und Propagandamaterial aus den Ostmarkgauen: Die Ereignisse des Feber und März 1938 in Graz und ihre Vorgeschichte“, zt.b. Staudinger, Entwicklung, S. 68

59 Vgl. Desput, Presse, S. 360ff.

60 „Kleine Zeitung“ vom 8. Mai 1945

am Tage des sowjetischen Einmarsches in Graz, die Dinge bereits grundlegend geändert (ohne, daß die Sowjets auf diese Ausgabe irgendeinen Einfluß gehabt hätten): „Der preußische Militarismus ist zusammengebrochen“⁶¹ war da zu lesen, eine Aussage, die den Verfasser noch 24 Stunden zuvor Kopf und Kragen gekostet hätte.

Was die Wochenzeitungen betrifft, so sei hier die einzige steirische Fotoillustrierte „Bilder-Welt“ erwähnt, die seit 1930 alle 14 Tage jeweils Sonntags erschien. Die „Montagszeitung“ hingegen (mit „Grazer Sportzeitung“) wurde bereits im Dezember 1938 eingestellt.

Für die Verfolgung der „neuen Blattlinie“ waren bei den Zeitungen die Hauptschriftleiter und jeweiligen Ressortchefs verantwortlich, die persönlich für die Befolgung der Anordnungen der neuen Machthaber hafteten.⁶²

Insgesamt erschienen zum Zeitpunkt des Einmarsches in Graz drei Tageszeitungen und achtzehn Wochenzeitungen. Innerhalb weniger Monate erfuhr auch die Vielfalt steirischer Publikationsorgane das gleiche Schicksal, wie Tausende deutsche Zeitungen seit Hitlers Machtübernahme 1933: sie wurden eingestellt oder - fusioniert. In der Steiermark waren dies zunächst die „Obersteirische Volkspresse“ und der „Steirische Bauernbündler“. Die „Knittelfelder Zeitung“ wurde mit der „Murtaler Zeitung“ zusammengelegt und verlor ihre Eigenständigkeit. Die „Grazer Montagszeitung“ ging wiederum in der „Tagespost“

auf. Weitere Beispiele ließen sich anführen.

Ein besonders kurioses Schicksal erfuhr die „Steirische Alpenpost“: Dieser kam aufgrund der Abtretung des steirischen Ausseerlandes an den Gau Oberdonau buchstäblich ihr Bundesland (bzw. ihr Gau) „abhanden“. 1940 ging sie schließlich in der „Salzkammergutzeitung“ auf.⁶³

Mit fortschreitender Dauer des Krieges waren die Zeitungen aufgrund der Papierknappheit bald gezwungen, ihren Umfang drastisch zu reduzieren. So bestanden viele Zeitungen bald nur noch aus wenigen Seiten, die zudem in Kleindruck erschienen, um den fehlenden Umfang wenigstens ansatzweise ausgleichen zu können.

Rundfunk

Das Ende des freien und unabhängigen Österreich bedeutete auch gleichzeitig das Ende der RAVAG: Bereits am Tage des Einmarsches deutscher Truppen wurde diese zentrale staatlich-österreichische Rundfunkanstalt durch die Reichsrundfunk GmbH Berlin übernommen.⁶⁴ Ab sofort wurden alle Sendeanlagen von der Deutschen Reichspost geleitet. Zwei Tage später erfolgte dann die offizielle Angliederung an die Hauptabteilung 7 der NSDAP-Landesleitung Österreich.⁶⁵

In Graz war die Abteilung „Rundfunk“ im Gaupropagandaamt der NSDAP Steiermark, geleitet von Franz Sigl, übergeordnet

61 „Keine Zeitung“ vom 9. Mai 1945.

62 Vgl. dazu Nora Aischacher, Die Presse der Steiermark von 1918 - 31. Juli 1955, Phil. Diss. Wien 1972, S. 221.

63 Vgl. eod.

64 Vgl. Theodor Venus, Von der „RAVAG“ zum Reichssender Wien, in: NS-Herrschaft in Österreich, hrsg. v. Emmerich Tálos, Ernst Hanisch und Wolfgang Neugebauer, Wien 1988, S. 301-319, hier S. 304ff.

65 Vgl. Elke Hammer, Medien in der Steiermark 1900-1999, unveröff. Manuskript zum Publikationsprojekt Stefan Kamber, „Die Steiermark im 20. Jahrhundert“, erscheint im Jahr 2000.

verantwortlich für alle Belange rund um das Medium „Radio“ in der Steiermark. Da sich für die bisherigen Sendeleiter, Wilhelm Pace und Ing. Gerhard Kasper⁶⁶, in der Nacht vom 11. auf den 12. März kein unmittelbarer Ersatz finden ließ, übten diese ihre Tätigkeit kurzzeitig weiter aus. Am nächsten Tag wurde für den Sender Graz- St. Peter schließlich ein Vertrauter des Alt-Landeshauptmannes Rintelen, Franz Huber, zum neuen Leiter bestimmt (allerdings gegen den Wunsch der steirischen NSDAP).

Nach der letzten Rede Kurt Schuschniggs und seinem unvergessenen „Gott schütze Österreich“ erfolgte unmittelbar anschließend die Ansprache Arthur Seyß-Inquarts. Danach wurden zwei Stunden lang überhaupt keine Nachrichten aus der Hauptstadt gesendet: Man spielte Schallplatten „deutscher Meister“. Um ca. 23 Uhr gab es dann erste Meldungen zur Umstellung des Kabinetts, danach begann auch die „Einschaltung der Musik“: Erstmals wurde das „Horst-Wessel-Lied“ gesendet, danach folgte der „Badenweiler-Marsch“.⁶⁷

Organisatorisch wurde der Rundfunk in Graz in das bestehende hierarchische Schema gepreßt, das auch für die Presse und den Film Gültigkeit bekommen sollte: Nachweise politischer Zuverlässigkeit, arischer Abstammung sowie die Mitgliedschaft in der Reichsrundfunkkammer wurden zur unabdingbaren Voraussetzung für eine Tätigkeit beim Rundfunk.⁶⁸ Graz wurde zu einem Bereichssender und

gehörte dem Reichssender Wien nun als Nebenstation an.⁶⁹ Im Juli 1939 wurde schließlich das „Ferry-Schloß“ in der Zusertalstraße von der Reichsrundfunkgesellschaft angekauft und zum neuen Funkhaus ausgebaut.

Am 22. Februar 1941 nahm man in Graz-Dobl einen der stärksten Mittelwellensender Europas in Betrieb: Seine Kapazität von 100 kW gestatte eine Abstrahlung bis nach Norwegen, Rußland und den gesamten Balkan. Sogar in Nordafrika war der „Deutsche Europa-Sender“, wie er genannt wurde, noch zu empfangen. Graz-Dobl war nicht zuletzt als Soldaten- und Propagandasender geplant worden und sendete daher auch zahlreiche fremdsprachige Programme.⁷⁰

Was den „Anschluß“ anbelangt, so stellte das Medium Radio in diesen hektischen Tagen einen nicht unbedeutenden Faktor für die nationalsozialistische Machtergreifung dar: Bereits der 12. März stand selbstverständlich im Zeichen massivster Propagandaanstrengungen via Rundfunk: Hitler-Zitate und zahlreiche politisch-ideologische Beiträge wurden begleitet von Marschmusik und NSDAP-Kampfliedern. Der ehemalige steirische „Gauléiter“ Walter Oberhaidacher, der mit einem Übertragungsteam nun nach Graz zurückkehrte, ließ zahlreiche Beiträge über die „Stadt der Volkserhebung“ erstellen. Mehrfach wurden solche Beiträge über Graz in jenen Tagen im ganzen Deutschen Reich ausgestrahlt. Vor allem die Reportagen über Hitlers Einzug in

66 Beide Horror waren noch in der Nacht telefonisch ihrer Ämter entzogen worden. [Anm.d. Verf.]

67 Vgl. Hammer, Medien, S. 24.

68 Vgl. allgemein bei Viktor Ergert, 50 Jahre Rundfunk in Österreich, Bd. 1, Wien 1975.

69 Spätere Pläne des steirischen Gauleiters Überleitner, Graz zu einem Reichssender ausbauen zu lassen, scheiterten am Widerstand Berlins und Wiens. Vgl. Hammer, Medien, S. 8.

70 Vgl. zum Sender Dobl vor allem die Ausführungen bei Paul W. Roth, Die Senderanlage Dobl - ein technisches Denkmal in: Geschichtsforschung in Graz, Festschrift zum 125-Jahr-Jubiläum des Instituts für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz, hrsg. v. Herwig Ebner, Horst Haselsteiner und Ingeborg Wiesflecker-Friedhuber, Graz 1990, S. 219-222; vgl. auch bei Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich, S. 73.

Graz (3. April) sowie den Besuch Hermann Görings am 29. März standen dabei im Mittelpunkt der Berichterstattung.⁷¹

Zwei Drittel der steirischen Haushalte verfügten im Jahr 1939 über ein Radiogerät. Das neue Regime trachtete vor allem, nur noch die neuen „Volksempfänger VE 301“ unter die „Volksgenossen“ zu bringen, wofür auch finanzielle Anreize geschaffen wurden. Ab dem Herbst 1938 war zusätzlich der sehr kostengünstige „Deutsche Kleinempfänger“ erhältlich - alles Geräte, deren gewollte technische Unzulänglichkeit das Abhören weiter entfernter Sender erschwerte oder überhaupt technisch unmöglich machte. Mit Kriegsbeginn 1939 galt das Abhören von „Feindsendern“ als „Rundfunkverbrechen“, Zuwiderhandelnde konnten sogar mit dem Tode bestraft werden.⁷²

Mit der Freiheit eines speziell „steirischen“ Sendeprogramms war es allerdings nicht weit her: Die Reichsleitung in Berlin machte genaueste Vorgaben über Form und Inhalt der verschiedensten Sendungen, sodaß selbst den steirischen Intendanten die Hände gebunden waren. Das „ostmärkische Rundfunkwesen“ war also vor allem ein „reichsdeutsches“. Es kam nicht selten vor, daß das Programm zu zwei Dritteln aus vom Reichssender Wien übernommenen Teilen deutscher Reichssender bestand. Was dann nach der zusätzlichen Einspeisung aus Wien an Sendezeit noch für die Steiermark übrigblieb, war oft nur marginal.

Mit Kriegsbeginn verringerte sich dann das Programmangebot speziell der Regionalsendungen noch mehr. Im Juni 1940 wurde

ein allgemeines Reichsprogramm eingeführt, das täglich 21 Stunden auf Sendung war. Zwei Drittel davon waren Musiksendungen, der Rest Beiträge politischer aber - im Zuge der Verschlechterung der militärischen Lage - auch immer mehr humoristischer Art. Man wollte durch die Vermittlung von „guter Laune“ die Volksgenossen, deren allgemeine Stimmung sich ab Sommer 1941 merklich verschlechtert hatte,⁷³ von der tristen Realität ablenken.

Das Medium Radio bekam im Krieg freilich noch eine weitere Funktion, jenseits der Unterhaltung und Propaganda, zugewiesen: Luftwarnungen wurden mittels des neuen Drahtfunks über das Telephonnetz, an das der Volksempfänger angeschlossen werden konnte, durchgegeben. Die normalen Rundfunksender mußten während eines Angriff ja abgeschaltet werden, da sie sonst von den alliierten Bombern hätten angepeilt werden können, was eine ungeheure Navigationshilfe für die anfliegenden Geschwader bedeutet hätte.

Zu Kriegsende erhöhte sich die Bedeutung des Radios durch die kaum mehr vorhandenen zusätzlichen Informationsmöglichkeiten - die Kinos waren geschlossen und die Zeitungen bestanden nur noch aus wenigen Seiten - noch mehr. Der Gehalt der gesendeten Informationen hatte jedoch mit der Realität auf den europäischen Schlachtfeldern nichts mehr gemein: noch am 7./8. Mai, als sich sowjetische Panzer bereits auf die Ries zubewegten, wurden im Radio Endsiegeparolen verbreitet...

71 Vgl. auch bei Desaut, *Presse*, S. 366f.

72 Vgl. auch den Beitrag von Helmut Gebhardt, *Die Justiz in Graz 1938-1945* im vorliegenden Band [Anm.d.Verf.]

73 Vgl. Hammer, *Medien*, S. 28.

In einer Hand konzentrierte Propagandamittel sind unabdingbare Voraussetzung zur Gleichschaltung und totalen Kontrolle eines totalitären Regimes. Information und Unterhaltung werden dabei zur politischen Institutionen geformt und mißbraucht.⁷⁴

Das noch vergleichsweise junge Medium „Film“ blieb von dieser Art Vereinnahmung gerade in Deutschland nicht verschont. Im Gegenteil. Das neue und äußerst populäre Forum der „laufenden Bilder“ erfreute sich bei Jung und Alt stetig steigender Beliebtheit.

Diesen Umstand hatten die nationalsozialistischen Führungseliten bereits sehr früh erkannt und trotz anfänglich erheblichen Geldmangels versucht, möglichst spektakulär für die eigene Propagandamaschinerie zu nützen:

So fanden bereits 1932 erstmals große Filmveranstaltungen unter freiem Himmel statt. Ein ganzer Stab von Sonderberichterstellern wurde rund um die Uhr eingesetzt, um gerade im großen Wahlkampfjahr möglichst präsent zu sein. Nach der Machtübernahme explodierte die Abteilung Film im zuständigen Propagandaministerium förmlich: 13 Landesfilmstellen, 32 Gaufilmstellen, 771 Kreisfilmstellen und nicht weniger als 22.357 Ortsgruppenfilmstellen unterstanden schließlich dieser Abteilung.

Der Film erhielt als Machtentfaltungs- und Machterhaltungsinstrument bei den Nationalsozialisten in der Folge höchste Priorität. Nur im Film konnte den Volksgenossen bildlich vor Augen geführt werden, wie „gleichgeschaltet“ alle Deutschen unter

dem neuen Regime „an einem Strang“ zogen. Hatten die nationalsozialistischen Führungskader nicht selbst immer wieder auf die Gefahr der Irreführung durch das Wort und die Schrift aufmerksam gemacht? Bilder, erst recht, wenn es sich um bewegte Bilder handelte, konnten nicht betrügen und wurden daher als Informationsträger (damals noch) als äußerst verlässlich und glaubwürdig empfunden. Die Chance, praktisch selbst bei einem Leinwandereignis „dabei“ zu sein, wirkte sich auf die objektiven Beurteilungskriterien der im Umgang mit dem neuen Massenmedium noch ungeübten „Opfer“ oft verherrlichend aus. Bildmanipulationen und -fälschungen sowie der geschickte Einsatz von propagandistisch-unterschwelligem Stilmitteln aller Art machten den Film zu einem für die deutsche Führung unverzichtbaren Propaganda- und Steuerungsinstrument.

Die strikte Organisation aller Filmschaffender und aller mit diesem Medium in Zusammenhang stehender Institutionen ließ daher nicht lange auf sich warten: Bereits im Juli 1933 hatte man in Deutschland eine (provisorische) Filmkammer eingerichtet, in die alle Regisseure und Produzenten zwangsverpflichtet wurden. Auch hier nahm man die „Gelegenheit“ wahr, um „politisch-Unzuverlässige“ und vor allem jüdische Filmemacher und -produzenten aus der Branche zu eliminieren.

Hauptinstrument der Informationsberichterstattung war die Wochenschau.⁷⁵ Um diese Wochenschauen zu einem geeigneten Propagandainstrument umbauen zu können, war es vorerst notwendig, selbige für alle Kinovorführungen durch entsprechende Verordnung verpflichtend einzuführen. Ja,

74. Vgl. Gerhard Jagschitz, *Filmpropaganda im Dritten Reich*, in: *Propaganda und Gegenpropaganda im Film 1933-1945*, hrsg. v. Österreichischen Filmmuseum, Wien 1972, S. 19-39, hier S. 22.

75. Vgl. Desput, *Presse*, S. 377.

man ging sogar noch einen Schritt weiter: Um die psychologische Wirkung des Gezeigten zu erhöhen, wurde weiters verfügt, daß nach jeder Wochenschau das Licht in den Kinosälen erneut für mindestens 3 Minuten aufgedreht werden mußte. Während der Vorführung selbst durfte niemand das Kino betreten oder verlassen, es kam sogar vor, daß die Notausgangstüren während dieser Zeit verschlossen wurden.⁷⁶

Was die Themen der gezeigten Wochenschauen anbelangt, so stand natürlich der Krieg ab 1939 im Zentrum der Berichterstattung. Hatte man vor dem Beginn der Kampfhandlungen die einzelnen Schauen noch aus durchschnittlich 3.000 Meter Rohmaterial zusammengestellt, so wuchs die Menge des verwendeten Filmmaterials im Krieg auf bis zu 55.000 Meter Film an. Davon waren ca. 3/4 allein militärisches Material, der Rest zivile Beiträge. Eine Wochenschau umfaßte insgesamt ca. 1.200 Meter Film und wurde bis zu 2.000 mal vielfältigt.⁷⁷

1938 existierten in der steirischen Landeshauptstadt insgesamt 10 Lichtspieltheater. Wie nicht anders zu erwarten, wurden diese Grazer Kinos sofort nach dem Einmarsch der deutschen Truppen zur propagandistischen Vorbereitung der geplanten Volksabstimmung vom 10. April genutzt. Dabei wurden jedoch geschickt die bereits laufenden Spiel- und Unterhaltungsfilme im Programm belassen (sofern diese politisch „unbedenklich“ waren) und mit der „Deutschen Wochenschau“ sowie einer Reihe von Propagandastreifen „garniert“:

Das hier Gezeigte hatte eigentlich nur ein

Thema zum Inhalt: Die Überlegenheit des Nationalsozialismus in Punkto (wirtschaftlicher) Leistungsfähigkeit möglichst eindrucksvoll hervorstreichend. Die Grazerinnen und Grazer bekamen Streifen wie „Deutsches Schaffen, Deutsches Können“, „Hände am Werk“ oder „Deutsche Autobahnen“ präsentiert.

Auch Filme wie „Scharnhorst“ oder „Waffenträger der Nation“ durften natürlich nicht fehlen. „Jeder Österreicher muß diese Filme gesehen haben; sie zeigen, was Deutschland erreicht hat und was wir erreichen werden“ lautete die zukunftsfrohe Botschaft auf den einschlägigen Filmplakaten damals.⁷⁸

Auch die ersten „Dokumentationen“ des Anschlusses ließen nicht lange auf sich warten: „Die nationale Erhebung in Österreich“ oder „Ein Volk, ein Reich, ein Führer! Unser Führer in Linz und Wien. Die Zollschranken fallen, ferner Ausschnitte der letzten, bewegten Stunden in Graz vor unserer Befreiung“⁷⁹, ein Film der Bavaria-Tonwoche.

Das Annenhof-Kino präsentierte stolz den „ersten nationalsozialistischen Monumentalfilm in Graz“, Leni Riefenstahls „Triumph des Willens“, auf den noch einzugehen sein wird.

Die frühen Filme nach der Machtergreifung Hitlers waren noch eindeutig in die Kategorie „Kampfzeit“ einzuordnen. Trotzdem wurden sie anlässlich des Anschlusses Österreichs wieder aus der Filmkiste geholt: „SA-Mann Brandt“, „Hitlerjunge Quex“ und „Hans Westmar“ gehörten so - obwohl zum Zeitpunkt des Anschlusses schon etwas betagt - zu den ersten politischen Streifen,

76 Vgl. Jagschitz, Filmpropaganda, S. 32

77 Vgl. ebd.

78 Vgl. Deaput, Presse, S. 277

79 Vgl. ebd.

die in den Kinos der „Ostmark“ zu sehen waren.

Gerade diese Filme waren in erster Linie dafür gedacht, die Überlegenheit des Nationalsozialismus zu unterstreichen.⁸⁰ Der nach dem „Röhm-Putsch“ 1934 vor allem in der SA entstandenen Unruhe wurde mit Leni Riefenstahls „Triumph des Willens“ geschickt entgegengewirkt, einem Film, dem Hitler persönlich starkes Engagement entgegenbrachte. (Von ihm stammte beispielsweise der Titel.) Perfekte Massensuggestion um einen zu Lebzeiten bereits zum Mythos erhobenen Führer Adolf Hitler, der im Film für Deutschland zum Erlöser biblischer Größe avanciert - ein endgültiges Epos lange bevor der Vorhang fällt.

Trotz der großen Bedeutung, der Adolf Hitler diesem Film, für den Leni Riefenstahl schließlich mit dem Nationalpreis ausgezeichnet wurde, beimaß, blieben doch Streifen dieser Art in der klaren Minderheit.

Nicht übersehen werden darf im Zusammenhang mit dem neuen Medium jedoch die Beeinflussung der Jugend: Wie stark Goebbels schon früh sein Augenmerk auf die Jugenderziehung richtete und durch die Einführung sog. „Jugendfilmstunden“ auch die Jüngsten schon im nationalsozialistischen Sinne zu beeinflussen trachtete, belegen folgende Zahlen: Die Anzahl der Jugendlichen die diese Filmstunden besuchten, stieg von anfänglich ca. 300.000 im Jahr 1934/35 stetig an und erreichte schließlich im Spitzenjahr 1942/43 in Deutschland 11.215.000 Jugendliche.⁸¹

Filme wie etwa „Soldaten von morgen“ kündigten dabei den realen und ersten Hintergrund der Jugendpropaganda durch das Stilmittel Film bereits bedrohlich an.

Neben allen diesen offensichtlich zu propa-

gandistischen Zwecken hergestellten Streifen darf jedoch nicht übersehen werden, daß die in den Lichtspieltheatern gezeigten Filme überwiegend Unterhaltungsfilme waren, die vom immer bedrohlicher werdenden Alltag ablenken sollten. Dies traf um so mehr zu, nachdem das Kriegsglück endgültig auf die Seite der Alliierten gewechselt zu haben schien und alliierte Bomberströme fast täglich am Himmel über den deutschen Großstädten erschienen. So gesehen können auch vergleichsweise „harmlose“ Komödien als „politisch“ bewertet werden, suggerierten sie doch unerschwinglich eine schöne heile Welt, für die es sich lohnte, „durchzuhalten“.

Auch so sympathische Streifen wie „Quax, der Bruchpilot“ mit Heinz Rühmann in der Hauptrolle, können als in seiner Botschaft von Goebbels durchaus geplant angesehen werden: Als der Streifen 1941 in den Grazer Kinos zu sehen war, hatte die deutsche Luftwaffe große Nachfrage an Nachwuchspiloten: Durch die positive Darstellung des Piloten und die Suggestion, Fliegen sei eine Herausforderung für junge Männer, sollte wohl auch Begeisterung für die Luftwaffe geweckt werden.

Es stellt sich im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Filmindustrie die zentrale Frage, ob im Grunde alle Filme, die nationalsozialistischen Ursprungs sind, als ideologisch und damit propagandistisch zu bewerten sind, oder ob sich sog. „wertfreie Reserven“⁸² erhalten haben, die vor allem durch das seichte Unterhaltungsgenre repräsentiert wurde?

Tatsache ist, daß von den 1.363 im Deutschen Reich hergestellten Filmen von den Alliierten nach dem Krieg lediglich 208

80 Das „Übel“, das es dabei zu überwinden galt, präsentierte man dabei fast ausschließlich in der Gestalt des Kommunismus. [Ann.d.Verl.]

81 Jagschitz, Filmpropaganda, S. 36

82 Vgl. ebd., S. 33

wegen ihres nationalsozialistischen Inhalts verboten wurden.⁸³

Die Gegenargumentation könnte jedoch etwa so lauten: Gerade harmlose Unterhaltung totalitärer Regime ist in schweren Zeiten als Beruhigungsmittel effektiv („Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschehn“, Zara Leander) und als solche wieder Propaganda mit ganz realen Effektvorgaben!

Zu jenen (offensichtlich) propagandistischen Meilensteinen, die - vom heutigen Blickwinkel aus betrachtet - die Götterdämmerung für Deutschland schon erahnen ließen, gehörte der Streifen „Kolberg“. Die Stadt Kolberg, die im Jahre 1807 gegen einen überwältigenden französischen Gegner aushielt, sollte für den Propagandaminister zum Fanal deutschen Abwehrgeistes hochstilisiert werden. Goebbels engagierte sich persönlich stark für diesen Film, der die ganze Irrationalität und selektive Wahrnehmung der grausamen Realität jenseits des Kinosaaes in geradezu bizarrer Art und Weise zu negieren schien. Goebbels:

„Aufgabe dieses Films soll es sein, am Beispiel der Stadt, die dem Film den Titel gibt, zu zeigen, daß ein in Heimat und Front geeignetes Volk jeden Gegner überwindet.“⁸⁴

Nach der Katastrophe von Stalingrad in Auftrag gegeben, wurde der Streifen allerdings durch den Fortgang des Krieges nur noch an wenigen Plätzen gezeigt. Der Inhalt ist deshalb umso bemerkenswerter, als daß der Film die Mobilisierung der Volksmassen verherrlicht, während das „reguläre Militär“

sich noch im Kampf befindet. Zum Zeitpunkt der eigentlichen Uraufführung, am 30. Januar 1945 war der „Volkssturm“ dann bereits traurige Wirklichkeit geworden!

Auch der Massenmord an den europäischen Juden erfuhr im Film eine entsprechende - mit großer Wahrscheinlichkeit auch direkt geplante - Vorbereitung. Bereits im Jahre 1940 erschienen gleich drei Filme zum Thema „Juden“: „Die Rothschilds“, „Jud Süß“ und „Der Ewige Jude“. Wenn man die Machart dieser Streifen genau betrachtet, dienten sie offensichtlich als geistige Vorbereitung auf die dann ab Herbst 1941 in großem Stil anlaufenden Deportationen der Juden in die Konzentrationslager, vor allem nach Osteuropa. So schließt „Der Ewige Jude“ wohl nicht zufällig mit der Drohung Hitlers in der Reichstagssitzung vom 30. Januar 1939, in der er verkündete:

„Ich will wieder ein Prophet sein. Wenn es dem internationalen Finanzjudentum innerhalb und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann würde das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.“⁸⁵

Die Grazer Verwaltung im Dritten Reich

Schon vor dem eigentlichen Einmarsch deutscher Truppen in Österreich befand sich (auch) die Verwaltung der Stadt Graz wenn vielleicht noch nicht im Umbruch, so zumindest doch im (politischen) Aufbruch

⁸³ Vgl. dazu allgemein David Stewart Hull, *Film in the Third Reich. A Study of German Cinema 1933-1945*, Los Angeles 1969.

⁸⁴ Zit. b. Jagodzi, *Filmpropaganda*, S. 36.

⁸⁵ Vgl. Michael Segert, „Der ewige Jude“ in: *Propaganda und Gegenpropaganda im Film 1933-1945*, hrsg. v. Österreichischen Filmuseum, Wien 1972, S. 62-79, hier S. 65, dazu auch Gerard Heilinger, *Die Endlösung*, Berlin 1956, S. 26.

in die neuen Zeiten, denen damals Tausende und Abertausende voll Erwartung und Hoffnung in den Straßen von Graz entgegen sahen:

Bereits in der Nacht des 11. auf den 12. März 1938 hatte Dipl.-Ing. Sepp Helfrich als kommissarischer Landeshauptmann die Landesregierung der Steiermark an sich gerissen. Ihm zur Seite stand Dr. Julius Kaspar, dem die zukünftige Verwaltung der steirischen Landeshauptstadt obliegen sollte. Kaspars Vorstellung von seiner zukünftigen Beamtenschaft ließ dabei an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig:

„Der Beamte muß nationalsozialistisch denken und hiezu erzogen werden...“⁸⁶

Und trotzdem: Die Geschwindigkeit, mit der sich auch in der Verwaltung (oder gerade dort) der Übergang vom „Staat, den keiner wollte“ zum Anschluß an das Deutsche Reich vollziehen sollte, mußte vorerst noch gedrosselt werden. Es war hier vor allem der Wiener Gauleiter Josef Bürckel, der „Beauftragte des Führers zur Durchführung der Volksabstimmung in Österreich“, der bremste. Und das aus gutem Grund:

Vor der internationalen Presse sollte unbedingt vermieden werden, den „Anschluß“ als eine Art rein „militärischer Besetzung“ aussehen zu lassen. Der frenetische Jubel, der den einrückenden Truppenteilen der 8. Deutschen Armee von der ersten Minute an entgegenbrandete, wurde in Berlin daher mit spürbarer Erleichterung vermerkt und enthob Adolf Hitler vor der Weltpresse der Notwendigkeit jeglicher Rechtfertigungen, einen europäischen Staat vergewaltigt zu haben. Eine zweite Ebene jedoch bildete jene der geplanten Volksabstimmung, die kurzfristig für den 10. April 1938 anbe-

raunt und mit deren reibungsloser Durchführung eben Josef Bürckel vom Führer Adolf Hitler beauftragt worden war:

Schon aufgrund des enormen Medienechos war man in diesem Zusammenhang seitens der nationalsozialistischen Machthaber penibel darauf bedacht, alles zu unternehmen, um den Anschein einer freien und geheimen Volksabstimmung zu erwecken. Der Welt sollte die Abstimmung als ein Musterbeispiel demokratischer Wahlen präsentiert werden.⁸⁷ Eine überhastete und durch die dadurch zu erwartenden personalpolitischen Umstellungen wohl auch nicht ohne Konsequenzen abgelaufene „Gleichschaltung“ der Masse der Grazer Verwaltungsbeamten wurde daher vorerst nicht vorgenommen. Vorhandene Strukturen wurden hier zunächst einfach übernommen.

Wohl aber ging man sofort daran, die zentralen Köpfe ständestaatlicher Verwaltungshierarchien zu demontieren: Die Spitzenpositionen wurden hier sehr rasch durch verlässliche Nationalsozialisten besetzt. Als neuer Leiter der Bundespolizeidirektion Graz zeichnete der spätere Gauleiter Sigfried Überreither für die großangelegte Verhaftungswelle der ersten 48 Stunden verantwortlich, der u.a. zahlreiche namhafte Spitzenbeamten des Ständestaates zum Opfer fielen.

Eine stark-nationalsozialistische „Aufweichung“ der Beamtenschaft „von unten“ kann für die Zeit vor 1938 nicht nachgewiesen werden. Umso stärker setzte dann nach dem Einmarsch und dem de facto vollzogenen Anschluß der „Run“ vieler Beamten auf die Parteizugehörigkeit zur NSDAP ein: Der politische Umbruch wurde zudem von vielen Anwärtern benutzt, alte Rechnungen

86 Zt. be. Siegfried Beer, Kommunale Politik und Verwaltung in Graz 1936, in: Graz 1936 (= Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19), Graz 1988, S. 87-109, hier S. 107.

87 Vgl. Gerald Ganser, Kontinuität und Bruch in der steirischen Landesverwaltung, in: Graz 1938 (= Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19), Graz 1988, S. 125-136, hier S. 128.

zu begleichen. Diese „Postenjägerei“ nahm bald derartige Formen an, daß sich Josef Bürckel persönlich veranlaßt sah, öffentlich gegenzusteuern:

„Die Zahl der Anwärter, die sich geeignet halten, bestimmte Posten in den Ämtern von Staat und Partei einzunehmen, ist in den letzten Tagen in einer Weise gewachsen, daß ich mich veranlaßt sehe, folgendes bekanntzugeben: 1. Wer die Umbesetzung einer Stelle verlangt, kann niemals Anwärter auf dieselbe Stelle sein. 2. Um überhaupt Postenjäger dieser Art unschädlich zu machen, habe ich heute zwei solcher Antragsteller in Haft nehmen lassen und werde in der Folge in gleicher Weise verfahren.“⁸⁸

Trotz dieser offenkundigen Turbulenzen der ersten Tage und Wochen nationalsozialistischer Herrschaft in Graz muß festgehalten werden, daß bis zum Zeitpunkt der geplanten Volksabstimmung am 10. April so etwas wie „Osterfrieden“ herrschte. Nachdem die Wahl in Graz vorüber war, begann man sowohl auf der Ebene der Partei als auch in der steirischen Verwaltung erste Schritte tiefgreifender Umstrukturierung zu setzen.⁸⁹

Die Verteidigung der österreichischen Beamten (auch auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler⁹⁰) erfolgte indes bereits wenige Tage nach dem Einmarsch, nämlich am 15. März 1938.

Am 22. Mai 1938 wurde schließlich Sepp

Helfrich durch den zum Gauleiter ernannten Sigfried Uiberreither abgelöst.

Am 9. Juni 1938 wurde die Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums vom 31. Mai 1938 von Reichsstatthalter Seyß-Inquart offiziell in Kraft gesetzt. Die unmittelbar nach dem Anschluß vorgenommenen Entlassungen und Personalrochaden hatten ja bis dahin de lege nur vorläufigen Charakter besessen.⁹¹ Nun ging man offiziell daran, eine umfassende Verwaltungsreform in Österreich durchzuführen und betraute SS-Standartenführer Otto Wächter mit dieser Aufgabe.

Schon bald zeigte sich nun auch hier das menschenverachtende Gesicht des neuen Regimes:

Beamte jüdischer Abstammung wurden in den Ruhestand versetzt und hatten nur nach mindestens 10-jähriger Dienstzeit überhaupt Anspruch auf Ruhegehalt. Selbst Beamte, die mit Juden verheiratet waren, konnten nur dann im Amt bleiben, wenn sie schon vor dem 1. August 1914 Beamte waren, im Ersten Weltkrieg an der Seite Österreich-Ungarns gekämpft hatten oder Gefallene zu beklagen hatten. In jedem Falle war jedoch die Zustimmung des Stellvertreters des Führers notwendig.

Ähnlich rigoros verfuhr man mit „politisch Unzuverlässigen“: Hier unterschied man in drei Kategorien: „Gewöhnliche“ Unzuverlässige versetzte man mit 3/4 ihrer Bezüge in Ruhestand, während in gravierenden Fällen nur die Hälfte der erworbenen

⁸⁸ Grazer Zeitung Jg. 1938, Nr. 36.

⁸⁹ Vgl. Ganser, Kontinuität, S. 126.

⁹⁰ Die deutsche Beamtenschaft war seit dem Gesetz über das Staatsopferrecht des Deutschen Reiches (1. August 1934) Adolf Hitler zum Treueeid verpflichtet. Mit der Einbindung österreichischer Beamter in die Reichsverwaltung wurde diese Verteidigung praktisch unumkehrbar nach dem Anschluß vorgenommen. Vgl. dazu auch Dieter A. Binder, Einige Bemerkungen zur Geschichte von Justiz, Exekutive und Landesverwaltung während des Jahres 1938, in: Graz 1938 (= Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, Graz 1986, S. 109-125, hier S. 111.

⁹¹ Siehe zu dieser Thematik auch den Führererlaß über die Ernennung von öffentlich-rechtlichen Bediensteten in Österreich vom 30. April 1938 [Anm. d. Vert.]

328 Pensionsansprüche ausbezahlt wurde. Für diese beiden Kategorien war der Stichtag der Zwangspensionierung der 31.12.1939. Jene Beamte, denen vorgeworfen wurde, aktiv Anhänger der (illegalen) NSDAP „verfolgt oder geschädigt“ zu haben, wurden ohne jeglichen Anspruch auf Pension bis 31.12.1938 fristlos entlassen, was praktisch einer Existenzvernichtung gleichkam. Berufungen waren nicht möglich. Rechtliche Grundlage all dieser Vorgangsweisen war der §4 der Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums.“

Insgesamt gesehen kann der Aderlaß des steirischen Beamtentums als erheblich eingestuft werden: Nur 55% der Beamten des Standes von 1937 blieben nach dem Anschluß im Dienst. Fast 800 Beamte wurden außer Dienst gestellt.

Aber es gab auch die andere Seite: In einem Abkommen zwischen dem Reichsminister des Inneren und dem Reichsminister der Finanzen vom 28. Februar 1939 über die Förderung verdienter Nationalsozialisten der Ostmark wurde festgelegt, daß bereits in der Illegalität zurückgelegte „Dienstzeiten“ in Parteifunktionen oder aber bei der SA oder SS bei einer Übernahme in den Staatsdienst eingerechnet werden konnten. Diese Privilegien galten vor allem für Parteigenossen, die bereits vor dem Juni 1933 der NSDAP angehört hatten, sowie für Blutordensträger vom 30. Mai 1938 und illegale Nationalsozialisten.“

Was nun die steirische Landeshauptstadt betraf, so wurde auch hier die Verwaltung bis Jahresende 1938 neu organisiert. Die sechs Stadträte wurden nun gleichzeitig als Dezernatsleiter eingesetzt. Im einzelnen

wurde folgende Einteilung getroffen:

Dezernat 1:
Allgemeine Verwaltung:
Oberbürgermeister Kaspar
Dezernat 2:
Stadtkämmerei und Kultwesen:
Bürgermeister Verdino
Dezernat 3:
Bauwesen: Bürgermeister Seiz
Dezernat 4:
Gerwerbewesen, Militärwesen und
Wahlsachen:
Stadtrat Dunkler
Dezernat 5:
Fürsorgewesen: Stadtrat Leitl
Dezernat 6:
Stadtwerke: Stadtrat Schober“

Insgesamt kam es im ersten Jahr nationalsozialistischer Verwaltung zu einer Aufstockung des Personalstandes. Dies war u.a. auf Begründung neuer (oder die Expansion vorhandener) Einrichtungen zurückzuführen. Als Beispiele seien hier das Luftschutzamt, das Steueramt, das Stadtbau- und Planungsamt sowie das Standesamt, Wohnungsamt, Kulturamt und das Amt für Statistik genannt.

An die freien (oder besser „freigemachten“) Stellen wurden nun nicht selten Beamte aus dem „Altreich“ gestellt, was naturgemäß in der Steiermark nicht nur auf ungeteilte Zustimmung stieß. Dazu kam, daß viele junge steirische Beamte zur gleichen Zeit zur Schulung ins Altreich abkommandiert wurden.

Die Verwaltungsreform selbst sollte in Österreich mit einem einmaligen Kraftakt (d.h. einer einmaligen Säuberung) von statten

92 Vgl. Gärner, Kontinuität, S. 128f.

93 AKA Wien, Bestand Bürckel 48/95, Heft 1970: Z.III SB 398/39 und A 4430-4045 IV, zit. bei Binder, Beobachtungen S. 110

94 Vgl. Beer, Kommunale Politik, S. 106

gehen, wobei man sich das Ziel setzte, diese Reform bis Jahresende 1939 durchzuführen. Soziale Rücksichten sollten dabei ausdrücklich keine Rolle spielen.

Landesverwaltung

Mit dem vollzogenen Wechsel auch der politischen Führung des Landes blieb von 12 Bezirkshauptleuten mit Jahresende 1938 gerade einer im Amt. Der Bezirkshauptmann von Feldbach, Dr. Viktor Lischka, wurde in den Staatsdienst übernommen, jener von Leibnitz, Dr. Max Steffan, wurde Leiter d. Uabt. IVc im Gaueisenbahnamt. Alle übrigen wurden pensioniert oder zwangspensioniert.⁹⁵

Auch auf Gemeindeebene wurde die Gleichschaltung mit aller Kraft vorangetrieben: So führte man am 1. Oktober 1938 die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Jänner 1935 ein. Die Macht der NSDAP war damit flächendeckend institutionalisiert, die Rolle des Bürgers zum reinen Befehlsempfänger der Partei degradiert.⁹⁶

Die insgesamt 1.184 steirischen Gemeinden wurden also in die Deutsche Gemeindeordnung (DGO) übernommen. Für die frisch gebackenen steirischen VolksgenossInnen bedeutete die neue, nach dem Führerprinzip gestaltete Ordnung jedoch nur bedingt eine Verschlechterung ihres lokalen Mitsprache- und Mitbestimmungsrechtes: Schon im Ständestaat waren diese demokratische Freiheiten ja praktisch aus dem Alltagsleben verbannt worden.

⁹⁵ Vgl. dazu Karner, Steiermark, S. 98

⁹⁶ Vgl. Beer, Kommunale Politik, S. 104

Grazer Emigrantenschicksale. Eine Auswahl

Die folgenden Seiten behandeln fünf prominente Grazer Emigrantenschicksale - jedes für sich die tragische Geschichte eines Menschen, der aus politischen oder rassistischen Gründen genötigt wurde, seine Heimat Graz zu verlassen um im Ausland den Untergang des 12-jährigen „Tausendjährigen Reiches“ abzuwarten.

Fünf Persönlichkeiten - stellvertretend für hunderte Steirerinnen und Steirer, denen das gleiche Schicksal widerfuhr.

Ihnen sei an dieser Stelle gedacht.

Erwin Schrödinger

Erwin Schrödinger wurde am 12. August 1887 in Wien geboren, wo er auch aufwuchs und seine Kindheit verbrachte. Nach der Schule studierte er eben dort zwischen 1906 und 1910 Physik. Schrödinger promovierte 1910 und nahm noch im gleichen Jahr seine Lehrtätigkeit an der Wiener Universität auf.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges beendete vorerst abrupt seine wissenschaftliche Laufbahn, da er als Soldat eingezogen wurde. Nach dem Ende des Krieges weiterhin als Assistent tätig, setzte Schrödinger seine Studien in Jena, Stuttgart, Breslau und ab 1921 in Zürich fort. Hier war es auch, wo er grundlegende und revolutionisierende Erkenntnisse auf dem Gebiet der Wellenmechanik und der Allgemeinen Relativitätstheorie gewann, die er in einer Reihe von wissenschaftlichen Publikationen 1926 der Öffentlichkeit vorstellte. Bereits ein Jahr später wurde er als Nachfolger des berühm-

ten Max Planck an die Berliner Universität berufen. Dort pflegte er intensiven Kontakt zu den großen deutschen Physikern dieser Zeit, u.a. auch Albert Einstein.

Im Jahr 1933 wurde Erwin Schrödinger für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Atomtheorie der Nobelpreis für Physik zuerkannt. Für Schrödinger selbst war dieses Jahr - das Jahr der Machtergreifung Adolf Hitlers - jedoch auch das Jahr des Abschieds von Berlin. Obwohl Schrödinger Katholik war, konnte er es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, in einem Land zu lehren, in dem die Verfolgung der jüdischen Mitbürger zur allgemeinen und nationalen Politik entwickelt wurde. Er wurde 1936 schließlich an die Karl-Franzens-Universität Graz berufen, wo er bis 1938 lehrte.

Nachdem die Nationalsozialisten im März 1938 auch in Österreich an die Macht gekommen waren, wurde Schrödinger - wie so viele andere regimekritische Intellektuelle auch - aus dem Universitätsdienst entlassen. Auch sein Versuch, diese Maßnahme durch einen Zeitungsaufruf, am Tag der Volksabstimmung für den „Anschluß“ zu stimmen, rückgängig zu machen, half ihm nichts. Erwin Schrödinger emigrierte und ließ sich 1940 schließlich in Dublin nieder, wo er bis 1955 lebte.

Nach seiner Emeritierung kehrte er 1956 nach Wien zurück.

Weniger bekannt als seine bahnbrechenden Erkenntnisse auf dem Gebiet der Wellenmechanik sind Schrödingers Leistungen im Bereich der Molekularbiologie. Sein kurzes

Meisterwerk „What is life?“ enthielt bereits zukunftsweisende Ansätze für spätere genetischen Forschungen, hier vor allem die Natur des genetischen Materials betreffend. Die beiden Molekularbiologen Francis Crick und James Watson, die beide später für ihre Entdeckung der DNA mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurden, waren nachweislich von Schrödingers Ansätzen stark beeinflusst worden.

Erwin Schrödinger verstarb am 4. Januar 1961 in Alpbach.

Otto Loewi

Otto Loewi wurde am 3. Juni 1873 in Frankfurt/Main geboren. Der Sohn eines Weinhändlers besuchte dort die Grundschule und später auch das Frankfurter Städtische Gymnasium, wo er im Jahre 1891 das Abitur ablegte.

Sein Studium der Medizin führte ihn als Hörer zunächst nach Straßburg und später für zwei Semester auch nach München. Aus seiner Straßburger Zeit seien seine wissenschaftlichen Beziehungen zu dem Internisten Naunyn und dem Pharmakologen Schmiedeberg besonders hervorgehoben. Bei Oswald Schmiedeberg schrieb Loewi dann auch seine Doktorarbeit, die Untersuchungen über „Quantitative Wirkung von Blausäure, Arsen und Phosphor auf das isolierte Froeschherz“ zum Thema hatte. Otto Loewi promovierte 1896.

Nach der Fortsetzung seiner Forschungen in Straßburg und auch Frankfurt/Main ging Loewi nach Marburg/Lahn an das Pharmakologische Institut zu Professor Hans Horst Meyer. Hier war es auch, wo sich Otto Loewi im Jahre 1900 mit „Untersuchungen über den Nucleinstoffwechsel“ habilitierte.

Als Prof. Meyer im Jahre 1904 nach Wien berufen wurde, folgte ihm Otto Loewi als sein 1. Assistent ein Jahr später nach. Loewi erhielt die österreichische Staatsbürgerschaft ohne jedoch seine deutsche zu verlieren. In Wien lernte er schließlich Guida Goldschmidt kennen, die er im Jahre 1908 heiratete.

Seine „Grazer Laufbahn“ wurde im gleichen Jahr mit dem Ruf als ordentlicher Professor an den Pharmakologischen Lehrstuhl der Karl-Franzens-Universität begründet. Hier war es, wo er bis zu seiner Verhaftung im Jahre 1938 wirken und zahlreiche bahnbrechende Erkenntnisse gewinnen sollte. Vor allem seine Publikationen „Über eine Steigerung der Adrenalin-freisetzung durch Kokain“ (1910) sowie „Über den Zusammenhang von Digitalis und Calciumwirkung“ (1917/18) gelten heute als Pionierleistungen.

1936 wurde Otto Loewi zusammen mit Sir Henry Dale der Nobelpreis für Physiologie und Medizin verliehen.

Mit Hitlers Einmarsch in Österreich war für den Juden Otto Loewi die wissenschaftliche Karriere in Graz zu Ende. Er wurde als Jude von SA-Männern früh morgens aus dem Bett geholt und im Polizeigefängnis am Grazer Paulustor inhaftiert. Unter der fadenscheinigen Anschuldigung, einen Geheimsender betrieben zu haben, wurde Loewi zwei Monate lang festgehalten. Von der Stätte seiner berühmtesten Forschungen, der Karl-Franzens-Universität, wurde er - wie alle anderen Juden auch - kurzerhand entlassen. Nur durch Zurücklassung seines gesamten Vermögens gestattete man ihm im September 1938 schließlich die Auswanderung.

Nach einem kurzen Zwischenaufenthalt in

London und dann Brüssel wurde er für kurze Zeit an der Universität von Oxford tätig (1939), um dann wenig später als „Research Professor of Pharmacology“ an die New York University zu wechseln. Bereits ein Jahr später wurde ihm die amerikanische Staatsbürgerschaft verliehen.

Im Jahr 1959 wurde Otto Loewi das ihm bereits 1936 verliehene Große Österreichische Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst der Republik Österreich erneuert. Ein Jahr zuvor hatte er (neben zahlreichen anderen Ehrungen) die Ehrenmedaille der Universität Graz erhalten.

Otto Loewi verstarb am 25. Dezember 1961 in New York.

Robert Stolz

Robert Stolz wurde im Jahre 1880 als Sohn des Jakob Stolz und der Pianistin Ida von Vernay in Graz geboren. Robert war ihr bereits zwölftes Kind, was in diesen Tagen keine so große Ungewöhnlichkeit darstellte, wie es nach heutigen Maßstäben wohl der Fall wäre. Bereits sehr früh ließen die begabten Eltern dem jungen Robert eine umfassende musikalische Ausbildung zuteil werden. Besonders der Vater, Jakob, später jedoch auch Größen wie Robert Fuchs und Engelbert Humperdinck zeichneten hier für die musikalische Erziehung verantwortlich. So kam es, daß der junge Robert bereits im zarten Alter von sieben Jahren sein erstes Klavierkonzert gab.

Den Untergang Österreichs erlebte Robert Stolz wie Tausende seiner Landsleute zuhause - vor dem Radioapparat, ergriffen den letzten Worten des Kurt von Schuschnigg lauschend: „Gott schütze

Österreich“. Auf Rat seines Bruders - eines fanatischen Anhängers der „neuen Ordnung“ - verließ der berühmte Dirigent und Komponist noch in derselben Nacht unter Zurücklassung seines gesamten Vermögens seine Heimat, die jetzt angeblich niemand mehr wollte. Zürich war sein erstes Ziel, kurz darauf ging es nach Paris, das für die nächsten zwei Jahre sein neues Domizil werden sollte.

In dieser Zeit gab es mehrere Versuche der deutschen Reichsmusikkammer und auch seitens der deutschen Regierung, Robert Stolz zur Rückkehr in das neue „Großdeutschland“ zu bewegen. Vergeblich. Auch die unverhohlene Drohung, daß seine Urheberrechte durch die deutsche Urheberrechtsgesellschaft STAGMA nicht mehr länger wahrgenommen werden würden, stieß bei Stolz auf taube Ohren. (Dieser Erpressungsversuch konnte schließlich mit Hilfe seines britischen Verlegers Boosey doch noch abgewendet werden.)

Trotz der widrigen Umstände war die Schaffenskraft des Komponisten weiterhin ungebrochen: Im Jahre 1939 entstand im Pariser Exil die Operette „La montagne bleue“.

Die plötzliche Trennung von seiner vierten Ehefrau Lilli brachte Robert Stolz dann jedoch in ärgste Schwierigkeiten: Lilli Stolz verließ ihren Mann unter Mitnahme praktisch des gesamten Vermögens und - was noch schlimmer war - seiner Identitätskarte, der „Carte d'identité“, des wohl wichtigsten Ausweisstückes, das ein (deutscher) Emigrant in Frankreich besitzen mußte. Ohne Geld und Papiere war der ehemalige Millionär Stolz bald nur noch einer von Tausenden „unerwünschten Ausländern“ und wurde schließlich am 30. November 1939 von der Polizei verhaftet und in das

Internierungslager Colombe gebracht. Mittlerweile war der Krieg mit Deutschland der „drôle de guerre“, gerade 3 Monate alt.

Das Lager, das bei Colombe für 70.000 (!) Menschen eingerichtet worden war, die dort unter freiem Himmel campieren mußten, wäre dem mittlererweile 59-jährigen Robert Stolz beinahe zum Verhängnis geworden: Bereits kurze Zeit nach seiner Einweisung zog sich der Komponist eine Lungenentzündung zu, die sicherlich sein Ende bedeutet hätte - wäre da nicht eine Pariser Zufallsbekanntschaft in Gestalt einer jungen Dame namens Yvonne Louise Ulrich gewesen, die sich stark für den kranken Komponisten engagierte. Ihre zahllosen Behördengänge und Vorsprachen bei den zuständigen französischen Stellen erreichten schließlich die Entlassung von Robert Stolz. Yvonne Louise Ulrich, die von ihren Pariser Freunden mittlerweile den Cose-namen „Einzi“ erhalten hatte (weil sie die einzige war, die Robert Stolz in seiner tristen Situation im Lager noch zu helfen instande war) wurde schließlich die Lebensgefährtin und später fünfte Ehefrau des berühmten Komponisten.

Wenige Wochen vor dem deutschen Angriff auf Frankreich verließ Robert Stolz das Land und emigrierte in die Vereinigten Staaten nach New York. Am ersten April 1940 traf er schließlich in der Metropole ein - zusammen mit seiner neuen Gefährtin „Einzi“.

Anfänglich als Komponist in den USA eher glücklos agierend, übernahm Robert Stolz als Vertretung Bruno Walters die Leitung der New Yorker Philharmonie anlässlich eines Johann-Strauß-Konzertes - als Dirigent. Obwohl Stolz noch nie zuvor ein Symphonieorchester geleitet hatte, wurde die Aufführung zu einem überwältigendem

Erfolg, der den Grundstein für den Aufstieg des Österreicherers in Amerika legte. Plötzlich bekam er Angebote von Schallplattenfirmen, Aufträge von Rundfunksendern für Filmmusik, Konzerte und Bühnenaufführungen. „Einzi“ fungierte dabei als geschickte Managerin und sorgte schließlich dafür, daß „A Night in Vienna“ als Tournee durch die USA ging.

Sein zweites Konzert, in dem man Werke von Lehar, Strauß, Kalman u.a. spielte, wurde sogar im Lewis-Stadion veranstaltet, dessen 20.000 Plätze restlos ausverkauft waren.

Nicht unwesentlich für den Exilanten war jedoch seine Rolle als Botschafter eines Staates, der 1938 von der europäischen Landkarte getilgt worden war: als Botschafter Österreichs. Denn als ein solcher wurde er selbst in höchsten US-Kreisen gesehen: Anlässlich eines Galadiners in Anwesenheit Eleanor Roosevelts, der Frau des US-Präsidenten, bemerkte die First Lady in einem Gespräch mit dem Komponisten: „Österreich hat keinen Botschafter in den USA, und dennoch gibt es einen Botschafter in den Vereinigten Staaten, und das sind Sie, Mr. Stolz.“

Nicht zuletzt war es diese Akzeptanz, die den Komponisten und Dirigenten im Jahre 1943 veranlaßte, eine Rundfunkrede an „seine“ Österreicher zu richten, eine Rede, in der er die typisch österreichische Mentalität anzusprechen versuchte und diese im krassen Gegensatz zum nationalsozialistischen Militarismus darstellte. O-Ton Stolz:

„Damals, als ich zu dem barbarischen Geräusch des Stechschritts meine Heimat verließ, da hab ich mir gleich gedacht: Zu so was san mir net geboren. Es war grad so, als hätte man dem Mozart einen Stahlhelm

aufgesetzt, dem Schubert einen Säbel umgeschnallt und dem Johann Strauß einen Stacheldraht um den Hals gewickelt...“

Schon im Jahre 1942 gelang es Stolz, eine deutschsprachige(!) Version der Fledermaus herauszubringen und das sogar kostendeckend, ein Unterfangen, das selbst ihm wohlgesonnene Kritiker der Szene als völlig absurdes Unterfangen bezeichnet hatten - gehörte doch die deutsche Sprache im Kriegsjahr 1942 nicht gerade zu den populärsten in New York...

Robert und Einzi jedoch wagten es mit Hilfe privater Sponsoren - und es gelang! Der „Fledermaus“ folgten dann bald der „Zigeunerbaron“, der „Bettelstudent“ sowie die „Lustige Witwe“ nach.

Das Kriegsende erlebte Stolz am Dirigentenpult während eines Konzertes in Chicago. „Von diesem Moment an gab es für mich nur einen Gedanken - zurück nach Wien!“ erinnerte sich Stolz später. Und tatsächlich: Robert und Einzi Stolz sollten die ersten Zivilisten sein, die von den USA in das wiedererstandene Österreich fliegen durften. Am 30. Oktober 1946 wurden sie in Anwesenheit des Wiener Bürgermeisters am Flughafen in Wien feierlich empfangen. Mehr als acht Jahre hatte der berühmte Grazer Komponist und Dirigent in der Emigration zubringen müssen, bevor es ihm erlaubt war, in seine Heimat zurückzukehren.

Robert Stolz starb 1975.

Victor Franz Hess

Victor Franz Hess wurde am 24.6.1883 in der Steiermark in Schloß Waldstein geboren, wo sein Vater den Posten eines Forstrates innehatte. Die Schule (Gymnasium) besuchte Franz Hess bereits in Graz, wo er

auch sein anschließendes Studium der Physik an der Karl-Franzens-Universität mit großem Erfolg absolvierte. 1906 promovierte Hess sub auspiciis imperatoris. Bereits zwei Jahre später wurde er Honorar-dozent für Physik. Als Assistent am Institut für Radiumforschung in Wien begann er mit der Untersuchung der Absorption der Gammastrahlen des Radiums in der Luft. Im Jahre 1913 entdeckte er schließlich (zusammen mit anderen, wie etwa Kolhörster) bei Strahlenmessungen in Höhen bis zu 10 Kilometern die kosmische Höhenstrahlung und Ultrastrahlung. Seine Versuche mit dem Ballon sollten ja ursprünglich beweisen, daß die von der Erde ausgehende radioaktive Strahlung mit zunehmender Entfernung (Höhe) schwächer wird. Hess jedoch registrierte, daß die Strahlung mit zunehmender Höhe bis auf das achtfache anstieg. Er konnte damit nachweisen, daß die kosmische Höhenstrahlung und Ultrastrahlung aus dem Weltall kommt. 1920 wurde Hess ao. Professor für Experimentalphysik an der Universität Graz (ab 1925 ordentlicher Professor), wo er zunächst bis 1931 wirkte. Danach arbeitete er bis 1937 vorwiegend in Innsbruck, wo er auch eine Forschungsstation zur Messung von Höhenstrahlungen auf dem Hafelekar unterhielt. Neben seinen universitären Tätigkeiten in Österreich machte sich Hess jedoch auch schon frühzeitig im Ausland einen Namen. So war er 1921-1923 Direktor des Research Laboratory der US Radium Corporation in New York.

1936 bekam Victor Franz Hess für seine Arbeiten auf dem Gebiet der kosmischen Strahlung den Nobelpreis für Physik zuerkannt. Im folgenden Jahr kehrte er wieder nach Graz zurück, wo er bis zum „Anschluß“ wirkte.

Von seiner Universität 1938 entlassen.

verließ Franz Hess, der mit einer Jüdin verheiratet war, noch im gleichen Jahr seine Heimat. Allerdings wurde ihm die Emigration erst gestattet, nachdem er dem Deutschen Reich jenes Geld, das er für seinen Nobelpreis erhalten hatte, überwiesen hatte. Zuerst ging Hess in die Schweiz und wenig später in die USA, wo er eine Professur an der Fordham University in New York annahm. In den Vereinigten Staaten setzte Hess seine Forschungen fort und entwickelte u.a. ein Gerät zur Messung von Gammastrahlen. 1944 erhielt er die amerikanische Staatsbürgerschaft. Verstärkt widmete er sich nun immer mehr dem Strahlenschutz - er selbst hatte sich im Zuge seiner Experimente starke Verbrennungen an der Hand zugezogen. Nach dem Zweiten Weltkrieg arbeitete er intensiv an der Messung des radioaktiven „Fallouts“ im Zuge von Nukleartests. Der Kernphysiker Victor Franz Hess gilt heute als Pionier der späteren Strahlungs- und Kernforschung. Bis zu seinem Lebensende 1964 in Mt. Vernon (New York) blieb Victor Franz Hess ein entschiedener Gegner nuklearer Testversuche.

Wilhelm Thöny

Wilhelm Thöny, Sohn eines Papiergroßhändlers, wurde im Jahre 1888 in Graz geboren. Die Eltern ließen dem jungen Wilhelm eine solide musikalische Erziehung angedeihen, bevor er im Alter von 20 Jahren ab 1908 sechs Jahre lang die Akademie der Bildenden Künste in München besuchte. In dieser Zeit war es auch, wo seine ersten Ausstellungen im Rahmen der Münchner Neuen Sezession stattfanden. Im Ersten Weltkrieg war Thöny 1915-1918 als Kriegsmaler und Frontzeichner eingesetzt. Seine Erfahrungen des Ersten Weltkrieges sind so in vielen Werken dokumentiert.

Nach dem Krieg erst einige Jahre in der Schweiz, kehrte Wilhelm Thöny 1923 nach Graz zurück. Hier begründete er die Grazer Sezession, der er als erster Präsident vorstand. 1929 wurde Wilhelm Thöny zum Professor ernannt, 1930 erhielt er einen staatlichen Ehrenpreis. 1934 wurde Thöny mit dem Österreichischen Staatspreis ausgezeichnet. Zu diesem Zeitpunkt lebte der Künstler jedoch schon einige Jahre in Paris (1931-1938). Seine „Pariser Jahre“ gelten allgemein als die fruchtbarsten seiner gesamten Schaffensperiode. Auf der Pariser Weltausstellung wurde Thöny 1937 für sein Porträt des Pariser Kardinals mit der goldenen Medaille ausgezeichnet.

Zeit seines Lebens galt Wilhelm Thöny als Einzelgänger, der nur schwer einer bestimmten Kunstrichtung zugeordnet werden kann. Er unterhielt zwar Kontakte zu den verschiedensten Künstlervereinigungen, steht jedoch innerhalb der österreichischen Kunst des 20. Jahrhunderts mit seinem Werk isoliert. Das ambivalente Verhältnis Thönys zu seiner Heimat und auch seiner Jugendzeit in Graz („Der Schulhof“, 1926) zieht sich wie ein Leitfaden durch das Werk des Künstlers. Dabei mischen sich ruhige steirische Landschaftselemente mit den Eindrücken, die Thöny in Paris und New York, wohin er 1933 zum ersten Mal eine Reise unternahm, sammelte.

Seit 1931 lebte er praktisch ununterbrochen in Paris, bis er im März 1938, dem Monat des „Anschlusses“, von Paris aus in die USA emigrierte.

In den Vereinigten Staaten veranstaltete der steirische Künstler noch eine ganze Reihe von Ausstellungen, wenn er sich auch immer mehr der Grafik zuwandte und sein eigentliches Metier, die Malerei, kaum mehr verfolgte. Es mag wohl daran gelegen sein, daß er sich in seinem Exil nie wirklich

zu Hause fühlte, was seine Schaffenskraft zusätzlich schwer beeinträchtigte.

Am 4. März 1948 verbrannte praktisch sein gesamtes Werk, über 1.000 Exponate, in einem Lagerhaus in New York. Diesen Schicksalsschlag überlebte der Künstler nur um ein Jahr.

Er starb am 1. Mai 1949 in New York.

Die Grazer Wirtschaft 1938-1945.

Vorbemerkung

Als am 12. März 1938 der „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich erfolgte, waren dafür, neben der „Heim ins Reich“-Propaganda und den nationalsozialistischen Dogmen der deutschen Volksgemeinschaft, auch eine Reihe von ökonomischen Überlegungen ausschlaggebend. Sowohl aus österreichischer, als auch aus deutscher Sicht, gab es eine Fülle von optimistischen Erwartungen, die mit dem durch den „Anschluß“ zu erzielenden größeren Wirtschaftsgebiet verbunden waren.

Die österreichische Bevölkerung erhoffte sich von der Vereinigung mit dem Deutschen Reich einen raschen Aufschwung aus der bislang hartnäckig tristen ökonomischen Situation; denn in Österreich machten sich nach wie vor die höchst unerfreulichen Folgen der Weltwirtschaftskrise bemerkbar. Die Wirtschaftspolitik war hier nicht imstande, wirksam zu einer Überwindung der Krise beizutragen. In Österreich hatte die Arbeitslosenrate im Jahr 1933 mit 25,9 Prozent einen traurigen Höhepunkt erreicht, aber auch noch einige Jahre später, unmittelbar vor dem Anschluß, war keine entscheidende Reduzierung der Arbeitslosenzahlen gelungen. Im Jahr 1937 gab es noch immer eine Arbeitslosenrate von 21,7 Prozent.¹

Im Gegensatz zur wirtschaftlichen Situation

des Deutschen Reiches war es der österreichischen Volkswirtschaft noch immer nicht gelungen, Schritt zu fassen und das österreichische Produktionsniveau lag auch noch 1937 deutlich unter jenem von 1929.²

Die österreichischen Arbeitsbeschaffungsprogramme des sogenannten „Christlichen Ständestaates“ waren nur sehr halbherzig dimensioniert worden. So hatten es die politisch Verantwortlichen der Ersten Republik nicht geschafft, das Problem der Massenarbeitslosigkeit mittels einer aktiven Konjunkturpolitik in den Griff zu bekommen.³

Man hatte in Österreich natürlich sehr aufmerksam die schnellen Erfolge der NS-Wirtschaftspolitik im Nachbarland Deutschland beobachtet, wo es ab Adolf Hitlers Machtergreifung im Jahr 1933 offenbar wirtschaftlich aufwärts ging.

Im Deutschen Reich wurde ab 1933 eine expansive Wirtschaftspolitik mit einem Primat großzügiger staatlicher Investitionen begonnen.

Man wandte das Instrument der Steuernachlässe (Steuer Gutscheine) an und gab im großen Stil öffentliche Investitionen in Auftrag, welche meist durch reine Geldschöpfung (Arbeitsbeschaffungswechsel) finanziert wurden.

Als nachfragestärkende Maßnahmen führte man unter anderem Zuschüsse für Wohnbauten ein, man gewährte Steuerfreiheit für neue Autos, Ehestandsdarlehen wurden zur

¹ Felix Butschek, Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945 (= Butschek, Wirtschaft), Wien 1976, S. 122.

² Hans Kornbauer, Fritz Weder, Österreichs Wirtschaft, 1938-1945, in: Friedrich Telos - Ernst Hanisch - Wolfgang Neugebauer (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945, Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Band 36, Wien 1988, S. 49 f.

³ Zur den bestmöglichen Möglichkeiten der damaligen Wirtschaftspolitik, siehe Gerald Schöpfer, Möglichkeiten einer aktiven Konjunkturpolitik im Österreich der zwanziger Jahre, in: Geschichte und Gegenwart, 2. Jg., Heft 1, Graz 1983, S. 24-48.

Verfügung gestellt, die Umsatzsteuer wurde für den Großhandel und die Landwirtschaft gesenkt, und außerdem gab es begünstigte Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen etc.

Bereits 1933 konnte die NS-Wirtschaftspolitik durch ein reales Ansteigen des Bruttonationalprodukts um 6,3 Prozent einen beachtlichen Erfolg für sich verbuchen.

Allerdings war dafür vor allem das Ansteigen der Rüstungsausgaben maßgebend, welche die Konjunktur beleben sollten. Diese verfünffachten sich im Jahr 1934. Der Anteil der öffentlichen Investitionen am Volkseinkommen stieg kontinuierlich an: Im Jahr 1932 hatte er bloß 5,7 Prozent betragen, im Jahr 1938 stieg er auf 25,6 Prozent. Auch für diesen Anstieg war im wesentlichen die Erhöhung der Rüstungsausgaben maßgeblich, welche im Jahr 1938 bereits 74 Prozent der öffentlichen Investitionen erreichten.

Diese Expansionspolitik wurde ohne große Bedenken durch steigende Defizite der öffentlichen Hand finanziert, zugleich nahmen die regulierenden Eingriffe in die Marktwirtschaft zu.

Durch rigorose Preis- und Lohnkontrollen trachtete man danach die Inflation zu verhindern. Man führte auch eine äußerst strenge Devisenbewirtschaftung ein. Im Außenhandel ging man zum Prinzip des Bilateralismus über. Es gab quantitative Einfuhrbeschränkungen und Ausfuhrförderung mittels Kompensationsgeschäften.

Im Konnex mit den Kriegsvorbereitungen wurde die Autarkie zum Wirtschaftsziel, und folgerichtig trachtete man danach, von den Rohstoffimporten weitgehend unabhängig zu werden. Man entwickelte deshalb in einem Innovationsschub eine erstaunliche Reihe von inländischen Surrogaten.

Der Vierjahresplan von 1936 sah unter

anderem die Erzeugung von synthetischem Treibstoff aus Kohle vor, man nahm die Produktion von Kunstfasern auf und begann auch mit der Herstellung von synthetischem Gummi aus Kohle und Kalk usw.

Gegen Ende des Jahres 1937 gab es in Deutschland Vollbeschäftigung und die Wirtschaft wies seit 1932 ein reales Wachstum von 52,3 Prozent auf.

Dies stand im krassen Gegensatz zur österreichischen Situation.

Gerade der Umstand, daß es Hitlers Wirtschaftsstrategen innerhalb kurzer Zeit gelungen war, das Problem der Arbeitslosigkeit zu meistern, sollte in Österreich wesentlich zur Begeisterung für den Nationalsozialismus beitragen. Daß viele dieser NS-Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereits in Richtung allfälliger Kriegsvorbereitungen gingen, war für den zeitgenössischen Durchschnittsbürger in diesem Stadium offenbar noch nicht klar erkennbar. Andererseits erhofften sich aber auch die deutschen Strategen ökonomische Vorteile aus einer Einverleibung der Alpenrepublik. Das Deutsche Reich war wegen seiner expansiven Aufrüstungspolitik bereits in ökonomische Probleme geraten, die man durch eine möglichst rasche Vergrößerung des Wirtschaftsraumes leichter in den Griff zu bekommen glaubte.⁴

Angesichts der deutschen Wirtschaftsdaten erschien Österreich aufgrund seiner unausgenützten Ressourcen an Arbeitskräften, Rohstoffen und Energie als ein interessanter Wirtschaftsraum.

Das Deutsche Reich war in seinen Außenwirtschaftsbeziehungen durch den gravierenden Devisenmangel bereits sehr eingeschränkt.

Da es den nationalsozialistischen Wirtschaftsstrategen nicht verborgen blieb, daß Österreich damals im Gegensatz zu

4 Vgl. Norbert Schausberger, *Der Griff nach Österreich*, 2. Aufl., Wien 1979, S. 397 ff.

Deutschland über einen relativ beträchtlichen Gold- und Devisenvorrat verfügte, sollte auch dies zu einer deutschen Begehrlichkeit beitragen. Tatsächlich wurden die erwähnten Gold- und Devisenvorräte sofort nach dem Anschluß der Österreichischen Nationalbank entzogen und an die Deutsche Reichsbank transferiert.⁵

So hatte man auf deutscher Seite schon seit längerer Zeit Pläne für eine deutsch-österreichische Währungsunion mit einer weitgehenden Integration der beiden Volkswirtschaften entwickelt, allerdings liefen die diplomatischen Vorbereitungen dazu aufgrund des gescheiterten „Schober-Curtius-Planes“ nicht sehr erfolgreich.

Diese Pläne waren für den Fall entwickelt worden, daß ein direkter „Anschluß“ nicht zu verwirklichen wäre. Man realisierte jedoch dann den direkten „Anschluß“, nachdem man erkannt hatte, daß weder in Österreich selbst, noch vom Ausland ein nennenswerter Widerstand zu erwarten sein würde.

Zu den allgemeinen ökonomischen Auswirkungen des „Anschlusses“

Die österreichische Wirtschaft wurde ab dem März 1938 konsequent in den Dienst der Wirtschaftspolitik und der strategischen Überlegungen des Deutschen Reiches gestellt.

Da die ökonomische Situation Österreichs von 1938 im Grunde durchaus jener von Deutschland des Jahres 1933 entsprach, gab es allen Grund, die seitens der NS-Wirtschaftspolitiker in Deutschland ab 1933 erprobten Rezepte nunmehr auch in Österreich einzusetzen, wo es eine praktisch ausgeglichene Zahlungsbilanz, die erwähn-

ten erheblichen Währungsreserven und ein fast sinkendes Preisniveau gegeben hatte.⁶ Besonders die deutsche Rüstungsindustrie, die bereits auf einen möglichen Krieg hinarbeitete, zeigte großes Interesse an den österreichischen Ressourcen, weil man bereits an den äußersten Kapazitätsgrenzen angelangt war.

So kam es in der Ostmark geradezu zu einer regelrechten Gründerphase, um hier die noch unausgenützten Rohstoffe, Energiequellen und Arbeitskräfte einzusetzen. Dies hatte vor allem einen Ausbau der österreichischen Schwerindustrie, des Rüstungssektors und des Energiesektors zur Folge.

Die heimischen Rohstoffe, vor allem Holz und Eisen, wurden ohne Zögern in die militärische Aufrüstung integriert und zahlreiche Vorräte aus Österreich wurden aufgekauft.

Die Exporte nach Deutschland schnellten in Kürze auf das Dreifache empor, im selben Ausmaß sanken allerdings die österreichischen Exporte in die Drittländer. Die nunmehr vermehrten österreichischen Exporte nach Deutschland, wie insbesondere die Aufkäufe von Agrarüberschüssen, wurden von der NS-Propaganda dementsprechend ausgewertet. Für Österreichs Wirtschaftsentwicklung 1938 bis 1939 war aber vor allem die deutlich gestiegene Inlandsnachfrage von großer Bedeutung.

Der „Anschluß“ an das Deutsche Reich brachte für das heimische Wirtschaftsleben tiefgreifende Auswirkungen auf den verschiedensten Gebieten. Das Problem der Verschmelzung zweier sehr unterschiedlicher Volkswirtschaften wurde recht zügig in Angriff genommen, indem rasch die deutschen Reglementierungen auch in Österreich eingeführt wurden.

Zunächst wurde durch die Einführung der

⁵ Kar-Büchinger, Herbert Mats: Der österreichische Schilling, Graz 1974, S. 167 f.

⁶ Bürschick, Wirtschaft, S. 46.

deutschen Rechtsvorschriften die Rahmenordnung des ökonomischen Geschehens an jene des Deutschen Reiches angepaßt.

Diese „Gleichschaltung“ diente nach nationalsozialistischer Diktion dazu, eine „möglichste Angleichung des ostmärkischen Raumes an die bisher erzielten Ordnungsfortschritte des Altreiches“, zu erreichen.⁷ Zugleich wurden auch die Organisationsstrukturen des deutschen Kammerwesens auf die nunmehrige „Ostmark“ übertragen. Die österreichische Marktwirtschaft hatte bislang grundsätzlich das Prinzip einer freien Marktwirtschaft mit freiem Zahlungsverkehr. Nunmehr wurde das deutsche System des reglementierten Außenhandels mit einer totalen Devisenbewirtschaftung auch auf Österreich übertragen.

Die Angleichung der beiden Währungen erfolgte über eine Aufwertung des Schillings. Die Relation von 1 Reichsmark = 2,17 Schilling wurde auf 1 Reichsmark = 1,50 Schilling verbessert.

Damit wurde mit einem Schlag das österreichische Lohnniveau auf das deutsche angehoben, zugleich wurden allerdings auch die Verbraucherpreise und die Preise der Produktionsmittel angehoben.

Dieses Problem konnte man allerdings durch umfangreiche Preisregulierungen, durch steuerliche Begünstigungen, aber auch dadurch in den Griff bekommen, daß die Weltmarktpreise deutlich absanken, womit der Verbraucherpreisindex vom März bis zum Dezember 1938 sogar um 2,3 Prozent sank.⁸

Weiters wurde durch die öffentliche Hand eine massive Expansionspolitik betrieben. Neben dem Straßenbau, in den rund 255 Millionen Schilling investiert wurden, kam

es vor allem zu einer Förderung der kriegswirtschaftlich bedeutsamen Infrastruktur.

Es wurde unter anderem in Wasserkraftwerke, Bergbau, Erdölgewinnung, Eisenerzeugung und in die Landwirtschaft investiert, für letztere stellte man Umschuldungsaktionen und Betriebsmittelkredite zur Verfügung.

Wirtschaftlicher Optimismus und ein günstiges Wirtschaftsklima wurden durch Investitionsförderungen, wie beispielsweise durch vorzeitige Abschreibungen und Kreditbegünstigungen, erreicht.

In kürzester Zeit kam es zu einer fast völligen Auslastung sämtlicher Produktionsfaktoren in Österreich. Im Jahr 1938 flossen der gewerblichen Wirtschaft öffentliche Aufträge im Ausmaß von 750 Millionen Schilling zu.

Aber auch die Konsumnachfrage sollte in Österreich wieder ansteigen.

Dazu trug unter anderem auch die Übertragung der deutschen Sozialgesetzgebung auf Österreich bei, welche Familienbeihilfen und Ehestandsdarlehen vorsah. Außerdem wurde für rund 130.000 bereits ausgesteuerte Arbeitslose eine Unterstützung ausbezahlt.

Noch wesentlicher war der Umstand, daß die aufgezählten Maßnahmen neben Steuerbegünstigungen zu einem Wirtschaftsaufschwung führten, welcher innerhalb kürzester Zeit die Arbeitslosigkeit beseitigte, wozu neben dem Ausbau der Rüstungsindustrie und der Autobahnbau, auch die allgemeine Wehrpflicht beitrug.

Es war von einer ungeheuren Propagandawirkung für den Nationalsozialismus, daß noch im Jahr 1938 die Arbeitslosenziffern in Österreich deutlich zurückgingen.

⁷ Walter Rafelsberger: Die wirtschaftliche Eingliederung der Ostmark in den großdeutschen Raum. In: Vorträge der 2. Reichstagung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung vom 17. bis 20. Oktober 1938 in Graz, Teil I, Sonderdruck aus der Zeitschrift Raumforschung und Raumordnung, 2. Jg., Heft 10, Halle/Berg 1939, (= Rafelsberger: Eingliederung) S. 481-487.

⁸ Felix Butschek: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Wien 1985, S. 60.

Die Auswirkungen des Anschlusses auf die Grazer Wirtschaft

Im Jahr 1939 gab es dann mit einer auf 3,2 Prozent abgesunkenen Arbeitslosenrate bereits den Zustand der Vollbeschäftigung.⁹ Auch viele jener Grazer, welche ursprünglich einem anderen politischen Lager nahestanden waren, konnten sich nunmehr auf Grund der deutlich verbesserten Arbeitsmarktsituation für den Nationalsozialismus begeistern.¹⁰

In nahezu allen Wirtschaftsbereichen kam es unmittelbar nach dem „Anschluß“ zu deutlichen Produktions- und Leistungssteigerungen, wobei das Schwergewicht der Expansion auf der Industrie und der Bauwirtschaft lag, während die Landwirtschaft etwas zurückblieb.

Im Jahr 1938 betrug die Zunahme des realen Bruttonationalproduktes - ohne Berücksichtigung der Landwirtschaft - 15,0 Prozent, mit Landwirtschaft betrug die Steigerung 12,8 Prozent.

Im Jahr 1939 gab es eine weitere Zunahme des realen Bruttonationalproduktes - ohne Berücksichtigung der Landwirtschaft - von 16,3 Prozent, mit Landwirtschaft machte die Steigerung 13,3 Prozent aus. Dieser expansive Boom fand dann allerdings mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sehr schnell sein Ende.

So war die mit dem Anschluß verbundene Aufschwungs- und Erholungsphase für die österreichische Wirtschaft nur sehr kurz: Sie begann in der zweiten Hälfte des Jahres 1938 und sollte für etwa ein Jahr andauern. Bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1939 sorgte der Zweite Weltkrieg für eine wiederum rückläufige Entwicklung.¹¹

Die Grazer Wirtschaftsstruktur war durch einen überaus kleinbetrieblichen Charakter geprägt. Zu Beginn der dreißiger Jahre findet man unter den insgesamt 9.016 Betrieben mit zusammen 43.034 Beschäftigten eine Dominanz der Kleinstbetriebe, welche lediglich bis zu fünf Personen beschäftigten. In dieser Kategorie rangierten 7.749 Betriebe mit insgesamt 14.811 Beschäftigten. Der Rest entfällt im wesentlichen auf mittlere Betriebe mit 6 bis 100 Beschäftigten. Lediglich 34 Betriebe - mit insgesamt 8.920 Arbeitnehmern - wiesen einen Belegschaftsstand von mehr als 100 Personen auf.¹²

Wenngleich die ökonomische Entwicklung je nach Branche höchst unterschiedlich zu bewerten ist, so war in genereller Sicht die Wirtschaftsentwicklung der Grazer Unternehmen vor dem Anschluß recht unerfreulich, und es gab ein sehr gedämpftes Wirtschaftsklima, welches sich beispielsweise in einem lustlosen Geschäftsverlauf der Grazer Messen niederschlug, so daß sogar über eine allfällige Einstellung der Messeaktivitäten nachgedacht wurde.

Gerade der wechselhafte Verlauf der Grazer Messen hatte seit jeher für die Grazer Wirtschaftsentwicklung meist eine recht aussagekräftige Barometer-Funktion.¹³

In den Grazer Wirtschaftskreisen und vor allem innerhalb der Funktionäre der wirtschaftlichen Interessensvertretungen von Industrie¹⁴, Gewerbe und Handel, hatte es

9. Bultschek, *Wirtschaft*, S. 122.

10. Gerald Schöpfer, Das Jahr 1938 im Lichte von Augenzeugenberichten. Aus dem „Oral-History-Archiv“ des Grazer Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. In: *Graz 1938, Historisches Jahrbuch der Stadt Graz*, Bd. 18/19, 1988, S. 82 f.

11. Giacomo Luza, Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Forschungen zur Geschichte des Donaumaues, Bd 2, Wien-Köln: Graz 1977, S. 130 f.

12. Bundesamt für Statistik (Hg.), *Gewerbliche Betriebszählung in der Republik Österreich vom 14. Juni 1933*, Ergebnisse für Steiermark, Wien 1932, S. 44 ff.

13. Gerald Schöpfer, Handel und Gewerbe in Graz in den dreißiger Jahren, in: *Graz 1938, Historisches Jahrbuch der Stadt Graz*, Bd. 18/19, 1988 (= Schöpfer, Handel), S. 249 ff.

14. Stefan Karner, Die Grazer Industrie 1938. In: *Graz 1938, Historisches Jahrbuch der Stadt Graz*, Bd. 18/19 (= Karner, Industrie) 1988, S. 230 ff.

bereits vor dem „Anschluß“ unverhüllte Sympathien für den Nationalsozialismus gegeben.

So gab es auch zahlreiche Betriebe in Graz, bei denen wesentliche Teile der Belegschaft bereits vor 1938 Mitglieder der illegalen NSDAP waren. Als ein repräsentatives Beispiel dafür sei ein damals führender Textilhandelsbetrieb, nämlich das sogenannte „Englische Haus“ im Grazer Stadtzentrum, erwähnt, das sich nach dem erfolgten Anschluß damit rühmen konnte, daß man bereits in der „Zeit des Verbotes ... Stiefelhosen und Braunhemden“ an illegale Parteigenossen geliefert habe, trotz der Gefahr, daß der Betrieb deswegen schwerste juristische Sanktionen auferlegt bekommen könnte, weil der Handel mit parteiamtlichen Uniformen damals natürlich noch strengstens untersagt war.¹⁵

Bereits unmittelbar nach dem Anschluß sollte sich das wirtschaftliche Klima schlagartig verbessern und die Hoffnungen, welche die Mehrzahl der Wirtschaftstreibenden in den Nationalsozialismus gesetzt hatten, schienen sich zunächst zu bestätigen.

Diese Hoffnung, nunmehr einer besseren Zukunft entgegenzugehen, zeigte sich beispielsweise auch im äußerst erfolgreichen Verlauf der Grazer Messe: Hier wurden die zahlreich herbeiströmenden Grazerinnen und Grazer erstmals mit einer Reihe von völlig neuartigen Konsumartikeln konfrontiert. Damit stellte das NS-Regime zugleich seine Modernität unter Beweis: Erstmals wurde in Graz das Fernsehen präsentiert. Zu den weiteren Attraktionen der Messe zählte der Volkswagen („KdF-Wagen“), welcher reges Interesse der Grazer erweckte. Grafisch geschickt gestaltete Plakate suggerierten,

daß bald für jedermann ein Volkswagen erschwinglich sein wird, mit dem man dann die in Planung befindlichen Autobahnen benützen könne.

Daß in Wirklichkeit die neuen Volkswagen mit Kriegsbeginn praktisch kaum mehr für private Zwecke ausgeliefert wurden, konnte damals noch niemand ahnen; wenngleich die auf der Grazer Messe ausgestellten „Volksgasmasken“ durchaus ein Indikator dafür waren, daß bereits Vorbereitungen auf einen Krieg im Gange waren.

Begeistert registrierte der zeitgenössische Chronist der Grazer Messe, daß bei dieser erstmals im Zeichen des Nationalsozialismus stehenden Wirtschaftsschau „glänzende Abschlüsse und eine verzechnfachte Kauflust“ zu verzeichnen gewesen wären.¹⁶

Seitens der Stadt Graz wurden im Jahr 1938 auch hochtrabende Pläne entwickelt, Graz als Fremdenverkehrs- und Kongreßstadt zu profilieren; allerdings sollten die diesbezüglichen Initiativen durch den rasch folgenden Kriegsausbruch wiederum blockiert werden.

Als der Gauwirtschaftsberater und Landesstatthalter Univ.-Prof. Dr. Armin Dadiou im März 1939 seinen Wirtschaftsbericht über das Jahr 1938 vorlegte, konnte er darin voll Stolz ein vorwiegend positives Bild von der jüngsten Wirtschaftsentwicklung vorlegen, wobei auch nicht verschwiegen wurde, daß nicht alle Wirtschaftssparten gleichmäßig an diesem Aufschwung teilhaben konnten.

Außerdem machte sich im Grazer Wirtschaftsleben bereits sehr bald das Problem bemerkbar, daß es zu Engpässen in der Versorgung mit Rohmaterialien und zu einem Mangel an Arbeitskräften kam: Diese

15 Schreiben der Firmeneitung des sogenannten „Englischen Hauses“ am Jakominiplatz – Ecke Oberring (wo sich heute das Cartheum befindet) an die Überwachungsstelle der NSDAP, Reichszugmeisterlei, München, vom 26. Juli 1938. In: Hans Dieter Feliner, Ausstattungshaus Fm I Kraft & Cie, Diplom-Arbeit am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Graz 1978, Anlage 15, S. 71 f.

16 Schöpfer, Handel, S. 239 f.

angespannte Situation sollte sich dann mit Beginn und dem weiteren Verlauf des Zweiten Weltkrieges noch krasser zuspitzen.

Unmittelbar nach dem „Anschluß“ wurde ein NS-„Aufbauprogramm für Graz“ verkündet, welches einen großzügigen Kostenrahmen von 25 Millionen Reichsmark vorsah.

Damit sollte einerseits die städtische Infrastruktur verbessert werden, andererseits erwartete man sich davon auch beschäftigungspolitische Effekte, weil in diesem Zusammenhang sehr bewußt auf die hohen Lohnquoten der Sparten Kanalbau (50 Prozent) und Straßenbau (37 Prozent) hingewiesen wurde.¹⁷

Die mit dem genannten Aufbauprogramm verbundenen Großaufträge in den Bereichen Schwemmkanalisation, Straßenbauten, Wasser-, Gas- und Stromversorgung und Hochbauten benützte die NSDAP sehr zielstrebig dazu, ihren Einfluß auf die Grazer Privatwirtschaft auszuweiten.

Es wurde offen zum Ausdruck gebracht, daß die in Frage kommenden Bauunternehmungen im Einvernehmen mit der Kreisleitung der NSDAP aufgelistet werden.

In den publizierten Richtlinien zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen wurde unverhüllt mitgeteilt, daß die parteipolitische Zuordnung („alte Parteizugehörigkeit“) neben der Verlässlichkeit und Leistung der Unternehmen zu den entscheidenden Kriterien gehöre.¹⁸

In dieses Bemühen der NSDAP, das Wirtschaftsleben gänzlich zu kontrollieren, gehört auch die Anordnung des „Reichskommissärs für die Wiedervereinigung

Österreichs mit dem Deutschen Reich“, wonach es bei Neuanmeldungen zum Gewerbe zu verschärften Prüfungen kommen werde, und dabei wurde neben den bislang zuständigen Instanzen auch zusätzlich eine Mitwirkung des Kreisleiters der NSDAP vorgesehen.¹⁹

Doch auch in anderer Hinsicht zeigte der Nationalsozialismus sehr bald nach dem Anschluß sein totalitäres Gesicht: Auch in Österreich wurden die vom nationalsozialistischen Geist getragenen menschenverachtenden Bestimmungen über die Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung aus dem Wirtschaftsleben angewandt.

Aus nationalsozialistischer Sicht meinte man dazu: „Weil die Verjudung in der Ostmark ein unvergleichlich größeres Ausmaß angenommen hatte als im übrigen Reichsgebiet, waren hier besondere Maßnahmen notwendig.“²⁰

Bereits ab Juni 1938 gab es das Bemühen, in diesem Sinne die Steiermark noch rascher als andere Gaue „judenrein“ zu machen und mit aller Brutalität wurden in Graz die Vorschriften zur „Arisierung“ vollzogen.²¹

In den Interessensvertretungen der Wirtschaft kam es durch das nationalsozialistische Regime zu einer völligen Neustrukturierung. So kam es beispielsweise zu einer Gleichschaltung des heimischen Kammerwesens und dessen Unterstellung unter die Reichswirtschaftskammer in Berlin. Die Wirtschaftskammer „Südmark“ bildete in den Jahren von 1938 bis 1942 die Dachorganisation der Handels- und Handwerkskammern in Steiermark und Kärnten. Im Jahr 1942 wurde das Gewerbe und das

¹⁷ Schöpfer, Handel, S. 258.

¹⁸ „Das Aufbauprogramm der Stadt Graz“ in: Amtsblatt der Stadt Graz, XLII Jg., Nr. 3/4, Mai-Juni 1938, S. 13 f.

¹⁹ Schöpfer, Handel, S. 226.

²⁰ Rafesberger, Eingliederung, S. 486.

²¹ Siehe dazu z.B. Dieter A. Binder, Das Schicksal der Grazer Juden 1938, in: Graz 1938, Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, 1988, S. 203-226.

Handwerk wieder in einer Kammer zusammengefaßt. Die Wirtschaftskammer „Südmark“ wurde dann aufgelöst und dafür die Gauwirtschaftskammern für Steiermark und Kärnten geschaffen, denen die Handelskammern unterstellt waren.²²

Im heimischen Handel machten sich sehr bald die bürokratischen Regelungen bezüglich der Preisgestaltung bemerkbar. Der Lebensmitteleinzelhandel mußte wegen der Preisstoppverordnungen, welche die Verbraucherpreise stabilisierten und wegen der steigenden Steuerbelastungen, sinkende Handelsspannen verkraften. Dies konnte durch die gestiegenen Umsätze keinesfalls wettgemacht werden.

Dazu kam, daß die Preisüberwachungen in Graz so bürokratische Ausmaße annahmen, daß dies von vielen Kaufleuten als durchaus schikanös empfunden wurde.²³

Als schließlich mit dem Kriegsanfang Bewirtschaftungssysteme für Nahrungsmittel, Textilien und für weitere wichtige Waren eingeführt wurden, war der Handel dadurch mit einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand belastet, welcher mit der Manipulation der verschiedenen Typen von Bezugskarten verbunden war.

Diese komplizierten Verwaltungsarbeiten mußten von den Kaufleuten unbezahlt in den kärglichen Stunden der Freizeit, meist während der Nachtstunden oder am Wochenende, abgewickelt werden.²⁴

Zwischen den Jahren 1938 und 1945 sollte sich die Stadt Graz als Wirtschaftsraum wesentlich verändern.

Dazu trug die nationalsozialistische Raumordnungspolitik bei, welche sich die

Schaffung von „Groß-Graz“ zum Ziel setzte: Durch die Eingemeindungen der Vorstadtgemeinden von Graz, wie beispielsweise Andritz, Eggenberg, Gösting, Messendorf, Murfeld, St. Peter, Straßgang, Waltenhof, Wetzelsdorf usw., wurde mit 1. Oktober 1938 eine starke Ausdehnung des Stadtgebietes um das Fünffache und die Erhöhung der Bevölkerungszahl um etwa ein Drittel auf 207.747 erreicht.²⁵

Diese Eingemeindungen hatten auch wesentliche Auswirkungen auf die Standortstruktur der Grazer Industrie; hier sind Ansätze einer modernen Raumplanung erkennbar. So ging die Bedeutung des Stadtzentrums als Sitz von Industriebetrieben deutlich zurück.

Einerseits sind durch die Eingemeindungen die vormals in den Vororten befindlichen Industriebetriebe in die Stadt Graz integriert worden, andererseits boten sich nun vor allem im Südosten der Stadt Graz neue industrielle Erweiterungschancen.

Die neuen industriellen Großbetriebe wurden künftig in den neu eingemeindeten Stadtbezirken errichtet.

Der bedeutendste Grazer Industriebetrieb, nämlich die Steyr-Daimler-Puchwerke mit etwa 8.000 Arbeitnehmern, wurden ab 1939/40 an der südlichen Stadtgrenze in Thondorf angesiedelt. Einige Monate, bevor am 13. Oktober 1942 das neue Werk in Thondorf fertiggestellt war, beantragte der Grazer Oberbürgermeister die Eingemeindung der Gemeinde Thondorf.²⁶

Um das Jahr 1944 finden wir bereits fast 35 Prozent der Grazer Industriebetriebe in den neuen Stadtbezirken. So wurde beispiels-

22 Stefan Kamar: Österreichs Handel 1913-1945. In: Gerald Schöpfler (Hg.), Menschen & Münzen & Märkte. Katalog der Steirischen Landesausstellung, Judenburg 1989, S. 191-206.

23 Vgl. die diesbezüglichen Klagen in verschiedenen Interviews. Siehe Gra-History-Archiv des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Graz (= OHA-WISOG Graz), Nr. 66-4/84, S. 2 f.

24 OHA-WISOG Graz, Nr. 66-4/84, S. 2 f.; Nr. 160-1/65, S. 4, Nr. 301-11/86, S. 11, Nr. 389-6/87, S. 3 f.

25 Werner Strahalm, Graz - Eine Stadtgeschichte, Graz 1989, S. 395 f.

26 Samar Khodai Estahani, Steyr-Daimler-Puch AG, Historische Betriebsanalyse 1938-1945. Diplomarbeit am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Graz 1996. (= Khodai, Steyr), S. 34 f.

weise auch die neu begründete Luftwaffen-Firma des Unternehmens Treiber im Bezirk Puntigam errichtet.²⁷

Die Rüstungsbetriebe in Graz

Auf Grund des traditionellerweise überproportionalen Anteils der Steiermark an der Eisen- und Stahlproduktion und der Metallverarbeitung war es naheliegend, daß es besonders in diesen Bereichen zu einer Konzentration der Rüstungsindustrie kam, wobei hier der Grazer Raum eine bedeutende Rolle spielte.

Von den in Graz angesiedelten Industriebetrieben entfiel im Jahr 1937 fast ein Drittel auf die Metallindustrie, fast ein Fünftel war der Nahrungs- und Genussmittelindustrie zuzurechnen.

Hingegen war der kriegswichtige Bereich der chemischen Industrie lediglich mit 5,2 Prozent der Betriebe vertreten.

Durch die im Jahr 1938 vorgenommenen Eingemeindungen verbreiterte sich die Palette der Industriebetriebe um knapp die Hälfte der bestehenden Industriebetriebe. Doch diese neu hinzugekommenen Industrien hatten im wesentlichen eine ähnliche Branchenaufgliederung wie die bereits bestehenden, so daß sich insgesamt die Branchenstruktur der Grazer Industrie damit nur unwesentlich änderte.²⁸

Unmittelbar bei Kriegsbeginn gab es in Graz folgende als Rüstungsbetriebe deklarierte Unternehmen:

Maschinenfabrik Andritz AG (Kranbau), Ludwig Binder & Co (Metallbau), August Sattlers Söhne (Textil), Jakob Rathleitner (Textil), Steyr-Daimler-Puch AG (Fahrzeug-

bau, Motoren, Metallverarbeitung), Treiber & Co (Metallbau), Grazer Waggonfabrik AG (Fahrzeugbau), Pengg-Walenta (Ketten), Robert Bieher (Leder) und Franz Rieckh (Leder).²⁹

In der Folge wurden einerseits die Kapazitäten der bereits bestehenden steirischen Rüstungsbetriebe weiter ausgebaut, andererseits wurde die Palette von Rüstungsbetrieben bis zum 31. Dezember 1940 noch um die folgenden Unternehmungen erweitert: Otto Haase (Seilerwaren), Noricumwerke Cless (Metall), Fahrradwerk Weiß Junior (Fahrräder), Alfred Wall (Grafik), Waagner-Biró AG (Metall), Gottfried Witiz (Lehren), Albin Kassar (Maschinenbau), Ludwig Höfler (Elektro- und Maschinenbau), Josef Treiber (Metallbau).³⁰

In den weiteren Jahren bis zum Kriegsschluß wurden noch weitere Unternehmen als Rüstungsbetriebe deklariert:

Raimund Culk (Heizanlagenbau), Franz Erbida (Maschinenschlosserei), Alois Jandl (Schlosserei), Alois Knotz (Registrierkassenfabrik), Rudolf Mörth (Metallgießerei), Anton Paar (Mechanische Werkstätte), Kuczera & Co (Elektro-Bau), Steirerfunk (Nachrichtentechnik), Treiber & Co GmbH (Metallbau) und Vaemag (Elektro-Maschinen- und Apparatebau).³¹

Für diese Unternehmen war es durchaus interessant, die betriebswirtschaftliche Chance zu ergreifen, als Rüstungsbetrieb Großaufträge des Deutschen Reiches zu erhalten, die relativ hohen Gewinnspannen dieser Branche realisieren zu können und an den zahlreichen Vergünstigungen des Rüstungssektors teilzuhaben (Material-, Energie- und Arbeitskräftezuteilungen), welche den sonstigen Betrieben in der

27. Kärnten, Industrie, S. 235 f.

28. Kärnten, Industrie, S. 238.

29. Kärnten, Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945, 3. Aufl., Graz 1994 (= Kärnten, Steiermark) S. 239 f.

30. Kärnten, Steiermark, S. 240 f.

31. Kärnten, Industrie, S. 245 ff.

Regel versagt blieben.

Unter den von der deutschen Rüstungsindustrie in Österreich direkt initiierten bedeutsameren Neugründungen sind für die Stadt Graz das 1942 errichtete Metallwerk Hinkel & Co (Druckguß- und Spannschlösser) mit 20 Arbeitnehmern und die Treiber & Co GmbH, die als dritter Treiber-Betrieb begründet wurde, zu erwähnen. Letzterer Betrieb stellte mit fast 800 Arbeitnehmern Flugzeugteile her.

In diesem Zusammenhang ist auch der in Fertigteilbauweise errichtete Neubau der Steyr-Daimler-Puchwerke in Thondorf zu nennen, welcher künftig als Produktionsstätte für Rüstungslieferungen an die deutsche Luftwaffe dienen sollte.³²

Neben den genannten Rüstungsindustrien wurde auch eine Fülle jener gewerblichen Produktionsbetriebe, welche für die Bedürfnisse der deutschen Wehrwirtschaft von Interesse waren, über sogenannte Landesliefergenossenschaften organisatorisch erfaßt und in die Rüstungsproduktion eingebunden.³³

Im Jahr 1944 erreichte die Rüstungsproduktion in der Stadt Graz ihren Kulminationspunkt, und es waren insgesamt etwa 20.000 Beschäftigte im Rüstungssektor tätig.

Wenngleich die Kapazität der in Graz vorzufindenden Rüstungsproduktion im Gesamtszenario der Rüstungsanstrengungen des Deutschen Reiches keineswegs eine entscheidende quantitative Bedeutung hatte, waren dennoch einige Grazer Firmen wegen ihres speziellen Know-Hows für die deutschen Strategen von großem Interesse.

So zählte die Firma Treiber & Co GmbH zu jenen wenigen Unternehmen, welche für die deutsche Luftwaffe einen ganz besonderen Stahl verarbeiten konnten, welcher den

hohen Temperaturen der Auspuffanlagen stand hielt. In diesem speziellen Bereich war das Unternehmen als einer der Hauptproduzenten der Deutschen Wehrmacht von besonderer strategischer Bedeutung.

Sonstige Luftfahrtgeräten wurden von den übrigen Treiber-Werken, der Maschinenfabrik Andritz, der Steirer-Elektrobau und der Schlosserei Jaindl hergestellt. Die Firma Steyr-Daimler-Puch war immerhin das drittgrößte österreichische Rüstungswerk und fertigte Flugmotoren, Getriebe, Handfeuerwaffen, Panzer- und Sturmgeschütze und Wehrmachtsfahrzeuge mit Motoren, wie beispielsweise das Kettenfahrzeug „Raupenschlepper-Ost“.

Die Vaemag produzierte Elektro-Fernsteuerungen, Kommandogeräte, Elektrozündeinrichtungen, Scheinwerfergeräte und Elektro-Nachrichtengeräte. Letztere wurden auch von der Firma Steirerfunk hergestellt.

Scheinwerfergeräte wurden auch von der Firma Ludwig Binder erzeugt, die sich auch auf die Fertigung von Panzer- und Sturmgeschützen spezialisiert hatte.

Panzer-Material, Teile für U-Bootskörper, Pionier-, Brücken- und Sprengeräte waren in den Produktionspaletten der Firma Binder und der Wagner-Biró zu finden.

Die Maschinenfabrik Andritz fertigte - ebenso wie die Firma Noricumwerke Cless - Geschütze und Minenwerfer, ferner erzeugte sie auch Ladestreifen und MG-Gurte.

Zum Produktionsprogramm der Andritzer Maschinenfabrik, aber auch der Waggonfabrik Simmering-Graz-Pauker, zählten weiters Munition über 2 cm, Artilleriegeschosse ab 7,5 cm und Torpedos.

Die Maschinenbau-Firma Albin Kasser hatte sich auf die Produktion von Flaks verlegt.³⁴

32. Kärner, Industrie, S. 248

33. Kärner, Steiermark, S. 241

34. Kärner, Industrie, S. 247 f.

Der Zusammenbruch des Wirtschaftslebens

Mit zunehmender Dauer des Zweiten Weltkrieges wurden die Luftangriffe auf die Stadt Graz immer heftiger, wobei naturgemäß vor allem die in Graz situierten Rüstungsbetriebe zu den strategischen Zielen der alliierten Bombergeschwader gehörten.

Da die Deutsche Wehrmacht der alliierten Luftüberlegenheit nichts Wirksames mehr entgegensetzen konnte, gab es Bemühungen, die meisten der kriegswichtigen Produktionsstätten in sichere, unterirdische Standorte zu verlagern.

Beispielsweise wurde ein Teil der Rüstungsfabrikation von Steyr-Daimler-Puch ausgelagert. Man suchte bombensichere Produktionsflächen im Untertage-Abbau des Römerkalksteinbruches bei Leibnitz, wo dann Zahnräder gefertigt wurden. Eine weitere Produktionsstätte boten die Kellergewölbe der Grazer Brauerei Reininghaus, wohin man unmittelbar neben einem Rot-Kreuz-Depot eine Produktionsstätte für Panzergetriebe verlegte. Dieser Betriebsstandort erhielt den sinnigen Namen „Gambrinuswerk“.

Andere Verlagerungsziele für die Grazer Steyr-Daimler-Puchwerke boten sich in den Felsformationen in der Gemeinde Peggau im Bezirk Graz-Umgebung an. In die sogenannte „Peggauer Wand“ wurden mit Hilfe von Häftlingen aus Konzentrationslagern drei geräumige Stollen geschlagen und gesprengt, welche für die Kurbelwellenerzeugung dienten.

Weiters wurden Produktionsstätten für Pumpen, Geschossteile und Flugmotoren in das Peggauer Zementwerk Kern und die Peggauer Hufnägels- und Werkzeugfabrik ausgelagert.³⁵ Ein Planungsbüro fand in den

Gewölben im Bereich Tummelplatz - Hans-Sachs-Gasse einen neuen und sicheren Standort.³⁶

Doch diese Verlagerungen, deren Liste sich noch beliebig fortsetzen ließe, konnten das Fanal des Zusammenbruches lediglich etwas verzögern, aber keinesfalls aufhalten. In den fortgesetzten Luftangriffen wurde auch die Verkehrs-Infrastruktur systematisch bombardiert, so daß die Transportmöglichkeiten sehr eingeschränkt waren. So wurde in der Endphase des Krieges, am Ostermontag 1945 das gesamte Gelände des Hauptbahnhofes völlig zerstört. Neben der durch den Luftkrieg verschärften Transportkrise, führte auch der Mangel an Energie und Rohstoffen zu immer spürbareren Rückschlägen in den Produktionsziffern.

Dazu kam mit zunehmender Dauer des Krieges vor allem noch der Mangel an Arbeitskräften, womit die wirtschaftlichen Aktivitäten wesentlich reduziert und bereits weite Teile des zivilen Lebens zum Erliegen gebracht wurden. In der Stadt Graz blieben fast nur noch Frauen, Kinder und Greise zurück; denn mit einem letzten Aufgebot wurden auch alle noch nicht zur Wehrmacht eingezogenen Männer zwischen 16 und 60 Jahren zum Volkssturm einberufen. Aus Sicherheitsgründen kam es dann noch zur Evakuierung von Müttern und deren Kindern in steirische Landgemeinden, wo man sich vor Luftangriffen sicherer glaubte. Als sich gegen Ende des Krieges die Niederlage des Deutschen Reiches schon immer deutlicher abzuzeichnen begann, wurden durch den Gauleiter Dr. Sigfried Überreither noch verzweifelte letzte Maßnahmen zum totalen Kriegseinsatz erlassen, welche naturgemäß zu weiteren Einschränkungen im zivilen wirtschaftli-

35 Khoda, Steyr, S. 117 ff.

36 Kärner, Industrie, S. 236.

chen und sozialen Ablauf führten.

Am 25. April 1944 wurden schließlich die 60-Stunden-Woche und eine totale Urlaubssperre verkündet, die Theateraufführungen wurden eingestellt, und es kam auch zu einer fast vollständigen Lahmlegung des Betriebes an den Grazer Hochschulen.

Ab September 1944 durfte der Umfang der Grazer Tageszeitungen „Kleine Zeitung“ und „Tagespost“ nur noch einen Bogen, gegen Kriegsende überhaupt nur mehr eine Druckseite betragen.

Der Mittelschulbetrieb wurde mit der Schließung der obersten Klassen erheblich reduziert, weil die älteren Schüler bereits eingerrückt waren, zahlreiche Geschäfte wurden zusammengelegt oder geschlossen, Unterhaltungslokale mußten die Rollbalken herunterlassen.³⁷

In der allerletzten Phase vor der Kapitulation wurden dann noch in einigen Straßen der Grazer Innenstadt Barrikaden errichtet, um sich damit für einen eventuellen Nahkampf mit den immer näher rückenden alliierten Truppen zu rüsten.

Glücklicherweise kam es aber dann wegen der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht nicht mehr zum erwarteten Kampf um und in Graz.

Es war auch ein Akt der Vernunft, daß der sogenannte „Nero-Befehl“, welcher unter anderem die Zerstörung der Produktions-einrichtungen vorsah, nach der am 8. Mai 1945 erfolgten Flucht des Gauleiters Sigfried Überreither nicht mehr vollzogen wurde.

Die Hoffnungen, die im Jahre 1938 viele begeisterte Bewohner der „Stadt der Volks-erhebung“ in den Nationalsozialismus und seine kühnen Zukunftsversprechungen gesetzt hatten, wurden in den Zusammenbruchstagen im Mai 1945 begraben.

Für den trügerischen wirtschaftlichen Aufschwung, welcher in der Stadt Graz in

der kurzen Spanne zwischen dem Anschluß und dem Kriegsbeginn zu verzeichnen war, mußte bitter bezahlt werden.

Literatur und Quellen

Karl Bachinger - Herbert Matis, *Der österreichische Schilling*, Graz 1974.

Dieter A. Binder, *Das Schicksal der Grazer Juden 1938*. In: *Graz 1938, Historisches Jahrbuch der Stadt Graz*, Bd. 18/19, 1988, S. 203-228.

Bundesamt für Statistik (Hrsg.), *Gewerbliche Betriebszählung in der Republik Österreich vom 14. Juni 1930, Ergebnisse für Steiermark*, Wien 1932.

Felix Butschek, *Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945 (= Butschek, Wirtschaft)*, Wien 1978.

Felix Butschek, *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, Wien 1985.

„Das Aufbauprogramm der Stadt Graz“. In: *Amtsblatt der Stadt Graz*, XLII, Jg., Nr. 3/4, Mai-Juni 1938.

Hans Dieter Fellner, *Ausstattungshaus Emil Kraft & Cie*, Diplom-Arbeit am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Graz 1978.

Stefan Karner, *Die Grazer Industrie 1938*. In: *Graz 1938, Historisches Jahrbuch der Stadt Graz*, Bd. 18/19, 1988. (= Karner, *Industrie*) S. 229-248.

Stefan Karner, *Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945*, 3. Aufl., Graz 1994 (= Karner, *Steiermark*).

³⁷ Karner *Steiermark*, S. 402 f.

- Stefan Karner, Österreichs Handel 1913-1945. In: Gerald Schöpfer (Hg.), Menschen & Münzen & Märkte, Katalog der Steirischen Landesausstellung, Judenburg 1989, S. 191-206.
- Stefan Karner, Steirisches Eisen zwischen Wirtschaftskrise und Kriegskonjunktur (1914-1945). In: Paul W. Roth (Hg.), Erz und Eisen in der Grünen Mark. Beiträge zum steirischen Eisenwesen. Beitragsband zur steirischen Landesausstellung 1984, Eisenerz 1984, S. 367-381.
- Hans Kernbauer - Fritz Weber, Österreichs Wirtschaft 1938-1945. In: Emmerich Tálos - Ernst Hanisch - Wolfgang Neugebauer (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938 - 1945, Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Band 36, Wien 1988, S. 49 f.
- Saman Khodai Esfahani, Steyr-Daimler-Puch AG. Historische Betriebsanalyse 1938-1945. Diplom-Arbeit am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Graz 1998. (= Khodai, Steyr).
- Radomir Luza, Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Forschungen zur Geschichte des Donauraumes, Bd. 2, Wien-Köln-Graz 1977.
- Oral-History-Archiv des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Graz (= OHA-WISOG Graz).
- Walter Rafelsberger, Die wirtschaftliche Eingliederung der Ostmark in den großdeutschen Raum. In: Vorträge der 2. Reichstagung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung vom 17. bis 20. Oktober 1938 in Graz, Teil I. Sonderdruck aus der Zeitschrift Raumforschung und Raumordnung, 2. Jg., Heft 10, Heidelberg 1939. (= Rafelsberger, Eingliederung), S. 481-487.
- Norbert Schausberger, Der Griff nach Österreich, 2. Aufl., Wien 1979.
- Gerald Schöpfer, Das Jahr 1938 im Lichte von Augenzeugenberichten. Aus dem „Oral-History-Archiv“ des Grazer Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte. In: Graz 1938, Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, 1988, S. 75-86.
- Gerald Schöpfer, Handel und Gewerbe in Graz in den dreißiger Jahren. In: Graz 1938, Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, Bd. 18/19, 1988, S. 249-262.
- Gerald Schöpfer, Möglichkeiten einer aktiven Konjunkturpolitik im Österreich der zwanziger Jahre. In: Geschichte und Gegenwart, 2. Jg., Heft 1, Graz 1983, S. 24-46.
- Werner Strahalm, Graz - Eine Stadtgeschichte, Graz 1989.

Lager in Graz.

Zur Unterbringung ausländischer Zivilarbeiter, Kriegsgefangener und KL-Häftlinge 1938 - 1945

In seiner Studie zum Thema „Wieviel Erinnerung kann sich die Gesellschaft erlauben?“ stellt Zygmunt Bauman die Frage, ob das 20. Jahrhundert als „Zeitalter der Lager“ in die Geschichte eingehen wird.¹ Allein im nationalsozialistischen Deutschland gab es siebzehn verschiedene Kategorien und weit über 10.000 Lager, sodaß Gudrun Schwarz in der Nachfolge Andrzej Kamiński zu Recht von einer „Lagerisierung des gesamten Lebens“ spricht.² Mit dem „Anschluß“ im März 1938 entstanden auch auf österreichischem Boden Lager-systeme, die in der Folge der abgestuften und differenzierten Behandlung und Ausbeutung verschiedenster Personengruppen dienten: Konzentrationslager (KL), Kriegsgefangenenlager, Lager der Sicherheitspolizei, Slowenenlager in der Steiermark, Umsiedler- und Durchgangslager oder etwa Fremdarbeiterlager.³ Wie in vielen Orten, gehörten auch in Graz unterschiedlich große Lagereinrichtungen jahrelang zum

Erscheinungsbild der Stadt.

Für das Deutsche Reich, das zwischen 1939 und 1945 mit der halben Welt Krieg führte, beherbergte dieser „Lagerarchipel“ dringend benötigte und zudem günstige Arbeitskräfte. So gehörten im September 1944 etwa 33 Prozent aller in der deutschen Wirtschaft beschäftigten Angestellten und Arbeiter zu den Kategorien „ausländischer Zivilarbeiter“, „Kriegsgefangener“ oder „KL-Häftling“, wobei der „Ausländeranteil“ in einzelnen Branchen und Betrieben weit höher lag: bei 36 Prozent im Bergbau, bei 46 Prozent in der Landwirtschaft und in Einzelbetrieben mit besonders hohem Anteil an angelernten und Hilfsarbeitern bei bis zu achtzig Prozent. Zusätzlich zu etwa 400.000 als Zwangsarbeiter im Reichsgebiet eingesetzten KL-Häftlingen kamen insgesamt rund 9,5 Millionen ausländische Arbeitskräfte zum „Reichseinsatz“ nach Deutschland.⁴

- 1 Zygmunt Bauman, *Das Jahrhundert der Lager*, in: *Die neue Gesellschaft* Frankfurter Heft, 1994/1, S. 28-37. Für wertvolle Hinweise und Hilfestellungen danke ich Herrn Ewald Czoch, Stadtarchiv Graz (= StA), Herrn OR Dr. Wolfgang Lischmann, Heeresgeschichtliches Museum, Militärgeschichtliche Forschungsabteilung, Herrn Mag. Harald Knoll, Ludwig Boltzmann Institut für Kriegsfolgen-Forschung Graz/Wien (= BIK), Herrn Fl. Johann Lindner, Steiermärkisches Landesarchiv (= StLA), Herrn Dr. Martin Polaschek, Graz, Herrn Mag. Šoupek, Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich, Frau Dr. Gabriele Stieber, Hitzendorf, sowie Frau F. Žemkova, Memorial Moskau. Weiters bin ich Herrn Hofrat Dr. Walter Brunner, StLA, und Herrn Präsident Dr. Friedrich Köcker, Steiermärkisches Landesgericht für Strafsachen (StLG), für die Genehmigung der Einsichtnahme vor Archivmaterialien zu Dank verpflichtet.
- 2 Gudrun Schwarz, *Die nationalsozialistischen Lager*, überarbeitete Aufl. Frankfurt 1996, S. 10, u. 261; Andrzej J. Kamiński, *Konzentrationslager 1896 - heute. Eine Analyse*, Stuttgart 1982.
- 3 Florian Freund, *Arbeitslager Zement. Das Konzentrationslager Ebensee und die Raketentrüstung. Industrie, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich*, Bd. 2, Wien 1989 (= Freund, *Arbeitslager Zement*), S. 15.
- 4 Barbara Stelzl, *Amerikanische und sowjetische Kriegsgefangene in deutscher Hand. Fakten und Fiktionen einer Extremsituation dargestellt unter besonderer Berücksichtigung des Stalag XVII B Kromschloß-Gneixendorf*, Phil. Diss. Graz 1998, S. 8ff.; Ulrich Herbert, *Linienführung des Herausgebers*, in: Ulrich Herbert, *Europa und der „Reichseinsatz“*, *Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945*, Essen 1991, S. 7-25, hier S. 7; Florian Freund/Bertrand Perz, *Industrialisierung durch Zwangsarbeit*, in: *NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945*, hg. v. Emmerich Tálos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer, Wien 1988, S. 95-114; Hermann Hagspiel, *Die Ostmark. Österreich im Großdeutschen Reich 1938 bis 1945*, Wien 1995, S. 185ff.

Auch in Graz wurden unzählige Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter zum Arbeitseinsatz herangezogen, wobei man streng darauf bedacht war, Beziehungen zu Einheimischen zu unterbinden. Bereits 1940 kursierte ein „Merkblatt über das Verhalten der Bevölkerung gegenüber Kriegsgefangenen“, das zur „Zurückhaltung“ gegenüber den ausländischen Arbeitskräften gebot: „Bedenke, daß der Feind auch in der Kriegsgefangenschaft der Feind bleibt und handle danach.“⁵ Bereits so harmlose Gesten wie das „Unter-einem-Schirm-Gehen“, der Verkauf von Fischsalat an einen sowjetischen Kriegsgefangenen in der Grazer „Nordsee“ oder die Ausschank alkoholischer Getränke in einem Lokal in der Conrad von Hötzendorfstraße⁶ wurden als Übertretung nach § 4 der „Wehrkraftschutzverordnung“ geahndet und zogen zum Teil mehrmonatige Haftstrafen nach sich. Beispielsweise wurde eine Grazerin zu drei Monaten Gefängnis und zum Strafkostenersatz verurteilt, weil sie „dadurch, daß sie sich wiederholt mit französischen Kriegsgefangenen in französischer Sprache unterhielt und dem französischen Kriegsgefangenen Valette Louis nachging, in einer Weise mit Kriegsgefangenen Umgang gepflogen [hat], die das gesunde Volksempfinden gröblich verletzt.“⁷ Zwischen 1941 und 1945 verurteilte das Landesgericht für Strafsachen Graz insgesamt 131 Personen nach § 4 der „Wehrkraftschutzverordnung“,

davon etwa zwanzig für Vergehen, die direkt in Graz - unter anderem in verschiedenen Lagern - begangen worden waren.

Wie der folgende erste Überblick über Lagereinrichtungen in Graz während der NS-Zeit zeigt, waren in mehreren Lagern Arbeitskräfte ausschließlich einer Firma - etwa der Steyr-Daimler-Puch AG (SDP) oder Firma Treiber - untergebracht, andere beherbergten Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter, die man in den unterschiedlichsten Bereichen zur Arbeit heranzog. Die meisten Lager waren nach dem Muster der Reichsarbeitsdienstlager (RAD) errichtet worden, deren Baracken üblicherweise 8,14 Meter breit und zwischen 2,8 und drei Meter hoch waren. Die Holzbauten, die im Inneren kaum abgeteilte Räume aufwiesen, standen allgemein auf Holzpfählen, nur selten verwendete man Betonfundamente.⁸

Auffallend ist der mehrfache Funktionswechsel einiger Einrichtungen, der sich bis nach Kriegsende fortsetzte: So gingen das Lager Steinfeld, das Roseggerlager, die Lager Nord und Süd sowie das Lager Liebenau aus den 1940 im Auftrag des Gauhauptmannes errichteten Umsiedlerlagern I bis V hervor,⁹ die kurze Zeit zur Unterbringung von Umsiedlern aus dem Buchenland und aus Bessarabien dienten und nach Kriegsende wiederum als Flüchtlingslager fungierten.¹⁰

5 StLA, Politisch-amtliche Plakate, 1940/2.

6 Margarethe Ruff, *Im ihre Jugend betrogen: Ukrainische Zwangsarbeiter/innen in Vorarlberg 1942-1945*, Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs Bd. 13, 2. Aufl., Bregenz 1997, S. 114.

7 StLA, Landesgericht für Strafsachen Graz, Nr. 485/1943.

8 StLA, Landesgericht für Strafsachen Graz, Nr. 636/1943.

9 StLA, Landesgericht für Strafsachen Graz, Nr. 658/1943.

10 Gabriela Stieber, *Displaced Persons - Ausländerlager in Graz* (= Stieber, *Displaced Persons*, in: F. Bouvier/Ch. Valentini (Hrsg.), *Graz 1945. Historisches Jahrbuch der Stadt Graz*, Bd. 20, S. 225-250, hier: S. 242f.; Jörg Osterloh, *Ein ganz normales Lager: Das Kriegsgefangenen-Mannschaftslager 304 (W/H) Zeitheim bei Rosa/Sa. 1941 bis 1945*, Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft Bd. 2, Leipzig 1997, S. 33f.

11 Lager I - Mühlstraße beim Jüdenfriedhof; Lager II - Roseggerlager/Wachtelgasse; Lager III - Kapellenstraße; Lager IV - Zentralfriedhof; Lager V - Liebenau, Kasernstraße. Vgl. Gabriela Stieber, *Nachkriegsflüchtlingslager in Kärnten und der Steiermark*, Graz 1997, S. 205.

12 Stieber, *Displaced Persons*, S. 249f.

Neben den fast zwanzig bisher ausfindig gemachten Lagern für Kriegsgefangene, Fremdarbeiter und KL-Häftlinge in Graz existierte zudem ein Reservelazarett zur Behandlung verwundeter beziehungsweise kranker Kriegsgefangener.¹³ Während jedoch das Kriegsgefangenen-Reservelazarett Graz in diesem Rahmen nicht näher beschrieben werden soll, ist den KL-Nebenlagern Leibnitz-Graz und Peggau wegen ihrer Verbindung zum SDP-Werk Graz-Thondorf ein eigener Abschnitt gewidmet. Einige der übrigen Lager können aufgrund der mitunter wenig ergiebigen oder nur bruchstückhaften Quellenlage lediglich kurz erwähnt werden oder müssen überhaupt unberücksichtigt bleiben. Schließlich sei noch auf die Nachkriegsprozesse gegen ehemaliges Lagerpersonal mehrerer der hier beschriebenen Lager verwiesen, die auf die zum Teil menschenverachtende Behandlung der Insassen schließen lassen.

Überblick über die Lagereinrichtungen in Graz

Lager Flurgasse

Im Jahre 1943 gründete das Sägewerk Walfner, Leeß und Huber in der Flurgasse ein Lager für Fremdarbeiter, die in insgesamt zwei Baracken untergebracht wurden.¹⁴

Lager (Graz-)Nord, Kapellenstraße

Im Jahre 1940 wurde in der Alten Poststraße

Nord das sogenannte „Lager III“ als Umsiedlerlager für Bessarabiendeutsche errichtet, dessen 38 RAD-Baracken eine Kapazität von tausend Personen aufwiesen.¹⁵ Nachdem im Februar 1942 der Plan, ein Zentrallager für sowjetische Kriegsgefangene in Graz einzurichten, fallen gelassen wurde, erhielten die Baracken der inzwischen von den Umsiedlern geräumten Baracken des „Lagers III“ sowie des benachbarten „Lagers IV“ eine neue Funktion: Auf dem Areal des in der Kapellenstraße, nahe des „Urnenhaines“¹⁶ beziehungsweise Krematoriums und der Alten Poststraße gelegenen Nordlagers, dem ehemaligen „Lager III“, sollten etwa 500 Russen für die Maschinen-Fabrik Andritz, die Simmering-Graz-Pauker sowie die Waagner-Biro AG untergebracht werden.¹⁷ Ab dem Jahre 1943 diente das Lager Nord als Durchgangslager für „ausländische Arbeitskräfte“.¹⁸ Nach Kriegsende waren in der nun als „Lager Krematorium“ bezeichneten Anlage Volksdeutsche untergebracht; 1952 wurde es als „Durchschleusungsstelle des städtischen Wohlfahrtsamtes Graz, Barackenlager Nord“ bezeichnet und hatte eine Kapazität von rund 700 Personen.¹⁹

Lager (Graz-)Süd, Alte Poststraße

Im Februar 1942 fiel der Entschluß, das „Lager Graz-Süd“ für die Unterbringung von rund 800 sowjetischen Kriegsgefangenen, die bei Steyr-Daimler-Puch und

¹³ Vgl. dazu etwa American National Red Cross (Hg.): *Location of German Camps and Hospitals Where American Prisoners of War and Civilian Internees Are Held* (Bases on information received to December 31, 1944), o.D. 1945. Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (= ÖStA/AdR), 08/DWM, Lazarett; Jack C. Curtis, Oral History Interview, Battle Creek 31.10.1998; Jack C. Curtis, Brief an Barbara Steiz, Battle Creek 10.10.1997; Roy D. Shenkel, Brief an Barbara Steiz, Shawnee 2.2.1998.

¹⁴ Steber, *Displaced Persons*, S. 249.

¹⁵ StA, Alte Poststraße O, 1040/1940 (= StA, Alte Poststraße).

¹⁶ StA, Kapellenstraße O, 2850/1950.

¹⁷ Institut für Zeitgeschichte Universität Wien, Mikrofilmarchiv (= IZG), MF-T-77, R-743, 973889, K16, 9.2.1942 (= IZG, MF-T-77).

¹⁸ StA, Alte Poststraße O, 247/1943.

¹⁹ Steber, *Displaced Persons*, S. 244f.

Treiber & Co AG arbeiteten, einzurichten. Im Hinblick auf künftige Erweiterungen sollten - wie auch beim Lager Graz-Nord - Waschräume und Küchenbaracken sofort etwas größer angelegt werden.²⁰

Analog zum „Lager Nord“ dürfte das „Lager Süd“ aus einem 1940 errichteten Umsiedlerlager, dem „Lager IV“ beziehungsweise „Umsiedlerlager Süd“, hervorgegangen sein. Die insgesamt 19 Baracken lagen gleichfalls an der Alten Poststraße, westlich des Zentralfriedhofs, auf einem nicht benützten, von der Stadtpfarre zum III. Blut beschlagnahmten Areal.²¹ Nach dem Weitertransport der Volksdeutschen beherbergte das Lager unter anderem britische Kriegsgefangene.

Nach Kriegsende wurden hier vorübergehend deutsche Soldaten interniert. Der desolate Zustand des Lagers nach ihrer Entlassung führte dazu, daß die Baracken allmählich verschwanden, wobei die noch brauchbaren Teile wahrscheinlich für die Instandsetzung des benachbarten Lagers in der Kapellenstraße verwendet wurden.²²

Lager Nord-Süd, Alte Poststraße

Die Nähe des „Lagers Nord“ zum „Lager Süd“ dürfte der Anlaß gewesen sein, daß sich wiederholt die gemeinsame Bezeichnung „Lager Nord-Süd“ in den Akten findet. So heißt es etwa, daß das „Ausländerlager Nord-Süd“ in der Alten Poststraße hinter dem Zentralfriedhof am 19.

Februar 1945 von 14 Bomben getroffen wurde, wobei sieben Baracken zerstört und weitere sieben schwer beschädigt wurden.²³ Weiters findet sich ein Verweis auf Beschädigungen des „Kriegsgefangenenlagers Nord-Süd“ in der Nähe des Krematoriums durch einen Bombeneinschlag in das Verwaltungsgebäude am 19. März 1944.²⁴ Im Mai 1945 hatte das „Ausländerlager Nord-Süd“ in der Alten Poststraße eine Kapazität von 2.200 Personen.²⁵

Lager in der Nähe der Jägerkaserne

In der Nähe der Jägerkaserne befand sich ein Barackenlager für sowjetische Kriegsgefangene. Hier richteten die Luftdruckwellen nach einem Bombenabwurf am 5. März 1945 erhebliche Fensterschäden an.²⁶

Lager am Kehlberg

Das Barackenlager für Ostarbeiter am Kehlberg wurde durch den Luftangriff am 19. August 1944 teilweise zerstört.²⁷

Lager in der Korösisstraße 17

Im „Kriegsgefangenenlager für Russen“ in der ehemaligen Schwitzermühle waren rund achtzig bis hundert sowjetische Kriegsgefangene einquartiert, die hauptsächlich für Verladearbeiten am Grazer Hauptbahnhof eingesetzt waren.²⁸ Das Lager wurde am 1. November 1944 durch einen Bombentreffer und den anschließenden Brand zur Hälfte zerstört.²⁹

20 IfzB, Mf 1 77.

21 StA, Alte Poststraße.

22 Stieber, Displaced Persons, S. 243f.

23 StLA, A. Weissmann, Schnur 1, Heft 4 (= StLA, Weissmann, 1/4), S. 179.

24 Ebd., S. 14.

25 Archiv der Bundespolizeidirektion Graz (= ABPdG), Tagesrapport des Kommandos der Polizei (= TR) v. 18.5.1945 (= ABPdG, TR v. 18.5.1945).

26 StLA, Weissmann, 1/4, S. 206.

27 Ebd., S. 93.

28 L. M., So wurden Kriegsgefangene behandelt, in: Die Wahrheit, 3.12.1945 (= L. M., So wurden Kriegsgefangene behandelt, in: Die Wahrheit).

29 Ebd., S. 41.

Lager Lendkai

Am 30. April 1943 suchte die Firma Brandl (Wärmetechnische Anlagen, Heizungs-, Lüftungs-, Klima-, Hochdruck-, Rohrleitungsbau, Wasserversorgung, Gesundheitstechnische Anlagen) um die Bewilligung zur Aufstellung einer Wohnbaracke als „Fremdarbeiterlager“ am Lendkai an.³⁰ Obwohl das städtische Bauamt dem Ansuchen nicht zustimmte, errichteten griechische Fremdarbeiter die 8,75 Meter lange und 5,20 Meter breite Baracke. Der als Provisorium bis nach Kriegsende bezeichnete Bau sollte acht französische Fremdarbeiter beherbergen.³¹

Lager Liebenau³², Ulrich Lichtensteingasse

Das zunächst als „Lager V“ bezeichnete Lager Liebenau - gelegen in der Ulrich Lichtensteingasse,³³ südlich der Kirchner-Kaserne zwischen Kasernstraße und linkem Murofer³⁴ - war im Jahre 1940 für umgesiedelte Volksdeutsche errichtet worden.³⁵ Am rechten Murofer gegenüber befand sich das durch den Luftangriff am 2. April 1945 vollkommen zerstörte Lager IV³⁶ sowie das Steyr-Daimler-Puch-Werk Graz.³⁷ Ab Februar 1941 konnten in den 190 Holzbaracken des Lagers rund 5.000 Personen Unterkunft finden.³⁸ Spätestens ab dem Jahre 1942 diente zumindest ein Teil als Wohnlager der Grazer-Verkehrs-Gesellschaft,³⁹ wo ausländische Arbeiter und briti-

sche Kriegsgefangene untergebracht waren. Diese Einrichtung zerstörte der vorab erwähnte Luftangriff vom 2. April 1945.⁴⁰

Akten der Gestapo Graz vom Jänner und März 1943 verweisen außerdem auf ein „Kriegsgefangenenlager Liebenau“⁴¹ sowie ein dem Steyr-Daimler-Puch Werk unterstelltes „Frauenarbeitslager“ beziehungsweise „Zivilarbeiterlager“ Liebenau, die lediglich durch einen Draht voneinander getrennt waren.⁴² Im „Frauenlager“ waren gemäß der Aussage der Lagerführerin des in den Akten mit dem Lager Liebenau identen Arbeitslagers Steyr-Daimler-Puch Werke, Anna Hundritsch, „verschiedene Frauen aller Nationen“⁴³ - etwa französische Zivilarbeiterinnen - beherbergt.

Im September 1947 begann der Prozeß gegen den ehemaligen Lagerleiter Nikolaus Pichler, seinem unmittelbaren Untergebenen, dem ehemaligen Lagerführer Alois Frühwirt, dessen Vorgänger, dem ehemaligen Lagerführer Franz Edder, sowie dem ehemaligen Lagerpolizisten Josef Thorbauer, die der Ermordung von Juden im Frühjahr 1945 beschuldigt wurden. Das Lager Liebenau hatte in den letzten Kriegsmonaten als Transitlager für ungarische Juden auf ihrem Weg nach Mauthausen gedient, wobei 220 Juden wegen Krankheit - primär Flecktyphus - im Lager verblieben

30 StA, Lendkai 0, 1081/1943.

31 Steber, Displaced Persons, S. 246f.

32 StLA, A. Weissmann, Schubert 1, Heft 2 (= StLA, Weissmann, 1/2), S. 77b.

33 StA, Liebenauer Hauptstraße 2, 1060/1942 (= StA, Liebenauer Hauptstraße).

34 Steber, Displaced Persons, S. 245.

35 Fbd.

36 StLA, Weissmann, 1/4, S. 279.

37 Steber, Displaced Persons, S. 245.

38 StA, Kasernstraße 0, 91/1941.

39 StA, Liebenauer Hauptstraße.

40 StLA, Weissmann, 1/2, S. 77b.

41 StLA, Landesgericht für Strafsachen Graz, Vr 393/1943.

42 StLA, Landesgericht für Strafsachen Graz, Vr 274/1943 (= StLA, 274/1943).

43 Fbd.

waren. Laut Schilderung des ehemaligen Krankenwärters Hans Fugger waren insgesamt 400 Juden ins Lager Liebenau eingeliefert worden, von denen achtzig Prozent vollkommen erschöpft waren. Obwohl Medikamente gegen Typhus vorhanden waren, durften keine ausgegeben werden; 46 kranke Juden - so der Zeuge - wurden im Auftrage Pichlers erschossen. Pichler und Frühwirt wurden zum Tod durch den Strang, Thorbauer zu drei Jahren Gefängnis verurteilt; Edder wurde von der gegen ihn erhobenen Anklage freigesprochen, da er zu der Zeit, als die Juden ins Lager Liebenau kamen, nicht mehr anwesend war.⁴⁴

Lager Murfeld I und II (ehemals Russenlager)

Der Mißerfolg der deutschen Kriegsführung im Luftkampf gegen Großbritannien 1940 zeigte deutlich, daß der verstärkte Ausbau der deutschen Flugzeugindustrie eine entscheidende Voraussetzung für die angestrebte Invasion war. Besondere Bedeutung kam hierbei der technischen Weiterentwicklung und dem forcierten Ausbau bestehender sowie neuer Flugmotorenwerke zu. Auf österreichischem Gebiet wurden in der Folge zwei Großprojekte zur Flugmotorenherstellung verwirklicht, nämlich der Bau der Flugmotorenwerke Ostmark in Wiener Neudorf, Brünn/Brno und Marburg/Maribor sowie die Einrichtung eines Lizenzwerks für Daimler-Benz Flugmotoren bei der Steyr-Daimler-Puch AG.

Dieses vom finanziellen Umfang her größte industrielle Projekt, das die SDP in der NS-Zeit durchführte, sollte auf die Standorte Steyr und Graz aufgeteilt werden. Die Errichtung des Werkes in Graz mit vorerst zwei je 20.000 m² großen Fertigungshallen, wo insbesondere Zahnräder und Kurbelwellen hergestellt werden sollten, erfolgte ab August 1941 am Südende der Stadt in Thondorf.⁴⁵

Die Expansion der SDP fiel zeitlich mit dem Beginn einer durch den Kriegsverlauf bedingten krisenhaften Entwicklung am Arbeitsmarkt zusammen, der man durch die Zuweisung von zivilen Ausländern und Kriegsgefangenen gegenzusteuern versuchte. Allein im Werk Graz-Thondorf betrug der Ausländeranteil im April 1942 etwa 65 Prozent, der sich zum überwiegenden Teil aus Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen verschiedenster Nationalität rekrutierte.⁴⁶ Neben der hohen benötigten Belegschaft stellte allerdings der Facharbeitermangel ein zentrales Problem dar. Als Gegenmaßnahme setzte die SDP als eine der ersten Rüstungsfirmen KL-Häftlinge ein, deren Zwangsarbeit in den folgenden Jahren in einer so extensiven Weise genutzt wurde wie nur von wenigen Rüstungsfirmen im Deutschen Reich.⁴⁷ Auch bei der Verlagerung des Werks Thondorf nach Leibnitz und Peggau kamen hunderte KL-Häftlinge zum Einsatz, wie im folgenden gezeigt wird.

44. Massengrab im Lager Liebenau aufgefunden, in: Die Wahrheit, 14.5.1947; Mörder bekamen Zigaretten als Belohnung, in: Die Wahrheit, 17.5.1947; Weitere Exhumierungen im Lager Liebenau, in: Die Wahrheit, 29.5.1947; Jugengetöse als „Spaß“, Beginn des Prozesses gegen die Mörder im Lager Liebenau, in: Die Wahrheit, 9.9.1947; Für Zigaretten legt sich noch mehr um“, Der Liebenauer-Prozess - Föder auf freiem Fuß gesetzt, in: Die Wahrheit, 10.9.1947; Todesursache - Genickschuß, Frühwirt gesteht - Ein Zeuge unter Mordverdacht, in: Die Wahrheit, 11.9.1947; Der Liebenauer-Prozess, in: Die Wahrheit, 12.9.1947; Pichler und Frühwirt zum Tode durch den Strang verurteilt, Drei Jahre Gefängnis für Thorbauer, in: Die Wahrheit, 13.9.1947.

45. Bertrand Perz, Projekt Quarz, Steyr-Daimler-Puch und das Konzentrationslager Melk, Industrie, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich, Bd. 3, Wien 1993 (= Perz, Projekt Quarz), S. 75ff.; Samar Khodai-Esfahani, Steyr-Daimler-Puch AG, Historische Betriebsanalyse 1938-1945, Unveröffentlichte Diplomarbeit, Graz 1998 (= Khodai-Esfahani, Steyr-Daimler-Puch), S. 89 ff.

46. Khodai-Esfahani, Steyr-Daimler-Puch, S. 93.

47. Perz, Projekt Quarz, S. 81.

Zur Unterbringung der Arbeitskräfte errichtete die Steyr-Daimler-Puch AG die Lager Murfeld I (Zufahrt Liebenauer Hauptstraße, Thondorf) und das auch als „chemals Russenlager“ bezeichnete Lager Murfeld II (Zufahrt Liebenauer Hauptstraße, Thondorf-Eichbachgasse) in unmittelbarer Nähe des Werks Graz-Thondorf. Infolge der ständigen Erhöhung der Rüstungsarbeiter im Werk der SDP trat Ende 1943 die Notwendigkeit auf, das Lager Murfeld II zu erweitern. Zu den bestehenden 21 Holzbaracken sollte wegen Transportschwierigkeiten der Deutschen Reichsbahn ein Teil der Baracken vom vorab erwähnten Lager Liebenau - nämlich zehn Mannschaftsbaracken, zwei Wasch- sowie zwei Abortbaracken - in das Lager Murfeld nahe dem Werk II verlegt werden. Tatsächlich erweiterte sich das Lager lediglich um drei Baracken aus dem Lager Liebenau, sodaß es im Jahre 1944 insgesamt 24 Baracken umfaßte. Da die SDP bis zu diesem Zeitpunkt keine baubehördliche Bewilligung eingeholt hatte, sollte das Arbeiterlager II unter der Bedingung, daß es als Provisorium auf Kriegsdauer gelte und aus Brand- und Luftschutzmaßnahmen „aufzulockern“ wäre, nachträglich genehmigt werden.⁴⁸ Im Jahre 1952 entsprach dem noch 1945 als „Lager Murfeld“ bezeichneten Barackenlager die sogenannte „Puchsiedlung“ der Steyr-Daimler-Puch-Werke Graz.⁴⁹

Neben einem sogenannten „Zivilostarbeiter-Lager“⁵⁰ existierte auf dem Gelände des Lagers Murfeld II⁵¹ unter anderem das

„Arbeitserziehungslager Thondorf“, wo bis Anfang April 1945 „faule Leute, wegen Vertragsbruch oder Arbeitsbummelei wieder zur Arbeit [erzogen werden sollten]“⁵², beziehungsweise ab Mitte März 1945 mehrere politische Häftlinge untergebracht waren. Insgesamt kamen zwischen 160 und 180 Personen, vorwiegend Italiener, Franzosen, Griechen, Serben und Ostarbeiter, in das Straflager, deren Einweisung die Gestapo Graz sowie Werkschutzführer Eduard Gerstner, Untersturmführer der SS, übernahmen. Üblicherweise konnten die Häftlinge nach spätestens vier bis acht Wochen das Lager wieder verlassen. Vier Insassen verstarben von Jänner bis April 1945 an den Folgen der schlechten Behandlung.⁵³

Den Posten des Lagerleiters versah Werkschutzführer Gerhard Rooch, der Gerstner in seiner Rolle als Werkschutzleiter unterstellt war. Als Lagerführer und Vorgesetzter sämtlicher Werkschutzmänner fungierte Werkschutzmann Ernst Stiglitz, beziehungsweise im März 1945 wegen einer Erkrankung sein Bruder Adolf Stiglitz. Der von den Häftlingen als Unterlagerführer betitelt Werkschutzmann Wilhelm Pokorny diente als Stiglitzs Stellvertreter und war in erster Linie für die Verwaltung verantwortlich.⁵⁴ Pokorny wurde im Dezember 1946 wegen der brutalen Mißhandlungen von Lagerinsassen, der Zuweisung sinnloser, unzuträglicher Arbeit und der unzureichenden Nahrungszuteilung zu zwanzig Jahren schweren Kerkers verurteilt.⁵⁵

48 StA, Liebenauer Hauptstraße 317, 587/1944.

49 Steiber, *Displaced Persons*, S. 247.

50 StA, Landesgericht für Strafsachen Graz, Nr. 2458/1946 (= StLA, 2458/1946), S. 238.

51 Ebd., S. 133.

52 Ebd., S. 237f.

53 Ebd., S. 23, 69f. u. 84.

54 Ebd., S. 94, 200 u. 237.

55 Ebd., S. 280f.

Lager in der Peter-Roseggerstraße in Wetzelsdorf, „Roseggerlager“

Im Gelände des Durchgangslagers der Deutschen Arbeitsfront befand sich ein Kriegsgefangenenlager, das am 1. Februar 1945 durch drei Bomben getroffen und eine Bombe zerstört wurde. Dabei kam ein Kriegsgefangener ums Leben, drei wurden verwundet.⁵⁸ Das auch als „Brittenlager Wetzelsdorf“ bekannte Lager hatte kurz nach Kriegsende eine Kapazität von 360 Personen.⁵⁹ Zusätzlich befand sich in der Peter-Roseggerstraße das „Umsiedlerlager Wetzelsdorf“, das Mitte Mai 1945 Raum für 460 Personen bot.⁶⁰ Es dürfte mit dem 1940 als „Lager II“ für volksdeutsche Umsiedler zwischen Peter-Roseggerstraße und Wachtelgasse gegründeten „Roseggerlager“ ident sein.⁶¹ 1952 wohnten in den sechs Baracken des Lagers, die als Konkursmasse des letzten Besitzers, des Ingenieurs E. Bauer, hervorgingen, etwa achtzig Personen.⁶²

Lager in der Radegunderstraße 16

In dem Wohnbarackenlager der Kettenfabrik Pengg-Walenta waren Ostarbeiterinnen untergebracht. Ein Bombentreffer am 8. Jänner 1945 beschädigte zwei Baracken schwer und eine leicht, wobei eine Person ums Leben kam.⁶³ Am 18. Mai 1945 hatte das Lager, das sich im Polizeibereich Graz befand, eine Kapazität von zwanzig Personen.⁶⁴

Lager Raiffeisenstraße 48

Ähnlich dem Lager Tendkai bestand das Lager in der Raiffeisenstraße 48 aus einer Baracke, die 1941 für Fremdarbeiter errichtet worden war.⁶⁵

Lager in der Reichsstraße 66

Das „Kriegsgefangenenlager“ in der Reichsstraße 66, Andritz, hatte kurz nach Kriegsende einen Fassungsraum von 260 Personen.⁶⁶ Außerdem existierte in der Reichstraße 66 ein weiteres, nicht näher definiertes Lager, in dem Mitte Mai 1945 450 Personen untergebracht werden konnten.⁶⁷

Lager Steinbruch-Glasfabrik Graz-Eggenberg

Am 22. Dezember 1942 wurde das dem Stalag XVIII B unterstellte Arbeitskommando 349/GW von Graz-Gösting in das Barackenlager-Steinbruch der Glasfabrik Graz-Eggenberg verlegt.⁶⁸ In der Grazer Glasfabrik waren unter anderem 36 sowjetische Kriegsgefangene beschäftigt, die „mit Faustschlägen und Fußtritten zur Arbeit getrieben [wurden].“⁶⁹

Lager Steinfeld, Mühlstraße bzw. Mühlgasse

Höchstwahrscheinlich ist das „Lager Steinfeld“ mit dem 1940 im Zusammenhang mit den Umsiedlungen der Bessarabien- und Bukowinadeutschen als „Lager I“ errichteten Barackenlager ident, dessen Adresse „Mühlgasse beim Judenfriedhof“ lautete.

58 StLA, Weissmann, 1/4, S. 127.

57 ABPdG, TR v. 18.5.1945.

58 Ebd.

59 Stieber, Displaced Persons, S. 248.

60 StLA, S. 125 IV A2/1952.

61 StLA, Weissmann, 1/4, S. 109.

62 ABPdG, TR v. 18.5.1945.

63 Stieber, Displaced Persons, S. 249.

64 ABPdG, TR v. 18.5.1945.

65 Ebd.

66 StLA, Strafgefangenenlager XVIII B.

67 L. M., So wurden Kriegsgefangene behandelt, in: Die Wahrheit

Es war begrenzt von Wetzelsdorfer Straße, Israelitischem Friedhof und Hummelkaserne. Später diente das zeitweise ebenfalls als „Lager Süd“ bekannte Lager zur Unterbringung von Ostarbeitern und ausländischen Hilfsarbeitern.⁶⁸ Das in Wetzelsdorf (Wetzelsdorferstraße)⁶⁹ beziehungsweise Eggenberg (Mühlstraße) errichtete „Lager Steinfeld“ hatte nach Kriegsende eine Kapazität von 1.600 Personen.⁷⁰ 1950 lebten hier unter anderem russische und ukrainische Displaced Persons.⁷¹

Gegen einen ehemaligen Angehörigen des Lagerpersonals auch dieses Lagers wurde im September 1947 ein Prozeß geführt: Josef Prammer hatte zu Ostern 1947 auf Befehl des Liebenauer Lagerleiters Nikolaus Pichler einen sowjetischen Kriegsgefangenen, der am Vorabend betrunken ins Lager gekommen war und angeblich eine Lichtenanlage zerstört hatte, zum nahegelegenen Jüdischen Friedhof geführt und unterwegs erschossen. Prammer wurde von der Anklage des Mordes freigesprochen und erhielt wegen des Verbrechens des Totschlages 26 Monate Gefängnis, die bereits durch die Vorstrafe getilgt waren.⁷²

Lager Treiber, Graz-Puntigam⁷³, Puntigamer Straße 129⁷⁴

Die während des gesamten Zweiten Weltkriegs als Luftwaffenbetrieb deklarierte Firma Treiber spezialisierte sich weitge-

hend auf die Erzeugung von Abgas- und Auspuffanlagen sowie rostfreien Flugmotorenteilen. Der permanent steigende Bedarf an Flugzeugen für die deutsche Kriegsführung und die damit einhergehende Auftragsausweitung seitens des Luftwaffenministeriums machte es notwendig, zusätzlich zu den bestehenden Werken von Treiber & Co am Bahnhofgürtel und Josef Treiber in der Dreihackengasse eine weitere Betriebsstätte zu gründen. Nach Abschluß des Gesellschaftsvertrages am 29. Dezember 1942 über die Errichtung der Treiber & Co, GmbH, erfolgte die Gründung in Graz-Südwest, Liebenauerstraße. Bei der Erzeugung von Abgasanlagen ab dem Jahre 1943 setzte die Firma in den beiden Produktionshallen vorwiegend Fremdarbeiter ein. Insgesamt beschäftigte die neu gegründete Betriebsstätte 700 Arbeitskräfte.⁷⁵

Die Unterbringung der Kriegsgefangenen und Fremdarbeiter erfolgte in den fünf Baracken des sogenannten „Treiberlagers“, dessen Eigentümer während des Krieges die „Öffentliche Verwaltung der Luftfahrzeuganlagen GmbH“ in Berlin war.⁷⁶ Die Kapazität des in der Puntigamerstraße⁷⁷ beziehungsweise Liebenauerstraße (Puntigam) gelegenen Lagers betrug Mitte Mai 1945 600 Personen.⁷⁸ Nach Kriegsende galt es ausschließlich als Flüchtlingsunterkunft.⁷⁹ Ein weiteres sogenanntes „Lager Treiber“ befand sich während des Krieges in Graz-Rudersdorf.⁸⁰

68 Magistrat Graz, Sterbebuch, 1944/1061-1067, 1944/5960-5966.

69 SIA, Wetzelsdorferstraße 0, IV 3-1030/43.

70 ABPdG, IR v. 18.5.1945.

71 Stieber, Displaced Persons, S. 248.

72 Mildes Urteil im Steinfeld-Prozeß, in: Die Wahrheit, 13.9.1947.

73 Magistrat Graz, Sterbebuch, 1943/3136.

74 Stieber, Displaced Persons, S. 249.

75 Ursula J. Lbner, „Metallbau Treiber KG“: eine Firmengeschichte und Betriebsanalyse mit der schwerpunktmäßigen Behandlung der Jahre 1975 bis 1990. Diss. Graz 1990, S. 311.

76 Stieber, Displaced Persons, S. 249.

77 Ebd., S. 249.

78 ABPdG, IR v. 18.5.1945.

79 Stieber, Displaced Persons, S. 249.

80 Magistrat Graz, Sterbebuch, 1945/1148.

Lager der Waggonfabrik, Eggenbergerstraße

Das Lager der Waggon(- und Maschinen)fabrik AG, vormals J. Weitzer, der späteren Simmering-Graz-Pauker AG (SGP),⁸¹ befand sich gegenüber der an der Eggenbergerstraße gelegenen Fabrik, wo unter anderem Ostarbeiter und kroatische Zwangsarbeiter zum Arbeitseinsatz herangezogen wurden.⁸² Leiter des sogenannten „Ausländerlagers“ war Wilhelm St.,⁸³ den die sowjetische Besatzungsmacht nach einer angeblichen Denunziation am 5. Juni 1945 verhaftete und in die Sowjetunion transportierte. St. wurde durch ein Militär Tribunal nach „Ukaz 43“ Artikel 2⁸⁴ zu zwanzig Jahren Haft verurteilt, verbrachte einen Teil der Strafe im Gefängnis in Vladimir und kehrte am 25. Juni 1955 mit dem siebzigsten Heimkehrertransport nach Österreich zurück.⁸⁵ Im Juni 1998 wies die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation den Antrag auf Rehabilitierung wegen eindeutiger Beweise für seine Schuld ab.⁸⁶

KL-Nebenlager bei Graz

Durch die Einbeziehung des österreichischen Luftraums in den alliierten Luftkrieg im Sommer 1943 war die Steyr-Daimler-

Puch AG im Herbst 1943 vor die Situation gestellt, für drei unmittelbar gefährdete Produktionsbetriebe – darunter die Flugmotorenwerke in Graz-Thondorf – rasch Schutzmaßnahmen in Form von Verlagerungen ergreifen zu müssen. Ein beträchtlicher Teil der Produktionskapazität sollte unter Einbeziehung der Arbeitskraft tausender KL-Häftlinge in unterirdischen Räumen und somit geschützt untergebracht werden. Auf der Suche nach geeigneten Stollenanlagen war das Werk Graz-Thondorf mit dem südlich von Graz gelegenen Römer-Kalksteinbruch Aflenz bei Leibnitz am schnellsten fündig geworden. Bereits Anfang 1944 begann der Ausbau der Stollen unter dem Tarnnamen „Salm“, wobei für Ausbau und Produktion Häftlinge aus dem KL Mauthausen herangezogen wurden. Als am 26. Juli 1944 ein Luftangriff Teile des Werks in Thondorf zerstörte, beschloß man die Errichtung einer weiteren Verlagerungsstätte in Hinterberg bei Peggau (Bezirk Graz-Umgebung).⁸⁷

Das KL-Nebenlager Leibnitz-Graz

Die Unterbringung der beim Ausbau eines Steinbruchs und Stollenbau in den Kalksteinwerken Leibnitz sowie bei der Herstellung von Flugzeug- und LKW-Teilen eingesetzten KL-Häftlinge erfolgte in dem

81 1934 wurden die Aktien des Grazer Betriebes von der „Maschinen- und Waggonbau AG vorm. H. D. Schmid“, dem heutigen Simmeringer Werk der SCP, übernommen. Durch die Eingliederung des Paukerwerkes wurde 1941 die Simmering-Graz-Pauker Aktiengesellschaft für Maschinen-, Kessel- und Waggonbau gegründet, die 1946 verstaatlicht wurde. Vgl. Simmering-Graz-Pauker Aktiengesellschaft, 125 Jahre Werk Graz 1854-1979, Wien 1979. Zu den Luftangriffen der Amerikaner am 4. und 9. März 1944 und der Briten am 5. März 1944 auf die Waggonfabrik vgl. Siegfried Beer/Stefan Karner, Der Krieg aus der Luft, Kärnten und Steiermark 1941-1945, Graz 1992, S. 258 u. 280f.

82 Beispielsweise wurde die Ukrainerin Anna V. Mailj im November 1943 mit nur 17 Jahren gewaltsam nach Graz gebracht, wo sie bis Kriegsende als Ostarbeiterin in der Grazer Waggonfabrik (Fahrzeugbau) arbeitete. Vgl. Archiv Memorial, 225245, Magistrat Graz, Sterbebuch, 1942/848, 1944/1155, 1944/1385.

83 Der Name wurde wegen des Datenschutzes gekürzt.

84 Zum sogenannten „Ukaz 43“, dem Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 19. April 1943, vgl. Günther Wagonlehner (Hg.), Stalins Willkürjustiz gegen die deutschen Kriegsgefangenen, Dokumentation und Analyse, Bonn 1993, S. 44f.

85 BK, Datenbank der Österreicher in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, 461.190596.

86 Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation, Ablehnungsscheid Wilhelm St. Moskau 29.6.1998, 5-YB-742-98.

87 Perz, Pro.ekl. Quarz, S. 155ff.

cigens eingerichteten Außenlager des KL Mauthausen Leibnitz-Graz in Retznei bei Leibnitz. Am 9. Februar 1944 traf der erste Häftlingstransport zur Errichtung der vier Holzbarracken des Lagers ein, wo sich im Juli 1944 bereits 655 Personen und von Jänner bis April 1945 durchschnittlich 470 Häftlinge befanden.⁸⁸ Während deutsche und österreichische Kriminelle gemeinsam mit Belgiern und Franzosen die Minderheit bildeten, war der überwiegende Teil der Lagerinsassen sowjetischer, polnischer und jugoslawischer Nationalität.⁸⁹

Analog zum KL Mauthausen waren die für jeweils 300 Personen konzipierten Baracken in zwei Abteilungen - die Stuben „A“ und „B“ - geteilt, die wiederum aus einem Aufenthalts- und Schlafraum mit zweistöckigen Holz-Bettstellen bestanden. Das Lager, in dessen unmittelbarer Nähe sich zwei SS-Baracken, eine Schreibstube sowie die Unterkunft für Mannschaft und SS-Führer befanden, hatte eine doppelte elektrischgeladene Stacheldrahtumzäunung und sechs Wachtürme. Zur etwa 500 Meter entfernten Arbeitsstätte führte ein schmaler, von einem zwei Meter hohen Stacheldrahtzaun ohne Starkstromladung gesäumter Weg, den die Häftlinge „Löwengang“ nannten.⁹⁰

Neben der Steyr-Daimler-Puch AG, Werk

Thondorf fungierte die SS-Firma „Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH“ (DEST) als Auftraggeber;⁹¹ die Anforderung von Häftlingen und deren Einsatz lagen in der Verantwortung der SDP.⁹² Nach Einzug des Thondorfer Werks in die Stollenanlage arbeiteten zeitweise bis zu 2.100 Personen - darunter im Zivillager in Aflenz untergebrachte sowie täglich aus Graz anreisende Arbeiter⁹³ - an etwa 1.060 Werkzeugmaschinen. Die Größe der Verlagerungsfläche, deren Ausbau die Grazer Industriearchitekten Latal und Tritthart leiteten,⁹⁴ belief sich auf 8.000 m².⁹⁵

Den Posten des Schutzhaftlagerführers versah zunächst der spätere Lagerführer von Mauthausen⁹⁶, SS-Hauptsturmführer Hans Altfuldisch, gefolgt von SS-Hauptscharführer Paul Riecken und dem später in das Nebenlager Peggau versetzten SS-Untersturmführer Fritz Miroff, den wiederum Riecken ablöste. Eine besondere Rolle kam den ausschließlich aus deutschen und österreichischen Kriminellen rekrutierten „Capos“ zu, die von der SS als Anweisungshäftlinge für bestimmte Arbeitsgebiete eingesetzt wurden.⁹⁷ Sie waren maßgeblich an der schlechten Behandlung der Insassen beteiligt.⁹⁸

Auf der Basis der Ausgangslisten des KL Mauthausen wird die Zahl der Häftlinge,

88 Gisela Rabitsch, Konzentrationslager in Österreich (1938-1945). Überblick und Geschehen. Ph.D. Diss. Wien 1967 (= Rabitsch, Konzentrationslager), S. 106; Hans Marsálek, Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Dokumentation. 3., erw. Aufl. Wien-Linz 1995 (= Marsálek, Mauthausen), S. 74.

89 Rabitsch, Konzentrationslager, S. 106. Zu den Kategorien von KL-Häftlingen vgl. Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. München 1974, S. 46ff.

90 Republik Österreich, Bundesministerium des Inneren, Archiv des Museums Mauthausen (= AMM), B/35/5/1. Interview mit Robert Grössinger, Wien 20.10.1967 (= AMM, B/35/5/1), S. 2.

91 Marsálek, Mauthausen, S. 74.

92 Perz, Projekt Quarz, S. 159.

93 SILA A. Weissmann, 1/2, S. 132a.

94 Perz, Projekt Quarz, S. 159.

95 Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich: 1938-1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung. Graz 1986, 3. Aufl. 1994 (= Karner, Steiermark), S. 247.

96 Rabitsch, Konzentrationslager, S. 107.

97 AMM, B/35/5/1, S. 3; Marsálek, Mauthausen, S. 349.

98 SILA A. Weissmann, 1/2, S. 132a; Friedrich Köbber, Sie wohnten im KZ. Unveröffentlichtes Manuskript, Leibnitz o.J., S. 11.

die zwischen Februar 1944 und April 1945 in Allenz ihr Leben verloren, auf 600 bis 800 geschätzt.⁹⁸ Unterernährung, aber auch Erschießungen bei Fluchtversuchen trugen zu der insbesondere in der Anfangszeit relativ hohen Todesrate bei;⁹⁹ mehrere Schwerkranke tötete der Lagerälteste Oswald Knebel mittels Herzinjektion.¹⁰⁰ Teils wurden die Leichen, da man in Leibnitz über keine eigene Verbrennungsanlage verfügte, in das Hauptlager Mauthausen überstellt, teils in einem Massengrab nahe dem Nebenlager beerdigt.¹⁰¹ 84 Urnen erhielt die Städtische Bestattungsanstalt Graz zur Beisetzung.¹⁰²

Ende März 1945 erfolgte der Befehl zur Auflösung des Lagers und Evakuierung aller gefähigen Häftlinge, vor deren Beginn die im Revier zurückgebliebenen Kranken in Übereinstimmung eines im März 1945 angeblich vom Mauthausener Lagerkommandanten Fritz Ziercis ergangenen schriftlichen Auftrags „kein Häftling dürfe in Feindeshand fallen“, erschossen wurden.¹⁰³ Mit der Vernichtung des schriftlichen Materials beauftragte die SS den Lagerschreiber Emil Herda, der die Unterlagen in der Folge verbrannte. Die Häftlinge warnte man noch vor ihrem Abmarsch am 2. April 1945,¹⁰⁴ daß jeder, der einen Fluchtversuch unternehme oder beim Marsch zurückbleibe, erschossen werde.¹⁰⁵ Von ins-

gesamt 467 Personen¹⁰⁶ erreichten 407 am 18. April das Konzentrationslager Ebensee, das amerikanische Truppen am 6. Mai 1945 befreiten;¹⁰⁷ acht Häftlinge waren unterwegs verstorben beziehungsweise als Marschunfähige erschossen und in der Nähe des Wegs verscharrt worden; 49 sowjetische und polnische Häftlinge hatten bei Judenburg einen Fluchtversuch unternommen, waren jedoch mit Hilfe der Zivilbevölkerung zum Teil wieder ergriffen und erschossen worden.¹⁰⁸ Die Baracken des KL-Nebenlagers Leibnitz trug die britische Besatzungsmacht noch im August und September 1945 ab.¹⁰⁹

Das KL-Nebenlager Peggau

Wie eingangs erwähnt, entstand nach dem Luftangriff auf das Werk Graz-Thondorf im Juli 1944 eine weitere Verlagerungsstätte in Peggau, wo schließlich 1.080 Maschinen untergebracht und 2.820 Arbeitskräfte aus dem Werk Thondorf mit der Herstellung von Flugzeugteilen und Panzern der Type „Tiger“ beschäftigt werden sollten. Ähnlich wie in Leibnitz kamen auch hier KL-Häftlinge am Bau einer Stollenanlage mit 9.400 m² zum Einsatz, wofür man am 17. August 1944 ein eigenes Außenkommando des KL Mauthausen gründete. Insgesamt gab es neun Stollenbauten in der mit dem Decknamen „Marmor“ getarnten Baustelle. Die Unterbringung der ersten 395 Häftlinge,

98 Barbara Hoheneder, Die Vergangenheit (ebf), in: News, 24.2.1994.

100 StLA, Weissmann, 1/2, S. 132a; Rabitsch, Konzentrationslager, S. 106.

101 AMM, B/35/5/1, S. 4.

102 Rabitsch, Konzentrationslager, S. 106.

103 StLA, Weissmann, 1/2, S. 132a. Im Jahre 1947 wurden zwölf Leichen aus einem Grab in der Nähe des Lagers exhumiert und auf dem Friedhof in Ehrenhausen beigesetzt. Im folgenden Jahr erfolgte die Exhumierung von acht französischen Häftlingen.

104 Maršálek, Mauthausen, S. 293; Peter Stauder, Festschrift der Marktgemeinde Ehrenhausen, Graz 1990, S. 33f.; Rabitsch, Konzentrationslager, S. 107.

105 AMM, B/35/5/1, S. 6.

106 Maršálek, Mauthausen, S. 293.

107 Karner, Steiermark, S. 166.

108 Freund, Arbeitslager Zornitz, S. 408; Rabitsch, Konzentrationslager, S. 107; AMM, B/35/1, Veränderungsmeldung vom 20.4.1945.

109 Rabitsch, Konzentrationslager, S. 107.

110 StLA, Weissmann, 1/2, S. 132a.

deren Zahl sich durch Transporte aus dem Hauptlager und aus dem Nebenlager Graz-Leibnitz bis Ende 1944 auf 700, bis zum Frühjahr 1945 auf bis zu 888 Personen erhöhte, erfolgte in einem Barackenlager in Hinterberg bei Peggau.¹¹¹

Das ein Kilometer vom Stollenbau entfernte Lager bestand aus insgesamt sechs Reihen von jeweils vier nebeneinander erbauten Baracken, die in einer zwischen zwei Wäldern gelegenen Mulde eingebettet und somit von der Außenwelt schwer sichtbar waren. Analog zu Graz-Leibnitz diente ein Zaun mit Starkstrom und vier Wachtürme zur Verhinderung von Fluchtversuchen. Bis knapp vor Weihnachten überführte man die verstorbenen oder getöteten Häftlinge ins Krematorium nach Graz; später wurden sie zunächst hinter dem Ortsfriedhof Peggau im Obstgarten der Besitzerin Anna Kaiser und wahrscheinlich ab März 1945 auf einem nördlich des Lagers angelegten KL-Friedhof beigesetzt.¹¹²

Kommandant des Konzentrationslagers war der im Jahre 1947 zum Tod durch den Strang verurteilte SS-Untersturmführer Miroff.¹¹³ Als Kommandant der gesamten Lagerwache, die sich aus 15 Angehörigen der Schutzpolizei und rund achtzig ukrainischen Polizisten zusammensetzte, fungierte

der nach Kriegsende in Graz angeklagte und zu zwanzig Jahren Kerker verurteilte Revier-Leutnant der Schutzpolizei Graz Franz Weber¹¹⁴. Ihm wurde die Zulassung und Duldung zahlreicher Mißhandlungen von Häftlingen durch die Lagerwache sowie die Anordnung von Erschießungen aus nichtigen Anlässen angelastet. Dazu zählte etwa die Markierung fluchtverdächtiger Insassen mit einem roten Punkt auf ihrer Kleidung, der den ukrainischen Polizisten eine Aufforderung zur Erschießung signalisierte, oder die Verabreichung von tödlichen Injektionen nach vereitelten Fluchtversuchen. Abgesehen von einer großen Anzahl schwerster Mißhandlungen waren mindestens hundert Lagerinsassen - zum Teil aus „reiner Mordlust“ - ermordet worden.¹¹⁵ Im Zuge der Schließung von Lagereinrichtungen kamen am 10. März 1945 neun Häftlinge des Arbeitslagers Eisenerz nach Peggau.¹¹⁶ Wenig später, am 2. April 1944, begann die Evakuierung von etwa 800 Insassen unter SS-Bewachung nach Bruck, von wo aus sie in offenen Güterwagen nach Mauthausen verbracht wurden. Während des mehrere Tage dauernden Abtransports traten mehr als zwanzig natürliche und unnatürliche Todesfälle auf. Mindestens 15 Marschunfähige und Kranke hatte die SS noch vor dem Abmarsch in den Stollen liquidiert.¹¹⁷

¹¹¹ Rabitsch, Konzentrationslager, S. 103f; Perz, Projekt Quarz, S. 159; Kerner, Steiermark, S. 184f; AMV, B/35/3, Veränderungsmeldung für den 21. 10. 1944, AMM, B/34/6, Kurze Geschichte des KZ-Peggau.

¹¹² Ebd.; SILA, Weissmann, 1/2, S. 132b.

¹¹³ Rabitsch, Konzentrationslager, S. 107.

¹¹⁴ Wolfgang Mutschl, Das Volksgericht in Graz 1946-55, in: Die „britische“ Steiermark 1945-1955, hg. v. Siegfried Beer, Graz 1955, S. 141-158, hier: S. 152; Martin F. Polaschek, Nachkriegsprozesse gegen Kriegsverbrecher in der Steiermark, in: Der Krieg gegen die Slowaken 1941-1945, hg. v. Stefan Karner/Gerald Schöpfer, Graz 1998, S. 91-106, hier: S. 99.

¹¹⁵ Akt Franz Weber 1982/727 (= SLG, Weber). Bezüglich der Todesrate in Peggau liegen unterschiedliche Angaben vor. Der ab Juli 1944 als Monteur für Heilwagen im KL Peggau beschäftigte Karl Hammer berichtete, daß innerhalb seiner Tätigkeit im Lager einen Zeitraum von acht Wochen, 200 Inhaftierte von ukrainischen Polizisten erschossen wurden. Vgl. Hans Janeschitz, Feldhof, Ein Bericht über die antilichen Untersuchungen und Massenmorde in der Schießstätte Feldhof, Graz 1948, S. 28; Zwe. Mauthausen (Taler) in der Steiermark. Auch in Peggau und Aflenz bei Leibnitz wurden furchterliche Missetaten gehandelt, in: Neue Steirische Zeitung, 19. 6. 1945.

¹¹⁶ AMM, B/34/4, Häftlingsüberstellung vom 10. 3. 1945.

¹¹⁷ Rabitsch, Konzentrationslager, S. 105; Maršalek, Mauthausen, S. 76; Walter Brunner, Bomben auf Graz. Die Dokumentation Weissmann, Graz 1989, S. 118, spricht hingegen von vierzig nicht gefangenen Häftlingen, die vor der Evakuierung aus dem Krankenrevier geholt und im Luftschützstollen des Lagers durch SS-Unterscharführer Glasmann und SS-Oberscharführer Rocco durch Gendeschüsse getötet wurden.

Als Ende des Jahres 1945 Leichen aus dem KL-Friedhof exhumiert und anschließend obduziert wurden, hatte man die Mehrheit der rund zwanzig Baracken bereits abgetragen, die Anlage war allerdings in ihren Grundrissen noch sichtbar.¹¹⁸ Insgesamt wurden 138 Leichen des Massengrabs ausgegraben und von den Besatzungsmächten weggebracht; 82 Tote, denen 1955 ein Denkmal gesetzt wurde, verblieben in einem Grab in der Nähe der ehemaligen Lagereinrichtung.¹¹⁹

Schlußbemerkung

Die Größe einiger der vorab charakterisierten Lager und die Tatsache, daß die humanitäre Organisation Memorial seit 1989 mehr als 1.200 Briefe ehemaliger Ostarbeiter aus Graz erhalten hat,¹²⁰ läßt auf tausende Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter schließen, die während des Krieges zur Arbeit in Grazer Betrieben, bei Aufräumungsarbeiten am zerstörten Hauptbahnhof, beim Bau des Schloßbergstollens oder in der Landwirtschaft eingesetzt waren. Abschließend ist in Anlehnung an Hannah Arendt festzuhalten, daß auch die Lager in Graz einen Bestandteil der zentralen Institution des nationalsozialistischen Machtstaates darstellten,¹²¹ den man - wie die noch 1945 zerstörten Lager in Leibnitz und Peggau zeigen - vielfach möglichst schnell zu vergessen suchte.

BIBLIOGRAPHIE

Literatur

Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt 1955.

American National Red Cross (Hg.), *Location of German Camps and Hospitals Where American Prisoners of War and Civilian Internees Are Held* (Based on information received to December 31, 1944), o.O. 1945.

Zygmunt Bauman, *Das Jahrhundert der Lager*, in: *Die neue Gesellschaft* Frankfurter Hefte, 1994/1, S. 28-37.

Siegfried Beer/Stefan Karner, *Der Krieg aus der Luft. Kärnten und Steiermark 1941-1945*, Graz 1992.

Walter Brunner, *Bomben auf Graz. Die Dokumentation* Weissmann, Graz 1989.

Ursula J. Ebner, „Metallbau Treiber KG“ eine Firmengeschichte und Betriebsanalyse mit der schwerpunktmäßigen Behandlung der Jahre 1975 bis 1990. Phil. Diss. Graz 1990.

Florian Freund, *Arbeitslager Zement. Das Konzentrationslager Ebensee und die Raketenrüstung. Industrie, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich*, Bd. 2, Wien 1989 (= Freund, *Arbeitslager Zement*).

Florian Freund/Bertrand Perz, *Industrialisierung durch Zwangsarbeit*, in: *NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945*, hg. v. Emmerich Tálos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer, Wien 1988, S. 95-114.

118 St.G. Weber.

119 St. A. Weissmann, 1/2, S. 132b f.

120 E. Žemkova, Brief an Barbara Steizl, Moskau 26.1.1998.

121 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt 1955, S. 648.

- Hermann Hagspiel, *Die Ostmark, Österreich im Großdeutschen Reich 1938 bis 1945*. Wien 1995.
- Ulrich Herbert, Einleitung des Herausgebers, in: Ulrich Herbert, *Europa und der „Reichseinsatz“*. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945. Essen 1991, S. 7-25.
- Hans Janeschitz, Feliferhof. Ein Bericht über die amtlichen Untersuchungen und Massenmorde in der Schießstätte Feliferhof. Graz 1946.
- Andrzej J. Kamiński, *Konzentrationslager 1896 - heute. Eine Analyse*. Stuttgart 1982.
- Stefan Karner, *Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung*. Graz 1986, 3. Aufl. 1994 (= Karner, Steiermark).
- Saman Khodai-Esfahani, *Steyr-Daimler-Puch AG. Historische Betriebsanalyse 1938-1945*. Unveröffentlichte Diplomarbeit. Graz 1998 (= Khodai-Esfahani, Steyr-Daimler-Puch).
- Eugen Kogon, *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*. München 1974.
- Friedrich Körbler, *Sie wohnten im KZ*. Unveröffentlichtes Manuskript. Leibnitz o.J.
- Hans Maršálek, *Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen. Dokumentation*. 3., erw. Aufl. Wien-Linz 1995 (= Maršálek, Mauthausen).
- Wolfgang Muchitsch, *Das Volksgericht in Graz 1946-55*, in: *Die „britische“ Steiermark 1945-1955*, hg. v. Siegfried Beer. Graz 1955, S. 141-156.
- Jörg Osterloh, *Ein ganz normales Lager. Das Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager 304 (IV II) Zeitham bei Riesa/Sa. 1941 bis 1945*. Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft Bd. 2. Leipzig 1997.
- Bertrand Perz, *Projekt Quarz. Steyr-Daimler-Puch und das Konzentrationslager Melk. Industrie, Zwangsarbeit und Konzentrationslager in Österreich*. Bd. 3. Wien 1993 (= Perz, Projekt Quarz).
- Martin F. Polaschek, *Nachkriegsprozesse gegen Kriegsverbrecher in der Steiermark*, in: *Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941-1945*, hg. v. Stefan Karner/Gerald Schöpfer, S. 91 - 108.
- Gisela Rabitsch, *Konzentrationslager in Österreich (1938-1945). Überblick und Geschehen*. Phil. Diss. Wien 1967 (= Rabitsch, Konzentrationslager).
- Margarethe Ruff, *Um ihre Jugend betrogen. Ukrainische Zwangsarbeiter/innen in Vorarlberg 1942-1945. Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs*. Bd. 13, 2. Aufl. Bregenz 1997.
- Gudrun Schwarz, *Die nationalsozialistischen Lager*. Überarbeitete Aufl. Frankfurt 1996.
- Simmering-Graz-Pauker Aktiengesellschaft, *125 Jahre Werk Graz 1854-1979*. Wien 1979.
- Peter Stauder, *Festschrift der Marktgemeinde Ehrenhausen*. Graz 1990.
- Barbara Stelzl, *Amerikanische und sowjetische Kriegsgefangene in deutscher Hand. Fakten und Fiktionen einer Extremsituation dargestellt unter besonderer Berücksichtigung des Stalag XVII B Krems-Gneisendorf*. Phil. Diss. Graz 1998.
- Gabriela Stieber, *Displaced Persons - Ausländerlager in Graz* (= Stieber, Displaced Persons), in: F. Bouvier/II. Valentinitich (Red.), Graz 1945. *Historisches Jahrbuch der Stadt Graz*. Bd. 25. Graz 1994, S. 235-250.

Gabriele Stieber, Nachkriegsflüchtlinge in Kärnten und der Steiermark. Graz 1997.

Günther Wagenlehner (Hg.), Stalins Willkürjustiz gegen die deutschen Kriegsgefangenen. Dokumentation und Analyse. Bonn 1993.

Zeitungsartikel

Barbara Hoheneder, Die Vergangenheit lebt, in: News, 24.2.1994.

Der Liebenauer Prozeß, in: Die Wahrheit, 12.9.1947. Pichler und Frühwirt zum Tode durch den Strang verurteilt. Drei Jahre Gefängnis für Thorbauer, in: Die Wahrheit, 13.9.1947.

„Für Zigaretten leg ich noch mehr um“. Der Liebenauer-Prozeß - Edder auf freien Fuß gesetzt, in: Die Wahrheit, 10.9.1947.

Judengemetzel als „Spaß“. Beginn des Prozesses gegen die Mörder im Lager Liebenau, in: Die Wahrheit, 9.9.1947.

L. M., So wurden Kriegsgefangene behandelt, in: Die Wahrheit, 3.12.1945 (L. M., So wurden Kriegsgefangene behandelt, in: Die Wahrheit).

Massengrab im Lager Liebenau aufgefunden, in: Die Wahrheit, 14.5.1947.

Mildes Urteil im Steinfeld-Prozeß, in: Die Wahrheit, 13.9.1947.

Mörder bekamen Zigaretten als Belohnung, in: Die Wahrheit, 17.5.1947.

Todesursache - Genickschuß. Frühwirt gesteht - Ein Zeuge unter Mordverdacht, in: Die Wahrheit, 11.9.1947.

Weitere Exhumierungen im Lager Liebenau, in: Die Wahrheit, 29.5.1947.

Zwei Mauthausen-Filialen in der Steiermark. Auch in Peggau und Aflenz bei Leibnitz wurden fürchterliche Methoden gehandhabt, in: Neue Steirische Zeitung 19.6.1945.

Quellen

Archiv der Bundespolizeidirektion Graz (= ABPdG)

Tagesrapport des Kommandos der Polizei (TR) v. 18.5.1945, (= ABPdG, TR v. 18.5.1945).

Archiv Memorial 225245.

Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation

Ablehnungsbescheid Wilhelm St. Moskau 29.6.1998, 5-YB-742-98.

Institut für Zeitgeschichte Universität Wien, Mikrofilmarchiv (= IZG)

MF-T-77, R-743, 973869. KTG, 9.2.1942 (= IZG, MF-T-77).

Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung, Graz-Wien (= BIK)

Datenbank der Österreicher in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, 461.190536.

Magistrat Graz

Sterbebuch, 1942/848.
Sterbebuch, 1943/3138.
Sterbebuch, 1944/1061-1067.
Sterbebuch, 1944/1155.
Sterbebuch, 1944/1385.
Sterbebuch, 1944/5980-5986.
Sterbebuch, 1945/1148.

Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (= ÖStA/AdR)

08/DWM, Lazarette.

Republik Österreich, Bundesministerium des Inneren, Archiv des Museums Mauthausen (= AMM)

- B/34/4, Häftlingsüberstellung vom 10.3.1945.
 B/34/6, Kurze Geschichte des KZ-Peggau.
 B/35/1, Veränderungsmeldung vom 20.4.1945.
 B/35/3, Veränderungsmeldung für den 21.10.1944.
 B/35/5/1, Interview mit Robert Grissinger, Wien 20.10.1967 (= AMM B/35/5/1).

Stadtarchiv Graz (= StA)

- Alte Poststraße 0, 247/1943.
 Alte Poststraße 0, 1040/1940 (= StA, Alte Poststraße).
 Kapellenstraße 0, 2953/1950.
 Kasernstraße 0, 91/1941.
 Lendkai 0, 1081/1943.
 Liebenauer Hauptstraße 2, 1060/1942 (= StA, Liebenauer Hauptstraße).
 Liebenauer Hauptstraße 317, 587/1944.
 Wetzelsdorferstraße 0, IV 3-1030/43.

Steiermärkisches Landesarchiv (StLA)

- A. Weissmann, Schuber 1, Heft 2
 (= StLA, Weissmann, 1/2).
 Weissmann, Schuber 1, Heft 4
 (= StLA, Weissmann, 1/4).
 Landesgericht für Strafsachen Graz,
 Vr-274/1943 (= StLA, 274/1943).
 Landesgericht für Strafsachen Graz,
 Vr-393/1943.
 Landesgericht für Strafsachen Graz,
 Vr-485/1943.
 Landesgericht für Strafsachen Graz,
 Vr-638/1943.
 Landesgericht für Strafsachen Graz, Vr-
 658/1943.
 Landesgericht für Strafsachen Graz,
 Vr-2458/1946 (= StLA, 2458/1946)
 Politisch amtliche Plakate, 1940/2.
 Strafgefangenenlager XVIII B,
 9-125 IV A2/1952.

Steiermärkisches Landesgericht für Strafsachen (= StLG)

Akt Franz Weber 1962/727 (= StLG, Weber).

Korrespondenz

- Jack C. Curtis, Brief an Barbara Stelzl, Battle Creek 10.10.1997.
 Roy D. Shenkel, Brief an Barbara Stelzl, Shawnee 2.2.1998.
 E. Žemkova, Brief an Barbara Stelzl, Moskau 26.1.1998.

Oral History-Interviews

- Jack C. Curtis, Oral History-Interview, Battle Creek 31.10.1998

Zum System des Sammelns und Verteilens. Winterhilfswerk und Nahrungsversorgung im Dritten Reich

Das Winterhilfswerk der NSDAP

Zur Geschichte des Winterhilfswerkes (WHW)

Die Bezeichnung „Winterhilfswerk“ tauchte erstmals 1931 in Deutschland auf. Unter dem Motto: „Wir wollen helfen“ startete eine staatlich geförderte Organisation der großen Wohlfahrtsverbände (Innere Mission, Caritasverband, Paritätischer Wohlfahrtsverband usw.) ein Sammelaktion zur Unterstützung der wachsenden Zahl notleidender Personen. Mit der Machtergreifung Hitlers zogen die Nationalsozialisten dann eine eigene NS-Volkswohlfahrt auf und starteten im September 1933 das erste „Winterhilfswerk des Deutschen Volkes“. Um die Bedeutung dieser Einrichtung zu unterstreichen, hielten Hitler und Goebbels die Eröffnungsreden.

Und tatsächlich sollte dieses Winterhilfswerk innerhalb der NS-Volkswohlfahrt sehr bald eine der bekanntesten, ertragreichsten und markantesten Einrichtungen bilden. Es mutierte vom scheinbar harmlosen Hilfswerk zu einer Institution, die der permanenten Erziehung aller Volksgenossen zur deutschen Volksgemeinschaft und gleichzeitig der Kontrolle der Führertreue diente.

Seit 1931 hatte es auch in der Steiermark eine Aktion „Winterhilfe“ gegeben, getragen von der Landesregierung, zahlreichen karitativen Verbänden, Wirtschaftsverbänden, Vereinen, politischen Parteien, Bürgermeistern, den Fürsorgeeinrichtungen der Bezirke und Gemeinden, den Medien und vielen mehr, die mit Hilfe von Firmen-

spenden, Bekleidungs- und Geldsammelaktionen Mittel für ausgesteuerte Arbeitslose, bankrotte Gewerbetreibende, verarmte Familien, Altersrentner und Kriegsoffer bereit stellte. Unter dem Motto: „Alle die verdienen dürfen für alle, die nicht verdienen können!“ erging 1933/34 von Seiten des Landes ein Aufruf an alle Lohn- und Gehaltsempfänger als Solidarabgabe einen bestimmten Anteil ihres Einkommens an die „Winterhilfe“ abzuliefern. Die Freiwilligkeit dieser Geldspende wandelte sich im Austrofaschismus zu einer Art Zwangsabgabe für alle im öffentlichen Dienst stehenden Beamten und Angestellten.

Nach dem Anschluß Österreichs 1938 löste das „Winterhilfswerk des Deutschen Volkes“ die vormalige Aktion „Winterhilfe“ ab und gleichzeitig die alten Strukturen auf. Die NSDAP nahm die Durchführung und Kontrolle fest in ihre Hand. Die strikt geregelte Tätigkeit der NS-Wohlfahrt setzte bereits zwei Wochen nach dem Anschluß auch im Kreis Graz-Stadt ein und über 76 Tonnen Lebensmittel, 4 Tonnen Kleidungsstücke und Wertgutscheine im Ausmaß von 76.600 RM aus dem Winterhilfswerk bildeten so etwas wie ein Willkommensgeschenk für die Bevölkerung der „Stadt der Volkserhebung“. In das Winterhilfswerk 1938/39 waren dann die Ostmärker bereits voll eingebunden mit einem genau festgelegten „Opfer von Lohn und Gehalt“, mit Straßensammlungen, Eintopfsonntagen usw. Am 10. Oktober 1939 wandelte sich das WHW zum ersten Kriegswinterhilfswerk, eingeleitet wiederum mit einer Rede Adolf Hitlers. Von nun an erhielten die

Bedürftigen keine Sachgüter mehr ausgeteilt, sondern sie erwarben Wertscheine, die bei bestimmten Kaufleuten zur Bezahlung von Lebensmitteln, Bekleidung und Brennstoff eingelöst werden konnten. Mit strikter Organisation, geschickter Propaganda und zahlreichen Druckmitteln wurde das Gesamtaufkommen der Winterhilfe alljährlich gesteigert. Ersammelte man im ersten Kriegswinter noch 680 Millionen Reichsmark, so waren es im folgenden Jahr schon 916 Millionen und im Jahr 1941/42 wurde die Milliardengrenze überschritten.

Zur Organisation und Sammeltätigkeit des WHW

Das Winterhilfswerk war organisatorisch engstens mit der NS-Volkswohlfahrt verbunden und folgte dessen organisatorischem Aufbau. Der Hauptamtsleiter für die Volkswohlfahrt war gleichzeitig der Winterhilfswerkbeauftragte, der Bauamtsleiter Gaubeauftragter, der Kreisamtsleiter Kreisbeauftragter und der Ortsgruppenleiter Ortsbeauftragter für das Winterhilfswerk. Unter dem Rang der Ortsgruppenleiter gab es die Helfer, die den Großteil der praktischen Arbeit verrichteten.

Ähnlich wie in der österreichischen Aktion „Winterhilfe“ wurde bereits ab 1935 im Deutschen Reich ein „Opfer des Arbeiters der Stirn und der Faust“ eingeführt und 10% des Lohnsteuerabzuges für das Winterhilfswerk einbehalten. Als Dank für diese Spenden gab es jedes Monat sichtbar anzubringende Türplaketten mit wechselnden Motiven, die nach außen signalisierten, wann und ob man dieser Opferpflicht nachgekommen war. Anspruch auf die Türplaketten hatten nur die Lohn- und Gehaltsempfänger, die mindestens 0,25 RM entrichteten. Die Plaketten bildeten somit gleichzeitig ein öffentliches Zeichen an den Haustüren, ob jemand überhaupt arbeitete.

Auch Gewerbetreibende mußten 3% des Einkommensteuerbetrages abgeben und Unternehmen, die keine „Spenden“ abliefern erhielten zuerst deutliche Mahnschreiben und zuletzt keine öffentlichen Aufträge mehr. Von den Bauern erwartete man angemessene Sachspenden, sonst gab es keine Türplaketten.

Innerhalb des Winterhilfswerkes stellte dieses steuerähnliche „Opfer des Arbeiters der Stirn und der Faust“ letztendlich die mit Abstand größte Einnahmequelle dar. Zwar gab es noch zusätzlich Haus- und Straßensammlungen, die Eintopfsonntage mit den Sammelisten, Benefizveranstaltungen und Winterhilfswerklose doch dienten diese - bei allem Aufwand - vielmehr propagandistischen Zwecken, wie im folgenden zu sehen sein wird.

Die Straßensammlungen

Die Straßensammlungen fanden über die Monate Oktober bis März, vereinzelt bis in den April hinein, in regelmäßigen Abständen statt. Für jede Kollekte entwarfen die Volkswohlfahrts-Organisatoren ganze Reihen neuer Abzeichen, die die Volksgenossen gegen festgelegte Geldspenden erwerben und sammeln konnten. Bei den sogenannten Reichsstraßensammlungen, die einem zentralen Motto folgend im ganzen Reichsgebiet ähnlich gestaltet wurden, erhielt man oftmals auch kleine Büchlein, die Bilder des Führers, später dann Märchen und Lieder enthielten. Diese Büchlein waren mit Fäden an der Kleidung zu befestigen und wer ohne gerade aktuelles Abzeichen oder Büchlein angetroffen wurde, entlarvte sich selbst als mittellos oder Feind der Bewegung.

Die Reichsstraßensammlungen fanden im allgemeinen am ersten Samstag und Sonntag eines jeden Monats während der Zeit des Winterhilfswerkes statt. Ein

Sonntag, meist im Jänner, blieb der Gaustraßensammlung vorbehalten, in der regionale Themen und Aspekte in den Vordergrund traten, da unterblieb die Reichsstraßensammlung. Ein gut organisiertes Heer an ehrenamtlichen Helfern verschiedenster Einrichtungen führte diese Sammlungen durch. Die Mitglieder fast aller NS-Volkswohlfahrtsorganisationen wurden als „freiwillige Helfer“ miteinbezogen, egal ob Haus- oder Straßensammlung. Sowohl der SA-Mann, das BDM-Mädchen als auch der Hitlerjunge waren mit Sammelbüchsen unterwegs. Aber auch das Militär, die Polizei, Beamte, Handwerker, Arbeiter u. Angestellte und Parteimitglieder wurden zur Sammlungstätigkeit aufgerufen. Der Kontrolle und Sicherheit wegen in Zweier-teams und mit deutlich bezeichneten, roten Sammelbüchsen durchkämmten die meist jugendlichen Sammler die Straßen und Wohnviertel und ließen niemanden aus, der nicht schon eines der aktuellen Abzeichen vorzuweisen imstande war. Besonders ertragreich gestalteten sich diese „aggressiven“ Sammlungen, wenn Kinder zum Spenden aufriefen. Auch in den Kriegsjahren gelang es durch besondere Appelle des Führers und immer systematischere Aktionen das Spendenaufkommen zu steigern, zuletzt half auch die Kriegsinflation dabei, daß jedes Jahr am Ende der Winterhilfswerk-Sammelaktionen bei öffentlichen Großkundgebung neue Spendenrekorde verkündet wurden.

Die WHW-Abzeichen

Die Idee mit den Abzeichen wurde bereits in der Weimarer Zeit der ersten Winterhilfswerke geboren, doch von den Nationalsozialisten perfektioniert. Die ersten Abzeichen waren noch sehr einfach, aber bald erkannte man die Wirkung von Abzeichen mit einem gewissen Wert. Daher wurden Serien gestartet mit Märchenfiguren,

Soldaten- und Handwerksfiguren, Straßenverkehrszeichen, Schmetterlingen und anderen Tieren usw. Der Erwerb eines Abzeichens regte zur Sammlung einer vollständigen Serie an.

Gleichzeitig erhielten Klein- und Mittelbetriebe Aufträge zur Herstellung dieser Abzeichen, immerhin wurden allein im Kriegswinter 1939/40 über 200 Millionen Stück Abzeichen verkauft. Im März 1943 gab es die letzten Abzeichen, da dieser Produktionszweig, wie auch etwa die gesamte Spielzeugproduktion, keine kriegswichtige Stellung einnahm. In den folgenden Sammlungen des Winterhilfswerkes griff man teilweise noch auf Restbestände zurück.

Der Rhythmus der Sammelaktionen im Reich und im Gau Steiermark

Am Beispiel des 3. Kriegswinterhilfswerkes 1941/42 kann der zeitliche Rhythmus und die Reihenfolge der alljährlich wiederkehrenden Sammelaktionen deutlich gemacht werden.

Am Beginn jedes Winterhilfswerkes stand ein Aufruf des Führers, verkündet durch Plakate und Medien. In diesem Jahr 1941/42 lautete - wohl angesichts des Rußlandfeldzuges - das dramatische Motto „Sein oder Nichtsein“. Die 1. Reichsstraßensammlung fand am 27. und 28. September statt und die deutschen Sportorganisationen stellten sich in den Dienst dieser Sammlung. Als Abzeichen wurden antike Schmuckstücke mit dem Hakenkreuzmotiv verkauft. Wie immer begleitete ein umfangreiches Rahmenprogramm diese Sammlungen, in diesem Fall ein Radrennen um das Hauptpostamt am Sonntagvormittag, weiters die Eröffnung des Trabrennplatzes mit dem ersten großen Trabrennen und am Sonntagnachmittag ein Fußballspiel „Sturm gegen Bezirksklasse“.

Die zweite Reichsstraßensammlung am 25. und 26. Oktober wurde von der SA, dem Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps und der Nationalsozialistischen Frauenschaft getragen. Sieben Edelsteinabzeichen germanischer Schilde konnten von den Spendern erworben werden. Die Hauptattraktion bildeten die am Samstag und Sonntag veranstalteten Preisschießen von SA-Standarten.

Die 3. Reichsstraßensammlung fand am 15. und 16. November 1941 statt. Zum Verkauf gelangten kleine Büchlein mit den beliebten deutschen Märchen der Brüder Grimm. Die ausgewählten zehn Märchen kamen im Schauspielhaus zur Aufführung. Zusätzlich gab es am Samstag und Sonntag eine Modeschau zu Gunsten des Winterhilfswerkes im Modellhaus Grete Assam.

Am 20. und 21. Dezember erfolgte die letzte Reichsstraßensammlung des Jahres 1941. Zehn kleine holzgeschnitzte und bemalte Trachtenpüppchen in Form von Kreiseln kamen in den Verkauf, die als Schmuck für den deutschen Weihnachtsbaum gedacht waren.

Die Gaustraßensammlung fand am 17. und 18. Jänner 1942 statt und stand unter dem Motto „Schaffende Steiermark“. Die wirtschaftlichen Berufe der Steiermark stellten dafür 2 Millionen Abzeichen zur Verfügung, die in Kunstharz gegossene Darstellungen von ländlichen und gewerblichen Berufszweigen zeigten. Im Opernhaus erklang ein großes Wunschkonzert für die Winterhilfe, das auch in vielen verschiedenen Lokalen der Stadt zu hören war.

Schon kurze Zeit danach, nämlich am 31. Jänner und 1. Februar kam es zur nächsten Reichsstraßensammlung. Diesmal erhielt man für die entsprechend hohe Spende Majolika-Abzeichen mit Gestalten aus dem Struwelpeterbuch. Im gesamten Reich wurden dafür 52 Millionen solcher Abzeichen hergestellt, ein großer Teil davon in der

Nähe von Müzzuschlag von der keramischen Werkstatt Birnstingl.

Die Reichsstraßensammlung am 14. und 15. Februar lief unter dem Motto „Polizei - Dein Freund, Dein Helfer!“ und verband den Tag der Deutschen Polizei mit dem Kriegswinterhilfswerk. Ansteckabzeichen der Polizei-Hoheitszeichen mit der Jahreszahl 1942 kamen dabei unter die Leute. Der gemeldete Bedarf an solchen Zeichen konnte jedoch nur etwa zur Hälfte gedeckt werden und so wurden an Stelle der fehlenden Abzeichen Bildpostkarten geliefert.

Wiederum nur 14 Tage später passierte schon die nächste, die 6. Reichsstraßensammlung am 28. Februar und 1. März 1942. Die SS-ärztliche Akademie organisierte dafür am Rosenberggürtel ein Eintopfessen und führte Blutuntersuchungen, Messungen der Lungenkapazität, Blutgruppenbestimmungen und andere medizinische Kontrollen durch. Als Abzeichen für die Spender gab es Frühlingsboten aus Porzellan, die 10 verschiedene Vogelarten zeigten. Der Adolf-Hitlerplatz diente als Kulisse für Auftritte von Trachtengruppen und Soldatenchöre.

Am 28. und 29. März 1942 feierte man den „Tag der Wehrmacht“. Drei Abzeichen aus Zink mit den Nationalemblemen Hakenkreuz und Schwert in Verbindung mit dem Eisernen Kreuz und dem Eichenlaub nach Entwürfen von Professor Arent wurden verkauft. Die Deutsche Arbeiterfront und die Organisation „Kraft durch Freude“ trugen die Großveranstaltungen im Rahmen dieses Tages. Am Sonntag wurden dann alle Kasernen für Besucher geöffnet und es gab Führungen, Filmvorführungen und Ausschank. Am Fliegerhorst Thalerhof fanden Flugvorführungen statt.

Anläßlich der 7. Reichsstraßensammlung am 11. und 12. April 1942 stellte man eine Serie von zwanzig Heilpflanzen aus Wachs vor. Diesmal bildete ein Vergnügungspark

im Augarten den Mittelpunkt der Attraktionen. Die Deutsche Arbeiterfront trat als sammelnde Organisation dieser Tage auf. Noch zwei Jahre konnte dieser Sammlungsrhythmus mit den Begleitveranstaltungen eingehalten werden. Doch die Kriegsergebnisse 1941/42 deuteten die drohende Niederlage bereits an. Die letzte Reichsstraßensammlung fand am 1. und 2. April 1944 statt, danach mußten die öffentlichen Sammlungen aufgrund der permanenten Luftangriffe eingestellt werden. Die Sammeltätigkeit beschränkte sich daher im Winter 1944/45 auf die 'Opfersonntage' mit den Hauslistensammlungen. Die Opfer an Lohn und Gehalt hob man per Verordnung für den Reichsgau Steiermark vom 30. August 1944 aber auch im letzten Kriegswinter konsequent ein.

Die Eintopf-Sonntage

Ein weiteres symbolisches Attribut des Volksgenossendaseins bildete der Eintopfsonntag. Jeweils den zweiten Sonntag der Monate Oktober bis März deklarierte das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zum Eintopfsonntag des Winterhilfswerkes für das gesamte Reichsgebiet. In den Haushalten durften an diesem Tag nur Eintopfgerichte zubereitet werden und in den Gaststätten und Wirtschaftsbetrieben, den Speisewagen und auf deutschen Schiffen erhielten Gäste in der Zeit von 10 bis 17 Uhr nur Eintopfgerichte. Die Überwachung der einzelnen Haushalte führten die sogenannten Blockwarte der NS-Volkswohlfahrt durch. Sie gingen vielerorts von Tür zu Tür und kassierten den Betrag, den sich die Haushalte durch das billige Eintopfessen in etwa ersparten. Auf reichseinheitlichen Sammellisten, die an die Zentrale weitergingen, notierten die Blockwarte den eingegangenen Geldbetrag. Die Spender durften sich in diese Haussammel-

eintragen und waren damit außer obligo. Wer nicht zu Hause war, erhielt einige Tage später nochmals Besuch, um seine Schuld begleichen zu können. Wer in Gaststätten aß, erhielt für seine Spende eine Quittung und wer zu wenig zahlte, dem flatterte eine schriftliche Mahnung ins Haus. Unterstützend gab es in vielen Groß- und Kleinstädten öffentliche Eintopfessen mit Volksfestcharakter, zu denen Musikkapellen aufmarschierten.

Der Eintopf am Sonntag stellte etwas ausdrücklich anderes dar als das bürgerliche Sonntagessen. Er war ein akzentuiertes Opfer, da gerade der Sonntag sonst für besonders gutes und wenn möglich reichhaltiges Essen stand. Der Eintopf verbunden mit den Sammlungen des WIIW galt als Opfer für die Gemeinschaft und erhöhte es damit zum Kultessen:

„Der Kult heißt Volksgemeinschaft, und der gedankliche Sprung zur Transsubstantiation liegt nahe. Sprachlich und sachlich gehört der Eintopfsonntag zur Inszenierung des Volksganzen. Der Eintopf wurde zur nationalen Feier, wurde zum politischen Schauspiel auf Straßen und Plätzen mit Transparenten, Sammelbüchsen und Feldküchen.“
(Köstlin, S.234)

Ergänzend dazu kam, daß der ebenfalls kultisch verehrte Führer Adolf Hitler auf Propagandafotos gemeinsam mit den führenden Persönlichkeiten und Offizieren beim Essen von Eintopfgerichten auftrat. Es gibt also auch Eintopf beim Reichskanzler und er ißt das Gleiche wie alle Volksgenossen war die Botschaft. Das ganze verstärkend erklärte Adolf Hitler bei Tischgesprächen seine Vorliebe für Eintöpfe, für diese „einfache Soldatenkost“ immer wieder und er demonstrierte diese Haltung beim gemeinsamen Essenessen mit den Soldaten aus der Gulaschkanone. Wer sich

am Eintopfsonntag beteiligte, konnte sich so auch emotional verbunden fühlen mit den deutschen Kriegern im Feld.

Die Verteilung der Spenden

Das Winterhilfswerk hatte den offiziellen Charakter einer zusätzlichen Hilfe für Notleidende. Es war als Ergänzung der öffentlichen Fürsorge gedacht. Wer den nötigen Lebensbedarf für sich und seine Angehörigen nicht mehr erbringen konnte oder nicht ausreichend aus eigener Kraft beschaffen konnte, galt als unterstützungsbedürftig.

Sowohl hinsichtlich der Höhe der Zuteilungen als auch des Kreises der Unterstützungsbedürftigen behielt sich die NS-Volkswohlfahrt alle Entscheidungen selbst vor. Ein Recht auf diese Hilfe gab es nicht. Bevor jedenfalls das Winterhilfswerk mit seiner Unterstützung eingriff, mußte zuerst die Familie und „Sippe“ ihre Leistung erbringen. Und bei Unwürdigkeit konnte die Hilfsleistung wieder entzogen werden. Die Verteilung an die Einzelhaushalte erfolgte teils durch unmittelbare Zuweisung, teils durch ein Gutscheilverfahren oder in Form von Sachspenden. Zuteiler waren die lokalen NS-Volkswohlfahrtsstellen. Kartoffeln, Kohlen, Kleider bildeten die wichtigsten Güter, die zur Verteilung gelangten. Für Winterhilfeempfänger gab es auch freien Eintritt bei künstlerischen Darbietungen im Rahmen des Winterhilfswerkes und auch Freikarten für Theater, Zoo oder Zirkus. Zu Weihnachten erhielten kinderreiche und bedürftige Familien „Weihnachtsbäume“ und Geschenke und auf Straßen und Plätzen wurde die Volksweihnacht begangen.

Auch die Caritas und die Innere Mission waren auf Gelder aus den WHW-Aktionen angewiesen, weil sie keine eigenen Sammlungsaktionen mehr durchführen durften. Als Abfindung wurden ihnen daher Beträge

zugewiesen, die jährlich schrumpften.

Schon sehr früh tauchte der Verdacht auf, daß die unkontrollierbaren Geldmassen der WHW-Aktionen auch für die Kriegsfinanzierung herangezogen wurden. Die Rechenschaftsberichte der NS-Volkswohlfahrt konnten jedenfalls nicht auf ihre Richtigkeit hin überprüft werden, da diese Organisation sowohl die Entgegennahme der Spenden als auch deren Verteilung regelte und von keiner unabhängigen Instanz kontrolliert wurde. Es ist aber mit ziemlicher Sicherheit davon auszugehen, daß Mittel aus dem Winterhilfswerk der Kriegswirtschaft zugute kamen.

Das Winterhilfswerk war letztendlich ein zentral gesteuertes Wirtschaftsunternehmen, welches das ganze Reich umfaßte. So erreichte die Winterhilfe im Krieg über ein Prozent des Volkseinkommens und wurde zu einem der größten Arbeitgeber im Reich. Das WHW war der größte Abnehmer von Kohle und größter Auftraggeber der Textilindustrie und Schuherzeugung. Ernteüberschüsse wurden aufgekauft und Fischfang und fischverarbeitende Industrie gefördert.

Zur „Erziehungsfunktion“ des WHW

Durch das WHW wurde das Parteischlagwort „Gemeinnutz vor Eigennutz“ dem Volk permanent eingetrichtert. Spender und Betreute sollten so zum praktischen Nationalsozialismus geführt werden. Die Bedürftigen wurden zur Selbsthilfe aufgefordert, die Besitzenden zur Opferbereitschaft, die NS-Organisationsmitglieder zur Sammeltätigkeit und die gesamte Bevölkerung auf diese Weise zur Volksgemeinschaft erzogen. Der Wohlfahrtsstaat entwickelte sich zum Erziehungsstaat. Auch nach Wegfallen der anfänglich hohen Arbeitslosigkeit und nach Beseitigung der großen Not der Wirtschaftskrisen blieb daher das WHW erhalten, wurde sogar noch ausgebaut als

zuverlässiges Mittel der Volkserziehung. Berthold Brecht charakterisierte die Winterhilfe in „Furcht und Elend des Dritten Reiches“ treffend mit dem Gedicht:

*„Die Winterhelfer treten
mit Fahnen und Trompeten
auch in das ärmste Haus.
Sie schleppen stolz erpreßte
Lumpen und Speisereste
für die armen Nachbarn aus.“*

Die Nahrungsversorgung

Der 1. Weltkrieg hatte deutlich gemacht, daß die Ernährung der Bevölkerung zum größten Problem in Kriegszeiten werden kann. Der Hunger hat Auswirkungen sowohl auf die Stimmung als auch auf die Widerstandskraft der Menschen nicht nur an der unmittelbaren Kriegsfrente, sondern auch an der „Heimatfront“. Im 1. Weltkrieg hatte die Ernährungswirtschaft völlig versagt. Es gab keine Bevorratung, keine Erfassungsorganisation und keine statistischen Unterlagen. Adolf Hitler und sein Stab legten daher schon früh viel Wert auf Autarkie im landwirtschaftlichen Bereich und bauten minutiös ein umfassendes Versorgungssystem auf. Dem Bauerntum kam darin eine entscheidende Bedeutung zu, denn das Niveau der Nahrungsmittelversorgung sollte auch im Kriegsfall unbedingt gehalten und Importe weitgehendst vermieden werden. Schon lange vor Kriegsbeginn widmeten sich die Nationalsozialisten daher dem Aufbau eines tragfähigen Lebensmittelversorgungssystems.

Die Stützen dieses Systems bildeten:

- Hoher Eigenertrag aus der Landwirtschaft mit dem Plansoll Autarkiewirtschaft (in Österreich lag er zu Friedenszeiten bei 75%).
- Großangelegte Vorratsbewirtschaftung
- Import von Nahrungsmitteln aus eroberten

ten Gebieten.

- Einführung eines Lebensmittelkartensystems und damit Rationierung der Grundnahrungsmittel (eingeführt am 28. August 1939 also vier Tage vor Ausbruch des Krieges, was zeigt, wie vorausschauend der Kriegsbeginn auch zeitlich geplant war).
- Regelung des Warenverkehrs durch Reichsstellen und Karten- und Bezugscheinesystem insgesamt.
- Mit beträchtlichem Propagandaaufwand wurde versucht das Verbraucherverhalten entsprechend den Vorratsmaßnahmen für die Kriegszeit zu ändern.

Zur Rolle der Frauen

Eine Stütze des Systems bildeten die Frauen, denen in den Ernährungsfragen natürlich wichtige Funktionen zukamen. Anfangs wurde die Rolle der Frau als Mutter idealisiert und ihre Stellung am Arbeitsmarkt abgewertet, der erwerbstätigen Frau zu gewissen Zeiten sogar der Vorwurf der Vernachlässigung ihrer eigentlichen Funktion im Volke vorgeworfen. Die ihnen zugeschriebene Rolle als Hausfrau und Mutter, als zentrale Person in der Reproduktion der Familie, in der Erziehung der dem Führer „geschenkten“ Kinder usw. sah auch vor, daß die Frauen darin ausgebildet werden, mit den wenigen vorhandenen Nahrungs- und Konsumgütern auszukommen und auf jeden Luxus von vornherein zu verzichten, da er in der Kriegswirtschaft keinen Platz hat. So durften Frauen keine Mode-, Kosmetik- oder ähnlich geartete Konsumansprüche haben, da die Produktion von Rüstungsgütern vorrangig war.

Der Beginn des Zweiten Weltkrieges brachte dann ein doch geändertes Anforderungsprofil für die Frauen, nämlich das der Arbeit in kriegswichtigen Berufsgruppen, in der Industrie, in der Landwirtschaft usw. Den

so aufgebauten Kriegseinsatz der Frauen erklärte die Propaganda plötzlich zur ethischen Pflicht. Nun kam zur Rolle als Hausfrau und Mutter auch die Funktion, die Männer im Kriegseinsatz möglichst vollständig zu ersetzen und Bilder von in Fabriken arbeitenden Frauen gingen durch die Medien.

Die Rolle der Bauernschaft

Um die Ernährung der Bevölkerung des Großdeutschen Reiches zu sichern, kam der österreichischen und steirischen Bauernschaft eine besondere Rolle zu. Im Zuge der Wirtschaftskrisen der 1. Republik waren die Bauern unter massiven wirtschaftlichen Druck gekommen, ein Großteil der Bauernhöfe war von Zwangsversteigerungen bedroht. Mit dem Anschluß kam es zur Gleichstellung zwischen deutschen und österreichischen Bauern. Ab Mai 1939 wurde mit einer großangelegten Entschuldungsaktion der Bauern begonnen, bis zum 30. Juni 1938 wurden alle Zwangsversteigerungen aufgehoben.

Das Instrument für die Lenkung des landwirtschaftlichen Sektors wurde der sogenannte „Reichsnährstand“, eine Organisation, die in Deutschland bereits 1933 geschaffen worden war und in der durch Zwangsmitgliedschaft alle Bereiche der Land- und Ernährungswirtschaft vereinigt waren. Unmittelbar vor dem Angriff auf Polen verknüpften die Nationalsozialisten den Reichsnährstand mit staatlichen Verteilungsinstanzen zu einem ernährungswirtschaftlichen System, das auch nach dem Kriegsende 1945 Bestand haben sollte.

Sämtliche Betriebe des sogenannten 'Nährstandhandels' und 'Nährstandhandwerkes' sowie die Bauern und ihre traditionellen Berufsvertretungen waren in die gleichgeschaltete Organisation eingebunden. Dazu gehörte auch der Handel mit

Dünger, die Mühlen, der Fleisch- und Süßwarenhandel, die Bäckereien und Fleischerieen. Außerdem noch die landwirtschaftlichen Krankenkassen und Organisationen. Um die Produktionslenkung umfassend zu gestalten, mußte auf der einen Seite jeder einzelne Bauer genau erfaßt und erreichbar und andererseits eine zentrale Steuerstelle vorhanden sein. Mit der Installierung der Organisation des Reichsnährstandes wurde die gesamte Ernährungswirtschaft nach allen Führerprinzipien aufgebaut. In Österreich trat das „Reichsnährstandsgesetz“ am 14. März 1938 in Kraft. Ein einheitlicher Befehlsstrang lief von der Zentrale in Berlin bis zum Bauern oder Bäcker des kleinsten Dorfes.

Mit dem 28. August 1939 begann eine zweite Phase der „Führungswirtschaft“. Zur Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung errichtete man auf jeder Ebene der neuen Verwaltung Ernährungsämter, die die Produktionslenkung als auch die Verteilung und den Verbrauch regelten.

Mit Anbauplanung, entsprechenden Anbaubeschränkungen auf der einen und Anbauparolen auf der anderen Seite und in den letzten Kriegsjahren mit genauen Anbau- und Ablieferungsvorschriften war jeder einzelne Erzeuger in das System der Nahrungsmittelproduktion unmittelbar und streng kontrolliert eingebunden. Wer die Vorschriften mißachtete, beziehungsweise schwarz schlachtete, hortete oder Lebensmittel am Schwarzmarkt verkaufte, war mit der Todesstrafe bedroht.

Die Lebensmittelkarten und Bezugsscheine

Für die Konsumenten kam es faktisch mit Kriegsbeginn zur Ausgabe von Lebensmittelkarten. Die erste Zuteilungsperiode mit einer Teilrationierung begann für die Menschen selbst schockartig, obwohl eine sechsjährige z.T. detaillierte Planung vorausgegangen war. Die ersten Lebensmittel-

karten waren zunächst noch recht undifferenziert und betrafen eine überschaubare Zahl an Produkten; mit den wachsenden Versorgungsproblemen während des Krieges vervollkommnete sich auch das Rationierungssystem und griff auf alle Produkte über. Die Lebensmittelrationen wurden jedenfalls sofort unter das Ausmaß des bisherigen Verbrauches in Friedenszeiten herabgesetzt, um eine längerfristige Versorgung unter Kriegsbedingungen zu sichern. Die Lebensmittelrationierungen berücksichtigten die Nahrungsbedürfnisse der jeweiligen Altersklasse (weshalb ein genaues Karteiensystem über jede Einzelperson bzw. jedes Familienmitglied angelegt wurde) und die körperliche Arbeitsleistung. Wie funktionierte nun das Lebensmittelkartensystem? Eine Grundlage bildeten die Kartenausgabestellen. Dort erhielt man die verschiedenen Karten ausgehändigt, etwa je nach Zuteilungsbranche eine Fleisch-, Fett-, Brotkarte, eine Nährmittelkarte, eine Zucker- und Marmeladekarte. Mit diesen Karten konnte man die jeweiligen Lebensmittel bei einem Kaufmann erwerben. Die ausgegebene Menge richtete sich danach, welcher Verbrauchergruppe man zugeteilt war. Die Standardkarte „E“ galt für „Erwachsene Normalverbraucher“. Es gab auch eigene Kinderkarten. Körperlich hart arbeitende Verbrauchergruppen, Nachtarbeiter, Kranke, werdende und stillende Mütter erhielten Zusatzkarten. Die erste Rationierungsperiode brach am 28. August 1939 an. Vier Wochen sollten die ersten Bezugsscheine reichen und betrafen Fleisch, Milch, Öle und Fette, Zucker, Marmelade, Graupen, Grütze, Gries, Sago und sonstige Nährmittel, Kaffee, Kaffee-Ersatz und Tee. Die Abgabe von Brot, Mehl und einigen anderen Nahrungsmitteln blieb vorerst noch frei. Aber schon in der zweiten Zuteilungsperiode war auch das Brot rationiert. In der

dritten Zuteilungsperiode kamen für Zwecke des Reise- und Gaststättenverkehrs entsprechende Marken hinzu.

Mit den wachsenden Versorgungsproblemen des Krieges wurden die Zuteilungen immer spezifischer und ausdifferenzierter sowohl was die Mengen anbelangte, als auch die Zusatzkarten etwa für Schwerarbeiter oder Kleinkinder. Auch wurden immer mehr Nahrungsmittel in die Bewirtschaftung miteinbezogen, wobei Kartoffeln, Roggen- und Weizenmehl, sowie Obst und Gemüse bis 1941 weiterhin frei verkauft wurden.

Die Landbevölkerung war imstande, den Nahrungsmittelmangel durch eigene Produkte etwas zu lindern. Und auch in der Stadt hatten diejenigen einen Vorteil, die Heim- oder Schrebergärten besaßen. Sie konnten die Produkte dieser Gärten einerseits selbst verwerten, andererseits auf dem Markt verkaufen.

Vielerorts wurden auch öffentliche Rasenflächen in Hausanlagen umgebaut, in Miniaturparzellen aufgeteilt und von den Hausbewohnern bebaut. In Graz-Eggenberg befand sich eine solche Heimgartenanlage im Bereich des heutigen Hallenbades. Den einzelnen Zeitungen konnten Ratschläge und Aufrufe entnommen werden, wie die Klein- und Heimgärten möglichst intensiv nutzbar sind. Selbst Teile des Grazer Stadtparks wurden zu öffentlichen Gärten umfunktioniert, in denen Gemüse und Erdäpfel angebaut wurden.

Wöchentlich oder vierzehntägig erhielt die Bevölkerung via Zeitungen Informationen über die vom Reichsernährungsministerium festgesetzten Rationsmengen. Dann kamen per Post die amtlich gestempelten Bezugsscheine, die die Verbraucher genauestens ausfüllen mußten. Nur diese Scheine berechtigten zum Bezug von Lebensmitteln oder andere Bedarfsartikel. Die Gültigkeit der Scheine betrug in der Regel vier Wochen.

Trotz aller Maßnahmen verlängerten sich gegen Ende des Krieges die Zuteilungsperioden bei gleichzeitiger Kürzung der Rationen. Die Vorräte gingen zur Neige und die näherrückende Front reduzierte das landwirtschaftlich nutzbare Hinterland. Es gelang zwar, ein gewisses Maß an Kalorien weiterhin zu- und auszuteilen, aber die Menge lag weit unter den veranschlagten Normwerten.

Bevor der Hunger die „Heimatfront“ erreichte, hatten die Nationalsozialisten jahrelang eine Politik des Aushungerns eroberter Gebiete betrieben, um die Lebensmittelversorgung des Deutschen Reiches zu gewährleisten. Diese Maßnahme wurde von ihnen rassistisch begründet, d.h. man erklärte die Bevölkerung anderer Länder zur minderwertigen Rasse und „legitimierte“ damit deren Ausbeutung. So erklärte der Arbeitsminister des Dritten Reiches, Robert Ley, die Aushungerung eroberter Gebiete mit folgenden Worten: „Eine niedrigere Rasse braucht weniger Raum, weniger Kleidung, weniger Nahrung als die germanische Rasse.“ Gleichzeitig gestand er den kollaborierenden Völkern gerade jene Menge zu, die sie zur täglichen Arbeit benötigt. Mit der Kriegswende 1942/43 und dem stetigen Verlust von Ostgebieten - den geplanten Kornkammern des Reiches - verschlechterte sich die Situation auch an der „Heimatfront“, denn von der Autarkie in der Lebensmittelversorgung war man weit entfernt. So brachte das Jahr 1942 die endgültige Umstellung von einer faktischen Teilrationierung zur Vollrationierung, also zur Erfassung und Zuteilung des gesamten Nahrungsmittelangebotes. Mit der 35. Zuteilungsperiode wurden etwa die Brot-, Fleisch- und Fettportionen der Normalverbraucher spürbar herabgesetzt. Und ab 1943 wirkten sich die alliierten Luftangriffe auf Schienen und Straßen auch auf die Maschinerie der Lebensmittelversorgung aus. Ende

1944 mußten die Ostgebiete, die man zuvor noch rigoros ausgebeutet hatte, den vorrückenden Russen überlassen werden.

Die angestrebte und nie erreichte Versorgungsautarkie rückte in utopische Ferne und ein Chaos beendete die bis ins Detail geplante Lebensmittelbewirtschaftung. 1937 hatte man für eine erwachsene Person einen täglichen Kalorienbedarf von 3.200 Kalorien veranschlagt. Knapp vor Kriegsende und auch in den ersten Wochen des Friedens konnte gerade ein Viertel dieses Wertes erreicht werden. Trotzdem sprengten vielerorts die zurückweichenden deutschen Truppen noch vorhandene Lebensmittelvorratslager, damit die vorrückenden feindlichen Einheiten daraus keinen Profit schlagen.

Quellen

Steiermärkisches Landesarchiv, Landesregierungsakten; weiters ZGS-Plakate, Steiermärkische Landesbibliothek -Kapselsammlung 139.

Literatur

Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband. Frauenarbeit und Frauenbild im Faschismus, Österreich 1938-1945, Wien 1984.

Gatzka, Wolfgang: WHW-Abzeichen. Ein Führer durch das interessante Sammelgebiet der Serien des Winterhilfswerks von 1933 bis 1945, München 1981.

Gries, Rainer: Die Rationen-Gesellschaft, Versorgungskampf und Vergleichsmentalität, Münster 1991.

- Kärner, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung, Graz 1994.
- Köstlin, Konrad: Der Eintopf der Deutschen, Das Zusammenkochen als Kultessen, in: Jeggle, Utz u.a. (Hg.): Tübinger Beiträge zur Volkskultur, Tübingen 1986 (Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Institutes, 69. Bd.), S. 220-241.
- Milehrahn, Maria: Die Ernährungssituation in Österreich nach 1945, Graz 1991 (Dipl.-Arbeit [masch.])
- Pferschy, Gabriele: Die Ernährungssituation in der Steiermark während des 2. Weltkrieges, Graz, 1997 (Dipl.-Arbeit [masch.])
- Schmidlechner, Karin Maria: Frauenleben in Männerwelten: Kriegsende und Nachkriegszeit in der Steiermark, Wien 1997 (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte, 10).
- Tennstedt, Florian: Wohltat und Interesse. Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes: Die Weimarer Vorgeschichte und ihre Instrumentalisierung durch das NS-Regime: In: Geschichte u. Gesellschaft, 13. Jg. (1987), S. 157-180.
- Tieste, Reinhard: Spendenbelege des Winterhilfswerks, Bd. I, Bremen 1991.
- Vorländer, Herwart: Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation, Boppard/Rhein 1988.
- Weiß, Wolfgang: Die Ernährungssituation der Steiermark nach Kriegsende Mai 1945 bis Oktober 1947 - unter besonderer Erarbeitung von Akten der britischen Besatzungsmacht, Graz 1994 (Dipl.-Arbeit, [masch.])
- Wulff, Ernst: Das Winterhilfswerk des Deutschen Volkes, Berlin 1940.
- Zacharias, Charlotte: Winterhilfswerk des deutschen Volkes 1938 bis 1945 - Gau Steiermark - Graz. Kulturelle Aspekte nationalsozialistischer Sozialpolitik, Graz 1997, Dipl.-Arbeit, [masch.].

Zur Person: Viktor v. Geramb (1884-1958).

Zum Datum des Anschlusses 1938 war Geramb 54 Jahre alt. Er hatte bis zu diesem Zeitpunkt sehr vieles aufgebaut und erreicht. Seine Lebensgeschichte ist also zu diesem Zeitpunkt schon weit fortgeschritten und sein Verhalten in der Zeit des Nationalsozialismus ist nur dann zu verstehen, wenn diese Lebensgeschichte davor berücksichtigt wird, daher wird dieser Zeit in diesem Artikel einiger Platz eingeräumt.

Der Stolz auf die deutsche, adelige und bäuerliche Abstammung

Geramb eröffnet seine Autobiographie in den Schlern-Schriften 1951 mit einem Rekurs auf die Familiengeschichte. Die drei Eckpunkte in dieser mit lesbarem Stolz vortragenen Kurzchronik liegen erstens in der deutschen Herkunft der Familie aus einem Innvierterler Bürgergeschlecht, das sich in Ried bis 1460 zurückverfolgen läßt. Zweitens verweist Geramb selbstbewußt auf die Adeligkeit der Familie, auf den Wohlstand und das Ansehen des Geschlechts der Geramb. In den erblichen Reichsadelsstand waren Gerambs Vorfahren von Rudolf II im Jahr 1610 erhoben worden. Das blau-weiße Familienwappen verweist möglicherweise auf bayrische Herkunft der Familie. Zur Zeit von Gerambs Geburt war das Vermögen der Familie allerdings schon weitgehend aufgebraucht. Gerambs Vater war Jurist in verschiedenen Bezirkshauptmannschaften, die Familie war zu dieser Zeit der sozialen Schicht des Bildungsbürgertums zuzurechnen. Drittens ist es ihm aber auch wichtig, auf die Abstammung

mütterlicherseits aus einem Bergbauerngeschlecht in den Wölzer Tauern aufmerksam zu machen. Diese Verwurzelung im Bauerntum lag zwar bereits Generationen zurück - war es doch der Großvater von Gerambs Mutter, der noch im Bergbauernhaus der Knapp, vulgo „Brugger“ zur Welt gekommen war - aber Geramb hat immer wieder seine Verbundenheit mit der bäuerlichen Welt auf diese Abstammung zurückgeführt.

Diese drei Eckpfeiler Deutschtum, adelige Herkunft, bäuerliche Verbundenheit bilden eine Art Rahmen für Gerambs persönliche als auch wissenschaftliche Identität. Daraus resultierend denkt und handelt er deutsch-national, konservativ, standes- und selbstbewußt, katholisch und versucht zeitlebens eine Klammer zur traditionell bäuerlichen Kultur herzustellen. Seine Kultfiguren - denen er auch ausführliche Biographien widmet - findet er im „steirischen Prinzen“ Erzherzog Johann und im Skizzierer deutschen Wesens Wilhelm Heinrich Riehl. In diesen Figuren sind für Geramb wichtige Bezugspunkte repräsentiert, nämlich die Heimat Steiermark und die deutsche Gesinnung. Und beide stellen Verbindungen her zur nationalen Romantik, die Geramb immer wieder vehement gegen Angriffe von wissenschaftlich-positivistischer Seite her verteidigt.

Der Vater war wie schon angedeutet als Jurist in verschiedenen Bezirkshauptmannschaften der Steiermark (Deutschlandsberg, Feldbach, Graz, Judenburg, Hartberg und Liezen) tätig. Viktor Geramb war der Erstgeborene aus dessen Ehe mit der Bezirksarztochter Marie Knapp und kam

am 24. März 1884 in Deutschlandsberg zur Welt. Seine Mutter starb früh. Er besuchte von 1898 bis 1902 das Obergymnasium in Villach und studierte zwischen 1902 und 1907 in Graz. Sein erstes Interesse galt der Germanistik, wo er sich allerdings bei Schönbach nicht angenommen fühlte und im dritten Semester zu Geschichte und Geographie wechselte. Eine Verbindung zur Germanistik blieb allerdings bestehen, da Geramb auch weiterhin bei Rudolf Meringer indogermanistische und etymologische Vorlesungen und Übungen besuchte. Er promovierte 1907 mit der Dissertation „Grenze zwischen Noricum und Pannonien“ und verfaßte eine geographische Hausarbeit zum Thema „Stand der Hausforschung in den Ostalpen“. Auch die Lehramtsprüfung für Geographie legte Geramb ab, nicht jedoch für Geschichte.

Der junge Doktor fand einen besonderen Förderer in Anton Mell, der ihn ins Landesarchiv als wissenschaftlichen Hilfsarbeiter der historischen Landeskommision aufnahm. Geramb konnte in dieser Funktion Dienstreisen durch die gesamte Steiermark durchführen, Archivaufnahmen machen und nebenbei an seinen Bauernhausforschungen weiterarbeiten. Das Rätsel der Rauchstube faszinierte ihn und sollte ihm späterhin zu seiner Habilitation verhelfen. Geramb arbeitete auch als Hausarchivar und Bibliothekar beim Grafen von Meran und stieß dabei auf umfangreiches Quellenmaterial zur Person Erzherzog Johanns. Doch alle seine Ämter waren schlecht dotiert und so übernahm er auch eine Stelle als Sekretär am Kuratorium des Joanneums. Dies ermöglichte es ihm im Jahr 1909 „nach fünfjähriger Brautzeit“ seine Frau Friedl zu heiraten. Aus dieser Ehe entstammte die einzige Tochter Geramb's ebenfalls Friedl genannt. Geramb entwickelte als Sekretär den Plan, aus den volkskundlichen Beständen des Joanneums ein eigenes Museum aufzubauen,

ein Vorhaben das ihm tatsächlich noch vor dem 1. Weltkrieg gelang. Ab 1913 war Geramb definitiver Leiter des steirischen Volkskundemuseums, was ihm zu zahlreichen Sammelfahrten durch das ganze Land verhalf.

Vom Kriegsdienst durch ein Augenleiden befreit konnte Geramb auch in der Zeit des 1. Weltkrieges am Auf- und Ausbau des Volkskundemuseums weiterarbeiten und seine Studien zur Rauchstube erweitern. Durch die Museumsgründung und seine Schriften und Vorträge zum damals noch nicht-akademischen Fach Volkskunde erlangte Geramb große Bekanntheit, sein Freundeskreis wuchs und erstreckte sich auf heute noch bekannte steirische Größen wie Hans Klöpfer, Viktor Zack, Peter Rosegger, Max Mell und Franz Nabl. Nach dem 1. Weltkrieg berief Josef Steinberger Geramb in sein Volksbildungsheim St. Martin und gemeinsam mit dem damaligen Landeskonservator bildeten diese ein „Triumvirat“, das das steirische Kulturleben in konservativer Richtung wesentlich beeinflusste. Die rege Volksbildungstätigkeit verband Geramb mit Aktivitäten in Institutionen, die sich vordringlich dem Heimatschutz und der Heimatpflege widmeten. Schon vor dem Weltkrieg konnte er sich zu den Mitbegründern der Blätter für Heimatkunde zählen, weiters wirkte er im „Verein für Heimatschutz“ und nach dem Weltkrieg baute er im „Deutschen Schulverein Südmärk“ die Kulturarbeit im nationalen Sinn auf. In seiner Autobiographie verteidigt Geramb seinen Weg folgendermaßen: „Dieses Herumtummeln auf so vielen Gebieten der 'angewandten Volks- und Heimatkunde', das manche als 'Allotriatreiben' mißbilligen mochten, hat mir in keiner Weise geschadet.“ Tatsächlich schaffte es Geramb, auch seine volkskundlich-wissenschaftlichen Arbeiten ernsthaft weiter voranzutreiben. 1923 überreichte

Geramb seinem Mentor Rudolf Meringer die spätere Habilitationsschrift „Die Kulturgeschichte der Rauchstuben“. Und im Jänner 1924 reichte der inzwischen 40jährige Geramb den Antrag auf Erteilung der „venia legendi“ für „Großdeutsche Volkskunde“ ein. Die Habilitation erfolgte schlußendlich für „Deutsche Volkskunde“ und die Kommission würdigte vor allem auch das kulturpolitische Engagement Gerambs. Man erhoffte sich von der universitären Lehre Gerambs einen Beitrag zur Identitätsbildung des Volkes, ein Bereich, der nach dem Desaster des 1. Weltkrieges als zentral gewertet wurde. Es bedurfte dann allerdings mehrerer Anläufe im Ministerium, um aus dem Dozenten Geramb einen Extraordinarius zu machen. Am 20. November 1931 nach den eindringlichen Urgegnen des Professorenkollegiums der Universität im Ministerium, wurde Geramb zum unbesoldeten, außerordentlichen Professor ernannt und kurze Zeit später stieg das Fach „Deutsche Volkskunde“, das als „Volkskundlicher Lehrapparat“ der Germanistik zugeteilt war, zum Rigorosenfach auf. Geramb selbst blieb als Leiter des Museums im Landesdienst, da in dieser Zeit der Wirtschaftskrisen kein Geld vorhanden war, um eine besoldete Stelle an der Universität einzurichten. Auch ein Antrag auf Ernennung Gerambs zum ordentlichen Professor 1935 wurde nicht weiter verfolgt.

Der erhoffte Anschluß und seine unerwarteten Folgen

Die Ereignisse 1938/39 beendeten schließlich für sieben Jahre das Wirken Gerambs an der Universität. Seine remunerierten Lehraufträge ließen die Nationalsozialisten auslaufen, es erfolgte keine Verlängerung. Die Leitung des „Volkskundlichen Lehrapparates“ und die außerordentliche Pro-

fessur blieben ihm noch bis 1939 erhalten, jedoch leitete bereits 1938 vermutlich der Gauleiter Siegfried Uiberreither die völlige Entfernung Gerambs von der Universität ein. Ihm wurde noch der Vorschlag gemacht, sich aufgrund seines Augenleidens beurlauben zu lassen, doch Geramb lehnte dieses Ansinnen von sich ab. Jedenfalls erfolgte am 26. Juli 1939 seitens des Ministers für innere und kulturelle Angelegenheiten die Weisung, Geramb mit 31. Juli 1939 in den Ruhestand zu versetzen. Die formale Übergabe des „Volkskundlichen Lehrapparates“ erfolgte am 25. Oktober 1939.

Für Geramb brachte der von ihm vorerst noch begeistert begrüßte Anschluß aber noch weitere unliebsame Überraschungen, denn er wurde innerhalb von 1 1/2 Jahren auch aus den akademischen Vereinen entfernt und am Museum behielt er zwar formal die Leitung, mußte sich aus der Geschäftsführung jedoch zurückziehen. In weiterer Folge mußte Geramb auch seine Publikationstätigkeiten fast vollständig einstellen.

Diese Abschiebung des deutsch-nationalen und den Anschluß offen begrüßenden Geramb aus allen Bereichen öffentlichen Wirkens durch die Nationalsozialisten ist auf ein ganzes Bündel an Gründen zurückzuführen, die hier cursorisch und ungeordnet angeführt werden sollen:

Einen unmittelbaren Anlaß bildete das offene Bekenntnis zum steirischen Landeshauptmann und prononcierten NS-Gegner Karl Maria Stepan. Dieser hatte in seiner Funktion das Volkskundemuseum und das von Geramb aufgebaute Heimatwerk jahrelang materiell unterstützt. Darüberhinaus hatte sich ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Stepan und Geramb entwickelt, das Geramb dazu veranlaßte, am 6. März 1938 in der Tagespost einen politischen Nachruf auf Stepan, der unter dem Druck

der Nationalsozialisten in den ersten Märztagen seine Demission erklärt hatte, zu verfassen.

Dieser Nachruf wurde von den Nationalsozialisten als Affront betrachtet und führte auch dazu, daß sich die akademischen Vereine von Geramb distanzieren. In einem Brief von Archivdirektor Hafner forderte ihn dieser im Namen der Altherren der Gothen wie der Historiker zu eindeutigen Konsequenzen auf, denen Geramb auch mit seinem freiwilligen Austritt am 15. März 1938 nachkam.

Dieser Austritt hatte aber eine zusätzliche Vorgeschichte, die die unklare Haltung Geramb's zum Nationalsozialismus verdeutlicht. Schon 1937 war es zu einer Auseinandersetzung zwischen Geramb und dem Altherrenverband des Deutschen Historischen Vereins gekommen. In diesen nationalsozialistisch dominierten Kreisen galt Geramb als umstritten. Geramb fühlte sich angegriffen und antwortete mit einem Brief, in dem er sein weltanschauliches Bekenntnis ablegte. Er erklärte darin, nicht bereit zu sein, seine rein katholische Frömmigkeit abzulegen, dem Nationalsozialismus hundertprozentig zuzustimmen und die Kontakte mit Bekannten aus politischen Gründen abubrechen. Er lehne zwar den politischen Katholizismus ab, bleibe aber bei seinem katholischen Bekenntnis. Er sei mit dem Nationalsozialismus zu 50-60%, aber nicht zu 100% einverstanden. Und er wolle seine Achtung und Neigung zu LH Stepan auch weiterhin erhalten.

Des weiteren konnten die Gegner Geramb's auch dessen Beitritt zur „Vaterländischen Front“ im August 1934 als Verfehlung und Ablehnung des Nationalsozialismus anführen. Dieser Beitritt Geramb's war allerdings nicht so freiwillig erfolgt, wie man aufgrund seines guten Verhältnisses zu LH Stepan, der gleichzeitig Bundesleiter der „Vaterländischen Front“ war, glauben könnte.

Geramb wollte sich eigentlich keiner politischen Seite verschreiben, wie aus Briefen an seinen Innsbrucker Volkskundekollegen Hermann Wopfner hervorgeht. Er wollte parteipolitisch unabhängig bleiben, um die vermeintlich unpolitische Wissenschaft Volkskunde auch nach außen hin vertreten zu können. Der Druck auf Beamte im Landesdienst war aber so groß, daß er nach einigem Zögern doch beitrug.

Zusätzlich führten die Gegner Geramb's ins Treffen, daß er am Volkskundemuseum Hanns Koren als ersten Assistenten beschäftigte. Hanns Koren wiederum war durch seine Aktivitäten am Institut für religiöse Volkskunde an der theologischen Fakultät in Salzburg in den 30er Jahren, aber vor allem auch durch seine Publikationen zur katholisch-religiösen Volkskunde und dem Naheverhältnis zu Prälaten Georg Schreiber den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge. Uiberreuther drängte Geramb dazu, Koren zu entlassen, aber Geramb stellte sich vor Koren und konnte tatsächlich für einige Zeit seine Anstellung absichern. Mit Kriegsbeginn erledigte sich diese Auseinandersetzung zumindest auf formaler Ebene, da Koren zum Kriegsdienst eingezogen wurde.

Von wissenschaftlich-universitärer Seite kam Geramb aufgrund seines Bekenntnisses zum Katholizismus und der Deckung Korens in Konflikt mit Agenten der gewichtigen „Dienststelle des Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ kurz „Amt Rosenberg“ oder „Reichsüberwachungsamt“ genannt, sodaß auch über Berlin die Entfernung Geramb's als Universitätslehrer und Veröffentlichung volkskundlicher Schriften massiv betrieben wurde. Geramb's Versuche sich hilfelehend einer anderen NS-Institution zuzuwenden, nämlich dem SS-Ahnen-

erbe Heinrich Himmler, fruchtete dabei wenig. Für den Bereich der geistigen und weltanschaulichen Erziehung waren die Ideologen des Amtes Rosenberg zuständig und diese duldeten keine weltanschauliche Unklarheit in religiösen und rassischen Fragen. Und ein Professor für „Deutsche Volkskunde“ an einer Universität, der sich dem „Mythus des 20. Jahrhunderts“ nicht 100% ergab, war wohl nicht tragbar.

Mit der rassischen Frage kommen wir zu einem nächsten Punkt. Tatsächlich hatte sich Geramb in seinen wissenschaftlichen Schriften - im Gegensatz zu vielen Volkskundlerkollegen dieser Zeit - nur äußerst selten und mit Vorsicht zu den rassischen Grundlagen der Kulturentwicklung geäußert. Öffentlich geäußerte Bemerkungen, wie „es gibt keine minderwertige Rasse, wohl aber Minderwertiges in jeder Rasse“, oder sein Vorbehalt gegenüber den Lehren des Rassenideologen Hans F. K. Günther dürften daher den Eindruck erweckt haben, als sei er ein Gegner der Rassentheorie gewesen. Zumindest in seinen Schriften im Bereich der Volksbildung- und Volksarbeit in den 20er Jahren allerdings findet man sehr wohl deutliche rassistische Ansätze, etwa in dem 1919 erstmals erschienen Buch „Von Volkstum und Heimat“ oder in der Zeitschrift „Die Südmark“, wo etwa Geramb in einem Artikel über „Volkstum und Glaube“ seine Ablehnung gegen Friedrich Nietzsche und dessen Schriften darauf zurückführt, daß darin dessen „slawische Seele“ am stärksten mitschwinge. Geramb verweist zur Bekräftigung seines deutlich rassistischen Vorwurfes auf Nietzsches Herkunft aus einer polnischen Familie.

Opfer oder Täter

Die Zusammenfassung der Gründe, die zur Abschiebung Geramb in den Status eines reinen Privatgelehrten führten, läßt erahnen,

warum er „gekränkt“ war. Er hatte sich erwartet, durch seinen jahrzehntelangen Einsatz für die groß-deutsche Idee eher emporgehoben zu werden, als nach unten gedrückt. Immerhin war ihm in der Zeit des Austrofascismus auch einigemal der Vorwurf gemacht worden, er sei zu deutsch-national. Diese konsequent deutsch-nationale Haltung in der Systemzeit wurde Geramb von den Nationalsozialisten auch durchaus positiv angerechnet und schützte ihn vor härteren Maßnahmen. Er hatte aber nicht geglaubt, daß dieses Regime auch von Personen in führenden Positionen totale und nicht nur teilweise Unterordnung verlangt. Sein Gefühl der anfänglichen Begeisterung und raschen Ernüchterung teilte er wohl mit vielen anderen Grazerinnen und Grazern. Was bei Geramb auch deutlich wird, ist die Uneinsichtigkeit in eigenes Fehlverhalten nach dem Krieg. Er sah sich ausschließlich als Opfer und fast kurios klingt die retrospektive Beurteilung seines erzwungenen Rückzugs in den „Elfenbeinturm“ in seiner Autobiographie:

„Heute sehe ich ein, daß auch das alles eine höhere Fügung gewesen ist. Nicht nur, daß ich die unfreiwillige Muße benützen konnte, um den Wunsch der Hessischen Brüder Grimm-Gesellschaft zu erfüllen eine große W. H. Riehl-Biographie zu schreiben - ... - konnte ich nun auch mit der Auszettelung meiner vielen Merkbücher beginnen. Freilich hatte ich nicht wenig zu erdulden: Etliche meiner Freunde begannen an mir irre zu werden und ein großer Teil der Jugend, auf die ich seit jeher alle meine Hoffnungen gesetzt hatte, wandten sich von mir als einem Verfemten ab.“

Geramb trat in den Jahren 1938 bis 1945 tatsächlich kaum noch in öffentliche Erscheinung. Einige kurze Aufsätze, veröffentlicht im Volkskalender des Deutschen

Schulvereins Südmark und im Mitteilungsblatt des Joanneums, ein Nachruf auf Oswin Moro, bildeten den Rest, was ihm auf publizistischer Ebene noch möglich war. Am Beispiel der 1941 veröffentlichten „Kinder- und Hausmärchen“ läßt sich zeigen, wie bedingungslos Geramb von den Machträgern dieser Zeit geschnitten wurde. Diese „Kinder und Hausmärchen aus der Steiermark“ waren ja tatsächlich nur schwer ideologisch verfänglich und außerdem bei der Bevölkerung sehr beliebt und die erste Ausgabe war rasch vergriffen. Offenbar boten diese Märchen in der Kriegszeit die Möglichkeit, in eine Traumwelt zu flüchten. Ende 1943 wünschte daher die Reichskulturkammer eine Neuauflage dieser Märchen, aber ein Gutachten des „Rosenbergianers“ Karl v. Spiess und der steirische Gauleiter Siegfried Überreither verhinderten diese Neuauflage.

Wie sehr Geramb an seiner Arbeit hing, zeigt die Vereinnahmung, die er letztendlich durch das Amt Rosenberg im Jahr 1944 erfahren hat. Geramb arbeitete seit 1943 an einem Band der Buchreihe „Haus und Hof“ über kärntnerische und steirische Bauernhöfe. Im April 1944 mußte er erfahren, daß dieses Buchprojekt vom „Amt Rosenberg“ übernommen worden war und er sich faktisch in die Dienste seiner ärgsten Widersacher gestellt hatte. Nach anfänglichem Widerstand und berechtigtem Zorn akzeptierte er jedoch schließlich diese Indienstnahme und arbeitete an dem Projekt unter der Führung des Amtes Rosenberg weiter. Zu einer Veröffentlichung kam es durch die Ereignisse des Kriegsendes nicht mehr, aber die Fotos und Karten für den Band liegen vor. Helmut Eberhart hat das Verhalten Gerambs treffend mit den Worten charakterisiert:

„Wissenschaftliches Arbeiten und Wissensvermittlung ging ihm über alles. (...) Eines

dürfte dieser Gruppe von Wissenschaftlern, der Geramb damit zuzurechnen ist, gemeinsam sein: In ihrer Begeisterung für das Fach machten sie es den Nazis nur allzu leicht, sie vor den Karren einer unmenschlichen Ideologie zu spannen und für ihre Zwecke zu benutzen.“

Eine zentrale Figur der nationalsozialistischen Zeit stellt Geramb - wie aus den vorhergehenden Ausführungen hervorgeht - demnach nicht dar. Er war weder für die faschistische Bewegung tätig, als auch keinesfalls aktiv widerständig, sondern er hoffte auf eine bessere Zeit danach. Ihn wegen seiner Zwangspensionierung und der sonstigen Kränkungen als Opfer des Nationalsozialismus zu bezeichnen, ist angesichts des Leides und der vielen Toten dieser Zeit grotesk. Nach dem Krieg setzte er dort an, wo er vor dem Krieg gestanden hatte, zwar deutlich weniger deutsch-national, aber mit demselben Deutsch- und Volkstumsverständnis. Er steht so mehr für die Kontinuität konservativ-kulturellen Gedankengutes über die Zeit von 1938 bis 1945 hinweg.

Literatur

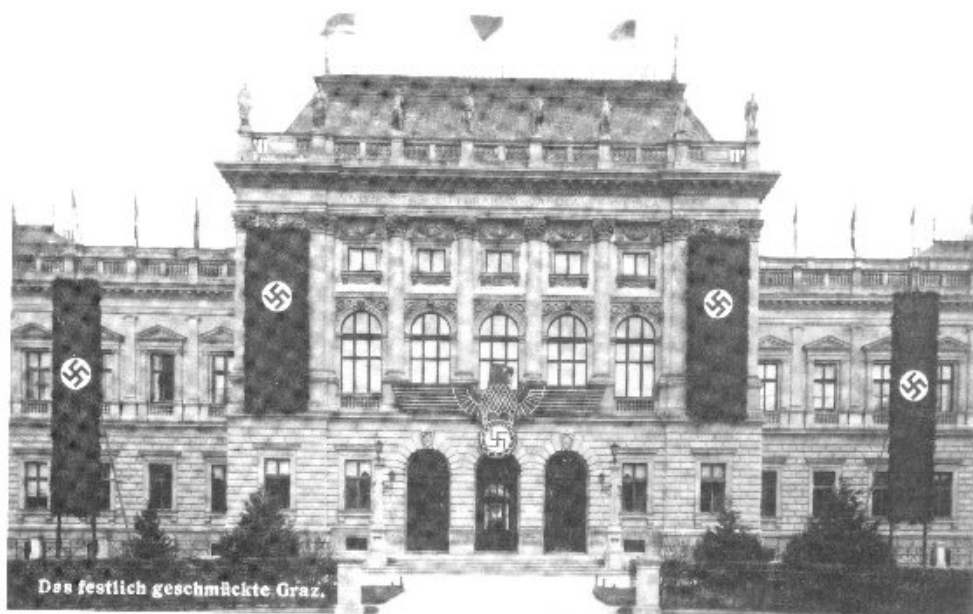
- Eberhart, Helmut: Die Entwicklung des Faches Volkskunde an der Karl-Franzens-Universität Graz, in: Brückner, Wolfgang; Beitzl, Klaus (Hg.): Volkskunde als akademische Disziplin. Studien zur Institutionenbildung, Wien 1983, S. 35-50.
- Eberhart, Helmut: Viktor Geramb und die Volkskunde in Graz zur Zeit der nationalsozialistischen Machtergreifung, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 21/22 (1991), S. 123-145.
- Eberhart, Helmut: „Beurlaubung bis auf weiteres...“: Volkskunde in Graz 1938-1945, in: Jacobeit, Wolfgang; Lixfeld, Hannjost; Bockhorn, Olaf (Hg.): Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1994, S. 529-540.
- Eberhart, Helmut: Nationalgedanke und Heimatpflege: Viktor Geramb und die Institutionalisierung der Volkskunde in Graz, in: Jacobeit, Wolfgang; Lixfeld, Hannjost; Bockhorn, Olaf (Hg.): Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Wien 1994, S. 427-439.
- Geramb, Viktor: Volkstum und Glaube, in: Die Südmark, (1920), II. 2, S. 29-36.
- Geramb, Viktor: Autobiographie, in: Grass, Nikolaus: Österreichische Geschichtswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen, II. Bd., Innsbruck 1951, (=Schlern-Schriften 69), S. 76-93.
- Karner, Stefan: Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung, Graz 1994.



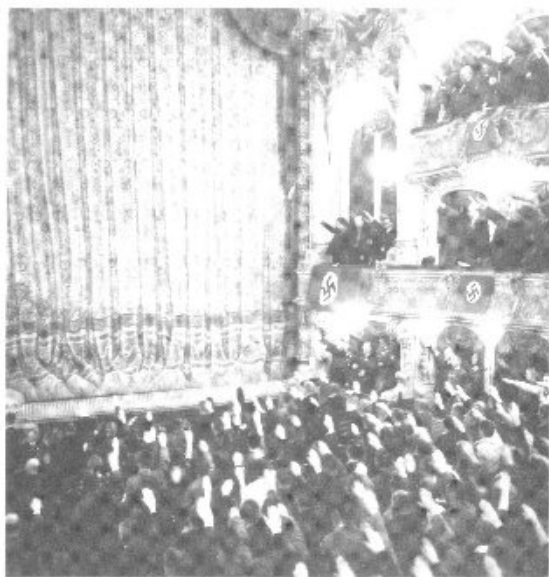
Österreichisches Bundesheer in der Grazer Sporgasse, März 1938:
Die Ruhe vor dem Sturm.
(Sammlung Kainer)



Anton Rintelen, steirischer Landeshauptmann, 1918-1926 und 1928-1933
(Sammlung Corke)



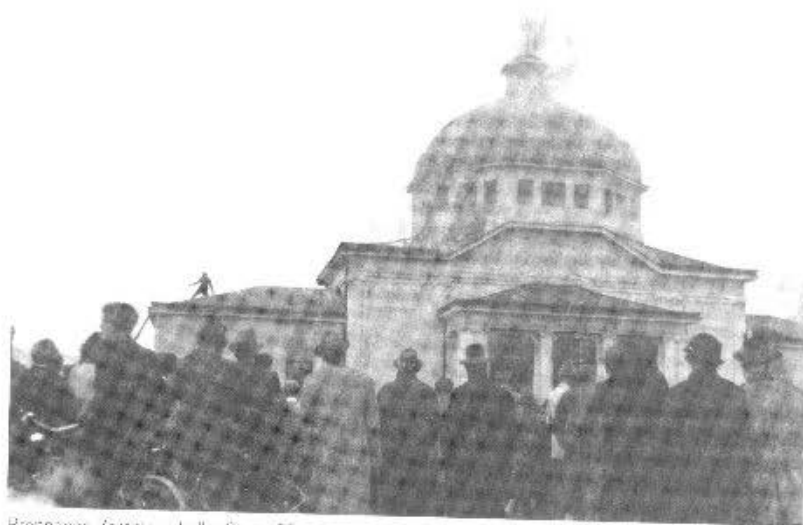
Die beflaggte Grazer Universität
(Sammlung Kubitzky)



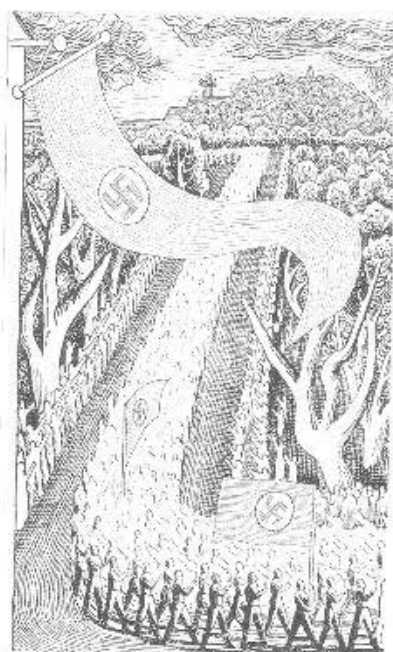
Grazer Opernhaus 13. März 1938: „Anschluss“-Gala
(Sammlung Karner)



Bayrischer Hilfszug in Graz, März 1938
(Sammlung Karner)



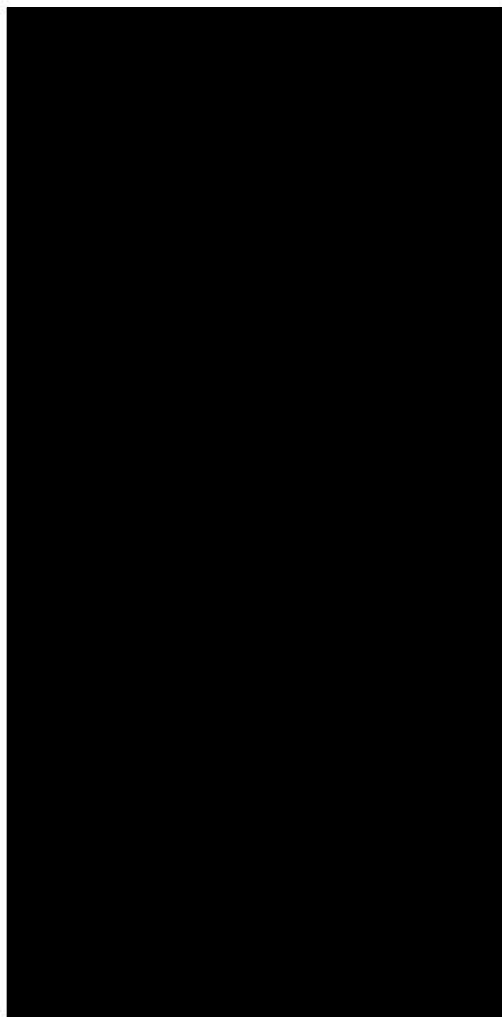
Brunnene Zentrionehalle, Graz 1938
(Sammlung Kubitzky)

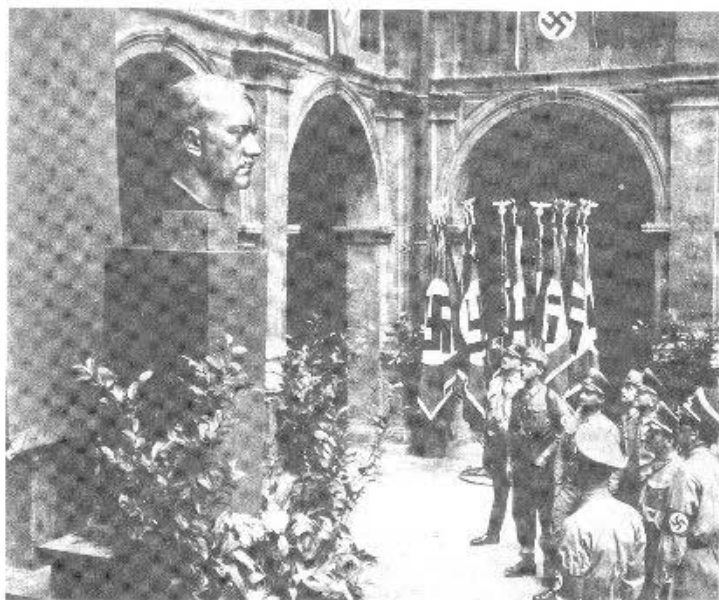
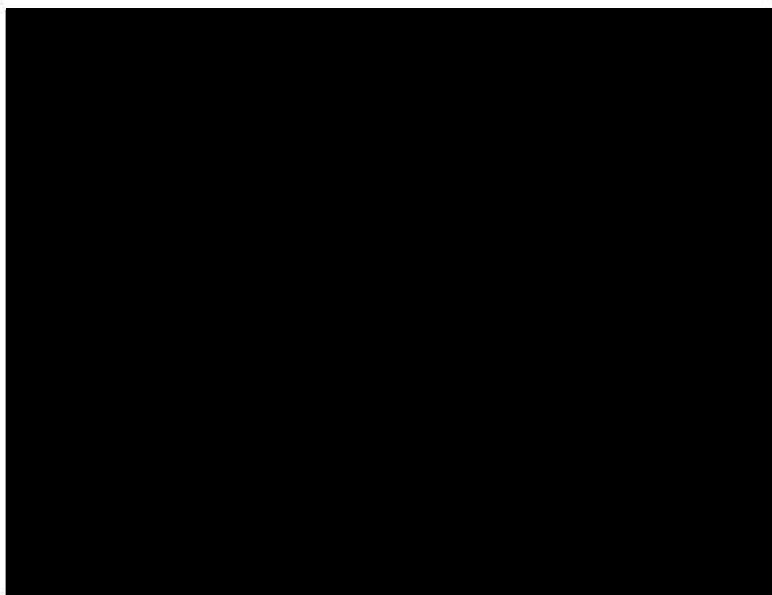


Fritz Silberbauer: Graz 1938

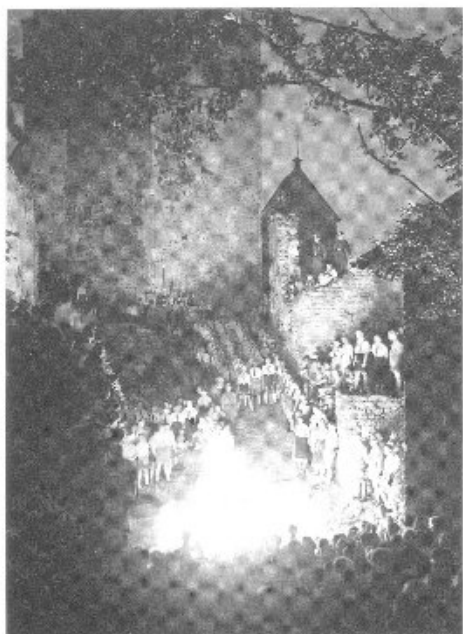


Interieur 1939
Sammlung Kärner





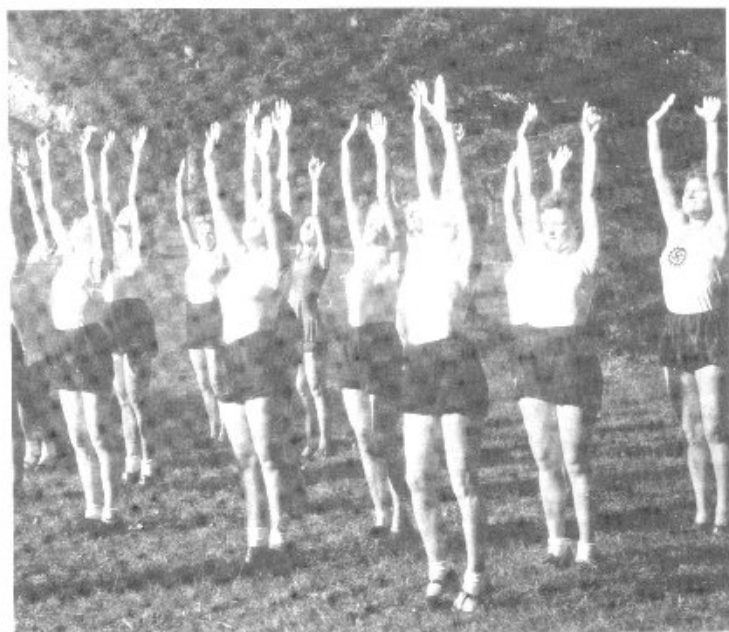
Hitler-Büste im Landhaushof zum Gausig 1939
(Sammlung Kerner)



Sonnwendfeier auf der Ruine Gösing
(Sammlung Kärner)



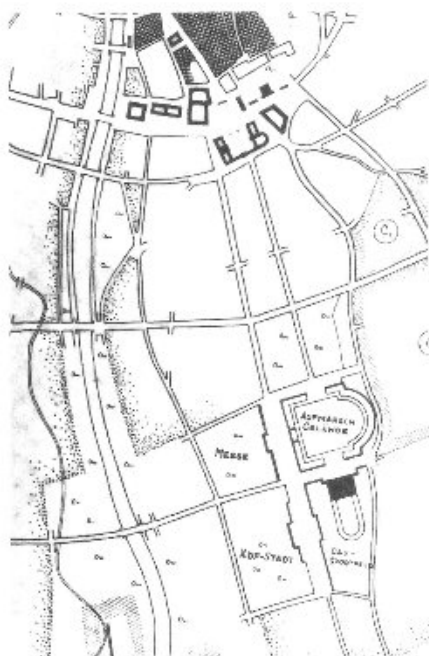
Jugend unterm Hakenkreuz
(Sammlung Kärner)



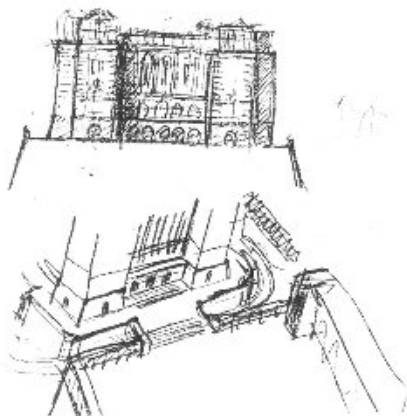
KDF-Schulungswoche
(Bild- und Tonarchiv Graz, KB: 25797)



Hitler im Gespräch mit NS-Planern
(Sammlung Kulinzky)



Entwürfe des Architekten Peter Koller für ein „neues“ Graz
(Sammlung Kubitzky)





100 m der Ostfront, 1943



Ostarbeiterinnen in Graz
(Memoria Moskau)



Allierte Luftaufklärung über Graz: Festlegung der Bomberziele
(Sammlung Beer)



Wilhelm Gösser: „Deutsches Lied“



Relikt des NS-Terrors: Das Grazer Fallbeil wurde 1947 im Hof des Landesgerichts gelagert (Sammlung Karner)

Die Autoren

Siegfried Beer

Geb. 1948 in Scheibbs, Mag. Dr., Assistenzprofessor an der Abteilung für Neuzeit des Instituts für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz.

Bernd Beutl

Geb. 1971 in Feldbach, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung in Graz.

Manfred Blumauer

1967 - 1987 leitender Kulturredakteur der „Süd-Ost Tagespost“ in Graz, arbeitet seither als freier Schriftsteller.

Gerhard M. Dienes

Geb. 1953 in Graz, Dr., Direktor des Stadtmuseums Graz.

Werner Fenz

Geb. 1944 in Graz, Univ.-Doz. Dr., Institut für Kunstgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz, Vorstandsstellvertreter der Kulturabteilung des Landes Steiermark.

Gerhard Fuchs

Geb. 1955 in Graz, Dr., Universitätsassistent am Franz-Nabl-Institut für Literaturforschung.

Helmut Gebhardt

Geb. 1957 in Graz, A.o. Univ.-Prof. Dr., Institut für Österreichische Rechtsgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz.

Peter Gorke

Geb. 1964 in Wien, Mag., Lehrtätigkeit an der höheren Lehranstalt für Wirtschaft und Tourismus, Neusiedl.

Arnold Jaritz

Geb. 1965 in Graz, Mag., Lektor für Sportgeschichte und Freizeitsport an der Karl-Franzens-Universität Graz, Koordinator für das Rahmenprogramm der Landesausstellung 1999.

Stefan Karner

Geb. 1952 in St. Jakob/Völkermarkt, A.o. Univ.-Prof. Dr., Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz, Leiter des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung.

Alois Kernbauer

Geb. 1955 in Vorau, A.o. Univ.-Prof., Mag. Dr., Lehrtätigkeit an den Universitäten Graz, Wien und an der University of Minnesota, Minneapolis (U.S.A.). Leiter des Universitätsarchivs der Karl-Franzens-Universität.

Gertrud Kerschbaumer

Geb. 1964 in Schwarzach/St. Veit, Mag., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung in Graz.

Harald Knoll

Geb. 1961 in Graz, Mag., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung in Graz.

Michaela Kronthaler

Geb. 1969 in Bruck/Mur, Dr., Univ.-Ass. am Institut für Kirchengeschichte der Katholisch-Theologischen Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz.

Karl Albrecht Kubinzky

Geb. 1940 in Wr. Neustadt, Univ.-Prof. Dr., Institut für Soziologie der Karl-Franzens-Universität Graz, Lehrtätigkeit u.a. am Institut für Städtebau der Technischen Universität Graz.

Maximilian Liebmann

Geb. 1934 in Dillach bei Graz, Univ.-Prof. Dr., Leiter der Abteilung für Theologiegeschichte und Kirchliche Zeitgeschichte, Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz.

Christa Schillinger

Geb. 1969 in Feldbach, Mag. Dr., 1997 - 1998 FWF-Projekt am Institut für Erziehungswissenschaften an der Karl-Franzens-Universität Graz zum Thema „Mädchenerziehung in Innerösterreich in der Zeit vom Ende des 15. Jahrhunderts bis zur Schulreform unter Maria Theresia und Josef II.“

Erwin A. Schmidl

Geb. 1956 in Wien, Dr., Militärwissenschaftliches Büro des Bundesministeriums für Landesverteidigung.

Felix Schneider

Geb. 1962 in München, Mag. Dr., Lektor am Institut für Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Graz.

Gerald Schöpfer

Geb. 1944 in Graz, Univ.-Prof. DDr., Vorstand des Instituts für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Dekan der SOWI-Fakultät der Karl-Franzens-Universität Graz, Leiter des Medienkundlichen Lehrgangs an der Universität Graz.

Barbara Stelzl (Marx)

Geb. 1971 in Graz, Mag. Dr., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Graz.

Johann Verhovsek

Geb. 1963 in Feldbach, Mag., Assistent und Lektor am Institut für Volkskunde/Europäische Ethnologie der Karl-Franzens-Universität Graz.